

LENINISMUS

LESEHEFTE FÜR SCHULEN UND SELBSTUNTERRICHT

Zusammengestellt aus den Werken der großen Lehrer des Proletariats

HEFT V

DIE AGRAR- UND BAUERNFRAGE



1935

VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR / MOSKAU-LENINGRAD

I. DIE AGRAR- UND BAUERNFRAGE IM MARXISMUS-LENINISMUS

1. Die Fragestellung bei Stalin

Manche meinen, daß das Grundlegende im Leninismus die Bauernfrage sei, daß den Ausgangspunkt des Leninismus die Frage der Bauernschaft bilde, ihre Rolle und ihr spezifisches Gewicht. Das ist vollkommen unrichtig. Die Grundfrage im Leninismus, sein Ausgangspunkt, ist nicht die Bauernfrage, sondern die Frage der Diktatur des Proletariats, der Bedingungen für ihre Eroberung, der Bedingungen für ihre Festigung. Die Bauernfrage, als die Frage des Verbündeten des Proletariats in seinem Kampf um die Macht, ist eine abgeleitete Frage.

Dieser Umstand vermindert jedoch nicht im geringsten jene ernste, höchst aktuelle Bedeutung, die sie zweifellos für die proletarische Revolution hat. Es ist bekannt, daß die ernste Durcharbeitung der Bauernfrage in den Reihen der russischen Marxisten gerade am Vorabend der ersten Revolution (1905) begann, als die Frage des Sturzes des Zarismus und der Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats sich in ihrer vollen Größe vor der Partei erhob und die Frage nach dem Verbündeten des Proletariats in der bevorstehenden bürgerlichen Revolution brennend wurde. Es ist auch bekannt, daß die Bauernfrage in Rußland noch aktueller wurde zur Zeit der proletarischen Revolution, als die Frage der Diktatur des Proletariats, ihrer Eroberung und Behauptung, zur Frage führte nach den Verbündeten des Proletariats in der bevorstehenden proletarischen Revolution. Das ist auch verständlich: wer sich auf die Machteroberung vorbereitet, dem kann die Frage nicht gleichgültig sein, auf wen er als wirklichen Verbündeten rechnen kann.

In diesem Sinne ist die Bauernfrage ein Teil der allgemeinen Frage der Diktatur des Proletariats und als solche eine der aktuellsten Fragen des Leninismus.

Das gleichgültige, ja direkt ablehnende Verhalten der Parteien der II. Internationale gegenüber der Bauernfrage erklärt sich nicht nur aus den besonderen Entwicklungsbedingungen im Westen. Es erklärt sich vor allem dadurch, daß diese Parteien an die proletarische Diktatur nicht glauben, daß sie die Revolution fürchten und nicht daran denken, das Proletariat zur Macht zu führen; wer aber die Revolution fürchtet, wer das Proletariat nicht zur Macht führen will, der kann sich natürlich auch nicht interessieren für die Frage der Verbündeten des Proletariats in der Revolution, — für den ist diese Frage nebensächlich, nicht aktuell. Die Ironie, mit der sich die Helden der II. Internationale zur Bauernfrage stellen, gehört bei ihnen zum guten Ton und gilt ihnen als Merkmal des „echten“ Marxismus. In Wirklichkeit steckt darin auch nicht die Spur von Marxismus, denn die Gleichgültigkeit gegenüber einer so wichtigen Frage, wie die Bauernfrage, am Vorabend der proletarischen Revolution, ist die Kehrseite der Verneinung der Diktatur des Proletariats, ist ein unzweifelhaftes Kennzeichen des offenen Verrats am Marxismus.

Die Frage steht so: sind die revolutionären Möglichkeiten, die im Schoße der Bauernschaft, kraft bestimmter Bedingungen ihrer Existenz, schlummern, *bereits erschöpft* oder nicht, und falls sie nicht erschöpft sind, *besteht die Hoffnung, eine Basis*, diese Möglichkeiten nutzbar zu machen für die proletarische Revolution und die Bauernschaft, ihre ausgebeutete Mehrheit, aus einer Reserve der Bourgeoisie, die sie in den bürgerlichen Revolutionen des Westens war und bis heute noch ist, umzuwandeln in eine Reserve des Proletariats, in seinen Verbündeten?

Der Leninismus beantwortet die Frage bejahend, d. h. er spricht der Mehrheit der Bauern revolutionäre Fähigkeiten zu und hält es für möglich, sie nutzbar zu machen im Interesse der proletarischen Diktatur. Die Geschichte dreier Revolutionen in Rußland bestätigt vollkommen die diesbezüglichen Schlußfolgerungen des Leninismus.

Daraus ergibt sich die praktische Folgerung der Unterstützung, der unbedingten Unterstützung der werktätigen bäuerlichen Massen in ihrem Kampfe gegen die Knechtschaft und Ausbeutung, in ihrem Kampfe für die Befreiung von Unterdrückung und Verelendung. Das heißt natürlich nicht, daß das Proletariat *jede* Bewegung der Bauernschaft unterstützen muß. Wir sprechen hier von der Unterstützung einer solchen Bewe-

gung und eines solchen Kampfes der Bauernschaft, die direkt oder indirekt die Befreiungsbewegung des Proletariats erleichtern, die in der einen oder andern Form der proletarischen Revolution nützlich sind, die dazu beitragen, die Bauernschaft zum Verbündeten und zur Reserve der Arbeiterklasse zu machen.

(Stalin: „Die Grundlagen des Leninismus“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR [Vegaar], Moskau 1932, S. 54 f., 1924.)

2. Die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft

Die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die verschiedenen Erscheinungsformen dieser Gesetze lassen sich am besten am Beispiel der Vereinigten Staaten studieren. Aus diesem Studium ergeben sich Schlußfolgerungen, die man in den folgenden kurzen Sätzen zusammenfassen kann:

Im Vergleich zur Industrie überwiegt in der Landwirtschaft die Handarbeit gegenüber der Maschine unvergleichlich stärker. Aber die Maschine schreitet unaufhaltsam vorwärts, hebt die Technik der Wirtschaft, macht sie größer, kapitalistischer. In der modernen Landwirtschaft werden die Maschinen kapitalistisch angewendet.

Das Hauptmerkmal und der Maßstab des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist die Lohnarbeit. Die Ausbreitung der Lohnarbeit und die zunehmende Verwendung von Maschinen sehen wir in *allen* Teilen des Landes, in allen Zweigen der Landwirtschaft. Die Zunahme der Lohnarbeiter überholt die Zunahme der ländlichen und der Gesamtbevölkerung des Landes. Die Zahl der Farmer steigt langsamer als die der ländlichen Bevölkerung. Die Klassengegensätze verstärken sich und spitzen sich zu.

Die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb schreitet in der Landwirtschaft fort. Der Vergleich der Angaben für 1900 und 1910 über das Gesamtvermögen der Farmen beweist das völlig.

Aber diese Verdrängung wird verkleinert, die Lage der kleinen Landwirte wird beschönigt, weil die Forscher in Amerika, im Jahre 1910, wie es fast überall in Europa geschieht, sich be-

schränken auf die Klassifizierung der Wirtschaften nach der Bodenfläche. Je umfassender und schneller die Intensivierung der Landwirtschaft vor sich geht, desto ausgeprägter wird die erwähnte Verkleinerung und Schönfärberei.

Das Wachstum des Kapitalismus zeigt sich nicht nur in der beschleunigten Entwicklung von Wirtschaften mit großer Bodenfläche in den Gebieten extensiver Bewirtschaftung, sondern auch in der Schaffung der Produktion nach größerer, mehr kapitalistischer Wirtschaften auf kleinerer Bodenfläche in den Gebieten intensiver Bewirtschaftung.

Insgesamt ist die Konzentration der Produktion in Großbetrieben in Wirklichkeit stärker, geht die Verdrängung des Kleinbetriebes in Wirklichkeit weiter und tiefer, als aus den üblichen, die Farmen nach ihrer Bodenfläche gruppierenden Angaben hervorgeht. Die viel exakter, eingehender und wissenschaftlicher bearbeiteten Angaben der Zählung von 1900 lassen in dieser Hinsicht nicht den Schatten eines Zweifels.

Die Expropriation des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes schreitet fort. Unaufhaltsam vermindert sich in den letzten Jahrzehnten der Prozentsatz der Eigentümer in der Gesamtzahl der Farmer, deren Zunahme hinwiederum hinter der Bevölkerungszunahme zurückbleibt. In dem wichtigsten, die größte Menge landwirtschaftlicher Produkte liefernden und weder die Ueberbleibsel der Sklavenwirtschaft noch eine beträchtliche Kolonisation kennenden Gebiet, dem Norden, vermindert sich absolut die Zahl der Eigentümer, die ihre Farm voll besitzen. Im letzten Jahrzehnt ist der Prozentsatz der Farmer mit Viehbesitz überhaupt gesunken; der Steigerung des Prozentsatzes der Milchviehhalter steht gegenüber eine erheblich stärkere Zunahme des Prozentsatzes der pferdelosen Farmer, insbesondere unter den Kleinfarmern.

Im großen und ganzen zeigt uns die Gegenüberstellung gleichartiger und sich auf denselben Zeitpunkt beziehender Angaben über Industrie und Landwirtschaft, ungeachtet der unvergleichlich stärkeren Zurückgebliebenheit der letzteren, eine bemerkenswerte Uebereinstimmung der Entwicklungsgesetze, die Verdrängung des Kleinbetriebes hier wie dort.¹

(Lenin: „Neues Material über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus“, Sämtliche Werke, Bd. XVII, S. 825 f., 1914.)

¹ Anmerkung des Redakteurs: Die Revisionisten (Herz, David, Voll-

...Die technische und ökonomische Ueberlegenheit des Großbetriebs führte im Konkurrenzkampf zur Verdrängung und zur Vernichtung der vorkapitalistischen Wirtschaftsformen und zur wachsenden *Konzentration und Zentralisation des Kapitals*. In der Industrie fand das Gesetz der Konzentration und Zentralisation vor allem seinen Ausdruck im direkten Untergang der Kleinbetriebe und zum Teil in ihrer Degradierung zu Hilfsorganen der Großbetriebe. In der Landwirtschaft, die infolge des Bestehens des Bodenmonopols und der absoluten Rente zwangsläufig hinter dem Tempo der allgemeinen Entwicklung zurückblieb, fand das Gesetz der Konzentration und Zentralisation seinen Ausdruck nicht nur in der Differenzierung der Bauern-

mar u. a.), die aus dem Marxismus ein bürgerliches Zerrbild gemacht hatten, leugneten das Gesetz der Konzentration in der Landwirtschaft, sie stellten die Theorie einer unter den Bedingungen des Kapitalismus vor sich gehenden Festigung der Kleinproduktion im Dorfe auf und vertuschten die vom Kapitalismus im Dorfe erzeugten Klassengegensätze. So schrieb David: „Die Grundursache dafür liegt im innersten Wesen der landwirtschaftlichen Erzeugung selbst. Wir erkannten einen tiefgreifenden *Wesensunterschied* zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Produktion darin, daß der eigentliche Herstellungsprozeß in der Landwirtschaft ein *organischer*, in der Industrie ein *mechanischer* Vorgang ist.“ (Dr. Eduard David: „Sozialismus und Landwirtschaft“, Leipzig 1922, S. 681.) Daraus folgt nach David, daß der zum Ruin und Untergang der Kleinbetriebe führende Siegeszug der komplizierten und großen Maschinen in der Industrie an der Grenze der Landwirtschaft haltmache, denn hier haben die Produktionsmittel bei weitem keine entscheidende Bedeutung in den organischen Prozessen, die die Grundlage sowohl des Ackerbaus wie der Viehzucht bilden.

„Ueberblicken wir zum Schluß das Ganze unserer Untersuchungen, so erscheint zunächst das eine als feststehend: Die Lehre von der Konzentration der Betriebe trifft für die Landwirtschaft nicht zu.“ (Ebenda, S. 680.)

Laut Meinung des Sozialfaschisten *Hilferding* zeigte die Anwendung der Marxschen Methode, daß das Konzentrationsgesetz für die Landwirtschaft gar keine Bedeutung habe.

Otto Bauer, der den bürgerlichen Inhalt seiner Politik mit linken Phrasen maskiert, schrieb: „In der Landwirtschaft geht die Entwicklung eine andere Bahn... Aber der Kleinbetrieb geht in der Landwirtschaft doch bei weitem nicht so allgemein zugrunde wie in der Industrie, ja zuweilen kann hier sogar der Kleinbetrieb auf Kosten des Großbetriebs Raum gewinnen. Der breiten Masse der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe bleibt also das furchtbare Schicksal erspart, dem so unendlich viele gewerbliche Kleinbetriebe erlegen sind.“ (Otto Bauer: „Der Kampf um Wald und Weide“, Wien 1925, S. 235.)

Der politische Sinn dieser bürgerlichen reaktionären Theorien ist die Leugnung der Möglichkeit der proletarischen Revolution in der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Wenn die Bauernschaft unter dem Kapitalismus nicht zugrunde geht, sondern gedeiht, so kann das Proletariat auf dem Lande keine Verbündeten für seinen Kampf um die Diktatur des Proletariats haben, und nach der Eroberung der Macht ist es nicht imstande, eine große sozialistische Wirtschaft auf dem Lande aufzubauen.

schaft und in der Proletarisierung breiter bäuerlicher Schichten, sondern vor allem auch in offenen und verhüllten Formen der Unterwerfung der kleinen Bauernwirtschaften unter die Herrschaft des Großkapitals; dabei konnte der Kleinbetrieb den Schein seiner Unabhängigkeit nur um den Preis höchster Anspannung seiner Arbeitsleistung und systematischer Unterkonsumtion aufrechterhalten.

(Programm der Kommunistischen Internationale, 1. Abschnitt, 1. Kapitel, Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin, S. 8 f.)

Die Zersetzung der Bauernschaft, die ihre extremen Flügel auf Kosten der mittleren „Bauernschaft“ entwickelt, schafft zwei neue Typen der Landbevölkerung. Das gemeinsame Merkmal beider Typen ist der Waren- und Geldcharakter ihrer Wirtschaft. Der erste neue Typus ist die Landbourgeoisie oder die wohlhabende Bauernschaft. Hierher gehören selbständige Landwirte, die landwirtschaftliche Marktproduktion in allen ihren verschiedenen Formen betreiben (wir beschreiben die wichtigsten dieser Formen in Kap. IV), dann die Besitzer von Handels- und Industriebetrieben, Eigentümer von Handelsunternehmungen usw. Die Vereinigung landwirtschaftlicher Marktproduktion mit Handels- und Industrieunternehmungen ist die für diese Bauernschaft spezifische Art der „Vereinigung von Landwirtschaft und Gewerbe“. Aus dieser wohlhabenden Bauernschaft geht die Farmerklasse hervor; die Pacht zur Marktproduktion von Getreide spielt (im landwirtschaftlichen Gebiet) eine enorme Rolle in ihrer Wirtschaft, die nicht selten die Rolle des Landanteils übertrifft. Der Umfang der Wirtschaft übersteigt hier meist die Arbeitskraft der Familie, so daß die Bildung eines Stammes von Knechten und mehr noch von Tagelöhnern notwendige Existenzbedingung der wohlhabenden Bauernschaft wird.² Die frei verfügbaren Geldmittel, die dieser Bauernschaft als Reineinkommen zufließen, werden entweder für Handels- und Wuchergeschäfte, die in unserem Dorfe so übermäßig entwickelt sind, oder aber — unter günstigen Bedingungen — zum Ankauf von Land, zur Verbesserung der Wirtschaft usw. ver-

² Wir bemerken, daß die Anwendung von Lohnarbeit kein unbedingtes Merkmal des Kleinbürgertums ist. Unter diesen Begriff fällt jede selbständige Marktproduktion bei Bestehen der von uns genannten Widersprüche innerhalb der Volkswirtschaft, besonders bei Verwandlung der Masse der Produzenten in Lohnarbeiter.

wendet. Mit einem Worte: Wir haben hier Kleinagrарrier vor uns. Zahlenmäßig stellt die bäuerliche Bourgeoisie eine geringe Minderheit der gesamten Bauernschaft dar, wahrscheinlich nicht mehr als ein Fünftel aller Höfe (was ungefähr drei Zehnteln der Bevölkerung entspricht), wobei natürlich dieses Verhältnis in den verschiedenen Gegenden stark schwankt. Dabei besitzt sie aber ein entschiedenes Übergewicht in der gesamten Bauernwirtschaft infolge ihres ausschlaggebenden Anteils an den bäuerlichen Produktionsmitteln und an der bäuerlichen Agrarproduktion. Sie ist die Herrin des heutigen Dorfes.

... Der andere neue Typus ist das Landproletariat, die Klasse der *Lohnarbeiter mit Landanteil*. Hierher gehört die mittellose Bauernschaft, darunter die gänzlich landlose, aber typischster Vertreter des russischen Landproletariats ist doch der Knecht, der Tagelöhner, der Gelegenheitsarbeiter, der Bauarbeiter oder anderweitig beschäftigte Arbeiter mit Landanteil. Der winzige Umfang der Wirtschaft auf einem Fleckchen Erde, noch dazu einer Wirtschaft, die sich in gänzlichem Zerfall befindet (wofür die Verpachtung des Landes ein besonders anschaulicher Beweis ist), die Unmöglichkeit, ohne Verkauf der Arbeitskraft (= „Gewerbe“ der mittellosen Bauernschaft) zu existieren, eine äußerst niedrige Lebenshaltung, die höchstwahrscheinlich noch hinter der Lebenshaltung eines Arbeiters ohne Anteil zurückbleibt, das sind die Merkmale dieses Typus.³ Zum Landproletariat zählt nicht weniger als die Hälfte aller Bauernhöfe (was ungefähr vier Zehnteln der Bevölkerung entspricht), d. h. alle ohne Pferd wirtschaftenden Bauern und der größte Teil der nur mit einem Pferd arbeitenden Bauern (dies ist natürlich nur eine annähernde Massenschätzung, die in den verschiedenen Bezirken gemäß den örtlichen Verhältnissen mehr oder weniger variiert werden muß). Die Begründung der Annahme, daß schon heute ein so bedeutender Teil der Bauernschaft zum ländlichen Proletariat gehört, haben wir oben gegeben. Es muß hinzugefügt werden, daß in unserer Literatur jene Theorie, nach der der Kapitalismus den freien landlosen Arbeiter erfordert, meist allzu schablonenmäßig verstanden wird. Als

³ Wenn man die Richtigkeit der Einrechnung der mittellosen Bauernschaft in die Klasse der Lohnarbeiter mit Landanteil beweisen will, genügt es nicht zu zeigen, welcher Teil der Bauernschaft seine Arbeitskraft verkauft und wie er dies tut, man muß auch zeigen, wie und von welcher Art Unternehmer der Kauf der Arbeitskraft erfolgt.

Grundtendenz ist das ganz richtig, aber man darf nicht dabei vergessen, daß der Kapitalismus in die Landwirtschaft besonders langsam und unter den allerverschiedensten Formen vordringt. Da die Landzuteilung an Landarbeiter sehr oft im Interesse der Landwirte selbst geschieht, ist der Typus des Landarbeiters mit Landanteil in allen kapitalistischen Ländern zu finden...

... Das Zwischenglied zwischen diesen nach der Reform ausgebildeten Typen der „Bauernschaft“ ist die *mittlere Bauernschaft*. Sie ist durch die *geringste* Entwicklung der Warenwirtschaft gekennzeichnet. Die selbständige landwirtschaftliche Arbeit deckt höchstens in den besten Jahren und bei besonders günstigen Voraussetzungen den Unterhalt dieser Bauernschaft, die sich deshalb in einer äußerst unsicheren Lage befindet. Die meisten Mittelbauern können nur durch Anleihen, die später abzarbeiten sind, durch Nebenerwerb, der häufig im Verkauf der Arbeitskraft besteht, ihre Wirtschaft erhalten und gerade noch weiterführen. Jede Mißernte stößt die mittleren Bauern massenweise in die Reihen des Proletariats. In ihrer gesellschaftlichen Lage schwankt diese Gruppe zwischen der oberen, die sie anzieht, in die aber nur eine Minderheit von Glücklichen gelangt, und der unteren Gruppe, in die sie der ganze Gang der gesellschaftlichen Entwicklung drängt. Wir haben gesehen, daß die Dorfbourgeoisie nicht nur die untere, sondern auch die mittlere Bauerngruppe *verdrängt*. So vollzieht sich das der kapitalistischen Wirtschaft eigentümliche Aussterben der mittleren Gruppen bei gleichzeitiger Entfaltung der extremen Gruppen — die „Entbauerung“.

(Lenin: „Die Zersetzung der Bauernschaft“ [1899], Sämtliche Werke, Bd. III, Berlin 1929, S. 138 f., 143.)

3. Die Schicksale der kleinen Bauernwirtschaft unter dem Kapitalismus

... Die Grund- und Haupttendenz des Kapitalismus besteht in der Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb in der Industrie sowohl wie in der Landwirtschaft. Doch diese Verdrängung ist nicht *nur* zu verstehen im Sinne der unmittelbaren Expropriation. Verdrängung ist auch der sich jahre- und jahrzehntelang hinziehen könnende Ruin der kleinen Landwirte und die Verschlechterung der Bedingungen, unter denen sie

wirtschaften. Diese Verschlechterung kommt zum Ausdruck sowohl in der übermäßigen Arbeit oder schlechteren Ernährung des kleinen Landwirts als auch in seiner steigenden Verschuldung, in der schlechteren Fütterung und überhaupt Haltung des Viehs, in der Verschlechterung der Bedingungen der Bodenbearbeitung, seiner Bestellung, Düngung usw., ferner in der technischen Stagnation der Wirtschaft usw. Die Aufgabe des wissenschaftlichen Forschers, wenn er sich nicht schuldig machen will der bewußten oder unbewußten Beschönigung der Lage der dem Ruin verfallenden und niedergedrückten Kleinbauern im Interesse der Bourgeoisie, besteht vor allem und hauptsächlich in der genauen Bestimmung der — keineswegs unkomplizierten und einförmigen — Merkmale der Verelendung; sodann in der Aufzeigung, Verfolgung dieser Merkmale, der möglichst sicheren Berechnung ihrer Verbreitung und der Untersuchung ihrer Veränderung im Laufe der Zeit. Diese ganz besonders wichtige Seite der Sache pflegen die Oekonomen und Statistiker unserer Zeit weniger als alles andere zu beachten...

... Es drängt sich von selbst die in wissenschaftlicher Hinsicht höchst wichtige Frage auf, aus welchen Kreisen, Schichten und Gruppen der ländlichen Bevölkerung, unter welchen Verhältnissen diese Flüchtlinge vom Lande entstehen. Da nun schon einmal alle zehn Jahre sehr genaues Material über jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb, über jedes einzelne Stück Vieh in ihm gesammelt wird, so wäre es ein Leichtes, die Frage zu stellen, wie viele und was für Farmen wegen Uebersiedlung in die Stadt verkauft oder verpachtet wurden, wie viele Familienmitglieder und aus welchen Gründen sie die Landwirtschaft für immer oder vorübergehend aufgeben. Doch derartige Fragen werden nicht gestellt. Ueber bürokratisch-schablonenmäßige Ziffern „Die Landbevölkerung sank von 1900 bis 1910 von 59,5 Prozent auf 53,7 Prozent“ geht die Untersuchung nicht hinaus. Es ist, als ahnten diese Forscher nicht einmal, wieviel Not, Bedrückung und Ruin sich hinter diesen schablonenmäßigen Ziffern verbirgt. Und in der Regel wollen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Oekonomen den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der Landflucht und dem Zugrundegehen der Kleinproduzenten gar nicht bemerken.

(Lenin: „Neue Daten über die Gesetze der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft“, Sämtliche Werke, Bd. XVII, S. 800 f., 818 f., 1914, russisch.)

4. Die Schicksale der kleinen Bauernwirtschaft in der Epoche der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus

1. In den *Ländern des Kapitalismus* beschleunigt die Wirtschaftskrise, sich mit der Agrarkrise verflechtend, in gewaltigem Maße die Pauperisierung von Millionen Bauern, die durch den Preisfall der landwirtschaftlichen Waren ruiniert werden und von hohen Steuern, Abgaben, Pachtzahlungen und Wucherschulden erdrückt sind. Schroff tritt der *Degradationsprozeß* der *kleinen* und *mittleren* Bauernwirtschaften in Erscheinung. Zwecks Ueberwindung der Agrarkrise treffen die bürgerlichen Regierungen Maßnahmen zur Einschränkung der Saatflächen von lebenswichtigen Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen. Die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft in einer Reihe kapitalistischer Länder, die sich hauptsächlich auf die großkapitalistischen Wirtschaften erstreckt, fördert die rasche Verelendung der breiten werktätigen Bauernmassen noch mehr.

(Thesen und Resolutionen des XI. EKKI-Plenums. Verlag Carl Hoym Nachfolger, Hamburg-Berlin, S. 5.)

... Die heutige Krise ist die erste *Weltwirtschaftskrise* seit dem Kriege. Sie ist eine *Weltkrise* nicht nur in dem Sinne, daß sie alle oder fast alle *industriellen* Länder der Erde erfaßt, — wobei sogar Frankreich, das systematisch Milliarden von Mark aus den Reparationszahlungen Deutschlands in seinen Organismus einspritzt, eine gewisse Depression nicht vermeiden konnte, die allen Anzeichen nach in eine Krise übergehen muß. Sie ist eine *Weltkrise* auch in dem Sinne, daß die *Industriekrise* zeitlich zusammenfällt mit einer Krise der *Landwirtschaft*, die die Produktion aller Arten von Rohstoffen und Nahrungsmitteln in den wichtigsten *Agrarländern* der Welt erfaßt.

... Die heutige *Weltkrise* entwickelt sich trotz ihres *allgemeinen* Charakters *ungleichmäßig* und erfaßt die einen oder anderen Länder zu verschiedenen Zeiten und in verschiedener Stärke. Die *Industriekrise* begann zuerst in Polen, Rumänien, auf dem Balkan. Sie entwickelte sich dort im Laufe des ganzen vorigen Jahres. Deutliche Anzeichen der einsetzenden *Landwirtschaftskrise* gab es schon Ende 1928 in Kanada, in den Vereinigten Staaten, in Argentinien, in Brasilien, in Australien

Während dieser ganzen Periode geht die Industrie der Vereinigten Staaten bergauf. Gegen Mitte des Jahres 1929 erreicht die industrielle Produktion in den Vereinigten Staaten fast eine Rekordhöhe. Erst von der zweiten Hälfte des Jahres 1929 an tritt ein Umschwung ein, und dann entfaltet sich bereits eine stürmische Krise der industriellen Produktion, die die Vereinigten Staaten auf das Niveau von 1927 zurückwirft. Darauf folgt die *Industriekrise* in Kanada, in Japan. Dann setzen Bankrotte und die Krise in China und den Kolonialländern ein, wo die Krise durch den Preisfall des Silbers vertieft wird und wo sich die *Ueberproduktionskrise* mit der Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaft paart, die infolge der Ausbeutung durch die Feudalherren und durch die unerträglichen Steuern zur völligen Erschöpfung gebracht wird. Was Westeuropa anbelangt, so beginnt die Krise sich hier erst Anfang dieses Jahres zu entwickeln, und zwar nicht überall in gleicher Stärke, während Frankreich sogar in dieser Periode immer noch ein Anwachsen der industriellen Produktion aufzuweisen hat...

... Die *Weltwirtschaftskrise* [entfaltet] ihre zerstörende Wirkung... indem sie ganze Schichten mittlerer und kleiner Kapitalisten versinken läßt, ganze Gruppen der Arbeiteraristokratie und der Farmer ruiniert und die Millionenmassen der Arbeiter zum Hungern verdammt...

(Stalin: „Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU[B]“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Vegaar, Moskau 1934, S. 279 ff., 282, 1930.)

5. Der Marxismus-Leninismus über die zwiespältige Natur des kleinen Warenerzeugers und über den Charakter seines Revolutionarismus

Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenes Produkt.

Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ.

Noch mehr, sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Sind sie revolutionär, so sind sie es im Hinblick auf den ihnen bevorstehenden Uebergang ins Proletariat, so verteidigen sie nicht ihre gegenwärtigen, sondern ihre zukünftigen Interessen, so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen.

(K. Marx und F. Engels: „Das Kommunistische Manifest“, Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus, Vegaar, Moskau 1933, S. 23 f.)

Fangen wir an mit dem Kleinbauer. Er ist nicht nur für Westeuropa im allgemeinen von allen Bauern der wichtigste, sondern er liefert uns auch den für die ganze Frage kritischen Fall. Sind wir uns über unsere Stellung zum Kleinbauern klar, so haben wir alle Anhaltspunkte zur Bestimmung unserer Haltung gegenüber den anderen Bestandteilen des Landvolks.

Unter Kleinbauer verstehen wir hier den Eigentümer oder Pächter — namentlich den ersteren — eines Stückchen Lands, nicht größer, als er mit seiner eigenen Familie in der Regel bebauen kann, und nicht kleiner, als was die Familie ernährt. Dieser Kleinbauer, wie der kleine Handwerker, ist also ein Arbeiter, der sich vom modernen Proletarier dadurch unterscheidet, daß er noch im Besitz seiner Arbeitsmittel ist; also ein Ueberbleibsel einer vergangenen Produktionsweise. Von seinem Vorfahren, dem leibeignen, hörigen oder sehr ausnahmsweise auch freien zins- und fronpflichtigen Bauern, unterscheidet er sich dreifach. Erstens dadurch, daß die französische Revolution ihn von den feudalen Lasten und Diensten, die er dem Grundherrn schuldete, befreit und in der Mehrzahl der Fälle, wenigstens auf dem linken Rheinufer, ihm sein Bauerngut als freies Eigen überantwortet hat. — Zweitens dadurch, daß er den Schutz und die Beteiligung an der selbstverwaltenden Markgenossenschaft, und damit seinen Anteil an den Nutzungen der früheren gemeinen Mark verloren hat. Die gemeine Mark ist teils vom ehemaligen Feudalherrn, teils durch aufgeklärt-römisch-rechtlich-bürokratische Gesetzgebung wegskamotiert, und dem modernen Kleinbauern damit die Möglichkeit entzogen, sein Arbeitsvieh ohne gekauftes Futter zu ernähren. Oekonomisch wiegt aber der Verlust der Marknutzungen den Wegfall der Feudallasten überreichlich auf; die Zahl der Bauern, die kein eigenes Arbeitsvieh halten können, wächst fortwährend. — Drittens unterscheidet der heutige Bauer sich

durch den Verlust der Hälfte seiner früheren produktiven Tätigkeit. Früher erzeugte er mit seiner Familie aus selbsterzeugtem Rohstoff den größten Teil der Industrieprodukte, deren er bedurfte; was sonst noch nötig, besorgten Dorfnachbarn, die Handwerk neben dem Landbau betrieben und meist in Tauschartikeln oder Gegendiensten bezahlt wurden. Die Familie, und noch mehr das Dorf, genügte sich selbst, produzierte fast alles, was es brauchte. Es war fast reine Naturalwirtschaft. Geld wurde fast gar nicht benötigt. Die kapitalistische Produktion hat dem ein Ende gemacht vermittelt der Geldwirtschaft und der großen Industrie. War aber die Marknutzung die eine Grundbedingung seiner Existenz, so war der industrielle Nebenbetrieb die andere. Und so sinkt der Bauer immer tiefer. Steuern, Mißwachs, Erbteilungen, Prozesse treiben einen Bauer nach dem anderen zum Wucherer, die Verschuldung wird immer allgemeiner und für jeden einzelnen immer tiefer — kurz, unser Kleinbauer ist, wie jeder Ueberrest einer vergangenen Produktionsweise, unrettbar dem Untergang verfallen. Er ist ein zukünftiger Proletarier.

Als solcher sollte er der sozialistischen Propaganda offene Ohren leihen. Daran verhindert ihn aber einstweilen noch sein eingefleischter Eigentumssinn. Je schwerer ihm der Kampf wird um sein gefährdetes Fetzen Land, mit desto gewalttätiger Verzweiflung klammert er sich daran fest, um so mehr sieht er im Sozialdemokraten, der von Ueberweisung des Grundeigentums an die Gesamtheit spricht, einen ebenso gefährlichen Feind wie im Wucherer und Advokaten.

(Engels: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“, 1894. Aus „Kleine ökonomische Aufsätze“. Elementarbücher des Kommunismus, Band 22, S. 136 f.)

... „Es wächst die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse“ — das ist richtig, aber es ist vollkommen falsch, die Unzufriedenheit des Proletariats und die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten als identisch zu betrachten und zusammenzufassen, wie es hier getan ist. Die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten weckt sehr oft das Bestreben (und muß unvermeidlich in ihnen oder in einem bedeutenden Teil von ihnen das Bestreben wecken), ihre Existenz, als die kleiner Eigentümer, zu behaupten, d. h. die Grundlagen des gegenwärtigen Systems zu verteidigen und es sozusagen noch zurückzurevidieren.

... „Es verschärft sich ihr Kampf und vor allem der Kampf ihres fortgeschrittensten Vertreters — des Proletariats“ ... Eine Verschärfung des Kampfes vollzieht sich natürlich auch bei den Kleinproduzenten. Aber ihr „Kampf“ ist *sehr oft* gegen das Proletariat gerichtet, denn schon allein die Lage des Kleinproduzenten bringt in sehr vielem seine Interessen in einen *scharfen Gegensatz* zu den Interessen des Proletariats. Ueberhaupt ist das Proletariat *gar nicht* der „führende Vertreter“ des Kleinbürgertums. Ist das auch manchmal der Fall, so nur dann, wenn der Kleinproduzent die Unvermeidlichkeit seines Untergangs erkennt, wenn er „seinen eigenen Standpunkt *verläßt*, um sich auf den des Proletariats zu stellen“. Der führende Vertreter des Kleinproduzenten *von heute*, der „seinen eigenen Standpunkt“ noch nicht verlassen hat, ist sehr oft der Antisemit und der Agrarier, der Nationalist und der Narodnik, der Sozialreformer und der „Kritiker des Marxismus“ ...

... Der Entwurf spricht in *positiver* Form von dem revolutionären Wesen des Kleinbürgertums (wenn es das Proletariat „unterstützt“, — bedeutet das nicht, daß es revolutionär ist?) und sagt kein Wort über seinen konservativen (und sogar reaktionären) Charakter. Das ist ganz einseitig und falsch.

(*Lenin*: „Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows“, Sämtliche Werke, Bd. V, S. 38 f.)

... Die ganze politische Oekonomie, wenn irgendwer irgend etwas aus ihr gelernt hat, die ganze Geschichte der Revolutionen, die ganze Geschichte der politischen Entwicklung während des ganzen 19. Jahrhunderts, lehrt uns, daß der Bauer entweder mit dem Arbeiter geht oder mit dem Bourgeois. Er kann anders nicht gehen. Das mag natürlich manchem Demokraten kränkend scheinen, — mancher mag denken, daß ich aus marxistischer Schlechtigkeit den Bauer verleumde. Die Bauern sind die Mehrheit, sie sind Werktätige — und sollen nicht ihren eigenen Weg gehen können! Warum?

Wenn Sie nicht wissen, warum — würde ich einem solchen Bürger sagen —, so lesen Sie die Anfangsgründe der Marx'schen politischen Oekonomie, ihre Darlegung bei Kautsky, denken Sie nach über die Entwicklung einer beliebigen der großen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts, über die politische Geschichte eines beliebigen Landes des 19. Jahrhunderts. Sie wird Ihnen sagen, warum. Die Oekonomie der kapitalistischen

Gesellschaft ist derart, daß die herrschende Kraft in ihr nur das Kapital sein kann oder das dieses stürzende Proletariat.

Andere Kräfte gibt es in dieser Gesellschaft nicht.

Der Bauer ist zur Hälfte Werktätiger, zur Hälfte Spekulant. Der Bauer ist Werktätiger, weil er selbst im Schweiße seines Angesichts sein Brot erarbeitet, weil ihn die Gutsbesitzer, Kapitalisten, Händler ausbeuten. Der Bauer ist Spekulant, weil er Verkäufer von Brot ist, einer notwendigen Sache, für die, wenn man sie nicht hat, es sich lohnt, seine ganze Habe hinzugeben.

(*Lenin*: „I. Allrussischer Kongreß für Bildungsarbeit unter den Erwachsenen“, Sämtliche Werke, Bd. XXIV [1919], S. 300 f., russisch.)

... Den werktätigen Bauer unterdrückten Jahrhunderte hindurch die Gutsbesitzer, Kapitalisten, Händler, Spekulanten und *ihr* Staat — einschließlich der allerdemokratischsten bürgerlichen Republiken. Im werktätigen Bauer wuchsen im Laufe der Jahrhunderte Haß und Feindschaft gegen diese Unterdrücker und Ausbeuter, und diese ihm vom Leben gegebene Erziehung *zwingt* den Bauer, in dem *Arbeiter* einen Verbündeten zu suchen gegen den Kapitalisten, gegen den Spekulanten, gegen den Händler. Gleichzeitig aber machen die ökonomischen Bedingungen, die Bedingungen der Warenwirtschaft, den Bauer (nicht immer, aber in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle) zum Händler und Spekulanten.

(*Lenin*: „Oekonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“, Sämtliche Werke, Bd. XXIV [1919], S. 512, russisch.)

6. Das konkret-historische Herangehen an die Frage nach der Rolle der Bauernschaft in den verschiedenen Etappen der Revolution

Drei Losungen zur Bauernfrage

Es wird gesagt, daß auf dem II. Kongreß der Komintern eine Resolution zur Bauernfrage angenommen worden sei, in der es heißt, daß in der Epoche des Kampfes um die Macht nur die Dorfarmut ein Bundesgenosse des Proletariats sein könne und daß man den Mittelbauer lediglich neutralisieren könne. Ist das richtig? Das ist richtig. Lenin schrieb diese Resolution im Hinblick auf die Parteien, die sich auf dem Wege zur Macht befinden. Wir aber sind eine Partei, die bereits die

Macht übernommen hat. Das ist der Unterschied. In der Bauernfrage, in der Frage des Bündnisses der Arbeiter mit den Bauern oder mit einzelnen Schichten der Bauernschaft hat der Leninismus drei grundlegende Losungen aufzuweisen, die drei Perioden der Revolution entsprechen. Es handelt sich nur darum, den Uebergang von der ersten Losung zur zweiten, von der zweiten zur dritten, richtig zu erfassen.

Früher, als wir der bürgerlichen Revolution entgegen gingen, als wir Bolschewiki zum ersten Male unsere Taktik den Bauern gegenüber entwarfen, da sagte Lenin: Bündnis mit der *ganzen* Bauernschaft gegen den Zaren und die Großgrundbesitzer und Neutralisierung der kadettischen Bourgeoisie. Mit dieser Losung sind wir damals in die bürgerliche Revolution gegangen, und wir haben gesiegt. Das war die erste Etappe unserer Revolution.

Später, als wir der zweiten Etappe, dem Oktober, entgegen gingen, da stellte Lenin eine neue Losung auf, die der neuen Lage entsprach: Bündnis des Proletariats mit der *Dorfarmut* gegen alle Bourgeois, und *Neutralisierung* der Mittelbauern. Das ist eine Losung, die die kommunistischen Parteien, die um die Macht kämpfen, brauchen. Und selbst dann, wenn sie bereits die Macht erobert, sie aber noch nicht befestigt haben, können sie nicht auf ein Bündnis mit dem Mittelbauern rechnen. Der Mittelbauer, das ist ein Mensch, der abwartet. Er schaut zu, wer der Stärkere ist, er wartet ab, und erst dann, wenn wir die Oberhand gewonnen und die Großgrundbesitzer und Bourgeois verjagt haben, ist er zu einem Bündnis mit uns geneigt. Er ist eben ein Mittelbauer. Wir sind also in die zweite Etappe unserer Revolution nicht mehr mit der Losung des Bündnisses der Arbeiter mit der *ganzen* Bauernschaft, sondern mit der Losung des Bündnisses des Proletariats mit den *armen* Bauern hineingegangen.

Und im weiteren? Im weiteren, als wir unsere Macht bereits genügend befestigt, als wir die Angriffe der Imperialisten abgeschlagen hatten, und als wir in die Epoche eines breiten sozialistischen Aufbaus eintraten, da stellte Lenin eine dritte Losung auf, die Losung des *festen Bündnisses* des Proletariats und der Dorfarmut mit den Mittelbauern. Diese Losung ist die einzig richtige, die der neuen Periode unserer Revolution, der Periode des breiten Aufbaus, entspricht. Sie ist nicht nur deshalb richtig, weil man jetzt auf dieses Bündnis rechnen kann, sondern auch deshalb, weil wir beim Aufbau des Sozialismus nicht nur

mit Millionen, sondern mit Dutzenden von Millionen ländlicher Bewohner operieren müssen. Anders kann der Sozialismus nicht aufgebaut werden. Der Sozialismus erstreckt sich nicht nur auf die Stadt. Der Sozialismus ist eine solche Organisation der Wirtschaft, die die Industrie und die Landwirtschaft auf der Grundlage der Vergesellschaftung der Produktionsmittel vereinigt. Ohne eine Vereinigung dieser beiden Wirtschaftszweige ist der Sozialismus unmöglich.

So steht es mit den Losungen des Leninismus über das Bündnis mit der Bauernschaft.

Das, was Lenin auf dem II. Kongreß der Komintern gesagt hat, ist absolut richtig, weil, wenn man erst auf dem Wege zur Macht ist oder wenn man die bereits eroberte Macht noch nicht befestigt hat, dann lediglich auf ein Bündnis mit der armen Bauernschaft gerechnet werden kann bei Neutralisierung der Mittelbauern. Nachdem aber die Macht erobert und befestigt ist, nachdem der Aufbau begonnen hat und man schon mit Dutzenden Millionen von Menschen operieren muß, dann ist das Bündnis des Proletariats und der Dorfarmut mit dem Mittelbauern die einzig richtige Losung.

Dieser Uebergang von der alten Losung des „Bündnisses des Proletariats mit der Dorfarmut“, von der alten Losung der Neutralisierung des Mittelbauern zur Losung eines festen Bündnisses mit den Mittelbauern ist bereits auf unserem VIII. Parteitag vollzogen worden. Ich will eine Stelle aus der Rede Lenins bei Eröffnung dieses Parteitages anführen. Sie lautet folgendermaßen:

„Die besten Vertreter des Sozialismus in der alten Zeit haben, als sie noch an die Revolution glaubten und theoretisch für sie eintraten, von einer *Neutralisierung* der Bauernschaft gesprochen, d. h. davon, diese mittlere Bauernschaft in eine gesellschaftliche Schicht zu verwandeln, die, wenn sie auch der proletarischen Revolution nicht aktiv beisteht, so doch wenigstens unsere Arbeit nicht stört. Diese abstrakte theoretische Aufgabestellung ist für uns vollkommen klar. *Aber sie ist ungenügend.* Wir sind in ein solches *Stadium des sozialistischen Aufbaues* eingetreten, wo wir an Hand der Erfahrungen der Arbeit auf dem Lande konkret und eingehend die Hauptregeln und Richtlinien ausarbeiten *müssen*, an die wir uns zu halten haben, um *unser Verhältnis zum Mittelbauern auf die Grundlage eines festen Bündnisses zu stellen.*“⁴

Das ist die theoretische Grundlage für die Politik der Partei, die in der gegenwärtigen geschichtlichen Periode auf ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern berechnet ist.

⁴ Unterstreichungen überall von mir. *J. St.*

Wer die Absicht hat, mit Hilfe der Resolution des II. Kongresses der Komintern, die von Lenin verfaßt worden ist, diese Worte Lenins zu widerlegen, der soll das offen sagen.

So steht die Frage theoretisch. Wir nehmen von Lenin nicht einen einzelnen Teil, sondern das Ganze. Lenin hat drei Losungen über das Verhältnis zur Bauernschaft aufgestellt: eine zur Zeit der bürgerlichen Revolution, eine zweite zur Zeit der Oktoberrevolution und eine dritte nach der Befestigung der Sowjetmacht. Wer glaubt, diese drei Losungen durch irgendeine einzige und allgemeine Losung ersetzen zu können, der befindet sich im Irrtum.

(Stalin: „Politischer Tätigkeitsbericht des ZK an den XIV. Parteitag der KPdSU(B)“ Probleme des Leninismus, Marx. Bibl., Bd. 5, S. 363—365, Wien-Berlin 1926.)

II. DIE AGRAR- UND BAUERNFRAGE IN DER BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

1. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft in der Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolution

... Diese Periode umfaßt den Zeitraum von der ersten russischen Revolution (1905) bis zur zweiten (Februar 1917) einschließlich. Das Charakteristische dieser Periode ist die Loslösung der Bauernschaft von dem Einfluß der liberalen Bourgeoisie, die *Abkehr* der Bauernschaft von den Kadetten, ihre *Schwenkung* zum Proletariat, zur Partei der Bolschewiki hin. Die Geschichte dieser Periode ist die Geschichte des Kampfes zwischen den Kadetten (liberale Bourgeoisie) und den Bolschewiki (Proletariat) um die Bauernschaft. Der Ausgang dieses Kampfes wurde durch die Dumaperiode entschieden, denn die Periode der vier Dumas war für die Bauernschaft ein Anschauungsunterricht, der ihr augenfällig zeigte, daß sie von den Kadetten weder Land noch Freiheit erhalten würde, daß der Zar ganz auf der Seite der Großgrundbesitzer war und daß die Kadetten den Zaren unterstützten, daß die einzige Kraft, auf deren Hilfe man rechnen konnte — die städtischen Arbeiter, das Proletariat war. Der imperialistische Krieg hat die Lehre der Dumaperiode nur bestätigt, er vollendete die Loslösung der Bauernschaft von der Bourgeoisie, vollendete die Isolierung der liberalen Bourgeoisie, denn der Krieg zeigte die ganze Haltlosigkeit der trügerischen Hoffnung auf einen Frieden, den der Zar und seine bürgerlichen Verbündeten bringen sollten. Ohne die anschaulichen Lehren der Dumaperiode wäre die Hegemonie des Proletariats nicht möglich gewesen.

So entstand das Bündnis zwischen den Arbeitern und den Bauern in der bürgerlich-demokratischen Revolution. So bildete sich die Hegemonie (Führung) des Proletariats heraus in dem

gemeinsamen Kampf zum Sturz des Zarismus, die Hegemonie, die zur Februarrevolution des Jahres 1917 führte.

Die bürgerlichen Revolutionen des Westens (England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich) gingen, wie bekannt, einen anderen Weg. Dort hatte nicht das Proletariat, das infolge seiner Schwäche keine selbständige politische Kraft darstellte, und es auch nicht konnte, sondern die liberale Bourgeoisie die Hegemonie in der Revolution. Dort erhielt die Bauernschaft ihre Befreiung von der Hörigkeit nicht aus den Händen des Proletariats, das nicht zahlreich und das unorganisiert war, sondern von der Bourgeoisie. Dort ging die Bauernschaft gemeinsam mit der liberalen Bourgeoisie gegen die alte Ordnung. Dort bildete die Bauernschaft die Reserve der Bourgeoisie. Dort führte deshalb die Revolution zur gewaltigen Verstärkung des politischen Gewichts der Bourgeoisie.

In Rußland dagegen zeitigte die bürgerliche Revolution ganz entgegengesetzte Resultate. Die Revolution in Rußland führte nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Bourgeoisie als politischer Kraft, nicht zur Vermehrung ihrer politischen Reserven, sondern zum Verlust ihrer ausschlaggebenden Reserve, zum Verlust der Bauernschaft. Die bürgerliche Revolution in Rußland rückte nicht die liberale Bourgeoisie, sondern das revolutionäre Proletariat in den Vordergrund und scharte um dasselbe die viele Millionen zählenden Bauernmassen.

Das ist unter anderem auch die Erklärung dafür, daß die bürgerliche Revolution in Rußland in verhältnismäßig kurzer Zeit in die proletarische Revolution hinüberwuchs. Die Hegemonie des Proletariats war der Keim und die Uebergangsstufe zur Diktatur des Proletariats.

Womit ist diese eigenartige Erscheinung in der russischen Revolution, die keine Präzedenzen in der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen im Westen aufzuweisen hat, zu erklären? Woher kam diese Eigenart?

Die Erklärung liegt darin, daß die bürgerliche Revolution in Rußland sich entfaltete unter fortgeschritteneren Bedingungen des Klassenkampfes als im Westen, daß das russische Proletariat in dieser Zeit bereits zu einer selbständigen politischen Kraft geworden war, während die liberale Bourgeoisie in blassem Schrecken vor dem revolutionären Geist des Proletariats jede Fähigkeit zur Revolution verloren (besonders nach den Lehren des Jahres 1905) und sich mit dem Zaren und den Großgrund-

besitzern gegen die Revolution, gegen die Arbeiter und Bauern verbündet hatte.

Es ist notwendig, folgende Umstände zu berücksichtigen, die für die Eigenart der russischen bürgerlichen Revolution bestimmend waren:

a) die außerordentliche Konzentration der russischen Industrie am Vorabend der Revolution. Es ist bekannt, daß z. B. in den Unternehmungen mit mehr als 500 Arbeitern in Rußland 54 Prozent aller Arbeiter beschäftigt waren, während in einem so hochentwickelten Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika, in ähnlichen Unternehmungen nur 33 Prozent aller Arbeiter beschäftigt waren. Es erübrigt sich wohl, den Beweis zu führen, daß schon dieser Umstand allein beim Vorhandensein einer so revolutionären Partei, wie die Partei der Bolschewiki, die Arbeiterklasse Rußlands zur ausschlaggebenden Kraft im politischen Leben des Landes werden ließ.

b) Die widerlichen Formen der Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben und das unerträgliche Polizeiregime der zaristischen Schergen — Umstände, die jeden ernstesten Streik der Arbeiter in einen großen politischen Akt verwandelten und die Arbeiterklasse als konsequent-revolutionäre Kraft stählten.

c) Die politische Morschheit der russischen Bourgeoisie, die sich nach der Revolution von 1905 zum Servilismus gegenüber dem Zarismus und zur direkten Konterrevolution auswuchs — Erscheinungen, die ihre Erklärung finden nicht nur in dem revolutionären Charakter des russischen Proletariats, der die russische Bourgeoisie in die Arme des Zarismus trieb, sondern auch in der direkten Abhängigkeit dieser Bourgeoisie von den Regierungsbestellungen.

d) Das Bestehen der widerwärtigsten und unerträglichsten Ueberreste der Leibeigenschaft im Dorfe, ergänzt durch die Allgewalt des Gutsherrn — ein Umstand, der die Bauernschaft in die Arme der Revolution trieb.

e) Die Herrschaft des Zarismus, der jedes Leben erstickte und durch seine Willkür den Druck der Kapitalisten und Gutsherren noch vervielfältigte — ein Umstand, der den Kampf der Arbeiter und Bauern zu einem einzigen revolutionären Strom vereinigte.

f) Der imperialistische Krieg, der alle diese Gegensätze im politischen Leben Rußlands zu einer tiefen revolutionären Krise verschmolz und der Revolution ungeahnte Stoßkraft verlieh.

Was blieb der Bauernschaft unter solchen Verhältnissen übrig? Wo sollte der Bauer Hilfe suchen gegen die Allmacht des Gutsherrn, gegen die Willkür des Zaren, gegen den alles verschlingenden Krieg, der seine Wirtschaft zerrüttete? Bei der liberalen Bourgeoisie? Aber diese war doch der Feind — das hatte ihn die langjährige Erfahrung aller vier Dumas gelehrt. Bei den Sozialrevolutionären? Die waren allerdings „besser“ als die Kadetten, und ihr Programm war „annehmbar“, es war beinahe ein bäuerliches; aber was war von ihnen zu erwarten, wenn sie glaubten, sich allein auf die Bauern stützen zu können, und wenn sie in den Städten so schwach waren, gerade dort, wo der Gegner vor allem seine Kräfte schöpft? Wo war die neue Kraft, die vor nichts zurückschreckte, weder auf dem Lande noch in der Stadt, die kühn den Kampf gegen den Zaren und die Gutsherren in den vordersten Reihen zu führen gewillt war, und die den Bauern half, die Knechtschaft, den Landhunger, die Unterdrückung, den Krieg loszuwerden? Gab es überhaupt eine solche Kraft in Rußland? Doch, die gab es. Das war das russische Proletariat, das bereits im Jahre 1905 seine Kraft, seinen harten Kampfwillen, seinen Mut und seinen revolutionären Elan bewiesen hatte.

Das eine steht jedenfalls fest: eine andere solche Kraft existierte nicht und war nirgends zu finden.

Das ist der Grund, warum die Bauernschaft, als sie sich von den Kadetten ab- und den Sozialrevolutionären zuwandte, zugleich die Ueberzeugung gewann, daß die Unterordnung unter die Führung eines so mutigen Führers der Revolution wie des russischen Proletariats, unbedingte Notwendigkeit sei.

Das sind die Umstände, die die Eigenart der russischen bürgerlichen Revolution bedingten.

(Stalin: „Die Grundlagen des Leninismus“. Probleme des Leninismus, Erste Folge. Vegaar, Moskau 1932, S. 56 ff.)

2. Zwei Arten von Klassenwidersprüchen im russischen Dorfe am Vorabend der Revolution 1905—1907

Der von der Fron „befreite“ Bauer ging aus den Händen des Reformators so geknechtet, ausgeplündert, gedemütigt, an seinen Landanteil gekettet hervor, daß ihm nichts übrigblieb, als „freiwillig“ in die Fron zurückzukehren. Und der Bauer begann das Land seines früheren Gutsherrn zu bebauen, indem er von

ihm seine eigenen, ihm weggenommenen Landstücke „pachtete“ und, um für seine hungernde Familie Brot geliehen zu bekommen, sich schon im Winter auf Sommerarbeit verdingte. Abarbeit und Schuldknechtschaft, — das war in Wirklichkeit die „freie Arbeit“, für die der Bauer nach dem Wortlaut des von einem jesuitischen Pfaffen verfaßten Manifestes — „Gottes Segen“ erbitten sollte.

Zu dieser, dank der Großmut der Beamten, die die Reform geschaffen und verwirklicht hatten, aufrechterhaltenen gutsbesitzerlichen Unterdrückung kam noch hinzu der Druck des Kapitals. Die Macht des Geldes, die z. B. sogar den französischen Bauer, der nicht durch eine klägliche, halbe Reform, sondern durch eine mächtige Volksrevolution von der Gewalt der Grundbesitzer befreit worden ist, zu Boden gedrückt hat, diese Macht des Geldes wälzte sich mit ihrer ganzen Schwere auf unseren halbbleibeigenen Bauer. Geld mußte um jeden Preis aufgetrieben werden: sowohl für die durch die wohlthätige Reform noch vermehrten Steuern und für die Pacht des Bodens als auch für den Ankauf der armseligen Industrieerzeugnisse, die die Produkte der bäuerlichen Heimarbeit zu verdrängen begannen, ferner für den Ankauf von Getreide usw. Die Macht des Geldes hat die Bauernschaft nicht nur zu Boden gedrückt, sondern auch gespalten: die ungeheure Masse wurde unaufhaltsam zugrunde gerichtet und in Proletarier verwandelt, während sich von der Minderheit kleine Häuflein nicht zahlreicher, aber zäher Kulaken und wirtschaftlich starker Bauern absonderten, die die Bauernwirtschaften und Bauernländereien in ihre Klauen nahmen und die ersten Kader der im Entstehen begriffenen Dorfbourgeoisie bildeten. Die ganzen vierzig Jahre, die seit der Reform vergangen sind, stellen einen einzigen Prozeß dieser „Entbauerung“ dar, einen Prozeß langsam qualvollen Aussterbens. Der Bauer wurde auf das Lebensniveau eines Bettlers herabgedrückt; er hauste zusammen mit dem Vieh, kleidete sich in Lumpen, ernährte sich von Melde; der Bauer floh von seiner Scholle, wenn er nur einen Zufluchtsort hatte, er kaufte sich sogar von seinem Anteil los, indem er demjenigen Geld zahlte, der bereit war, seinen Boden, dessen Unkosten die Einnahmen überstiegen, zu übernehmen. Die Bauern litten chronisch an Hunger und fielen während der immer häufiger wiederkehrenden Mißernten zu Zehntausenden dem Hunger und den epidemischen Krankheiten zum Opfer.

So stehen bei uns die Dinge auch jetzt noch auf dem flachen Lande. Es fragt sich, wo der Ausweg zu suchen und mit welchen Mitteln eine Besserung der Lage der Bauern zu erreichen ist. Das Kleinbaurntum kann sich vom Joch des Kapitals nur befreien, wenn es sich der Arbeiterbewegung anschließt und sie unterstützt in ihrem Kampfe für die sozialistische Gesellschaftsordnung, für die Umwandlung des Grund und Bodens wie auch der übrigen Produktionsmittel (der Betriebe, Maschinen usw.) in gesellschaftliches Eigentum. Der Versuch, die Bauernschaft durch den Schutz der Kleinwirtschaft und des Kleinbesitzes vor dem Ansturm des Kapitalismus zu retten, würde heißen, die gesellschaftliche Entwicklung nutzlos aufhalten, den Bauer durch die Illusion eines auch unter der Herrschaft des Kapitalismus möglichen Wohlstandes betrügen, die werktätigen Klassen voneinander trennen, indem der Minderheit eine privilegierte Lage auf Kosten der Mehrheit eingeräumt wird. Aus diesem Grunde werden die Sozialdemokraten stets gegen so sinnlose und schädliche Einrichtungen kämpfen, wie die Unveräußerlichkeit der bäuerlichen Landanteile, die Kollektivbürgerschaft, das Verbot des Austritts aus der Dorfgemeinde und der freien Aufnahme von Personen beliebigen Standes in diese Gemeinde! Doch unser Bauer leidet, wie wir gesehen haben, nicht nur und sogar nicht so sehr unter dem Joche des Kapitals als unter dem Joch der Großgrundbesitzer und unter den Ueberresten der Leibeigenschaft. Ein rücksichtsloser Kampf gegen diese Fesseln, die die Lage der Bauernschaft ungeheuer verschlechtern und sie an Händen und Füßen knebeln, ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig im Interesse der gesamten sozialen Entwicklung des Landes, denn die grenzenlose Armut, Unwissenheit, Rechtslosigkeit und Erniedrigung des Bauern drückt dem gesamten Leben unseres Vaterlandes den Stempel des Asiatentums auf. Und die Sozialdemokratie würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie diesen Kampf nicht in jeglicher Weise unterstützen wollte. Diese Unterstützung muß, kurz gesagt, darin zum Ausdruck kommen, daß *der Klassenkampf auf das flache Land getragen wird.*

Wir haben gesehen, daß heute im russischen Dorfe Klassengegensätze von zweierlei Art nebeneinander bestehen: erstens zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitern und den landwirtschaftlichen Unternehmern, zweitens zwischen der ganzen Bauernschaft und der ganzen Grundbesitzerklasse. Der erste Ge-

gensatz entwickelt sich und wächst an, der zweite wird allmählich schwächer. Der erste liegt noch ganz in der Zukunft, der zweite in hohem Grade bereits in der Vergangenheit. Und trotzdem ist für die russischen Sozialdemokraten von heute gerade der zweite Gegensatz von wesentlichster und praktischster Bedeutung. Daß wir jeden sich bietenden Anlaß ausnützen müssen, um in den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern das Klassenbewußtsein zu entwickeln, daß wir daher auf die Uebersiedlung von städtischen Arbeitern auf das flache Land (z. B. von Mechanikern, die an Dampfdreschmaschinen arbeiten, usw.) und auf die Arbeitsvermittlungsstellen der Landarbeiter unsere Aufmerksamkeit richten müssen, — das ist selbstverständlich, das ist für jeden Sozialdemokraten ein Axiom.

Aber unsere Landarbeiter sind noch zu fest mit der Bauernschaft verbunden, auf ihnen lastet noch zu sehr das Elend der gesamten Bauernschaft, und darum kann die Bewegung der Landarbeiter weder jetzt noch in der nächsten Zukunft eine allgemein-nationale Bedeutung erlangen. Die Frage dagegen der Ausmerzung der Ueberreste der Leibeigenschaft, der Ausrottung des Geistes der ständischen Nichtgleichberechtigung und der Degradierung von Millionen und aber Millionen „gemeinen Volkes“ aus der gesamten russischen Staatsordnung, — diese Frage ist jetzt schon von allgemein-nationaler Bedeutung, und eine Partei, die auf die Rolle eines Vorkämpfers für die Freiheit Anspruch erhebt, kann sich dieser Frage gegenüber nicht passiv verhalten.

(Lenin: „Arbeiterpartei und Bauernschaft“, Sämtliche Werke, Bd. IV/I, Berlin 1928, S. 113 ff., 1901.)

3. Zwei Wege der Beseitigung der Ueberreste der Leibeigenschaft in der Landwirtschaft und der Kampf des Proletariats im Bündnis mit der Bauernschaft für den revolutionären Weg

Den Angelpunkt des Kampfes bilden die frönherrlichen Latifundien, als die bedeutendste Verkörperung und festeste Stütze der Ueberreste der Fronherrschaft in Rußland. Die Entwicklung der Warenwirtschaft und des Kapitalismus bereitet diesen Ueberresten mit absoluter Unausbleiblichkeit ein Ende.

Hier steht Rußland nur der eine Weg der bürgerlichen Entwicklung offen.

Doch die Formen dieser Entwicklung können zweierlei Art sein. Die Ueberreste der Fronwirtschaft können sowohl durch Umgestaltung der Gutswirtschaften als auch auf dem Wege der Vernichtung der grundherrlichen Latifundien, d. h. auf dem Wege der Reform oder auf dem Wege der Revolution beseitigt werden. Die bürgerliche Entwicklung kann in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die großen Gutsbesitzerwirtschaften stehen, die allmählich immer mehr bürgerlich werden und allmählich die fronherrlichen Ausbeutungsmethoden durch bürgerliche ersetzen; sie kann auch in der Weise vor sich gehen, daß an ihrer Spitze die kleinen Bauernwirtschaften stehen, die auf revolutionärem Wege die „Auswüchse“ der fronherrlichen Latifundien aus dem sozialen Organismus entfernen und sich dann, von ihnen befreit, in den Rahmen eines kapitalistischen Farmertums frei entwickeln.

Ich würde diese zwei Wege objektiv möglicher bürgerlicher Entwicklung als den preußischen und den amerikanischen bezeichnen. Im ersten Falle wächst die fronherrliche Gutsbesitzerwirtschaft langsam in eine bürgerliche, in eine Junkerwirtschaft hinüber, wobei die Bauern unter Herausbildung einer kleinen Minderheit von Großbauern zu Jahrzehnten qualvollster Expropriation und Knechtung verurteilt werden. Im zweiten Fall gibt es keine Gutsherrenwirtschaft, oder sie wird von der Revolution zerschlagen, die die fronherrlichen Güter konfisziert und aufteilt. In diesem Falle herrscht der Bauer vor, er wird zur treibenden Kraft der Landwirtschaft und entwickelt sich zum kapitalistischen Farmer. Hauptinhalt der Entwicklung im ersten Fall ist das Hinüberwachsen der Fronherrschaft in Verknechtung und kapitalistische Ausbeutung auf dem Boden der Feudalherren, der Junker, der Gutsherren. Im zweiten Falle ist der ausschlaggebende Hintergrund das Hinüberwachsen des patriarchalen Bauern zum bürgerlichen Farmer.

In der Wirtschaftsgeschichte Rußlands treten diese beiden Arten der Entwicklung mit voller Deutlichkeit zutage. Nehmen wir die Zeit der Aufhebung der Leibeigenschaft. Gutsbesitzer und Bauern lagen im Kampfe um die Art und Weise der Durchführung dieser Reform. Die einen wie die anderen verteidigten (ohne sich dessen bewußt zu sein) Voraussetzungen bürgerlicher Wirtschaftsentwicklung, aber die Gutsbesitzer vertraten eine Art

der Entwicklung, die die maximale Erhaltung der Gutswirtschaften, der Gutsbesitzereinkünfte, der grundherrlichen (verknechtenden) Ausbeutungsmethoden sichert. Die Bauern vertreten die Interessen einer Entwicklung, die bei dem gegebenen Kulturniveau und Wohlstand der Bauernschaft die Vernichtung der fronherrlichen Latifundien, aller fronwirtschaftlichen und verknechtenden Ausbeutungsmethoden sowie die Erweiterung des freien bäuerlichen Grundbesitzes im höchstmöglichen Ausmaße gewährleisten könnte. Es ist klar, daß in dem Falle, wenn der zweitgenannte Weg eingeschlagen worden wäre, die Entwicklung des Kapitalismus und der Produktivkräfte sich breiter und rascher vollzogen hätte als bei einem Ausgang der Bauernreform im Sinne der Gutsbesitzer. Nur Karikaturen von Marxisten, wie die gegen den Marxismus kämpfenden Narodniki sie sich auszumalen bemüht waren, hätten darin, daß die Bauern 1861 des Bodens beraubt wurden, ein Unterpfand kapitalistischer Entwicklung erblicken können. Im Gegenteil, es war — und so erwies es sich in der Tat — ein Unterpfand verknechtender, d. h. halbfronwirtschaftlicher Pacht und einer auf Abarbeit fußenden, d. h. einer Fronwirtschaft, die die Entwicklung des Kapitalismus und das Wachstum der Produktivkräfte in der russischen Landwirtschaft außerordentlich verzögerte. Der Kampf zwischen den Bauern- und den Gutsbesitzerinteressen war kein Kampf der „Volksproduktion“ und des „Arbeitsprinzips“ gegen die Bourgeoisie (wie unsere Narodniki sich einbildeten und sich noch einbilden), sondern ein Kampf für die amerikanische Art der bürgerlichen Entwicklung gegen ihre preußische Art.

In jenen Gebieten Rußlands, wo es keine Leibeigenschaft gab, wo der gänzlich oder in der Hauptsache freie Bauer sich an die Landwirtschaft machte (z. B. in den erst nach der Reform kolonisierten Steppen jenseits der Wolga, in Neu Rußland, im Nordkaukasus), schlug die kapitalistische Entwicklung und die Entwicklung der Produktivkräfte ein unvergleichlich rascheres Tempo ein als in dem von Ueberresten der Fronherrschaft bedrückten Zentralgebiet.

(Lenin: „Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution“, Ausgewählte Werke, Bd. III, Moskau 1932, S. 169 ff., 1907.)

4. Proletariat und Bauernschaft in der bürgerlich-demokratischen Revolution

Von welchen realen gesellschaftlichen Kräften hängt der „Schwung der Revolution“ ab? Habt ihr darüber nachgedacht. Herrschaften? Lassen wir die Kräfte der Außenpolitik, der internationalen Kombinationen beiseite, die für uns jetzt sehr vorteilhaft sind, die wir aber alle, und zwar mit Recht, von der Betrachtung ausschließen, insofern von den inneren Kräften Rußlands die Rede ist. Schaut euch diese inneren gesellschaftlichen Kräfte an. Gegen die Revolution stehen der Absolutismus, der Hof, die Polizei, das Beamtentum, das Heer und eine Handvoll hohen Adels. Je tiefer die Empörung im Volke ist, desto unzuverlässiger wird das Heer, desto größer werden die Schwankungen im Beamtentum. Ferner ist die Bourgeoisie jetzt im großen und ganzen für die Revolution, ereifert sich in Reden über die Freiheit und ergreift immer öfter und öfter das Wort im Namen des Volkes und sogar im Namen der Revolution.¹ Aber wir Marxisten wissen doch alle aus der Theorie und erleben es täglich und stündlich an dem Beispiel unserer Liberalen, der Semstwo-Politiker und der „Oswoboshdenije“-Leute, daß die Bourgeoisie für die Revolution inkonsequent, eigennützig und feige eintritt. Die Bourgeoisie wird in ihrer Masse unbedingt zur Konterrevolution, zum Absolutismus übergehen und sich gegen die Revolution, gegen das Volk stellen, sobald ihre engeren, eigennützigsten Interessen befriedigt sein werden, sobald sie nur vom konsequenten Demokratismus „abgeschwenkt“ sein wird (*und sie schwenkt jetzt schon von ihm ab!*). Es bleibt das „Volk“, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft: das Proletariat allein ist imstande, zuverlässig bis zu Ende zu gehen, denn es geht viel weiter als die demokratische Umwälzung. Deshalb kämpft auch das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die dummen und unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie nicht „abschwenke“. Die Bauernschaft umfaßt neben der Masse der halbproletarischen Elemente auch kleinbürgerliche. Deshalb ist auch die Bauernschaft unbeständig, so daß das Proletariat gezwungen ist, sich zu einer stren-

¹ Interessant ist in dieser Hinsicht der offene Brief des Herrn Struve an Jaurès, der neulich von diesem in der „Humanité“ und von Herrn Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije“ veröffentlicht worden ist.

gen Klassenpartei zusammenzuschließen. Aber die Unbeständigkeit der Bauernschaft ist von der der Bourgeoisie grundverschieden, denn die Bauernschaft ist momentan nicht so sehr an der unbedingten Beibehaltung des Privateigentums, als vielmehr an der Enteignung des Großgrundbesitzes, einer der Hauptformen dieses Eigentums, interessiert. Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, kann die Bauernschaft zum vollkommenen und höchst radikalen Anhänger der demokratischen Revolution werden. Die Bauernschaft wird unbedingt dahin kommen, wenn nur der aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats nicht allzufrüh abgebrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der erwähnten Bedingung bestimmt zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn die siegreiche Revolution allein wird der Bauernschaft auf dem Gebiete der Agrarreformen *alles* zu bieten vermögen; *all das*, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich eine Notwendigkeit für die Bauernschaft ist (nicht um den Kapitalismus zu beseitigen, wie sich das die „Sozialrevolutionäre“ einbilden), sondern um aus dem Sumpf des Halbfeudalismus, aus dem Dunkel der Bedrücktheit und Versklavung emporzusteigen und um ihre Lebensbedingungen so weit zu verbessern, als dies im Rahmen der Warenwirtschaft überhaupt möglich ist.

Noch mehr: nicht nur die radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern auch alle ihre allgemeinen und ständigen Interessen binden die Bauernschaft an die Revolution. Sogar im Kampfe mit dem Proletariat bedarf die Bauernschaft der Demokratie, denn nur das demokratische Regime vermag ihre Interessen genau zum Ausdruck zu bringen und ihr als Masse, als Mehrheit das Übergewicht zu verleihen. Je aufgeklärter die Bauernschaft sein wird (und seit dem japanischen Kriege geht diese Aufklärung mit einer Geschwindigkeit vor sich, wie sie viele, die gewohnt sind, die Aufklärung nur mit dem Schulmaßstab zu messen, gar nicht ahnen), desto konsequenter und entschlossener wird sie für die vollkommene demokratische Umwälzung eintreten, denn die Volksherrschaft schreckt sie nicht, wie sie die Bourgeoisie schreckt, sondern sie ist für sie von Vorteil. Die demokratische Republik wird zum Ideal der Bauernschaft werden, sobald sie beginnen wird, sich vom naiven Monarchismus zu befreien: denn der bewußte Monarchis-

mus der schachernden (mit dem Oberhaus usw.) Bourgeoisie bedeutet für die Bauernschaft genau dieselbe Rechtlosigkeit, dieselbe Unterdrücktheit und Unwissenheit, nur vielleicht mit etwas europäisch-konstitutionellem Firnis übertüncht.

Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie als Klasse naturgemäß und unvermeidlich unter die Fittiche der liberal-monarchistischen Partei strebt, die Bauernschaft als Masse aber unter die Führung einer revolutionären und republikanischen Partei kommen will. Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie nicht imstande ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, die Bauernschaft aber die Revolution zu Ende zu führen vermag; und wir müssen ihr mit allen Kräften dabei helfen.

Man wird mir entgegen: das braucht man nicht zu beweisen, das ist das ABC, das begreifen alle Sozialdemokraten ausgezeichnet. Nein, das begreifen diejenigen nicht, die es fertigbringen, von einer „Schwächung des Schwunges“ der Revolution im Falle eines Abfalls der Bourgeoisie zu reden. Solche Leute wiederholen die auswendig gelernten Sätze unseres Agrarprogramms, aber verstehen ihre Bedeutung nicht, denn sonst würden sie sich nicht vor dem aus der ganzen marxistischen Weltanschauung und aus unserem Programm unvermeidlich sich ergebenden Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft fürchten, sonst würden sie den Schwung der großen russischen Revolution nicht auf den Schwung der Bourgeoisie beschränken. Solche Leute widerlegen ihre abstrakten marxistischen, revolutionären Phrasen durch ihre konkreten antimarxistischen und antirevolutionären Resolutionen.

Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution durch einen Abfall der Bourgeoisie abnehmen würde, denn in Wirklichkeit wird der wahre Schwung der russischen Revolution erst dann einsetzen, wird der wirkliche, in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung höchstmögliche revolutionäre Aufschwung erst dann da sein, wenn die Bourgeoisie abschwanken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende geführt werden könne, muß sie sich auf solche Kräfte stützen, die imstande

sind, die unvermeidliche Inkonsequenz der Bourgeoisie zu paralysieren (d. h. imstande sind, sie zum „Abschwenken zu veranlassen“, wovor die kaukasischen Anhänger der „Iskra“, die die Sache nicht zu Ende gedacht haben, eine solche Angst haben).

Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft zu sich heranzieht, um den Widerstand des Absolutismus gewaltsam zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollziehen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung zu sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie gewaltsam zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren. Das sind die Aufgaben des Proletariats, die sich die Neuiskristen in allen ihren Betrachtungen und Resolutionen über den Schwung der Revolution so beschränkt vorstellen.

(Lenin: „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“, Sämtliche Werke, Bd. VIII, S. 126 ff., 1905.)

5. Das Agrarprogramm des Bolschewismus und die Entlarvung des liberal-bürgerlichen Wesens des menschewistischen Programms der Munizipalisierung

Die Frage des Agrarprogramms der SDAPR würde eine bedeutende Klärung erfahren, wenn wir versuchten, dieses Programm in Form einfacher und klarer Ratschläge darzulegen, die die Sozialdemokratie dem Proletariat und der Bauernschaft in der Epoche der demokratischen Revolution geben muß.

Der erste Rat wird unbedingt folgender sein: alle Kräfte auf den vollen Sieg des Bauernaufstandes richten. Ohne einen solchen Sieg kann weder von einer „Wegnahme des Bodens“ bei den Gutsbesitzern noch von der Errichtung eines wirklich demokratischen Staates auch nur ernsthaft gesprochen werden. Und die Losung, die die Bauern zum Aufstand ruft, kann nur eine sein: Konfiskation aller gutsbesitzerlichen Ländereien (keinesfalls die Enteignung schlechthin oder die Expropriation schlechthin, die die Frage des Loskaufs im Dunkeln läßt), und unbedingt Konfiskation durch die Bauernkomitees vor der Konstituierenden Versammlung.

Jeder andere Rat (einschließlich der von Maslow ausgegebenen Losung der „Enteignung“ und seine ganze Munizipalisierung) ist eine Aufforderung zur Entscheidung der Frage nicht auf dem Wege des Aufstandes, sondern des Feilschens mit den Gutsbesitzern, des Feilschens mit der reaktionären zentralen Macht, ist die Aufforderung zur Entscheidung der Frage nicht auf revolutionärem, sondern auf bürokratischem Wege; denn die allerdemokratischsten Gebiets- und Semstwoorganisationen können nicht anders als bürokratisch sein, verglichen mit den revolutionären Bauernkomitees, die hier selbst, an Ort und Stelle, sofort mit den Gutsbesitzern abrechnen und sich gewaltsam die der Sanktionierung durch die „allrussische Konstituierende Versammlung“ unterliegenden Rechte nehmen müssen.

Der zweite Rat wird unvermeidlich folgender sein: ohne die vollständig durchgeführte Demokratisierung des politischen Baus, ohne Republik und tatsächliche Sicherung der Souveränität des Volkes ist es sinnlos, sowohl an die Erhaltung der Errungenschaften des Bauernaufstandes zu denken, als auch daran, irgendeinen weiteren Schritt zu tun. Diesen unseren Rat an die Arbeiter und Bauern müssen wir besonders deutlich und genau formulieren, zur Unmöglichmachung jedes Zweifels, jedes Doppelsinns, jeder falschen Auslegung, jeder schweigenden Zulassung eines solchen Unsinns, wie die Möglichkeit der Vernichtung des Großgrundbesitzes bei Beibehaltung der reaktionären zentralen Macht. Und daher müssen wir, unsere politischen Räte mit Nachdruck in den Vordergrund rückend, dem Bauer sagen: Nimm den Boden, aber geh' vorwärts, andernfalls werden die Gutsbesitzer und die Großbourgeoisie dich bestimmt schlagen und zurückschleudern. Man kann den Boden nicht nehmen und festhalten ohne neue politische Eroberungen, ohne dem ganzen Privateigentum am Boden überhaupt einen neuen und noch entscheidenderen Schlag zu versetzen. Es ist in der Politik wie im ganzen gesellschaftlichen Leben: nicht vorwärtsgehen heißt zurückgeworfen werden. Entweder die nach dem demokratischen Umsturz gestärkte Bourgeoisie (dieser Umsturz stärkt natürlich die Bourgeoisie) nimmt den Arbeitern und der bäuerlichen Masse alle Errungenschaften weg, — oder das Proletariat und die bäuerliche Masse bahnt sich den Weg nach vorwärts. Und das heißt — die Republik und die volle Souveränität des Volkes. Das

heißt, unter der Bedingung der Eroberung der Republik, — die Nationalisierung des ganzen Bodens, als mögliches Maximum der bürgerlich-demokratischen Umwälzung, als natürlichen und notwendigen Schritt vorwärts vom Siege der bürgerlichen Demokratie zum Beginn des wirklichen Kampfes für den Sozialismus.

Der dritte und letzte Rat: organisiert euch gesondert, Proletarier und Halbproletarier in Stadt und Land! Vertraut keinem Besitzer, und wären es kleine Besitzer, und wären es „Werktätige“! Laßt euch durch keine Kleinwirtschaft, bei Bestehenbleiben der Warenproduktion, verlocken! Je näher der Sieg des Bauernaufstandes, um so näher die Schwenkung des Bauern-Besitzers gegen das Proletariat, um so nötiger die selbständige proletarische Organisation, um so energischer, beharrlicher, entschiedener, lauter müssen wir zum vollen sozialistischen Umsturz aufrufen. Wir unterstützen die Bauernbewegung bis zu Ende, aber wir müssen immer im Gedächtnis behalten, daß dies die Bewegung einer andern Klasse ist, *nicht der Klasse*, die die sozialistische Umwälzung vollenden kann und vollenden wird. Darum lassen wir die Frage, was mit dem Boden geschehen soll, im Sinne seiner Verteilung, als Wirtschaftsgegenstand, beiseite, — diese Frage läßt sich in der bürgerlichen Gesellschaft entscheiden, und entscheiden werden sie nur größere und kleinere Besitzer. Was uns aber ganz (und nach dem Siege des Bauernaufstandes fast ausschließlich) interessiert, ist die Frage: Was soll das Landproletariat tun? Wir beschäftigen uns und werden uns in der Hauptsache mit dieser Frage beschäftigen und überlassen es den Ideologen des Kleinbürgers, solche Dinge auszudenken, wie die ausgleichende Bodennutzung und dergleichen. Auf diese Frage, eine Grundfrage des neuen bürgerlich-demokratischen Rußland, antworten wir: Das ländliche Proletariat muß sich selbständig zusammen mit dem städtischen Proletariat für den Kampf um den vollständigen sozialistischen Umsturz organisieren.

Folglich muß unser Agrarprogramm aus drei Hauptteilen bestehen: erstens, der Formulierung des entschiedensten Aufrufes zum revolutionären bäuerlichen Angriff auf den Großgrundbesitz; zweitens, der genauen Bezeichnung des weiteren Schrittes, den die Bewegung tun kann und tun muß zur Befestigung der bäuerlichen Errungenschaften und zum Uebergang vom Siege der Demokratie zum proletarischen unmittelbaren

Kampf für den Sozialismus; drittens, der Aufzeigung der proletarischen Klassenaufgaben der Partei, die vor uns um so dringender er stehen und um so nachdrücklicher ihre Formulierung erheischen, je näher der Sieg des Bauernaufstandes ist.

Das Programm Maslows löst nicht eine jener Grundaufgaben, die die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands heute lösen muß: dieses Programm gibt keine solche Losung, die schon jetzt, sofort, in der Epoche des antidemokratischsten Staates, die Bauernbewegung dem Sieg entgegenführt, — dieses Programm gibt keine genaue Bestimmung der für die Vollen dung und Festigung der Agrarreformen notwendigen politischen Umgestaltungen, — es gibt keinen Hinweis auf die unter den Bedingungen der vollständigsten und konsequentesten Demokratie auf dem Gebiet der Agrarreformen notwendigen Maßnahmen, — es gibt keine Charakteristik des proletarischen Standpunktes unserer Partei gegenüber allen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen. Dieses Programm bestimmt weder die Bedingungen des „ersten Schrittes“ noch die Aufgaben des „zweiten Schrittes“, sondern wirft alles in einen Topf, von der Uebergabe der Apanagenländereien in die Hände eines nicht-existierenden „demokratischen Staates“ angefangen bis zur Uebergabe des Gutsbesitzerbodens in die Hände der demokratischen Munizipalitäten aus Angst vor dem nichtdemokratischen Charakter der zentralen Macht! Unrevolutionär seiner praktischen Bedeutung nach, im gegenwärtigen Moment, basierend auf der Voraussetzung einer durchaus künstlichen und durchaus unwahrscheinlichen Abmachung mit der halbreaktionären zentralen Macht, kann dieses Programm auf keinem einzigen der möglichen und denkbaren Wege des demokratischen Umsturzes in Rußland ein Leitfadens für die Arbeiterpartei sein.

... Fassen wir zusammen: das einzig richtige Programm unter den Bedingungen des demokratischen Umsturzes wird das folgende sein: Die Konfiskation des Großgrundbesitzes und die Schaffung von Bauernkomitees müssen wir sofort fordern, und wir dürfen diese Forderung mit keinerlei einschränkenden Vorbehalten verknüpfen. Eine solche Forderung ist revolutionär und vorteilhaft, vom Standpunkt sowohl des Proletariats wie der Bauernschaft, unter allen, selbst den schlechtesten Bedingungen. Eine solche Forderung führt unweigerlich zum Bankrott des Polizeistaates und zur Stärkung der Demokratie.

Aber auf die Konfiskation beschränken kann man sich

nicht. In der Epoche der demokratischen Revolution und des Bauernaufstandes können wir auf keinen Fall die bedingungslose Nationalisierung des Bodens ablehnen. Nur muß man diese Forderung unbedingt verbinden mit dem genauesten Hinweis auf die bestimmte, politische Ordnung, ohne die die Nationalisierung von Schaden sein kann für das Proletariat und für die Bauernschaft.

(Lenin: „Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei“, Sämtliche Werke, Bd. IX, S. 71—74, russisch, 1906.)

6. Die Entlarvung des kleinbürgerlichen Wesens des Programms der Sozialrevolutionäre durch Lenin

Das Mindestprogramm der Sozialrevolutionäre, das auf der oben analysierten Theorie beruht, ist ein wahres Kuriosum. Dieses „Programm“ enthält zwei Punkte: 1. „Die Sozialisierung des Grund und Bodens, d. h. sein Uebergang in das Eigentum der gesamten Gesellschaft und in die Nutzung der Werk tätigen.“ 2. „Die Entwicklung von gesellschaftlichen Vereinigungen und wirtschaftlichen Genossenschaften jeder Art in der Bauernschaft... (zum „rein“ politischen Kampf?)... zur allmählichen Befreiung der Bauernschaft von der Gewalt des Geldkapitals... (und Unterordnung unter die Gewalt des Industriekapitals?)... und zur Vorbereitung der zukünftigen kollektiven landwirtschaftlichen Produktion.“ Wie die Sonne in einem Wassertropfen, so spiegelt sich in diesen beiden Punkten der ganze Geist des modernen „Sozial-Revolutionarismus“. In der Theorie — die revolutionäre Phrase an Stelle eines durchdachten und in sich abgeschlossenen Systems von Anschauungen, in der Praxis — das hilflose Aufgreifen des einen oder anderen Modemittelchens anstatt der Beteiligung am Klassenkampf — das ist alles, was sie aufzuweisen haben. Um im Mindestprogramm die Sozialisierung des Bodens und das Genossenschaftswesen *nebeneinander zu stellen*, dazu mußte man, wir sagen es offen, viel Bürgermut besitzen. Unser Mindestprogramm, einerseits Babeuf, andererseits Herr Lewitski. Das ist unnachahmbar.

Wenn man dieses Programm ernst nehmen könnte, so müßten wir sagen, daß die Sozialrevolutionäre, die sich selbst durch den Schall der Worte betrogen, auch den Bauer betrogen. Es ist ein Betrug, wenn man behauptet, daß „die Genossenschaften

jeder Art“ in der modernen Gesellschaft eine revolutionäre Rolle spielen und den Kollektivismus vorbereiten, nicht aber die Festigung der Dorfbourgeoisie. Es ist ein Betrug, wenn man behauptet, daß die Sozialisierung des Bodens der *Bauernschaft* als Minimum, als etwas ebenso greifbar Nahes in Aussicht gestellt werden kann, wie die Genossenschaften. Jeder Sozialist würde unseren Sozialrevolutionären klarmachen, daß die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jetzt nur das unmittelbare Vorspiel der Aufhebung des Privateigentums überhaupt sein kann, daß die Uebergabe des Grund und Bodens „zur Nutzung der Werktätigen“ das Proletariat allein noch nicht befriedigen würde, denn Millionen und Dutzende von Millionen zugrunde gerichteter Bauern sind schon nicht mehr in der Lage, den Boden zu bewirtschaften, selbst wenn sie ihn hätten. Die Versorgung dieser zugrunde gerichteten Millionen mit Werkzeug, Vieh usw. würde aber bereits die Sozialisierung aller Produktionsmittel sein und die sozialistische Revolution des Proletariats erforderlich machen, nicht aber eine Bauernbewegung gegen die Ueberreste der Leibeigenschaft. Die Sozialrevolutionäre verwechseln die Sozialisierung des Bodens mit seiner bürgerlichen Nationalisierung. Diese letztere ist, abstrakt gesprochen, auch auf dem Boden des Kapitalismus, ohne Aufhebung der Lohnarbeit, denkbar. Aber gerade das Beispiel derselben Sozialrevolutionäre bestätigt anschaulich jene Wahrheit, daß man den einzig revolutionären Grundsatz des Klassenkampfes verdunkelt und Wasser auf die Mühlen des Bürokratismus jeder Art gießt, wenn man im Polizeistaat die Forderung der Nationalisierung des Bodens aufstellt.

Mehr als das. Die Sozialrevolutionäre werden offenkundig reaktionär, wenn sie sich gegen die in unserm Programm enthaltene Forderung auflehnen: „Aufhebung aller Gesetze, die den Bauer in der Verfügung über sein Land beschränken.“ Auf Grund des Narodnikurteils über das „Dorf-gemeinde“-Prinzip und das „ausgleichende Prinzip“ sprechen sie dem Bauern ein so „elementares Bürgerrecht“ ab, wie das Recht, über den eigenen Boden zu verfügen; sie verschließen gutmütig ihre Augen vor der ständischen Abgeschlossenheit der wirklichen Dorfgemeinde, werden zu Verteidigern der Polizeiverbote der vom „Staat“ eingesetzten und von ihm unterstützten... Bezirkshauptleute, wir glauben, daß nicht nur Herr Lewitski, sondern auch Herr Pobjedonoszew nicht sehr erschreckt

sein wird über die Forderung der Sozialisierung des Bodens zu seiner ausgleichenden Nutzung, da ja diese Forderung als Minimum aufgestellt wird, neben dem sowohl die Genossenschaften figurieren als auch die Verteidigung der polizeilichen Fesselung des Bauern an seinen, ihm vom Staate zum Lebensunterhalt zugewiesenen Landanteil.

Möge das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre eine Lehre und Warnung für alle Sozialisten sein, ein anschauliches Beispiel dafür, wozu Gedanken- und Grundsatzlosigkeit führt, die manche leichtfertige Leute Freiheit vom Dogma nennen. Sobald es zum Handeln kam, erwies es sich, daß die Sozialrevolutionäre keine von den drei Bedingungen aufzuweisen hatten, die zur Aufstellung eines konsequenten sozialistischen Programms erforderlich sind: weder eine klare Vorstellung vom Endziel noch die richtige Erkenntnis des Weges, der zu diesem Ziel führt, noch ein genaues Bild von der wirklichen Sachlage im gegenwärtigen Augenblick und von den nächsten Aufgaben dieses Augenblicks. Das Endziel des Sozialismus haben sie nur verdunkelt, indem sie die Sozialisierung des Grund und Bodens mit seiner bürgerlichen Nationalisierung verwechselten und die primitive bäuerliche Vorstellung von der kleinen ausgleichenden Bodennutzung mit der Lehre des modernen Sozialismus vom Uebergang aller Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum und von der Organisation der sozialistischen Produktion verkoppelten. Ihre Vorstellung von dem Weg, der zum Sozialismus führt, wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß sie den Klassenkampf durch die Entwicklung der Genossenschaften ersetzen. Bei der Beurteilung des gegenwärtigen Augenblicks der agrarischen Evolution in Rußland haben sie eine Kleinigkeit vergessen: die Ueberreste der Leibeigenschaft, die schwer auf unserem Dorf lasten. Die berühmte Dreieinigkeit, die ihre theoretischen Ansichten zum Ausdruck bringt: Intelligenz, Proletariat, Bauernschaft, ist durch eine nicht weniger berühmte „Programm“-Dreieinigkeit ergänzt worden: Sozialisierung des Grund und Bodens — Genossenschaften — Fesselung an die Parzelle.

Man vergleiche damit das Programm der „Iskra“, das dem gesamten kämpfenden Proletariat das einzige Endziel aufzeigt, ohne dieses auf ein „Minimum“ zu reduzieren, ohne es um der Anpassung an die Anschauungen einiger rückständiger Schichten des Proletariats oder der Kleinproduzenten willen zu degra-

dieren. Der Weg zur Erreichung dieses Zieles ist in der Stadt und auf dem Lande der gleiche — es ist der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Außer diesem Klassenkampf aber wird in unserm Dorf auch noch ein anderer Kampf fortgesetzt: der Kampf der gesamten Bauernschaft gegen die Ueberreste der Leibeigenschaft. Und in diesem Kampf verspricht die Partei des Proletariats der gesamten Bauernschaft ihre Unterstützung, wobei sie bemüht sein wird, der revolutionären Begeisterung der Bauernschaft das wirkliche Ziel zu weisen, ihren Aufstand gegen den wirklichen Feind zu richten, denn die Partei hält es für unehrlich und unwürdig, die Bauern wie Unmündige zu behandeln, ihnen zu verheimlichen, daß sie im gegenwärtigen Augenblick und sofort nur die völlige Beseitigung aller Spuren und Ueberreste der Leibeigenschaft, nur die Säuberung des Weges für den breiteren und schwierigeren Kampf des gesamten Proletariats gegen die gesamte bürgerliche Gesellschaft erringen können.

(Lenin: „Revolutionäres Abenteuerium“, Sämtliche Werke, Bd. V, S. 223 ff.)

III. DIE AGRAR- UND BAUERNFRAGE WÄHREND DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

I. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft während der proletarischen Revolution

...Diese Periode erstreckt sich von der Februarrevolution (1917) bis zur Oktoberrevolution (1917); eine verhältnismäßig kurze Zeitspanne von nur acht Monaten — aber von acht Monaten, die vom Gesichtspunkt der politischen Aufklärung und der revolutionären Erziehung der Massen ebenso schwer wiegen wie ganze Dezennien der normalen konstitutionellen Entwicklung, denn es sind acht Monate *Revolution*. Der charakteristische Zug dieser Periode ist die weitere Revolutionierung der Bauernschaft, ihre Enttäuschung an den Sozialrevolutionären, ihre *Abkehr* von den Sozialrevolutionären, neue *Schwenkung* des Bauerntums in der Richtung des *direkten Anschlusses* an das Proletariat, an die einzige bis ans Ende revolutionäre Kraft, die dem Lande den Frieden geben konnte. Die Geschichte dieser Periode ist die Geschichte des Ringens zwischen den Sozialrevolutionären (kleinbürgerliche Demokratie) und Bolschewiki (proletarische Demokratie) um die Bauernschaft, um die Eroberung der Mehrheit der Bauernschaft. Das Schicksal dieses Kampfes wurde besiegelt durch die Koalitionsperiode, die Periode der Regierung Kerenski, durch den Verzicht der Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf die Konfiskation des Großgrundbesitzes, durch das Eintreten der Sozialrevolutionäre und Menschewiki für die Fortsetzung des Krieges, durch die Juni-offensive an der Front, die Einführung der Todesstrafe in der Armee und durch den Kornilowaufstand.

Wenn früher, in der vergangenen Periode, der Sturz des Zarismus und der gutsherrlichen Macht die Kardinalfrage der Revolution war, so bildete jetzt, in der Periode nach der Februarrevolution, wo es keinen Zaren mehr gab und wo der nicht en-

denwollende Krieg die Wirtschaft des Landes zugrunde richtete und zur totalen Verelendung der Bauernschaft führte, die Beendigung dieses Krieges die wichtigste Frage der Revolution. Das Schwergewicht verschob sich von den Fragen rein innerer Natur auf die Grundfrage — den Krieg. „Schluß mit dem Krieg!“ „Heraus aus dem Krieg!“ — das war der allgemeine Schrei des bis zum Weißbluten gebrachten Landes und in erster Linie der Bauernschaft.

Aber um aus dem Krieg herauszukommen, war es notwendig, die Provisorische Regierung, die Herrschaft der Bourgeoisie, zu stürzen, war es notwendig, die Macht der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki zu stürzen, denn sie, und nur sie, waren für die Fortführung des Krieges „bis zum siegreichen Ende“. Es gab praktisch keinen anderen Ausweg, der aus dem Krieg herausführte, als den Sturz der Bourgeoisie.

Das war eine neue Revolution, die proletarische Revolution, denn sie legte die letzte, äußerste linke Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie, die Partei der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, hinweg, um eine neue, proletarische Macht, die Sowjetmacht zu schaffen, um die Partei des revolutionären Proletariats, die Partei der Bolschewiki, die Partei des revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und für den demokratischen Frieden an die Spitze der Macht zu stellen. Die Mehrheit der Bauernschaft unterstützte den Kampf der Arbeiter für Frieden, für die Sowjetmacht.

Einen anderen Ausweg gab es für die Bauernschaft nicht und konnte es auch nicht geben.

Die Kerenski-Periode war somit für die werktätigen bäuerlichen Massen die größte praktische Lehre, die ihnen anschaulich zeigte, daß unter der Herrschaft der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an keinen Frieden zu denken war, daß die Hoffnung auf Land und Freiheit eine Illusion war, daß sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki von den Kadetten nur durch ihre süßen Reden und falschen Versprechungen unterschieden, in Wirklichkeit aber dieselbe imperialistische Politik wie die Kadetten machten, und daß die einzige Macht, die imstande war, das Land auf den richtigen Weg zu bringen, nur die Sowjetmacht sein konnte. Die weitere Verschleppung des Krieges bestätigte nur die Richtigkeit dieser Lehre, peitschte die Revolution voran und trieb die Millionenmassen der Bauern und Soldaten auf den Weg der *direkten Vereinigung* mit der

proletarischen Revolution. Die Isolierung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki wurde zur unabänderlichen Tatsache. Ohne diese Anschauungslehren der Koalitionsperiode wäre die Diktatur des Proletariats nicht möglich gewesen.

Das sind die Umstände, die den Prozeß des Umschlagens der bürgerlichen Revolution in die proletarische erleichterten.

So bildete sich die Diktatur des Proletariats in Rußland heraus.

(Stalin: „Die Grundlagen des Leninismus“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Moskau 1932, S. 60 ff.)

2. Die Aufgaben des Proletariats gegenüber den verschiedenen Schichten der Bauernschaft in der proletarischen Revolution

... Die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande, die das städtische Proletariat in den Kampf führen oder jedenfalls auf seine Seite ziehen muß, sind in allen kapitalistischen Ländern durch folgende Klassen vertreten:

Erstens durch das Landproletariat, die Lohnarbeiter (Knechte, Saisonarbeiter, Tagelöhner), die sich ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit in den kapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmungen erwerben. Selbständige, von den übrigen Gruppen der Landbevölkerung getrennte Organisation dieser Klasse (politische, militärische, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, kulturelle usw.), Steigerung der Propaganda und Agitation unter ihr, Gewinnung dieser Klasse für die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats, — das ist die *grundlegende* Aufgabe der kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Zweitens durch die Halbproletarier oder Parzellenbauern, d. h. durch diejenigen, die sich ihren Lebensunterhalt erwerbsweils durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen und industriellen kapitalistischen Unternehmungen, teils durch Arbeit auf ihrem eigenen oder einem gepachteten Fleckchen Land, das ihnen nur einen gewissen Teil von Lebensmitteln für ihre Familie abwirft. Diese Gruppe der werktätigen Landbevölkerung ist in allen kapitalistischen Ländern sehr zahlreich. Ihre Existenz und ihre besondere Lage werden von den Vertretern der Bourgeoisie und den zur II. Internationale gehörenden gelben

„Sozialisten“ vertuscht, wobei diese zum Teil bewußt die Arbeiter betrügen, zum Teil der Macht der Gewohnheit der spießbürgerlichen Anschauungen blind unterliegen und diese Gruppe mit der großen Masse der „Bauernschaft“ überhaupt in einen Topf werfen. Diese bürgerliche Methode der Nasführung der Arbeiter kann man am meisten in Deutschland und Frankreich, aber auch in Amerika und anderen Ländern beobachten. Wenn die Kommunistische Partei die Arbeit richtig organisiert, so wird diese Gruppe bestimmt ihre Anhängerin werden, denn die Lage dieser Halbproletarier ist eine sehr schwere, und der Gewinn, den sie von der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats haben, ist ein gewaltiger und unmittelbarer.

Drittens durch die Kleinbauern, d. h. die kleinen Landwirte, die Eigentümer oder Pächter von so kleinen Grundstücken sind, daß sie gerade die Bedürfnisse ihrer Familie und ihrer Wirtschaft decken, ohne fremde Arbeitskraft anzuwenden. Diese Schicht als solche gewinnt unbedingt durch den Sieg des Proletariats; er bringt ihr sofort: a) die Befreiung von der Zahlung des Pachtzinses oder der Abgabe eines Teiles der Ernte (z. B. die métayers [Halbpächter] in Frankreich, in Italien usw.) an die Großgrundbesitzer; b) die Befreiung von den Hypothekenlasten; c) die Befreiung von den verschiedenartigsten Formen der Unterdrückung und Abhängigkeit von den Großgrundbesitzern (Waldnutzung usw.); d) die sofortige Unterstützung ihrer Wirtschaft durch die proletarische Staatsmacht (Nutznießung des landwirtschaftlichen Geräts und zum Teil der Gebäude in den vom Proletariat exproprierten großkapitalistischen Wirtschaften, sofortige Umwandlung der ländlichen Konsum- und Produktivgenossenschaften durch die proletarische Staatsmacht, damit sie aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus den reichen und mittleren Bauern am meisten Nutzen brachten, zu Organisationen werden, die in erster Linie den Armen, d. h. den Proletariern, Halbproletariern und Kleinbauern usw. helfen) und vieles andere.

Gleichzeitig muß sich die Kommunistische Partei klar sein darüber, daß in der Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, d. h. während der Diktatur des Proletariats, in dieser Schicht, wenigstens teilweise, Schwankungen zu einer unbegrenzten Freiheit des Handels und der Nutznießung der Privateigentumsrechte unvermeidlich sind, denn diese Schicht, die (wenn auch nur in geringem Maße) als Verkäufer von Kon-

sumtionsmitteln auftritt, ist durch die Spekulation und die Eigentümergewohnheiten demoralisiert. Aber bei einer festen proletarischen Politik, einer ganz entschiedenen Abrechnung des siegreichen Proletariats mit den Großgrundbesitzern und Großbauern können die Schwankungen dieser Schicht nicht bedeutend sein und sind nicht imstande, etwas an der Tatsache zu ändern, daß sie im großen und ganzen auf der Seite des proletarischen Umsturzes stehen wird.

... Diese drei Gruppen zusammen bilden in allen kapitalistischen Ländern die Mehrheit der Landbevölkerung. Daher ist der Erfolg des proletarischen Umsturzes nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem flachen Lande durchaus gesichert. Die entgegengesetzte Meinung ist weit verbreitet, hält sich aber nur aufrecht: erstens vermöge des systematischen Betruges der bürgerlichen Wirtschaft und Statistik, die mit allen Mitteln den tiefen Abgrund zwischen den erwähnten Klassen im Dorfe und den Ausbeutern, Gutsbesitzern und Kapitalisten, wie auch zwischen den Proletariern und den Kleinbauern einerseits und den Großbauern andererseits vertuscht; zweitens hält sie sich infolge des Unvermögens und der Unlust der Helden der gelben II. Internationale und der durch die imperialistischen Privilegien demoralisierten „Arbeiteraristokratie“ der führenden Länder, eine wirklich proletarisch-revolutionäre propagandistische, agitatorische und organisatorische Arbeit unter der Dorfarmut zu leisten. Die gesamte Aufmerksamkeit der Opportunisten war und ist auf das Aushecken einer theoretischen und praktischen Verständigung mit der Bourgeoisie einschließlich der Groß- und Mittelbauernschaft (auf diese kommen wir weiter unten zu sprechen) gerichtet, nicht aber auf den revolutionären Sturz der bürgerlichen Regierung und der Bourgeoisie durch das Proletariat; drittens hält sich diese Meinung infolge des hartnäckigen, bereits die Stärke eines (mit allen bürgerlich-demokratischen und parlamentarischen Vorurteilen zusammenhängenden) Vorurteils besitzenden Nichtbegreifens jener Wahrheit aufrecht, die durch den theoretischen Marxismus vollkommen bewiesen und durch die Erfahrung der proletarischen Revolution in Rußland voll auf bestätigt worden ist, nämlich, daß eine entschiedene Unterstützung des revolutionären Proletariats durch die ungeheuer verängstigte, zersplitterte, niedergedrückte, in allen, selbst den vorgeschrittensten Ländern zu halbbarbarischer Lebenshaltung verurteilte Landbevölkerung aller drei erwähnten Kategorien, die

wirtschaftlich, sozial und kulturell am Siege des Sozialismus interessiert sind, möglich ist — erst *nach* der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, erst *nach* dessen entschiedener Abrechnung mit den Großgrundbesitzern und Kapitalisten, erst *nachdem* diese niedergedrückten Menschen *in der Praxis* sehen, daß sie einen organisierten Führer und Verteidiger haben, der genügend Stärke und Festigkeit besitzt, ihnen zu helfen, sie zu führen und ihnen den richtigen Weg zu zeigen.

... Unter „Mittelbauern“ im volkswirtschaftlichen Sinne sind die kleinen Landwirte zu verstehen, die, als Eigentümer oder Pächter, ebenfalls über kleine Grundstücke verfügen, aber über solche, die *erstens* unter dem Kapitalismus in der Regel nicht nur die Familie und die Wirtschaft kümmerlich erhalten, sondern auch die Möglichkeit geben, einen gewissen Ueberschuß zu erzielen, der, zumindest in den besten Jahren, imstande ist, sich in Kapital zu verwandeln, und die *zweitens* ziemlich oft (z. B. in jeder zweiten oder dritten Wirtschaft) fremde Arbeitskraft verwenden. Ein konkretes Beispiel für eine Mittelbauernschaft in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Lande ist in Deutschland (laut Zählung vom Jahre 1907) die Gruppe der Wirtschaften mit fünf bis zehn Hektar Land, in der die Zahl der Wirtschaften mit landwirtschaftlichen Lohnarbeitern zirka ein Drittel aller Wirtschaften dieser Gruppe ausmacht. In Frankreich, wo die Spezialkulturen (z. B. der Weinbau), die einen besonders großen Arbeitsaufwand erfordern, höher entwickelt sind, bedient sich diese Gruppe wahrscheinlich in noch größerem Umfang fremder, bezahlter Arbeitskraft.

Das revolutionäre Proletariat kann es sich — wenigstens für die nächste Zukunft und für den Beginn der Periode der Diktatur des Proletariats — nicht zur Aufgabe machen, diese Schicht auf seine Seite zu ziehen, sondern muß sich darauf beschränken, sie zu neutralisieren, d. h. sie im Kampfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie neutral zu machen. Schwankungen dieser Schicht zwischen der einen und der anderen Kraft sind unvermeidlich, und im Beginn der neuen Epoche wird diese Schicht in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern in ihrer Tendenz vorwiegend für die Bourgeoisie sein. Denn die Weltanschauung und die Stimmungen der Eigentümer überwiegen hier; das Interesse an der Spekulation, der „Freiheit“ des Handels und des Besitzes ist ein unmittelbares; der Gegensatz zu den Lohnarbeitern tritt direkt in Erscheinung. Das siegreiche Pro-

letariat wird die Lage dieser Schicht durch Aufhebung des Pachtzinses und der Hypotheken sofort verbessern. Die proletarische Staatsmacht darf in den meisten kapitalistischen Staaten auf keinen Fall sofort das gesamte Privateigentum aufheben. Jedenfalls garantiert sie der Klein- und Mittelbauernschaft, daß ihre Grundstücke ihnen nicht nur erhalten bleiben, sondern auch um die gesamte bis dahin gepachtete Fläche vergrößert werden (durch Aufhebung des Pachtzinses).

Die Verknüpfung von Maßnahmen dieser Art mit dem schonungslosen Kampf gegen die Bourgeoisie garantiert durchaus den Erfolg der Neutralisierungspolitik. Den Uebergang zum kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb darf die proletarische Staatsmacht nur mit allergrößter Vorsicht und ganz allmählich, durch die Kraft des Beispiels, ohne jede Gewaltanwendung gegenüber den Mittelbauern durchführen.

... Als „Großbauern“ sind die kapitalistischen Unternehmer in der Landwirtschaft zu betrachten, die in der Regel mit mehreren Lohnarbeitern wirtschaften und mit der „Bauernschaft“ nur durch ihre niedrige Kulturstufe, ihre Lebensart und durch die persönliche körperliche Arbeit in ihrer Wirtschaft verbunden sind. Das ist die zahlreichste der bürgerlichen Schichten, die direkte und entschiedene Feinde des revolutionären Proletariats sind. Auf den Kampf gegen diese Schicht, auf die Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Mehrheit der Landbevölkerung vom geistigen und politischen Einfluß dieser Ausbeuter usw., muß die kommunistische Partei bei ihrer Arbeit auf dem Lande das Hauptaugenmerk lenken.

Nach dem Sieg des Proletariats in den Städten sind seitens dieser Schicht alle möglichen Aeußerungen des Widerstands, der Sabotage und direkter bewaffneter Aktionen gegenrevolutionären Charakters ganz unvermeidlich. Daher muß das revolutionäre Proletariat sofort mit der geistigen und organisatorischen Vorbereitung der notwendigen Kräfte beginnen, um diese Schicht vollkommen zu entwaffnen und ihr — neben dem Sturz der Kapitalisten in der Industrie — bei der ersten Aeußerung von Widerstand den entscheidendsten, schonungslosesten, vernichtenden Schlag zu versetzen. Zu diesem Zweck muß man das Landproletariat bewaffnen und auf dem Lande Sowjets organisieren, in denen für Ausbeuter kein Platz sein darf und den Proletariern und Halbproletariern das Uebergewicht gesichert werden muß.

Doch die Enteignung sogar der Großbauern kann auf keinen

Fall die unmittelbare Aufgabe des siegreichen Proletariats sein, denn für die Vergesellschaftung solcher Wirtschaften fehlen noch die materiellen, insbesondere die technischen und auch die sozialen Voraussetzungen. In einzelnen Fällen, wahrscheinlich in Ausnahmefällen, wird man jene Teile ihrer Grundstücke beschlagnahmen, die an Kleinpächter verpachtet oder für die kleinbäuerliche Bevölkerung am Orte besonders notwendig sind; dieser muß auch die unentgeltliche Benutzung eines Teils der landwirtschaftlichen Maschinen des Großbauern zu gewissen Bedingungen gesichert werden usw. In der Regel muß jedoch die proletarische Staatsmacht den Großbauern ihr Land lassen und es nur im Falle des Widerstandes gegen die Macht der Werktätigen und Ausgebeuteten beschlagnahmen. Die Erfahrungen der proletarischen Revolution in Rußland, in der sich der Kampf gegen den Großbauer infolge einer Reihe von besonderen Umständen in die Länge gezogen und besonders verwickelt gestaltet hat, haben immerhin gezeigt, daß diese Schicht, wenn sie beim geringsten Widerstand eine gehörige Lehre bekommt, fähig ist, die Aufgaben, die ihr der proletarische Staat stellt, loyal durchzuführen, und daß sie sogar — wenn auch außerordentlich langsam — anfängt, vor der Macht, die jeden Arbeitenden schützt und dem reichen Müßiggänger gegenüber schonungslos ist, Achtung zu empfinden.

Die besonderen Umstände, die den Kampf des gegenüber der Bourgeoisie siegreichen Proletariats gegen den Großbauer in Rußland so verwickelt und langwierig gestaltet haben, bestehen hauptsächlich darin, daß die russische Revolution nach der Umwälzung vom 25. Oktober (7. November 1917) das Stadium des „allgemein-demokratischen“, d. h. im Grunde bürgerlich-demokratischen Kampfes der gesamten Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer durchlaufen hat; ferner in der kulturellen und zahlenmäßigen Schwäche des städtischen Proletariats; schließlich in den ungeheuren Entfernungen und äußerst schlechten Verkehrswegen. Da in den vorgeschrittenen Ländern diese hemmenden Bedingungen fehlen, so muß das revolutionäre Proletariat Europas und Amerikas den völligen Sieg über den Widerstand der Großbauern, die völlige Beseitigung jeder geringsten Möglichkeit eines solchen Widerstandes energischer vorbereiten und viel schneller, viel entschlossener, viel erfolgreicher vollenden. Das ist eine dringende Notwendigkeit, denn vor einem solchen vollen, absolut vollen Sieg sind die Massen der Land-

proletarier, Halbproletarier und Kleinbauern nicht imstande, die proletarische Staatsmacht als vollkommen fest anzuerkennen.

(Lenin: „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage“, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 329 ff.)

3. Die Losung des Leninismus zur Bauernfrage in der Periode der proletarischen Revolution und die Verwirklichung dieser Losung in der Oktoberrevolution.

Wie Sie sehen, hat Lenin die ganze Tiefe des Unterschiedes zwischen der ersten strategischen Losung in der Periode der Vorbereitung der bürgerlich-demokratischen Revolution und der zweiten strategischen Losung in der Periode der Vorbereitung des Oktober wiederholt unterstrichen. Dort die Losung: mit der gesamten Bauernschaft gegen den Absolutismus, hier die Losung: mit der armen Bauernschaft gegen die Bourgeoisie.

Die Tatsache, daß sich die Zuendeführung der bürgerlichen Revolution auf eine ganze Periode nach dem Oktober erstreckte, daß die „gesamte“ Bauernschaft, insofern wir die bürgerliche Revolution bis zu Ende führten, nicht umhin konnte, uns Sympathie entgegenzubringen — diese Tatsache erschüttert, wie ich schon vorher gesagt habe, um kein Iota die Grundthese, daß wir vereint mit der armen Bauernschaft zum Oktober schritten und im Oktober mit ihr vereint siegten, daß wir im Verein mit der armen Bauernschaft beim Widerstand des Kulakentums (ebenfalls Bauern) und unter Schwankungen seitens der Mittelbauern, die Macht der Bourgeoisie gestürzt und die Diktatur des Proletariats (deren eine Aufgabe die Zuendeführung der bürgerlichen Revolution war) errichtet haben.

Das ist wohl klar.

Sie schreiben ferner in Ihrem Briefe:

„Ist die Behauptung richtig, daß wir zum Oktober mit der Losung: Bündnis mit der Dorfarmut bei Neutralisierung des Mittelbauern gekommen sind? Nein, das ist nicht richtig. Aus den schon weiter oben gemachten Erwägungen und Auszügen aus Lenin geht hervor, daß diese Losung erst dann entstehen konnte, als die Klassenteilung innerhalb der Bauernschaft herangereift war“ (Lenin), d. h. „im Sommer und Herbst 1918“.

Aus diesem Zitat würde hervorgehen, daß die Partei nicht in der Periode der Vorbereitung und nicht während des Oktober, sondern nach dem Oktober, insbesondere nach dem Jahre 1918,

nach den Komitees der Dorfarmut, den Weg der Neutralisierung des Mittelbauern beschränkt habe. Das ist *vollständig falsch*. Genosse Jan—ski. Im Gegenteil, die Politik der Neutralisierung des Mittelbauern begann nicht, sondern *endete* nach den Komitees der Dorfarmut, nach dem Jahre 1918. Die Politik der Neutralisierung des Mittelbauern wurde in unserer Praxis gerade nach dem Jahre 1918 *abgeändert* (und nicht eingeführt). Gerade nach dem Jahre 1918, gerade im März 1919, hat Lenin, bei Eröffnung des VIII. Parteitages, gesagt:

„Die besten Vertreter des Sozialismus der alten Zeit — als sie noch an die Revolution glaubten und ihr theoretisch dienten, — sprachen von der Neutralisierung der Bauernschaft, d. h. davon, aus dieser Mittelbauernschaft eine, wenn auch der Revolution des Proletariats nicht aktive Hilfe leistende, so doch jedenfalls unsere Arbeit nicht hindernde, neutrale, nicht auf die Seite unserer Feinde übergehende Gesellschaftsschicht zu bilden. Diese abstrakte theoretische Stellung der Aufgabe ist für uns vollständig klar. *Doch sie genügt nicht. Wir sind in ein solches Stadium des sozialistischen Aufbaus* eingetreten, wo man konkret, ausführlich, auf Grund der Erfahrung der Arbeit im Dorfe, die Hauptregeln und Anweisungen ausarbeiten muß, nach denen wir uns richten müssen, um uns in bezug auf die mittlere Bauernschaft auf den Boden *eines festen Bündnisses* zu stellen.“¹

Es ergibt sich somit etwas, was, wie Sie sehen, in direktem Gegensatz steht zu dem, wovon Sie in Ihrem Briefe sprechen, wobei Sie hier unsere *tatsächliche* Parteipraxis auf den Kopf stellen, indem Sie den *Beginn* der Neutralisierung mit deren *Ende* verwechseln.

Der Mittelbauer jammerte und schwankte zwischen Revolution und Konterrevolution, solange es um den Sturz der Bourgeoisie ging, solange die Macht der Räte noch nicht gefestigt war, infolgedessen er denn auch neutralisiert werden mußte. Der Mittelbauer begann sich uns zuzuwenden, als er sich zu überzeugen begann, daß die Bourgeoisie „im Ernst“ gestürzt ist, daß sich die Macht der Räte festigt, daß der Kulak bezwungen wird, daß die Rote Armee an den Fronten des Bürgerkrieges zu siegen beginnt. Eben nach diesem Umschwung wurde die dritte strategische Losung der Partei möglich, die von Lenin auf dem VIII. Parteitag aufgestellt wurde: gestützt auf die Armut und im festen Bündnis mit dem Mittelbauern — vorwärts für den sozialistischen Aufbau.

¹ Lenin: „Rede bei der Eröffnung des Parteitags am 18. März“, Sämtliche Werke, Bd. XXIV.

Wie konnten Sie diese allgemein bekannte Tatsache vergessen?

Aus Ihrem Briefe würde ferner folgen, daß die Politik der Neutralisierung des Mittelbauern *beim Uebergang* zur proletarischen Revolution und in den *ersten Tagen* nach dem Siege dieser Revolution nicht richtig, untauglich und deshalb nicht annehmbar sei. Das ist *vollständig falsch*, Genosse Jan—ski. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Gerade beim Sturze der Macht der Bourgeoisie und vor der Festigung der Macht des Proletariats schwankt und widersetzt sich der Mittelbauer am stärksten. Gerade in dieser Periode ist das Bündnis mit der Armut und die Neutralisierung des Mittelbauern erforderlich.

(Stalin: „Ueber die drei Hauptlosungen der Partei in der Bauernfrage“, Probleme des Leninismus, Erste Folge, Moskau 1932, S. 393 ff., 1927.)

4. Das Agrarprogramm des Bolschewismus in der proletarischen Revolution

a) Konfiskation und proletarische Nationalisierung des gesamten Großgrundbesitzes in Stadt und Land (des privaten, des Kirchen- und Klosterbesitzes usw.) und Uebergabe des gesamten staatlichen und kommunalen Grundeigentums, einschließlich der Forste, Bodenschätze, Gewässer usw., an die Räte mit nachfolgender Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens.

b) Konfiskation des gesamten Produktionsapparates des Großgrundbesitzes, als da sind: Bauten, Maschinen und sonstiges Inventar, Vieh, Betriebe zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte (Großmühlen, Käsereien, Molkereien, Dörranlagen usw.).

c) Uebergabe der Großgüter, insbesondere der Mustergüter und Güter von großer wirtschaftlicher Bedeutung, an die Organe der proletarischen Diktatur zur Verwaltung und Einrichtung von Sowjetgütern.

d) Uebergabe eines Teils des konfiszierten Bodens der Großgrundbesitzer und anderer Bodenbesitzer an die Bauern (und zwar an deren arme und teilweise auch an ihre mittleren Schichten), vor allem dort, wo diese Ländereien früher von den Bauern in Pacht bearbeitet wurden und ein Mittel ihrer wirtschaftlichen Versklavung waren. Welcher Teil des Bodens den Bauern übergeben werden soll, wird bestimmt durch die wirtschaftli-

che Zweckmäßigkeit und durch die Notwendigkeit, die Bauern zu neutralisieren und für die Sache des Proletariats zu gewinnen; dieser Teil des Grund und Bodens muß daher entsprechend den verschiedenen Bedingungen verschieden ausfallen.

e) Verbot des Kaufes und Verkaufes des Grund und Bodens, um diesen der Bauernschaft zu erhalten und seinen Uebergang in die Hände von Kapitalisten, Bodenspekulanten usw. zu verhindern. Energischer Kampf gegen die Uebertreter dieses Verbots.

f) Bekämpfung des Wuchers. Aufhebung der wucherischen Schuldverträge. Annullierung der Schulden der ausgebeuteten Schichten der Bauernschaft. Steuerbefreiung der armen Bauern usw.

g) Großzügige staatliche Maßnahmen zur Hebung der Produktivkräfte der Landwirtschaft: Elektrifizierung der Landwirtschaft, Traktorenbau, Produktion chemischer Düngemittel, Züchtung hochwertigen Saatgutes und Rasseviehs auf den Sowjetgütern, großzügige Organisation des landwirtschaftlichen Meliorationskredits usw.

h) Förderung und Finanzierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und aller Formen der kollektiven Produktion im Dorfe (Produktionsgenossenschaften, Kommunen usw.). Systematische Propaganda des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauernschaft (genossenschaftliche Organisation des Absatzes, des Einkaufs und des Kredits) auf der Grundlage der Selbständigkeit der Bauernmassen; Propagierung des Ueberganges zu Formen der landwirtschaftlichen Großproduktion, was dank der unbestreitbaren technischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit des Großbetriebes unmittelbar den größten wirtschaftlichen Nutzen bringt und für die breitesten Massen der werktätigen Bauern den Uebergang zum Sozialismus am ehesten ermöglicht.

(Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt IV, Kapitel 3, S. 40 ff.)

IV. DIE BAUERNSCHAFT UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DIE WEGE IHRER SOZIALISTISCHEN UMGESTALTUNG

1. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft unter der Sowjetmacht

Wenn es sich in der ersten Periode der Revolution hauptsächlich um den Sturz des Zarismus und später, nach der Februarrevolution, in erster Linie um die Beendigung des imperialistischen Krieges durch den Sturz der Bourgeoisie gehandelt hatte, so traten jetzt, nach der Liquidierung des Bürgerkrieges und der Festigung der Sowjetmacht, Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus in den Vordergrund. Stärkung und Entwicklung der nationalisierten Industrie; zu diesem Zwecke Verknüpfung der Industrie mit der bäuerlichen Landwirtschaft durch den vom Staat regulierten Handel; Einführung der Naturalsteuer an Stelle der Zwangsumlage, mit dem Ziel, diese Steuer allmählich zu verringern und an ihre Stelle den Austausch der Industrieprodukte gegen die Erzeugnisse der Landwirtschaft treten zu lassen; Belebung des Handels und Entwicklung der Genossenschaften durch Einbeziehung der bäuerlichen Millionenmassen in diese — das waren die von Lenin aufgezeigten dringenden Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus zur Fundierung einer sozialistischen Oekonomik.

Man sagt, daß diese Aufgabe über die Kraft eines Bauernlandes, wie Rußland, gehe. Es gibt sogar Skeptiker, die meinen, daß diese Aufgabe einfach utopisch, undurchführbar sei, denn die Bauern seien eben Bauern — sie beständen aus Kleinproduzenten und könnten deshalb unmöglich zur Organisation des Fundaments der sozialistischen Produktion ausgenützt werden.

Aber diese Skeptiker irren, denn sie berücksichtigen hierbei nicht eine Reihe von Umständen, die im gegebenen Fall von entscheidender Bedeutung sind. Wir wollen die wichtigsten dieser Umstände näher untersuchen.

Erstens: Man darf die Bauernschaft der Sowjetunion nicht verwechseln mit der Bauernschaft Westeuropas. Die Bauernschaft, die durch die Schule dreier Revolutionen gegangen ist, die gegen den Zaren und die Macht der Bourgeoisie gekämpft hat zusammen mit dem Proletariat und mit dem Proletariat an der Spitze, die Land und Frieden aus der Hand der proletarischen Revolution erhalten hat und deshalb zur Reserve des Proletariats geworden ist, — diese Bauernschaft unterscheidet sich von jener, die während der bürgerlichen Revolution, mit der liberalen Bourgeoisie an der Spitze, kämpfte, die das Land aus der Hand dieser Bourgeoisie erhielt und deshalb zur Reserve der Bourgeoisie wurde. Es erübrigt sich wohl, zu beweisen, daß die Sowjetbauernschaft, die die politische Kameradschaft und die politische Zusammenarbeit mit dem Proletariat schätzen gelernt hat und die dieser Kameradschaft und Zusammenarbeit ihre Freiheit verdankt, ein besonders dankbares Material für die ökonomische Zusammenarbeit mit dem Proletariat sein muß.

Engels sagte:

„Die Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Partei ist in absehbarer Nähe gerückt. Um aber die politische Macht zu erobern, muß diese Partei vorher von der Stadt aufs Land gehen, muß eine Macht werden auf dem Land.“¹

Das schrieb er in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Hinblick auf die westeuropäische Bauernschaft. Muß erst noch bewiesen werden, daß es den russischen Kommunisten, die in dieser Beziehung im Verlauf dreier Revolutionen eine kolossale Arbeit geleistet haben, bereits gelungen ist, sich auf dem Lande einen solchen Einfluß zu verschaffen und einen solchen Stützpunkt zu sichern, von dem unsere westeuropäischen Genossen noch nicht einmal träumen können? Wie kann man denn leugnen, daß dieser Umstand den Prozeß der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft in Rußland ganz außerordentlich erleichtern muß?

Die Skeptiker reden immer wieder von den Kleinbauern als einem Faktor, der sich mit dem sozialistischen Aufbau nicht vereinbaren lasse. Hören wir doch, was Engels über die Kleinbauern Westeuropas sagt:

¹ Siehe *Fr. Engels*, „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“. Aus: *Engels*, Kleine ökonomische Aufsätze, Elementarbücher des Kommunismus. Bd. 22, S. 134.

„Und wir stehen ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen und ihm den Uebergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar, um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen. Wir tun dies nicht nur, weil wir den selbstarbeitenden Kleinbauer als virtuell zu uns gehörend betrachten, sondern auch aus direktem Parteiinteresse. Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung. Es kann uns nicht dienen, wenn wir mit dieser Umgestaltung warten müßten, bis die kapitalistische Produktion sich überall bis auf ihre letzten Konsequenzen entwickelt hat, bis auch der letzte Kleinhandwerker und der letzte Kleinbauer dem kapitalistischen Großbetrieb zum Opfer gefallen sind. Die materiellen Opfer, die in diesem Sinne im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen sind, können vom Standpunkt der kapitalistischen Oekonomie aus nur als weggeworfenes Geld erscheinen, aber sie sind trotzdem eine vortreffliche Anlage, denn sie ersparen vielleicht den zehnfachen Betrag bei den Kosten der gesellschaftlichen Reorganisation überhaupt. In diesem Sinne können wir also sehr liberal mit den Bauern verfahren.“²

So sprach Engels im Hinblick auf die Bauernschaft im Westen. Ist es denn nicht klar, daß das von Engels Gesagte nirgends so leicht und so vollständig verwirklicht werden kann, wie im Lande der Diktatur des Proletariats? Ist es denn nicht klar, daß wir nur in Sowjetrußland jetzt schon „den selbstarbeitenden Kleinbauer als zu uns gehörend betrachten“ können, ebenso, daß die dazu erforderlichen „materiellen Opfer“ und das „sehr liberale Verfahren mit den Bauern“ sofort und vollständig verwirklicht werden können —, daß diese und ähnliche Maßnahmen in Rußland bereits durchgeführt werden? Wie kann denn gelehnet werden, daß dieser Umstand seinerseits den wirtschaftlichen Aufbau des Sowjetlandes erleichtern und vorwärtsbringen muß?

Zweitens: Man darf die Landwirtschaft Rußlands nicht verwechseln mit der des Westens. Dort vollzieht sich die Entwicklung der Landwirtschaft in dem gewöhnlichen Rahmen des Kapitalismus, unter den Verhältnissen einer scharfen Differenzierung der Bauernschaft, mit großen Gütern und privatkapitalistischen Latifundien auf dem einen Pol und dem Pauperismus, der Verelendung und der Lohnsklaverei auf dem andern. Dort ist der Zerfall und die Zersetzung infolgedessen eine ganz natürliche Erscheinung. Ganz anders in Rußland. Hier kann die

² Ebenda, S. 149 f.

Entwicklung der Landwirtschaft schon deswegen in dieser Richtung nicht stattfinden, weil das Bestehen der Sowjetmacht und die Nationalisierung der wichtigsten Produktionsmittel eine derartige Entwicklung verhindert. In Rußland muß die Entwicklung der Landwirtschaft einen anderen Weg gehen, und zwar den Weg der Vergenossenschaftung der Millionen kleiner und mittlerer Bauern, den Weg der Entwicklung des massen umfassenden Genossenschaftswesens auf dem Lande, das vom Staat durch Gewährung von günstigen Krediten unterstützt wird. Lenin hat in seinen Artikeln über das Genossenschaftswesen richtig darauf hingewiesen, daß die Entwicklung unserer Landwirtschaft einen neuen Weg einschlagen muß, den Weg der Einbeziehung der Mehrheit der Bauern in den sozialistischen Aufbau durch die Genossenschaften, den Weg der allmählichen Durchdringung der Landwirtschaft mit den Prinzipien des Kollektivismus, zuerst auf dem Gebiete des Absatzes, und dann auf dem Gebiete der Produktion der landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Außerst interessant sind in dieser Beziehung einige neue Erscheinungen auf dem Lande im Zusammenhang mit der Tätigkeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es ist bekannt, daß innerhalb des „Selskosojus“ (Zentralverband landwirtschaftlicher Genossenschaften) neue große Organisationen nach verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft (Flachs, Kartoffeln, Butter usw.) entstanden sind, die eine große Zukunft haben. Unter diesen umfaßt z. B. die Flachs-Zentralstelle (Ljnzentr) ein ganzes Netz von Produktivgenossenschaften der Flachsbauern. Die Flachs-Zentralstelle versorgt die Bauern mit Saatgut und Geräten, kauft dann diesen Bauern ihre gesamte Produktion an Flachs ab, organisiert den Absatz im Großen, sichert den Bauern ihren Anteil am Gewinn und verknüpft so die Bauernwirtschaft durch die landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft mit der Staatsindustrie. Wie soll man eine solche Form der Organisation der Produktion nennen? Meiner Ansicht nach ist das Heimindustrie der staatssozialistischen Großproduktion auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Ich spreche hier von Heimindustrie der staatssozialistischen Produktion, analog dem System der Heimindustrie des Kapitalismus, wie wir es z. B. in der Textilindustrie vorfinden, wo der Heimarbeiter, der vom Kapitalisten die Rohstoffe und Werkzeuge erhält und ihm die gesamten Erzeugnisse abgeliefert, tatsächlich

ein halber Lohnarbeiter ist, der bei sich zu Hause arbeitet. Das ist einer der vielen Gradmesser dafür, welchen Weg die Entwicklung der Landwirtschaft bei uns gehen muß. Von anderen Gradmessern ähnlicher Art in anderen Zweigen der Landwirtschaft will ich hier absehen.

Es erübrigt sich wohl, zu beweisen, daß die überwiegende Mehrheit der Bauernschaft diesen neuen Entwicklungsweg gerne einschlagen wird, um nicht den Weg einschlagen zu müssen, der zur Bildung privatkapitalistischer Latifundien, zur Lohnsklaverei, zur Verelendung und zum Ruin führt.

Ueber die Entwicklungswege unserer Landwirtschaft sagt Lenin:

„... Alle großen Produktionsmittel... im Besitz des Staates, die Staatsmacht... in den Händen des Proletariats, Bündnis dieses Proletariats mit den vielen Millionen kleiner und kleinster Bauern, Sicherung der Führung dieses Proletariats gegenüber der Bauernschaft usw. — ist das denn nicht alles, was man braucht, um aus den Genossenschaften, allein aus den Genossenschaften, die wir früher stiefmütterlich als krämerisch behandelt haben und die wir in gewisser Hinsicht auch jetzt, unter der NÖP, so zu behandeln berechtigt sind, ist das nicht alles, was notwendig ist, um eine vollständige sozialistische Gesellschaft aufzubauen? Das ist noch nicht der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, aber es ist alles, was zu diesem Aufbau notwendig und hinreichend ist.“³

Indem Lenin weiter von der Notwendigkeit der finanziellen und sonstigen Unterstützung der Genossenschaften als des „neuen Prinzips der Organisation der Bevölkerung“ und der neuen „Gesellschaftsordnung“ unter der Diktatur des Proletariats spricht, fährt er fort:

„Jede Gesellschaftsordnung entsteht nur durch die finanzielle Unterstützung einer bestimmten Klasse. Es erübrigt sich, an jene Hunderte und aber Hunderte von Millionen Rubel zu erinnern, die die Geburt des ‚freien‘ Kapitalismus kostete. Jetzt müssen wir uns dessen bewußt werden, daß gegenwärtig jene Gesellschaftsordnung, die wir mehr denn üblich unterstützen müssen, die genossenschaftliche Ordnung ist, und diese Erkenntnis in die Tat umsetzen. Aber unterstützen müssen wir sie im wahren Sinne dieses Wortes, d. h. es genügt nicht, darunter die Unterstützung eines beliebigen genossenschaftlichen Umsatzes zu verstehen — unter dieser Unterstützung müssen wir die Unterstützung eines solchen genossenschaftlichen Umsatzes verstehen, an dem *wirkliche Bevölkerungsmassen tatsächlich teilnehmen*.“⁴

Wovon zeugen alle diese Umstände?

³ Lenin: „Ueber das Genossenschaftswesen“, Sämtliche Werke, Bd. XVII.

⁴ Ebenda.

Davon, daß die Skeptiker unrecht haben.

Davon, daß der Leninismus recht hat, der in den werktätigen Massen der Bauernschaft die Reserve des Proletariats sieht.

Davon, daß das an der Macht stehende Proletariat diese Reserve dazu benützen darf und muß, die Industrie mit der Landwirtschaft zu verknüpfen, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen und der Diktatur des Proletariats jenes unerläßliche Fundament zu geben, ohne das der Uebergang zur sozialistischen Oekonomie nicht möglich ist.^{4a}

(Stalin: „Die Grundlagen des Leninismus“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Moskau 1932, S. 62 ff., 1924.)

2. Engels über das Verhältnis des Proletariats, das die Macht ergriffen hat, zu den verschiedenen Schichten des Dorfes

Was ist denn unsere Stellung zur Kleinbauernschaft? Und wie werden wir mit ihr verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht zufällt?

Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind.

Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck. Und da haben wir allerdings Mittel genug, um dem Kleinbauer Vorteile in Aussicht zu stellen, die ihm schon jetzt einleuchten müssen.

Schon vor fast zwanzig Jahren haben die dänischen Sozialisten, die in ihrem Land nur eine eigentliche Stadt — Kopen-

^{4a} Ueber die Wege der Entwicklung der Bauernschaft in der Epoche der proletarischen Diktatur (Genossenschaftsplan Lenins) siehe das Kapitel: „Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus.“

hagen — besitzen, also außerhalb dieser fast nur auf Bauernpropaganda angewiesen sind, derartige Pläne entworfen. Die Bauern eines Dorfes oder Kirchspiels — es gibt in Dänemark viele große Einzelhöfe — sollen ihr Land zu einem großen Gut zusammenwerfen, es für gemeinsame Rechnung bebauen und den Ertrag nach Verhältnis der eingeschlossenen Bodenstücke, Geldvorschüsse und Arbeitsleistungen teilen. In Dänemark spielt der Kleinbesitz nur eine Nebenrolle. Wenden wir aber die Idee auf ein Parzellegebiet an, so werden wir finden, daß beim Zusammenwerfen der Parzellen und Großkultur ihrer Gesamtfläche ein Teil der bisher beschäftigten Arbeitskräfte überflüssig wird, in dieser Arbeitersparnis liegt ja gerade einer der Hauptvorteile der Großkultur. Für diese Arbeitskräfte kann Beschäftigung gefunden werden auf zwei Wegen: Entweder man stellt der Bauerngenossenschaft weitere Landstrecken zur Verfügung aus benachbarten großen Gütern; oder aber, man verschafft ihnen die Mittel und Gelegenheit zu industrieller Nebenarbeit, möglichst und vorwiegend für eigenen Gebrauch. In beiden Fällen stellt man sie in eine ökonomisch bessere Lage und sichert gleichzeitig der allgemein-gesellschaftlichen Leitung den nötigen Einfluß, um die Bauerngenossenschaft allmählich in eine höhere Form überzuführen und die Rechte und Pflichten sowohl der Genossenschaft im ganzen wie ihrer einzelnen Mitglieder mit denen der übrigen Zweige der großen Gemeinschaft auszugleichen. Wie das im einzelnen in jedem Spezialfall auszuführen, wird von den Umständen des Falles und von den Umständen abhängen, unter denen wir Besitz von der öffentlichen Macht ergreifen. So werden wir möglicherweise imstande sein, diesen Genossenschaften noch weitere Vorteile zu bieten: Uebernahme ihrer Gesamt-Hypothekenschuld durch die Nationalbank unter starker Zinsherabsetzung, Vorschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Einrichtung des Großbetriebs (Vorschüsse nicht notwendig oder vorzugsweise in Geld, sondern in den nötigen Produkten selbst, Maschinen, Kunstdünger etc.), und noch andere Vorteile.

Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die, den Bauern begreiflich zu machen, daß wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb. Es ist ja gerade die, durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die die Bauern dem Untergange zutreibt. Beharren sie auf dem Einzelbe-

trieb, so werden sie unvermeidlich von Haus und Hof verjagt, ihre veraltete Produktionsweise durch den kapitalistischen Großbetrieb verdrängt. So liegt die Sache, und da kommen wir und bieten den Bauern die Möglichkeit, den Großbetrieb selbst einzuführen, nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigne gemeinsame Rechnung. Daß dies in ihrem eigenen Interesse, daß es ihr einziges Rettungsmittel ist, das sollte den Bauern nicht begreiflich zu machen sein?

Wir können nun und nimmermehr den Parzellenbauern die Erhaltung des Einzeleigentums und des Einzelbetriebs gegen die Uebermacht der kapitalistischen Produktion versprechen. Wir können ihnen nur versprechen, daß wir nicht wider ihren Willen gewaltsam in ihre Eigentumsverhältnisse eingreifen werden. Wir können ferner dafür eintreten, daß der Kampf der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gegen die Kleinbauern schon heute mit möglichst wenig unrechtlichen Mitteln geführt, und direkter Raub oder Prellerei, wie sie nur zu häufig vorkommen, möglichst verhindert wird. Das wird nur ausnahmsweise gelingen. In der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise weiß kein Mensch, wo die Ehrlichkeit aufhört und die Prellerei anfängt. Aber es wird immer einen bedeutenden Unterschied machen, ob die öffentliche Gewalt auf Seite des Prellers oder des Geprellten steht. Und wir stehn ja entschieden auf Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, und ihm den Uebergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle zu ermöglichen. Wir tun dies nicht nur, weil wir den selbstarbeitenden Kleinbauer als virtuell zu uns gehörend betrachten, sondern auch aus direktem Parteiinteresse. Je größer die Anzahl der Bauern ist, denen wir den wirklichen Absturz ins Proletariat ersparen, die wir schon als Bauern für uns gewinnen können, desto rascher und leichter vollzieht sich die gesellschaftliche Umgestaltung. Es kann uns nicht dienen, wenn wir mit dieser Umgestaltung warten müßten, bis die kapitalistische Produktion sich überall bis auf ihre letzten Konsequenzen entwickelt hat, bis auch der letzte Kleinhandwerker und der letzte Kleinbauer dem kapitalistischen Großbetrieb zum Opfer gefallen sind. Die materiellen Opfer, die in diesem Sinn im Interesse der Bauern aus öffentlichen Mitteln zu bringen

sind, können vom Standpunkt der kapitalistischen Oekonomie aus, nur als weggeworfenes Geld erscheinen, aber sie sind trotzdem eine vortreffliche Anlage, denn sie ersparen vielleicht den zehnfachen Betrag bei den Kosten der gesellschaftlichen Reorganisation überhaupt. In diesem Sinne können wir also sehr liberal mit den Bauern verfahren. Auf einzelnes einzugehen, bestimmte Vorschläge in dieser Richtung zu machen, ist hier nicht der Ort; es kann sich hier nur um die allgemeinen Grundzüge handeln.

Hiernach also können wir nicht nur der Partei, sondern auch den Kleinbauern selbst keinen schlimmeren Dienst erweisen, als durch Zusagen, die auch nur den Schein erwecken, wir beabsichtigten die dauernde Erhaltung des Parzelleneigentums. Das hieße, den Bauern direkt den Weg zu ihrer Befreiung versperren, und die Partei herabwürdigen auf das Niveau des Radau-Antisemitismus. Im Gegenteil. Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen, veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte.

(Fr. Engels: „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“. Aus: „Kleine ökonomische Aufsätze“. Elementarbücher des Kommunismus, Bd. 22, S. 147 ff., 1894.)

3. Die dritte Losung des Leninismus zur Bauernfrage und ihre Verwirklichung in der Geschichte der Oktoberrevolution

Es trifft nicht zu, daß die in dem bekannten Aufsatz über Pitirim Sorokin gegebene Losung Lenins: „Es verstehen, mit dem Mittelbauern zu einer Verständigung zu gelangen, ohne eine Minute lang den Kampf gegen den Kulaken aufzugeben, und sich fest nur auf die Dorfarmut stützen...“, eine Losung ist der Periode der „Komitees der Dorfarmut“, eine Losung „des Endes der sogenannten Neutralisierung der Mittelbauernschaft“.

Dies trifft ganz und gar nicht zu. Die Komitees der Dorfarmut wurden im Juni 1918 gebildet. Ende Oktober 1918 hatten wir bereits ein Uebergewicht unserer Kräfte im Dorfe über das Kulakentum und eine *Schwenkung* des Mittelbauern zur Sowjetmacht. Auf Grund dieser Schwenkung entstand denn auch der Beschluß des ZK über die Beseitigung des Zweimächtesystems: Sowjets und Komitees der Dorfarmut, über die Neuwahl der Amtsbezirks- und Dorfsowjets, über das Aufgehen der Komitees der Dorfarmut in den neugewählten Sowjets, d. h. also über die Liquidierung der Komitees der Dorfarmut. Bekanntlich gab der VI. Sowjetkongreß am 9. November 1918 diesem Beschlusse formell Gesetzeskraft. Ich meine den Beschluß des VI. Sowjetkongresses vom 9. November 1918 bezüglich der Neuwahl der Dorf- und Amtsbezirkssowjets und des Aufgehens der Komitees der Dorfarmut in den Sowjets. Wann aber erschien der Aufsatz „Wertvolle Geständnisse Pitirim Sorokins“, in dem Lenin an Stelle der Losung der Neutralisierung des Mittelbauern die Losung der Verständigung mit dem Mittelbauern aufstellt? Er ist am 21. November 1918 erschienen, d. h. nahezu zwei Wochen *nach* diesem Beschluß des VI. Sowjetkongresses. In diesem Aufsatz sagt Lenin geradeheraus, daß die Politik der Verständigung mit der Mittelbauernschaft durch die *Schwenkung* des Mittelbauern zu uns diktiert werde. Folgendes sind die Worte Lenins:

„Im Dorfe ist es unsere Aufgabe, den Gutsbesitzer zu vernichten, den Widerstand des Ausbeuters und spekulierenden Kulaken zu brechen; dabei können wir uns mit Verlaß *nur* auf den Halbproletarier, auf die ‚Dorfarmut‘ stützen. Der Mittelbauer aber ist nicht unser Feind. Er hat geschwankt, schwankt und wird schwanken. Die Aufgabe der Einwirkung auf die Schwankenden ist *nicht identisch* mit der Aufgabe des Sturzes des Ausbeuters und des Sieges über einen aktiven Feind. Es verstehen, mit dem Mittelbauern zu einer Verständigung zu gelangen, ohne eine Minute lang den Kampf gegen den Kulaken aufzugeben, und sich fest nur auf die Dorfarmut stützen, — das ist die Aufgabe des Augenblicks, denn gerade jetzt ist kraft der obenerwähnten Faktoren ein *Umschwung in der Mittelbauernschaft nach unserer Seite hin unvermeidlich.*“⁵

Was folgt nun hieraus?

Hieraus folgt, daß die Losung Lenins sich nicht auf die *alte* Periode bezieht, nicht auf die Periode der Komitees der Dorfarmut und der Neutralisierung des Mittelbauern, sondern auf

⁵ Lenin: „Wertvolle Geständnisse Pitirim Sorokins“, Sämtliche Werke, Bd. XXIII, S. 294, russisch. (Alle Hervorhebungen von mir. J. St.)

die *neue* Periode, die Periode des Einvernehmens mit dem Mittelbauern. Diese Losung spiegelt demnach nicht das *Ende* der alten Periode, sondern den *Beginn* der neuen Periode wider.

Ihre Behauptung über die Losung Lenins ist aber nicht nur formell, nicht nur sozusagen in chronologischer Beziehung, sondern auch ihrem Wesen nach unzutreffend. Es ist bekannt, daß die Losung Lenins über das Einvernehmen mit dem Mittelbauern als neue Losung von der gesamten Partei auf dem VIII. Kongreß unserer Partei (März 1919) verkündet wurde. Ebenso ist es bekannt, daß der VIII. Parteitag jener Kongreß ist, der die Grundlagen unserer Politik eines dauernden Bündnisses mit den Mittelbauern geschaffen hat. Es ist bekannt, daß unser Programm, das Programm der KPdSU, gleichfalls auf dem VIII. Parteitag angenommen wurde. Es ist bekannt, daß in diesem Programm spezielle Punkte über das Verhältnis der Partei zu den verschiedenen Gruppierungen des Dorfes — Dorfarmut, Mittelbauern und Kulakentum — enthalten sind. Was sagt das Programm der KPdSU über die sozialen Gruppierungen im Dorfe und über das Verhältnis der Partei zu ihnen? Hören Sie!

„In ihrer gesamten Arbeit im Dorfe *stützt die KPR sich wie früher auf die proletarischen und halbproletarischen Kräfte desselben*, organisiert sie vor allem zu einer selbständigen Kraft, indem sie im Dorfe Partezellen, Organisationen der Dorfarmut, einen besonderen Typus von Gewerkschaften der Proletarier und Halbproletarier des Dorfes usw. schafft, und sie auf jedwede Weise dem städtischen Proletariat näher bringt und dem Einfluß der Dorfbourgeoisie und der Kleineigentümerinteressen entreißt.

Gegenüber dem Kulakentum, der Dorfbourgeoisie, besteht die Politik der KPR *in einem entschiedenen Kampfe gegen ihre ausbeuterischen Bestrebungen, in der Unterdrückung ihres Widerstandes gegen die Sowjetpolitik.*

Gegenüber dem Mittelbauern besteht die Politik der KPR in dessen allmählicher und planmäßiger Hineinziehung in die Arbeit des sozialistischen Aufbaues. Die Partei macht es sich zur Aufgabe, ihn vom Kulaken zu trennen, ihn durch aufmerksames Verhalten gegenüber seinen Nöten, durch Bekämpfung seiner Rückständigkeit mit Mitteln der geistigen Beeinflussung, keineswegs aber durch Unterdrückungsmaßnahmen auf die Seite der Arbeiterklasse zu bringen, und ist in allen Fällen, wo seine Lebensinteressen berührt sind, bestrebt, *zu einem praktischen Einvernehmen mit ihm zu gelangen*, indem sie ihm bei der Fortsetzung der Methoden der Durchführung der sozialistischen Umbildung Zugeständnisse macht.“⁶

⁶ „Der VIII. Parteitag der KPR“, Stenogramm-Bericht, S. 351, russische Ausgabe. (Alle Hervorhebungen von mir. J. St.)

Versuchen Sie doch, den allergeringsten Unterschied, wenn auch nur in Worten, zwischen diesen Punkten des Programms und der Losung Lenins zu finden! Sie werden diesen Unterschied nicht finden, weil er in Wirklichkeit nicht existiert. Und noch mehr. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Losung Lenins nicht nur den Beschlüssen des VIII. Parteitag über den Mittelbauer nicht widerspricht, sondern, umgekehrt, die genaueste und gelungenste Formulierung dieser Beschlüsse darstellt. Und es ist doch eine Tatsache, daß das Programm der KPR im März 1919 auf dem VIII. Parteitag, der die Frage des Mittelbauern speziell behandelte, angenommen wurde, während der Aufsatz Lenins gegen Pitirim Sorokin, der die Losung des Einvernehmens mit den Mittelbauern verkündete, im November 1918, vier Monate vor dem VIII. Parteitage, veröffentlicht wurde.

Ist es da nicht klar, daß der VIII. Parteitag *voll und ganz* die Losung Lenins *bestätigt* hat, die in seinem Aufsatz gegen Pitirim Sorokin als eine Losung aufgestellt ist, nach der die Partei in ihrer Arbeit im Dorfe *in der ganzen gegenwärtigen Periode des sozialistischen Aufbaues sich zu richten verpflichtet ist?*

Worin besteht das Wesen dieser Losung Lenins?

Es besteht darin, daß es bewundernswürdig treffend die *dreieinige* Aufgabe der Parteiarbeit im Dorfe zusammenfaßt, die in der einzigen gedrängten Formel zum Ausdruck kommt: a) *Stütze dich* auf die Dorfarmut, b) *erstrebe ein Einvernehmen* mit den Mittelbauern, c) *unterlasse keine Minute lang den Kampf* gegen den Kulaken. Versuchen Sie doch aus dieser Formel einen ihrer Teile als Basis für die Arbeit im Dorfe im gegenwärtigen Augenblick herauszugreifen und hierbei die beiden übrigen fallen zu lassen, und Sie geraten unweigerlich in eine Sackgasse. Kann man etwa unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Phase des sozialistischen Aufbaues zu einer wirklichen und dauernden Verständigung mit den Mittelbauern gelangen, ohne sich auf die Dorfarmut zu stützen und ohne den Kampf gegen den Kulaken zu führen? Nein, das kann man nicht. Kann man etwa unter den Verhältnissen der gegenwärtigen Entwicklung einen erfolgreichen Kampf gegen den Kulaken führen, ohne sich auf die Dorfarmut zu stützen und ohne ein Einvernehmen mit den Mittelbauern? Man kann es nicht. Wie ist in *einer* verallgemeinernden Losung die dreieinige Aufgabe der Parteiarbeit im Dorfe am allerbesten zum Ausdruck zu brin-

gen? Ich glaube, daß die Losung Lenins der gelungenste Ausdruck dieser Aufgabe ist; man muß eingestehen, daß man es treffender als Lenin nicht aussprechen kann...

(Stalin: „Lenin und die Frage des Bündnisses mit den Mittelbauern“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Moskau 1932, S. 513 ff., 1928.)

Man muß nur im Auge behalten, daß das Bündnis der Arbeiter und der Bauern unter der proletarischen Diktatur kein gewöhnliches Bündnis ist. Es ist eine besondere Form des Klassenbündnisses der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen der Bauernschaft, das sich zum Ziele setzt: a) die Verstärkung der Positionen der Arbeiterklasse; b) die Sicherung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in diesem Bunde; c) die Aufhebung der Klassen und der Klassengesellschaft. Jede andere Auffassung vom Bündnis der Arbeiter und Bauern ist Opportunismus, Menschewismus, eine Auffassung von Sozialrevolutionären, alles was man will, nur kein Marxismus, nur kein Leninismus.

Wie kann man die Idee des Bündnisses der Arbeiter und der Bauern mit der bekannten These Lenins von der Bauernschaft als „letzter kapitalistischer Klasse“ vereinbaren? Liegt hier kein Widerspruch vor? Der Widerspruch ist hier nur scheinbar. In Wirklichkeit liegt hierin durchaus kein Widerspruch. In dem gleichen Bericht auf dem III. Kongreß der Komintern, in dem Lenin die Bauernschaft als „letzte kapitalistische Klasse“ charakterisiert, in diesem gleichen Bericht begründet er immer wieder die Notwendigkeit des Bündnisses der Arbeiter und der Bauern und erklärt, daß „das höchste Prinzip der Diktatur die Aufrechterhaltung des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft ist, damit das Proletariat die führende Rolle und die Staatsmacht behaupten kann“. Es ist jedenfalls klar, daß Lenin hierin durchaus keinen Widerspruch sieht.

Wie ist Lenins These zu verstehen, daß die Bauernschaft die „letzte kapitalistische Klasse“ ist? Bedeutet das nicht, daß die Bauernschaft aus Kapitalisten besteht? Nein, diese Bedeutung hat das nicht. Das bedeutet erstens, daß die Bauernschaft eine besondere Klasse ist, die die Wirtschaft auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln betreibt und sich dadurch von der Klasse der Proletarier unterscheidet, die die Wirtschaft auf der Grundlage des Kollektivbesitzes an Produktionsmitteln aufbaut. Das bedeutet zweitens, daß die Bauernschaft eine Klasse ist, die aus ihrer Mitte Kapitalisten, Kulaken

und überhaupt Ausbeuter verschiedener Art hervorbringt und nährt.

Ist dieser Umstand nicht ein unüberwindbares Hindernis für die Organisation des Bündnisses der Arbeiter und Bauern? Nein, es ist kein solches Hindernis. Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft ist unter der Diktatur des Proletariats kein Bündnis mit der gesamten Bauernschaft. Das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft ist ein Bündnis des Proletariats mit den werktätigen Massen der Bauernschaft. Ein solches Bündnis kann ohne Kampf gegen die kapitalistischen Elemente der Bauernschaft, ohne eine Bekämpfung der Kulaken nicht verwirklicht werden. Ohne die Organisation der Dorf- armut als Stütze der Arbeiterklasse im Dorfe kann dieses Bündnis kein festes sein. Deshalb kann unter den gegenwärtigen Bedingungen der Diktatur des Proletariats das Bündnis der Arbeiter und der Bauern nur mit der bekannten Losung Lenins verwirklicht werden: Stütze dich auf die Dorfarmut, errichte ein festes Bündnis mit den Mittelbauern und stelle den Kampf gegen die Kulaken auch nicht einen einzigen Augenblick lang ein. Denn nur bei Durchführung dieser Losung ist es möglich, die Hauptmasse der Bauernschaft in den Strom des sozialistischen Aufbaus einzubeziehen.

Ihr seht also, daß der Widerspruch zwischen den zwei Formulierungen Lenins nur ein vermeintlicher, ein scheinbarer ist. In Wirklichkeit besteht zwischen ihnen nicht der geringste Widerspruch.

(*Stalin*: „An der Getreidefront“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Moskau 1932, S. 508 ff., 1928.)

4. Der Kampf gegen den konterrevolutionären Trotzismus und den Rechtsopportunisten in der Frage der Entwicklungswege der Bauernschaft unter der Diktatur des Proletariats

A. Der Kampf gegen die trotzkistische Theorie der Unmöglichkeit der Einbeziehung der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau

Der größte Fehler der Opposition besteht darin, daß sie, den bürgerlichen Ideologen folgend, mechanisch die Gesetz-

mäßigkeit der Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft unter dem Kapitalismus restlos überträgt auf die Epoche der Diktatur des Proletariats. Die Opposition sieht nicht, daß der Entwicklungsweg des Dorfes bestimmt wird durch die Entwicklung der Stadt und daß gegen die kapitalistischen Elemente im Dorfe in unseren Bedingungen nicht nur der Landarbeiter, der arme und der Mittelbauer steht, sondern auch das ganze System der Diktatur des Proletariats mit seinen mächtigen ökonomischen Kommandohöhen (in erster Linie die sozialistische Industrie), mit den Genossenschaften und den anderen Hebeln der planmäßigen Einwirkung auf die Landwirtschaft. Damit revidiert die Opposition den wichtigsten theoretischen Satz des Marxismus-Leninismus über die Wechselbeziehung der Groß- und Kleinproduktion in der Stadt und im Dorfe, der Industrie und der Landwirtschaft, und kehrt zurück zur bürgerlich-revisionistischen Theorie der „thermidorianischen“ Entartung des proletarischen Staates und des Sieges des kleinen Kapitalisten-Kulaken und des Privatkapitals über die große und, wie sonst nirgends, zentralisierte maschinelle Industrie des sozialistischen Proletariats, das die ganze Volkswirtschaft hinter sich herführt.

... Man muß bemerken, daß der charakteristische Zug der Opposition ihr Nichtglauben an die Möglichkeit der Einbeziehung der Hauptmasse der Bauernschaft in das Strombett des sozialistischen Aufbaus durch die Genossenschaften ist. Das ist gleichbedeutend mit der Preisgabe des Leninschen Genossenschaftsplans und folglich der direkten Abkehr der Opposition vom Leninismus. Diese Abkehr ist das unvermeidliche Resultat der liquidatorischen Stellung der Opposition überhaupt, der Leugnung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus in unserem Lande.

(Resolution des XV. Parteitags der KPdSU[B] über die Arbeit im Dorfe. 1927.)

B. Der Kampf gegen die rechtsopportunistische Theorie vom „Selbstlauf“

Es steht außer Zweifel, daß die führende Rolle der sozialistischen Stadt gegenüber dem kleinbäuerlichen Dorf groß und unschätzbar ist. Darauf beruht ja die umgestaltende Rolle der Industrie in bezug auf die Landwirtschaft. Genügt aber dieser Faktor dazu, daß das kleinbäuerliche Dorf im sozialistischen

Aufbau von selbst der Stadt folge? Nein, er genügt nicht. Unter dem Kapitalismus folgt das Dorf spontan der Stadt, weil die kapitalistische Wirtschaft der Stadt und die kleine Warenwirtschaft des Bauern im Grunde genommen Wirtschaften vom gleichen Typ waren. Natürlich ist die kleinbäuerliche Warenwirtschaft noch keine kapitalistische Wirtschaft. Sie ist aber ihrer Grundlage nach vom selben Typ wie die kapitalistische Wirtschaft, da sie auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruht. Lenin hat tausendmal recht, wenn er in seinen Randbemerkungen zur „Oekonomie der Transformationsperiode“ des Genossen Bucharin von der „*warenkapitalistischen* Tendenz der Bauernschaft“ im Gegensatz zur „*sozialistischen* Tendenz des Proletariats“ spricht.⁷ Dadurch erklärt sich denn auch, warum die „Kleinproduktion ständig, täglich, stündlich, mit Elementarkraft und im Massenmaßstab Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt“ (Lenin). Kann man also behaupten, daß die bäuerliche kleine Warenwirtschaft ihrer Grundlage nach vom selben Typ ist wie die sozialistische Produktion der Stadt? Es ist klar, daß man dies nicht behaupten kann, wenn man nicht mit dem Marxismus brechen will. Sonst hätte Lenin nicht gesagt, daß „solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, für den Kapitalismus in Rußland eine festere wirtschaftliche Basis besteht als für den Kommunismus“. Die Theorie des Selbstlaufs im sozialistischen Aufbau ist also eine faule, antileninistische Theorie. Damit das kleinbäuerliche Dorf der sozialistischen Stadt folge, ist also außer allem anderen noch erforderlich, im Dorf sozialistische Großbetriebe — Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften — als Stützpunkte des Sozialismus einzubürgern, die, mit der sozialistischen Stadt an der Spitze, imstande sind, die Hauptmassen der Bauernschaft hinter sich herzuführen.

Die Sache ist klar. Die Theorie vom „Selbstlauf“ beim sozialistischen Aufbau ist eine antimarxistische Theorie. Die sozialistische Stadt muß das kleinbäuerliche Dorf hinter sich herführen, indem sie im Dorf Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter entstehen läßt und das Dorf auf eine neue, sozialistische Art umgestaltet.

Es ist sonderbar, daß die antimarxistische Theorie vom „Selbstlauf“ beim sozialistischen Aufbau bis heute noch nicht

⁷ Kursiv von Lenin. J. St.

auf eine genügende Abwehr bei unseren Agrartheoretikern gestoßen ist.

(Stalin: „Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 207 f., 1929.)

C. Der Kampf gegen die rechtsopportunistische Theorie des Hineinwachsens des Kulaken in den Sozialismus

Genosse Bucharin versuchte in seiner Rede, die Theorie des Hineinwachsens der Kulaken in den Sozialismus durch den Hinweis auf ein bekanntes Zitat aus Lenin zu bekräftigen. Dabei behauptet er, daß Lenin *dasselbe* sagt wie Bucharin. Das ist nicht richtig, Genossen. Das ist eine grobe und unzulässige Verleumdung Lenins. Hier ist der Text dieses Zitats aus Lenin:

„Natürlich fußt die soziale Ordnung in unserer Sowjetrepublik auf der Zusammenarbeit zweier Klassen, der Arbeiter und der Bauern, zu der jetzt noch die ‚Nöpleute‘, d. h. die Bourgeoisie unter gewissen Bedingungen zugelassen sind.“⁸

Ihr seht, hier ist kein einziges Wort von einem Hineinwachsen der Kapitalisten in den Sozialismus. Hier ist nur davon die Rede, daß wir „unter gewissen Bedingungen“ die Nöpleute, d. h. die Bourgeoisie, zur Mitarbeit mit den Arbeitern und Bauern „zuließen“. Was bedeutet das? Bedeutet das, daß wir damit die Möglichkeit eines Hineinwachsens der Nöpleute in den Sozialismus zugegeben haben? Natürlich bedeutet es das nicht. So können nur Leute, die jede Scham verloren haben, das Zitat aus Lenin auslegen. Das bedeutet nur, daß wir die Bourgeoisie *jetzt* nicht vernichten, daß wir sie *jetzt* nicht expropriieren, sondern ihre Existenz unter gewissen Bedingungen zulassen, d. h. bei unbedingter Unterwerfung unter die Gesetze der Diktatur des Proletariats, d. h. bei wachsender Beschränkung der Kapitalisten, die ihre allmähliche Verdrängung aus dem volkswirtschaftlichen Leben zum Ziel hat. Kann man die Verdrängung der Kapitalisten und die Vernichtung der Wurzeln des Kapitalismus ohne erbitterten Klassenkampf verwirklichen? Nein, das kann man nicht. Kann man bei der Theorie und Praxis des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus

⁸ Lenin: „Wie sollen wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren?“ Sämtliche Werke, Bd. XXVII, S. 405, russisch.

die Klassen aufheben? Nein, das geht nicht. Durch eine solche Theorie und eine solche Praxis können nur die Klassen kultiviert und verewigt werden, da sie, diese Theorie, der Theorie des Klassenkampfes widerspricht. Das Zitat aus Lenin dagegen basiert voll und ganz auf der marxistischen Theorie des Klassenkampfes unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats. Was kann es Gemeinsames geben zwischen der Theorie Bucharins von dem Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus und der Theorie Lenins von der Diktatur als erbittertem Klassenkampf? Es ist klar, daß es hier nichts Gemeinsames gibt und nicht geben kann. Genosse Bucharin meint, daß unter der Diktatur des Proletariats der Klassenkampf *erlöschen* und *verschwinden muß*, damit es zu einer Aufhebung der Klassen komme. Lenin jedoch lehrt im Gegenteil, daß die Klassen nur auf dem Wege eines hartnäckigen Klassenkampfes aufgehoben werden können, der unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats *noch erbitterter* wird, als er vor der Diktatur des Proletariats war.

„Die Aufhebung der Klassen — sagt Lenin — ist ein langwieriger, schwerer, hartnäckiger *Klassenkampf*, der *nach* dem Sturze der Macht des Kapitals, *nach* der Zerstörung des bürgerlichen Staates, *nach* der Errichtung der Diktatur des Proletariats *nicht verschwindet* (wie sich das trivial denkende Leute vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird.“⁹

Das ist es, was Lenin von der Aufhebung der Klassen sagt.

Die Aufhebung der Klassen *auf dem Wege des erbitterten Klassenkampfes des Proletariats* — das ist die Formel Lenins.

Die Aufhebung der Klassen *auf dem Wege des Erlöschens des Klassenkampfes und des Hineinwachsens der Kapitalisten in den Sozialismus* — das ist die Formel des Genossen Bucharin.

Was kann es Gemeinsames geben zwischen diesen beiden Formeln? Es ist klar, daß es zwischen ihnen nichts Gemeinsames gibt und nicht geben kann.

Die Bucharinsche Theorie des Hineinwachsens der Kulaken in den Sozialismus stellt auf diese Weise ein Abrücken von der marxistisch-leninistischen Theorie des Klassenkampfes dar. Sie ist eine Annäherung an die Theorie des Kathedersozialismus.

⁹ Lenin: „Gruß an die ungarischen Arbeiter“. Sämtliche Werke, Bd. XXIV, S. 315, russisch.

Das ist die Grundlage aller Irrtümer des Genossen Bucharin und seiner Freunde.

Man könnte sagen, daß es sich nicht lohnt, die Bucharinsche Theorie vom Hineinwachsen des Kulaken in den Sozialismus lange zu erörtern, da sie schon an und für sich gegen den Genossen Bucharin spricht — und nicht nur spricht, sondern schreit. Das ist nicht richtig, Genossen. Solange diese Theorie unter dem Scheffel verborgen blieb, brauchte man ihr keine Aufmerksamkeit zu schenken: gibt es doch in den Schreibereien verschiedener Genossen der Dummheit genug. Wir haben bis zur letzten Zeit auch so gehandelt. Aber in der letzten Zeit hat sich die Situation etwas geändert. Das kleinbürgerliche Element, das in den letzten Jahren den Kopf hob, begann diese antimarxistische Theorie zu beseelen und verlieh ihr einen aktuellen Charakter. Jetzt kann man nicht mehr sagen, daß sie unter dem Scheffel verborgen liegt. Jetzt hat sie, diese sonderbare Theorie des Genossen Bucharin, den Ehrgeiz, zum Banner der rechten Abweichung in unserer Partei, zum Banner des Opportunismus zu werden. Deshalb können wir an dieser Theorie nicht mehr achtlos vorbeigehen. Deshalb sind wir verpflichtet, sie als unrichtige und schädliche Theorie zu zerschlagen, um unseren Parteigenossen den Kampf gegen die rechte Abweichung zu erleichtern.

(J. Stalin: „Ueber die rechte Abweichung in der KPdSU[B]“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 128 ff., 1929.)

D. Der Kampf gegen die kulakische Theorie der Rechten von der „Stabilität“ der kleinbäuerlichen Wirtschaft und über ihr Hineinwachsen in den Sozialismus

Gehen wir nunmehr zum dritten Vorurteil in der politischen Oekonomie über, zur Theorie von der „Stabilität“ der kleinbäuerlichen Wirtschaft. Jedermann kennt die Einwände der bürgerlichen politischen Oekonomie gegen die bekannte These des Marxismus von den Vorzügen des Großbetriebs gegenüber dem Kleinbetrieb, die angeblich nur für die Industrie gelte, auf die Landwirtschaft aber nicht anzuwenden sei. Die sozialdemokratischen Theoretiker vom Schlage der David und Hertz, die

diese Theorie verkündeten, versuchten sich hierbei auf die Tatsache zu „stützen“, daß der Kleinbauer zähe und geduldig, daß er zu allen Entbehrungen bereit sei, um nur sein Stück Land zu behalten und daß infolgedessen die kleinbäuerliche Wirtschaft im Kampf gegen den landwirtschaftlichen Großbetrieb Stabilität an den Tag lege. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß eine solche „Stabilität“ schlimmer als jede Labilität ist. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß diese antimarxistische Theorie nur das eine Ziel verfolgt — Verherrlichung und Festigung der kapitalistischen Zustände. Und gerade, weil das ihr Ziel ist, gerade darum gelang es den Marxisten so leicht, diese Theorie zu zerschlagen. Doch handelt es sich heute nicht darum. Es handelt sich darum, daß unsere Praxis, unsere Wirklichkeit neue Argumente gegen diese Theorie liefert, unsere Theoretiker aber sonderbarerweise diese neue Waffe nicht gegen die Feinde der Arbeiterklasse ausnützen wollen oder können. Ich habe dabei vor Augen die Praxis der Beseitigung des Privateigentums am Boden, unsere Praxis der Nationalisierung des Bodens, die Praxis, die den Kleinbauern von seinem sklavischen Hängen an seinem Stück Land befreit und dadurch den Uebergang von der kleinbäuerlichen Wirtschaft zur kollektiven *Großwirtschaft* erleichtert.

In der Tat, was ist es, das den Kleinbauer in Westeuropa an seine kleine Warenwirtschaft fesselte, fesselt und noch fesseln wird? In erster Linie und hauptsächlich das Vorhandensein einer eigenen Parzelle, das Vorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden. Er hat jahrelang Geld gespart, um ein Stück Land zu kaufen, er hat es gekauft, und er will sich natürlich davon nicht trennen, er ist eher bereit, jede Entbehrung zu ertragen, wie ein Wilder zu leben, nur um sein Stückchen Land, die Grundlage seiner individuellen Wirtschaft, zu behaupten. Kann man sagen, daß dieser Faktor in der gleichen Weise auch bei uns, unter den Verhältnissen des Sowjetsystems weiterwirkt? Nein, das kann man nicht sagen. Man kann es nicht, da es bei uns kein Privateigentum an Grund und Boden gibt. Und gerade darum, weil es bei uns kein Privateigentum an Grund und Boden gibt, gibt es bei uns auch das sklavische Hängen des Bauern an seinem Grund und Boden nicht, das es in Westeuropa gibt. Dieser Umstand muß notwendigerweise den Uebergang der kleinbäuerlichen Wirtschaft auf das Geleise der Kollektivwirtschaften erleichtern.

Das ist einer der Gründe dafür, daß es den landwirtschaftlichen *Großbetrieben*, den Kollektivwirtschaften im Dorf, angesichts der Nationalisierung des Grund und Bodens so leicht gelingt, ihre *Ueberlegenheit* gegenüber der *kleinen* Bauernwirtschaft zu demonstrieren.

Darin liegt die große revolutionäre Bedeutung der Agrargesetze des Sowjetstaates, die die absolute Rente aufgehoben, das Privateigentum an Grund und Boden abgeschafft und ihn nationalisiert haben.

Daraus folgt aber, daß wir über ein neues Argument gegen die bürgerlichen Volkswirtschaftler verfügen, die die Stabilität der kleinbäuerlichen Wirtschaft in ihrem Kampf gegen den landwirtschaftlichen Großbetrieb proklamieren.

Warum also wird dieses neue Argument von unseren Agrartheoretikern in ihrem Kampf gegen alle und jedwede bürgerlichen Theorien nicht genügend ausgewertet?

Bei der Nationalisierung des Grund und Bodens gingen wir unter anderem von den theoretischen Voraussetzungen aus, wie sie im dritten Band des „Kapital“, in den „Theorien über den Mehrwert“ von Marx und in den Arbeiten Lenins über die Agrarfrage, die eine überaus reiche Schatzkammer des theoretischen Denkens darstellen, enthalten sind. Ich denke an die Theorie der Grundrente im allgemeinen, an die der absoluten Grundrente im besonderen. Es ist heute allen klar, daß die theoretischen Sätze dieser Werke durch die Praxis unseres sozialistischen Aufbaues in Stadt und Land glänzend bestätigt worden sind.

Unverständlich bleibt nur, warum unsere Presse den unwissenschaftlichen Theorien der „Sowjet“ökonomien vom Schlage der Tschajanows offenstehen soll, während die genialen Werke von Marx-Engels-Lenin über die Theorie der Grundrente und der absoluten Grundrente nicht popularisiert und in den Vordergrund gerückt, sondern unter dem Scheffel gehalten werden sollen?

Ihr erinnert euch wohl des bekannten Aufsatzes von Engels „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“. Ihr erinnert euch sicherlich, wie vorsichtig Engels an die Frage der Ueberführung der Kleinbauern auf den Weg der genossenschaftlichen Wirtschaft, auf den Weg der kollektiven Wirtschaft herangeht. Gestattet mir, die entsprechende Stelle aus dem Engelschen Aufsatz anzuführen:

„Und wir stehen ja entschieden auf der Seite des Kleinbauern; wir werden alles nur irgend Zulässige tun, um sein Los erträglicher zu machen, um ihm den Uebergang zur Genossenschaft zu erleichtern, falls er sich dazu entschließt, ja, sogar um ihm, falls er diesen Entschluß noch nicht fassen kann, eine *verlängerte Bedenkzeit auf seiner Parzelle* zu ermöglichen.“¹⁰

Ihr seht, wie vorsichtig Engels an die Frage der Ueberführung der individuellen bäuerlichen Wirtschaft auf das Geleise des Kollektivismus herangeht. Wodurch läßt sich diese auf den ersten Blick übertriebene Vorsicht Engels' erklären? Wovon ging er dabei aus? Offensichtlich ging er von dem Vorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden aus, von der Tatsache, daß der Bauer „seine Parzelle“ besitzt, von der er sich nur schwer trennen kann. So ist die Bauernschaft in Westeuropa. So ist die Bauernschaft in den kapitalistischen Ländern, wo es Privateigentum an Grund und Boden gibt. Es ist begreiflich, daß hier große Vorsicht am Platze ist. Kann man sagen, daß wir bei uns in der UdSSR die gleiche Lage haben? Nein, das kann man nicht. Man kann das nicht, weil wir kein Privateigentum an Grund und Boden haben, das den Bauer an seine individuelle Wirtschaft fesselt. Man kann es nicht, weil wir die Nationalisierung des Grund und Bodens haben, die den Uebergang des Einzelbauern auf das Geleise des Kollektivismus erleichtert.

Das ist eine der Ursachen jener verhältnismäßigen Leichtigkeit und Schnelligkeit, mit der sich bei uns in der letzten Zeit die kollektivwirtschaftliche Bewegung entwickelt.

(Stalin: „Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 209 ff., 1929.)

5. Das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft in den verschiedenen Etappen der Diktatur des Proletariats

A. Das Proletariat und die Bauernschaft in Rußland

Die innere politische Lage Sowjetrußlands wird dadurch bestimmt, daß wir hier zum erstenmal in der Weltgeschichte, während einer ganzen Reihe von Jahren, nur zwei Klassen existieren sehen: das im Verlauf von Jahrzehnten von einer sehr jungen, aber doch modernen maschinellen Großindustrie er-

¹⁰ Kursiv von mir. J. St.

zogene Proletariat und die die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung bildende Kleinbauernschaft.

Die Großgrundbesitzer und Kapitalisten sind in Rußland nicht verschwunden, aber sie sind vollkommen expropriert, politisch, als Klasse, gänzlich zerschlagen worden; ihre Ueberreste verstecken sich hier und da unter den staatlichen Angestellten der Sowjetmacht. Ihre Klassenorganisation halten sie im Auslande aufrecht, als Emigration, die wahrscheinlich anderthalb bis zwei Millionen Menschen zählt, über mehr als anderthalb Hundert Tageszeitungen aller bürgerlichen und „sozialistischen“ (d. h. kleinbürgerlichen) Parteien, über Reste der Armee und über zahlreiche Verbindungen mit der internationalen Bourgeoisie verfügt. Diese Emigration arbeitet mit allen Kräften und Mitteln an der Zerstörung der Sowjetmacht und an der Wiederherstellung des Kapitalismus in Rußland.

... Bei einer solchen inneren Lage Rußlands ist für sein Proletariat als der herrschenden Klasse die wichtigste Aufgabe des Augenblicks die richtige Bestimmung und Durchführung jener Maßnahmen, die für die Führung der Bauernschaft, für ein festes Bündnis mit ihr, für eine lange Reihe von allmählichen Uebergängen zum vergesellschafteten maschinisierten landwirtschaftlichen *Großbetrieb* notwendig sind. Diese Aufgabe ist in Rußland besonders schwierig, sowohl wegen der Rückständigkeit unseres Landes als auch infolge seiner furchtbaren Zerstörung durch den siebenjährigen imperialistischen Krieg und Bürgerkrieg. Aber abgesehen von dieser Besonderheit gehört diese Aufgabe zu den schwierigsten Aufgaben des sozialistischen Aufbaus, vor denen alle kapitalistischen Länder stehen werden — mit Ausnahme vielleicht von England allein. Aber auch in bezug auf England darf nicht vergessen werden, daß, wenn dort die Klasse der kleinen Landwirte und Pächter zahlenmäßig besonders gering ist, dafür der Prozentsatz der auf bürgerliche Weise lebenden Arbeiter und Angestellten außerordentlich hoch ist infolge der faktischen Sklaverei von hunderten Millionen Menschen in den England „gehörenden“ Kolonien.

Deshalb besteht vom Standpunkt der Entwicklung der proletarischen Weltrevolution als eines einheitlichen Prozesses die Bedeutung der von Rußland durchlebten Epoche darin, daß in ihr die Politik des Proletariats, das die Staatsmacht in seinen Händen hält, gegenüber der kleinbürgerlichen Masse einer praktischen Prüfung und Probe unterzogen wird.

...Die Grundlage für das richtige Verhältnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft in Sowjetrußland wurde in den Jahren 1917—1921 geschaffen, als der Ueberfall der von der gesamten internationalen Bourgeoisie und allen Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (den Sozialrevolutionären und den Menschewiki) unterstützten Kapitalisten und Großgrundbesitzer zum Kriegsbündnis des Proletariats und der Bauernschaft für die Sowjetmacht führte, es stärkte und ihm seine endgültige Gestalt gab. Der Bürgerkrieg ist die schärfste Form des Klassenkampfes, je schärfer dieser Kampf ist, desto schneller verbrennen in seinem Feuer alle kleinbürgerlichen Illusionen und Vorurteile, desto offenkundiger zeigt die Praxis selbst sogar den rückständigsten Schichten der Bauernschaft, daß nur die Diktatur des Proletariats sie retten kann, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki faktisch nur Schleppenträger der Gutsbesitzer und Kapitalisten sind.

Aber wenn das Kriegsbündnis zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft die erste Form ihres festen Bündnisses bildete — und bilden mußte —, so hätte es sich wohl kaum einige Wochen halten können ohne ein gewisses wirtschaftliches Bündnis dieser Klassen. Der Bauer hat vom Arbeiterstaat den ganzen Boden und Schutz vor dem Gutsbesitzer, vor dem Kulaken erhalten; die Arbeiter haben von den Bauern Lebensmittel auf Kredit erhalten bis zur Wiederherstellung der Großindustrie.

Vollkommen richtig und fest, vom sozialistischen Standpunkt, kann das Bündnis zwischen den Kleinbauern und dem Proletariat erst dann werden, wenn das vollständig wiederhergestellte Transportwesen und die Großindustrie es dem Proletariat ermöglichen, den Bauern im Austausch gegen Lebensmittel alle für sie und für die Verbesserung ihrer Wirtschaft notwendigen Produkte zu geben. Bei der gewaltigen Zerstörung des Landes konnte man das auf keinen Fall mit einem Schlag erreichen. Die Zwangsumlage war für den nicht genügend organisierten Staat die geeignetste Maßnahme, um sich in dem unerhörten schweren Krieg gegen die Großgrundbesitzer zu behaupten. Die Mißernte und der Mangel an Futtermitteln im Jahre 1920 verschärften die ohnehin schwere Notlage der Bauern ganz besonders und machten den sofortigen Uebergang zur Naturalsteuer zu einer unbedingten Notwendigkeit.

Die mäßige Naturalsteuer ergibt sofort eine große Verbesserung der Lage der Bauern und interessiert sie gleichzeitig an

der Erweiterung der Anbaufläche und der Verbesserung des Ackerbaus.

Die Naturalsteuer ist der Uebergang von der Requirierung aller Getreideüberschüsse des Bauern zu einem richtigen sozialistischen Produktaustausch zwischen der Industrie und der Landwirtschaft.

(*Lenin*: „Thesen zum Bericht auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPdSU[B]“. Sämtliche Werke, Bd. XXVI, S. 428 ff., russisch.)

B. Die Formen des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus

Was sind das für neue Formen des Zusammenschlusses, was bedeutet das vom Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik?

Das bedeutet vor allen Dingen, daß wir außer den alten Formen des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Dorf, bei denen die Industrie hauptsächlich die *persönlichen* Bedürfnisse des Bauern befriedigt (Kattun, Schuhzeug, überhaupt Manufakturwaren usw.) noch neue Formen des Zusammenschlusses brauchen, durch die die Industrie die *Produktionsbedürfnisse* der Bauernschaft (landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren, verbessertes Saatgut, Dünger usw.) befriedigen wird. Wenn wir früher *hauptsächlich* die persönlichen Bedürfnisse des Bauern befriedigten und die Produktionsbedürfnisse seiner Wirtschaft wenig berührten, so müssen wir jetzt, indem wir fortfahren, die persönlichen Bedürfnisse des Bauern zu befriedigen, mit aller Kraft die Versorgung mit landwirtschaftlichen Maschinen, Traktoren, Dünger usw. betreiben, die einen direkten Zusammenhang mit der Rekonstruktion der landwirtschaftlichen Produktion auf neuer technischer Grundlage haben. Solange es um die *Wiederherstellung* der Landwirtschaft und die wirtschaftliche Erschließung des Bodens der früheren Gutsbesitzer und Kulaken durch die Bauern ging, konnten wir uns mit den alten Formen des Zusammenschlusses zufrieden geben. Jetzt aber, wo es um die *Rekonstruktion* der Landwirtschaft geht, genügt das nicht mehr. Jetzt muß man weitgehen, indem man der Bauernschaft hilft, die landwirtschaftliche Produktion auf der Grundlage einer neuen Technik und der Kollektivarbeit umzugestalten.

Das bedeutet zweitens, daß wir zugleich mit der Neuausrüstung unserer Industrie auch eine ernstliche Neuausrüstung der Landwirtschaft in Angriff nehmen müssen. Wir betreiben und vollzogen zum Teil bereits eine Neuausrüstung unserer Industrie, indem wir ihr eine neue technische Basis gaben, indem wir sie mit neuen, verbesserten Maschinen, mit neuen, besser geschulten Kadern versorgen. Wir bauen neue Werke und Fabriken, wir rekonstruieren und erweitern die alten, wir entwickeln die Metallurgie, die Chemie, den Maschinenbau. Auf dieser Grundlage erwachsen Städte, vermehren sich die neuen Industriepunkte, erweitern sich die alten. Auf dieser Basis wächst die Nachfrage nach Lebensmitteln, nach Rohstoffen für die Industrie. Die Landwirtschaft aber bleibt bei den alten Gerätschaften, bei den alten urväterlichen Methoden der Bodenbearbeitung, bei der alten primitiven, jetzt schon untauglichen, oder fast untauglichen Technik, bei den alten, kleinbäuerlichen individuellen Formen der Bewirtschaftung und Arbeit. Was bedeutet z. B. allein die Tatsache, daß wir vor der Revolution ungefähr 16 Millionen Höfe hatten, jetzt aber es deren nicht weniger als 25 Millionen gibt? Das zeugt eben davon, daß die Landwirtschaft einen immer mehr zersplitterten, zerbröckelten Charakter annimmt. Ein Charakterzug der zerbröckelten kleinen Wirtschaften besteht aber darin, daß sie nicht imstande sind, in nötigem Maße die Technik, Maschinen, Traktoren, die Ergebnisse der agronomischen Wissenschaft auszunützen, daß sie nur eine geringe Warenmenge auf den Markt bringen. Daher der Mangel an landwirtschaftlicher Produktion für den Markt. Daher die Gefahr eines Bruches zwischen Stadt und Dorf, zwischen Industrie und Landwirtschaft. Daher die Notwendigkeit, die Landwirtschaft vorwärtszubringen, sie dem Entwicklungstempo unserer Industrie anzupassen. Damit nun diese Gefahr eines Bruches nicht bestehe, muß man anfangen, in der Landwirtschaft ernstlich eine Umrüstung auf der Basis der neuen Technik vorzunehmen. Um aber diese Umrüstung vorzunehmen, muß man allmählich die zerbröckelten Bauernwirtschaften zu großen Wirtschaften, in Kollektiven vereinigen, muß man die Landwirtschaft auf der Basis der Kollektivarbeit aufbauen, muß man die Kollektive vergrößern, muß man alte und neue Sowjetgüter entwickeln, muß man systematisch die Massenformen der Kontrahierung auf alle Hauptzweige der Landwirtschaft anwenden, muß man das System der Maschinen- und

Traktorenstationen entwickeln, die dem Bauern helfen, die neue Technik zu meistern und die Arbeit zu kollektivieren — mit einem Wort, man muß allmählich die kleinen Bauernwirtschaften auf die Basis der großen Kollektivproduktion überführen, denn nur die Großproduktion von gesellschaftlichem Typus ist fähig, die Ergebnisse der Wissenschaft und der neuen Technik vollständig auszunützen und die Entwicklung unserer Landwirtschaft mit Siebenmeilenschritten vorwärtszubringen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir die individuelle arme und mittlere Bauernwirtschaft fallen lassen sollen. Nein, das bedeutet es nicht. Die individuelle arme und mittlere Bauernwirtschaft spielt und wird noch in der nächsten Zukunft eine vorwiegende Rolle spielen in der Versorgung der Industrie mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Eben deshalb ist es notwendig, die individuelle arme und mittlere Bauernwirtschaft zu unterstützen. Das bedeutet aber, daß die individuelle Bauernwirtschaft allein *nunmehr* ungenügend ist. Dafür sprechen unsere Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung. Deshalb muß man die Entwicklung der individuellen armen und mittleren Bauernwirtschaften *ergänzen* durch eine allseitige Entwicklung der kollektiven Wirtschaftsformen und der Sowjetgüter. Deshalb muß man eine Brücke schlagen zwischen der individuellen armen und mittleren Bauernwirtschaft und den kollektiven gesellschaftlichen Wirtschaftsformen, und zwar in Gestalt der Massenkontrahierung, in Gestalt der Maschinen- und Traktorenstationen, in Gestalt einer mit allen Mitteln zu betreibenden Entwicklung der gesellschaftlichen Bewegung der Genossenschaften, um es dem Bauern zu erleichtern, seine kleine individuelle Wirtschaft auf die Geleise der Kollektivarbeit überzuleiten. Ohne diese Bedingungen ist eine ernstliche Entwicklung der Landwirtschaft unmöglich. Ohne diese Bedingungen ist die Lösung des Getreideproblems unmöglich. Ohne diese Bedingungen ist es unmöglich, die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft von Armut und Not zu befreien.

Das bedeutet schließlich, daß man unsere Industrie als Hauptversorgungsquelle der landwirtschaftlichen Produktion mit allen Mitteln entwickeln muß, und zwar in der Richtung ihrer Rekonstruktion, daß man die Hüttenindustrie, die Chemie, den Maschinenbau entwickeln, daß man Traktorenwerke, Werke für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen usw. bauen muß. Man braucht nicht den Nachweis zu führen, daß es un-

möglich ist, die Maschinen- und Traktorenstationen zu entwickeln, wenn man nicht die Hauptmassen der Bauernschaft durch die Massenkonzentrierung zu den kollektiven Wirtschaftsformen heranzieht, wenn man nicht die Landwirtschaft mit einer beträchtlichen Anzahl von Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen usw. versorgt. Doch die Versorgung des Dorfes mit Maschinen und Traktoren ist unmöglich ohne eine in verstärktem Tempo betriebene Entwicklung unserer Industrie. Daher das schnelle Tempo der Entwicklung unserer Industrie als Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft auf der Grundlage des Kollektivismus.

Dies ist der Sinn und die Bedeutung der neuen Formen des Zusammenschlusses.

(Stalin: „Ueber die rechte Abweichung in der KPdSU[B]“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 143 ff., 1928.)

V. DIE VERWANDLUNG DER UdSSR IN DAS LAND DER GRÖSSTEN LANDWIRTSCHAFTSBETRIEBE DER WELT UND DIE AUFGABEN DER SOZIALISTISCHEN UMGESTALTUNG DES DORFES IN DER GEGENWÄRTIGEN ETAPPE

1. Stalin über die Kollektivisierung als höchste Stufe des Leninschen Genossenschaftsplanes

1. Der Ausweg besteht vor allem darin, daß wir von der kleinen, rückständigen, zersplitterten bäuerlichen Wirtschaft übergehen zur vereinigten, mit Maschinen versehenen, mit den Errungenschaften der Wissenschaft ausgerüsteten vergesellschafteten Großwirtschaft, die das Maximum an Getreide auf den Markt zu bringen imstande ist. Der Ausweg besteht im Uebergang von der individuellen bäuerlichen zur Kollektivwirtschaft, zur vergesellschafteten Wirtschaft in der Landwirtschaft.

Lenin hat schon seit den ersten Tagen der Oktoberrevolution die Partei zur Organisation von Kollektivwirtschaften aufgerufen. Seit dieser Zeit hat die Propaganda für die Idee der Kollektivwirtschaften bei uns in der Partei nicht aufgehört. Doch fand der Aufruf zur Organisation der Kollektivwirtschaften erst in der letzten Zeit einen Widerhall in den Massen. Dies erklärt sich vor allem dadurch, daß die Entfaltung der Genossenschaften im Dorfe eine Wandlung in der Stimmung der Bauernschaft zugunsten der Kollektivwirtschaft hervorgerufen hat und die vorhandenen Kollektivwirtschaften, die schon jetzt 150 bis 200 Pud Getreide pro Deßjatine ernten und von ihrem Produkt 30 bis 40 Prozent auf den Markt bringen, für die armen Bauern und die untersten Schichten der Mittelbauern eine ernsthafte Anziehungskraft in der Richtung der Kollektivwirtschaft darstellen. Von nicht geringer Bedeutung ist dabei auch der Umstand, daß der Staat erst in letzter Zeit die Möglichkeit erhielt, die Kollektivisierungsbewegung in bedeutendem Maße zu finanzieren. Es ist

bekannt, daß der Staat in diesem Jahr zweimal soviel für die Unterstützung der Kollektivwirtschaften zur Verfügung gestellt hat, als im vergangenen Jahr (über 60 Millionen Rubel). Der XV. Parteitag hatte mit vollem Recht erklärt, daß die Bedingungen für die Kollektivwirtschaftsbewegung im Massenumfange bereits reif sind, daß die Stärkung der Kollektivwirtschaftsbewegung eines der wichtigsten Mittel zur Hebung der Marktgetreideproduktion des Landes ist.

Die gesamte Getreideproduktion der Kollektivwirtschaften betrug im Jahre 1927 nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung nicht weniger als 55 Millionen Pud, die Produktion für den Markt im Durchschnitt 30 Prozent. Die seit Anfang dieses Jahres aufsteigende Welle der Bildung neuer Kollektivwirtschaften und die Erweiterung der alten muß bis Ende des Jahres eine bedeutende Steigerung der Getreideproduktion der Kollektivwirtschaften mit sich bringen. Unsere Aufgabe besteht darin, das gegenwärtige Entwicklungstempo der Kollektivwirtschaftsbewegung beizubehalten, die Kollektivwirtschaften zu vergrößern, die falschen Kollektivwirtschaften aufzulösen und sie durch richtige Kollektivwirtschaften zu ersetzen und ein solches Regime zu errichten, bei dem die Kollektivwirtschaften, unter Androhung der Entziehung der staatlichen Unterstützung und der staatlichen Kredite, ihr gesamtes für den Markt bestimmtes Getreide den staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen zu übergeben haben. Ich glaube, daß wir unter solchen Bedingungen erreichen können, daß die Kollektivwirtschaften in drei bis vier Jahren 40 bis 50 Millionen Pud Getreide auf den Markt bringen.

Man stellt die Bewegung für die Schaffung von Kollektivwirtschaften manchmal der Genossenschaftsbewegung gegenüber, offensichtlich in der Annahme, daß die Kollektivwirtschaften etwas anderes seien als die Genossenschaften. Das ist natürlich unrichtig. Einige gehen sogar so weit, die Kollektivwirtschaften dem Leninschen Genossenschaftsplan gegenüberzustellen. Es versteht sich von selbst, daß eine solche Gegenüberstellung vollständig unrichtig ist. In Wirklichkeit sind die Kollektivwirtschaften eine Art Genossenschaften, und zwar die ausgeprägteste Art von Produktionsgenossenschaften. Es gibt Absatz-, Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften. Die Kollektivwirtschaften sind ein untrennbarer Bestandteil der Genossenschaftsbewegung im allgemeinen und des Leninschen Genossenschaftsplanes im beson-

deren. Den Leninschen Genossenschaftsplan durchführen, heißt die Bauernschaft von der Absatz- und Einkaufsgenossenschaft zur Produktionsgenossenschaft, sozusagen zur Genossenschaft der Kollektivwirtschaft emporführen. Dadurch erklärt sich unter anderem die Tatsache, daß Kollektivwirtschaften bei uns erst als Ergebnis der Entwicklung und der Stärkung der Absatz- und Einkaufsgenossenschaften entstanden und sich entwickelten.

2. Der Ausweg besteht ferner in der Erweiterung und Stärkung der alten Sowjetgüter, in der Organisierung und Entwicklung neuer großer Sowjetgüter. Nach Angaben der Statistischen Zentralverwaltung betrug die gesamte Getreideproduktion der zur Zeit bestehenden Sowjetgüter im Jahre 1927 nicht weniger als 45 Millionen Pud, wovon 65 Prozent auf den Markt gelangten. Zweifellos könnten bei einer gewissen staatlichen Unterstützung die Sowjetgüter die Erzeugung von Getreide bedeutend steigern. Aber die Aufgabe beschränkt sich nicht darauf. Es besteht ein Beschluß der Sowjetregierung, wonach in Bezirken mit noch nicht aufgeteiltem Boden neue große Sowjetgüter (von je 10 000 bis 30 000 Deßjatinen) organisiert werden sollen, die nach fünf bis sechs Jahren an die 100 Millionen Pud Getreide auf den Markt bringen sollen. Die Organisierung solcher Sowjetgüter ist bereits in Angriff genommen. Es ist unsere Aufgabe, diesen Beschluß der Sowjetmacht um jeden Preis durchzuführen. Ich glaube, daß wir bei Erfüllung dieser Aufgaben nach drei bis vier Jahren von den alten und neuen Sowjetgütern zusammen 80 bis 100 Millionen Pud Getreide für den Markt bekommen können.

(Stalin: „An der Getreidefront“, Probleme des Leninismus, Erste Folge. Moskau 1932, S. 503 ff., 1928.)

2. Der Uebergang der Hauptmassen der Bauernschaft auf das Gleis der sozialistischen Großwirtschaft und die Verwandlung der UdSSR in das Land der größten Landwirtschaftsbetriebe der Welt

A. Der Uebergang der Hauptmassen der Bauernschaft zur Kollektivisierung

Das vom ZK auf Grund der Direktiven des XV. Parteitages durchgeführte schnelle Tempo der Industrialisierung des Lan-

des hat eine tiefgehende Veränderung der Klassenbeziehungen im Innern des Landes zur Folge. Kennzeichnend für diese Veränderung ist neben dem raschen zahlenmäßigen Wachstum der Arbeiterklasse die *Verstärkung ihrer führenden Rolle* in bezug auf die arme und mittlere Bauernschaft. *Das ökonomische Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Hauptmassen der Bauernschaft hat einen vorzugsweisen Produktionscharakter angenommen.* Die Politik der Partei und ihres ZK sicherte den erfolgreichen Uebergang der rückständigen und zersplitterten kleinen Bauernwirtschaften auf das Gleis der sozialistischen Großlandwirtschaft, *die Entfaltung der durchgehenden Kollektivisierung und den Uebergang zur praktischen Verwirklichung der Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse.* In der Berichtsperiode ist die Rolle des Privatkapitals schroff gesunken, vollzieht sich seine weitere Verdrängung. Die planierend-regulierende Rolle des Sowjetstaates erfährt eine entschiedene Verstärkung, indem sie sich mehr und mehr über die Industrie hinaus auf die Landwirtschaft erstreckt. Wir lösen die von Lenin gestellte Aufgabe der Umwandlung des „Rußland der NÖP“ in das „sozialistische Rußland“.

Das Wachstum des sozialistischen Aufbaus, die Verstärkung des Angriffs auf die kapitalistischen Elemente mußte unvermeidlich zur *Verschärfung des Klassenkampfes im Lande* seitens der kulakisch-kapitalistischen Elemente, sowie zu verzweifelten Widerstandsversuchen ihrerseits führen. Sich auf die wachsende Aktivität der Landarbeiter und der armen Bauern im Dorfe stützend, das Bündnis mit den Mittelbauern festigend, zerbrach die Partei die konterrevolutionäre Sabotage und den Widerstand des Kulakentums, führte erfolgreich die Getreidebeschaffung und die Ansammlung eines bedeutenden Getreide-Reservefonds durch. *Die entscheidende Schwenkung der Mittelbauernmasse zum Sozialismus* im Ergebnis der richtigen Politik der Partei fand ihren auffallendsten Ausdruck in der mächtigen Kollektivisierungsbewegung, die Ende 1929 die Millionenmassen der Bauernwirtschaften ergriff und *ein neues Verhältnis der Klassenkräfte* im Lande schuf, indem sie den in die Kollektivwirtschaft eintretenden Mittelbauer in eine Stütze der Sowjetmacht verwandelte, indem sie die Voraussetzungen schuf für die Umwandlung der kulakischen Getreideproduktion in die kollektivwirtschaftlich-sowjetgüterliche Getreideproduktion und indem sie es der Partei ermöglichte, *von der Losung der Beschränkung und*

Zurückdrängung des Kulakentums überzugehen zur Losung der Liquidierung des Kulakentums als Klasse auf der Grundlage der durchgehenden Kollektivisierung.

Der Parteitag bestätigt die große historische Bedeutung dieser Losung, die gleichbedeutend ist mit dem Sturm der Arbeiterklasse auf das letzte Bollwerk der kapitalistischen Ausbeutung im Lande.

(Resolution des XVI. Parteitages der KPdSU[B] zum Bericht des ZK 1930.)

B. Die Kollektivbauernschaft als Zentralfigur in der Landwirtschaft und feste Stütze der Sowjetmacht im Dorfe

1. Ein bedeutender Teil der *Mittelbauernmasse* in den wichtigsten Getreidegebieten, hat, den armen Bauern folgend, den Vorzug der gesellschaftlichen Großwirtschaft eingesehen, ist freiwillig in die Kollektivwirtschaften eingetreten, bestellt die Felder kollektiv und hat den sozialistischen Weg *beschritten.* Damit wurde nicht nur theoretisch, sondern auch auf Grund der Erfahrung von Millionen Menschen der Beweis erbracht für die Möglichkeit — bei Bestehen der Diktatur des Proletariats — des *unmittelbaren* Uebergangs von der rückständigen, wenig produktiven kleinen und kleinsten individuellen bäuerlichen Wirtschaft zur hochproduktiven kollektiven Großwirtschaft.

2. Auf Grund der Entfaltung der durchgehenden Kollektivisierung in einer Reihe von Rayons der UdSSR ist die Partei von der früheren Politik der Beschränkung und Zurückdrängung der kapitalistischen Elemente des Dorfes *übergegangen* zur neuen Politik der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse,* indem sie diese Politik verwirklicht als einen untrennbaren Bestandteil der von den Massen der armen und Mittelbauern selbst durchgeführten durchgehenden Kollektivisierung.

3. Im Ergebnis der Massenentwicklung der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter und der begonnenen Liquidierung des Kulakentums als Klasse verändern sich die *Wechselbeziehungen der verschiedenen ökonomischen Formen in der Oekonomie der UdSSR,* insoweit neben der sozialistischen Form in Gestalt der Industrie sich in der Landwirtschaft der UdSSR die die kapitalistische verdrängende sozialistische Form entwickelt.

4. Die sozialistischen Beziehungen in der UdSSR, die sich bisher fast ausschließlich auf die sozialistische Industrie stützten, *beginnen sich jetzt auch auf den schnellwachsenden sozialistischen Sektor* (die Großproduktion in Gestalt der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter) *in der Landwirtschaft zu stützen*. Damit eröffnet sich die Möglichkeit der Ueberwindung der größten Schwierigkeiten der proletarischen Revolution, die darin bestehen, daß die proletarische Macht die sozialistischen

„... Beziehungen nicht fertig vorfindet, abgesehen von den entwickeltesten Formen des Kapitalismus, die sich bisher im wesentlichen auf einige wenige Spitzenindustrien beschränkten und die Landwirtschaft nur ganz wenig berührten.“¹

5. In Uebereinstimmung mit alledem erhält jetzt die Frage nach dem Stützpunkt der Sowjetmacht im Dorfe eine *neue Gestalt*. Von nun an *teilt sich* in den wichtigsten Getreidebezirken der Sowjetunion *das Dorf in zwei Hauptteile: die Kollektivbauern, als faktische und feste Stütze der Sowjetmacht*, und jene armen und mittleren Einzelbauern, die noch nicht den Wunsch haben, in die Kollektivwirtschaften einzutreten, die jedoch die Massenerfahrung der Kollektivwirtschaft in verhältnismäßig kurzer Frist von der Notwendigkeit des Uebergangs auf den Weg der Kollektivisierung überzeugen wird.

Der Kongreß erachtet es für notwendig, festzustellen, daß die Partei diesen Umschwung in der Entwicklung der Landwirtschaft der UdSSR nur zu verwirklichen vermochte im Resultat:

a) des schnellen Tempos der Entwicklung der Industrie, die die Voraussetzung für die Rekonstruktion der Landwirtschaft auf den Prinzipien des Kollektivismus ist;

b) der Massenentfaltung der Genossenschaften, der Organisation der Maschinen- und Traktorenstationen und der Entwicklung der Sowjetgüter;

c) des Angriffs auf die kapitalistischen Elemente des Dorfes (Kulakentum) auf der Basis des Bündnisses mit dem Mittelbauern als Grundlage des Kollektivwirtschaftsaufbaues im gegenwärtigen Moment;

d) der Entfaltung der Arbeit zur Organisation der armen Bauern und Landarbeiter;

¹ Lenin: VII. Parteitag. „Bericht über Krieg und Frieden“, Sämtliche Werke, Bd. XXII, S. 316, russisch.

e) der Zerschlagung des konterrevolutionären Trotzkismus und der rechten Abweichung.

(Resolution des XVI. Parteitages der KPdSU[B] über die Kollektivwirtschaftsbewegung und den Aufschwung der Landwirtschaft, Abschn. 1, russisch.)

C. Die soziale Natur der Kollektivbauernschaft und die Kollektivwirtschaften als Basis für ihre sozialistische Umerziehung

Es wäre verkehrt, zu glauben, daß wenn die Kollektivwirtschaften gegeben sind, auch schon alles für den Aufbau des Sozialismus Notwendige gegeben sei. Um so verkehrter wäre es, zu glauben, daß die Mitglieder der Kollektivwirtschaften sich bereits in Sozialisten verwandelt haben. Nein, man wird noch viel arbeiten müssen, um den Bauer, der einer Kollektivwirtschaft angehört, umzumodeln, um seine individualistische Mentalität umzuwandeln und aus ihm einen tatsächlich an der sozialistischen Gesellschaft Mitwirkenden zu machen. Und das wird um so schneller geschehen, je eher die Kollektivwirtschaften maschinisiert, je eher sie traktorisiert werden. Dadurch wird aber die ungeheure Bedeutung der Kollektivwirtschaften als eines Hebels der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes in keiner Weise geschmälert. Die große Bedeutung der Kollektivwirtschaften besteht gerade darin, daß sie die grundlegende Basis für die Anwendung von Maschinen und Traktoren in der Landwirtschaft darstellen, daß sie die grundlegende Basis für die Umgestaltung des Bauern schaffen, für die Umwandlung seiner Mentalität im Sinne des proletarischen Sozialismus. Lenin war im Recht, als er sagte:

„Die Umarbeitung des kleinen Landwirtes, die Umarbeitung seiner ganzen Psyche ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in bezug auf den kleinen Landwirt zu lösen, sozusagen seine ganze Psyche zu gesunden, ist nur die materielle Basis imstande, die Technik, die Anwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft im Massenmaßstab, Elektrifizierung im Massenmaßstab.“

(Stalin: „Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 222 f., 1929.)

... Unsere Kommunisten in den Dörfern und Rayons idealisieren allzusehr die Kollektivwirtschaften. Sie meinen nicht selten, daß, da nun einmal die Kollektivwirtschaften eine sozialistische

Form der Wirtschaft sind, damit schon alles gegeben sei und es in den Kollektivwirtschaften Sowjetfeindliches und Sabotage nicht geben könne; und wenn es Tatsachen der Sabotage und sowjetfeindliche Erscheinungen gibt, so müsse man an diesen Tatsachen vorübergehen, denn gegenüber den Kollektivwirtschaften könne man nur durch Ueberzeugung wirken, während die Methoden des Zwanges gegenüber den einzelnen Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern nicht anwendbar seien. Es braucht nicht gesagt werden, daß eine solche Betrachtung der Kollektivwirtschaften nicht das geringste gemein hat mit dem Leninismus. Die Leninisten dürfen niemals die Kollektivwirtschaften und die Kollektivbauern idealisieren. Sie sollen die Dinge nüchtern und konkret betrachten, ohne in den Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern einen Fetisch zu sehen.

... Was ist das, ein Kollektivbauer? Der Kollektivbauer ist der Verbündete der Arbeiterklasse. Die gewaltige *Mehrheit* dieser Bauernschaft ist eine Stütze der Sowjetmacht im Dorfe. Aber das bedeutet noch nicht, daß unter den Kollektivbauern und Kollektivwirtschaften es nicht einzelne Gruppen geben kann, die gegen die Sowjetmacht gehen, die die Schädlinge unterstützen, die die Getreidebeschaffung sabotieren helfen. Es wäre dumm, wenn die Kommunisten, davon ausgehend, daß die Kollektivwirtschaften eine sozialistische Form der Wirtschaft sind, auf diesen Schlag dieser einzelnen Kollektivbauern und Kollektivwirtschaften nicht antworten würden mit einem vernichtenden Gegenschlag.

(*Stalin*: Rede auf der Vereinigten Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK am 27. November 1932. Bolschewik Nr. 1/2, S. 19, 1933 russisch.)

D. Ueber die Liquidierung des Kulakentums als Klasse

Der charakteristische Zug unserer Arbeit im letzten Jahr besteht darin, daß wir als Partei, als Sowjetmacht erstens an der ganzen Front zur Offensive gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes übergegangen sind und daß zweitens diese Offensive bekanntlich überaus reale *positive* Resultate gezeitigt hat und noch zeitigt.

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß wir von der Politik der *Beschränkung* der Ausbeutertendenzen des Kulakentums

übergegangen sind zur Politik der *Liquidierung* des Kulakentums als Klasse. Das bedeutet, daß wir eine der entscheidenden Schwenkungen unserer gesamten Politik durchgemacht haben und auch weiter durchmachen.

Bis in die letzte Zeit stand die Partei auf dem Boden der Beschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums. Diese Politik wurde bekanntlich schon auf dem VIII. Parteitag festgelegt. Sie wurde von neuem proklamiert bei der Einführung der NÖP und auf dem XI. Parteitag. Allen ist der bekannte Brief Lenins an Preobraschenski (1922) in Erinnerung, in dem Lenin von neuem auf die Notwendigkeit gerade einer solchen Politik hinweist. Schließlich wurde diese Politik auch vom XV. Parteitag unserer Partei bestätigt. Wir haben sie bis in die letzte Zeit durchgeführt.

War diese Politik richtig? Ja, sie war unbedingt richtig. Konnten wir vor fünf oder vor drei Jahren eine solche Offensive gegen die Kulaken unternehmen? Konnten wir damals auf den Erfolg einer solchen Offensive rechnen? Nein, das konnten wir nicht. Das wäre höchst gefährliches Abenteuerertum gewesen. Es wäre ein höchst gefährliches Spiel mit der Offensive gewesen, denn wir wären unweigerlich gescheitert und hätten durch unser Scheitern die Position der Kulaken gestärkt. Warum? Weil wir damals noch nicht über jene Stützpunkte im Dorf verfügten, über jenes umfassende Netz von Sowjetgütern und Kollektivwirtschaften, auf das wir uns bei einer entschiedenen Offensive gegen die Kulaken hätten stützen können. Wir hatten damals noch nicht die Möglichkeit, die kapitalistische Produktion des Kulaken durch die sozialistische Produktion der Kollektivwirtschaften und Sowejtgüter zu *ersetzen*.

1926—1927 suchte die sinowjewistisch-trotzkistische Opposition mit allem Eifer der Partei die Politik des sofortigen Angriffs gegen das Kulakentum aufzudrängen. Die Partei ging auf dieses gefährliche Abenteuer nicht ein, denn sie wußte, daß ernste Leute sich ein Spiel mit der Offensive nicht erlauben dürfen. Die Offensive gegen das Kulakentum ist eine ernste Sache. Man darf sie nicht verwechseln mit Deklamationen gegen das Kulakentum. Man darf sie auch nicht verwechseln mit der Politik eines Geplänkels mit dem Kulakentum, die die sinowjewistisch-trotzkistische Opposition der Partei aufdrängen wollte. Eine Offensive gegen das Kulakentum unternehmen, das heißt, das Kulakentum niederzwingen und es als Klasse liquidieren. Eine Offen-

sive, die nicht darauf ausgeht, ist Deklamation, Geplänkel, leerer Schall, alles, was ihr wollt, nur keine wirkliche bolschewistische Offensive. Die Kulaken angreifen, heißt sich darauf vorbereiten und gegen sie einen solchen Schlag führen, daß sie sich nie mehr aufrichten können. Das nennen wir Bolschewiki eine wirkliche Offensive. Konnten wir vor fünf oder vor drei Jahren eine solche Offensive mit Aussicht auf Erfolg unternehmen? Nein, wir konnten es nicht.

In der Tat, der Kulak produzierte 1927 über 600 Millionen Pud Getreide, und davon kamen etwa 130 Millionen Pud außerhalb des Dorfes auf den Markt. Das war eine ziemlich beachtenswerte Macht, mit der man rechnen mußte. Und wieviel produzierten damals unsere Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter? Ungefähr 80 Millionen Pud, wovon sie 35 Millionen Pud auf den Markt (Marktgetreide) brachten. Urteilt selber, ob wir damals die Produktion des Kulaken und das vom Kulaken auf den Markt geworfene Getreide durch die Produktion und das Marktgetreide unserer Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter ersetzen konnten? Es ist klar, daß wir es nicht konnten. Was hätte unter solchen Bedingungen eine entschiedene Offensive gegen den Kulaken bedeutet? Sie hätte bedeutet, daß wir einen sicheren Mißerfolg erlitten, die Position des Kulaken gestärkt hätten und ohne Getreide geblieben wären. Darum konnten und durften wir damals keine Offensive gegen den Kulaken unternehmen, trotz der abenteuerhaften Deklamationen der sinowjewistisch-trotzkistischen Opposition.

Und wie ist es jetzt? Wie stehen die Dinge heute? Heute verfügen wir über eine ausreichende materielle Basis, um einen Schlag gegen das Kulakentum zu führen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die Produktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter zu ersetzen. Es ist bekannt, daß 1929 die Getreideproduktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter nicht weniger als 400 Millionen Pud betrug (um 200 Millionen Pud weniger als die Bruttoproduktion der Kulakenwirtschaften 1927). Es ist ferner bekannt, daß 1929 die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter über 130 Millionen Pud Marktgetreide geliefert haben (d. h. mehr als der Kulak 1927). Endlich ist bekannt, daß 1930 die Bruttoproduktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter nicht weniger als 900 Millionen Pud Getreide betragen wird (d. h. mehr als die Bruttoproduktion des Kulaken im Jahre 1927), an Markt-

getreide aber werden die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter nicht weniger als 400 Millionen Pud liefern (d. h. unvergleichlich mehr als der Kulak im Jahre 1927).

So, Genossen, stehen die Dinge heute.

Das ist die Verschiebung, die in der Wirtschaft unseres Landes vor sich gegangen ist.

Das ist die Verschiebung der Klassenkräfte, die bei uns in der letzten Zeit vor sich gegangen ist.

Wie ihr seht, haben wir heute die materielle Basis, um die Produktion der Kulaken durch die Produktion der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter zu ersetzen. Darum ist unser Angriff auf das Kulakentum jetzt von unbezweifelbarem Erfolg begleitet. So und nicht anders muß der Angriff gegen das Kulakentum geführt werden, wenn man von einem wirklichen Angriff sprechen und sich nicht auf leere Deklamationen gegen das Kulakentum beschränken will.

Das ist es, warum wir in letzter Zeit von der Politik der *Beschränkung* der Ausbeutertendenzen des Kulakentums zur Politik der *Liquidierung des Kulakentums als Klasse* übergegangen sind.

Und wie soll es nun mit der Politik der Entkulakisierung werden, ist in den Rayons mit kompakter Kollektivisierung die Entkulakisierung zulässig? — wird von verschiedenen Seiten gefragt. Eine lächerliche Frage! Die Entkulakisierung war unzulässig, solange wir auf dem Standpunkt der Beschränkung der Ausbeutertendenzen des Kulakentums standen, solange wir nicht die Möglichkeit hatten, eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen, solange wir nicht die Möglichkeit hatten, die Produktion des Kulakentums durch die der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter zu ersetzen. Damals war eine Politik, die die Entkulakisierung als unzulässig betrachtete, notwendig und richtig. Heute aber stehen die Dinge anders. Heute haben wir die Möglichkeit, eine entschiedene Offensive gegen das Kulakentum zu unternehmen, seinen Widerstand zu brechen, es als Klasse zu liquidieren und seine Produktion durch die der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter zu ersetzen. Heute wird die Entkulakisierung durch die Massen der armen und mittleren Bauern selbst durchgeführt, die die kompakte Kollektivisierung verwirklichen. Heute ist die Entkulakisierung in den Rayons mit kompakter Kollektivisierung keine bloße administrative Maßnahme mehr. Heute ist dort die Entkulakisierung ein Be-

standteil der Bildung und Entwicklung der Kollektivwirtschaften. Darum ist es heute lächerlich und zwecklos, sich weit und breit über die Entkulakisierung auszulassen. Dem Geköpften wird man seiner Haare wegen nicht nachweinen, sagt ein russisches Sprichwort.

Nicht minder lächerlich ist eine andere Frage: ob man den Kulaken in die Kollektivwirtschaft aufnehmen soll. Natürlich darf man ihn nicht aufnehmen. Man kann es nicht, weil er der Todfeind der *Kollektivisierungsbewegung* ist. Das ist wohl klar.

(Stalin: „Zu den Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR“, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Moskau 1934, S. 224 ff., 1929.)

E. Die UdSSR — das Land der größten sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe in der Welt

Das rasche Wachstum der Industrie einerseits und die erfolgreiche Durchführung der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse andererseits haben es möglich gemacht, die Landwirtschaft mit Traktoren und neuesten Landmaschinen zu versorgen, die kleinen bäuerlichen Einzelwirtschaften zu großen Kollektivwirtschaften zu vereinigen und ein breites Netz von Getreide- und Viehzucht-Sowjetgütern zu organisieren.

In der Periode des Fünfjahrplans erhielt die Landwirtschaft:

- a) über 120 000 neue Traktoren von insgesamt 1,9 Millionen PS;
- b) für 1,6 Milliarden Rubel Landmaschinen, wodurch die maschinelle Ausrüstung der Landwirtschaft im Vergleich zu 1928 mehr als verdoppelt worden ist, besonders wenn man die starke Zunahme moderner komplizierter Maschinen mit Traktorenantrieb in Betracht zieht.

Während der letzten vier Jahre wurden 2446 Maschinen- und Traktorenstationen organisiert, die mit modernen Arbeitswerkzeugen, Reparaturwerkstätten, Automobilen usw. ausgestattet sind.

Während der letzten drei Jahre wurden über 200 000 Kollektivwirtschaften organisiert, die mehr als 60 Prozent der bäuerlichen Wirtschaften und ungefähr 75 Prozent der gesamten bäuerlichen Aussaatfläche umfassen.

In der gleichen Periode wurden 5000 Sowjetgüter (für Getreidebau, Viehzucht und gewerbliche Nutzpflanzen) organisiert,

wobei die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter zusammen ungefähr 80 Prozent der ganzen Aussaatfläche umfassen.

Das Resultat von alledem ist:

a) das Kulakentum ist zerschmettert, die Wurzeln des Kapitalismus in der Landwirtschaft sind untergraben, der Sieg des Sozialismus auf dem Lande ist damit gesichert, und die Kollektivwirtschaften haben sich in eine feste Stütze des sozialistischen Aufbaus verwandelt;

b) die historische Aufgabe der Ueberführung der kleinen, zersplitterten bäuerlichen Einzelwirtschaft auf die Bahn der sozialistischen Großwirtschaft ist gelöst, und die Sowjetunion hat sich aus einem kleinbäuerlichen Land in ein Land der gewaltigsten Großlandwirtschaft verwandelt.

(Beschlüsse des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU[B] Januar 1933 über die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplans. Moskau 1933, S. 8 ff.)

F. Der entscheidende und unumstößliche Sieg des Kollektivwirtschaftssystems in der Sowjetunion

Etwas anders ist die Entwicklung in der Landwirtschaft verlaufen. Viel langsamer als in der Industrie, aber trotzdem schneller als in der Periode des Ueberwiegens der Einzelwirtschaft, ist in der Berichtsperiode der Aufschwung der Hauptzweige der Landwirtschaft vor sich gegangen. In der Viehzucht jedoch haben wir sogar einen entgegengesetzten Prozeß — einen Rückgang des Viehstandes. Erst 1933 haben wir, und das nur auf dem Gebiet der Schweinezucht, Merkmale eines Aufschwungs zu verzeichnen.

Es ist augenscheinlich, daß die gewaltigen Schwierigkeiten der Zusammenfassung der zersplitterten bäuerlichen Kleinbetriebe zu Kollektivwirtschaften, daß die schwierige Sache der Schaffung einer großen Zahl von riesigen Getreidewirtschaften und Viehzüchtereien fast auf Oedländereien und überhaupt die *Reorganisationsperiode* der Umgestaltung und Ueberführung der bäuerlichen Einzelwirtschaft auf die neue Bahn der Kollektivwirtschaft, die viel Zeit und große Unkosten erfordert, — daß alle diese Faktoren sowohl das langsame Tempo des Aufschwungs der Landwirtschaft als auch die relativ lange Periode des Rückganges in der Entwicklung des Viehstandes unvermeidlich bedingt haben.

Im wesentlichen war die Berichtsperiode für die Landwirtschaft nicht so sehr eine Periode des raschen Aufschwungs und mächtigen Anlaufs als vielmehr eine Periode der Schaffung der Voraussetzungen für einen solchen Aufschwung und einen solchen Anlauf in der nächsten Zukunft.

Wenn man die Zahlen über die Erweiterung der Anbaufläche aller Kulturen nimmt, und besonders der gewerblichen Nutzpflanzen, so bekommt man folgendes Bild von der Entwicklung der Landwirtschaft in der Berichtsperiode:

<i>Anbaufläche aller Kulturen in der Sowjetunion</i>						
	in Millionen Hektar					
	1913	1929	1930	1931	1932	1933
Gesamte Anbaufläche	105,0	118,0	127,2	136,3	134,4	129,7
Darunter:						
a) Getreidekulturen	94,4	96,0	101,8	104,4	99,7	101,5
b) Gewerbliche Nutzpflanzen	4,5	8,8	10,5	14,0	14,9	12,0
c) Gemüse und Gartenkultur	3,8	7,6	8,0	9,1	9,2	8,6
d) Futtermittel	2,1	5,6	6,5	8,8	10,6	7,3

Anbaufläche der gewerblichen Nutzpflanzen in der Sowjetunion

	in Millionen Hektar					
	1913	1929	1930	1931	1932	1933
Baumwolle	0,69	1,06	1,58	2,14	2,17	2,05
Flachs (langfaseriger)	1,02	1,63	1,75	2,39	2,51	2,40
Zuckerrüben	0,65	0,77	1,04	1,39	1,54	1,21
Oelpflanzen	2,00	5,20	5,22	7,55	7,98	5,79

Diese Tabellen spiegeln die zwei Grundlinien in der Entwicklung der Landwirtschaft wider:

1. Die Linie der größtmöglichen Erweiterung der Anbaufläche in der Periode, als die Reorganisation der Landwirtschaft in vollem Gange war, als Kollektivwirtschaften zu Zehntausenden geschaffen wurden, als sie die Kulaken vom Boden vertrieben, die befreiten Ländereien an sich rissen, sie in die Hand nahmen.

2. Die Linie des Verzichts auf eine summarische Erweiterung der Anbaufläche, des Uebergangs von einer summarischen Erweiterung der Anbaufläche zur Verbesserung der Bodenbearbeitung, zur Einführung eines richtigen Fruchtwechsels und einer richtigen Brache, zur Steigerung des Ernteertrags und, wenn die Praxis das fordert, — zu einer vorübergehenden Einschränkung der vorhandenen Anbaufläche.

Bekanntlich war die zweite Linie — die einzig richtige in der Landwirtschaft — 1932 verkündet worden, als die Reorganisa-

tionsperiode in der Landwirtschaft zu Ende ging und die Frage der Steigerung des Ernteertrags zu einer der Grundfragen des Aufschwungs der Landwirtschaft wurde.

Aber die Zahlen über die Erweiterung der Anbaufläche können nicht als völlig ausreichende Merkmale der Entwicklung der Landwirtschaft angesehen werden. Es kommt vor, daß die Anbaufläche zunimmt, während die Produktion nicht wächst oder sogar zurückgeht, weil die Bodenbearbeitung sich verschlechtert hat und der Ernteertrag pro Einheit der Anbaufläche zurückgegangen ist. Infolgedessen muß man die Zahlen über die Anbaufläche durch Zahlen über die Bruttoproduktion ergänzen.

Hier die entsprechende Tabelle:

Bruttoproduktion der Getreide- und gewerblichen Nutzpflanzenkulturen in der Sowjetunion

	in Millionen Zentner					
	1913	1929	1930	1931	1932	1933
Getreide	801,0	717,4	835,4	694,8	698,7	898,0
Rohbaumwolle	7,4	8,6	11,1	12,9	12,7	13,2
Flachsfasern	3,3	3,6	4,4	5,5	5,0	5,6
Zuckerrüben	109,0	62,5	140,2	120,5	65,6	90,0
Oelpflanzen	21,5	35,8	36,2	51,0	45,5	46,0

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß die Jahre, die der Höhepunkt der Reorganisation der Landwirtschaft waren, 1931 und 1932, Jahre des stärksten Rückganges der Produktion der Getreidekulturen waren.

Aus dieser Tabelle folgt weiter, daß Flachs und Baumwolle, in deren Anbaugebieten die Reorganisation der Landwirtschaft in weniger raschem Tempo vor sich ging, fast überhaupt nicht gelitten haben, sich mehr oder weniger gleichmäßig und ununterbrochen aufwärts entwickelten und ein hohes Entwicklungsniveau behaupteten.

Aus dieser Tabelle folgt drittens, daß die Oelpflanzen lediglich ein gewisses Schwanken aufwiesen, ihr hohes Entwicklungsniveau im Vergleich mit dem Vorkriegsniveau behaupteten, während die Zuckerrüben, in deren Anbaugebieten man das höchste Tempo der Reorganisation der Landwirtschaft beobachtete und die zuletzt in die Reorganisationsperiode eintraten, den größten Niedergang im letzten Jahre der Reorganisation, im Jahre 1932, erlebten, und daß ihre Produktion unter das Vorkriegsniveau sank.

Aus dieser Tabelle folgt schließlich, daß das Jahr 1933 —

das erste Jahr nach der Beendigung der Reorganisationsperiode — ein Jahr des Umschwungs in der Entwicklung der Getreide- und gewerblichen Nutzpflanzenkulturen ist. Das bedeutet, daß die Getreidekulturen in erster Linie und nach ihnen die gewerblichen Nutzpflanzenkulturen von nun an mit Gewißheit und Zuversicht einem mächtigen Aufschwung entgegengehen werden.

Am meisten hat in der Reorganisationsperiode die Viehzucht gelitten.

Hier die entsprechende Tabelle:

Der Viehbestand in der Sowjetunion

	in Millionen Stück					
	1916	1929	1930	1931	1932	1933
a) Pferde	35,1	34,0	30,2	26,2	19,6	16,6
b) Rinder	58,9	68,1	52,5	47,9	40,7	38,6
c) Schafe u. Ziegen	115,2	147,2	108,8	77,7	52,1	50,6
d) Schweine	20,8	20,9	13,6	14,4	11,6	12,2

Aus dieser Tabelle ist ersichtlich, daß wir in der Berichtsperiode keine Zunahme des Viehbestandes hatten, sondern daß der Rückgang im Vergleich mit dem Vorkriegsniveau immer noch andauert. Es ist offensichtlich, daß einerseits die stärkste Konzentrierung des Großkulakentums in den Zweigen der Viehzucht und andererseits die verschärfte Kulakenagitation für das Abschlachten des Viehs, die in den Jahren der Reorganisation einen günstigen Boden fand, — sich in dieser Tabelle widerspiegeln.

Aus dieser Tabelle folgt ferner, daß der Rückgang des Viehbestandes im ersten Jahre der Reorganisation (1930) begann und bis 1933 fort dauert, wobei er sein größtes Ausmaß in den ersten drei Jahren erreicht, während im Jahre 1933, im ersten Jahre nach der Beendigung der Reorganisationsperiode, wo die Getreidekulturen einen Aufschwung erfuhren, das Ausmaß des Rückgangs des Viehbestandes auf ein Minimum zurückging.

Aus dieser Tabelle folgt schließlich, daß auf dem Gebiet der Schweinezucht bereits ein umgekehrter Prozeß eingesetzt hat und daß im Jahre 1933 schon Merkmale eines direkten Aufstiegs zu verzeichnen sind.

Das bedeutet, daß das Jahr 1934 ein Jahr des Umschwungs, des Aufstiegs in der gesamten Viehzucht werden muß und kann.

Wie hat sich bei uns die Kollektivisierung der bäuerlichen Wirtschaften in der Berichtsperiode entwickelt?

Hier die entsprechende Tabelle:

	<i>Kollektivisierung</i>				
	1929	1930	1931	1932	1933
Zahl der Kollektivwirtschaften (in Tausend)	57,0	85,9	211,1	217,05	224,5
Zahl der kollektivisierten Bauernwirtschaften (in Millionen)	1,0	6,0	13,0	14,9	15,2
Prozentsatz der Kollektivisierung der bäuerlichen Wirtschaften	3,9	23,6	52,7	61,5	65,0

Und wie ging die Erweiterung der Getreideanbaufläche nach Sektoren vor sich?

Hier die entsprechende Tabelle:

Sektor	<i>Anbaufläche der Getreidekulturen nach Sektoren</i>					in % zur Anbaufl. 1935
	Anbaufläche in Mill. ha					
	1929	1930	1931	1932	1933	
1. Sowjetgüter	1,5	2,9	8,1	9,3	10,8	10,6
2. Kollektivwirtschaften	3,4	29,7	61,0	69,1	75,0	73,9
3. Einzelwirtschaften	91,1	69,2	35,3	21,3	15,7	15,5
Gesamte Getreideanbaufläche in der UdSSR	96,0	101,8	104,4	99,7	101,5	100,0

Was besagen diese Tabellen?

Sie besagen, daß die Reorganisationsperiode der Landwirtschaft, in der die Zahl der Kollektivwirtschaften und ihre Mitgliederzahl in stürmischem Tempo anwuchs, bereits zu Ende ist, schon 1932 zu Ende war.

Folglich wird der weitere Prozeß der Kollektivisierung ein Prozeß des allmählichen Aufsaugens und der Umwandlung der Ueberreste der bäuerlichen Einzelwirtschaften durch die Kollektivwirtschaften sein.

Das bedeutet, daß die Kollektivwirtschaften endgültig, unwiderruflich gesiegt haben. (*Stürmischer, anhaltender Beifall.*)

Sie besagen ferner, daß die Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften zusammen 84,5 Prozent der gesamten Getreideanbaufläche der Sowjetunion besitzen.

Das bedeutet, daß die Kollektiv- und Sowjetwirtschaften zusammen zu einer Kraft geworden sind, die das Schicksal der gesamten Landwirtschaft und aller ihrer Zweige entscheidet.

Sie besagen ferner, daß 65 Prozent der in den Kollektivwirtschaften zusammengeschlossenen bäuerlichen Wirtschaften 73,9 Prozent der gesamten Getreideanbaufläche besitzen, wäh-

rend die ganze Masse der verbleibenden bäuerlichen Einzelwirtschaften, die 35 Prozent der gesamten bäuerlichen Bevölkerung umfassen, insgesamt nur 15,5 Prozent der gesamten Getreideanbaufläche besitzen.

Wenn man noch die Tatsache hinzunimmt, daß die Kollektivwirtschaften 1933 dem Staat — auf Grund aller Arten von Eingängen — über 1 Milliarde Pud Getreide ablieferten, die Einzelbauern aber, die den Plan zu 100 Prozent erfüllten, insgesamt ungefähr 130 Millionen Pud, während 1929/30 die Einzelbauern dem Staat ungefähr 780 Millionen Pud, die Kollektivwirtschaften aber nicht mehr als 120 Millionen Pud gaben, so wird ganz klar, daß die Kollektivwirtschaften und die Einzelbauern in der Berichtsperiode die Rollen vollständig gewechselt haben, und zwar sind die Kollektivwirtschaften in dieser Zeit zur herrschenden Kraft in der Landwirtschaft geworden, die Einzelbauern aber zu einer Kraft zweiten Ranges, die gezwungen ist, sich dem kollektivwirtschaftlichen System unterzuordnen und anzupassen.

Man muß anerkennen, daß die werktätige Bauernschaft, unsere Sowjetbauernschaft, sich endgültig, unwiderruflich unter das rote Banner des Sozialismus gestellt hat. (*Anhaltender Beifall.*)

(*Stalin: Bericht des ZK der KPdSU[B] an den XVII. Parteitag. Moskau 1934, S. 40 ff.*)

3. Die Aufgaben der proletarischen Führung des Dorfes in der gegenwärtigen Etappe

A. Die neuen Bedingungen im Dorfe und die Aufgaben der proletarischen Führung

Genossen! Ich glaube, daß die Redner den Stand der Parteiarbeit auf dem Lande, ihre Mängel, ihre Vorzüge — besonders ihre Mängel —, richtig umrissen haben. Und dennoch scheint mir, daß sie über die Mängel unserer Arbeit auf dem Lande das Wichtigste nicht gesagt, die Wurzeln dieser Mängel nicht bloßgelegt haben. Indessen ist diese Seite für uns von größtem Interesse. Erlaubt mir daher, meine Meinung über die Mängel unserer Arbeit auf dem Lande auszusprechen, und zwar mit all der Offenheit auszusprechen, die den Bolschewiki eigen ist.

Worin besteht der Hauptmangel unserer Arbeit auf dem Lande im letzten Jahr, im Jahre 1932?

Der Hauptmangel besteht darin, daß unsere Getreidebeschaffung in diesem Jahr unter größeren Schwierigkeiten verlaufen ist als im vorhergehenden Jahr, im Jahre 1931.

Das läßt sich durchaus nicht aus dem schlechten Stand der Ernte erklären, weil die Ernte in diesem Jahr bei uns nicht schlechter, sondern besser war als im vorhergehenden Jahr. Niemand kann bestreiten, daß der Bruttoertrag der Getreideernte 1932 größer war als 1931, wo die Dürre in fünf Hauptbezirken im Nordosten der UdSSR die Getreidebilanz des Landes erheblich herabgesetzt hatte. Natürlich hatten wir auch 1932 gewisse Ernteaufschläge infolge ungünstiger klimatischer Verhältnisse am Kuban und am Terek, ferner auch in einigen Bezirken der Ukraine. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß diese Aufschläge nicht einmal halb so groß sind wie die Aufschläge, die 1931 infolge der Dürre in den Nordostbezirken der UdSSR eingetreten waren. Es gab also 1932 bei uns im Lande mehr Getreide als 1931. Und dennoch, ungeachtet dieser Umstände, verlief bei uns die Getreidebeschaffung im Jahre 1932 unter größeren Schwierigkeiten als im Vorjahre.

Woran liegt das? Wo liegen die Ursachen für diesen Mangel in unserer Arbeit? Womit ist dieses Mißverhältnis zu erklären?

1. Das ist vor allem daraus zu erklären, daß es unsere Genossen an Ort und Stelle, unsere Funktionäre im Dorfe nicht verstanden haben, der neuen Situation im Dorfe Rechnung zu tragen, die durch die Verkündung des kollektivwirtschaftlichen Getreidehandels geschaffen worden ist. Und gerade deshalb, weil sie die neue Situation nicht berücksichtigten, gerade deshalb haben sie es nicht verstanden, sich entsprechend der neuen Situation umzustellen. Solange es keinen kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide gab, solange es nicht zweierlei Getreidepreise gab, den Staatspreis und den Marktpreis, gab es im Dorfe eine bestimmte Situation. Mit der Verkündung des kollektivwirtschaftlichen Getreidehandels mußte sich die Situation schroff ändern, weil die Verkündung des kollektivwirtschaftlichen Handels die Legalisierung des Marktpreises für Getreide bedeutete, eines Preises, der höher ist als der festgesetzte Staatspreis. Es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß dieser Umstand bei den Bauern eine gewisse Zurückhaltung bei der Ablieferung des Getreides an den Staat hervorrufen mußte. Der Bauer rech-

nete so: „Der kollektivwirtschaftliche Handel mit Getreide ist verkündet, der Marktpreis ist legalisiert, auf dem Markt kann ich für die gleiche Getreidemenge mehr bekommen als bei der Ablieferung des Getreides an den Staat — folglich muß ich, wenn ich kein Narr bin, das Getreide eine Zeitlang zurückhalten, dem Staat weniger Getreide abliefern, für den kollektivwirtschaftlichen Handel mehr zurückbehalten und es auf diese Weise dahin bringen, daß ich für die gleiche Menge des verkauften Getreides mehr erziele.“

Die einfachste und natürlichste Logik!

Aber das Unglück dabei ist, daß unsere Funktionäre im Dorfe, jedenfalls viele von ihnen, diese einfache und natürliche Sache nicht begriffen haben. Um die Erfüllung der von der Sowjetmacht gestellten Aufgaben nicht zu vereiteln, hätten die Kommunisten angesichts dieser neuen Situation schon von den allerersten Erntetagen an, noch im Juli 1932, die Getreidebeschaffung mit allen Mitteln verstärken und vorantreiben müssen. Das erforderte die Situation. Aber wie verfahren sie in Wirklichkeit? Statt die Getreidebeschaffung voranzutreiben, trieben sie zur Bildung aller möglichen Fonds an. Dadurch bestärkten sie gerade die zur Getreideablieferung Verpflichteten in ihrer Zurückhaltung bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber dem Staat. Da sie die neue Situation nicht verstanden, begannen sie nicht etwa zu befürchten, daß die Zurückhaltung der Bauern bei der Getreideablieferung die Getreidebeschaffung bremsen könne, sie begannen vielmehr zu fürchten, daß die Bauern nicht darauf kommen würden, das Getreide eine Zeitlang zurückzuhalten, um es dann im kollektivwirtschaftlichen Handel auf den Markt zu bringen, daß sie vielleicht gar auf den Gedanken kommen könnten, ihr ganzes Getreide sofort in den Elevatoren abzuliefern.

Mit anderen Worten: unsere Kommunisten im Dorfe, mindestens aber die meisten von ihnen, sahen den kollektivwirtschaftlichen Handel nur von seiner *positiven* Seite, verstanden und erfaßten nur seine *positive* Seite, die *negativen* Seiten des kollektivwirtschaftlichen Handels verstanden und erfaßten sie dagegen ganz und gar nicht — sie begriffen nicht, daß die *negativen* Seiten des kollektivwirtschaftlichen Handels dem Staat großen Schaden zufügen können, wenn sie, d. h. die Kommunisten, die Getreidebeschaffungskampagne nicht gleich von den er-

sten Tagen der Getreideernte an mit aller Kraft voranzutreiben beginnen.

Und dieser Fehler wurde nicht nur von den Funktionären in den Kollektivwirtschaften begangen. Er wurde auch von Direktoren der Sowjetgüter begangen, die das Getreide, das an den Staat abgeliefert werden sollte, verbrecherisch zurückhielten und es anderswo zu höherem Preise zu verkaufen begannen.

Haben der Rat der Volkskommissare und das ZK diese neue Situation, die sich im Zusammenhang mit dem kollektivwirtschaftlichen Getreidehandel ergeben hatte, in ihrem bekannten Beschluß über die Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Handels in Betracht gezogen? Ja, sie haben sie in Betracht gezogen! In diesem Beschluß heißt es direkt, daß der kollektivwirtschaftliche Handel mit Getreide erst freigegeben werden dürfe, wenn der Getreidebeschaffungsplan restlos erfüllt und das Saatgut bereitgestellt ist. Dort heißt es direkt, daß erst nach Abschluß der Getreidebeschaffung und der Aufspeicherung des Saatgutes, ungefähr um den 15. Januar 1933, d. h. erst nach Erfüllung dieser Bedingungen der kollektivwirtschaftliche Handel mit Getreide aufgenommen werden könne. Mit diesem ihrem Beschluß haben der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee unseren Funktionären im Dorfe gewissermaßen erklärt: Laßt euch nicht durch die Sorge um Fonds und Reserven aller Art ablenken, laßt euch nicht von der Hauptaufgabe abbringen, bringt die Getreidebeschaffung schon in den ersten Erntetagen zur Entfaltung und beschleunigt sie, denn das erste Gebot lautet: Erfüllung des Plans der Getreidebeschaffung, das zweite lautet: Aufspeicherung des Saatgutes, und erst nach Erfüllung dieser Bedingungen könnt ihr den kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide anfangen und zur Entfaltung bringen.

Der Fehler des Politbüros des ZK und des Rates der Volkskommissare bestand vielleicht darin, daß sie diese Seite der Sache nicht mit genügendem Nachdruck unterstrichen und unsere Funktionäre im Dorfe nicht laut genug vor den Gefahren gewarnt haben, die im kollektivwirtschaftlichen Handel verborgen liegen. Daß sie jedoch vor diesen Gefahren gewarnt, und zwar deutlich genug gewarnt haben — daran kann kein Zweifel bestehen. Man muß zugeben, daß das ZK und der Rat der Volkskommissare die leninistische Stählung und Voraussicht unserer Funktionäre im Lande draußen — es handelt sich nicht nur um

Bezirksfunktionäre, sondern auch um eine Reihe von Gebietsfunktionären — etwas überschätzt haben.

War es vielleicht nicht nötig, den kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide einzuführen? War es vielleicht ein Fehler, besonders wenn man den Umstand in Betracht zieht, daß dem kollektivwirtschaftlichen Handel nicht nur positive, sondern auch gewisse negative Seiten innewohnen?

Nein, das war kein Fehler. Keine einzige revolutionäre Maßnahme bietet eine Garantie gegen gewisse negative Seiten, wenn sie unrichtig durchgeführt wird. Das gleiche muß auch vom kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide gesagt werden. Der kollektivwirtschaftliche Handel ist notwendig und vorteilhaft für das Dorf ebenso wie für die Stadt, für die Arbeiterklasse ebenso wie für die Bauernschaft. Und eben deshalb, weil er vorteilhaft ist, mußte man ihn einführen.

Wovon ließen sich der Rat der Volkskommissare und das Zentralkomitee leiten, als sie den kollektivwirtschaftlichen Handel mit Getreide einführten?

Vor allem von dem Streben, die Basis des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land zu verbreitern und die Versorgung der Arbeiter mit landwirtschaftlichen Produkten, der Bauern mit städtischen Erzeugnissen zu verbessern. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der staatliche und genossenschaftliche Handel allein dazu nicht genügen. Diese Kanäle des Warenumsatzes mußten durch einen neuen Kanal — durch den kollektivwirtschaftlichen Handel — ergänzt werden. Und wir ergänzten sie, indem wir den kollektivwirtschaftlichen Handel einführten.

Sie ließen sich weiter von dem Streben leiten, dem Kollektivbauern mit Hilfe des kollektivwirtschaftlichen Getreidehandels eine zusätzliche Einnahmequelle zu verschaffen und ihn ökonomisch zu kräftigen.

Sie ließen sich schließlich von dem Streben leiten, mit der Einführung des kollektivwirtschaftlichen Handels dem Bauern einen neuen Anstoß zur Verbesserung der Arbeit der Kollektivwirtschaften in der Aussaat ebenso wie in der Erntearbeit zu geben.

Ihr wißt, daß alle diese Erwägungen des Rates der Volkskommissare und des ZK durch Tatsachen aus dem Leben der Kollektivwirtschaften in der letzten Zeit restlos bestätigt wurden. Die Verstärkung des Festigungsprozesses der Kollektivwirtschaften, das Aufhören der Austritte aus den Kollektivwirtschaft-

ten, die zunehmende Anziehungskraft, die die Kollektivwirtschaften auf die Einzelbauern ausüben, das Bestreben der Kollektivbauern, bei der Aufnahme neuer Mitglieder stark zu sieben, — das alles und vieles andere in dieser Art spricht ganz unzweifelhaft davon, daß der kollektivwirtschaftliche Handel die Lage der Kollektivwirtschaften nicht nur nicht geschwächt, sondern umgekehrt gekräftigt und gefestigt hat.

Die Mängel unserer Arbeit im Dorfe sind also nicht aus dem kollektivwirtschaftlichen Handel zu erklären, sondern aus seiner nicht immer richtigen Durchführung, aus dem Unvermögen, der neuen Situation Rechnung zu tragen, aus dem Unvermögen, die eigenen Reihen entsprechend der neuen Situation, die mit der Verkündung des kollektivwirtschaftlichen Getreidehandels entstanden ist, umzuformieren.

2. Die zweite Ursache der Mängel unserer Arbeit im Dorfe besteht darin, daß unsere Genossen an Ort und Stelle — und nicht nur diese Genossen — die Veränderung unserer Arbeitsbedingungen im Dorfe nicht begriffen haben, die im Zusammenhang mit der Festigung der herrschenden Position der Kollektivwirtschaften in den Hauptgetreidebezirken erfolgte. Wir freuen uns alle, daß die kollektivwirtschaftliche Form der Wirtschaft zur herrschenden Form in unseren Getreidebezirken geworden ist. Aber nicht alle begreifen es, daß dieser Umstand unsere Sorgen und unsere Verantwortung für die Entwicklung der Landwirtschaft nicht verringert, sondern steigert. Viele glauben, daß sobald, sagen wir, eine Kollektivisierung von 70 oder 80 Prozent in diesem oder jenem Bezirk, in diesem oder jenem Gebiet erzielt worden ist, damit schon alles getan sei, und wir die ganze Sache sich selbst überlassen, den Dingen ihren freien Lauf lassen können, im Glauben, daß die Kollektivisierung schon selbst das ihrige tun, von selbst die Landwirtschaft heben wird. Aber das ist, Genossen, ein großer Irrtum. In Wirklichkeit verringert nicht der Uebergang zur kollektiven Wirtschaft, als der vorherrschenden Wirtschaftsform, unsere Sorgen um die Landwirtschaft, sondern erhöht sie, er verringert nicht die führende Rolle der Kommunisten im Aufstieg der Landwirtschaft, sondern erhöht sie. Die Dinge sich selbst überlassen, ist gegenwärtig mehr denn je eine Gefahr für die Entwicklung der Landwirtschaft. Die Dinge sich selbst überlassen, kann die ganze Sache zugrunde richten.

Solange im Dorfe der selbständige Landwirt das Ueberge-

wicht hatte, konnte die Partei ihr Eingreifen in die Entwicklung der Landwirtschaft auf einzelne Hilfs- und Vorbeugungsmaßnahmen oder Ratschläge beschränken. Damals mußte der Einzelbauer sich selbst um seine Wirtschaft kümmern, denn er hatte niemanden, auf den er die Verantwortung für seine Wirtschaft hätte abwälzen können, die nur seine eigene private Wirtschaft war, und er konnte auf niemanden rechnen, außer auf sich selbst. Damals mußte der Einzelbauer sich selbst um die Aussaat, um die Ernte und überhaupt um alle landwirtschaftlichen Arbeitsprozesse kümmern, wenn er nicht ohne Brot bleiben und ein Opfer des Hungers werden wollte. Mit dem Uebergang zur Kollektivwirtschaft hat sich die Sache wesentlich geändert. Die Kollektivwirtschaft ist keine Einzelwirtschaft. Die Kollektivbauern sagen denn auch jetzt: „Die Kollektivwirtschaft ist mein und ist nicht mein, sie ist mein, aber gleichzeitig gehört sie auch Iwan, Philipp, Michael und anderen Mitgliedern der Kollektivwirtschaft, die Kollektivwirtschaft ist Gemeingut.“ Jetzt kann der Kollektivwirtschaftler, der Einzelbauer von gestern und der Kollektivist von heute, jetzt kann er die Verantwortung abwälzen und auf andere Mitglieder der Kollektivwirtschaft rechnen, im Bewußtsein, daß die Kollektivwirtschaft ihn nicht ohne Brot lassen werde. Deshalb hat der Kollektivbauer jetzt weniger Sorgen als in der Einzelwirtschaft, denn die Sorgen und die Verantwortung für die Wirtschaft sind heute auf alle Kollektivbauern verteilt.

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß jetzt das Schwergewicht der Verantwortung für die Führung der Wirtschaft von den einzelnen Bauern auf die Leitung der Kollektivwirtschaft, auf den leitenden Kern der Kollektivwirtschaft übergegangen ist. Jetzt fordern die Bauern Sorge um die Wirtschaft und vernünftige Führung der Geschäfte nicht von sich selbst, sondern von der Leitung der Kollektivwirtschaft oder, richtiger gesagt, nicht so sehr von sich selbst als von der Leitung der Kollektivwirtschaft. Und was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Partei sich jetzt in ihrem Eingreifen in den landwirtschaftlichen Entwicklungsprozeß nicht mehr auf einzelne Akte beschränken kann. Sie muß jetzt die Leitung der Kollektivwirtschaften in ihre Hände nehmen, die Verantwortung für die Arbeit auf sich nehmen und den Kollektivbauern helfen, ihre Wirtschaft nach wissenschaftlichen und technischen Prinzipien vorwärts zu führen.

Das ist aber nicht alles. Die Kollektivwirtschaft ist eine Großwirtschaft. Eine Großwirtschaft kann aber nicht ohne Plan geleitet werden. Eine Großwirtschaft in der Landwirtschaft, die Hunderte und manchmal Tausende von Höfen umfaßt, kann nur unter planmäßiger Leitung geführt werden. Ohne das muß sie zugrunde gehen und zerfallen. Da habt ihr nun noch eine neue Bedingung unter den Verhältnissen des kollektivwirtschaftlichen Systems, die sich von den Bedingungen der Führung einer kleinen Einzelbauernwirtschaft grundlegend unterscheidet. Kann man nun die Führung einer solchen Wirtschaft dem sogenannten natürlichen Lauf der Dinge, sich selbst überlassen? Es ist klar, das geht nicht. Um eine solche Wirtschaft zu führen, muß man die Kollektivwirtschaft mit einem bestimmten Minimum von Leuten mit Elementarbildung versorgen, die imstande sind, die Wirtschaft nach einem Plan und organisiert zu führen. Es versteht sich, daß ohne systematisches Eingreifen der Sowjetmacht in den Aufbau der Kollektivwirtschaften, ohne ihre systematische Hilfe eine solche Wirtschaft unmöglich in die Wege geleitet werden kann.

Was aber folgt daraus? Daraus folgt, daß das kollektivwirtschaftliche System die Sorgen und die Verantwortung der Partei und der Regierung für die Entwicklung der Landwirtschaft nicht verringert, sondern steigert. Daraus folgt, daß die Partei, wenn sie die kollektivwirtschaftliche Bewegung leiten will, in alle Einzelheiten des kollektivwirtschaftlichen Lebens und der kollektivwirtschaftlichen Leitung eindringen muß. Daraus folgt, daß die Partei ihre Verbindung mit den Kollektivwirtschaften nicht einschränken, sondern vervielfältigen muß, daß sie alles, was in den Kollektivwirtschaften vorgeht, wissen muß, um rechtzeitig zu Hilfe zu kommen und die den Kollektivwirtschaften drohenden Gefahren zu verhüten.

Was sehen wir aber in Wirklichkeit? In Wirklichkeit sehen wir, daß eine ganze Reihe von Bezirks- und Gebietsorganisationen sich vom Leben der Kollektivwirtschaften, von ihren Bedürfnissen losgerissen haben. Die Leute sitzen in den Kanzleien und kritzeln selbstzufrieden mit der Feder, ohne zu bemerken, daß die Entwicklung der Kollektivwirtschaften an den bürokratischen Kanzleien vorbeigeht. In einzelnen Fällen waren die Kollektivwirtschaften so losgerissen, daß manche Mitglieder von Gauorganisationen über das, was in den Kollektivwirtschaften ihres Gaus vorgeht, nicht von den entsprechenden Bezirksorga-

nisationen, sondern von Mitgliedern des Zentralkomitees in Moskau erfuhren. Das ist traurig, Genossen, aber Tatsache. Der Uebergang von der Einzelwirtschaft zu den Kollektivwirtschaften sollte zur Stärkung der führenden Rolle der Kommunisten im Dorfe führen. Aber in Wirklichkeit führte in einer Reihe von Fällen dieser Uebergang dazu, daß die Kommunisten auf ihren Lorbeeren ausruhten, sich mit dem hohen Prozentsatz der Kollektivisierung brüsteten und sich auf den spontanen, natürlichen Lauf der Dinge verließen. Das Problem der planmäßigen Leitung der Kollektivwirtschaften sollte zur Stärkung der führenden Rolle der Kommunisten in den Kollektivwirtschaften führen. Aber in Wirklichkeit ist es in einer Reihe von Fällen so gekommen, daß die Kommunisten nicht da waren und in den Kollektivwirtschaften ehemalige weiße Offiziere, ehemalige Petljuramänner und überhaupt Feinde der Arbeiter und Bauern walteten.

So steht es mit der zweiten Ursache der Mängel unserer Arbeit im Dorfe.

3. Die dritte Ursache der Mängel unserer Arbeit im Dorfe besteht darin, daß viele unserer Genossen die Kollektivwirtschaften als neue Wirtschaftsform überschätzten, sie überschätzten und in ein Heiligenbild verwandelten. Sie meinten, daß sobald einmal die Kollektivwirtschaften als sozialistische Wirtschaftsform da sind, damit alles schon da sei, daß damit die richtige Führung der Kollektivwirtschaften, die richtige Planierung der Kollektivwirtschaften, die Umwandlung der Kollektivwirtschaften in sozialistische Musterwirtschaften gesichert sei. Sie begriffen nicht, daß die Kollektivwirtschaften, was ihre organisatorische Einrichtung betrifft, immer noch schwach sind und der ernsthaften Hilfeleistung von seiten der Partei bedürfen, sowohl was die Versorgung mit erprobten bolschewistischen Kadern als auch was die Führung der laufenden Geschäfte der Kollektivwirtschaft anbelangt.

Aber das ist noch nicht alles und nicht einmal die Hauptsache. Der Hauptmangel besteht hier darin, daß viele unserer Genossen die Kräfte und Möglichkeiten der Kollektivwirtschaften selbst als neue Organisationsform der Landwirtschaft überschätzten. Sie begriffen nicht, daß die Kollektivwirtschaft an sich, obwohl sie eine sozialistische Wirtschaftsform ist, bei weitem nicht gefeit ist gegen Gefahren aller Art und gegen das Eindringen von konterrevolutionären Elementen aller Art in die Leitung

der Kollektivwirtschaften, daß sie keine Garantie dafür bietet, daß unter gewissen Umständen die Kollektivwirtschaften von sowjetfeindlichen Elementen zu ihren Zwecken ausgenützt werden können.

Die Kollektivwirtschaft ist eine sozialistische Form der *wirtschaftlichen* Organisation, ebenso wie die Sowjets eine sozialistische Form der *politischen* Organisation sind. Die Kollektivwirtschaften sind ebenso wie die Sowjets eine gewaltige Errungenschaft unserer Revolution, eine gewaltige Errungenschaft der Arbeiterklasse. Die Kollektivwirtschaften und die Sowjets stellen jedoch nur die *Form* der Organisation, zwar eine sozialistische, aber doch nur die *Form* der Organisation dar. Alles hängt davon ab, welcher *Inhalt* in diese Form gegossen wird. Wir kennen Fälle, wo die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten in einer bestimmten Periode die Konterrevolution gegen die Revolution unterstützten. So war es bei uns in der Sowjetunion z. B. im Juli 1917, als die Sowjets von den Menschewiki und Sozialrevolutionären geführt wurden und die Sowjets die Konterrevolution gegen die Revolution deckten. So war es in Deutschland Ende 1918, als die Sozialdemokraten die Sowjets führten und die Konterrevolution gegen die Revolution deckten. Es kommt also nicht nur auf die Sowjets als eine Organisationsform an, obwohl diese Form selbst eine gewaltige revolutionäre Errungenschaft darstellt. Es kommt vor allem auf den Inhalt der Arbeit der Sowjets an, es kommt auf den Charakter der Arbeit der Sowjets an, es kommt darauf an, *wer* die Sowjets führt — die Revolutionäre oder die Konterrevolutionäre. Dadurch ist eigentlich auch die Tatsache zu erklären, daß die Konterrevolutionäre sich nicht immer gegen die Sowjets aussprechen. Es ist zum Beispiel bekannt, daß das Haupt der russischen Konterrevolution, Miljukow, während des Kronstadter Aufstandes sich für die Sowjets aussprach, aber ohne Kommunisten. „Sowjets ohne Kommunisten“ — das war damals die Losung Miljukows, des Hauptes der russischen Konterrevolution. Die Konterrevolutionäre hatten begriffen, daß es nicht nur auf die Sowjets allein ankommt, sondern vor allem darauf, wer sie führen wird.

Dasselbe muß von den Kollektivwirtschaften gesagt werden. Die Kollektivwirtschaften können als sozialistische Form der Wirtschaftsorganisation Wunder des wirtschaftlichen Aufbaus vollbringen, wenn an ihrer Spitze wirkliche Revolutionäre, Bolschewiki, Kommunisten stehen. Und umgekehrt können die Kol-

lektivwirtschaften für eine gewisse Periode sich in eine Deckung von allerhand konterrevolutionären Machenschaften verwandeln, wenn in den Kollektivwirtschaften Sozialrevolutionäre und Menschewiki, Petljuraoffiziere und sonstige Weißgardisten, gewesene Denikin- und Kolttschakleute walten werden. Dabei muß im Auge behalten werden, daß die Kollektivwirtschaften als Organisationsform nicht nur nicht gefeit sind gegen das Eindringen sowjetfeindlicher Elemente, sondern in der ersten Zeit sogar mancherlei Bequemlichkeiten für ihre zeitweilige, Ausnutzung durch die Konterrevolutionäre bieten. Solange die Bauern individuell wirtschafteten, waren sie zersplittert und voneinander getrennt, weswegen die konterrevolutionären Umtriebe sowjetfeindlicher Elemente bei der Bauernschaft keine große Wirkung erzielen konnten. Ein ganz anderes Bild entsteht beim Uebergang der Bauern zur Kollektivwirtschaft. Hier haben die Bauern in Gestalt der Kollektivwirtschaften schon die fertige Form der Massenorganisation. Infolgedessen kann das Eindringen sowjetfeindlicher Elemente in die Kollektivwirtschaften und ihre sowjetfeindliche Tätigkeit eine viel größere Wirkung erzielen. Man muß annehmen, daß die sowjetfeindlichen Elemente all das in Betracht ziehen. Es ist bekannt, daß ein Teil der Konterrevolutionäre, z. B. im Nordkaukasus, selbst bestrebt ist, eine Art von Kollektivwirtschaften zu schaffen und diese als legale Deckung für ihre illegalen Organisationen auszunutzen. Es ist auch bekannt, daß die sowjetfeindlichen Elemente in einer Reihe von Bezirken, wo sie noch nicht entlarvt und zerschlagen sind, gerne in die Kollektivwirtschaften eintreten und die Kollektivwirtschaften sogar loben, um in den Kollektivwirtschaften Nester konterrevolutionärer Tätigkeit zu schaffen. Es ist auch bekannt, daß ein Teil der sowjetfeindlichen Elemente sich jetzt selbst für die Kollektivwirtschaften ausspricht, aber mit der Bedingung, daß in den Kollektivwirtschaften keine Kommunisten sein sollen. „Kollektivwirtschaften ohne Kommunisten“, — das ist die Lösung, die jetzt von den sowjetfeindlichen Elementen ausgebrütet wird. Es kommt also nicht nur auf die Kollektivwirtschaften selbst als sozialistische Form der Organisation an, sondern vor allem darauf, welcher Inhalt in diese Form gegossen wird — es kommt in erster Reihe darauf an, *wer* an der Spitze der Kollektivwirtschaften steht und *wer* sie führt.

Vom Standpunkt des Leninismus sind die Kollektivwirtschaften wie auch die Sowjets, als Organisationsform genommen,

eine Waffe und nur eine Waffe. Diese Waffe kann unter gewissen Bedingungen gegen die Revolution gerichtet werden. Sie kann gegen die Konterrevolution gerichtet werden. Sie kann der Arbeiterklasse und der Bauernschaft dienen. Sie kann unter gewissen Bedingungen den Feinden der Arbeiterklasse und der Bauernschaft dienen. Alles hängt davon ab, in wessen Händen diese Waffe sich befindet und gegen wen sie gerichtet wird.

Das beginnen die Feinde der Arbeiter und Bauern, von ihrem Klasseninstinkt geleitet, zu begreifen.

Das begreifen leider noch nicht manche unserer Kommunisten.

Und eben deshalb, weil manche unserer Kommunisten diese einfache Sache nicht begriffen haben — eben deshalb haben wir jetzt ein solches Bild, daß in einer Reihe von Kollektivwirtschaften gut maskierte sowjetfeindliche Elemente schalten und walten und dort Schädlingearbeit und Sabotage organisieren.

4. Die vierte Ursache der Mängel unserer Arbeit im Dorfe besteht im Unvermögen einer ganzen Reihe unserer Genossen an Ort und Stelle, die Front des Kampfes gegen das Kulakentum umzuformieren, in dem Nichtverstehen der Tatsache, daß das Gesicht des Klassenfeindes sich in der letzten Zeit geändert hat, daß die Taktik des Klassenfeindes im Dorfe sich geändert hat und daß dementsprechend auch die eigene Taktik geändert werden muß, um einen Erfolg zu erzielen. Der Feind hat die veränderte Lage begriffen, er hat die Kraft und die Macht des neuen Systems im Dorfe begriffen und, nachdem er das begriffen hat, hat er sich umgestellt, seine Taktik geändert, ist er von der direkten Attacke gegen die Kollektivwirtschaften zur unterirdischen Minierarbeit übergegangen. Wir aber haben das nicht begriffen, haben die neue Lage nicht erfaßt und fahren fort, den Klassenfeind dort zu suchen, wo er schon nicht mehr ist, fahren fort, die alte Taktik des primitiven Kampfes mit dem Kulakentum zu befolgen, zu einer Zeit, wo diese Taktik schon längst veraltet ist.

Man sucht den Klassenfeind außerhalb der Kollektivwirtschaften, man sucht ihn in der Gestalt von Leuten mit einer viehischen Physiognomie, mit riesigen Zähnen, mit feistem Nacken und mit einer Räuberflinte in der Hand. Man sucht den Kulaken, wie wir ihn von Plakaten her kennen. Aber solche Kulaken gibt es schon längst nicht mehr an der Oberfläche. Die Kulaken von heute und ihre Anhänger, die heutigen sowjetfeindlichen Elemente im Dorfe, — das sind meistens „stille“, „honig-

triefende“, beinahe „heilige“ Leute. Sie müssen nicht weit von der Kollektivwirtschaft gesucht werden, sie sitzen in der Kollektivwirtschaft drin und bekleiden dort die Posten von Lagerhaltern, Wirtschaftsleitern, Rechnungsführern, Sekretären usw. Sie sagen nie: „Nieder mit den Kollektivwirtschaften!“ Sie sind „für“ die Kollektivwirtschaften. Aber sie leisten in den Kollektivwirtschaften eine Sabotage- und Schädlingsarbeit, bei der die Kollektivwirtschaften nicht gut fahren können. Sie sagen nie: „Nieder mit der Getreidebeschaffung!“ Sie sind „für“ die Getreidebeschaffung. Sie treiben „nur“ Demagogie und fordern, daß die Kollektivwirtschaft einen dreimal so großen Fonds für Viehzucht bilde, als es die Sache erfordert; sie verlangen, daß die Kollektivwirtschaft einen dreimal so großen Versicherungsfonds schaffe, als es die Sache erfordert; sie verlangen, daß die Kollektivwirtschaft für gesellschaftliche Ernährung 6—10 Pfund Brot täglich pro Arbeiter gebe usw. Es versteht sich, daß nach solchen „Fonds“ und Abgaben für gesellschaftliche Ernährung, nach einer solchen Spitzbubendemagogie die wirtschaftliche Stärke der Kollektivwirtschaft untergraben werden muß und für die Getreidebeschaffung kein Raum mehr bleibt.

Um einen so geschickten Feind zu durchschauen und auf die Demagogie nicht hereinzufallen, muß man revolutionäre Wachsamkeit besitzen, muß man die Fähigkeit besitzen, dem Feind die Maske herunterzureißen und den Kollektivbauern sein wirkliches, konterrevolutionäres Gesicht zu zeigen. Gibt es aber bei uns im Dorfe viele solche Kommunisten, die über diese Eigenschaften verfügen? Die Kommunisten entlarven oft solche Klassenfeinde nicht nur nicht, sondern fallen im Gegenteil selbst auf ihre Spitzbubendemagogie herein und lassen sich von ihnen ins Schlepptau nehmen.

Ohne den Klassenfeind in seiner neuen Maske zu bemerken und außerstande, seine schurkischen Machinationen zu entlarven, beruhigen sich manche von unseren Genossen oft selber damit, daß es keine Kulaken mehr auf der Welt gebe, daß die sowjetfeindlichen Elemente im Dorfe als Folge der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse schon vernichtet seien und daß man sich in Anbetracht dessen mit der Existenz von „neutralen“ Kollektivwirtschaften aussöhnen könne, die weder bolschewistisch noch sowjetfeindlich seien, die aber von selbst, sozusagen kraft elementarer Entwicklung, auf die Seite der Sowjetmacht werden übergehen müssen.

Das ist aber ein großer Irrtum, Genossen. Die Kulaken sind zerschmettert, aber noch lange nicht endgültig vernichtet. Noch mehr — sie werden noch lange nicht ganz vernichtet sein, wenn die Kommunisten auf der faulen Haut liegen und sich einer friedvollen Stimmung hingeben werden, in der Meinung, daß die Kulaken von selbst ins Grab fahren werden, sozusagen nach einem Elementargesetz ihrer Entwicklung. Was die „neutralen“ Kollektivwirtschaften betrifft, so existieren sie überhaupt nicht in der Welt und können auch nicht existieren. „Neutrale“ Kollektivwirtschaften — das ist ein Phantasieprodukt von Leuten, die ihre Augen dazu haben, um nichts zu sehen. Bei einem so scharfen Klassenkampf, wie er gegenwärtig bei uns im Sowjetland vor sich geht, bleibt kein Raum für „neutrale“ Kollektivwirtschaften, unter solchen Verhältnissen können die Kollektivwirtschaften nur *entweder* bolschewistisch *oder* sowjetfeindlich sein. Und wenn wir in diesen oder jenen Kollektivwirtschaften nicht die Führung haben, dann bedeutet das, daß sie von den sowjetfeindlichen Elementen geführt werden. Daran kann es gar keinen Zweifel geben.

5. Und schließlich noch eine weitere Ursache für die Mängel unserer Arbeit im Dorfe. Diese Ursache besteht in der Unterschätzung der Rolle und der Verantwortung der Kommunisten im Aufbau der Kollektivwirtschaften, sie besteht in der Unterschätzung der Rolle und der Verantwortung der Kommunisten bei der Getreidebeschaffung. Wenn man von den Schwierigkeiten der Getreidebeschaffung spricht, so wälzen die Kommunisten gewöhnlich die Verantwortung auf die Bauern ab und behaupten, daß die Bauern an allem schuld seien. Das ist aber völlig unrichtig und unbedingt ungerecht. Die Bauern haben damit nichts zu tun. Wenn es sich um die Verantwortung und die Schuld handelt, so fällt die Verantwortung voll und ganz auf die Kommunisten, und an allem sind hier nur wir Kommunisten schuld.

In der ganzen Welt gibt und gab es keine andere so starke und autoritätvolle Macht wie unsere Sowjetmacht. In der ganzen Welt gab und gibt es keine andere so mächtige und autoritätvolle Partei, wie unsere Kommunistische Partei. Niemand hindert uns daran und niemand kann uns daran hindern, daß wir die Kollektivwirtschaften so leiten, wie es die Interessen der Kollektivwirtschaften, die Interessen des Staates erfordern. Und wenn es uns nicht immer gelingt, die Kollektivwirtschaften so zu leiten, wie es der Leninismus fordert, wenn wir nicht selten eine

Reihe von groben, unverzeihlichen Fehlern, sagen wir, in bezug auf die Getreidebeschaffung, begehen, so sind wir und nur wir daran schuld.

Wir sind schuld daran, daß wir die negativen Seiten des kollektivwirtschaftlichen Handels mit Getreide nicht erkannt und eine Reihe der größten Fehler begangen haben. *Wir* sind schuld daran, daß eine ganze Reihe unserer Organisationen von den Kollektivwirtschaften losgerissen ist, auf ihren Lorbeeren ausruht und sich von dem Lauf der Dinge treiben läßt. *Wir* sind schuld daran, daß eine ganze Reihe unserer Genossen die Kollektivwirtschaften als Form der Massenorganisation noch immer überschätzt, ohne zu begreifen, daß es hier nicht so sehr auf die Form selbst ankommt, als vielmehr darauf, daß man die Leitung der Kollektivwirtschaften selbst in die Hände nimmt und die sowjetfeindlichen Elemente aus der Leitung der Kollektivwirtschaften hinauswirft. *Wir* sind schuld daran, daß wir die neuen Umstände nicht erkannt und uns die neue Taktik des Klassenfeindes, der unterirdische Minierarbeit leistet, nicht klargemacht haben.

Es fragt sich, was haben damit die Bauern zu schaffen?

Ich kenne ganze Gruppen von Kollektivwirtschaften, die sich entwickeln und blühen, die vom Staate gestellten Aufgaben genau erfüllen und wirtschaftlich von Tag zu Tag mehr erstarren. Andererseits kenne ich auch Kollektivwirtschaften, die in der Nachbarschaft der vorher erwähnten Kollektivwirtschaften liegen, aber trotz desselben Ernteertrages und trotz derselben objektiven Bedingungen dahinsiechen und verfallen. Worin liegt die Ursache dafür? Die Ursache liegt darin, daß die erste Gruppe der Kollektivwirtschaften von wirklichen Kommunisten geleitet wird, die zweite Gruppe aber von Schlafmützen, die allerdings das Parteibuch in der Tasche haben, aber doch Schlafmützen sind.

Es fragt sich, was haben damit die Bauern zu schaffen?

Die Unterschätzung der Rolle und der Verantwortung der Kommunisten hat zum Ergebnis, daß nicht selten die Ursache der Mängel unserer Arbeit im Dorfe nicht dort gesucht wird, wo sie gesucht werden muß, und daß die Mängel infolgedessen nicht behoben werden.

Die Ursachen der Schwierigkeiten bei der Getreidebeschaffung soll man nicht bei den Bauern suchen, sondern bei uns selbst, in unseren eigenen Reihen. Denn *wir* stehen an der

Macht, *wir* verfügen über die Mittel des Staates, *wir* sind dazu berufen, die Kollektivwirtschaften zu leiten, und *wir* müssen die ganze Fülle der Verantwortung für die Arbeit auf dem Lande tragen.

Das sind die Hauptursachen, die die Mängel unserer Arbeit im Dorfe bedingt haben.

Man könnte glauben, daß ich ein allzu düsteres Bild entworfen habe, daß die Arbeit bei uns im Dorfe ausschließlich aus Mängeln bestehe. Aber das ist selbstverständlich unrichtig. In Wirklichkeit hat unsere Arbeit im Dorfe neben diesen Mängeln eine ganze Reihe von überaus ernsten und entscheidenden Erfolgen aufzuweisen. Aber ich habe schon zu Beginn meiner Rede gesagt, daß es nicht zu meinen Aufgaben gehört, eine Charakteristik unserer Erfolge zu geben, daß ich nur über die Mängel unserer Arbeit im Dorfe sprechen wollte.

Ist es möglich, diese Mängel zu korrigieren? Jawohl, das ist unbedingt möglich.

Werden wir sie in der nächsten Zeit korrigieren? Jawohl, wir werden sie unbedingt korrigieren.

Daran kann es keinen Zweifel geben.

Ich glaube, daß die Politischen Abteilungen der Maschinen- und Traktorenstationen und der Sowjetgüter eines jener entscheidenden Mittel darstellen, mit deren Hilfe diese Mängel in kürzester Zeit beseitigt werden können.

(*Stalin*: „Ueber die Arbeit im Dorfe“. Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU[B] am 11. Januar 1933, Probleme des Leninismus, Zweite Folge, S. 539 ff.)

B. Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter als wichtigste Hebel im Kampfe für bolschewistische Kollektivwirtschaften

Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter müssen, einerseits durch Entfaltung einer politischen Massenarbeit in den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern, andererseits durch organisatorisch-wirtschaftliche Festigung der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, die wirtschaftlich-technische Arbeit der MTS und Sowjetgüter bei der Erfüllung der den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern gestellten Aufgaben ergänzen, u. a. bei der Hebung des Ernteertrages der Felder, der

besseren Pflege des Viehs, der rechtzeitigen Organisierung der Herbst- und Frühljahrsaussaat, der rechtzeitigen Organisierung der Ernte und des Drusches, der rechtzeitigen und vollständigen Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter gegenüber dem Staat.

Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter müssen die Aufsicht und Kontrolle der Partei auf sämtlichen Gebieten der Arbeit und des Lebens sowohl der MTS und Sowjetgüter selbst als auch der von den MTS bedienten Kollektivwirtschaften gewährleisten. Die Sicherstellung der Qualität des Saatgutes in der Saatzeit, die Verhinderung des Stehlens von Saatgut, die Beaufsichtigung des Drusches, der Kampf gegen das Stehlen des gedroschenen Getreides, der Kampf gegen das Schwänzen der Arbeit, die Sicherstellung sorgfältiger Pflege des toten und lebenden Inventars der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, die Verjagung sämtlicher sowjetfeindlicher und kollektivwirtschaftlicher Schädlingselemente aus den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern, die Auswahl der besten, erprobten Kader für die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, — alle diese und ähnliche Fragen müssen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Politischen Abteilungen stehen.

Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter müssen die politische Kontrolle und Aufsicht über die Verteilung und Verwendung der Kollektivbauern und der Arbeiter der Sowjetgüter sichern, dessen eingedenk, daß davon, wer an der Sämaschine, an der Dreschmaschine, in den Abteilungen der Viehzucht-Sowjetgüter arbeitet, wer über das Getreide und das gesamte Eigentum der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter Rechnung führt, — die Unversehrtheit des gesellschaftlichen Eigentums der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, der Erfolg der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter abhängt.

Die wichtigste Aufgabe der Politischen Abteilungen der MTS ist die Sicherstellung der unbedingten und rechtzeitigen Erfüllung der Verpflichtungen der *Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern* gegenüber dem Staat und insbesondere der entschiedene Kampf gegen die Plünderung des Eigentums der Kollektivwirtschaft, der Kampf gegen die Sabotage der Maßnahmen der Partei und der Regierung auf dem Gebiete der Getreide- und Fleischbeschaffungen in den Kollektivwirtschaften.

Die wichtigste Aufgabe der Politischen Abteilungen der *Sowjetgüter* ist die Sicherstellung der unbedingten und rechtzeitigen

Erfüllung der Verpflichtungen der Sowjetgüter gegenüber dem Staat und insbesondere der entschiedene Kampf gegen die Versuche einzelner Direktoren und ihrer Stellvertreter, die engeren Interessen des Sowjetgutes den Gesamtinteressen des Staates entgegenzustellen, der Kampf gegen die Verheimlichung von Produktionsüberschüssen statt ihrer Ablieferung an den Staat.

Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter müssen die beharrliche, richtige und rechtzeitige Anwendung der Gesetze der Sowjetregierung über administrative und Strafmaßnahmen gegenüber den Organisatoren der Plünderung gesellschaftlichen Eigentums und der Sabotage der von der Partei und der Regierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft getroffenen Maßnahmen sichern.

Die Politischen Abteilungen müssen alle diese Strafmaßnahmen, einschließlich der Gerichtsbeschlüsse über die angeführten Verbrechen, den breiten Massen der Kollektivbauern und den Arbeitern der Sowjetgüter zur Kenntnis bringen und Tatsachen dieser Art zum Ausgangspunkt und zur Grundlage einer breiten Aufklärungs- und Erziehungsarbeit unter den Kollektivbauern und den Arbeitern der Sowjetgüter machen.

Alle diese Aufgaben müssen die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter durchführen durch Entfaltung einer parteiorganisatorischen und politisch-erzieherischen Arbeit unter den Mitgliedern der Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes in den Sowjetgütern und MTS, sowie in den von diesen bedienten Kollektivwirtschaften, durch Entfaltung einer politischen Massenarbeit unter den Kollektivbauern und den Arbeitern der Sowjetgüter, durch richtige Auswahl und Verteilung der Kräfte der Partei und des Jugendverbandes in den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern, sowie des parteilosen, der Kollektivwirtschaft ergebenden Aktivs, durch tagtägliches Studium der Kader der Kollektivwirtschaften und Aufrückenlassen der fortgeschrittensten, unbedingt ergebenden Kollektivbauern-Aktivisten auf verantwortliche, führende Posten in der Produktion.

Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter müssen an Hand konkreter Tatsachen aus der täglichen Arbeit und dem täglichen Leben der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter — durch Aufdeckung von Tatsachen der Schädlingarbeit dieses oder jenes Rechnungsführers oder Wirtschaftsleiters in den Kollektivwirtschaften, durch Entlarvung bürgerlicher Tendenzen

in den Sowjetgütern, durch Entlarvung der Kulakenhelfershelfer und Organisatoren von Plünderungen in den Kollektivwirtschaften aus den Reihen der Mitglieder der Verwaltungen der Kollektivwirtschaften, durch Führung eines entschlossenen Kampfes gegen die Plünderer des Eigentums der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, gegen die Raffer, Faulenzer, gegen die nachlässige und gewissenlose Behandlung des toten und lebenden Inventars der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter — die breiten Massen der Kollektivbauern und der Arbeiter der Sowjetgüter zum Kampf organisieren für die organisatorisch-wirtschaftliche Festigung der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, für die Unversehrtheit und Unantastbarkeit des gesellschaftlichen Eigentums der Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, für die Erhöhung der Einkünfte der Kollektivwirtschaften und Kollektivbauern, für die rechtzeitige und vollständige Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen der Kollektivbauern und Sowjetgüter gegenüber dem Staat...

(Aus der Resolution des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU[B] zum Referat des Genossen Kaganowitsch, angenommen am 11. Januar 1933. Aus „Beschlüsse des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU[B].“)

Im Kampf für die sozialistische Umgestaltung des Dorfes stieß die Partei auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Sie hat in der Praxis diese Schwierigkeiten überwunden und die Mängel beseitigt. Im Januar 1933 faßte das Plenum des ZK der KPdSU(B) unter Berücksichtigung der größten politischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Mängel der Arbeit im Dorfe folgenden Beschluß:

„Zur politischen Festigung der Maschinen- und Traktorenstationen und der Sowjetgüter, zur Hebung der politischen Rolle und des Einflusses der Maschinen- und Traktorenstationen und der Sowjetgüter auf dem Lande und zur verschiedenen Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit unserer Zellen in den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern... sind in allen Maschinen- und Traktorenstationen sowie Sowjetgütern *politische Abteilungen* zu bilden.“

Als Genosse Stalin in seiner Rede auf dem Januarplenum des ZK die Mängel unserer Arbeit auf dem Lande aufdeckte, wies er darauf hin, daß „die Politischen Abteilungen in den Maschinen- und Traktorenstationen und den Sowjetgütern eines jener entscheidenden Mittel sind, mit deren Hilfe man imstande sein wird, diese Mängel in kürzester Frist zu beseitigen“.

In den verfloßenen zwei Jahren sind in den Maschinen- und Traktorenstationen 3368 Politische Abteilungen und in den Sowjetgütern 2021 Politische Abteilungen geschaffen worden. Die vom Zentralkomitee der Partei sorgfältig, einzeln ausgesuchten 17 000 Funktionäre der Politischen Abteilungen in den Maschinen- und Traktorenstationen und die 8000 Funktionäre der Politischen Abteilungen in den Sowjetgütern haben in den zwei Jahren eine gewaltige Arbeit geleistet zur Beseitigung der in der Rede des Genossen Stalin „Ueber die Arbeit auf dem Lande“ und in den Beschlüssen des Januarplenums des ZK aufgezeigten Mängel in der Arbeit auf dem Lande.

Im Kampf gegen die klassenfeindlichen Elemente, für eine bolschewistische Stärkung der Kollektivwirtschaften, für den Schutz des gesellschaftlichen, kollektivwirtschaftlichen und staatlichen Eigentums, im Kampf dafür, daß die Verpflichtungen gegenüber dem Staat in erster Linie erfüllt werden, hat sich ein zahlreiches Aktiv parteiloser Kollektivisten um die Partei geschart. Der sozialistische Wettbewerb und die Stoßarbeit haben sich unter den Kollektivbauern in breiter Form entwickelt.

Die Partei hat mit Hilfe der Politischen Abteilungen die sowjetfeindlichen, kollektivwirtschaftsfeindlichen, sabotierenden Schädlingselemente, die Kulaken und ihre Helfershelfer, die sich in die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter eingeschlichen hatten und sie in „stillen Minierarbeit“ von innen her zu zersetzen versuchten, im großen und ganzen entlarvt und aus den Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern hinausgejagt.

Die Kollektivwirtschaften, die heute drei Viertel der Bauernwirtschaften und 90 Prozent der Anbaufläche umfassen, sind eine starke, unbesiegbare Macht geworden. Allein im Laufe der letzten zwei Jahre, d. h. in den Jahren 1933 und 1934, hat die Landwirtschaft der Sowjetunion 137 000 Traktoren, 18 000 Mähdrescher, 63 000 Pferde- und Traktorensämaschinen, 24 000 komplizierte und halbkomplizierte Dreschmaschinen, 343 000 verschiedenartige Erntemaschinen für Getreide und gewerbliche Nutzpflanzen, sowie 25 000 Lastautomobile erhalten.

Die heute bestehenden 240 000 Kollektivwirtschaften, 3500 Maschinen- und Traktorenstationen und 5000 Sowjetgüter verfügen augenblicklich über 281 000 Traktoren, 33 000 Mähdrescher, 34 000 Lastautomobile, 845 000 Pferde- und Traktorensämaschinen, 129 000 komplizierte und halbkomplizierte Dreschmaschinen, 2 085 000 verschiedene Erntemaschinen für Getreide

und gewerbliche Nutzpflanzen (Garbenbinder, Heumähmaschinen, Rübenerntemaschinen, Flachsbruchmaschinen u. a.).

Ende 1932 besaß die Landwirtschaft der UdSSR landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren und Lastautomobile im Werte von 2500 Millionen Rubel. In den Jahren 1933 und 1934 erhielt die Landwirtschaft zusätzlich landwirtschaftliche Maschinen, Traktoren und Lastautomobile im Werte von 1280 Millionen Rubel.

Trotz der noch vorhandenen ernsten Mängel bei der Ausnutzung der landwirtschaftlichen Maschinen auf dem Lande, besonders der Mähdrescher, wurden die Traktoren, Dreschmaschinen, Flachsbruchmaschinen usw. in den letzten zwei Jahren in den meisten Kollektivwirtschaften und Sowjetgütern bedeutend besser ausgenutzt als in den vergangenen Jahren. Von den Traktoren der Maschinen- und Traktorenstationen wurden, alle Arbeiten auf Pflügen umgerechnet, im Jahre 1933 — 35 Mill. ha (ohne Drusch) und im Jahre 1934 — 55 Mill. ha geleistet. Im Jahre 1933 wurde mit Hilfe von Mähdreschern in den Kollektivwirtschaften auf 533 000 ha die Ernte eingeholt, im Jahre 1934 auf — 1 576 000 ha. Die Qualität der landwirtschaftlichen Arbeiten (Pflügen, Jäten, Ernten usw.) hat sich gebessert.

Die Frühjahrssaat ist im Jahre 1934 um 15 bis 20 Tage schneller durchgeführt worden als im Jahre 1933 und um 30 bis 40 Tage schneller als im Jahre 1932.

Trotz Verspätung und Verluste bei der Einbringung der Ernte in einer Reihe von Rayons ist die Einbringung der Ernte in den Jahren 1933 und 1934 in der Sowjetunion insgesamt bedeutend besser verlaufen als in den vergangenen Jahren.

Ungeachtet ungünstiger klimatischer Verhältnisse in einer Reihe von Rayons des Südens der Ukraine, des Nordkaukasus und einigen anderen ist die eingebrachte Ernte in der gesamten Sowjetunion im Jahre 1934 nicht geringer als im Vorjahr.

Der Getreidebeschaffungsplan von 1933 ist um eineinhalb Monat früher erfüllt worden als 1932, der Getreidebeschaffungsplan des Jahres 1934 um eineinhalb Monate früher als im Jahre 1933 und um drei Monate früher als im Jahre 1932 erfüllt worden.

Im Bewußtsein der Millionen Kollektivbauern hat sich das Verständnis dafür eingewurzelt, daß die Verpflichtungen gegenüber dem Staat in erster Linie erfüllt werden müssen.

Die von der Partei auf dem Kongreß der Stoßbrigadler der

Kollektivwirtschaften im Februar 1933 ausgegebene Losung des Kampfes für bolschewistische Kollektivwirtschaften und für ein wohlhabendes Leben der Kollektivbauern ist in das Bewußtsein und die Lebensweise von aber und aber Millionen Kollektivbauern eingedrungen und zu einem praktischen Kampfprogramm der Mobilisierung der breiten Massen für die Stärkung der Kollektivwirtschaften, für den allgemeinen Aufschwung der Landwirtschaft geworden.

All das wurde erreicht dank der richtigen Politik der Partei, dank der radikalen Besserung der praktischen Leitung des Dorfes.

Die nach dem Produktionsprinzip reorganisierten primären Parteiorganisationen der Kollektivwirtschaften sind erstarkt. Die revolutionäre Wachsamkeit und die bolschewistische ideologische Schulung der Parteimitglieder im Dorfe haben sich erhöht.

Auf der Grundlage der Entfaltung der Arbeit der Politischen Abteilungen erfolgte eine weitere Annäherung der Führung durch die Partei an die Kollektivwirtschaft, an das Dorf, sowie eine starke Verknüpfung der Partei- und politischen Arbeit mit der Produktionsarbeit.

Unter dem Einfluß der von der Partei den Politischen Abteilungen gestellten Aufgaben sowie der Praxis und der Arbeitsmethoden der Politischen Abteilungen hat sich die Arbeit nicht nur der primären Parteiorganisationen, sondern auch der Rayonkomitees der Partei gebessert.

Die Politischen Abteilungen als außerordentliche Organisationsform haben, gestützt auf die Stärke und Autorität der gesamten Partei, auf die wirtschaftliche Macht der Maschinen- und Traktorenstationen, bei der Umwandlung des zurückgebliebenen Abschnitts des sozialistischen Aufbaus, d. h. der Landwirtschaft, in einen fortgeschrittenen, ernste Erfolge erzielt.

Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß in dem Maße, wie die Aufgaben der Leitung des Dorfes sich erweitern, die Politischen Abteilungen an sich nicht mehr genügen, daß zur Leitung der gesamten Arbeit im kollektivwirtschaftlichen Dorf, d. h. der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit (Schulen, Krankenhäuser usw.) eine Stärkung der normalen Partei- und Sowjetorgane erforderlich ist, die die gesamte Arbeit umfassen: die administrative, die wirtschaftliche, die kulturelle, die finanzielle usw.

Gerade in Berücksichtigung dieser Umstände hat der XVII.

Parteitag in dem auf dem Parteitag angenommenen Parteistatut dem Zentralkomitee der Partei das Recht erteilt, „Politische Abteilungen... auf den zurückbleibenden Abschnitten des sozialistischen Aufbaus zu schaffen, die für die Volkswirtschaft und das ganze Land eine besonders wichtige Bedeutung erlangen, sowie auch in dem Maße, wie die Politischen Abteilungen ihre Stoßaufgaben bewältigen, sie in gewöhnliche Parteiorgane umzuwandeln, die nach dem territorialen und Produktionsprinzip aufgebaut sind“.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) stellt fest, daß die Schaffung der Politischen Abteilungen sich vollauf gerechtfertigt hat; daß die Politischen Abteilungen bei der Beseitigung der im Dorf vorhandenen Mängel eine außerordentlich wichtige Rolle gespielt haben; daß die bei der sozialistischen Rekonstruktion der Landwirtschaft, der Stärkung der Kollektivwirtschaften, der Zusammenfassung des Aktivs der Kollektivbauern und der Schaffung einer festen Grundlage der Parteiorganisation auf dem Lande, sowie der Verbesserung der Arbeit der Rayonpartei Komitees erzielten Erfolge die Vollendung der bereits bei der Aufhebung der Distrikte begonnenen Rayonierung und die vollste Annäherung der Verwaltungsorgane an das Dorf notwendig machen und beschließt:

1. Die Politischen Abteilungen der Maschinen- und Traktorenstationen in gewöhnliche Parteiorgane umzuwandeln, wozu die Politischen Abteilungen mit den bestehenden Rayonpartei Komitees zu verschmelzen und die besonders großen Rayons in mehrere neue Rayons zu zerschlagen sind, wobei die entsprechenden Politischen Abteilungen in ihnen aufgehen müssen.

2. Die Leitung aller primären Parteiorganisationen im Rayon dem Rayonpartei Komitee zu übertragen.

3. Da die Arbeit der Rayonpartei Komitees komplizierter und ihre Verantwortung größer wird, in den großen landwirtschaftlichen Rayons außer dem Posten eines ersten Sekretärs den Posten eines zweiten Sekretärs des Rayonpartei Komitees zu schaffen.

4. Im Apparat der Rayonpartei Komitees Landabteilungen zu schaffen, an deren Spitze, je nach den konkreten Arbeitsbedingungen, der erste oder der zweite Sekretär des Rayonpartei Komitees zu stellen ist.

5. In jeder Maschinen- und Traktorenstation den Posten eines Stellvertretenden Direktors der Maschinen- und Traktorenstation

für Politische Arbeit zu schaffen, der die Verantwortung für die politische Sicherstellung der erfolgreichen Durchführung aller Maßnahmen und Anregungen des Direktors der Maschinen- und Traktorenstation tragen, sowie die Funktionen des Sekretärs der primären Parteiorganisation der Mitarbeiter der Maschinen- und Traktorenstation selbst ausüben soll.

6. Es wird festgesetzt, daß der Stellvertretende Direktor der Maschinen- und Traktorenstation für Politische Arbeit, der unmittelbar dem Direktor der Maschinen- und Traktorenstation untersteht, gleichzeitig dem Rayonpartei Komitee unterstellt ist, unter dessen Leitung er seine Partei- und politische Arbeit durchführt.

7. Da alle vorhandenen Funktionäre der Politischen Abteilungen unbedingt bei der Arbeit in den Rayons belassen werden müssen, so wird für notwendig erachtet, sie in Zukunft folgendermaßen zu verwenden:

a) als erste Sekretäre der neu zu organisierenden Rayonpartei Komitees oder, wo das notwendig ist, als erste Sekretäre der bestehenden Rayonpartei Komitees;

b) als zweite Sekretäre der Rayonpartei Komitees und als Leiter der Landabteilungen der Rayonpartei Komitees;

c) als Stellvertretende Direktoren der Maschinen- und Traktorenstationen für Politische Arbeit;

d) als Funktionäre des Apparats der neuen Rayonpartei Komitees und der Rayon Komitees des Kommunistischen Jugendverbandes.

8. Es wird festgesetzt, daß die Sekretäre der Rayonpartei Komitees und die Stellvertretenden Direktoren der Maschinen- und Traktorenstationen für Politische Arbeit vom ZK der KPdSU(B) bestätigt werden und ohne Einverständnis des ZK der KPdSU(B) ihres Postens nicht enthoßen werden können; die Instruktoren des Rayonpartei Komitees werden von den Gebietspartei Komitees, den Gaupartei Komitees und den ZK's der nationalen kommunistischen Parteien bestätigt.

9. Die Zeitungen der Politischen Abteilungen der Maschinen- und Traktorenstationen in den neu zu organisierenden Rayons sollen in Organe der Rayonpartei Komitees verwandelt und in den bestehenden Rayons, je nach dem Zustand der Rayonzeitungen, entweder mit den bestehenden Rayonzeitungen verschmolzen oder als Organe der stärksten Maschinen- und Traktorenstationen beibehalten werden.

10. Das Politbüro des ZK wird beauftragt, die Durchführung des vorliegenden Beschlusses konkret für jedes Gebiet, jeden Gau und jede Republik zum 1. März, und in den südlichen Gebieten der Sowjetunion zum 1. Februar 1935 zu beenden.

11. Die Gebietspartei Komitees, die Gaupartei Komitees und die ZK's der nationalen kommunistischen Parteien werden verpflichtet, dem ZK der KPdSU(B) zum 1.—15. Januar ihre konkreten Vorschläge über die Organisierung neuer Rayons sowie über die Verwendung der Mitarbeiter der Politischen Abteilungen vorzulegen und alle Sekretäre der bestehenden sowie der neu zu organisierenden Rayonpartei Komitees und alle Stellvertretenden Direktoren der Maschinen- und Traktorenstationen für Politische Arbeit dem ZK der KPdSU(B) zur Bestätigung vorzulegen.

12. In den Sowjetgütern aller Art bleibt das System der Politischen Abteilungen unverändert bestehen.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) betont, daß die Umgestaltung der Politischen Abteilungen die Verantwortung der Rayonkomitees, Gebietspartei Komitees, Gaupartei Komitees und der ZK's der nationalen kommunistischen Parteien für die erfolgreiche Lösung der Aufgabe der weiteren Festigung der Kollektivwirtschaften und die Durchführung der Parteilosung erhöht, die Kollektivwirtschaften zu bolschewistischen und die Kollektivbauern wohlhabend zu machen.

Die Parteiorganisationen müssen dessen eingedenk sein, daß auch gegenwärtig die vom Januarplenum des ZK im Jahre 1933 bei der Bildung der Politischen Abteilungen erteilten Direktiven vollauf ihre Geltung behalten, daß *„der Kampf für den weiteren Aufschwung der Landwirtschaft und für die Vollendung ihrer sozialistischen Umgestaltung gegenwärtig die wichtigste Aufgabe der Partei bildet“*.

Trotz des gewaltigen Wachstums und der Stärkung der wirtschaftlichen Macht der Kollektivwirtschaften, trotz der Zunahme der Aktivität der Kollektivbauern gibt es in den Kollektivwirtschaften immer noch viele Mängel in der Arbeit, ist in einer Reihe von Kollektivwirtschaften die Wühl- und Schädlingsarbeit der Kulakenelemente, die sich eingeschlichen haben, noch nicht endgültig gebrochen.

Insbesondere haben die Erfahrungen der Getreidebeschaffung dieses Jahres gezeigt, daß die großen Verluste, das Zurückbleiben beim Einbringen der Ernte, beim Drusch und bei der Getreidebeschaffung in einer Reihe von Rayons gewisser Gebiete

und Gaue neben einer schlechten Organisierung der Arbeit und der ungeschickten Ausnützung der Traktoren, Dreschmaschinen und insbesondere der Mähdrescher dadurch zu erklären sind, daß klassenfeindliche Elemente infolge der politischen Kurzsichtigkeit und Fahrlässigkeit der Kommunisten im Dorfe und sogar einzelner Funktionäre der Rayons und der Politischen Abteilungen immer noch Aktivität an den Tag legen.

Die Rayonpartei Komitees, Gebietspartei Komitees, Gaupartei Komitees und die ZK's der nationalen kommunistischen Parteien sind verpflichtet, die Winterszeit zur weiteren Stärkung der Kollektivwirtschaften, zur Zusammenfassung des Parteilosenaktivs, zur Verbesserung der Arbeit der Verwaltungen und der Vorsitzenden der Kollektivwirtschaften, zur Hebung der Rolle und der Bedeutung der allgemeinen Versammlungen der Kollektivbauern, zu ihrer Sammlung um die Partei und zur weiteren Stärkung der primären Parteiorganisationen auf dem Lande auszunützen.

Das Plenum des ZK der KPdSU(B) bringt seine Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Funktionäre der Politischen Abteilungen, die sich in ihrer erdrückenden Mehrheit von ihrer besten Seite gezeigt haben, als wirkliche bolschewistische Parteiorganisationen, auch unter den neuen Verhältnissen, bei der Arbeit in den Rayonpartei Komitees und als Stellvertretende Direktoren der Maschinen- und Traktorenstationen für Politische Arbeit, sich der großen Aufgaben würdig erweisen werden, die ihnen die Partei stellt.

(Resolution des Plenums des ZK der KPdSU[B] zum Bericht des Genossen Kaganowitsch, angenommen am 28. November 1934.)

C. Unsere nächste Aufgabe — alle Kollektivwirtschaftler wohlhabend machen

Der Sozialismus ist eine gute Sache. Ein glückliches, sozialistisches Leben ist zweifellos eine gute Sache. Indessen ist das alles eine Sache der Zukunft. Die Hauptfrage ist jetzt nicht, was wir in der Zukunft erreichen werden. Die Hauptfrage ist, was wir schon jetzt erreicht haben. Die Bauernschaft hat den kollektivwirtschaftlichen Weg betreten. Das ist sehr gut. Was aber hat sie auf diesem Weg erreicht? Welches sind die handgreiflichen Ergebnisse, die wir auf dem kollektivwirtschaftlichen Wege erreicht haben?

Wir haben es erreicht, daß wir den Millionenmassen der armen Bauern geholfen haben, in die Kollektivwirtschaften einzutreten. Wir haben es erreicht, daß die Millionenmassen der armen Bauern, die den Kollektivwirtschaften beigetreten sind und dort besseren Boden und bessere Produktionsmittel benützen, auf das Niveau der Mittelbauern gelangt sind. Wir haben es erreicht, daß die Millionenmassen der armen Bauern, die früher ein Hungerdasein fristeten, jetzt in den Kollektivwirtschaften zu Mittelbauern, zu Leuten mit gesicherter Existenz geworden sind. Wir haben es erreicht, daß wir die Differenzierung der Bauern in arme Bauern und Kulaken untergraben haben, daß wir die Kulaken aufs Haupt geschlagen und den armen Bauern geholfen haben, innerhalb der Kollektivwirtschaften zu Herren ihrer Arbeit, zu Mittelbauern zu werden.

Wie lagen die Dinge vor der Entfaltung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, vor vier Jahren? Die Kulaken bereicherten sich, es ging mit ihnen bergauf. Die armen Bauern verelendeten, verfielen dem Ruin und gerieten in die Knechtschaft der Kulaken. Die Mittelbauern versuchten zu den Kulaken emporzuklettern, stürzten aber jedesmal ab und füllten die Reihen der armen Bauern zum Ergötzen der Kulaken. Es ist nicht schwer zu erraten, daß bei diesem ganzen Durcheinander lediglich die Kulaken gewannen und möglicherweise dieser oder jener Wohlhabende. Auf je 100 Höfe konnte man im Dorfe 4—5 Kulakenhöfe, 8—10 Höfe von wohlhabenden Bauern, 45—50 Höfe von Mittelbauern und 35 Höfe von armen Bauern zählen. Folglich waren zumindest 35 Prozent aller Bauernhöfe Höfe von armen Bauern, die gezwungen waren, das Joch der Kulakenknechtschaft zu tragen. Ich spreche schon gar nicht von den wirtschaftlich schwachen Schichten der Mittelbauern, die mehr als die Hälfte der Mittelbauernschaft ausmachten, sich ihrer Lage nach nur wenig von den armen Bauern unterschieden und sich in direkter Abhängigkeit von den Kulaken befanden.

Durch die Entfaltung des Aufbaus der Kollektivwirtschaften erreichten wir, daß wir dieses Durcheinander und diese Ungerechtigkeit vernichteten, die Kulakenknechtschaft zertrümmerten, diese ganze Masse der armen Bauern in die Kollektivwirtschaften einbezogen, ihnen dort eine gesicherte Existenz schufen und sie auf das Niveau von Mittelbauern hoben, die den Grund und Boden der Kollektivwirtschaften, die Privilegien der Kollektivwirtschaften, die Traktoren, die Landmaschinen ausnützen können.

Was bedeutet das aber? Das bedeutet, daß wir nicht weniger als 20 Millionen bäuerlicher Bevölkerung, nicht weniger als 20 Millionen arme Bauern von Armut und Verelendung, von der Kulakenknechtschaft erlöst und ihnen dank den Kollektivwirtschaften eine sichere Existenz gegeben haben.

Das ist eine große Errungenschaft, Genossen. Das ist eine Errungenschaft, wie sie die Welt noch nicht gekannt und wie sie noch kein Staat in der Welt erreicht hat.

Das sind die praktischen, greifbaren Ergebnisse des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus, die Resultate davon, daß die Bauernschaft den Weg der Kollektivwirtschaften betreten hat.

Das ist jedoch nur der *erste* Schritt, unsere *erste* Errungenschaft auf dem Wege des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus.

Es wäre verkehrt zu glauben, daß wir bei diesem ersten Schritt, bei dieser ersten Errungenschaft haltmachen müssen. Nein, Genossen, wir können bei dieser Errungenschaft nicht haltmachen. Um weiter vorwärtszuschreiten und die Kollektivwirtschaften endgültig zu festigen, müssen wir einen *zweiten* Schritt tun, müssen wir eine neue Errungenschaft erzielen. Worin besteht dieser zweite Schritt? Er besteht darin, die Kollektivwirtschaftler — sowohl die früheren armen als auch die früheren Mittelbauern — auf eine noch höhere Stufe zu heben. Er besteht darin, *alle Kollektivwirtschaftler wohlhabend zu machen*, ja, Genossen, wohlhabend! (*Langanhaltender Beifall.*)

Wir haben es erreicht, daß wir die armen Bauern dank den Kollektivwirtschaften auf das Niveau von Mittelbauern gehoben haben. Das ist sehr gut. Aber das ist zu wenig. Wir müssen es jetzt erreichen, daß wir noch einen Schritt vorwärtsgehen und allen Kollektivwirtschaftlern — sowohl den früheren armen Bauern als auch den früheren Mittelbauern — helfen, das Niveau von wohlhabenden Bauern zu erreichen. Das kann man erreichen und das müssen wir, koste es, was es wolle, erreichen. (*Langanhaltender Beifall.*) Wir haben jetzt alles, was nötig ist, um dieses unser Ziel zu erreichen. Unsere Maschinen und Traktoren werden jetzt schlecht ausgenützt. Unser Grund und Boden wird nicht besonders gut bearbeitet. Man braucht nur die Ausnützung der Maschinen und Traktoren zu verbessern — und wir werden erreichen, daß wir die Menge unserer Produkte verdoppeln, verdreifachen. Das aber ist vollständig genug, um alle Kollektivwirtschaftler zu wohlhabenden Arbeitsmännern der Kollektivfelder zu machen.

Wie war es früher um die Wohlhabenden bestellt? Um wohlhabend zu werden, mußte man seine Nachbarn übervorteilen, mußte man sie ein Stück ausbeuten, mußte man ihnen möglichst teuer verkaufen und möglichst billig bei ihnen kaufen, mußte man den einen oder den anderen Knecht einstellen, ihn gründlich ausbeuten, ein kleines Kapital anhäufen und dann, sobald man fest auf den Füßen stand, sich zu den Kulaken hinaufarbeiten. Hierdurch erklärt es sich denn auch eigentlich, daß die Wohlhabenden früher, zur Zeit der bäuerlichen Einzelwirtschaft, das Mißtrauen und den Haß der armen Bauern und der Mittelbauern erweckten. Jetzt ist es anders darum bestellt. Jetzt sind auch die Bedingungen andere. Um als Kollektivwirtschaftler wohlhabend zu werden, ist es durchaus nicht erforderlich, seine Nachbarn zu übervorteilen oder auszubeuten. Und es ist jetzt auch nicht leicht, jemanden auszubeuten, da es Privateigentum an Grund und Boden oder Pacht bei uns nicht mehr gibt, da die Maschinen und Traktoren dem Staat gehören, Leute aber, die Kapital besitzen, jetzt in den Kollektivwirtschaften nicht mehr Mode sind. Es gab eine solche Mode, aber sie ist für alle Ewigkeit verschwunden.

Um als Kollektivwirtschaftler wohlhabend zu werden, dazu ist jetzt nur eins erforderlich — in der Kollektivwirtschaft ehrlich zu arbeiten, richtig die Traktoren und die Maschinen auszunützen, richtig das Arbeitsvieh auszunützen, richtig den Boden zu bearbeiten, sorgsam mit dem Hab und Gut der Kollektivwirtschaften umzugehen.

Manchmal sagt man: wenn Sozialismus ist — wozu dann noch arbeiten? Wir haben früher gearbeitet, arbeiten jetzt — ist es nicht an der Zeit, aufzuhören mit dem Arbeiten? Solche Reden sind von Grund auf unrichtig, Genossen. Das ist die Philosophie von Faulenzern und nicht von ehrlichen Arbeitsmännern. Der Sozialismus verneint durchaus nicht die Arbeit. Im Gegenteil, der Sozialismus gründet sich auf Arbeit. Sozialismus und Arbeit sind voneinander unzertrennlich. Lenin, unser großer Lehrer, sagte: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Was heißt das, gegen wen sind Lenins Worte gerichtet? Gegen die Ausbeuter, gegen diejenigen, die selbst nicht arbeiten, aber andere zwingen zu arbeiten und sich auf Kosten anderer bereichern. Außerdem aber noch gegen wen? Gegen diejenigen, die selbst faulenzern und auf Kosten anderer Vorteile ergattern wollen. Der Sozialismus erfordert nicht Faulenzerei, sondern er

fordert, daß alle Leute ehrlich arbeiten, nicht für andere arbeiten, nicht für Reiche und Ausbeuter, sondern für sich, für die Gesellschaft. Und wenn wir ehrlich arbeiten werden, für uns, für unsere Kollektivwirtschaften arbeiten werden, — dann werden wir es erreichen, daß wir in etwa 2 — 3 Jahren alle Kollektivwirtschaftler, sowohl die früheren armen Bauern als auch die früheren Mittelbauern, auf das Niveau von Wohlhabenden, auf das Niveau von Leuten heben, die reichlich Produkte haben und ein durchaus kulturelles Leben führen.

Das ist jetzt unsere nächste Aufgabe. Das können wir erreichen und das müssen wir, koste es, was es wolle, erreichen. (*Langanhaltender Beifall.*)

(*Stalin: Rede auf dem ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften am 10. Februar 1933. Aus Probleme des Leninismus, Zweite Folge. S. 559 ff.*)

Diese Losung betrifft nicht nur die Kollektivbauern. Sie betrifft noch mehr die Arbeiter, denn wir wollen alle Arbeiter wohlhabend machen, zu Menschen, die ein wohlhabendes und wirklich kulturelles Leben führen.

Man sollte meinen, daß die Sache klar ist. Was hätte es für einen Sinn gehabt, den Kapitalismus im Oktober 1917 zu stürzen und im Laufe einer Reihe von Jahren den Sozialismus zu errichten, wenn wir es nicht erreichen, daß die Menschen bei uns im Wohlstand leben? Sozialismus bedeutet nicht Elend und Entbehrungen, sondern die Beseitigung des Elends und der Entbehrungen, die Schaffung eines wohlhabenden und kulturellen Lebens für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Indessen hat diese klare und im Grunde genommen ganz elementare Losung eine ganze Reihe von Zweifeln, Verwirrungen und Wirrwarr unter einem Teil der Parteimitglieder hervorgerufen. Ist diese Losung, sagen sie, nicht die Rückkehr zu der alten, von der Partei abgelehnten Losung: „Bereichert euch!“ Wenn alle wohlhabend werden, fahren sie fort — und die Armut zu bestehen aufhört, auf wen werden wir Bolschewiki uns bei unserer Arbeit stützen, wie werden wir ohne die Armut arbeiten?

Vielleicht ist das lächerlich, aber das Bestehen solcher naiven und antileninistischen Ansichten unter einem Teil der Parteimitglieder ist eine unbestreitbare Tatsache, mit der man rechnen muß.

Diese Leute verstehen offenbar nicht, daß zwischen der Losung „Bereichert euch!“ und der Losung „Alle Kollektivbauern wohlhabend machen!“ ein ganzer Abgrund klafft. Erstens, können sich nur *einzelne* Personen oder Gruppen bereichern, während die Losung vom wohlhabenden Leben nicht einzelne Personen oder Gruppen, sondern *alle* Kollektivbauern betrifft. Zweitens, bereichern sich *einzelne* Personen oder Gruppen, um sich die übrigen Menschen zu unterwerfen und sie *auszubeuten*, während die Losung vom wohlhabenden Leben *aller* Kollektivbauern bei vergesellschafteten Produktionsmitteln in den Kollektivwirtschaften jede Möglichkeit der Ausbeutung der einen durch die anderen *ausschließt*. Drittens wurde die Losung „Bereichert euch!“ im Anfangsstadium der NÖP ausgegeben, als der Kapitalismus teilweise wiederhergestellt wurde, als die Kulaken stark waren, als im Lande die bäuerliche Einzelwirtschaft vorherrschte, die Kollektivwirtschaft aber sich in einem Embryonalzustand befand, während die Losung „Alle Kollektivbauern wohlhabend machen!“ im letzten Stadium der NÖP ausgegeben wird, wo die kapitalistischen Elemente in der Industrie beseitigt, wo die Kulaken auf dem Lande vernichtet sind, die bäuerliche Individualwirtschaft in den Hintergrund gedrängt worden ist, die Kollektivwirtschaften aber zur herrschenden Form der Landwirtschaft geworden sind. Ich will schon gar nicht davon sprechen, daß die Losung „Alle Kollektivbauern wohlhabend machen!“ nicht isoliert ausgegeben worden ist, sondern in unzerreißbarem Zusammenhang mit der Losung „Die Kollektivwirtschaften zu bolschewistischen Kollektivwirtschaften machen!“

Ist es nicht klar, daß die Losung „Bereichert euch!“ im Grunde genommen die Aufforderung bedeutet, den Kapitalismus *wiederherzustellen*, während die Losung „Alle Kollektivbauern wohlhabend machen!“ die Aufforderung bedeutet, durch die Steigerung der wirtschaftlichen Stärke der Kollektivwirtschaften und durch Verwandlung aller Kollektivbauern in wohlhabende Werktätige, die letzten Ueberreste des Kapitalismus *vollständig zu vernichten*. (*Rufe*: Sehr richtig!)

Ist es nicht klar, daß diese Losungen nichts miteinander gemein haben und auch nichts gemein haben können? (*Rufe*: Sehr richtig!)

Was die Behauptung betrifft, daß ohne das Vorhandensein von Armen weder bolschewistische Arbeit noch Sozialismus

denkbar seien, so ist das eine solche Dummheit, daß es peinlich ist, sogar darüber zu reden. Die Leninisten stützen sich auf die Armen, wenn es kapitalistische Elemente gibt und Arme, die von Kapitalisten ausgebeutet werden. Aber wenn die kapitalistischen Elemente zerschlagen und die Armen von der Ausbeutung befreit sind, so besteht die Aufgabe der Leninisten nicht darin, die Armut und die Armen zu verewigen, zu erhalten, deren Existenzbedingungen bereits beseitigt sind, sondern darin, die Armut aus der Welt zu schaffen und die Armen einem wohlhabenden Leben entgegenzuführen. Es wäre eine Dummheit, anzunehmen, daß der Sozialismus auf der Basis des Elends und der Entbehrungen, der Einschränkung der persönlichen Bedürfnisse und der Senkung des Lebensniveaus der Menschen bis zum Lebensniveau der Armen errichtet werden kann, die übrigens selbst nicht arm bleiben wollen und zu einem wohlhabenden Leben vorwärtsstreben.

Wer braucht einen solchen, mit Verlaub zu sagen, Sozialismus? Das wäre kein Sozialismus, sondern eine Karikatur auf den Sozialismus. Der Sozialismus kann nur auf der Basis eines stürmischen Wachstums der Produktivkräfte der Gesellschaft, eines Ueberflusses an Produkten und Waren, eines wohlhabenden Lebens der Werktätigen, eines stürmischen Wachstums der Kultur errichtet werden. Denn der Sozialismus, der marxistische Sozialismus bedeutet nicht Einschränkung der persönlichen Bedürfnisse, sondern ihre allseitige Erweiterung und Entfaltung, nicht Beschränkung oder Verzicht auf die Befriedigung dieser Bedürfnisse, sondern allseitige und vollständige Befriedigung aller Bedürfnisse kulturell hochstehender werktätiger Menschen.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß diese Verwirrung in den Ansichten einzelner Parteimitglieder in bezug auf die Armut und Wohlhabenheit eine Widerspiegelung der Ansichten unserer „radikalen“ Hohlköpfe ist, die die Armut als ewige Stütze des Bolschewismus unter allen Umständen idealisieren und die Kollektivwirtschaften als Arena des erbitterten Klassenkampfes ansehen.

(*Stalin*: Bericht über die Arbeit des ZK der KPdSU[B] an den XVII. Parteitag, S. 79 ff.)

D. Stalin über die Aufgabe der Festigung der Artels und die Bedingungen ihrer Umbildung in Kommunen

...Nehmen wir weiter die Frage des landwirtschaftlichen Artels und der landwirtschaftlichen Kommune. Jetzt geben alle zu, daß das Artel unter den jetzigen Verhältnissen die einzig richtige Form der Kollektivisierungsbewegung ist. Und das ist durchaus verständlich: a) das Artel verknüpft in richtiger Weise die persönlichen Lebensinteressen der Kollektivbauern mit ihren gesellschaftlichen Interessen; b) das Artel paßt die persönlichen Lebensinteressen in glücklicher Weise den gesellschaftlichen Interessen an und erleichtert dadurch die Erziehung der Einzelbauern von gestern im Geiste des Kollektivismus.

Zum Unterschied vom Artel, in dem nur die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, waren in den Kommunen bis in die letzte Zeit hinein nicht nur die Produktionsmittel vergesellschaftet, sondern auch die Lebensverhältnisse jedes Kommune-mitglieds, d. h. die Kommunemitglieder hatten zum Unterschied von den Mitgliedern des Artels in ihrem persönlichen Besitz kein Geflügel, kein Kleinvieh, keine Kuh, kein Getreide, kein Gartenland. Das bedeutet, daß in den Kommunen die persönlichen Lebensinteressen der Mitglieder nicht so sehr berücksichtigt und mit den gesellschaftlichen Interessen verknüpft, als vielmehr durch die gesellschaftlichen Interessen zugunsten einer kleinstädtischen Gleichmacherei erstickt wurden. Es ist begreiflich, daß dieser Umstand die schwächste Seite der Kommunen ist. Dadurch erklärt sich im Grunde genommen, warum die Kommunen keine größere Verbreitung gefunden haben und nur einzeln oder zu Dutzenden vorkommen. Aus demselben Grunde haben sich die Kommunen, um ihre Existenz zu behaupten und nicht auseinanderzufallen, gezwungen gesehen, auf die Vergesellschaftung der Lebensverhältnisse zu verzichten, und fangen an, nach Tagewerksnormen zu arbeiten, haben begonnen, ihren Mitgliedern Getreide auszuhändigen, lassen den persönlichen Besitz von Geflügel, Kleinvieh, einer Kuh usw. zu. Daraus aber folgt, daß die Kommunen faktisch zu Artels geworden sind. Und darin ist nichts Schlimmes, denn das erfordern die Interessen der gesunden Entwicklung der Kollektivisierung als Massenbewegung.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Kommune überhaupt nicht nötig ist, daß sie nicht mehr die höchste Form der Kolle-

tivisierungsbewegung ist. Nein, die Kommune ist notwendig, sie ist natürlich die höchste Form der Kollektivisierungsbewegung, aber nicht die jetzige Kommune, die auf dem Boden einer unentwickelten Technik und des Mangels an Produkten entstanden ist und jetzt zum Artel wird, sondern die künftige Kommune, die auf dem Boden einer entwickelteren Technik und eines Ueberflusses an Produkten entstehen wird. Die jetzige landwirtschaftliche Kommune ist auf dem Boden einer wenig entwickelten Technik und eines Mangels an Produkten entstanden. Dadurch erklärt sich eigentlich, warum sie die Gleichmacherei praktizierte und auf die persönlichen Lebensinteressen ihrer Mitglieder wenig Rücksicht nahm, weshalb sie jetzt gezwungen ist, zum Artel zu werden, in dem die persönlichen und gesellschaftlichen Interessen der Kollektivbauern in vernünftiger Weise miteinander verknüpft sind. Die künftige Kommune wird aus dem entwickelten und wohlhabenden Artel hervorgehen. Die künftige landwirtschaftliche Kommune wird entstehen, wenn auf den Feldern und in den Farmen des Artels Getreide, Vieh, Geflügel, Gemüse und alle anderen Produkte im Ueberfluß vorhanden sein werden, wenn in den Artels mechanische Wäschereien, moderne Küchen und Speisehallen, Brotfabriken usw. aufkommen werden, wenn der Kollektivbauer erkannt haben wird, daß es für ihn vorteilhafter ist, Fleisch und Milch von der Farm zu bekommen, als eine eigene Kuh und Kleinvieh zu halten, wenn die Kollektivbäuerin erkannt haben wird, daß es für sie vorteilhafter ist, in der Speisehalle zu essen, Brot von der Brotfabrik zu beziehen und gewaschene Wäsche aus der gesellschaftlichen Wäscherei zu erhalten, als sich selbst damit abzugeben. Die künftige Kommune wird auf der Basis einer höher entwickelten Technik und eines höher entwickelten Artels, auf der Basis eines Ueberflusses an Produkten entstehen. Wann wird das eintreten? Natürlich nicht bald. Aber es wird geschehen. Es wäre ein Verbrechen, den Prozeß des Hinüberwachsens des Artels in die künftige Kommune künstlich zu beschleunigen. Das würde alle Karten durcheinanderwerfen und die Sache unserer Feinde erleichtern. Der Prozeß des Hinüberwachsens des Artels in die künftige Kommune muß allmählich vor sich gehen, in dem Maße, wie alle Kollektivbauern sich von der Notwendigkeit dieses Hinüberwachsens überzeugt haben werden.

So steht es mit der Frage des Artels und der Kommune.

Die Sache ist, sollte man meinen, klar und fast elementar.

Indessen besteht bei einem Teil der Parteimitglieder eine gründliche Verwirrung in dieser Frage. Man meint, die Partei habe sich dadurch, daß sie das Artel zur Grundform der Kollektivisierungsbewegung erklärte, vom Sozialismus entfernt, habe einen Rückzug von der Kommune, der höheren Form der Kollektivisierungsbewegung zur niederen angetreten. Weshalb? könnte man fragen. Weil es, wie sich erweist, im Artel keine Gleichheit gibt, denn dort bleibt der Unterschied in den Bedürfnissen und den persönlichen Lebensverhältnissen der Artelmitglieder bestehen, während in der Kommune Gleichheit vorhanden ist, denn dort sind die Mitglieder in bezug auf ihre Bedürfnisse und ihre persönliche Lebenslage gleichgestellt. Aber erstens gibt es bei uns keine Kommunen mehr, in denen in bezug auf die Bedürfnisse und die persönliche Lebensweise Gleichstellung, Gleichmacherei herrschen. Die Praxis hat gezeigt, daß die Kommunen bestimmt zugrunde gegangen wären, wenn sie nicht auf die Gleichmacherei verzichtet und nicht tatsächlich zum Artel geworden wären. Folglich darf man sich nicht auf etwas berufen, was in der Wirklichkeit nicht mehr vorhanden ist. Zweitens ist es jedem Leninisten bekannt, wenn er nur ein wirklicher Leninist ist, daß die Gleichmacherei auf dem Gebiet der Bedürfnisse und der persönlichen Lebensverhältnisse eine reaktionäre, kleinbürgerliche Ungereimtheit ist, die irgendeiner primitiven Sekte von Asketen, aber nicht einer marxistisch organisierten sozialistischen Gesellschaft würdig ist, denn man kann nicht verlangen, daß alle Menschen die gleichen Bedürfnisse und den gleichen Geschmack haben, daß alle Menschen in ihrem persönlichen Leben sich nach ein und demselben Muster richten. Und schließlich: bleibt denn nicht unter den Arbeitern ein Unterschied sowohl in den Bedürfnissen als auch in der persönlichen Lebensweise bestehen? Bedeutet das etwa, daß die Arbeiter dem Sozialismus ferner stehen als die Mitglieder der landwirtschaftlichen Kommune?

Diese Leute denken offenbar, daß der Sozialismus die Gleichmacherei, die Gleichstellung, die Nivellierung der Bedürfnisse und der persönlichen Lebensverhältnisse der Mitglieder der Gesellschaft fordert. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine solche Annahme mit dem Marxismus, mit dem Leninismus nichts gemein hat. Unter Gleichheit versteht der Marxismus nicht die Gleichmacherei in den persönlichen Bedürfnissen und Lebensverhältnissen, sondern die Aufhebung der Klassen, d. h.: a) die gleiche Befreiung aller Werktätigen von der Ausbeutung, nach-

dem die Kapitalisten gestürzt und expropriert sind; b) die gleiche Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln für alle, nachdem sie in das Eigentum der gesamten Gesellschaft übergegangen sind; c) die gleiche Verpflichtung aller, nach ihren Fähigkeiten zu arbeiten, und das gleiche Recht aller Werktätigen, für diese Arbeit nach ihrer Leistung entlohnt zu werden (die *sozialistische* Gesellschaft); d) die gleiche Verpflichtung aller, nach ihren Fähigkeiten zu arbeiten, und das gleiche Recht aller Werktätigen, nach ihren Bedürfnissen entlohnt zu werden (die *kommunistische* Gesellschaft). Dabei geht der Marxismus davon aus, daß der Geschmack und die Bedürfnisse der Menschen in bezug auf Qualität oder Quantität weder in der Periode des Sozialismus noch in der Periode des Kommunismus gleich sind und auch nicht gleich sein können.

Das ist die marxistische Auffassung von der Gleichheit.

Eine andere Gleichheit hat der Marxismus nicht anerkannt und erkennt sie auch nicht an.

Daraus die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Sozialismus die Gleichmacherei, die Gleichstellung, die Nivellierung der Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft, die Nivellierung ihres Geschmacks und ihrer persönlichen Lebensverhältnisse fordert, daß nach dem Marxismus alle die gleichen Kleider tragen und die gleichen Speisen in der gleichen Menge einnehmen müssen, heißt Plattheiten reden und den Marxismus verleumdern.

Es ist Zeit, sich darüber klar zu werden, daß der Marxismus ein Feind der Gleichmacherei ist. Bereits im „Kommunistischen Manifest“ geißelten Marx und Engels den primitiven utopischen Sozialismus und nannten ihn reaktionär wegen seiner Propaganda eines „allgemeinen Asketismus und einer rohen Gleichmacherei“. Engels widmete im „Anti-Dühring“ ein ganzes Kapitel der geißelnden Kritik am „radikalen gleichmacherischen Sozialismus“, für den Dühring im Gegensatz zum marxistischen Sozialismus eintrat.

„Der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung ist die Forderung der Abschaffung der Klassen. Jede Gleichheitsforderung, die darüber hinausgeht, verläuft notwendig ins Absurde.“

Genau dasselbe sagt Lenin:

„Engels hatte tausendmal recht, als er schrieb: der Begriff der Gleichheit, der über die Abschaffung der Klassen hinausgeht, ist ein äußerst dummes, unsinniges Vorurteil. Die bürgerlichen Professoren versuchten uns

wegen des Gleichheitsbegriffs zu beschuldigen, daß wir einen Menschen dem anderen gleichmachen wollen. Diesen Unsinn, den sie selbst ausgeheckt haben, versuchten sie den Sozialisten vorzuwerfen. In ihrer Unwissenheit wußten sie jedoch nicht, daß die Sozialisten — und gerade die Begründer des modernen wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels — erklärt haben: die Gleichheit ist eine leere Phrase, wenn man unter Gleichheit nicht die Abschaffung der Klassen versteht. Wir wollen die Klassen abschaffen, in diesem Sinne sind wir für die Gleichheit. Aber zu behaupten, daß wir alle Menschen gleichmachen wollen, ist eine nichts sagende Phrase und die dumme Erfindung eines Intellektuellen.“¹

Offenbar klar.

Die bürgerlichen Schriftsteller stellen gern den marxistischen Sozialismus als alte zaristische Kaserne hin, wo alles dem „Prinzip“ der Gleichmacherei unterworfen ist. Aber die Marxisten können nicht die Verantwortung für die Unwissenheit und den Stumpfsinn der bürgerlichen Schriftsteller übernehmen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verwirrung der Anschauungen bei einzelnen Parteimitgliedern in bezug auf den marxistischen Sozialismus und die Begeisterung für die Gleichmachertendenzen der landwirtschaftlichen Kommunen auf ein Haar genau den kleinbürgerlichen Anschauungen unserer „radikalen“ Hohlköpfe ähnlich sehen, bei denen die Idealisierung der landwirtschaftlichen Kommunen eine Zeitlang so weit ging, daß sie sogar in den Werken und Fabriken Kommunen zu schaffen versuchten, wo die qualifizierten und unqualifizierten Arbeiter, jeder in seinem Beruf arbeitend, den Arbeitslohn zusammenlegen und untereinander gleichmäßig aufteilen mußten. Es ist bekannt, welchen Schaden diese kindischen gleichmacherischen Uebungen der „radikalen“ Tölpel unserer Industrie zugefügt haben.

Wie man sieht, haben die Ueberreste der Ideologien der zerschlagenen parteifeindlichen Gruppen eine ziemlich große Lebensfähigkeit.

Es ist klar: wenn diese „radikalen“ Anschauungen in der Partei triumphiert hätten, dann hätte die Partei aufgehört, eine marxistische Partei zu sein, und die Kollektivisierungsbewegung wäre vollständig desorganisiert worden.

(Stalin: Bericht des ZK an den XVII. Parteitag, S. 73 ff.)

¹ Rede Lenins: „Wie man das Volk mit den Losungen der Freiheit und Gleichheit betrügt“.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Die Agrar- und Bauernfrage im Marxismus-Leninismus	3
1. Die Fragestellung bei Stalin	3
2. Die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft	5
3. Die Schicksale der kleinen Bauernwirtschaft unter dem Kapitalismus	10
4. Die Schicksale der kleinen Bauernwirtschaft in der Epoche der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus	12
5. Der Marxismus-Leninismus über die zwiespältige Natur des kleinen Warenerzeugers und über den Charakter seines Revolutionarismus	13
6. Das konkret-historische Herangehen an die Frage nach der Rolle der Bauernschaft in den verschiedenen Etappen der Revolution	17
II. Die Agrar- und Bauernfrage in der bürgerlich-demokratischen Revolution	21
1. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft in der Zeit der bürgerlich-demokratischen Revolution	21
2. Zwei Arten von Klassenwidersprüchen im russischen Dorfe am Vorabend der Revolution 1905—1907	24
3. Zwei Wege der Beseitigung der Ueberreste der Leibeigenschaft in der Landwirtschaft und der Kampf des Proletariats im Bündnis mit der Bauernschaft für den revolutionären Weg	27
4. Proletariat und Bauernschaft in der bürgerlich-demokratischen Revolution	30
5. Das Agrarprogramm des Bolschewismus und die Entlarvung des liberal-bürgerlichen Wesens des menschowistischen Programms der Munizipalisierung	33
6. Die Entlarvung des kleinbürgerlichen Wesens des Programms der Sozialrevolutionäre durch Lenin	37
III. Die Agrar- und Bauernfrage während der proletarischen Revolution	41
1. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft während der proletarischen Revolution	41
2. Die Aufgaben des Proletariats gegenüber den verschiedenen Schichten der Bauernschaft in der proletarischen Revolution	43
3. Die Losung des Leninismus zur Bauernfrage in der Periode der proletarischen Revolution und die Verwirklichung dieser Losung in der Oktoberrevolution	49
4. Das Agrarprogramm des Bolschewismus in der proletarischen Revolution	51
IV. Die Bauernschaft unter der Diktatur des Proletariats und die Wege ihrer sozialistischen Umgestaltung	53
1. Stalin über die Leninsche Lehre von der Bauernschaft unter der Sowjetmacht	53
2. Engels über das Verhältnis des Proletariats, das die Macht ergriffen hat, zu den verschiedenen Schichten des Dorfes	58

3. Die dritte Losung des Leninismus zur Bauernfrage und ihre Verwirklichung in der Geschichte der Oktoberrevolution	61
4. Der Kampf gegen den konterrevolutionären Trotzismus und den Rechtsopportunisten in der Frage der Entwicklungswege der Bauernschaft unter der Diktatur des Proletariats	66
A. Der Kampf gegen die trotzkistische Theorie der Unmöglichkeit der Einbeziehung der Bauernschaft in den sozialistischen Aufbau	66
B. Der Kampf gegen die rechtsopportunistische Theorie vom „Selbstlauf“	67
C. Der Kampf gegen die rechtsopportunistische Theorie des Hineinwachsens des Kulaken in den Sozialismus	69
D. Der Kampf gegen die kulakische Theorie der Rechten von der „Stabilität“ der kleinbäuerlichen Wirtschaft und über ihr Hineinwachsen in den Sozialismus	71
5. Das Verhältnis zwischen Proletariat und Bauernschaft in den verschiedenen Etappen der Diktatur des Proletariats	74
A. Das Proletariat und die Bauernschaft in Rußland	74
B. Die Formen des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus	77
V. Die Verwandlung der UdSSR in das Land der größten Landwirtschaftsbetriebe der Welt und die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes in der gegenwärtigen Etappe	81
1. Stalin über die Kollektivisierung als höchste Stufe des Leninischen Genossenschaftsplanes	81
2. Der Uebergang der Hauptmassen der Bauernschaft auf das Gleis der sozialistischen Großwirtschaft und die Verwandlung der UdSSR in das Land der größten Landwirtschaftsbetriebe der Welt	83
A. Der Uebergang der Hauptmassen der Bauernschaft zur Kollektivisierung	83
B. Die Kollektivbauernschaft als Zentralfigur in der Landwirtschaft und feste Stütze im Sowjetdorfe	85
C. Die soziale Natur der Kollektivbauernschaft und die Kollektivwirtschaften als Basis für ihre sozialistische Um- erziehung	87
D. Ueber die Liquidierung des Kulakentums als Klasse	88
E. Die UdSSR — das Land der größten sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe in der Welt	92
F. Der entscheidende und unumstößliche Sieg des Kollektivwirtschaftssystems in der Sowjetunion	93
3. Die Aufgaben der proletarischen Führung des Dorfes in der gegenwärtigen Etappe	98
A. Die neuen Bedingungen im Dorfe und die Aufgaben der proletarischen Führung	98
B. Die Politischen Abteilungen der MTS und der Sowjetgüter als wichtigste Hebel im Kampfe für bolschewistische Kollektivwirtschaften	113
C. Unsere nächste Aufgabe — alle Kollektivwirtschaftler wohlhabend machen	123
D. Stalin über die Aufgabe der Festigung der Artels und die Bedingungen ihrer Umbildung in Kommunen	130

LENINISMUS

LESEHEFTE FÜR SCHULEN UND SELBSTUNTERRICHT

Zusammengestellt aus den Werken der großen Lehrer des Proletariats

HEFT VI

DIE NATIONALE UND KOLONIALE FRAGE



1935

VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR/MOSKAULENINGRAD

I. DIE PROBLEMSTELLUNG DES LENINISMUS IN DER NATIONALEN UND KOLONIALEN FRAGE

1. Genosse Stalin über die Problemstellung des Leninismus in der nationalen und kolo- nialen Frage

In den letzten zwanzig Jahren hat die nationale Frage eine Reihe überaus ernsthafter Wandlungen erfahren. Die nationale Frage in der Periode der II. Internationale und die nationale Frage in der Periode des Leninismus sind bei weitem nicht ein und dasselbe. Sie unterscheiden sich gründlich voneinander, nicht nur ihrem Umfange, sondern auch ihrem inneren Charakter nach.

Früher beschränkte sich die nationale Frage gewöhnlich auf einen engen Kreis von Fragen, die hauptsächlich die „Kulturvölker“ betrafen. Irländer, Ungarn, Polen, Finnen, Serben und einige andere Nationalitäten Europas — das war der Kreis der nicht vollberechtigten Völker, deren Schicksale die Helden der II. Internationale interessierten. Die Dutzende und Hunderte von Millionen zählenden Völker Asiens und Afrikas, die unter der nationalen Bedrückung in ihrer rohesten und härtesten Form zu leiden haben, blieben in der Regel außerhalb des Gesichtsfeldes. Man konnte sich nicht entschließen, Weiße und Farbige, „Zivilisierte“ und „Unzivilisierte“ nebeneinander zu stellen. Zwei bis drei nichtssagende, sauer-süße Resolutionen, die die Frage der Befreiung der Kolonien sorgfältig umgingen — das ist alles, womit die Führer der II. Internationale renommieren konnten. Gegenwärtig muß diese Zwiespältigkeit und Halbheit in der nationalen Frage als liquidiert betrachtet werden. Der Leninismus enthüllte dieses schreiende Mißverhältnis, zerstörte die Scheidewand zwischen Weißen und Farbigen, zwischen Europäern und Asiaten, zwischen den „zivilisierten“ und „unzivilisierten“ Sklaven des Imperialismus und verknüpfte somit die nationale Frage mit der Frage der Kolonien. Dadurch wurde die nationale

Frage aus einer isolierten und innerstaatlichen Frage zu einer allgemeinen und internationalen, zur Weltfrage der Befreiung der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien vom Joche des Imperialismus.

Früher wurde das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen in der Regel falsch interpretiert und nicht selten auf das Recht der Nationen auf Autonomie reduziert. Manche Führer der II. Internationale gingen sogar so weit, daß sie aus dem Selbstbestimmungsrecht ein Recht auf kulturelle Autonomie machten, d. h. das Recht der unterdrückten Nationen, ihre eigenen kulturellen Einrichtungen zu besitzen, wobei aber die gesamte politische Macht in den Händen der herrschenden Nation belassen wird. Dieser Umstand führte dazu, daß die Idee des Selbstbestimmungsrechtes Gefahr lief, sich aus einer Waffe gegen Annexionen in ein Werkzeug zu ihrer Rechtfertigung zu verwandeln. Gegenwärtig muß dieser Wirrwarr als überwunden betrachtet werden. Der Leninismus erweiterte den Begriff der Selbstbestimmung, indem er ihn auslegte als Recht der unterdrückten Völker der abhängigen Länder und der Kolonien auf völlige Lostrennung, als Recht der Nationen auf selbständige staatliche Existenz. Damit war die Möglichkeit der Rechtfertigung von Annexionen durch Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes als eines Rechtes auf Autonomie ausgeschlossen. Das Prinzip der Selbstbestimmung selbst wurde somit aus einem Werkzeug zur Täuschung der Massen, das es in den Händen der Sozialchauvinisten während des imperialistischen Krieges zweifellos gewesen war, zu einem Werkzeug zur Entlarvung aller möglichen imperialistischen Gelüste und chauvinistischen Machinationen, zu einem Werkzeug der politischen Aufklärung der Massen im Geiste des Internationalismus.

Früher wurde die Frage der unterdrückten Nationen in der Regel als rein rechtliche Frage behandelt. Feierliche Proklamation der „nationalen Gleichberechtigung“, unzählige Deklarationen über die „Gleichheit der Nationen“, damit beschäftigten sich die Parteien der II. Internationale, die die Tatsache vertuschen, daß die „Gleichheit der Nationen“ unter der Herrschaft des Imperialismus, wo eine Gruppe Nationen (die Minderheit) von der Ausbeutung der anderen Gruppe lebt, eine Verhöhnung der unterdrückten Völker ist. Heute muß dieser bürgerlich-rechtliche Standpunkt in der nationalen Frage als entlarvt betrachtet werden. Der Leninismus hat die nationale Frage aus

den Himmelshöhen vielverheißender Deklarationen auf die Erde heruntergezogen, indem er erklärte, daß Deklarationen von der „Gleichheit der Nationen“, die von seiten der proletarischen Parteien nicht bekräftigt werden durch direkte Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker, hohle und falsche Deklarationen sind. Damit wurde die Frage der unterdrückten Nationen zur Frage der Unterstützung, der wirklichen und ständigen Hilfe für die unterdrückten Völker in ihrem Kampfe gegen den Imperialismus, für die wirkliche Gleichheit der Nationen und für ihre selbständige staatliche Existenz.

Früher wurde die nationale Frage reformistisch behandelt als isolierte, selbständige Frage, ohne Zusammenhang mit der allgemeinen Frage der Macht des Kapitals, des Sturzes des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Stillschweigend wurde vorausgesetzt, daß der Sieg des Proletariats in Europa möglich sei ohne direktes Bündnis mit der Befreiungsbewegung in den Kolonien, daß die Lösung der nationalen und kolonialen Frage im stillen, „von selbst“ durchgeführt werden könne, abseits von der großen Heerstraße der proletarischen Revolution, ohne revolutionären Kampf gegen den Imperialismus. Dieser anti-revolutionäre Standpunkt muß heute als enthüllt betrachtet werden. Der Leninismus wies nach, und der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland bestätigten, daß die nationale Frage nur im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf ihrem Boden gelöst werden kann, daß der Weg zum Sieg der Revolution im Westen über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Staaten gegen den Imperialismus führt. Die nationale Frage ist ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, ein Teil der Frage der Diktatur des Proletariats.

Die Frage steht so: sind die revolutionären Möglichkeiten innerhalb der revolutionären Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder *bereits erschöpft* oder nicht — und wenn nicht, besteht die Hoffnung, diese Möglichkeiten für die proletarische Revolution auszunutzen, die abhängigen Staaten und Kolonialländer aus einer Reserve der imperialistischen Bourgeoisie zu einer Reserve des revolutionären Proletariats, zu seinem Verbündeten zu machen?

Der Leninismus beantwortet diese Frage mit Ja, d. h. er erkennt an, daß die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Länder revolutionäre Potenzen in sich birgt, die zum

Sturze des gemeinsamen Feindes, zum Sturz des Imperialismus ausgenützt werden können. Die Mechanik der Entwicklung des Imperialismus, der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland, bestätigen vollkommen die diesbezüglichen Schlußfolgerungen des Leninismus.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Proletariat die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten und abhängigen Völker aufs entschiedenste und aktivste unterstützt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß das Proletariat *jede* nationale Bewegung, immer und überall, in jedem einzelnen konkreten Falle unterstützen muß. Es handelt sich um die Unterstützung solcher nationalen Bewegungen, die auf die Schwächung und den Sturz des Imperialismus und nicht auf seine Festigung und Erhaltung gerichtet sind. Es gibt Fälle, wo die nationalen Bewegungen einzelner unterdrückter Länder mit den Interessen der Entwicklung der proletarischen Bewegung in Widerspruch geraten. Es ist selbstverständlich, daß in solchen Fällen von einer Unterstützung keine Rede sein kann. Die Frage der Rechte der Nationen ist keine isolierte, für sich allein bestehende Frage, sondern ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, der dem Ganzen untergeordnet ist und vom Standpunkt des Ganzen aus betrachtet werden muß. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war Marx für die nationale Bewegung der Polen und Ungarn, gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslawen. Warum? Weil die Tschechen und Südslawen damals „reaktionäre Völker“ waren, „russische Vorposten“ in Europa, Vorposten des Absolutismus, während die Polen und Ungarn „revolutionäre Völker“ waren, die gegen den Absolutismus kämpften; weil die Unterstützung der nationalen Bewegung der Tschechen und der Südslawen damals die indirekte Unterstützung des Zarismus, des gefährlichsten Feindes der revolutionären Bewegung in Europa bedeutete.

„Die einzelnen Forderungen der Demokratie“, sagt Lenin, „darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein *Teilchen* der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) *Weltbewegung*. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen.“ (Sämtliche Werke, Bd. XIX, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, S. 319.)

So verhält es sich mit der Frage der einzelnen nationalen Bewegungen, des möglichen reaktionären Charakters dieser Bewegungen, wenn man sie natürlich nicht formell, nicht vom

Standpunkt abstrakter Rechte, sondern konkret, vom Standpunkt der Interessen der revolutionären Bewegung betrachtet.

Das gleiche muß auch vom revolutionären Charakter der nationalen Bewegung überhaupt gesagt werden. Der zweifellos revolutionäre Charakter der überwältigenden Mehrheit der nationalen Bewegungen ist ebenso relativ und eigenartig, wie der mögliche reaktionäre Charakter einzelner nationaler Bewegungen relativ und eigenartig ist. Der revolutionäre Charakter der nationalen Bewegung unter den Verhältnissen der imperialistischen Unterdrückung setzt durchaus nicht das Vorhandensein von proletarischen Elementen in der Bewegung, eines revolutionären oder republikanischen Programms und einer demokratischen Grundlage der Bewegung voraus. Der Kampf des Emirs von Afghanistan um die Unabhängigkeit Afghanistans ist objektiv ein *revolutionärer* Kampf, trotz der monarchistischen Ansichten des Emirs und seiner Anhänger, denn dieser Kampf schwächt, zersetzt, unterhöhlt den Imperialismus, während der Kampf solcher „verbissener“ Demokraten und „Sozialisten“, „Revolutionäre“ und Republikaner wie z. B. Kerenski und Zereteli, Renaudel und Scheidemann, Tschernow und Dan, Henderson und Clynes während des imperialistischen Krieges ein *reaktionärer* Kampf war, denn sein Ergebnis war die Beschönigung, die Festigung und der Sieg des Imperialismus. Der Kampf der ägyptischen Kaufleute und der bürgerlichen Intellektuellen um die Unabhängigkeit Aegyptens ist aus denselben Gründen objektiv ein *revolutionärer* Kampf, trotz des bürgerlichen Ursprungs und des bürgerlichen Berufs der Führer der ägyptischen nationalen Bewegung, trotz des Umstandes, daß sie gegen den Sozialismus sind, während der Kampf der englischen Arbeiterregierung für die Aufrechterhaltung der Abhängigkeit Aegyptens aus denselben Gründen ein *reaktionärer* Kampf ist, trotz der proletarischen Herkunft und des proletarischen Berufs der Mitglieder dieser Regierung und trotz des Umstandes, daß diese „für“ den Sozialismus sind. Ich spreche schon gar nicht von der nationalen Bewegung der anderen größeren kolonialen und abhängigen Länder, wie Indien und China, in welchen jeder Schritt auf dem Weg zu ihrer Befreiung — auch wenn er gegen die Forderungen der formalen Demokratie verstößt — ein schwerer Hammerschlag gegen den Imperialismus, d. h. ein zweifellos *revolutionärer* Schritt ist.

Lenin hat recht, wenn er sagt, daß man die nationale Be-

wegung der unterdrückten Länder nicht vom Standpunkt der formalen Demokratie, sondern vom Standpunkt der wirklichen Resultate in der allgemeinen Bilanz des Kampfes gegen den Imperialismus betrachten muß, d. h. „nicht isoliert, sondern im Weltausmaße“ (Bd. XIX, S. 318).

(Stalin, Probleme des Leninismus, Erste Folge. „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 68 ff. 1924.)

2. „Was ist Nation und nationale Bewegung?“

I. Die Nation

Was ist eine Nation?

Eine Nation ist vor allem eine Gemeinschaft, eine bestimmte Gemeinschaft von Menschen.

Diese Gemeinschaft ist keine Rassengemeinschaft und keine Stammesgemeinschaft. Die heutige italienische Nation hat sich aus Römern, Germanen, Etruskern, Griechen, Arabern usw. gebildet.

Die französische Nation ist aus Galliern, Römern, Briten, Germanen usw. entstanden. Dasselbe muß man von den Engländern, Deutschen usw. sagen, die alle aus Menschen verschiedener Rassen und Stämmen zu Nationen wurden.

Die Nation ist also keine Rassen- und Stammesgemeinschaft, sondern eine historisch entstandene Gemeinschaft von Menschen.

Andererseits aber steht außer Zweifel, daß die großen Staatengebilde Cyrus' oder Alexanders nicht Nationen genannt werden können, obwohl sie sich historisch und aus verschiedenen Stämmen und Rassen gebildet hatten. Das waren keine Nationen, sondern zufällige und schwach verbundene Konglomerate, die auseinanderfielen oder sich vereinigten je nach den Erfolgen oder Niederlagen dieses oder jenes Eroberers.

Die Nation ist somit kein zufälliges und ephemeres Konglomerat, sondern eine stabile Gemeinschaft von Menschen.

Aber nicht jede stabile Gemeinschaft bildet eine Nation. Oesterreich und Rußland sind auch stabile Gemeinschaften, aber niemand wird sie Nationen nennen. Wodurch unterscheidet sich eine nationale Gemeinschaft von einer Staatsgemeinschaft? Unter anderem dadurch, daß eine nationale Gemeinschaft

undenkbar ist ohne eine gemeinsame Sprache, während für den Staat eine gemeinsame Sprache nicht unbedingt notwendig ist. Die tschechische Nation in Oesterreich und die polnische in Rußland wären unmöglich ohne eine für sie gemeinsame Sprache, während die Integrität Rußlands und Oesterreichs nicht dadurch behindert wird, daß in ihnen eine ganze Reihe von Sprachen besteht. Wir meinen natürlich Sprachen, die das Volk spricht, und nicht die offizielle Amtssprache.

Also *Gemeinschaft der Sprache* als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Das heißt natürlich nicht, daß verschiedene Nationen immer und überall verschiedene Sprachen sprechen oder daß alle, die sich ein und derselben Sprache bedienen, unbedingt eine Nation bilden. *Gemeinsame Sprache* für jede Nation, aber nicht unbedingt verschiedene Sprachen für verschiedene Nationen. Es gibt keine Nation, die gleichzeitig verschiedene Sprachen spricht, aber das bedeutet noch nicht, daß es nicht zwei Nationen geben kann, die dieselbe Sprache sprechen. Die Engländer und die Nordamerikaner sprechen ein und dieselbe Sprache, und bilden dennoch keine gemeinsame Nation. Dasselbe gilt von den Norwegern und Dänen, von den Engländern und Iren.

Aber warum bilden beispielsweise die Engländer und Nordamerikaner keine gemeinsame Nation, trotzdem sie dieselbe Sprache sprechen?

Vor allem deswegen, weil sie nicht zusammen, sondern auf verschiedenen Territorien leben. Die Nation entsteht nur als Ergebnis eines längeren und regulären Verkehrs, als Ergebnis eines gemeinsamen Lebens der Menschen von Generation zu Generation. Ein längeres gemeinsames Leben ist aber unmöglich ohne ein gemeinsames Territorium. Engländer und Amerikaner bewohnten früher ein Territorium, England, und bildeten *eine* Nation. Dann siedelte ein Teil der Engländer aus England in ein neues Territorium über, nach Amerika, und bildete hier, auf dem neuen Territorium, mit der Zeit eine neue, die nordamerikanische Nation. Verschiedene Territorien haben zur Bildung verschiedener Nationen geführt.

Also, *Gemeinschaft des Territoriums* als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Aber das ist noch nicht alles. Gemeinschaft des Territoriums schafft an sich noch keine Nation. Dazu ist außerdem ein innerer wirtschaftlicher Zusammenhang nötig, der die einzelnen

Teile der Nation zu einem Ganzen zusammenschweißt. Zwischen England und Nordamerika besteht kein solcher Zusammenhang, darum bilden sie zwei verschiedene Nationen. Aber auch die Nordamerikaner würden nicht den Namen einer Nation verdienen, wenn die einzelnen Winkel Nordamerikas nicht untereinander zu einem wirtschaftlichen Ganzen verbunden wären durch die Arbeitsteilung unter ihnen, durch die Entwicklung der Verkehrswege usw.

Nehmen wir beispielsweise die Georgier. Die Georgier der Zeit vor der Reform lebten auf einem gemeinsamen Territorium und sprachen ein und dieselbe Sprache, und dennoch bildeten sie, streng genommen, keine einheitliche Nation, da sie in eine ganze Reihe voneinander getrennter Fürstentümer zersplittert, kein gemeinsames Wirtschaftsleben führen konnten, sich untereinander jahrhundertlang befehdeten, sich gegenseitig ruinieren, die Perser und Türken aufeinanderhetzten. Die flüchtige und zufällige Vereinigung der Fürstentümer, die manchmal irgendeinem vom Glück begünstigten Kaiser gelang, berührte bestenfalls nur oberflächlich die Verwaltungssphäre, zerschellte bald an den Launen der Fürsten und der Gleichgültigkeit der Bauern. Anders konnte es bei der wirtschaftlichen Zersplitterung Georgiens gar nicht sein. Georgien als Nation trat erst in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts in Erscheinung, als der Fall der Leibeigenschaft und das Wachstum des wirtschaftlichen Lebens des Landes, die Entwicklung der Verkehrswege und die Entstehung des Kapitalismus eine Arbeitsteilung unter den einzelnen Gebieten Georgiens herbeiführten, die wirtschaftliche Abgeschlossenheit der Fürstentümer endgültig untergruben und sie zu einem Ganzen zusammenfügten.

Dasselbe kann man auch von anderen Nationen sagen, die aus dem Stadium des Feudalismus heraustraten und den Kapitalismus bei sich entfalteten.

Also *Gemeinschaft des Wirtschaftslebens, wirtschaftliche Verbundenheit* als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Aber auch das ist noch nicht alles. Außer allem Gesagten müssen noch die Besonderheiten der geistigen Physiognomie der Menschen berücksichtigt werden, die zu einer Nation vereinigt sind. Nationen unterscheiden sich voneinander nicht nur durch ihre Lebensbedingungen, sondern auch durch ihre geistige Physiognomie, die sich in den Besonderheiten der nationa-

len Kultur ausdrückt. Wenn Engländer, Nordamerikaner und Irländer, die dieselbe Sprache sprechen, dennoch drei verschiedene Nationen bilden, so spielt hierin eine nicht geringe Rolle jene besondere Geistesart, die sich bei ihnen von Generation zu Generation infolge ungleicher Existenzbedingungen herausgearbeitet hat.

An und für sich ist natürlich die Geistesart oder, wie sie anders genannt wird, der „nationale Charakter“ etwas für den Beobachter nicht Erfassbares, insofern er sich aber in der Eigenart der gemeinsamen Kultur der Nation ausdrückt, ist er erfassbar und darf nicht ignoriert werden.

Es erübrigt sich zu sagen, daß der „nationale Charakter“ nicht etwas ein für allemal Gegebenes ist, sondern sich zusammen mit den Lebensverhältnissen ändert; da er aber in jedem gegebenen Augenblick existiert, drückt er der Physiognomie der Nation seinen Stempel auf.

Also *Gemeinschaft der Geistesart*, die sich in der Kulturgemeinschaft ausdrückt, als eines der charakteristischen Merkmale der Nation.

Somit haben wir alle Merkmale der Nation erschöpft.

Die Nation ist eine historisch entstandene, stabile Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der in der Kulturgemeinschaft zum Ausdruck kommenden Geistesart.

Dabei versteht sich von selbst, daß die Nation, wie jede historische Erscheinung, dem Gesetz der Veränderung unterworfen ist, ihre Geschichte, ihren Anfang und ihr Ende hat.

Es muß hervorgehoben werden, daß keines der angeführten Merkmale, einzeln genommen, zur Definition des Begriffes Nation ausreicht. Mehr noch: es genügt, daß auch nur eines dieser Merkmale fehlt, damit die Nation aufhört, Nation zu sein.

Man kann sich Menschen mit gemeinsamem „Nationalcharakter“ vorstellen, ohne sagen zu können, daß sie eine Nation bilden, wenn sie wirtschaftlich getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben, verschiedene Sprachen sprechen usw. Das gilt beispielsweise für die russischen, galizischen, amerikanischen, georgischen Juden, für die Bergjuden, die unseres Erachtens keine einheitliche Nation bilden.

Man kann sich Menschen vorstellen mit einem gemeinsamen Territorium und Wirtschaftsleben, aber ohne gemeinsame Sprache und gemeinsamen „nationalen Charakter“ werden sie den-

noch keine gemeinsame Nation bilden. Dies gilt z. B. von den Deutschen und Letten im Baltikum.

Schließlich sprechen Norweger und Dänen eine Sprache, bilden aber keine einheitliche Nation, weil die anderen Merkmale fehlen.

Nur das Vorhandensein aller Merkmale zusammengenommen ergibt eine Nation.

Es mag scheinen, daß der „nationale Charakter“ nicht eines der Merkmale, sondern das *einzig* wesentliche Merkmal der Nation sei, während die übrigen Merkmale eigentlich nur Entwicklungsbedingungen der Nation und nicht ihre Merkmale bilden. Auf diesem Standpunkt stehen beispielsweise die in Oesterreich bekannten sozialdemokratischen Theoretiker der Nationalitätenfrage R. Springer und besonders O. Bauer.

Betrachten wir ihre Theorie von der Nation.

Springer bestimmt die Nation folgendermaßen:

„Die Nation ist ein Verband gleichdenkender und gleichredender Personen, eine Kulturgemeinschaft moderner Menschen, die nicht mehr an die Scholle gebunden sind¹.“ (Kursiv von uns. J. St.)

Also ein „Verband“ gleichdenkender und gleichredender Personen, wie weit sie auch voneinander getrennt seien, wo sie auch leben mögen.

Bauer geht noch weiter.

„Was ist eine Nation?“ fragt er. „Ist es die Gemeinschaft der Sprache, die die Menschen zu einer Nation macht? Aber Engländer und Iren... sprechen dieselbe Sprache und sind darum doch nicht ein Volk, die Juden haben keine gemeinsame Sprache und sind darum doch eine Nation².“

Was ist denn nun die Nation?

„Die Nation ist eine relative Charaktergemeinschaft³.“

Was ist aber der Charakter, in diesem Falle der nationale Charakter?

„... Summe der Merkmale, die die Menschen der einen Nationalität von den Menschen einer anderen Nationalität unterscheiden, der Komplex der körperlichen und geistigen Merkmale, der eine Nation von der anderen scheidet⁴.“

¹ R. Springer, „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“. I. Teil, „Das nationale Problem usw.“, Leipzig und Wien 1902, S. 35.

² O. Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, Wien 1924, S. 2

³ Ebenda, S. 6.

⁴ Ebenda, S. 2.

Bauer weiß natürlich, daß der Nationalcharakter nicht vom Himmel fällt, und fügt deshalb hinzu:

„Der Charakter der Menschen wird vielmehr niemals durch etwas anderes bestimmt, als durch ihr Schicksal...“ „Die Nation ist nie etwas anderes als Schicksalsgemeinschaft“, die ihrerseits bestimmt wird durch „die Bedingungen, unter denen die Menschen ihren Lebensunterhalt produzieren und den Ertrag ihrer Arbeit verteilen¹.“

Somit gelangen wir erst zur „vollständigen“, wie Bauer sagt, Begriffsbestimmung der Nation.

„Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen².“

Also nationale Charaktereigenschaft durch Schicksalsgemeinschaft, die ohne obligatorischen Zusammenhang mit der Gemeinschaft des Territoriums, der Sprache und des Wirtschaftslebens aufgefaßt wird.

Was bleibt dann da von der Nation übrig? Kann noch von einer nationalen Gemeinschaft gesprochen werden bei Menschen, die wirtschaftlich voneinander getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben und von Generation zu Generation verschiedene Sprachen sprechen?

Bauer spricht von den Juden als Nation, obwohl sie „keine gemeinsame Sprache haben³.“ Von welcher „Schicksalsgemeinschaft“ und nationalen Verbundenheit kann z. B. bei den georgischen, daghestanischen, russischen und amerikanischen Juden die Rede sein, die voneinander gänzlich getrennt sind, auf verschiedenen Territorien leben und verschiedene Sprachen sprechen?

Die erwähnten Juden führen zweifellos ein gemeinsames wirtschaftliches und politisches Leben mit den Georgiern, Daghestanern, Russen und Amerikanern, in einer gemeinsamen Kulturatmosphäre. Dies drückt zwangsläufig ihrem Nationalcharakter seinen Stempel auf. Wenn ihnen noch etwas Gemeinsames geblieben ist, so sind das Religion, gemeinsame Abstammung und einige Reste des Nationalcharakters. Dies alles steht außer Zweifel. Aber wie kann man ernstlich behaupten, daß die verknöcherten Rituale und die sich verflüchtigenden psychologischen Traditionen auf das „Schicksal“ der erwähnten Juden stärker einwirken, als das sie umgebende lebendige sozialökonomische und kulturelle Milieu? Aber nur wenn man dies

¹ Ebenda, S. 24.

² Ebenda, S. 125.

³ Ebenda, S. 2.

annimmt, kann man von den Juden schlechthin als von einer einheitlichen Nation sprechen.

Worin unterscheidet sich dann Bauers Nation vom mystischen, sich selbst genügenden „Nationalgeist“ der Spiritualisten?

Bauer schafft eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem „Unterscheidungsmerkmal“ der Nation (dem Nationalcharakter) und den „Bedingungen“ ihres Lebens, indem er beide voneinander trennt. Was ist aber der Nationalcharakter anderes als die Widerspiegelung der Lebensbedingungen, als ein Niederschlag von Eindrücken, die aus der Umgebung aufgenommen wurden? Wie kann man sich nur auf den Nationalcharakter beschränken und ihn von dem Boden, dem er entwachsen, trennen?

Weiter, wodurch soll sich eigentlich die englische Nation von der nordamerikanischen am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts unterschieden haben, als Nordamerika noch „Neu-England“ hieß?

Natürlich nicht durch den Nationalcharakter, denn die Nordamerikaner stammen ja aus England, sie brachten aus der alten Heimat neben der englischen Sprache auch den englischen Nationalcharakter mit, den sie natürlich nicht so rasch verlieren konnten, obwohl sich unter dem Einfluß der neuen Bedingungen bei ihnen ein besonderer Charakter ausbilden mußte. Und dennoch bildeten sie damals schon, trotz ihrer größeren oder geringeren Charaktergemeinschaft, eine von England gesonderte Nation. Offenbar unterschied sich damals „Neu-England“ als Nation von England nicht durch einen besonderen Nationalcharakter oder nicht so sehr durch den Nationalcharakter, als durch die von England verschiedene Umgebung, verschiedene Lebensbedingungen.

Somit steht fest, daß in der Wirklichkeit kein Merkmal besteht, das allein an sich die Nation charakterisiert. Es besteht nur eine Summe von Merkmalen, aus denen bei der Gegenüberstellung der Nationen bald ein Merkmal (Nationalcharakter) bald ein zweites (Sprache), bald ein drittes (Territorium, wirtschaftliche Verbindungen) hervorspringt. Die Nation ist eine Kombination aller Merkmale zusammengekommen.

Bauers Auffassung, die die Nation mit dem Nationalcharakter identifiziert, löst die Nation von ihrem Boden los und verwandelt sie in eine sich selbst genügende Kraft. Es ergibt sich keine lebendige, wirkende Nation, sondern etwas Mystisches, Unfaßbares und Jenseitiges. Denn was ist das beispielsweise für

eine jüdische Nation, wiederhole ich, die aus georgischen, daghestanischen, russischen, amerikanischen und anderen Juden besteht, deren Mitglieder einander nicht verstehen (da sie verschiedene Sprachen sprechen), in verschiedenen Teilen des Erdballs leben, sich niemals sehen werden, niemals, weder im Frieden, noch im Kriege, gemeinsam hervortreten?! Nein, nicht für solche papierne „Nationen“ stellt die Sozialdemokratie ihr nationales Programm auf. Sie kann nur mit wirklichen, wirkenden und sich bewegenden Nationen rechnen, die es daher durchzusetzen verstehen, daß man mit ihnen rechnet.

Bauer verwechselt offenbar *die Nation* als historische Kategorie mit dem *Volksstamm*, der eine ethnographische Kategorie darstellt.

Bauer fühlt übrigens scheinbar selbst die Schwäche seiner Position. Wenn er am Anfang seines Buches die Juden nachdrücklich für eine Nation erklärt¹, so korrigiert er sich am Ende des Buches, indem er erklärt, „die kapitalistische Gesellschaft läßt sie (die Juden) überhaupt nicht als Nation bestehen²“, da sie sie der Assimilierung mit anderen Nationen preisgibt. Die Ursache sei die, daß „die Juden kein geschlossenes Siedlungsgebiet haben³“ —, während beispielsweise die Tschechen ein solches Siedlungsgebiet haben und deshalb nach Bauer als Nation weiterbestehen müssen. Kurz: die Ursache ist das Fehlen eines Territoriums.

Mit diesem Gedankengang wollte Bauer beweisen, daß „die nationale Autonomie nicht die Forderung der jüdischen Arbeiter sein kann⁴“. Aber damit stieß er unwillkürlich seine eigene Theorie um, die die Gemeinschaft des Territoriums als eines der Merkmale der Nation leugnet.

Aber Bauer geht weiter. Am Anfang seines Buches erklärt er entschieden: „Die Juden haben keine *gemeinsame* Sprache und sind darum doch eine *Nation*⁵.“ Aber 120 Seiten weiter hat er bereits die Front gewechselt und erklärt ebenso entschieden:

„Keine Nation ist möglich ohne gemeinsame Sprache⁶.“ (Kursiv von uns. J. St.)

¹ Ebenda, S. 2.

² Ebenda, S. 373.

³ Ebenda, S. 373.

⁴ Ebenda, S. 379.

⁵ Ebenda, S. 2.

⁶ Ebenda, S. 126.

Bauer wollte hier beweisen, daß „die Sprache das wichtigste Werkzeug menschlichen Verkehrs ist¹.“ Aber damit bewies er unwillkürlich auch das, was zu beweisen gar nicht seine Absicht war, nämlich die Unhaltbarkeit seiner eigenen Theorie der Nation, einer Theorie, die die Bedeutung der Sprachgemeinschaft leugnet.

Die mit idealistischen Fäden genährte Theorie widerlegt sich somit selbst.

II. Die nationale Bewegung

Die Nation ist nicht einfach eine historische Kategorie, sondern eine historische Kategorie einer bestimmten Epoche, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozeß der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig ein Prozeß des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. So geschah es z. B. in Westeuropa: die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener usw. haben sich zu Nationen zusammengeschlossen unter dem siegreichen Vormarsch des Kapitalismus, der über die feudale Zersplitterung triumphierte.

Aber die Bildung von Nationen bedeutete dort gleichzeitig ihre Verwandlung in selbständige nationale Staaten. Die englische, französische usw. Nation stellt gleichzeitig den englischen, französischen usw. Staat dar. Irland, das außerhalb dieses Prozesses geblieben ist, ändert nichts am allgemeinen Bild.

Etwas anders verhalten sich die Dinge in Osteuropa. Während sich im Westen die Nationen zu Staaten entwickelten, bildeten sich im Osten Nationalitätenstaaten, die sich aus mehreren Nationalitäten zusammensetzen. Solche Staaten sind Oesterreich-Ungarn und Rußland. In Oesterreich erwiesen sich die Deutschen politisch am entwickeltsten, sie nahmen auch die Sache des Zusammenschlusses der österreichischen Nationalitäten zu einem Staat auf sich. In Ungarn erwiesen sich die Magyaren, der Kern der Nationalitäten Ungarns, am fähigsten zur Staatsbildung, und sind deshalb die Vereiniger Ungarns. In Rußland übernahmen die Rolle des Vereinigers der Nationalitäten die Großrussen, die an ihrer Spitze eine im Verlauf der Geschichte

¹ Ebenda, S. 126.

entstandene starke und organisierte Adels- und Militärbürokratie hatten.

So verliefen die Dinge im Osten.

Diese eigenartige Form der Staatenbildung konnte sich nur unter den Verhältnissen eines noch nicht liquidierten Feudalismus, unter den Verhältnissen eines schwach entwickelten Kapitalismus ergeben, als die in den Hintergrund gedrängten kleinen und rückständigen Nationalitäten sich ökonomisch noch nicht zu einheitlichen Nationen konsolidiert hatten.

Aber der Kapitalismus beginnt sich auch in den Oststaaten zu entwickeln. Der Handel und die Verkehrswege entwickeln sich. Es entstehen Großstädte. Die Nationen schließen sich ökonomisch zusammen. Der in das ruhige Leben der zurückgedrängten Nationalitäten hereingebrochene Kapitalismus rüttelt sie auf und bringt sie in Bewegung. Die Entwicklung der Presse und des Theaters, der Tätigkeit des Reichsrats (in Oesterreich) und der Duma (in Rußland) trägt zur Stärkung der „nationalen Gesinnung“ bei. Die aufkommende Intelligenz wird von der „nationalen Idee“ durchdrungen und wirkt in derselben Richtung.

Aber die zurückgedrängten Nationen, zu selbständigem Leben erwacht, werden schon keine unabhängigen Nationalstaaten: sie stoßen in ihrer Entwicklungsbahn auf stärksten Widerstand der führenden Schichten der herrschenden Nationen, die schon seit langem an der Spitze des Staates stehen. Sie sind zu spät gekommen!...

So entwickeln sich zu Nationen die Tschechen, Polen usw. in Oesterreich, die Kroaten usw. in Ungarn; die Letten, Litauer, Ukrainer, Georgier, Armenier usw. in Rußland. Was in Westeuropa Ausnahme war (Irland) wird im Osten zur Regel.

Im Westen antwortete Irland auf seine Ausnahmestellung mit einer nationalen Bewegung. Im Osten mußten die erwachten Nationen dasselbe tun.

So entstanden die Verhältnisse, die die jungen Nationen Osteuropas zum Kampfe trieben.

Der Kampf begann und entbrannte eigentlich nicht unter den Nationen als Ganzes, sondern unter den herrschenden Klassen der kommandierenden und der zurückgedrängten Nationen. Den Kampf führt gewöhnlich entweder das städtische Kleinbürgertum der unterdrückten Nation gegen die Großbourgeoisie (Tschechen und Deutsche) oder die ländliche Bourgeoisie der unterdrückten Nation gegen die Gutsbesitzer der herrschenden

Nation (Ukrainer in Polen) oder aber die gesamte „nationale“ Bourgeoisie der unterdrückten Nationen gegen den herrschenden Adel der kommandierenden Nation (Polen, Litauen, Ukraine in Rußland).

Die Bourgeoisie ist die handelnde Hauptperson.

Die Hauptfrage für die junge Bourgeoisie ist der Markt. Absatz ihrer Waren und Sieg im Konkurrenzkampf mit der Bourgeoisie der anderen Nationalität — das ist ihr Ziel. Daher ihr Wunsch, sich ihren „eigenen“, „heimatlichen“ Markt zu sichern. Der Markt ist die erste Schule, in der die Bourgeoisie Nationalismus lernt.

Aber die Dinge beschränken sich gewöhnlich nicht auf den Markt. Die halbfeudale, halbbürgerliche Bürokratie der herrschenden Nation mischt sich mit ihren Methoden „Arretieren“ und „Maulhalten!“ in den Kampf ein. Die Bourgeoisie der kommandierenden Nation — einerlei ob Klein- oder Großbourgeoisie — erhält die Möglichkeit „rascher“ und „entschiedener“ mit ihren Konkurrenten fertig zu werden. Die „Kräfte“ vereinigen sich, und es beginnt eine ganze Kette von Beschränkungsmaßnahmen gegen die „fremdstämmige“ Bourgeoisie, die in Repressionen übergehen. Aus der Wirtschaftssphäre greift der Kampf in die politische Sphäre über. Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Knebelung der Sprache, Schmälerung der Wahlrechte, Verminderung der Zahl der Schulen, religiöse Einschränkungen usw. — all das regnet nur so auf die Köpfe des „Konkurrenten“ herab. Solche Maßnahmen verteidigen natürlich nicht nur die Interessen der bürgerlichen Klassen der kommandierenden Nation, sondern auch die spezifischen, sozusagen kastenmäßigen Ziele der regierenden Bürokratie. Jedoch vom Standpunkt der Resultate ist dies völlig gleichgültig: die bürgerlichen Klassen und die Bürokratie gehen in diesem Falle Hand in Hand, sei es nun in Oesterreich-Ungarn oder in Rußland.

Die von allen Seiten bedrängte Bourgeoisie der unterdrückten Nation gerät naturgemäß in Bewegung. Sie appelliert an die „breiten Massen der Nation“, beginnt vom „Vaterland“ zu schreien und gibt ihre eigene Sache für die allgemeine Volkssache aus. Sie wirbt sich eine Armee aus den „Volksgenossen“ an im Interesse... des „Vaterlandes“. Und die „Massen“ bleiben nicht immer taub gegenüber ihrem Werben, scharen sich um ihr Banner, die Repressionen von oben berühren auch sie und erregen ihre Unzufriedenheit.

So beginnt die nationale Bewegung.

Die Kraft der nationalen Bewegung wird durch den Grad der Beteiligung breiter Volksschichten, des Proletariats und der Bauernschaft bestimmt.

Ob das Proletariat unter das Banner des bürgerlichen Nationalismus treten wird, hängt von dem Grad der Entwicklung der Klassegegensätze ab, vom Klassenbewußtsein und der Organisiertheit des Proletariats. Das klassenbewußte Proletariat hat sein eigenes erprobtes Banner, es braucht nicht unter das Banner der Bourgeoisie zu treten.

Was die Bauern anbetrifft, so hängt ihre Beteiligung an der nationalen Bewegung vor allem vom Charakter der Repressionen ab. Wenn die Repressionen die Interessen der „Scholle“ berühren, wie dies in Irland der Fall war, so treten breite Bauernmassen unverzüglich unter das Banner der nationalen Bewegung.

Wenn es andererseits beispielsweise in Georgien keinen einigermaßen ernsthaften *antirussischen* Nationalismus gibt, so vor allem deswegen, weil es dort keine russischen Gutsbesitzer, keine russische Großbourgeoisie gibt, die für einen solchen Nationalismus in den Massen die Nahrung liefern könnten. In Georgien gibt es einen *antiarmenischen* Nationalismus, und zwar deswegen, weil es dort eine armenische Großbourgeoisie gibt, die die noch nicht erstarkte georgische Kleinbourgeoisie aus dem Felde schlägt und sie zum antiarmenischen Nationalismus drängt.

Entsprechend diesen Faktoren nimmt die nationale Bewegung entweder einen Massencharakter und einen immer größeren Umfang an (Irland, Galizien) oder sie verwandelt sich in eine Kette kleiner Geplänkel, artet in Skandale und einen „Kampf um Firmenschilder“ aus (einige Kleinstädte in Böhmen).

Der Inhalt der nationalen Bewegung kann natürlich nicht überall der gleiche sein: er wird ganz und gar durch die verschiedenartigen Forderungen bestimmt, die von der Bewegung aufgestellt werden. In Irland trägt die Bewegung einen agrarischen Charakter, in Böhmen einen „Sprachencharakter“; hier wird bürgerliche Gleichberechtigung und Freiheit des Glaubensbekenntnisses verlangt, dort eigene Beamte oder ein eigener Landtag. In den verschiedenartigen Forderungen kommen nicht selten die verschiedenartigen Merkmale zum Vorschein, die die Nation überhaupt kennzeichnen (Sprache, Territorium usw.).

Es ist bemerkenswert, daß man nirgends Forderungen begegnet, die den Bauerschen allumfassenden „Nationalcharakter“ betreffen. Das ist auch begreiflich: der „Nationalcharakter“ *an und für sich* ist etwas Unfaßbares und Joseph Strasser bemerkt ganz richtig: „Der Nationalcharakter ... existiert gar nicht, was sollen wir in der Politik ... mit ihm anfangen?“¹

Das sind im allgemeinen die Formen und der Charakter der nationalen Bewegung.

Aus dem Gesagten erhellt, daß der nationale Kampf unter den Bedingungen des *aufsteigenden* Kapitalismus ein Kampf der bürgerlichen Klassen untereinander ist. Manchmal gelingt es der Bourgeoisie, das Proletariat in die Bewegung einzubeziehen und dann nimmt der nationale Kampf *äußerlich* einen „allgemeinen Volkscharakter“ an, aber eben nur äußerlich. *Seinem Wesen nach* bleibt er stets ein bürgerlicher Kampf, der hauptsächlich für die Bourgeoisie vorteilhaft und genehm ist².

Aber daraus folgt durchaus nicht, daß das Proletariat nicht gegen die Politik der Unterdrückung der Nationalitäten kämpfen soll.

Die Beschränkung der Bewegungsfreiheit, der Entzug der Wahlrechte, die Knebelung der Sprache, die Verminderung der Zahl der Schulen und andere Repressionen treffen die Arbeiter in nicht geringerem, wenn nicht größerem Maße als die Bourgeoisie. Solche Zustände können nur die freie Entfaltung der geistigen Kräfte des Proletariats der unterdrückten Nationen hemmen. Man kann nicht ernsthaft von der vollen Entfaltung der geistigen Begabung des tatarischen oder jüdischen Arbeiters sprechen, wenn man ihnen nicht die Möglichkeit gibt, ihre Muttersprache in Versammlungen und bei Vorlesungen zu gebrauchen, wenn ihre Schulen geschlossen werden.

Aber die Politik der nationalen Verfolgungen ist für das Proletariat auch von einer anderen Seite gefährlich. Sie lenkt die Aufmerksamkeit breiter Schichten von den sozialen Fragen, von den Fragen des Klassenkampfes auf nationale Fragen ab, auf „gemeinsame“ Fragen des Proletariats und der Bourgeoisie. Dies

¹ Joseph Strasser, „Der Arbeiter und die Nation“, Reichenberg 1912, S. 33.

² *Anmerkung der Redaktion.* Genosse Stalin charakterisiert die nationale Frage in den Verhältnissen des verwesenden und sterbenden Kapitalismus, des Imperialismus, ihrem Wesen nach als eine Bauernfrage (S. Abschnitt III).

schafft aber einen günstigen Boden für die verlogene Predigt einer „Interessengemeinschaft“, für die Vertuschung der Klasseninteressen des Proletariats, für die geistige Unterjochung der Arbeiter. Dadurch erwächst für den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten ein ernsthaftes Hindernis. Wenn ein bedeutender Teil der polnischen Arbeiter bis jetzt abseits von der internationalen Arbeiterbewegung steht, wenn er noch immer im geistigen Joch der bürgerlichen Nationalisten verharret, so hauptsächlich deswegen, weil die von jeher antipolnische Politik der „Machthaber“ den Boden für ein solches Joch schafft, weil sie die Befreiung der Arbeiter aus diesem Joch erschwert.

Aber die Politik der Verfolgungen beschränkt sich nicht darauf. Vom „System“ der *Unterdrückung* geht sie nicht selten über zum „System“ der *Verhetzung* der Nationen, zum „System“ der Grausamkeiten und Pogrome. Allerdings ist dieses System nicht überall und nicht immer möglich, aber wo es möglich ist — beim Fehlen der elementarsten Freiheiten —, da nimmt es nicht selten erschreckende Ausmaße an, und droht die Sache des Zusammenschlusses der Arbeiter in Blut und Tränen zu ersticken. Der Kaukasus und Südrußland bieten nicht wenig Beispiele dafür. „Teile und herrsche“, das ist das Ziel der Politik der nationalen Verhetzung. Und soweit diese Politik Erfolg hat, bildet sie das größte Uebel für das Proletariat, ein ernsthaftes Hindernis für den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten des Staates.

Aber die Arbeiter haben ein Interesse an der Zusammenschweißung aller ihrer Klassengenossen zu einer geschlossenen internationalen Armee, an ihrer raschen und endgültigen Befreiung aus dem geistigen Joch der Bourgeoisie, an der vollen und freien Entfaltung der geistigen Kräfte ihrer Mitbrüder, welcher Nation sie auch angehören mögen.

Darum kämpfen und werden die Arbeiter kämpfen gegen die Politik der nationalen Unterdrückung in allen ihren Formen, von den raffiniertesten bis zu den gröbsten, sowie gegen die Politik der nationalen Verhetzung in allen ihren Formen.

Darum verkündet die Sozialdemokratie aller Länder das Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet, daß nur die Nation allein das Recht hat, über ihr Schicksal zu bestimmen, daß niemandem das Recht zusteht, sich *gewaltsam* in das Leben einer Nation einzumischen, ihre Schulen und andere Institutio-

nen zu *zerstören*, ihre Sitten und Gebräuche zu *brechen*, ihre Sprache zu *knebeln*, ihre Rechte zu *schmälern*.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Sozialdemokratie alle möglichen Gebräuche und Institutionen einer Nation unterstützen wird. Wenn sie gegen die Vergewaltigung einer Nation kämpft, so tritt sie nur ein für das Recht der *Nation, selbst* über ihr Schicksal zu bestimmen, betreibt aber gleichzeitig eine Agitation gegen die schädlichen Gebräuche und Institutionen dieser Nation, um den werktätigen Schichten des betreffenden Volkes die Möglichkeit zu geben, sich von ihnen zu befreien.

Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet, daß sich die Nation ihr Leben nach eigenem Wunsche einrichtet, das Recht hat, ihr Leben nach den Grundsätzen der Autonomie aufzubauen, mit anderen Nationen in föderative Beziehungen zu treten, das Recht hat, sich gänzlich loszutrennen. Die Nation ist souverän, und alle Nationen sind gleichberechtigt.

Das bedeutet natürlich nicht, daß die Sozialdemokratie für jede beliebige Forderung einer Nation eintreten wird. Eine Nation hat das Recht, sogar zur alten Ordnung wieder zurückzukehren, aber das heißt noch nicht, daß die Sozialdemokratie einen derartigen Beschluß der Nation unterschreiben wird. Die Pflichten der Sozialdemokratie, die die Interessen des Proletariats vertritt, und die Rechte der Nation, die sich aus verschiedenen Klassen zusammensetzt, sind zweierlei Sachen.

In ihrem Kampf für das Recht der Nation auf Selbstbestimmung verfolgt die Sozialdemokratie das Ziel, der Politik der nationalen Unterdrückung ein Ende zu setzen, sie unmöglich zu machen und damit den Kampf der Nationen untereinander zu untergraben, abzustumpfen und auf ein Minimum zu beschränken.

Hierin unterscheidet sich grundsätzlich die Politik des klassenbewußten Proletariats von der Politik der Bourgeoisie, die bestrebt ist, den nationalen Kampf zu vertiefen und anzufachen, die nationale Bewegung fortzusetzen und zu verschärfen.

Eben darum kann sich das klassenbewußte Proletariat nicht unter das „nationale“ Banner der Bourgeoisie stellen.

Eben darum kann die von Bauer vorgeschlagene sogenannte „evolutionistisch-nationale“ Politik nicht zur Politik des Proletariats werden. Der Versuch Bauers, seine „evolutionistisch-nationale“ Politik mit der Politik der „modernen Arbeiterklasse“

zu identifizieren, ist ein Versuch, den Klassenkampf der Arbeiter an den Kampf der Nationen anzupassen.

Das Schicksal der in ihrem Wesen bürgerlichen nationalen Bewegung ist naturgemäß an das Schicksal der Bourgeoisie gebunden. Die endgültige Abschaffung der nationalen Bewegung ist erst mit dem Sturz der Bourgeoisie möglich. Erst im Reiche des Sozialismus kann es völligen Frieden geben. Aber den nationalen Kampf auf ein Minimum zu beschränken, ihn in seinen Wurzeln zu untergraben, ihn für das Proletariat im Höchstmaß unschädlich zu machen, ist im Rahmen des Kapitalismus möglich. Davon zeugen die Beispiele der Schweiz und Amerikas. Zu diesem Zweck muß das Land demokratisiert und den Nationen die Möglichkeit der freien Entwicklung gegeben werden.

III. Die Fragestellung

Die Nation hat das Recht, frei über ihr Schicksal zu bestimmen. Sie hat das Recht, ihr Leben nach Belieben einzurichten, natürlich ohne den Rechten anderer Nationen Abbruch zu tun. Das ist unbestreitbar.

Aber wie soll sie ihr Leben einrichten, *welche Formen* soll ihre künftige Verfassung annehmen, wenn man die Interessen der Mehrheit der Nation, vor allem des Proletariats vor Augen hat?

Die Nation hat das Recht, autonom ihr Leben einzurichten. Sie hat das Recht, sich sogar loszulösen. Aber das heißt noch nicht, daß sie das unter allen Umständen tun muß, daß Autonomie oder Separation immer und überall von Vorteil für die Nation, d. h. für ihre Mehrheit, d. h. für die werktätigen Schichten sind. Die transkaukasischen Tataren können sich zum Beispiel als Nation auf ihrem Landtag versammeln und unter dem Einfluß ihrer Beys und Mullahs die alte Ordnung bei sich wieder einführen, die Separation vom Staate beschließen. Im Sinne des Punktes über die Selbstbestimmung hätten sie das volle Recht dazu. Wird das aber den Interessen der werktätigen Schichten der tatarischen Nation entsprechen? Kann die Sozialdemokratie gleichgültig zuschauen, wie die Beys und Mullahs die Massen bei der Lösung der nationalen Frage ins Schlepptau nehmen? Sollte sich die Sozialdemokratie hier nicht einmischen und in bestimmter Weise auf den Willen der Nation Einfluß nehmen? Sollte sie nicht mit einem konkreten Plan einer solchen

Lösung der Frage hervortreten, die für die tatarischen Massen am vorteilhaftesten wäre?

Aber welche Lösung läßt sich am besten mit den Interessen der werktätigen Massen vereinbaren? Autonomie, Föderation oder Separation?

All das sind Fragen, deren Lösung von den konkreten historischen Bedingungen abhängt, unter denen die gegebene Nation lebt.

Mehr noch. Die Bedingungen ändern sich wie alles andere, so daß eine Lösung, die im gegebenen Augenblick richtig ist, zu einer anderen Zeit gänzlich unannehmbar sein kann.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war Marx für die Lostrennung Polens von Rußland, und er war im Recht, denn damals stand die Frage der Befreiung einer höheren Kultur von einer sie zerstörenden, niederen Kultur. Und die Frage stand damals nicht nur in der Theorie, nicht akademisch, sondern in der Praxis, im Leben selbst...

Am Ende des 19. Jahrhunderts sprechen sich die polnischen Marxisten bereits gegen die Lostrennung Polens aus, und auch sie sind im Rechte, denn in den letzten 50 Jahren sind tiefgreifende Veränderungen im Sinne einer ökonomischen und kulturellen Annäherung Rußlands und Polens eingetreten. Außerdem verwandelte sich seit jener Zeit die Frage der Lostrennung aus einem Gegenstand der Praxis in einen Gegenstand akademischer Diskussionen, die höchstens die im Ausland lebenden Intellektuellen interessieren. Dies schließt natürlich nicht die Möglichkeit gewisser innerer und äußerer Konjunkturen aus, bei denen die Frage der Lostrennung Polens neuerlich auf die Tagesordnung treten kann.

Hieraus folgt, daß die Lösung der nationalen Frage nur möglich ist in Verbindung mit den in ihrer Entwicklung betrachteten historischen Bedingungen.

Die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Bedingungen, die eine bestimmte Nation umgeben, sind der einzige Schlüssel zur Lösung der Frage, *wie* diese oder jene Nation ihr Leben einrichten, *welche Formen* ihre zukünftige Verfassung annehmen soll. Dabei ist es möglich, daß für jede Nation eine besondere Lösung der Frage erforderlich ist. Wenn irgendwo eine dialektische Problemstellung geboten ist, so gerade eben hier, in der nationalen Frage.

Darum müssen wir entschieden Stellung nehmen gegen eine

sehr verbreitete, aber auch sehr summarische Methode der „Lösung“ der nationalen Frage, die ihren Ursprung auf den „Bund“ zurückführt. Wir meinen die leichte Methode der Berufung auf die österreichische und südslawische Sozialdemokratie¹, die angeblich die nationale Frage bereits gelöst habe, und von der die russischen Sozialdemokraten die fertige Lösung einfach entlehnen sollten. Dabei wird vorausgesetzt, daß alles, was z. B. für Oesterreich richtig ist, auch auf Rußland zutrefte. Das Wichtigste und im gegebenen Falle Entscheidende wird aus dem Auge gelassen: die konkreten historischen Bedingungen in Rußland überhaupt und im Leben jeder einzelnen Nation im russischen Reiche im besonderen.

Man höre beispielsweise den bekannten Bundisten W. Kosowski:

„Als auf dem IV. Parteitag des ‚Bund‘ die prinzipielle Seite der Frage (gemeint ist die nationale Frage. J. St.) erörtert wurde, rief die von einem Parteitagsteilnehmer im Geiste der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Lösung der Frage allgemeine Billigung hervor. Das Ergebnis war, daß der Parteitag einstimmig... die nationale Autonomie annahm².“

Weiter nichts! Weder eine Analyse der russischen Wirklichkeit, noch eine Klarlegung der Lebensbedingungen der Juden in Rußland; zunächst entlehnt man die Lösung von der südslawischen sozialdemokratischen Partei, dann „billigt“ man sie, und dann nimmt man sie „einstimmig an“! So stellen und „lösen“ die Bundisten die nationale Frage in Rußland...

Indessen sind die Verhältnisse in Oesterreich und Rußland grundverschieden. Dadurch erklärt sich auch, warum die Sozialdemokratie in Oesterreich, die in Brünn (1899) ein nationales Programm im Geiste der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei annahm (allerdings mit einigen unbedeutenden Aenderungen), so gar nicht, sozusagen — russisch an die Frage herantritt und sie natürlich nicht russisch löst.

Vor allem die Fragestellung. Wie wird von Springer und Bauer, den österreichischen Theoretikern der nationalen Autonomie und Interpreten des Brünner nationalen Programms und der Resolution der südslawischen sozialdemokratischen Partei, die Frage gestellt?

¹ Die südslawische Sozialdemokratie ist im Süden Oesterreichs tätig.

² S. W. Kosowski, „Nationalitätenfragen“, 1907, S. 16—17 (russ.).

„Ob ein Nationalitätenstaat“, sagt Springer, „möglich ist und ob insbesondere die österreichischen Nationalitäten gezwungen sind, ein Staatswesen zu bilden, ist eine Vorfrage, die hier nicht beantwortet, sondern als entschieden vorausgesetzt ist. Wer diese Möglichkeit und Notwendigkeit nicht zugibt, für den ist freilich unsere Erörterung gegenstandslos. Unser Thema lautet: da diese Nationen einmal beisammen *sein müssen*, unter welchen Rechtsformen können sie dies *relativ am besten*“¹. (Kursiv von Springer.)

Also staatliche Integrität Oesterreichs als Ausgangspunkt.
Dasselbe sagt Bauer:

„Wir setzen also zunächst voraus, daß die österreichischen Nationen in demselben staatlichen Verbands bleiben, in dem sie jetzt zusammen leben, und fragen, wie die Nationen innerhalb dieses Verbandes ihr Verhältnis zueinander und zum Staate einrichten werden“².

Also wieder: vor allem die Integrität Oesterreichs.

Kann die Sozialdemokratie Rußlands so die Frage stellen? Nein, sie kann es nicht. Sie kann es darum nicht, weil sie von Anbeginn auf dem Standpunkt der Selbstbestimmung der Völker steht, durch die der Nation das Recht auf Lostrennung zusteht. Sogar der Bundist Goldblatt gab auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratie Rußlands zu, daß die Partei auf den Standpunkt der Selbstbestimmung nicht verzichten könne. Hier die Worte Goldblatts:

„Gegen das Selbstbestimmungsrecht kann nichts eingewendet werden. Wenn irgendeine Nation um ihre Selbständigkeit kämpft, so darf man sich nicht widersetzen. Wenn Polen keine ‚gesetzliche Ehe‘ mit Rußland eingehen will, so steht es uns nicht zu, es daran zu hindern.“

Dies alles ist so. Aber hieraus folgt, daß die Ausgangspunkte der österreichischen und der russischen Sozialdemokratie nicht die gleichen, sondern im Gegenteil diametral entgegengesetzt sind. Kann man danach noch von der Möglichkeit der Entlehnung des nationalen Programms bei den Oesterreichern sprechen?

Weiter. Die Oesterreicher gedenken die „Freiheit der Nationalitäten“ auf dem Wege kleiner Reformen, Schritt für Schritt zu verwirklichen. Sie schlagen die nationale Autonomie als praktische Maßnahme vor und rechnen dabei in keiner Weise mit einer grundlegenden Veränderung, mit der demokratischen Be-

¹ Rudolf Springer, „Der Kampf der österreichischen Nationen um den Staat“. Erster Teil, „Das nationale Problem als Verfassungs- und Verwaltungsfrage“.

² O. Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, S. 382.

freiungsbewegung, die bei ihnen gar nicht in der Perspektive besteht. Die russischen Marxisten verknüpfen indessen die Frage der „Freiheit der Nationalitäten“ mit einer wahrscheinlichen grundlegenden Veränderung, mit der demokratischen Befreiungsbewegung, ohne Grund zu haben, auf Reformen zu rechnen. Dies aber ändert die Sache wesentlich im Sinne des wahrscheinlichen Schicksals der Nationen in Rußland.

„Freilich“, sagt Bauer, „ist es wenig wahrscheinlich, daß die nationale Autonomie das Ergebnis einer großen Entschloßung, einer kühnen Tat sein wird. In einem langsamen Entwicklungsprozeß, in schweren Kämpfen, die immer wieder die Gesetzgebung stilllegen und die bestehende Verwaltung starr halten, . . . wird sich Oesterreich Schritt für Schritt der nationalen Autonomie entgegenentwickeln. Nicht eine große gesetzgeberische Tat, sondern eine Unzahl von Einzelgesetzen für einzelne Länder, einzelne Gemeinden werden die neue Verfassung schaffen“¹.

Dasselbe sagt Springer:

„Ich weiß vor allem, daß Institutionen dieser Art (Organe der nationalen Autonomie. J. St.) nicht in Jahren und nicht in einem Jahrzehnt geschaffen werden. Die Reorganisation der preußischen Verwaltung allein hat geraume Zeit erfordert. . . . Somit bedurfte Preußen zwei Jahrzehnte zur endgültigen Feststellung seiner fundamentalen Verfassungseinrichtungen, — man glaube nicht, daß ich mich über das Maß der Zeiten und Schwierigkeiten in Oesterreich irgendwelcher Täuschung hingebe“².

Alles das ist sehr bestimmt gesagt. Aber müssen denn die russischen Marxisten nicht die nationale Frage mit „kühnen entschlossenen Taten“ verbinden? Können sie auf Teilreformen, auf eine „Unzahl von Einzelgesetzen“ als Mittel zur Eroberung der „Freiheit der Nationalitäten“ rechnen? Wenn sie das nicht können und nicht dürfen, folgt daraus nicht klar, daß die Kampfmethoden und Perspektiven bei den Oesterreichern und Russen grundverschieden sind? Wie kann man sich angesichts dieser Sachlage auf die einseitige und halbe nationale Autonomie der Oesterreicher beschränken? Eins von beiden: entweder rechnen die Anhänger der Entlehnung auf keine „kühnen Taten“, oder aber sie rechnen auf sie, „wissen aber nicht, was sie tun“.

Schließlich stehen Rußland und Oesterreich vor grundverschiedenen aktuellen Aufgaben, wodurch auch verschiedene Methoden zur Lösung der nationalen Frage geboten sind. Oesterreich lebt unter Verhältnissen des Parlamentarismus, ohne Parlament ist dort in den gegenwärtigen Verhältnissen keine Ent-

¹ Ebenda, S. 404.

² R. Springer, a. a. O., S. 29.

wicklung möglich. Aber das parlamentarische Leben und die Gesetzgebung Oesterreichs werden oft stillgelegt infolge der schroffen Zusammenstöße der nationalen Parteien. Daraus ist auch die chronische politische Krise zu erklären, an der Oesterreich schon lange krankt. Deswegen bildet die nationale Frage dort die Achse des politischen Lebens, eine Daseinsfrage. Es ist daher kein Wunder, daß die österreichischen sozialdemokratischen Politiker vor allem die Frage der nationalen Zusammenstöße so oder anders zu lösen bemüht sind, natürlich auf Grundlage des bereits bestehenden Parlamentarismus, auf parlamentarischem Wege.

Anders in Rußland. In Rußland haben wir zunächst „Gott sei Dank kein Parlament“. Zweitens — und das ist das Wichtigste — bildet in Rußland nicht die nationale Frage, sondern die Agrarfrage die Achse des politischen Lebens. Darum ist das Schicksal der russischen Frage, also auch der „Befreiung“ der Nationen in Rußland mit der Lösung der Agrarfrage, d. h. mit der Abschaffung der Ueberreste der Leibeigenschaft, d. h. mit der Demokratisierung des Landes verbunden. Dadurch erklärt es sich, warum in Rußland die nationale Frage nicht als selbständige und entscheidende Frage, sondern als Teil der allgemeinen und wichtigsten Frage der Befreiung des Landes vom Feudalismus hervortritt.

„Die Unfruchtbarkeit des österreichischen Parlaments“, schreibt Springer, „ist gerade dadurch hervorgerufen, daß jede Reform innerhalb der nationalen Partei Gegensätze schafft, die ihr Gefüge lockern könnten. Darum vermeiden die führenden Persönlichkeiten geradezu jede Anregung. Ein Fortschritt Oesterreichs ist überhaupt nur denkbar, wenn den Nationen unentziehbare Rechtspositionen eingeräumt werden, die ihnen die ständige Erhaltung einer nationalen Kampftruppe im Parlament ersparen und es ihnen möglich machen, sich wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zuzuwenden“.

Dasselbe sagt O. Bauer:

„Der nationale Frieden ist zunächst eine Notwendigkeit für den Staat. Der Staat kann es nicht vertragen, daß die albernste Sprachenfrage, daß jeder Streit erregter Menschen an der Sprachgrenze, daß jede neue Schule die Gesetzgebung stilllegt“.

Alles dies ist wohl zu verstehen. Aber nicht weniger zu verstehen ist, daß in Rußland die nationale Frage in einem ganz

¹ R. Springer, a. a. O., S. 29.

² O. Bauer, a. a. O., S. 384.

anderen Aspekt steht. Nicht die nationale, sondern die Agrarfrage entscheidet das Schicksal des Fortschrittes in Rußland; die nationale Frage ist eine untergeordnete Frage.

Also verschiedene Problemstellung, verschiedene Perspektiven und Kampfmethoden, verschiedene aktuelle Aufgaben. Ist es da nicht einleuchtend, daß bei einer solchen Sachlage nur Federfuchser, die die nationale Frage außerhalb von Raum und Zeit „lösen“, aus Oesterreich Beispiele nehmen und Programme entlehnen können?

Noch einmal: konkrete historische Bedingungen als Ausgangspunkt, dialektische Fragestellung als einzig richtige Fragestellung — das ist der Schlüssel zur Lösung der nationalen Frage.

(Stalin, „Marxismus und nationale Frage“, im Sammelband „Marxismus und national-koloniale Frage“, S. 4—19, russ. 1913.)

3. Drei Perioden der historischen Entwicklung der nationalen Frage

... Zunächst müssen einige Voraussetzungen festgelegt werden, ohne die eine Lösung der nationalen Frage nicht möglich ist. Diese Voraussetzungen berühren die Frage der Entstehung der Nationen, der Entstehung der nationalen Unterdrückung, der Formen der nationalen Unterdrückung im Verlauf der historischen Entwicklung und schließlich der Formen der Lösung der nationalen Frage in verschiedenen Entwicklungsperioden.

Solcher Perioden gibt es drei:

Die erste Periode ist die Periode der Liquidierung des Feudalismus im Westen und des Sieges des Kapitalismus. Der Zusammenschluß der Menschen fällt in diese Periode...

... Die erste Periode wird durch das Auftauchen der Nationalitäten zur Zeit der Morgenröte des Kapitalismus gekennzeichnet; in Westeuropa entstehen rein-nationale Staaten ohne nationale Unterdrückung, während im Osten Nationalitätenstaaten mit einer entwickelteren Nation an der Spitze und mit anderen weniger entwickelten Nationen entstehen, die sich in politischer und später auch in ökonomischer Abhängigkeit von der herrschenden Nation befinden. Diese Nationalitätenstaaten des Ostens bildeten die Heimat jener nationalen Unterdrückung, aus der nationale Konflikte, nationale Bewegungen, die nationale Frage und die verschiedenen Methoden ihrer Lösung entstanden.

Die zweite Periode in der Entwicklung der nationalen Unterdrückung und der Methode des Kampfes gegen sie fällt in die Periode des Auftauchens des Imperialismus, als der Kapitalismus auf der Suche nach Absatzmärkten, nach Märkten für Rohstoffe, Brennstoffe und billige Arbeitskraft, sowie im Kampfe um den Kapitalexport und die Sicherung der großen Eisenbahn- und Seewege den Rahmen des nationalen Staates sprengte und sein Territorium auf Kosten naher und ferner Nachbarn ausdehnte. In dieser zweiten Periode hören die alten nationalen Staaten des Westens — England, Italien, Frankreich — auf, nationale Staaten zu sein, d. h. sie verwandeln sich infolge der Annexion neuer Territorien in Nationalitätenstaaten, in Kolonialreiche, und werden dadurch zum Schauplatz jener nationalen und kolonialen Unterdrückung, die im Osten Europas bereits früher geherrscht hatte. Im Osten Europas wird diese Periode durch das Erwachen und das Erstarren der untergeordneten Nationen (der Tschechen, Polen, Ukrainer) gekennzeichnet, dieses Erwachen und Erstarren führte durch den imperialistischen Krieg zum Zerfall der alten bürgerlichen Nationalitätenstaaten und zur Bildung von neuen nationalen Staaten, die den sogenannten Großmächten botmäßig sind.

Die dritte Periode ist die Sowjetperiode, die Periode der Abschaffung des Kapitalismus und der Liquidierung der nationalen Unterdrückung, wo die Frage der herrschenden und untergeordneten Nationen, der Kolonien und Mutterländer ins Archiv der Geschichte wandert, wo auf dem Gebiet der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik Nationalitäten vor uns stehen, die gleiche Rechte, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben, aber angesichts ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rückständigkeit eine gewisse historisch überkommene Ungleichheit bewahrt haben. Das Wesen dieser Ungleichheit der Nationalitäten besteht darin, daß wir infolge der historischen Entwicklung von der Vergangenheit ein Erbe übernommen haben, demzufolge eine Nationalität, nämlich die großrussische, in politischer und industrieller Hinsicht entwickelter war als die anderen Nationalitäten. Daher die faktische Ungleichheit, die sich nicht in einem Jahr überwinden läßt, die jedoch durch wirtschaftliche, politische und kulturelle Hilfe für die rückständigen Nationalitäten überwunden werden muß.

Das sind die drei Perioden in der Entwicklung der nationalen Frage, die sich historisch vor uns abgespielt hat.

Die ersten zwei Perioden haben einen gemeinsamen Charakterzug. Dieser besteht darin, daß die Nationalitäten in beiden Perioden unterdrückt und versklavt werden, wodurch der nationale Kampf weiterbesteht und die nationale Frage ungelöst bleibt. Zwischen ihnen besteht aber auch ein Unterschied. Der Unterschied besteht darin, daß die nationale Frage in der ersten Periode den Rahmen einzelner Nationalitätenstaaten nicht überschreitet und nur wenige, hauptsächlich europäische Nationalitäten erfaßt, während sich die nationale Frage in der zweiten Periode aus einer innerstaatlichen Frage in eine zwischenstaatliche Frage, in eine Frage des Krieges zwischen den imperialistischen Staaten verwandelt, der mit dem Ziel geführt wird, die Unterwerfung der nicht vollberechtigten Nationalitäten aufrechtzuerhalten und neue Völkerschaften und Stämme außerhalb der Grenzen Europas unter ihren Einfluß zu bringen. Auf diese Weise verliert die nationale Frage, die früher nur in den Kulturländern Bedeutung hatte, in dieser Periode ihren isolierten Charakter und verschmilzt mit der allgemeinen Frage der Kolonien.

Die Entwicklung der nationalen Frage zur allgemeinen Kolonialfrage ist keineswegs ein geschichtlicher Zufall. Diese Entwicklung erklärt sich erstens dadurch, daß während des imperialistischen Krieges die imperialistischen Gruppen der kriegführenden Mächte selbst gezwungen waren, an die Kolonien zu appellieren, aus denen sie Menschenmaterial zur Schaffung ihrer Armeen schöpften. Zweifellos mußte dieser Prozeß, der Prozeß des unvermeidlichen Appells der Imperialisten an die rückständigen Kolonialvölker, diese Stämme und Völkerschaften zur Befreiung, zum Kampf wachrütteln. Der zweite Faktor, der dazu führte, daß sich die nationale Frage ausweitete und zur allgemeinen Kolonialfrage wurde, die den ganzen Erdball zuerst mit Funken und dann mit Flammen der Befreiungsbewegung überdeckte — ist weiter der Versuch der imperialistischen Gruppen, die Türkei aufzuteilen und deren selbständige staatliche Existenz aufzuheben. Die Türkei, unter den mohammedanischen Völkern in staatlicher Hinsicht das entwickeltste Land, konnte sich nicht mit einer solchen Perspektive abfinden, sie erhob das Banner des Kampfes und scharte die Ostvölker für den Kampf gegen den Imperialismus um sich. Der dritte Faktor ist die Entstehung Sowjetrußlands, dessen Kampf gegen den Weltimperialismus eine Reihe von Erfolgen hatte und naturgemäß die unterdrückten

Völker des Ostens mit Begeisterung erfüllte, sie weckte, zum Kampfe aufrüttelte und auf diese Weise ermöglichte, eine geschlossene Front der unterdrückten Nationalitäten von Irland bis Indien zu schaffen.

Das sind die Faktoren, die im zweiten Stadium der Entwicklung der nationalen Unterdrückung dazu geführt haben, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht nur die nationale Frage nicht gelöst, keinen Frieden zwischen den Völkern herbeigeführt hat, sondern im Gegenteil den Funken des nationalen Kampfes zur Flamme des Kampfes der unterdrückten Völker, Kolonien und Halbkolonien gegen den Weltimperialismus entfacht hat.

Es ist offensichtlich, daß das einzige Regime, das imstande ist, die nationale Frage zu lösen, d. h. das einzige Regime, das imstande ist, Bedingungen zu schaffen, die die friedliche Aufbauarbeit und die brüderliche Zusammenarbeit der verschiedenen Völkerschaften und Stämme gewährleisten, das Regime der Sowjetmacht, das Regime der Diktatur des Proletariats ist.

Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, daß unter der Herrschaft des Kapitals, des Privateigentums an den Produktionsmitteln und der Existenz von Klassen die Gleichheit der Nationalitäten nicht gesichert werden kann, daß es keine Gleichheit der Nationalitäten geben kann, solange die Macht des Kapitals existiert, solange der Kampf um die Beherrschung der Produktionsmittel anhält, ebenso wie es keine Zusammenarbeit zwischen den werktätigen Massen der Nationen geben kann. Die Geschichte lehrt, daß die einzige Methode der Abschaffung der nationalen Ungleichheit, die einzige Methode zur Aufrichtung eines Regimes der brüderlichen Zusammenarbeit der werktätigen Massen der unterdrückten und nicht unterdrückten Völker die Abschaffung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sowjetsystems ist.

Ferner hat die Geschichte gezeigt, daß einzelne Völker, wenn es ihnen gelungen ist, sich von ihrer nationalen Bourgeoisie wie auch von der „fremden“ Bourgeoisie zu befreien, d. h. wenn sie in ihrem Lande das Sowjetsystem errichtet haben, angesichts der Existenz des Imperialismus nicht imstande sind, isoliert zu bestehen ohne die wirtschaftliche und militärische Unterstützung der benachbarten Sowjetrepubliken. Das Beispiel Ungarns hat klar und deutlich gezeigt, daß es ohne einen staatlichen Bund der Sowjetrepubliken, ohne deren Zusammenschluß zu einer einheitlichen militärischen und wirtschaftlichen Macht unmöglich ist, sich gegen die vereinigten Kräfte des Weltimperialismus zu

behaupten, an der militärischen, wie auch an der wirtschaftlichen Front.

(Stalin. Ueber die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage. Bericht auf dem X. Parteitag der RKP 1921, russ.)

4. Die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen durch das Proletariat als Vorbedingung seiner eigenen Befreiung

Unter solchen Umständen kann mit Rücksicht darauf, daß der englische Handel den größeren Teil seines regelmäßigen Kreislaufes bereits durchlaufen hat, mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß die chinesische Revolution den Funken in das Pulverfaß des gegenwärtigen Industriesystems schleudern und den Ausbruch der seit langem sich vorbereitenden allgemeinen Krise auslösen wird, die auf das Ausland übergreifen und in nächster Zukunft von politischen Revolutionen auf dem Kontinent begleitet sein wird. (K. Marx, „Die Revolution in China und in Europa“, 1853.)

„Der chinesische Sozialismus mag sich nun freilich zum europäischen verhalten, wie die chinesische Philosophie zur Hegelschen. Es ist aber immer ein ergötzliches Faktum, daß das älteste und unerschütterlichste Reich der Erde durch die Kattunballen der englischen Bourgeois in acht Jahren an den Vorabend einer gesellschaftlichen Umwälzung gebracht worden ist, die jedenfalls die bedeutendsten Resultate für die Zivilisation haben muß. Wenn unsere europäischen Reaktiönäre auf ihrer demnächst bevorstehenden Flucht durch Asien endlich an der chinesischen Mauer ankommen, an den Pforten, die zu dem Hort der Urreaktion und des Urkonservatismus führen, wer weiß, ob sie nicht darauf die Ueberschrift lesen: République chinoise Liberté, Egalité, Fraternité.“ (Marx und Engels, „Neue Rheinische Zeitung“, 1850, Zweites Heft.)

Marx hatte die Gewohnheit, den ihm bekannten Sozialisten, wie er sich ausdrückte, „auf den Zahn zu fühlen“, sie auf ihr Bewußtsein und ihre Ueberzeugung zu prüfen. Nachdem er Lopatin kennengelernt hatte, schrieb er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Gutachten über den jungen russischen Sozialisten, fügte aber hinzu:

„Schwacher Punkt: Polen. Hier spricht er ganz wie ein Engländer — say an English chartist of the old school“ (sagen wir wie ein englischer Chartist der alten Schule) — „von Irland.“

Marx befragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, nach seiner Stellung zu der unterdrückten Nation und legt sofort den den Sozialisten der herrschenden Nationen gemeinsamen Fehler (der englischen und der russischen) bloß: Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, Wiederkäuen der von der „Großmacht“-Bourgeoisie übernommenen Vorurteile.

Ehe wir zu den positiven Erklärungen Marxens über Irland übergehen, muß vorausgeschickt werden, daß Marx und Engels sich zur nationalen Frage im allgemeinen streng kritisch verhielten und sie nach ihrer bedingt historischen Bedeutung einschätzten...

... Im Vergleich mit der „Arbeiterfrage“ unterlag die untergeordnete Bedeutung der nationalen Frage für Marx keinem Zweifel. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegungen ist seine Theorie himmelweit entfernt.

Es kam das Jahr 1866. Marx schrieb an Engels über die „Proudhon-Clique“ in Paris: diese

„erklärt... Nationalitäten für Unsinn, attackiert Bismarck und Garibaldi usw. Als Polemik gegen den Chauvinismus ist ihr Treiben nützlich und erklärlich. Aber als Proudhongläubige... die meinen, ganz Europa müsse und werde still auf dem Arsch sitzen, bis die Härren in Frankreich ‚La misère et l'ignorance‘“ (das Uebel und die Unwissenheit) „abgeschafft,... sind sie grotesk.“ (Brief vom 7. Juni 1866.)

„Gestern“, schrieb Marx am 20. Juni 1866, „war im International Council Debatte über die jetzige Kriegssache... Die Diskussion was wound up“, (wurde aufgerollt) „wie vorherzusehn, mit der ‚question of nationality‘“ (Nationalitätenfrage) „überhaupt und der Stellung, die wir dazu einzunehmen... Uebrigens rückten die (Nichtarbeiter) Repräsentanten der ‚Jeune France‘“ (des jungen Frankreichs) „damit heraus, daß alle Nationalität und Nationen selbst ‚des préjugés surannés‘“ (veraltete Vorurteile) „sind... die ganze Welt wartet, bis die Franzosen reif sind, eine soziale Revolution zu machen... Die Engländer lachten sehr, als ich meinen speech“ (meine Rede) „damit eröffnete, daß unser Freund Lafargue etc., der die Nationalitäten abgeschafft hat, uns ‚französisch‘, i. e. in einer Sprache angerebet, die 9/10 des Auditoriums nicht verstand. Ich deutete weiter an, daß gänzlich unbewußt er unter Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehen scheine.“

Die Schlußfolgerung aus allen diesen kritischen Bemerkungen Marxens ist klar: die Arbeiterklasse darf sich am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt alle Nationen zu selbständigem Leben. Aber wenn einmal nationale Massenbewegungen entstanden sind, so bedeutet von ihnen nichts

wissen wollen, sich weigern, das Fortschrittliche in ihnen zu unterstützen, in Wirklichkeit nichts anders als in *nationalistische* Vorurteile verfallen, und zwar: die „eigene“ Nation für eine „Musternation“ zu halten (oder fügen wir hinzu, für eine Nation, die das ausschließliche Vorrecht auf staatliche Konstituierung besitzt)¹.

Aber kehren wir zur irischen Frage zurück:

Marxens Stellung zu dieser Frage kommt am klarsten in den folgenden Briefstellen zum Ausdruck:

„... Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich halte sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung *Föderation* kommen mag.“

So schrieb Marx im Briefe an Engels vom 2. November 1867.

Im Brief vom 30. November desselben Jahres fügte er hinzu:

„Fragt sich nun, was sollen wir den *englischen* Arbeitern raten? Nach meiner Ansicht müssen sie *Repeal*“ (Sprengung) „der Union“ (Irlands mit England, d. h. die Lostrennung Irlands von England) „kurz, den Witz von 1783, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt, zu einem Artikel ihres Pronunziamento machen. Es ist dies die einzig legale und daher die einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer *englischen* Partei aufgenommen werden kann. Die Erfahrung muß später zeigen, ob die bloße Personalunion zwischen den zwei Ländern fortexistieren könnte...“

Was die Irländer brauchen, ist:

1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England,
2. Agrarische Revolution“...

... Am 10. Dezember 1869 schreibt Marx, daß er seine Ausführungen über die irische Frage im Generalrat der Internationalen folgendermaßen vorbringen werde:

„... ganz abgesehen von aller ‚internationalen‘ und ‚humanen‘ *justice for Ireland Phrase*“ (‚Gerechtigkeit für Irland‘-Phrase), die sich im *international council*“ (Rat der Internationalen) „von selbst versteht —, ist es das *direkte absolute Interesse* der English Working Class“ (englischen Arbeiterklasse), „*to get rid of their present connexion with Ireland*“ (ihren gegenwärtigen Zusammenhang mit Irland loszuwerden). „Und dies ist meine vollste Ueberzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst *nicht* mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch English Working Class ascendancy“ (steigenden Einfluß der englischen Arbeiterklasse) „zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der *New York Tribune*“ (amerikanische Zeitung, an der Marx

¹ Vgl. noch den Brief Marxens an Engels vom 3. Juni 1867: „Mit wahrem Vergnügen aus der Pariser Korrespondenz der ‚Times‘ die polenfreundlichen Exklamationen der Pariser *wider* Alexander etc. ersehen. Herr Proudhon und seine kleine doktrinäre Clique sind nicht das French people“ (französische Volk). *Die Red.*

lange Zeit mitarbeitete) „vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die English Working Class“ (englische Arbeiterklasse) „wird nie was ausrichten, before it has got rid of Ireland“ (bevor sie Irland losgeworden ist) „... die englische Reaktion in England... wurzelte in der Unterjochung Irlands.“ (Kursiv von Marx.)

Hiernach muß dem Leser die Stellung Marxens zur irischen Frage vollkommen klar sein.

Der „Utopist“ Marx ist so „unpraktisch“, daß er für die Lostrennung Irlands eintritt, die auch ein halbes Jahrhundert später nicht verwirklicht war. Was hat diese Marxsche Politik hervorgerufen, und war sie nicht doch ein Fehler?

Anfangs hatte Marx geglaubt, daß nicht die nationale Bewegung der unterdrückten Nation, sondern die Arbeiterbewegung innerhalb der Unterdrückernation Irland befreien werde. Marx macht aus den nationalen Bewegungen nichts Absolutes, denn er weiß, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse volle Befreiung aller Nationalitäten bewirken kann. Alle möglichen Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Freiheitsbewegungen der unterdrückten Nationen und der proletarischen Freiheitsbewegung innerhalb der Unterdrückernation im vorhinein zu berechnen (das ist gerade das Problem, das die nationale Frage im heutigen Rußland so schwierig macht), ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Aber die Umstände fügten sich so, daß die englische Arbeiterklasse auf ziemlich lange Zeit unter den Einfluß der Liberalen geriet, ihr Anhängsel wurde und durch eine liberale Arbeiterpolitik sich selbst enthauptete. Die bürgerliche Freiheitsbewegung in Irland erstarkte und nahm revolutionäre Formen an. Marx revidiert seinen Standpunkt und berichtigt ihn. „Welch ein Pech für ein Volk, wenn es ein anderes unterjocht hat.“ Die englische Arbeiterklasse wird sich nicht befreien, solange Irland nicht von der englischen Unterdrückung befreit sein wird! Die Reaktion in England erstarkt und nährt sich von der Versklavung Irlands (so wie sich die Reaktion in Rußland von der Versklavung einer ganzen Reihe von Nationen nährt!).

Marx bringt in der Internationale seine Sympathieresolution für die „irische Nation“, das „irische Volk“ ein... und propagiert die *Lostrennung* Irlands von England, „obgleich nach der Trennung Föderation kommen mag“.

Welches sind die theoretischen Prämissen dieses Marxschen Schlusses? In England ist die bürgerliche Revolution überhaupt längst beendet. Aber in Irland ist sie noch nicht beendet; sie

wird erst jetzt, ein halbes Jahrhundert später, durch die Reformen der englischen Liberalen vollendet. Wäre der Kapitalismus in England so schnell gestürzt worden, wie Marx anfangs erwartete, so wäre in Irland für eine bürgerlich-demokratische, allgemein-nationale Bewegung kein Raum gewesen. Nachdem diese nun aber einmal entstanden war, riet Marx den englischen Arbeitern, sie zu unterstützen, ihr einen revolutionären Anstoß zu geben und sie im Interesse *ihrer eigenen* Freiheit zu Ende zu führen.

Die ökonomische Verbindung Irlands mit England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war gewiß noch enger als die Verbindung Rußlands mit Polen, der Ukraine usw. Das „Unpraktische“ und die „Undurchführbarkeit“ der Lostrennung Irlands (schon infolge der geographischen Verhältnisse und infolge der unermesslichen Kolonialmacht Englands) fiel in die Augen. Obwohl grundsätzlicher Gegner des Föderalismus, will Marx doch in diesem Falle sogar einer Föderation zustimmen, *wenn nur* die Befreiung Irlands nicht auf reformistischem, sondern auf revolutionärem Wege vor sich geht, kraft der Bewegung der Volksmassen in Irland, unterstützt von der englischen Arbeiterklasse. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und die Schnelligkeit der gesellschaftlichen Entwicklung am günstigsten gewesen wäre...

...Auch in der irischen Frage verfolgten Marx und Engels eine konsequent proletarische Politik, die die Massen wirklich im Geist der Demokratie und des Sozialismus erzog. Nur diese Politik war geeignet, sowohl Irland als auch England zu erlösen von dem fünfzigjährigen Verschleppen der notwendigen Umgestaltungen und von der Verzerrung dieser Umgestaltung durch die Liberalen zugunsten der Reaktion.

Die Politik von Marx und Engels in der irischen Frage lieferte das gewaltigste, auch heute noch ungeheure *praktische* Bedeutung besitzende Musterbeispiel dafür, wie sich das Proletariat der Unterdrückernationen zu nationalen Bewegungen zu verhalten hat; sie gab eine Warnung vor jener „knechtischen Eilfertigkeit“, mit der die Kleinbürger aller Länder, Farben und Sprachen eine Veränderung der durch die Gewaltpolitik und die Privilegien der Grundherren und der Bourgeoisie einer Nation geschaffenen Staatsgrenzen als „utopisch“ bezeichnen.

Wenn das irische und englische Proletariat sich die Marxsche

Politik nicht zu eigen und die Lostrennung Irlands nicht zu ihrer Losung machten, so wäre das ihrerseits der schlimmste Opportunismus, eine Vernachlässigung der Aufgaben von Demokraten und Sozialisten und eine Konzession an die *englische* Reaktion und Bourgeoisie gewesen.

(*Lenin*. Sämtliche Werke, Bd. XVII. „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, S. 584 ff., 1914.)

... So wird das Eisenbahnsystem in Indien in der Tat zum Vorläufer einer modernen Industrie werden. Das um so mehr, als die britischen Behörden selbst den Indern eine besondere Fähigkeit nachsagen, sich vollkommen neuen Arbeitsmethoden anzupassen und sich die nötigen maschinellen Kenntnisse anzueignen. Einen schlagenden Beweis hierfür liefert die Fähigkeit und Gewandtheit der eingeborenen Maschinisten in der Kalkuttaner Münze, wo diese seit Jahren Dampfmaschinen bedient hatten. Dasselbe gilt für die Eingeborenen, die die verschiedenen Dampfmaschinen im Kohlendistrikt von Hurdwar bedienen, und andre Fälle. Herr Campbell selbst, so sehr er von den Vorurteilen der Ostindischen Kompanie beeinflusst ist, muß zugeben, „daß die große Masse des indischen Volkes eine große gewerbliche *Energie* besitzt, zur Kapitalakkumulation wohl befähigt ist und über bemerkenswerte mathematische Denkkraft, Anschauungsvermögen und Talent für exakte Wissenschaften verfügt“. „Ihre Intelligenz“, sagt er, „ist hervorragend.“ Die dem Eisenbahnsystem entspringende moderne Industrie wird die überlieferte Arbeitsteilung auflösen, auf der die indischen Kasten, die entscheidenden Hindernisse indischen Fortschritts und indischer Macht, beruhen.

Alles, was die englische Bourgeoisie zu tun gezwungen sein mag, wird die Masse des Volkes weder befreien noch seine soziale Lage, die nicht nur von der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern von ihrer Aneignung durch das Volk abhängt, wesentlich bessern. Was sie auf alle Fälle tun wird, ist, die materiellen Voraussetzungen für beides zu schaffen. Hat die Bourgeoisie jemals mehr getan? Hat sie je einen Fortschritt bewirkt, ohne Individuen wie Völker durch Blut und Schmutz, Elend und Erniedrigung zu schleifen?

Die Inder werden die Früchte der durch die britische Bourgeoisie unter sie verstreuten Elemente einer neuen Gesellschaft nicht ernten, solange nicht in Großbritannien selbst die jetzt herr-

schende Klasse durch das Industrieproletariat verdrängt ist oder die Hindus selbst stark genug geworden sind, das englische Joch ein für allemal abzuwerfen.

(*Karl Marx*. Ausgewählte Schriften, Bd. II, „Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien“, S. 678 f., 1853.)

5. Die historisch-konkrete Fragestellung über das Verhältnis zu den nationalen Bewegungen im Marxismus-Leninismus

... Die Hinweise auf die Stellungnahme von Marx in den Jahren 1848 bis 1871 haben, ihrer¹ Meinung nach, „nicht den geringsten Wert“. Diese ungewöhnlich erboste und entschiedene Erklärung wird damit motiviert, daß Marx „gleichzeitig“ gegen die Selbstständigkeitstendenzen „der Tschechen, Südslawen usw.“ aufgetreten sei.

Die Motivierung ist gerade darum besonders erbost, weil sie besonders unhaltbar ist. Den polnischen Marxisten zufolge war Marx einfach ein Konfusionsrat, der „gleichzeitig“ entgegengesetzte Dinge sagt! Das ist durchaus nicht richtig, und das ist durchaus kein Marxismus. Gerade die Forderung der „konkreten“ Analyse, die die polnischen Genossen aufstellen, *um sie nicht anzuwenden*, verpflichtet uns zu untersuchen, ob nicht die verschiedenartige Stellungnahme Marx' gegenüber den verschiedenen konkreten „nationalen“ Bewegungen *ein und derselben* sozialistischen Weltanschauung entsprang.

Wie bekannt, war Marx für die Unabhängigkeit Polens vom Standpunkt der Interessen der *europäischen* Demokratie in ihrem Kampf gegen die Macht und den Einfluß — man kann sagen: gegen die Allmacht und den überwiegenden, reaktionären Einfluß — des Zarismus. Die Richtigkeit dieser Ansicht erhielt ihre anschaulichste und faktische Bestätigung im Jahre 1849, als das russische Leibeigenenheer den national-freiheitlichen, revolutionär-demokratischen Aufstand in Ungarn niederwarf. Von dieser Zeit an bis zum Tode Marx', ja sogar später, bis zum Jahre 1890, als ein reaktionärer Krieg des Zarismus im Bunde mit Frankreich gegen das *nichtimperialistische* und national un-

¹ *Anmerkung der Redaktion*. D. h. nach der Meinung Luxemburgianer, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ablehnten.

abhängige Deutschland drohte, trat Engels vor allen Dingen für den Kampf gegen den Zarismus ein. Aus diesem, und nur aus diesem Grunde waren Marx und Engels gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslawen. Ein kurzer Einblick in das, was Marx und Engels in den Jahren 1848/49 geschrieben haben, wird jedem, der sich für den Marxismus nicht nur interessiert, um ihn mit einer Handbewegung abzutun, zeigen, daß Marx und Engels damals klar und bestimmt „ganze reaktionäre Völker“, die als „russische Vorposten“ in Europa dienten, den „revolutionären Völkern“, den Deutschen, Polen, Ungarn *entgegenstellten*. Das ist Tatsache. Und auf diese Tatsache wurde *damals zweifellos richtig hingewiesen*: im Jahre 1848 fochten die revolutionären Völker für die Freiheit, deren Hauptfeind der Zarismus war, während die Tschechen usw. in der Tat reaktionäre Völker, Vorposten des Zarismus waren.

Was sagt uns dieses konkrete Beispiel, das wir *konkret* analysieren müssen, wenn wir dem Marxismus treu bleiben wollen? Nur, daß 1. die Interessen der Befreiung einiger großer Völker Europas höher stehen als die Interessen der Freiheitsbewegung der kleinen Nationen; 2. daß die Forderung der Demokratie im europäischen Ausmaße — jetzt muß man sagen: im Weltausmaße — betrachtet werden muß und nicht isoliert.

Nichts mehr. Nicht die Spur einer Widerlegung jenes elementaren sozialistischen Prinzips, das die Polen vergessen und dem Marx *stets* treu geblieben ist: ein Volk kann nicht frei sein, das andere unterdrückt. Wenn die konkrete Situation, vor der Marx in der Epoche des überwiegenden Einflusses des Zarismus in der internationalen Politik stand, sich wiederholen sollte, z. B. in der Form, daß einige Völker die sozialistische Revolution beginnen (wie sie im Jahre 1848 in Europa die bürgerlich-demokratische Revolution begannen), *andere Völker* sich aber als Grundpfeiler der bürgerlichen Reaktion erweisen sollten — so müßten auch wir für einen revolutionären Krieg gegen sie eintreten, um sie „niederzuwerfen“, um alle ihre Vorposten zu zerstören, ganz unabhängig davon, welche kleinen nationalen Bewegungen hier auch hervortreten mögen. Folglich dürfen wir die Beispiele der Marxschen Taktik nicht verwerfen — das würde bedeuten, sich in Worten zum Marxismus bekennen, in der Tat aber mit ihm brechen —, sondern wir müssen aus der konkreten Analyse dieser Beispiele unschätzbare Lehren für die Zukunft ziehen. Die einzelnen Forderungen der

Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern *ein Teilchen* der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) *Weltbewegung*. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen . . .

. . . Wie hat sich die konkrete Situation seit der Zeit von 1848—1871 bis zu der von 1898—1916 geändert? (Ich nehme die wichtigsten Marksteine des Imperialismus als Periode: vom spanisch-amerikanischen imperialistischen Krieg bis zum europäischen imperialistischen Krieg.) Der Zarismus hat zweifellos und unbestritten aufgehört, das wichtigste Bollwerk der Reaktion zu sein, erstens infolge der Unterstützung durch das internationale Finanzkapital, besonders Frankreichs, und zweitens infolge des Jahres 1905. Damals verhiß das System der großen Nationalstaaten der Demokratien Europas der Welt, trotz des Zarismus, die Demokratie und den Sozialismus. Marx und Engels haben den Imperialismus nicht mehr erlebt. Jetzt hat sich das System einer Handvoll imperialistischer „Großmächte“ (fünf bis sechs an der Zahl) herausgebildet, von denen jede fremde Nationen unterdrückt, wobei diese Unterdrückung eines der Mittel ist, den Sturz des Kapitalismus künstlich aufzuhalten und den Opportunismus und Sozialchauvinismus der die Welt beherrschenden imperialistischen Nationen künstlich zu unterstützen. Damals war die westeuropäische Demokratie, die die größten Nationen befreite, gegen den Zarismus, der einzelne kleine nationale Bewegungen für die Zwecke der Reaktion ausnutzte. Jetzt steht das *Bündnis* des zaristischen Imperialismus mit dem fortgeschrittenen kapitalistischen europäischen Imperialismus auf der Basis der allgemeinen Unterdrückung einer Reihe von Nationen dem sozialistischen Proletariat gegenüber, das in ein chauvinistisches, „sozialimperialistisches“ und ein revolutionäres gespalten ist.

Das ist die konkrete Aenderung der Lage, die von den polnischen Sozialdemokraten ignoriert wird, trotz ihres Versprechens, konkret zu sein! Hieraus ergibt sich die konkrete Aenderung in der *Anwendung* derselben sozialistischen Prinzipien: *damals* ging es vor allen Dingen „gegen den Zarismus“ (und gegen einige von *ihm* in antidemokratischer Richtung ausgenutzten Bewegungen kleiner Nationen) und für die zu den großen Nationen gehörenden revolutionären Völker des Westens. *Jetzt* geht es gegen die ausgerichtete Einheitsfront der imperialistischen

Mächte, der imperialistischen Bourgeoisie, der Sozialimperialisten, für die Ausnutzung aller nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus im Interesse der sozialistischen Revolution. Je reiner jetzt der Kampf des Proletariats gegen die allgemeine imperialistische Front ist, um so aktueller wird offenbar das internationalistische Prinzip: „Ein Volk, das andere Völker unterdrückt, kann nicht frei sein.“

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XIX. „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, S. 317 ff., 1916.)

6. Die Annäherung der proletarischen und werktätigen Massen aller Nationen zum gemeinsamen revolutionären Kampf als Grundprinzip der proletarischen Politik in der nationalen Frage

1. Der bürgerlichen Demokratie ist ihrem ganzen Wesen nach eine abstrakte oder formale Fragestellung in bezug auf die Gleichheit überhaupt und auch in bezug auf die nationale Gleichheit eigen. Unter dem Schein der Gleichheit der menschlichen Persönlichkeit überhaupt proklamiert die bürgerliche Demokratie die formale oder juristische Gleichheit des Eigentümers und des Proletariats, des Ausbeuters und des Ausgebeuteten und begeht damit den ungeheuerlichsten Betrug an den unterdrückten Klassen. Die Idee der Gleichheit, die selbst eine Widerspiegelung der Verhältnisse der Warenproduktion ist, wird von der Bourgeoisie unter dem Vorwand angeblich absoluter Gleichheit der menschlichen Persönlichkeiten in ein Werkzeug des Kampfes gegen die Aufhebung der Klassen verwandelt. Der wirkliche Sinn der Forderung der Gleichheit besteht nur in der Aufhebung der Klassen.

2. Die Kommunistische Partei, die den Kampf des Proletariats für den Sturz des Joches der Bourgeoisie bewußt zum Ausdruck bringt, darf entsprechend ihrer grundlegenden Aufgabe des Kampfes gegen die bürgerliche Demokratie und der Entlarvung der Verlogenheit und Heuchelei dieser Demokratie — auch in der nationalen Frage von keinen abstrakten und formalen Prinzipien ausgehen, sondern muß erstens von einer genauen Einschätzung der konkreten historischen und vor allem der wirtschaftlichen Situation ausgehen, zweitens von einer klaren Aus-

scheidung der Interessen der unterdrückten Klassen, der Werktätigen, der Ausgebeuteten, aus dem allgemeinen Begriff der Volksinteressen überhaupt, der gleichbedeutend ist mit den Interessen der herrschenden Klasse; drittens von einer ebenso klaren Unterscheidung zwischen den unterdrückten, abhängigen, entrechteten und den unterdrückenden, ausbeutenden, vollberechtigten Nationen, im Gegensatz zur bürgerlich-demokratischen Lüge, durch die man die der Epoche des Finanzkapitals und Imperialismus eigene koloniale und finanzielle Versklavung der ungeheuren Mehrheit der gesamten Bevölkerung der Erde durch eine geringe Minderheit der reichsten, vorgeschrittensten kapitalistischen Länder vertuscht.

3. Der imperialistische Krieg 1914—1918 hat mit besonderer Klarheit vor allen Nationen und unterdrückten Klassen der ganzen Welt die Verlogenheit der bürgerlich-demokratischen Phrasen aufgedeckt und in der Praxis bewiesen, daß der Versailler Vertrag der vielgerühmten „westlichen Demokratien“ eine noch brutalere und niederträchtigere Vergewaltigung der schwachen Nationen ist als der Brest-Litowsker Vertrag der deutschen Junker und des deutschen Kaisers. Der Völkerbund und die ganze Politik der Entente nach dem Kriege enthüllen diese Wahrheit mit noch größerer Klarheit und Schärfe, stärken dadurch überall den revolutionären Kampf sowohl des Proletariats der fortgeschrittenen Länder als auch aller werktätigen Massen der kolonialen und abhängigen Länder und beschleunigen den Zusammenbruch der kleinbürgerlichen nationalen Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens und einer Gleichheit der Nationen unter dem Kapitalismus.

4. Aus den dargelegten grundlegenden Leitsätzen folgt, daß die ganze Politik der Kommunistischen Internationale in der nationalen und kolonialen Frage von der gegenseitigen Annäherung der Proletariat und werktätigen Massen aller Nationen und aller Länder zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie ausgehen muß. Denn nur eine solche gegenseitige Annäherung sichert den Sieg über den Kapitalismus, ohne den die Abschaffung der nationalen Unterdrückung und der ungleichen Rechte unmöglich ist.

5. Die weltpolitische Lage hat jetzt die Diktatur des Proletariats auf die Tagesordnung gesetzt, und alle Ereignisse der Weltpolitik konzentrieren sich notwendigerweise um einen einzigen Mittelpunkt: um den Kampf der Weltbourgeoisie gegen die rus-

sische Sowjetrepublik, die einerseits unvermeidlich die Rätebewegungen der vorgeschrittenen Arbeiter aller Länder, andererseits alle nationalen Befreiungsbewegungen der Kolonien und der unterdrückten Völker um sich gruppiert, die sich durch bittere Erfahrungen überzeugen, daß es für sie keine andere Rettung gibt als den Sieg der Sowjetmacht über den Weltimperialismus.

6. Folglich darf man sich gegenwärtig nicht mit der bloßen Anerkennung der Proklamierung der gegenseitigen Annäherung der Werktätigen verschiedener Nationen begnügen, sondern muß eine Politik des engsten Bündnisses aller nationalen und kolonialen Befreiungsbewegungen mit Sowjetrußland führen und die Formen dieses Bündnisses nach der jeweiligen Entwicklungsstufe der kommunistischen Bewegung unter dem Proletariat eines jeden Landes oder der bürgerlich-demokratischen Befreiungsbewegung der Arbeiter und Bauern in den rückständigen Ländern oder unter den rückständigen Nationalitäten bestimmen...

...10. Das Bekenntnis zum Internationalismus in Worten und seine Ersetzung durch kleinbürgerlichen Nationalismus und Pazifismus in der ganzen Propaganda, Agitation und praktischen Arbeit ist eine ganz gewöhnliche Erscheinung nicht nur in den Parteien der II. Internationale, sondern auch in den aus dieser Internationale ausgetretenen Parteien, ja sogar nicht selten in solchen Parteien, die sich jetzt als kommunistische bezeichnen. Der Kampf gegen dieses Uebel, gegen die am tiefsten eingewurzelten kleinbürgerlichen, nationalen Vorurteile muß um so mehr in den Vordergrund gerückt werden, je aktueller die Frage der Umwandlung der Diktatur des Proletariats aus einer nationalen Diktatur (die nur in einem Lande besteht und keinen bestimmenden Einfluß auf die Weltpolitik haben kann) in eine internationale wird (d. h. in eine Diktatur des Proletariats mindestens einiger fortgeschrittener Länder, die einen entscheidenden Einfluß auf die ganze Weltpolitik ausüben könnte). Der kleinbürgerliche Nationalismus erklärt die bloße Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen für Internationalismus und läßt (ganz abgesehen davon, daß das nur eine rein formelle Anerkennung ist) den nationalen Egoismus unangetastet, der proletarische Internationalismus aber fordert: erstens, daß die Interessen des proletarischen Kampfes des einen Landes den Interessen dieses Kampfes im Weltmaßstabe untergeordnet wer-

den; zweitens, daß die Nation, die über ihre Bourgeoisie siegt, fähig und bereit sei, die größten nationalen Opfer für den Sturz des internationalen Kapitalismus zu bringen.

Infolgedessen ist in den bereits entwickelten kapitalistischen Staaten, in denen Arbeiterparteien bestehen, die tatsächlich der Vortrupp des Proletariats sind, die erste und wichtigste Aufgabe: der Kampf gegen die opportunistischen und kleinbürgerlich-pazifistischen Entstellungen des Begriffs und der Politik des Internationalismus.

(*Lenin. Sämtliche Werke*, Bd. XXV. „Ursprünglicher Thesenentwurf zur nationalen und kolonialen Frage“, S. 350 ff., 1920.)

II. DIE NATIONALE UND KOLONIALE FRAGE UND DIE SOZIALISTISCHE WELTREVOLUTION

(DAS PROGRAMM DES BOLSCHEWISMUS IN DER NATIONALEN UND
KOLONIALEN FRAGE)

1. Genosse Stalin über die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die proletari- sche Revolution

... Bei der Lösung der nationalen Frage geht der Leninismus
von folgenden Richtlinien aus:

a) die Welt ist in zwei Lager geteilt: in das Lager einer
Handvoll zivilisierter Nationen, in deren Händen sich das Fi-
nanzkapital befindet und die die gewaltige Mehrheit der Bevöl-
kerung des Erdballs ausbeuten, und in das Lager der unterdrück-
ten und ausgebeuteten Völker der Kolonien und abhängigen
Länder, die diese Mehrheit bilden;

b) die Kolonien und abhängigen Länder, die vom Finanz-
kapital unterdrückt und ausgebeutet werden, bilden eine gewal-
tige Reserve und eine überaus wichtige Quelle, aus der der Im-
perialismus Kräfte schöpft;

c) der revolutionäre Kampf der unterdrückten Völker in
den abhängigen und Kolonialländern gegen den Imperialismus
ist der einzige Weg zu ihrer Befreiung von der Unterdrückung
und der Ausbeutung;

d) die wichtigsten Kolonien und abhängigen Länder haben
bereits den Weg der nationalen Befreiungsbewegung beschritten,
die zwangsläufig zur Krise des Kapitalismus führen muß;

e) die Interessen der proletarischen Bewegung in den ent-
wickelten Ländern und der nationalen Befreiungsbewegung in
den Kolonien erheischen die Vereinigung dieser beiden Arten
der revolutionären Bewegung zu einer gemeinsamen Front ge-
gen den gemeinsamen Feind, den Imperialismus;

f) der Sieg der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Län-
dern und die Befreiung der unterdrückten Völker vom Joche des
Imperialismus ist unmöglich ohne die Bildung und Festigung
der gemeinsamen revolutionären Front;

g) die Bildung der gemeinsamen revolutionären Front ist
unmöglich ohne direkte und entschiedene Unterstützung der
Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker durch das Prole-
tariat der unterdrückenden Nationen gegen den „vaterländischen“
Imperialismus, denn, „ein Volk, das andere Völker unterdrückt,
kann nicht frei sein“ (*Marx*);

h) diese Unterstützung bedeutet die Verfechtung, Verteidi-
gung und Verwirklichung der Losung — Recht der Nationen
auf Lostrennung, auf selbständige staatliche Existenz;

i) ohne Verwirklichung dieser Losung ist die Vereinigung
und Zusammenarbeit der Nationen in der einheitlichen Welt-
wirtschaft, die die materielle Basis für den Sieg des Sozialismus
bildet, nicht durchführbar;

k) diese Vereinigung kann nur eine freiwillige sein, die auf
der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens und der brüderli-
chen Beziehungen der Völker entsteht.

Hieraus ergeben sich zwei Seiten, zwei Tendenzen in der
nationalen Frage: die Tendenz zur politischen Befreiung von den
imperialistischen Fesseln und zur Bildung eines selbständigen
nationalen Staates, die aus der imperialistischen Unterdrückung
und der kolonialen Ausbeutung entstand, und die Tendenz zur
wirtschaftlichen Annäherung der Nationen, die im Zusammen-
hang mit der Bildung des Weltmarktes und der Weltwirtschaft
entstand.

„Der in Entwicklung begriffene Kapitalismus“, sagt Lenin, „kennt in der
nationalen Frage zwei historische Tendenzen. Die erste Tendenz: Erwachen
des nationalen Lebens und der nationalen Bewegungen, Kampf gegen jede
nationale Unterdrückung, Gründung von Nationalstaaten. Die zweite Tendenz:
Entwicklung und Verdichtung der verschiedenartigen Beziehungen zwischen
den Nationen, Niederreißen der nationalen Schranken, Bildung der inter-
nationalen Einheit des Kapitals, des Wirtschaftslebens überhaupt, der Poli-
tik, der Wissenschaft usw.“

Beide Tendenzen sind ein Universalgesetz des Kapitalismus. Die erste
überwiegt im Anfangsstadium seiner Entwicklung, die zweite kennzeichnet
den reifen, der Umwandlung in die sozialistische Gesellschaftsform ent-
gegenschreitenden Kapitalismus.“ (Bd. XVII, „Kritische Bemerkungen zur
nationalen Frage“, S. 166 f., 1913.)

Für den Imperialismus sind diese beiden Tendenzen unver-
söhnliche Widersprüche, denn der Imperialismus kann nicht le-

ben ohne Ausbeutung und gewaltsames Festhalten der Kolonien im Rahmen des „einheitlichen Ganzen“, da der Imperialismus die Nationen nur durch Annexionen und koloniale Eroberungen einander näherbringen kann, ohne die er überhaupt undenkbar ist.

Für den Kommunismus dagegen sind diese Tendenzen nur zwei Seiten ein und derselben Sache, der Befreiung der unterdrückten Völker vom Joche des Imperialismus, denn der Kommunismus weiß, daß die Vereinigung der Völker in einer einheitlichen Weltwirtschaft nur möglich ist auf dem Boden gegenseitigen Vertrauens und freiwilligen Uebereinkommens, er weiß, daß der Weg zur Bildung einer freiwilligen Vereinigung der Völker über die Lostrennung der Kolonien von dem „einheitlichen“ imperialistischen „Ganzen“, über ihre Verwandlung in selbständige Staaten führt.

Daraus folgt die Notwendigkeit eines hartnäckigen, ununterbrochenen, entschiedenen Kampfes gegen den Großmachtchauvinismus der „Sozialisten“ der herrschenden Nationen (England, Frankreich, Amerika, Italien, Japan usw.), die nicht gewillt sind, ihre eigenen imperialistischen Regierungen zu bekämpfen und den Kampf der unterdrückten Völker „ihrer“ Kolonien um die Befreiung aus der Knechtschaft und um die staatliche Lostrennung zu unterstützen.

Ohne diesen Kampf ist die Erziehung der Arbeiterklasse der herrschenden Nationen im Geiste eines wirklichen Internationalismus, im Geiste der Annäherung an die werktätigen Massen der abhängigen Länder und der Kolonien, im Geiste der wirklichen Vorbereitung der proletarischen Revolution undenkbar. Die Revolution in Rußland hätte nicht gesiegt und Koltshak und Denikin wären nicht zerschlagen worden, wenn das russische Proletariat nicht die Sympathien und die Unterstützung der unterdrückten Völker des ehemaligen Russischen Reichs gehabt hätte. Damit es aber diese Sympathien und diese Unterstützung erwerben konnte, mußte es vorerst die Ketten des russischen Imperialismus zerschlagen und diese Völker von der nationalen Unterdrückung befreien. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Sowjetmacht zu festigen, einen wirklichen Internationalismus großzuziehen und jene großartige Organisation der Völkergemeinschaft zu schaffen, die den Namen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ trägt, und die das lebendige Vorbild der künftigen Völkervereinigung in der einheitlichen Weltwirtschaft ist.

Daraus folgt die Notwendigkeit des Kampfes gegen die nationale Abkapselung, Beschränktheit und Abgeschlossenheit der Sozialisten der unterdrückten Länder, die sich über ihren nationalen Kirchturm nicht erheben wollen, und die den Zusammenhang zwischen der Befreiungsbewegung des eigenen Landes und der proletarischen Bewegung der herrschenden Länder nicht begreifen.

Ohne diesen Kampf ist die Verfechtung einer selbständigen Politik des Proletariats der unterdrückten Nationen und seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der herrschenden Länder im Kampfe um den Sturz des gemeinsamen Feindes, im Kampfe um den Sturz des Imperialismus undenkbar; ohne diesen Kampf wäre der Internationalismus unmöglich.

Das ist der Weg zur Erziehung der werktätigen Massen der herrschenden und der unterdrückten Nationen im Geiste des revolutionären Internationalismus.

Ueber diese doppelseitige Aufgabe des Kommunismus bei der Erziehung der Arbeiter im Geiste des Internationalismus sagt Lenin:

„Kann diese Erziehung... konkret gleich sein für die großen, unterdrückenden und für die kleinen, unterdrückten Nationen, für die annektierten und für die annektierten Nationen?“

Offenbar nicht. Die konkreten Wege zum gemeinsamen Ziel: zur vollen Gleichberechtigung, zur engsten Annäherung und weiteren *Verschmelzung* aller Nationen sind hier augenscheinlich verschieden, ebenso wie, sagen wir, der Weg zu einem Punkt, der sich in der Mitte dieses Blattes befindet, von einem Rande aus nach links, vom gegenüberliegenden Rande aus nach rechts führt. Wenn ein Sozialdemokrat einer großen, unterdrückenden und annektierenden Nation, der im allgemeinen die Verschmelzung der Nationen predigt, auch nur eine Minute lang vergißt, daß ‚sein‘ Nikolaus II., ‚sein‘ Wilhelm, Georg, Poincaré usw. auch für die Verschmelzung mit den kleinen Nationen ist (mittels Annexionen) — Nikolaus II. für die ‚Verschmelzung‘ mit Galizien, Wilhelm II. für die ‚Verschmelzung‘ mit Belgien usw. —, so ist ein solcher Sozialdemokrat ein lächerlicher Doktrinär in der Theorie, ein Helfershelfer des Imperialismus in der Praxis.

Der Schwerpunkt der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den unterdrückenden Ländern muß unbedingt in der Propagierung und Verteidigung des Rechtes auf Lostrennung der unterdrückten Länder liegen. Sonst gibt es keinen Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozialisten einer Unterdrückernation, der diese Propaganda nicht treibt, als Imperialisten und als Schuft zu behandeln. Diese Forderung ist eine absolute, auch wenn diese Lostrennung vor dem Sozialismus nur in einem Falle von tausend möglich und ‚durchführbar‘ wäre...

Umgekehrt muß der Sozialdemokrat einer kleinen Nation den Schwerpunkt seiner Agitation auf das zweite Wort unserer allgemeinen Formel

legen: ‚freiwillige Vereinigung‘ der Nationen. Er kann, ohne seine Verpflichtungen als Internationalist zu verletzen, sowohl für die politische Unabhängigkeit seiner Nation als auch für ihren Anschluß an den Nachbarstaat X. Y. Z. usw. sein, aber in allen Fällen muß er gegen die engnationale Beschränktheit, Abkapselung und Isolierung kämpfen, für die Berücksichtigung des Ganzen und Allgemeinen, für die Unterordnung der Interessen des Teiles unter die Interessen der Gesamtheit.

Leute, die sich in diese Frage nicht vertieft haben, finden, daß es ‚widerspruchsvoll‘ sei, wenn die Sozialdemokraten der Unterdrückernationen auf der ‚Freiheit der Lostrennung‘ und die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen auf der ‚Freiheit der Vereinigung‘ beharren. Etwas Ueberlegung wird aber zeigen, daß es keinen anderen Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, daß es aus dem gegebenen Zustand heraus keinen anderen Weg zu diesem Ziele gibt und geben kann.“ (Lenin, Bd. XIX. „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, S. 324 ff., 1916.)

(Stalin. Probleme des Leninismus, Erste Folge. „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 73 ff., 1924.)

2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur staatlichen Lostrennung als Hauptlosung des nationalen Programms des Bolschewismus

... Die Partei des revolutionären Proletariats Rußlands, die Partei, die sich für ihre Arbeit der großrussischen Sprache bedient, ist verpflichtet, das Recht auf Loslösung anzuerkennen. Nach der Machtergreifung würden wir unbedingt dieses Recht wie für Finnland so für die Ukraine, für Armenien und für jede Völkerschaft anerkennen, die vom Zarismus (und von der großrussischen Bourgeoisie) unterdrückt wurde. Aber wir unsererseits wollen die Loslösung gar nicht. Wir wollen einen möglichst großen Staat, einen möglichst engen Bund einer möglichst großen Zahl von Nationen, die den Großrussen benachbart leben; wir wollen das im Interesse der Demokratie und des Sozialismus, im Interesse der Heranziehung einer möglichst großen Zahl von Werktätigen verschiedener Nationen zum Kampf des Proletariats. Wir wollen eine revolutionär-proletarische Einheit, Vereinigung, nicht Zerstückelung. Wir wollen aber eine revolutionäre Vereinigung. Darum stellen wir nicht die Losung der Vereinigung sämtlicher Staaten überhaupt auf, denn die soziale Revolution stellt nur die Vereinigung jener Staaten auf die Tagesordnung, die zum Sozialismus

übergegangen sind und übergehen, der sich befreienden Kolonien usw. Wir wollen eine freie Vereinigung. Und darum sind wir verpflichtet, die Freiheit der Loslösung anzuerkennen (ohne Freiheit der Loslösung kann die Vereinigung nicht als frei bezeichnet werden).

... Wir wollen, daß die Republik des russischen... Volkes die anderen Nationen an sich ziehe. Aber wodurch? Nicht durch Gewalt, sondern ausschließlich durch freiwillige Verständigung. Sonst wird die Einheit und der brüderliche Bund der Arbeiter aller Länder verletzt. Zum Unterschied von den bürgerlichen Demokraten ist unsere Losung nicht die Brüderlichkeit aller Völker, sondern die Brüderlichkeit der Arbeiter aller Nationalitäten, denn der Bourgeoisie aller Länder vertrauen wir nicht, wir betrachten sie als Feind. (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXI, S. 403 f.)

A. Die Leninsche Losung vom Rechte der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet ausschließlich das Recht auf Unabhängigkeit im politischen Sinne, auf die Freiheit der politischen Abtrennung von der unterdrückenden Nation. Konkret bedeutet diese Forderung der politischen Demokratie die volle Freiheit der Agitation für die Abtrennung und die Lösung der Frage über die Abtrennung durch das Referendum der betreffenden, d. h. der unterdrückten Nation, so daß diese Forderung nicht der Forderung der Abtrennung, der Zerstückelung, der Bildung kleiner Staaten gleich ist. Sie ist nur ein folgerichtiger Ausdruck für den Kampf gegen jegliche nationale Unterjochung. Je mehr die demokratische Organisation des Staates bis zur völligen Freiheit der Abtrennung ausgestaltet ist, desto seltener und schwächer wird in der Praxis die Bestrebung zur Abtrennung sein, denn die Vorteile der großen Staaten sind sowohl vom Standpunkt des ökonomischen Fortschrittes als auch von demjenigen der Interessen der Massen zweifellos, wobei diese Vorteile mit dem Kapitalismus steigen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes¹ ist nicht

¹ Anmerkung der Redaktion. Die Erklärung der bolschewistischen Auffassung der Losung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch Genossen Stalin ist in seinem Aufsatz „Marxismus und nationale Frage“, S. 21 f., enthalten.

gleichbedeutend mit der Anerkennung des Prinzips der Föderation. Man kann entschiedener Gegner dieses Prinzips und Anhänger des demokratischen Zentralismus sein, aber der nationalen Rechtsungleichheit die Föderation als den einzigen Weg zum vollständigen demokratischen Zentralismus vorziehen.

Eben von diesem Standpunkt aus zog der Zentralist Marx sogar die Föderation zwischen Irland und England der Gewaltunterjochung Irlands durch England vor.

Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung. Und eben um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir einerseits die Massen über den reaktionären Charakter der Idee von Renner und Bauer (sogenannte „national-kulturelle Autonomie“) aufklären, andererseits aber die Befreiung der unterdrückten Nationen nicht in allgemeinen weitschweifigen Phrasen, nicht in nichtssagenden Deklamationen, nicht in der Form der Vertröstung auf den Sozialismus, sondern in einem klar und präzise formulierten politischen Programm fordern, und zwar in spezieller Bezugnahme auf die Feigheit und Heuchelei der „Sozialisten“ der unterdrückten Nationen. Wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen nur durch die Uebergangsperiode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann, so kann sie zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Uebergangsperiode der völligen Befreiung, d. h. Abtrennungsfreiheit aller unterdrückten Nationen kommen...

Die sozialistische Revolution kann in der nächsten Zukunft beginnen. In diesem Falle wäre die sofortige Aufgabe des Proletariats: die Erkämpfung der politischen Macht, die Expropriation der Banken und die Verwirklichung anderer diktatorischer Maßregeln. Die Bourgeoisie — und besonders die Intelligenz vom Typus der Fabianer und Kautskyaner — wird sich bemühen, die Revolution in solch einem Augenblick zu zerstückeln und zu bremsen, indem sie ihr beschränkte demokratische Ziele vorschreiben wird. Wenn *alle* rein demokratischen Forderungen imstande sind, schon beim beginnenden Ansturm der Proletarier gegen die Grundlage der Macht der Bourgeoisie der Revolution im gewissen Sinne im Wege zu stehen, so wird die Notwendigkeit, die Freiheit *aller* unterjochten Völker (d. h. das Selbstbestimmungsrecht) zu verkünden und zu verwirkli-

chen, ebenso aktuell während der sozialistischen Revolution, wie sie es für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution war, z. B. in Deutschland im Jahre 1848 oder in Rußland im Jahre 1905.

Möglicherweise werden aber bis zum Beginn der sozialistischen Revolution noch fünf, zehn oder noch mehr Jahre verfließen. Es wird eine solche revolutionäre Erziehung der Massen auf der Tagesordnung stehen, die die Zugehörigkeit zur Arbeiterpartei der Sozialchauvinisten und Opportunisten, ebenso wie deren Sieg, ähnlich wie im Jahre 1914/16, unmöglich machen wird.

Die Sozialisten werden den Massen zu erklären haben, daß die Sozialisten Englands, die die Freiheit der Abtrennung der Kolonien sowie Irlands nicht fordern, die Sozialisten Deutschlands, die ebenfalls die Freiheit der Abtrennung der Kolonien sowie Elsaß-Lothringens, der Polen, Dänen nicht fordern, die unmittelbare revolutionäre Propaganda und revolutionäre Massenaktion gegen die nationale Unterdrückung nicht verbreiten, die solche Vorkommnisse, wie den Zaberninzident, zur breitesten illegalen Propaganda unter dem Proletariat der unterdrückenden Nation, zu Straßendemonstrationen und revolutionären Massenaktionen nicht ausnützen, die Sozialisten Rußlands, die die Freiheit der Abtrennung Finnlands, Polens, der Ukraine u. a. nicht verlangen usw. —, daß solche Sozialisten als Lakaien der von Blut und Schmutz triefenden imperialistischen Monarchien und der imperialistischen Bourgeoisie handeln.

(*Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XIX. „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, S. 43 f., 51 f., 1916.*)

„Das Recht auf Selbstbestimmung bedeutet nicht nur das Recht auf Lostrennung. Es bedeutet auch das Recht auf föderative Verbindung, das Recht auf Autonomie“, schreiben Sie. Ich bin absolut nicht einverstanden. Es bedeutet *nicht* das Recht auf *Föderation*. Föderation ist ein Bündnis von Gleichen, ein Bündnis, das des *allgemeinen* Einverständnisses bedarf. Wie kann es nun ein *Recht* der *einen* Seite auf das *Einverständnis* der anderen Seite mit ihr geben? Das ist absurd. Wir sind im Prinzip gegen die Föderation; sie schwächt den ökonomischen Zusammenhalt, sie ist für einen einheitlichen Staat ein ungeeigneter Typus. Du willst dich lostrennen? Schere dich zum

Teufel, wenn du den ökonomischen Zusammenhang zerreißen kannst, oder richtiger: wenn das Joch und die Reibereien des „Zusammenlebens“ derartige sind, daß sie die Sache des ökonomischen Zusammenhanges *verderben* und zugrunde richten. Du willst dich nicht lostrennen? Dann, bitte entscheide nicht an *meiner* statt, glaube nicht, du hättest das „*Recht*“ auf Föderation. „Recht auf Autonomie“?? Wiederum falsch. Wir sind *für die Autonomie für alle* Teile, wir sind für das *Recht* auf Lostrennung (und nicht *für die Lostrennung aller!*). Die Autonomie ist *unser* Plan für den Aufbau eines demokratischen Staates. Die Lostrennung ist keineswegs unser Plan. Wir agitieren keineswegs für die Lostrennung. Im allgemeinen sind wir gegen die Lostrennung. Aber wir sind für das *Recht* auf Lostrennung, angesichts des großrussischen erzreaktionären Nationalismus, der die Sache des nationalen Zusammenlebens so sehr entstellt hat, daß der Zusammenhang manchmal *nach* freier Lostrennung *größer* wird!!

Das Recht auf Selbstbestimmung ist eine *Ausnahme* von unserer allgemeinen Prämisse des Zentralismus. Diese Ausnahme ist in Anbetracht des großrussischen erzreaktionären Nationalismus absolut notwendig, und der geringste Verzicht auf diese Ausnahme ist Opportunismus (wie bei Rosa Luxemburg), ist ein einfältiges Spiel zu Nutz und Frommen des großrussischen erzreaktionären Nationalismus. Doch die Ausnahme *darf nicht* in erweiterndem Sinne gedeutet werden. Um *nichts*, um absolut nichts anderes als um das *Recht* auf *Lostrennung* handelt es sich hier und soll es sich hier handeln.

(*Lenin*. Sämtliche Werke, Bd. XVII. Brief an S. G. Schaumjan, S. 105 f., 1913.)

Zum Begriff der Annexion gehören gewöhnlich: 1. der Begriff der Gewalt (gewaltsame Angliederung); 2. der Begriff der nationalen Fremdherrschaft (Angliederung eines „*fremden*“ Gebietes usw.) und — manchmal — 3. der Begriff der Verletzung des Status quo. Darauf haben wir in den Thesen hingewiesen, und dieser unser Hinweis stieß auf keine Kritik.

Es fragt sich, ob Sozialdemokraten überhaupt gegen Gewalt sein können? Natürlich nicht. Wir sind also nicht gegen Annexionen, weil sie Gewaltakte sind, sondern aus einem anderen Grunde. Ebenso wenig können die Sozialdemokraten für den Status quo sein. Wie man sich auch dreht und windet, man

kann um die Schlußfolgerung nicht herumkommen: eine Annexion ist eine *Verletzung des Selbstbestimmungsrechts* der Nation, eine Festlegung der Staatsgrenzen *gegen den Willen der Bevölkerung*.

Gegen Annexion sein, *heißt* für das Selbstbestimmungsrecht sein. „Gegen das gewaltsame Festhalten einer Nation innerhalb der Grenzen eines bestimmten Staates“ sein (wir haben absichtlich *auch* diese, etwas veränderte Formulierung desselben Gedankens in § 4 unserer Thesen gebraucht, und die polnischen Genossen haben uns hierauf *ganz* klar *geantwortet*, indem sie am Anfang ihres § I, 4 erklärten, daß sie „gegen das gewaltsame Festhalten der unterdrückten Nationen in den Grenzen des annectierenden Staates“ sind), ist *das gleiche*, wie für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sein.

Ueber Worte wollen wir nicht streiten. Wenn es eine Partei gibt, die in ihrem Programm (oder in einer für alle bindenden Resolution — nicht auf die Form kommt es an) erklärt, daß sie gegen Annexion¹, gegen das gewaltsame Festhalten der unterdrückten Nationen innerhalb der Grenzen *ihres* Staates ist, so erklären wir, daß wir mit einer solchen Partei prinzipiell vollständig übereinstimmen. Es wäre sinnlos, wollte man sich an das *Wort* „Selbstbestimmungsrecht“ klammern. Und wenn sich in unserer Partei Leute finden, die in diesem Sinne die *Worte*, die Formulierung des § 9 unseres Parteiprogramms ändern wollen, so werden wir die Meinungsverschiedenheit mit *solchen Genossen* keineswegs als eine prinzipielle betrachten!

Es kommt lediglich auf die politische Klarheit und theoretische Durchdachtheit unserer Losungen an.

In den mündlichen Diskussionen in dieser Frage — deren Wichtigkeit gerade jetzt, im Zusammenhang mit dem Krieg, niemand bestreitet — kam folgendes Argument vor (in der Presse haben wir es nicht gefunden): *der Protest gegen* ein bestimmtes Uebel bedeutet nicht unbedingt die Anerkennung eines positiven Begriffs, der dieses Uebel ausschließt. Dieses Argument ist offenbar unhaltbar, und darum wird es wohl auch nirgends in der Presse wiedergegeben. Wenn eine sozialistische Partei erklärt, daß sie „gegen das gewaltsame Festhalten einer unterdrückten

¹ „Gegen alte und neue Annexion“, formulierte es K. Radek in seinem Artikel in der „*Berner Tagwacht*“.

Nation in den Grenzen des annectierenden Staates“ ist, so verpflichtet sich diese Partei dadurch, auf ein gewaltsames Festhalten zu verzichten, sobald sie an der Macht sein wird.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß, wenn Hindenburg morgen Rußland halb besiegt und als Ausdruck dieses halben Sieges (in Verbindung mit dem Wunsche Englands und Frankreichs, den Zarismus ein wenig zu schwächen) ein neuer polnischer Staat entsteht, der vom Standpunkt der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und des Imperialismus durchaus „zu verwirklichen“ ist, und wenn dann übermorgen die sozialistische Revolution in Petersburg, Berlin und Warschau siegt, daß dann die polnische sozialistische Regierung, gleich der russischen und deutschen, darauf verzichten wird, sagen wir, die Ukrainer „innerhalb der Grenzen des polnischen Staates gewaltsam festzuhalten“. Wenn in dieser Regierung Redaktionsmitglieder der „Gazeta Robotnicza“ sitzen sollten, so werden sie zweifellos ihre „Thesen“ opfern und dadurch die „Theorie“ widerlegen, daß das „Selbstbestimmungsrecht auf die sozialistische Gesellschaft nicht anwendbar“ sei. Wenn wir einer anderen Meinung wären, hätten wir nicht eine kameradschaftliche Diskussion mit den Sozialdemokraten Polens auf die Tagesordnung gesetzt, sondern den unversöhnlichen Kampf gegen sie als gegen Chauvinisten.

Gesetzt den Fall, ich gehe in einer beliebigen europäischen Stadt auf die Straße und „protestiere“ öffentlich, und dann auch in den Zeitungen, dagegen, daß man mir nicht gestattet, einen Menschen als Sklaven zu kaufen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man das Recht haben wird, mich als Sklavenhalter, als Anhänger des Prinzips oder des Systems, wie man will, der Sklaverei zu betrachten. Daß meine Sympathien für die Sklaverei in die negative Form des Protestes und nicht in die positive Form („Ich bin für Sklaverei“) gehüllt sind — das wird niemanden täuschen. Ein politischer „Protest“ ist einem politischen Programm vollkommen gleichbedeutend, das ist so augenfällig, daß es direkt peinlich ist, das noch auseinandersetzen zu müssen. Auf jeden Fall sind wir fest davon überzeugt, daß wir zumindest von der Zimmerwalder Linken — wir sprechen nicht von allen Zimmerwaldern, da Martow und andere Kautskyaner dabei sind — keinen „Protest“ zu erwarten haben, wenn wir sagen, daß in der III. Internationale kein Platz für Leute sein wird, die imstande sind, einen politischen Protest vom politischen Pro-

gramm zu trennen, das eine dem anderen entgegenzustellen u. dgl.

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XIX. „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, S. 304 ff., 1916.)

B. Die Hauptforderungen des bolschewistischen Programms in der nationalen Frage¹

Es bleibt uns nur noch übrig, eine positive Lösung der nationalen Frage zu entwerfen.

Wir gehen davon aus, daß die Frage nur in unzertrennlicher Verbindung mit der gegenwärtigen Situation in Rußland gelöst werden kann.

Rußland befindet sich in einem Uebergangsstadium, wo das „normale“, „verfassungsmäßige“ Leben noch nicht hergestellt ist, wo die politische Krise noch nicht gelöst ist. Tage der Stürme, Tage der „Komplikationen“ stehen noch bevor. Daher die Bewegung, die vorhandene und kommende, die Bewegung, die sich die vollständige Demokratisierung zum Ziele steckt.

Im Zusammenhang mit dieser Bewegung muß auch die nationale Frage untersucht werden.

Also vollständige Demokratisierung des Landes als Grundlage und Vorbedingung zur Lösung der nationalen Frage.

Bei der Lösung der nationalen Frage muß nicht nur die innere, sondern auch die äußere Lage in Betracht gezogen werden. Rußland liegt zwischen Europa und Asien, zwischen Oesterreich und China. Das Anwachsen des Demokratismus in Asien ist unausbleiblich.

Das Anwachsen des Imperialismus in Europa ist kein Zufall. In Europa wird es dem Kapital eng, es strebt in fremde Länder, sucht neue Märkte, billige Arbeitskraft, neue Anlagemöglichkeiten. Das aber führt zu äußeren Verwicklungen und zum Kriege. Niemand kann sagen, daß der Balkankrieg das Ende und

¹ Anmerkung der Redaktion. Der vorliegende Auszug stellt ein Kommentar zum Programm der Bolschewiki in der nationalen Frage in der bürgerlich-demokratischen Revolution in Rußland dar. Genosse Stalin verteidigte alle Forderungen dieses Programms auch auf der Aprilkonferenz 1917, als die nationale Frage bereits als Teil unseres Kampfes für die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft gestellt wurde. Die Oktoberrevolution verwirklichte dieses nationale Befreiungsprogramm, verlieh ihm neuen, sozialistischen Inhalt und machte die nationale Politik zu einem überaus wichtigen Werkzeug des sozialistischen Aufbaus.

nicht der Beginn der Verwicklungen sei. Es ist vollkommen möglich, daß eine solche Kombination der inneren und äußeren Konjunktur eintritt, bei der es diese oder jene Nationalität in Rußland für nötig findet, die Frage ihrer Unabhängigkeit zu stellen und zu entscheiden. Es ist natürlich nicht Sache der Marxisten, in einem solchen Falle Hindernisse in den Weg zu legen.

Daraus folgt aber, daß die russischen Marxisten ohne das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung nicht auskommen werden.

Also *Selbstbestimmungsrecht als notwendiger Punkt* bei der Lösung der nationalen Frage.

Weiter. Was soll mit jenen Nationen werden, die aus diesem oder jenem Grunde vorziehen, im Rahmen des Ganzen zu bleiben? . . .

. . . Die einzige richtige Lösung ist die *territoriale* Autonomie, die Autonomie solcher bereits herausgebildeter Einheiten wie Polen, Litauen, Ukraine, Kaukasus usw.

Der Vorzug der territorialen Autonomie besteht vor allem darin, daß man es bei ihr nicht mit einer Fiktion ohne Gebiet zu tun hat, sondern mit einer bestimmten Bevölkerung, die auf einem bestimmten Territorium lebt.

Dann grenzt sie die Menschen nicht nach Nationen ab, festigt nicht die nationalen Schranken. Im Gegenteil, sie bricht nur diese Schranken und vereinigt die Bevölkerung, um der Abgrenzung anderer Art, der Abgrenzung nach Klassen, den Weg zu ebnen.

Schließlich ermöglicht sie die beste Ausnutzung der Naturreichtümer des Gebietes und die Entfaltung der Produktivkräfte, ohne daß erst die Beschlüsse des gemeinsamen Zentrums abgewartet werden müssen. Das sind Funktionen, die der national-kulturellen Autonomie nicht eigen sind.

Also *territoriale Autonomie als notwendiger Punkt* in der Lösung der nationalen Frage.

Kein Zweifel, daß kein einziges der Gebiete eine kompakte nationale Homogenität darstellt, denn in jedes sind nationale Minderheiten eingestreut. So die Juden in Polen, die Letten in Litauen, die Russen im Kaukasus, die Polen in der Ukraine usw. Daher wäre zu befürchten, daß die Minderheiten von den nationalen Mehrheiten unterdrückt werden. Aber solche Befürchtungen wären nur in dem Falle begründet, wenn im Lande die

alten Zustände bestehen blieben. Wenn im Lande vollständige Demokratie herrscht, wird solchen Befürchtungen jeder Boden entzogen . . .

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ein nationaler Verband fehlt, sondern weil ihrer Muttersprache die Rechte entzogen werden. Gebt ihr das Recht des Gebrauchs ihrer Sprache, und ihre Unzufriedenheit schwindet von selbst.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ein künstlicher Verband fehlt, sondern weil sie keine nationale Schule hat. Gebt ihr eine solche Schule, und die Unzufriedenheit verliert jeden Boden.

Die Minderheit ist unzufrieden, nicht weil ein nationaler Verband fehlt, sondern weil Gewissensfreiheit, Bewegungsfreiheit usw. fehlen. Gebt ihr alle diese Freiheiten, und sie wird nicht mehr unzufrieden sein.

Also *nationale Gleichberechtigung in allen ihren Formen (Sprache, Schule usw.) als notwendiger Punkt* bei der Lösung der nationalen Frage. Ein allgemeines Staatsgesetz auf der Grundlage der völligen Demokratisierung des Landes mit dem Verbot ausnahmslos aller Arten von nationalen Vorrechten und jeder Bedrückung oder Einschränkung der Rechte der nationalen Minderheiten. Darin, und nur darin, kann die wirkliche und nicht papierne Garantie der Rechte der nationalen Minderheiten bestehen.

Man mag das Bestehen einer logischen Verbindung zwischen dem organisatorischen Föderalismus und der national-kulturellen Autonomie bestreiten oder nicht. Aber nicht bestreiten läßt sich, daß diese letztere eine günstige Atmosphäre für den hemmungslosen Föderalismus schafft, der in völligen Bruch, in Separatismus umschlägt. Wenn die Tschechen in Oesterreich und die Bundisten in Rußland mit der Autonomie begannen, dann zur Föderation übergingen und beim Separatismus landeten, so hat dabei die nationalistische Atmosphäre, die die nationale Autonomie naturgemäß verbreitet, zweifellos eine große Rolle gespielt. Es ist kein Zufall, daß nationale Autonomie und organisatorische Föderation Arm in Arm gehen. Das ist auch verständlich. Beide fordern die Abgrenzung nach Nationalitäten, beide bezwecken eine Organisierung nach Nationalitäten. Die Aehnlichkeit ist zweifellos. Der Unterschied ist lediglich der, daß dort die Bevölkerung überhaupt, hier die sozialdemokratischen Arbeiter abgegrenzt werden.

Wir wissen, wohin die Abgrenzung der Arbeiter nach Nationalitäten führt. Zerfall der einheitlichen Arbeiterpartei, Aufteilung der Gewerkschaften nach Nationalitäten, Zuspitzung der nationalen Reibungen, nationales Streikbrechertum, völlige Demoralisierung in den Reihen der Sozialdemokratie — das sind die Ergebnisse des organisatorischen Föderalismus. Die Geschichte der Sozialdemokratie in Oesterreich und die Tätigkeit des Bund in Rußland... legen ein beredtes Zeugnis dafür ab.

Das einzige Mittel dagegen ist die Organisierung auf der Grundlage des Internationalismus.

Zusammenschluß der Arbeiter verschiedener Nationalitäten in den Orten zu *einheitlichen* und *geschlossenen* Kollektiven, Zusammenschluß dieser Kollektive zu einer *einheitlichen* Partei, das ist die Aufgabe.

Es versteht sich von selbst, daß ein solcher Aufbau der Partei eine weitgehende Autonomie der *Gebiete* innerhalb des einheitlichen Parteiganzen nicht ausschließt, sondern voraussetzt...

... Der Organisationstypus wirkt nicht allein auf die praktische Arbeit. Er drückt dem ganzen geistigen Leben des Arbeiters seinen unauslöschlichen Stempel auf. Der Arbeiter lebt das Leben seiner Organisation; in ihr wächst er geistig und erhält seine Schulung. Indem er in seiner Organisation verkehrt und dort jedesmal mit Genossen anderer Nationalität zusammentrifft, mit denen er zusammen unter Führung des gemeinsamen Kollektivs den gemeinsamen Kampf führt, wird er von dem Gedanken tief durchdrungen, daß die Arbeiter *vor allem* Angehörige einer Klassenfamilie, Mitglieder der einheitlichen Armee des Sozialismus sind.

Das kann aber nicht ohne ungeheuren erzieherischen Einfluß auf breite Schichten der Arbeiterklasse bleiben.

Darum ist der internationale Typus der Organisation eine Schule kameradschaftlicher Gesinnung, ein gewaltiges Agitationsmittel des Internationalismus.

Anders steht es mit einer Organisation nach dem Nationalitätenprinzip. Nach Nationalitäten organisiert, kapseln sich die Arbeiter in ihren nationalen vier Wänden ab, grenzen sich voneinander durch nationale Schranken ab. Nicht das *Gemeinsame* unter den Arbeitern wird hervorgehoben, sondern das, was sie voneinander unterscheidet. Hier ist der Arbeiter vor allem Angehöriger seiner Nation: Jude, Pole usw. Kein Wunder, daß der

nationale Föderalismus in der Organisation bei den Arbeitern den Geist der nationalen Absonderung züchtet.

Darum ist der nationale Typus der Organisation eine Schule der nationalen Borniertheit und Verknöcherung.

Wir haben somit zwei *prinzipiell* verschiedene Organisationstypen vor uns: den Typus des internationalen Zusammenschlusses und den Typus der organisatorischen „Abgrenzung“ der Arbeiter nach Nationalitäten.

Die Versuche, beide Typen miteinander zu versöhnen, hatten bisher keinen Erfolg...

... Ein Mittleres gibt es nicht: Prinzipien siegen und „versöhnen“ sich nicht.

Also das *Prinzip des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiter als notwendiger Punkt* in der Lösung der nationalen Frage.

(Stalin. „Marxismus und nationale Frage“ im Sammelband „Marxismus und national-koloniale Frage“, S. 41 bis 45, russ., 1913.)

3. Der Kampf der Partei für das Leninsche Programm in der nationalen Frage gegen Sozialchauvinismus und Zentrismus

A. Der Kampf gegen die Ablehnung der Losung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch den Sozialchauvinismus

... Was ist das Programm der Sozialchauvinisten in der nationalen Frage?

Entweder verneinen sie das Selbstbestimmungsrecht überhaupt, indem sie Argumente in der Art von denen des Genossen Parabellum anführen (Cunow, Parvus, die russischen Opportunisten: Sëmkowski, Liebmann u. a.). Oder sie anerkennen das Selbstbestimmungsrecht in offenbar heuchlerischer Weise, indem sie es gerade auf solche Nationen nicht anwenden, die von ihrer *eigenen* Nation oder von deren militärischen Verbündeten unterdrückt werden (Plechanow, Hyndman, alle frankophilen Sozialpatrioten, Scheidemann und Co. usw.). Die wohlausehendste und daher für das Proletariat gefährlichste Formulierung der sozialpatriotischen Lüge liefert Kautsky. In Worten ist er *für* das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in Worten ist er dafür,

daß die sozialdemokratische Partei „die Selbständigkeit der Nationen, allseitig (!!) und rückhaltlos (??) achtet und fordert“ („Neue Zeit“, 33, II, S. 241; 21. Mai 1915). In *Wirklichkeit* aber paßt er das nationale Programm an den herrschenden Sozialchauvinismus an, entstellt und verstümmelt es, ohne die Pflichten der Sozialisten der unterdrückenden Nationen genau festzustellen und falsifiziert sogar das demokratische Prinzip, indem er sagt: die „staatliche Selbständigkeit“ für jede Nation verlangen, hieße „zu viel“ verlangen („Neue Zeit“, 33, II, S. 77; 16. Mai 1915). Es genüge, man sehe, die „nationale Autonomie“!! Gerade die wichtigste Frage, die die imperialistische Bourgeoisie nicht zu berühren erlaubt, die Frage nach *den Grenzen des Staates*, der auf der Unterdrückung von Nationen beruht, wird von Kautsky umgangen, gerade das Wichtigste wirft er aus dem Programm dieser Bourgeoisie zuliebe heraus. Die Bourgeoisie ist bereit, jede beliebige „Gleichberechtigung der Nationen“, jede beliebige „nationale Autonomie“ zu versprechen, wenn nur das Proletariat im Rahmen der Gesetzlichkeit bleibt und sich der Bourgeoisie in der Frage der Staatsgrenzen „friedlich“ unterwirft! Kautsky formuliert das nationale Programm der Sozialdemokratie nicht revolutionär, sondern reformistisch.

Das nationale Programm des Genossen Parabellum, oder richtiger, seine *Versicherungen*, „wir sind gegen Annexionen“, unterschreiben der Parteivorstand, Kautsky, Plechanow und Co. mit beiden Händen, und das eben darum, weil durch dieses Programm die herrschenden Sozialpatrioten nicht entlarvt werden. Dieses Programm werden auch bürgerliche Pazifisten unterschreiben. Das vortreffliche *allgemeine* Programm des Genossen Parabellum („revolutionärer Massenkampf gegen den Kapitalismus“) dient ihm — ebenso wie den Proudhonisten der sechziger Jahre —, nicht dazu, um im Einklange mit ihm, in seinem Geiste, ein ebenso unversöhnliches, ebenso revolutionäres Programm in der nationalen Frage auszuarbeiten, sondern dazu, um hier das Feld vor den Sozialpatrioten zu räumen! Die Mehrheit der Sozialisten der Welt gehört in unserer imperialistischen Epoche den Nationen an, die andere Nationen unterdrücken und diese Unterdrückung zu erweitern suchen. Deshalb wird unser „Kampf gegen Annexionen“ inhaltslos, ein für die Sozialpatrioten gar nicht gefährlicher Kampf bleiben, wenn wir nicht erklären: der Sozialist einer unterdrückenden Nation, der im Frieden wie im Kriege nicht für die freie Lostrennung der unterdrückten

Nation Propaganda führt, ist kein Sozialist und kein Internationalist, sondern ein Chauvinist! Der Sozialist einer unterdrückenden Nation, der nicht eine solche Propaganda trotz der Verbote der Regierungen, d. h. in einer freien, d. h. in der illegalen Presse führt, bleibt ein heuchlerischer Anhänger der Gleichberechtigung der Nationen¹.

(*Lenin*. Bd. XVIII. „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, S. 430 ff., 1915.)

B. Die Entlarvung des bürgerlich-nationalistischen Wesens der Losung der „national-kulturellen Autonomie“

Die Losung der nationalen Kultur ist ein bürgerlicher (und oft auch ein erzreaktionär-klerikaler) Betrug. Unsere Losung ist die internationale Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt.

... Die internationale Kultur ist nicht unnational, lebenswürdiger Bundist. Das hat niemand behauptet. Niemand hat eine „reine“ Kultur — weder eine polnische noch eine jüdische noch eine russische usw. — proklamiert, so daß ihr leerer Wortschwall nur ein Versuch ist, die Aufmerksamkeit des Lesers abzulenken und das Wesen der Angelegenheit durch einen Schwall von Worten zu verschleiern.

In jeder nationalen Kultur gibt es — wenn auch unentwickelte — *Elemente* demokratischer und sozialistischer Kultur,

¹ *Anmerkung der Redaktion*. In den „Ergebnissen der Diskussion über die Selbstbestimmung“ entwickelt Lenin diesen Gedanken und schreibt:

„... die Kautskyaner erkennen heuchlerisch das Selbstbestimmungsrecht an — bei uns in Rußland gehen Trotzki und Martow diesen Weg. In Worten sind *beide* für das Selbstbestimmungsrecht, ebenso wie Kautsky. Und in Wirklichkeit? Bei Trotzki — man nehme seine Artikel ‚Nation und Wirtschaft‘ in ‚Nasche Slowo‘ — sehen wir seinen gewohnten Eklektizismus: einerseits führe die Wirtschaft die Verschmelzung der Nationen herbei, andererseits würden die Völker durch die nationale Unterdrückung entzweit. Und der Schluß? Der Schluß ist, daß die herrschende Heuchelei unenthüllt, die Agitation leblos bleibt und die Hauptsache, der Kern, das Wesentliche, das der Praxis am nächsten Liegende gar nicht berührt wird: das Verhältnis zu der Nation, die von ‚meiner‘ Nation unterdrückt wird... Ein russischer Sozialdemokrat, der das Selbstbestimmungsrecht der Nationen... ‚anerkennt‘... ohne für die Freiheit der Lostrennung der vom Zarismus unterdrückten Nationen zu kämpfen, ist in *Wirklichkeit* ein Imperialist und ein Lakai des Zarismus.“

Welche die subjektiven ‚edlen‘ Absichten Trotzkis und Martows auch sein mögen, objektiv unterstützen sie durch ihr Ausweichen den russischen Sozialimperialismus.“

da jede Nation eine werktätige und ausgebeutete Masse besitzt, deren Lebensbedingungen unvermeidlich eine demokratische und sozialistische Ideologie erzeugen. Aber in jeder Nation gibt es auch eine bürgerliche Kultur (und in der Mehrzahl der Fälle eine noch erzreaktionäre und klerikale), und zwar nicht nur in der Form von „Elementen“, sondern als herrschende Kultur. Deshalb ist die „nationale Kultur“ im allgemeinen die Kultur der Agrarier, der Pfaffen und der Bourgeoisie. Diese grundlegende, für den Marxisten elementare Wahrheit hat der Bundist unbeachtet gelassen und mit seinem Wortschwall „aus der Welt geredet“, d. h. er hat den Abgrund zwischen den Klassen, anstatt ihn aufzudecken und aufzuhellen, in Wirklichkeit vor dem Leser verschleiert. Der Bundist ist in Wirklichkeit als Bourgeois aufgetreten, dessen ganzes Interesse die Verbreitung des Glaubens an eine über den Klassen stehende nationale Kultur verlangt.

Wenn wir die Losung der „internationalen Kultur des Demokratismus und der Arbeiterbewegung der ganzen Welt“ ausgeben, entnehmen wir jeder nationalen Kultur lediglich ihre demokratischen und sozialistischen Elemente; nur diese entnehmen wir und nur ausschließlich als Gegengewicht gegen die bürgerliche Kultur, den bürgerlichen Nationalismus jeder Nation. Kein Demokrat und erst recht kein Marxist verneint die Gleichberechtigung der Sprachen oder die Notwendigkeit, in der eigenen Sprache mit der „eigenen“ Bourgeoisie zu polemisieren, antiklerikale und antibürgerliche Ideen unter der „eigenen“ Bauernschaft und unter dem „eigenen“ Kleinbürgertum zu propagieren — das ist selbstverständlich, aber der Bundist verschleiert mit diesen unbestreitbaren Wahrheiten das Strittige, d. h. das, worin tatsächlich das Problem enthalten ist.

Die Frage ist die, ob es für Marxisten zulässig ist, direkt oder indirekt die Losung der nationalen Kultur auszugeben, oder ob sie unbedingt gegen sie in allen Sprachen, „in Anpassung“ an alle lokalen und nationalen Eigenschaften die Losung des Internationalismus der Arbeiter propagieren sollen.

Die Bedeutung der Losung der „nationalen Kultur“ wird nicht durch das Versprechen oder die gute Absicht des betreffenden Intellektuellen bestimmt, diese Losung „im Sinne der Verwirklichung der internationalen Kultur mittels der nationalen Kultur auszulegen“. Es wäre kindischer Subjektivismus, die Dinge so zu sehen. Die Bedeutung der Losung der nationa-

len Kultur wird durch die objektiven Wechselbeziehungen zwischen allen Klassen des gegebenen Landes und aller Länder der Welt bestimmt. Die nationale Kultur der Bourgeoisie ist eine Tatsache (wobei, wie schon bemerkt, die Bourgeoisie überall mit den Grundherren und den Pfaffen Kompromisse eingeht). Der streitbare bürgerliche Nationalismus, der die Arbeiter stumpfsinnig macht, sie zum besten hält und untereinander entzweit, um sie an der Leine der Bourgeoisie zu führen — das ist die Grundtatsache der Gegenwart.

Wer dem Proletariat dienen will, der muß die Arbeiter aller Nationen vereinigen und den bürgerlichen Nationalismus, sowohl den „eigenen“ als auch den fremden, standhaft bekämpfen. Wer die Losung der nationalen Kultur in Schutz nimmt, der gehört zu den nationalistischen Kleinbürgern und nicht zu den Marxisten.

... Der bürgerliche Nationalismus und der proletarische Internationalismus — das sind zwei unversöhnlich feindliche Losungen, die den zwei großen Klassenlagern der ganzen kapitalistischen Welt entsprechen und zwei Arten der Politik (mehr noch: zwei Weltanschauungen) in der nationalen Frage ausdrücken. Wenn die Bundisten die Losung der nationalen Kultur verteidigen und auf ihr einen ganzen Plan und ein praktisches Programm der sogenannten „national-kulturellen Autonomie“ aufbauen, treten sie innerhalb der Arbeiterschaft in Wirklichkeit als Schrittmacher des bürgerlichen Nationalismus auf.

... Das Grundübel dieses Programms, seine Sünde gegen das Prinzip besteht darin, daß es bestrebt ist, den raffiniertesten, absolutesten und zu Ende geführten Nationalismus zu verwirklichen. Das Wesen dieses Programms besteht im Folgenden: jeder Staatsbürger bekennt sich zu irgendeiner Nation, jede Nation aber bildet eine juristische Person mit dem Recht zwangsweiser Besteuerung ihrer Mitglieder, mit einem nationalen Parlament (Landtag) und nationalen „Staatssekretären“ (Ministern) ...

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XVII. „Kritische Notizen zur nationalen Frage“, S. 126—165, 173 f., 1913.)

Oben sprachen wir von der formalen Seite des österreichischen nationalen Programms, von den methodologischen Grundlagen, denen zufolge die russischen Marxisten nicht einfach dem

Beispiel der österreichischen Sozialdemokratie folgen und deren Programm zu dem ihrigen machen können.

Wollen wir jetzt auf das Programm sachlich eingehen.

Worin besteht also das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokraten?

Es läßt sich in zwei Worten ausdrücken: nationale Autonomie.

Das bedeutet erstens, daß nicht, sagen wir, Böhmen und Polen, die hauptsächlich von Tschechen und Polen bewohnt sind, die Autonomie gegeben wird, sondern den Tschechen und Polen überhaupt, unabhängig vom Territorium, welchen Teil Oesterreichs sie auch bewohnen mögen.

Darum heißt eben diese Autonomie *nationale* und nicht territoriale Autonomie.

Das bedeutet zweitens, daß die über ganz Oesterreich zerstreuten Tschechen, Polen, Deutschen usw., einzeln, als Individuen genommen, zu einheitlichen Nationen organisiert werden und als solche dem österreichischen Staate eingeordnet werden. Oesterreich würde also in diesem Falle keinen Verband autonomer Gebiete, sondern einen Verband autonomer Nationalitäten darstellen, die sich unabhängig vom Territorium konstituieren.

Das bedeutet drittens, daß die gesamt-nationalen Institutionen, die zu diesem Zwecke für die Polen, Tschechen usw. geschaffen werden sollen, sich nicht mit „politischen“, sondern nur mit „kulturellen“ Fragen befassen würden. Die spezifischen politischen Fragen würden im gesamtösterreichischen Parlament (Reichsrat) konzentriert sein.

Darum heißt diese Autonomie auch *kulturelle*, national-kulturelle Autonomie.

Wir bringen hier den Wortlaut des Programms, das von der österreichischen Sozialdemokratie auf dem Brünnener Parteitag 1899 angenommen wurde¹.

Nachdem das Programm erwähnt, „daß die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt... lähmen“, daß „die endliche Regelung der Nationalitätenfrage... vor allem eine kulturelle Forderung ist“, daß „sie nur möglich ist in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist“, fährt es fort:

¹ Für dieses Programm stimmten auch die Vertreter der südslawischen sozialdemokratischen Partei. „Verhandlungen des Gesamtparteitages der Sozialdemokratie in Oesterreich“, abgehalten zu Brünn 1899, Wien 1899 Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, S. XIV u. 104.

„Die Pflege und die Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung. Daher muß vor allem anderen jeder bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorresziert werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird.

3. Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete ein und derselben Nation bilden zusammen einen nationalen einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.“

Das Programm schließt mit einem Appell an die Solidarität aller Nationen Oesterreichs¹.

Es ist nicht schwer zu erkennen, daß in diesem Programm noch einige Spuren des „Territorialismus“ geblieben sind, aber im allgemeinen stellt es eine Formulierung der nationalen Autonomie dar. Nicht umsonst begrüßt R. Springer, der erste Agitator der nationalen Autonomie, es mit solcher Begeisterung². Bauer ist auch für dies Programm und nennt es einen „theoretischen Sieg“³ der nationalen Autonomie; er schlägt nur vor, größerer Klarheit halber, den Punkt 4 durch eine bestimmtere Formulierung zu ersetzen, die von der Notwendigkeit spricht, „die nationalen Minderheiten innerhalb jedes Selbstverwaltungsgebietes als öffentlich-rechtliche Körperschaft zu konstituieren“ zur Verwaltung der Schul- und sonstigen Kulturfragen⁴.

Das wäre das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokratie.

Untersuchen wir seine wissenschaftlichen Grundlagen.

Betrachten wir, wie die österreichische Sozialdemokratie die von ihr gepredigte nationale Autonomie begründet.

¹ „Verhandlungen des Gesamtparteitages“ zu Brünn 1899.

² Springer, a. a. O., S. 246.

³ O. Bauer, a. a. O., S. 527.

⁴ Ebenda, S. 533.

Wenden wir uns den Theoretikern der letzteren, Springer und Bauer zu.

Ausgangspunkt für die nationale Autonomie ist der Begriff der Nation als eines Verbandes von Personen, unabhängig von einem bestimmten Gebiet.

„Die Nationalität steht“, nach Springer, „in keiner wesentlichen Beziehung zum Gebiet“; sie ist „ein autonomer Personenverband“.

Bauer spricht ebenfalls von der Nation als von einer „Personengemeinschaft“, der „nicht die ausschließliche Herrschaft in einem bestimmten Gebiete“ zugesichert ist¹.

Aber die Personen, die eine Nation bilden, leben nicht immer in einer kompakten Masse zusammen; sie zerfallen häufig in Gruppen und sind als solche in fremdnationale Organismen eingesprenkt. Der Kapitalismus treibt sie auf die Suche nach Verdienst in verschiedene Gebiete und Städte. Aber diese Gruppen, die in fremde nationale Gebiete geraten und dort Minderheiten bilden, haben von den lokalen nationalen Mehrheiten Bedrängungen hinsichtlich der Sprache, der Schule usw. zu erdulden. Daher die nationalen Zusammenstöße. Daher die „Untauglichkeit“ der territorialen Autonomie. Der einzige Ausweg aus dieser Lage ist nach Springer und Bauer die Organisation der in verschiedenen Länderteilen zerstreuten Minderheiten der gegebenen Nationalität zu einem allgemeinen, gemischtklassigen nationalen Verband. Nur ein solcher Verband könnte, ihrer Meinung nach, die kulturellen Interessen der nationalen Minderheiten schützen, nur er wäre fähig, dem nationalen Hader ein Ende zu machen.

„Daraus ergibt sich die Notwendigkeit“, sagt Springer, „die Nationalitäten zu konstituieren, mit Rechten und mit Verantwortlichkeit auszustatten...“² „Ja, ein Gesetz ist leicht gemacht, aber ob es als Gesetz wirkt...“³ „will man für die Nationen ein Gesetz schaffen, dann muß man erst die Nation schaffen...“⁴ „Ohne die Konstituierung der Nationalitäten ist ein nationales Recht und das Ende der Wirren... nicht möglich“⁵.

In demselben Sinne äußert sich Bauer, wenn er als eine „Forderung der Arbeiterklasse“ die „Konstituierung der Minderheiten als öffentlich-rechtliche Körperschaften auf Grund des Personalitätsprinzips“⁶ vorbringt.

¹ R. Springer, a. a. O., S. 15.

² O. Bauer, a. a. O., S. 274.

³ R. Springer, a. a. O., S. 61.

⁴ Ebenda, S. 72.

⁵ Ebenda, S. 73.

⁶ O. Bauer, a. a. O., S. 530.

Aber wie sollen die Nationen organisiert werden? Wie soll die Zugehörigkeit des einzelnen zu dieser oder jener Nation bestimmt werden?

„Nationalzugehörigkeit“, sagt Springer, „ist durch die Matriken festgesetzt. Jeder im Kreisgebiet Domizilierende unterliegt dem Zwange, sich zu einer Nationalität des Kreises zu erklären“¹.

„Das Personalitätsprinzip setzt voraus“, sagt O. Bauer, „daß die Bevölkerung nach Nationalitäten geschieden werde... Auf Grund der freien Nationalitätserklärung der mündigen Staatsbürger sollen Nationalkataster angelegt werden“².

Weiter sagt Bauer:

„Alle Deutschen in den national einheitlichen Kreisen, ferner alle im nationalen Kataster eingetragenen Deutschen in den Doppelkreisen bilden die deutsche Nation und wählen den *Nationalrat*“³.

Dasselbe gilt für die Polen, Tschechen, usw.

„Der *Nationalrat*. Dieser ist“, laut Springer, „das Kulturparlament der Nation, ihm obliegt die Feststellung der Grundsätze und die Bewilligung der Mittel, somit die ganze Obsorge für das nationale Unterrichtswesen, für die nationale Literatur, für Kunst und Wissenschaft, die Errichtung von Akademien, Museen, Galerien, Theatern“ usw.⁴.

Das also sind die Organisationen der Nation und ihre zentrale Institution.

Durch die Schaffung solcher gemischtklassigen Institutionen ist die österreichische Sozialdemokratie nach der Meinung Bauers bestrebt, „die nationale Kultur... zum Besitztum des ganzen Volkes zu machen und dadurch *alle Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft zusammenzuschließen*“⁵. (Kursiv von uns. J. St.)

Man könnte meinen, daß alles dies nur auf Oesterreich Bezug hat. Aber Bauer ist anderer Meinung. Er behauptet mit Bestimmtheit, daß die nationale Autonomie auch in anderen Staaten obligatorisch sei, die wie Oesterreich aus mehreren Nationalitäten bestehen. Er sagt:

„Darum setzt im Nationalitätenstaat die Arbeiterklasse aller Nationen der nationalen Machtpolitik der besitzenden Klassen die Forderung der nationalen Autonomie entgegen“⁶.

¹ R. Springer, a. a. O., S. 192.

² O. Bauer, a. a. O., S. 354.

³ O. Bauer, a. a. O., S. 360.

⁴ R. Springer, a. a. O., S. 200.

⁵ O. Bauer, a. a. O., S. 531.

⁶ O. Bauer, a. a. O., S. 323.

Darauf ersetzt er unmerklich die Selbstbestimmung der Nationen durch die nationale Autonomie und fährt fort:

„So wird die nationale Autonomie, die Selbstbestimmung der Nationen, notwendig das Verfassungsprogramm der Arbeiterklasse aller Nationen im Nationalitätenstaat¹.“

Aber er geht noch weiter. Er glaubt fest daran, daß die von ihm und Springer „konstituierten“, gemischtklassigen, „nationalen Verbände“ eine Art Prototypus der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft sein werden. Denn er weiß, daß „die sozialistische Gesellschaftsordnung... die Menschheit in national abgegrenzte Gemeinwesen gliedern wird²“, daß im Sozialismus eine „Gliederung der Menschheit in autonome nationale Gemeinwesen³“ vor sich gehen wird, daß „so die sozialistische Gesellschaft zweifellos ein buntes Bild von nationalen Personenverbänden und Gebietskörperschaften bieten wird⁴“, daß folglich „das sozialistische Nationalitätsprinzip die höhere Einheit des Nationalitätsprinzips und der nationalen Autonomie ist⁵“.

Das mag genügen...

So begründen Bauer und Springer in ihren Werken die nationale Autonomie.

Vor allem fällt die gänzlich unbegreifliche und durch nichts zu rechtfertigende Ersetzung der Selbstbestimmung der Völker durch die nationale Autonomie auf. Eins von beiden: entweder hat Bauer die Selbstbestimmung nicht begriffen, oder er hat sie begriffen, engt sie aber aus irgendeinem Grunde bewußt ein. Denn es ist außer allem Zweifel, daß: a) die nationale Autonomie die Integrität des Nationalitätenstaates voraussetzt, während die Selbstbestimmung den Rahmen dieser Integrität überschreitet; b) daß die Selbstbestimmung der Nation die gesamte Fülle der Rechte einräumt, die nationale Autonomie dagegen nur die „kulturellen“ Rechte. Dies zum ersten.

Zweitens ist in der Zukunft sehr wohl eine solche Kombination der inneren und äußeren Konjunktur möglich, bei welcher sich diese oder jene Nationalität entschließt, aus dem Nationalitätenstaat auszutreten, beispielsweise aus Oesterreich. Erklärten doch die ruthenischen Sozialdemokraten auf dem Brüner Par-

¹ Ebenda, S. 319.

² O. Bauer, a. a. O., S. 533.

³ Ebenda, S. 533.

⁴ O. Bauer, a. a. O., S. 521.

⁵ Ebenda, S. 520.

teitag, daß sie die Vereinigung „beider Teile“ ihres Volkes zu einem Ganzen erstreben¹. Was wird dann aus der „für die Arbeiterklasse aller Nationen notwendigen“ nationalen Autonomie?

Was ist das für eine „Lösung“ der Frage, die die Nationen mechanisch in das Prokrustesbett der Staatsintegrität zwingt?

Weiter. Die nationale Autonomie widerspricht dem ganzen Entwicklungsgang der Nationen. Sie stellt die Lösung auf, die Nationen zu organisieren. Kann man sie aber künstlich zusammenfügen, wenn das Leben, wenn die wirtschaftliche Entwicklung ganze Gruppen von ihnen trennt und über verschiedene Gebiete zerstreut? Kein Zweifel, in den ersten Stadien des Kapitalismus schließen sich die Nationen zusammen. Aber ebenso zweifellos ist auch, daß in den höheren Stadien des Kapitalismus ein Prozeß der Zerstreung der Nationen, ein Prozeß der Lösung einer ganzen Reihe von Gruppen von den Nationen einsetzt, die auf Verdienst ausziehen und dann auch gänzlich in andere Gebiete des Staates übersiedeln. Die Uebersiedelten verlieren dabei die alten Verbindungen, knüpfen an den neuen Plätzen neue an, eignen sich von Generation zu Generation neue Sitten und Gebräuche an, vielleicht sogar auch eine neue Sprache...

Es fragt sich: ist es möglich, solche voneinander getrennte Gruppen zu einem einheitlichen nationalen Verband zusammenzufassen? Wo sind jene Wunder wirkenden Reifen, mit denen sich Unvereinbares vereinen ließe? Ist es denkbar, beispielsweise die baltischen und die transkaukasischen Deutschen „zu einer Nation zusammenzuschließen“? Wenn aber dies alles unmöglich und undenkbar ist, wodurch unterscheidet sich dann die nationale Autonomie von der Utopie der alten Nationalisten, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten?

Aber die Bindung und Einheit der Nation wird nicht nur durch die Wanderungen zunichte. Sie zerfällt auch von innen heraus infolge Verschärfung des Klassenkampfes. In den ersten Stadien des Kapitalismus kann man noch von einer „Kultur-gemeinschaft“ des Proletariats und der Bourgeoisie sprechen. Aber mit der Entwicklung der Großindustrie und der Verschärfung des Klassenkampfes beginnt diese „Gemeinschaft“ zu schmelzen. Man kann nicht mehr im Ernst von einer „Kultur-gemeinschaft“ der Nation sprechen, wenn Unternehmer und Arbeiter ein und derselben Nation aufhören, einander zu verstehen.

¹ „Verhandlungen des Gesamtparteitages zu Brünn 1899“, S. 85.

Von welcher „Schicksalsgemeinschaft“ kann die Rede sein, wenn es die Bourgeoisie nach Krieg dürrt und das Proletariat „den Krieg dem Krieg“ erklärt? Kann man aus solchen entgegengesetzten Elementen einen einheitlichen, über den Klassen stehenden nationalen Verband organisieren? Kann man nach all dem von einem „Zusammenschluß aller Volksgenossen zu einer nationalen Kulturgemeinschaft“¹ sprechen? Folgt daraus nicht klar, daß die nationale Autonomie dem gesamten Gang des Klassenkampfes widerspricht?

Doch nehmen wir für eine Minute an, daß die Losung „Organisiere die Nation“ eine Losung ist, die verwirklicht werden kann. Man kann noch bürgerlich-nationalistische Parlamentarier verstehen, die die Nation „organisieren“ wollen, um mehr Stimmen für sich zu fangen. Aber seit wann beschäftigen sich Sozialdemokraten damit, Nationen zu „organisieren“, Nationen zu „konstituieren“, Nationen zu „schaffen“?

Was sind das für Sozialdemokraten, die in der Epoche der größten Verschärfung des Klassenkampfes über den Klassen stehende Verbände organisieren. Bis jetzt hatte die österreichische, wie jede andere Sozialdemokratie, die eine Aufgabe: das Proletariat zu organisieren. Diese Aufgabe ist offenbar „veraltet“. Springer und Bauer stellen sich eine „neue“, interessantere Aufgabe: Nationen „zu schaffen“, zu „organisieren“.

Übrigens, Logik verpflichtet: wer die nationale Autonomie akzeptiert, muß auch diese „neue“ Aufgabe akzeptieren; diese akzeptieren heißt aber, die Klassenpositionen verlassen und den Weg des Nationalismus betreten.

Die nationale Autonomie Springers und Bauers ist eine verfeinerte Form des Nationalismus.

Und es ist durchaus kein Zufall, daß das nationale Programm die österreichischen Sozialdemokraten verpflichtet, für die „Pfleger und Entwicklung der nationalen Eigenart der Völker“ zu sorgen. Man bedenke nur: „Pfleger“ solcher „nationalen Eigenarten“ der transkaukasischen Tataren wie die Selbstgeißelung beim Fest „Schachsei-Wachsei“! „Entwickler“ solcher „nationalen Eigenarten“ der Georgier wie das „Recht auf Rache“!

Solch ein Punkt könnte sich sehen lassen in einem fanatischen bürgerlich-nationalistischen Programm. Wenn wir ihn nun im Programm der österreichischen Sozialdemokraten fin-

¹ O. Bauer, a. a. O., S. 531.

den, so nur deswegen, weil die nationale Autonomie derartige Punkte verträgt, ihnen nicht widerspricht.

Die für die Gegenwart ungeeignete nationale Autonomie ist aber noch weniger geeignet für die zukünftige, sozialistische Gesellschaft.

Bauers Prophezeiung über die „Gliederung der Menschheit in national abgegrenzte Gemeinwesen“ wird durch den ganzen Entwicklungsgang der modernen Menschheit widerlegt. Die nationalen Schranken werden nicht fester, sondern werden zerstört und fallen.

Marx sagte schon in den vierziger Jahren: „Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr“, „die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen.“ Die weitere Entwicklung der Menschheit mit ihrem riesenhaften Anwachsen der kapitalistischen Produktion, mit ihrer Durcheinanderwürfelung der Nationalitäten und der Zusammenfassung der Menschen in immer umfangreicheren Gebieten, bestätigt vollständig den Gedanken Marx'.

Bauers Wunsch, die sozialistische Gesellschaft als „buntes Bild nationaler Personalverbände und Gebietskörperschaften“ darzustellen, ist ein zaghafter Versuch, die Marxsche Konzeption des Sozialismus durch die reformierte Konzeption Bakunins zu ersetzen. Die Geschichte des Sozialismus lehrt, daß alle solche Versuche Elemente des unvermeidlichen Zusammenbruchs in sich bergen.

Wir sprechen schon gar nicht von dem von Bauer *gepriesenen* „sozialistischen Nationalitätsprinzip“, das unseres Erachtens eine Ersetzung des sozialistischen *Klassenkampfprinzips* durch das bürgerliche „Nationalitätsprinzip“ darstellt. Wenn die nationale Autonomie von einem so zweifelhaften Prinzip ausgeht, so muß man zugeben, daß sie der Arbeiterbewegung nur Schaden bringen kann.

Der Nationalismus der Bauerschen Autonomie ist allerdings nicht so durchsichtig, denn er ist durch sozialistische Phrasen geschickt verschleiert. Aber um so schädlicher ist er für das Proletariat. Mit dem unverhüllten Nationalismus kann man immer fertig werden: er ist nicht schwer zu erkennen. Viel schwerer ist der maskierte und in seiner Maske unerkennliche Nationalismus zu bekämpfen. Er hüllt sich in den Panzer des Sozialismus und ist weniger verwundbar, dabei aber zäher. Unter den Arbeitern vergiftet er die Atmosphäre und verbreitet schädliche Ideen des gegenseitigen Mißtrauens und der Absonderung der Arbeiter verschiedener Nationalitäten.

Aber die Schädlichkeit der nationalen Autonomie ist damit nicht erschöpft. Sie bereitet den Boden nicht nur für die Absonderung der Nationen, sondern auch für die Zersplitterung der einheitlichen Arbeiterbewegung. Die Idee der nationalen Autonomie schafft die psychologischen Voraussetzungen für die Spaltung der einheitlichen Arbeiterpartei in einzelne, nach Nationalitäten aufgebaute Parteien. Nach der Partei werden die Gewerkschaften gespalten, und es tritt eine vollständige Absonderung ein. So wird die einheitliche Klassenbewegung in einzelne nationale Bächlein zerschlagen.

Oesterreich, die Heimat der „nationalen Autonomie“, liefert die traurigsten Beispiele dieser Erscheinung. Die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, ehemals einheitlich, begann sich schon 1897 (auf dem Wimberger Parteitag) in einzelne Parteien zu spalten. Nach dem Brünner Gesamtparteitag (1899), der sich für die nationale Autonomie erklärte, schritt die Zersplitterung weiter vorwärts. Schließlich kam es so weit, daß wir statt einer einheitlichen internationalen Partei jetzt sechs nationale Parteien haben, unter denen die tschechische sozialdemokratische Partei sogar nichts mit der deutschen Sozialdemokratie zu tun haben will.

Mit den Parteien sind aber die Gewerkschaften verbunden. In Oesterreich leisten die Hauptarbeit in ihnen, wie auch in den Parteien, dieselben sozialdemokratischen Arbeiter. Es war daher zu befürchten, daß der Separatismus in der Partei zu einem Separatismus in den Verbänden führen wird, daß die Gewerkschaften sich auch spalten werden. Das trat denn auch ein: die Gewerkschaften haben sich ebenfalls nach Nationalitäten gespalten. Jetzt kommt es nicht selten so weit, daß die tschechischen Arbeiter Streiks der deutschen Arbeiter brechen oder bei Gemeindewahlen zusammen mit den tschechischen Bourgeois gegen den deutschen Arbeiter auftreten.

Daraus ist ersichtlich, daß die nationale Autonomie die nationale Frage nicht löst. Mehr noch: sie verschärft und verwirrt sie, schafft einen günstigen Boden für die Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung, für die Absonderung der Arbeiter nach Nationalitäten, für die Verstärkung der Reibungen unter ihnen.

Das ist die Frucht der nationalen Autonomie.

(Stalin, „Marxismus und nationale Frage“ im Sammelband „Marxismus und national-koloniale Frage“, S. 19—26, russ., 1913.)

4. Der Kampf der Partei für das Leninsche Programm in der nationalen Frage gegen das Luxemburgianertum

A. Die Unmöglichkeit des revolutionären Kampfes für den Sozialismus ohne revolutionären Kampf für die Lösung der nationalen Frage

Das Zimmerwalder Manifest proklamiert ebenso wie die meisten Programme oder taktischen Resolutionen der sozialdemokratischen Parteien das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“. Genosse Parabellum erklärt... den „Kampf um das nicht existierende Selbstbestimmungsrecht“ für „illusorisch“ und stellt ihm den „revolutionären Massenkampf des Proletariats gegen den Kapitalismus“ gegenüber, wobei er versichert, „wir sind gegen Annexionen“ (dieselbe Versicherung wird fünfmal im Artikel des Genossen Parabellum wiederholt) sowie gegen alle nationalen Gewaltakte.

Die Motivierung des Standpunktes des Genossen Parabellum läuft darauf hinaus, daß jetzt alle nationalen Fragen, die elsass-lothringische, die armenische usw., Fragen des Imperialismus seien, daß das Kapital über den Rahmen der nationalen Staaten hinausgewachsen sei, daß es unmöglich sei, „das Rad der Geschichte zurückzudrehen“ zum überlebten Ideal des Nationalstaates usw.

Wollen wir sehen, ob die Ausführungen des Genossen Parabellum richtig sind.

Erstens ist es gerade Genosse Parabellum, der rückwärts- und nicht vorwärtsschaut, wenn er bei Eröffnung seines Feldzuges gegen die Annahme „des Ideals des Nationalstaates“ durch die Arbeiterklasse seine Blicke auf England, Frankreich, Italien, Deutschland richtet, d. h. auf Länder, in denen die nationale Befreiungsbewegung in der Vergangenheit liegt, und nicht auf den Osten, auf Asien, Afrika, auf die Kolonien, wo diese Bewegung in der Gegenwart und in der Zukunft liegt. Es genügt, Indien, China, Persien, Aegypten zu nennen.

Weiter. Imperialismus bedeutet, daß das Kapital über den Rahmen des Nationalstaates hinausgewachsen ist, bedeutet die Erweiterung und Verschärfung der nationalen Unterdrückung auf einer neuen historischen Basis. Daraus folgt eben — im Gegensatz zum Genossen Parabellum —, daß wir den revolutio-

nären Kampf für den Sozialismus mit einem revolutionären Programm in der nationalen Frage *verbinden* müssen.

Beim Genossen Parabellum wird *im Namen* der sozialistischen Revolution das konsequent revolutionäre Programm auf dem Gebiet der Demokratie mit Geringschätzung beiseitegeworfen. Das wäre falsch. Das Proletariat kann nicht anders siegen als durch die Demokratie, d. h. indem es die Demokratie vollständig verwirklicht, indem es die demokratischen Forderungen in ihrer entschiedensten Formulierung mit jedem Schritt seines Kampfes verbindet. Es ist Unsinn, die sozialistische Revolution und den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus *einer* Frage der Demokratie, in unserem Falle der nationalen Frage, *gegenüberzustellen*. Wir müssen den revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus mit dem revolutionären Programm und mit der revolutionären Taktik in bezug auf *alle* demokratischen Forderungen *verbinden*: sowohl der Republik, wie der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk, der Gleichberechtigung der Frauen, der Selbstbestimmung der Nationen usw. Solange der Kapitalismus besteht, sind alle diese Forderungen nur als Ausnahme und dazu in unvollständiger, verstümmelter Form zu verwirklichen. Wir stützen uns auf die schon verwirklichte Demokratie, entlarven die Unvollständigkeit der Demokratie unter dem Kapitalismus, fordern den Sturz des Kapitalismus, die Expropriation der Bourgeoisie, als notwendige Basis sowohl für die Abschaffung des Massenelends als auch für die *volle* und *allseitige* Durchführung *aller* demokratischen Umgestaltungen. Einige von diesen Maßnahmen werden vor dem Sturz der Bourgeoisie begonnen werden, andere *im Verlauf* dieses Sturzes, wieder andere nach ihm. Diese soziale Revolution ist keineswegs eine einzige Schlacht, sondern eine Epoche einer ganzen Reihe von Schlachten um *alle* Fragen der ökonomischen und demokratischen Umgestaltungen, die nur durch die Expropriation der Bourgeoisie vollendet werden. Gerade im Namen dieses Endziels müssen wir eine konsequent revolutionäre Formulierung für alle unsere demokratischen Forderungen geben. Es ist durchaus denkbar, daß die Arbeiter eines gegebenen Landes die Bourgeoisie stürzen werden, *bevor* sie auch nur eine einzige demokratische Umgestaltung vollständig verwirklicht haben. Es ist aber ganz undenkbar, daß das Proletariat als eine geschichtliche Klasse die Bourgeoisie besiegen könnte, wenn es dazu nicht vorbereitet wird durch die Erziehung im Geiste

des konsequentesten und revolutionär-entschlossenen Demokratismus.

Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und Festigung der Unterdrückung der Nationen, die Epoche des Betrugs der Volksmassen durch heuchlerische Sozialpatrioten, d. h. durch Leute, die *unter dem Vorwande* der „Freiheit der Nationen“, des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen“, der „Vaterlandsverteidigung“ die Unterdrückung der Mehrheit der Nationen der Welt durch die Großmächte rechtfertigen und verteidigen.

Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt im Programm der Sozialdemokratie bilden; diese Einteilung bildet *das Wesen* des Imperialismus und wird von den Sozialpatrioten und von Kautsky auf *verlogene Weise* umgangen.

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XVIII. „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht“, S. 425 ff., 1915.)

B. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen als einziger Weg zu ihrer internationalen Einheit

Man sagt uns: durch eure Unterstützung des Rechts auf Los-trennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. So spricht Rosa Luxemburg, und so spricht es ihr der Opportunist Semkowski nach — beiläufig gesagt, der einzige Vertreter liquidatorischer Ideen in dieser Frage in der liquidatorischen Zeitung!

Wir antworten: Nein. Gerade der Bourgeoisie kommt es hier auf die „praktische“ Lösung an, während die Arbeiterschaft auf das *prinzipielle* Auseinanderhalten zweier Tendenzen Wert legt. *Soweit* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *soweit* sind wir immer und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die stärksten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. *So weit* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der Unterdrückten und keinerlei Duldsamkeit gegenüber irgendwelchem Streben der unterdrückten Nation nach Privilegien.

Wenn wir die Parole des *Rechtes* auf Selbstbestimmung

nicht aufstellen und in der Agitation nicht propagieren werden, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der *unterdrückenden* Nation in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky schon längst gegen Rosa Luxemburg vorgebracht, und es ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu „helfen“, kommt Rosa Luxemburg durch ihre Ablehnung des *Rechtes* auf Loslösung im Programm der *russischen* Marxisten in *Wirklichkeit* den großrussischen Schwarzhunderten zu Hilfe. Sie unterstützt in Wirklichkeit die opportunistische Aussöhnung mit den Privilegien (und mit schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen.

Hingerissen vom Kampfe gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den großrussischen Nationalismus vergessen, obgleich gerade *dieser* Nationalismus jetzt schlimmer als jeder andere ist; denn gerade er ist weniger bürgerlich als vielmehr feudal, gerade er ist der bedeutendste Hemmschuh für die Demokratie und den Kampf des Proletariats. *Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen, *gegen* Unterdrückung gerichteten Inhalt, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, dabei trennen wir davon streng das Streben nach einer Ausnahmestellung für die eigene Nation, bekämpfen das Bestreben des polnischen Bourgeois, die Juden zu unterdrücken usw. usw.

Das ist „unpraktisch“ vom Gesichtspunkte des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzige sowohl praktische als auch grundsätzliche und die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.

Anerkennung des Rechtes auf Loslösung für alle; Beurteilung jeder konkreten Loslösungsfrage vom Gesichtspunkte der Beseitigung jeder Nichtgleichberechtigung, jedes Privilegs, jeder Ausnahmestellung.

Nehmen wir einmal die Lage einer unterdrückenden Nation. Kann ein Volk frei sein, das andere Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der Freiheit der großrussischen Bevölkerung¹ ver-

¹ Einem gewissen L. Wl. aus Paris scheint dieses Wort unmarxistisch. Dieser L. Wl. ist erheiternd „superklug“. Der „superkluge“ L. Wl. schickt sich offenbar an, eine Untersuchung über die Ausmerzung der Worte „Bevölkerung“, „Volk“ usw. aus unserem Minimalprogramm (vom Standpunkt des Klassenkampfes) auszuarbeiten.

langen den Kampf gegen diese Unterdrückung. Die lange, jahrhundertelange Geschichte der Niederhaltung der Bewegungen der unterdrückten Nationen und die durch die „oberen“ Klassen betriebene systematische Propagierung einer solchen Niederhaltung haben in der Gestalt von Vorurteilen usw. der Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst ungeheure Hindernisse bereitet.

Die großrussischen Schwarzhunderter unterhalten bewußt diese Vorurteile und fachen sie an. Die großrussische Bourgeoisie findet sich mit diesen Vorurteilen ab und paßt sich ihnen an. Das großrussische Proletariat kann *seine* Ziele nicht verwirklichen, kann sich den Weg zur Freiheit nicht ebnen, wenn es nicht systematisch gegen diese Vorurteile ankämpft.

Die Errichtung eines selbständigen und unabhängigen Nationalstaates ist in Rußland bis jetzt das Vorrecht der großrussischen Nation allein geblieben. Wir, die großrussischen Proletarier, verteidigen keinerlei Privilegien, und wir verteidigen auch dieses Privileg nicht. Wir kämpfen auf dem Boden des gegebenen Staates, wir vereinigen die Arbeiter aller Nationen des gegebenen Staates, wir können uns nicht für diesen oder jenen Weg der nationalen Entwicklung verbünden, wir verfolgen unsere Klassenziele auf *allen* möglichen Wegen.

Aber zu diesen Zielen zu gelangen ist unmöglich, wenn wir nicht gegen jeden Nationalismus kämpfen und nicht die Gleichheit der Arbeiter aller Nationen verfechten. Ob es z. B. der Ukraine beschieden sein wird, einen selbständigen Staat zu errichten, das hängt von tausend Faktoren ab, die im voraus nicht bekannt sind. Und da wir nicht zwecklos „weissagen“ wollen, halten wir hartnäckig fest an dem, was außer Zweifel steht: an dem Recht der Ukraine auf einen solchen Staat. Wir achten dieses Recht, wir unterstützen nicht die Privilegien der Großrussen gegenüber den Ukrainern, wir *erziehen* die Massen im Geiste der Anerkennung dieses Rechts, im Geiste der Ablehnung *staatlicher* Privilegien irgendeiner Nation.

Während der sprunghaften Entwicklung, die alle Länder im Zeitalter der bürgerlichen Revolutionen durchmachten, waren Konflikte und Kämpfe für das Recht auf den Nationalstaat möglich und wahrscheinlich. Wir Proletarier erklären uns von vornherein als *Gegner* der großrussischen Privilegien und betreiben unsere gesamte Propaganda und Agitation in diesem Sinne.

Auf der Jagd nach dem „Praktizismus“ übersieht Rosa Lu-

xemburg die *wichtigste* praktische Aufgabe des großrussischen wie des andersnationalen Proletariats: die Aufgabe der täglichen Agitation und Propaganda gegen jedes staatlich-nationale Privileg, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) in der nationalen Frage unsere wichtigste Aufgabe, denn nur auf diesem Wege verfechten wir die Interessen der Demokratie und des gleichberechtigten Bundes aller Proletarier sämtlicher Nationen.

Diese Propaganda mag sowohl vom Standpunkt der großrussischen Unterdrückter als auch vom Standpunkt der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen aus (die einen wie die anderen verlangen ein *bestimmtes* Ja oder Nein und bezichtigen die Sozialdemokraten der „Unbestimmtheit“) „unpraktisch“ erscheinen. In Wirklichkeit verbürgt gerade diese Propaganda und nur sie eine wirklich demokratische und wirklich sozialistische Erziehung der Massen. Nur eine solche Propaganda verbürgt sowohl die größten Aussichten auf den nationalen Frieden in Rußland, falls es ein national bunt zusammengesetztes Land bleibt, als auch die friedlichste (und für den proletarischen Klassenkampf unschädlichste) Teilung Rußlands in verschiedene Nationalstaaten, falls eine solche Teilung in Frage kommen sollte.

Zwecks konkreter Erläuterung dieser einzig und allein proletarischen Politik in der nationalen Frage wollen wir die Stellung des großrussischen Liberalismus zur „Selbstbestimmung der Nationen“ und das Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden einer Betrachtung unterziehen.

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XVII „Ueber das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, 557—561, 1916.)

Den Angelpunkt der Argumentation der Gegner der Selbstbestimmung bildet der Hinweis auf die „Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung“ unter dem Kapitalismus überhaupt bzw. unter dem Imperialismus. Der Ausdruck „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ wird häufig in verschiedenen und nicht genau bestimmten Bedeutungen angewandt. Deshalb haben wir in unseren Thesen das gefordert, was in jeder theoretischen Diskussion notwendig ist: eine Klarstellung, in welchem Sinne man von einer „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ spricht. Und ohne uns mit der Fragestellung zu begnügen, haben wir den Versuch einer solchen Klarstellung unternommen. Im Sinne der politi-

schen Schwierigkeit der Verwirklichung oder der Unmöglichkeit der Verwirklichung ohne eine Reihe von Revolutionen sind *alle* Forderungen der Demokratie unter dem Imperialismus „nicht zu verwirklichen“.

Von der Unmöglichkeit der Verwirklichung der Selbstbestimmung im Sinne einer ökonomischen Unmöglichkeit zu sprechen, ist grundfalsch...

Der politische Ueberbau der neuen Oekonomie, des Monopolkapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus), ist die Wendung *von* der Demokratie *zur* politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. „Das Finanzkapital strebt nach Herrschaft, nicht nach Freiheit“, sagt mit Recht R. Hilferding in seinem „Finanzkapital“.

Die „Außenpolitik“ von der Politik überhaupt zu trennen oder gar die Außenpolitik der Innenpolitik gegenüberzustellen, ist ein grundfalscher, unmarxistischer, unwissenschaftlicher Gedanke. In der äußeren wie in der inneren Politik hat der Imperialismus in gleicher Weise die Tendenz zur Durchbrechung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist es unbestreitbar, daß der Imperialismus die „Negation“ der *Demokratie überhaupt, der gesamten Demokratie* ist, keineswegs aber nur einer demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen.

Als „Negation“ der Demokratie „negiert“ der Imperialismus *ebenso* die Demokratie in der nationalen Frage (d. h. die Selbstbestimmung der Nationen): „ebenso“, d. h. er hat die Tendenz, sie zu durchbrechen; ihre Verwirklichung unter dem Imperialismus ist genau im gleichen Maße und im gleichen Sinne schwieriger, als unter dem Imperialismus (im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus) die Verwirklichung der Republik, der Miliz, der Wahl der Beamten durch das Volk usw. schwieriger ist. Von einer „ökonomischen“ Unmöglichkeit der Verwirklichung kann nicht die Rede sein.

P. Kijewski wurde hier wahrscheinlich noch durch den Umstand irreführt... daß vom spießbürgerlichen Standpunkt Annexionen (d. h. die Angliederung fremdnationaler Gebiete gegen den Willen ihrer Bevölkerung, d. h. die Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen) als gleichbedeutend mit der „Ausbreitung“ („Expansion“) des Finanzkapitals auf ein größeres Wirtschaftsgebiet gelten.

Aber mit spießbürgerlichen Begriffen darf man an theoretische Fragen nicht herangehen.

Imperialismus ist, ökonomisch gesehen, monopolistischer Kapitalismus. Um das Monopol vollkommen zu machen, muß man die Konkurrenten nicht nur vom inneren Markt (vom Markt des betreffenden Staates), sondern auch vom äußeren, in der ganzen Welt beseitigen. Gibt es nun „in der Aera des Finanzkapitals“ eine ökonomische Möglichkeit, die Konkurrenz auch in einem fremden Staate zu beseitigen? Natürlich: dieses Mittel ist die finanzielle Abhängigkeit sowie der Ankauf der Rohstoffquellen und später auch aller Unternehmungen des Konkurrenten...

... Das große Finanzkapital eines Landes ist stets in der Lage, seine Konkurrenten auch in einem fremden, politisch unabhängigen Lande aufzukaufen, und tut dies auch immer. Ökonomisch ist dies durchaus zu verwirklichen. Die ökonomische „Annexion“ ist *durchaus* „durchführbar“ ohne die politische, und sie kommt auch ständig vor. In der Literatur über den Imperialismus finden wir auf Schritt und Tritt solche Hinweise, wie z. B., daß Argentinien in Wirklichkeit eine „Handelskolonie“ Englands, Portugal faktisch ein „Vasall“ Englands ist u. dgl. Das ist richtig: die ökonomische Abhängigkeit von den englischen Banken, die Verschuldung an England, der Aufkauf der Eisenbahnen, der Gruben, des Bodens usw. durch England — all das macht die genannten Länder zu einer „Annexion“ Englands im ökonomischen Sinne, ohne Verletzung der politischen Unabhängigkeit dieser Länder.

Selbstbestimmung der Nationen heißt ihre politische Unabhängigkeit. Der Imperialismus hat die Tendenz, diese zu durchbrechen, da bei politischer Annexion die wirtschaftliche häufig leichter, billiger (es ist leichter, die Beamten zu bestechen, Konzessionen zu erhalten, vorteilhafte Gesetze durchzuführen usw.), bequemer, ungestörter ist — genau so wie der Imperialismus die Tendenz hat, die Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen. Aber von der ökonomischen „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ der Selbstbestimmung unter dem Imperialismus zu reden, ist blanker Unsinn...

... Norwegen hat das angeblich undurchführbare Selbstbestimmungsrecht im Jahre 1905, in der Aera des entfesselten Imperialismus, „verwirklicht“. Ueber die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ zu sprechen ist deshalb nicht nur theoretisch absurd, sondern auch lächerlich...

... Kijewski führt eine Reihe von Zitaten an, um zu beweisen, daß Norwegen dem Westen, Schweden dem Osten zugewendet war, daß in dem einen vorwiegend englisches, im anderen deutsches Finanzkapital „gearbeitet“ habe u. dgl. Daraus schließt er dann triumphierend: „Dieses Beispiel (Norwegen) paßt durchaus in unser Schema hinein.“

... In unseren Thesen wird festgestellt, daß das Finanzkapital in „jedem“, „selbst in einem unabhängigen Lande“ herrschen kann, und daß deshalb alle Behauptungen über die „Unmöglichkeit der Verwirklichung“ der Selbstbestimmung vom Standpunkt des Finanzkapitals blanker Unsinn sind. Man weist uns auf Dinge, die unsere Behauptung über die Rolle des fremden Finanzkapitals in Norwegen *vor wie nach* der Lostrennung *bestätigen* — und das mit einer Miene, als ob wir dadurch *widerlegt* worden wären!...

... In Norwegen „arbeitete“ das englische Finanzkapital vor wie nach der Lostrennung. In Polen „arbeitete“ das deutsche Finanzkapital bis zu seiner Lostrennung von Rußland und wird weiter „arbeiten“ in *jeder beliebigen* politischen Situation Polens. Das ist in so hohem Maße eine Binsenwahrheit, daß es peinlich ist, sie zu wiederholen: aber was tun, wenn Leute das Abc vergessen?

Verschwundet deshalb die politische Frage nach dieser oder jener Stellung Norwegens? Nach seiner Zugehörigkeit zu Schweden? Nach dem Verhalten der Arbeiter, sobald die Frage der Lostrennung gestellt wurde?

P. Kijewski ist diesen Fragen ausgewichen, denn sie sprechen höchst peinlich gegen die „Ökonomen“. Aber im Leben standen und stehen diese Fragen. Im Leben stand die Frage, ob ein schwedischer Arbeiter, der das Recht Norwegens auf Lösung nicht anerkennt, Sozialdemokrat sein kann? *Nein, er kann es nicht.*

Die schwedischen Aristokraten waren für den Krieg gegen Norwegen, die Pfaffen ebenfalls... Aber der schwedische Arbeiter, der, gleich der schwedischen Aristokratie und Bourgeoisie, den Norwegern das Recht bestritten hätte, diese Frage selbst zu entscheiden, ohne die Schweden, unabhängig von ihrem Willen, wäre ein *Sozialchauvinist und ein Lump gewesen, der in der sozialdemokratischen Partei nicht geduldet werden kann*...

... Und der norwegische Arbeiter? War er vom Standpunkt des Internationalismus verpflichtet, für die Lostrennung zu stimmen? Keineswegs. Er hätte Sozialdemokrat bleiben und dagegen stimmen können. Er hätte seine Pflicht als Mitglied der sozialdemokratischen Partei nur dann verletzt, wenn er einem solchen stockreaktionären schwedischen Arbeiter die Bruderhand gereicht hätte, der sich gegen die *Freiheit* der Lostrennung Norwegens ausgesprochen hätte.

Diesen elementaren Unterschied in der Lage des norwegischen und des schwedischen Arbeiters wollen gewisse Leute nicht sehen. Aber sie entlarven sich selbst, sobald sie diese konkreteste aller konkreten politischen Fragen *umgehen*, die wir ihnen klipp und klar stellen. Sie schweigen, sie winden sich und geben damit ihre Position auf.

(Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XIX. „Eine Karikatur auf den Marxismus“, S. 245, 248 f., 250, 254, 259 ff., 1916.)

C. Das Luxemburgianertum in der nationalen Frage als Hinabgleiten zur Position des „direkten, offenen Annexionismus“

Wir haben behauptet, daß es Verrat am Sozialismus wäre, auf die Verwirklichung der Selbstbestimmung der Nationen unter dem Sozialismus zu verzichten. Man antwortet uns: „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist auf die sozialistische Gesellschaft nicht anwendbar.“ Das ist eine grundlegende Meinungsverschiedenheit. Wo liegt ihr Ursprung?

„Wir wissen“, wenden unsere Opponenten ein, „daß der Sozialismus jede nationale Unterdrückung aufheben wird, da er die Klasseninteressen aufhebt, die zu ihr führen“...

Wozu diese Betrachtung über die *ökonomischen* Voraussetzungen der Aufhebung der nationalen Unterdrückung, die längst bekannt und unbestritten sind, wenn der Streit um *eine der* Formen der politischen Unterjochung geht, nämlich: um das gewaltsame Festhalten einer Nation innerhalb der Staatsgrenzen einer anderen Nation? Das ist doch einfach ein Versuch, politischen Fragen auszuweichen!...

... Gleich in unserer ersten These heißt es, daß die Befreiung der unterdrückten Nationen eine zweifache Umgestaltung auf politischem Gebiet voraussetzt: 1. die vollständige Gleich-

berechtigung der Nationen. Darüber besteht kein Streit, und das bezieht sich nur auf das, was innerhalb eines Staates vorgeht; 2. die Freiheit der politischen Lostrennung. Das bezieht sich auf die Festlegung der staatlichen Grenzen. *Nur* das ist strittig. Und gerade darüber schweigen unsere Opponenten. Sie wollen weder an die Staatsgrenzen noch selbst an den Staat überhaupt denken...

... Marx schrieb in seiner Kritik des Gothaer Programms:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Uebergangsperiode, deren Staat nichts Andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Bisher galt das für die Sozialisten als unbestrittene Wahrheit, und in ihr liegt die Anerkennung des *Staates* bis zum Hinüberwachsen des siegreichen Sozialismus in den Vollkommunismus. Der Ausspruch Engels' über das *Absterben* des Staates ist bekannt. Wir haben absichtlich gleich in der ersten These hervorgehoben, daß die Demokratie eine Staatsform ist, die ebenfalls absterben wird, wenn der Staat abstirbt. Und solange unsere Opponenten den Marxismus nicht durch einen neuen „staatslosen“ Gesichtspunkt ersetzt haben, ist ihre Argumentation von Anfang bis zu Ende irrig.

Anstatt vom Staate (und *folglich* auch von der Bestimmung seiner *Grenzen!*) zu sprechen, reden sie von einem „sozialistischen Kulturkreis“, d. h. wählen sie absichtlich einen in der Hinsicht unbestimmten Ausdruck, daß durch ihn alle Fragen des Staates verwischt werden!...

... Der deutsche Chauvinist Lensch hat... ein interessantes Zitat aus der Schrift Engels' „Po und Rhein“ angeführt. Engels sagt dort unter anderem, daß die Grenzen der „großen und lebensfähigen europäischen Nationen“ im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung, die eine Reihe kleiner und lebensunfähiger Nationen aufgesogen hat, immer mehr und mehr durch die „Sprache und Sympathien“ der Bevölkerung bestimmt wurden. Diese Grenzen nennt Engels „natürliche“ Grenzen. Dies war die Lage der Dinge in der Epoche des fortschrittlichen Kapitalismus, in Europa um 1848—1871. Jetzt durchbricht der reaktionäre, imperialistische Kapitalismus immer öfter diese auf demokratische Weise bestimmten Grenzen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Imperialismus dem ihn ablösenden Sozialismus *weniger* demokratische Grenzen, eine Reihe von Annexionen in

Europa und in anderen Erdteilen als Erbe hinterlassen wird. Wird nun der siegreiche Sozialismus, der auf der ganzen Linie die vollkommene Demokratie wiederherstellen und zu Ende führen wird, auf die *demokratische* Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten? Wird er mit den „Sympathien“ der Bevölkerung nicht rechnen wollen? Es genügt, diese Fragen zu stellen, um klar zu sehen, wie unsere polnischen Kollegen vom Marxismus zum „imperialistischen Oekonomismus“ hinableiten.

Die alten „Oekonomisten“, die den Marxismus in eine Karikatur verwandelten, lehrten die Arbeiter, daß für die Marxisten „nur“ das „Oekonomische“ wichtig sei. Die neuen „Oekonomisten“ meinen bald, daß der demokratische Staat des siegreichen Sozialismus ohne Grenzen existieren würde (in der Art eines „Komplexes von Empfindungen“ ohne Materie), bald, daß die Grenzen „nur“ den Bedürfnissen der Produktion entsprechend bestimmt würden. In Wirklichkeit werden diese Grenzen demokratisch festgesetzt werden, d. h. entsprechend dem Willen und den „Sympathien“ der Bevölkerung. Der Kapitalismus vergewaltigt diese Sympathien und vermehrt dadurch die Schwierigkeiten der Annäherung der Nationen. Der Sozialismus, der die Produktion *ohne* Klassenunterdrückung organisiert und den Wohlstand *aller* Staatsangehörigen sichert, gewährt dadurch den „Sympathien“ der Bevölkerung *vollen Spielraum*, erleichtert und beschleunigt gerade dadurch gewaltig die Annäherung und Verschmelzung der Nationen...

... Unter dem Kapitalismus *kann* die nationale Unterdrückung (und die politische überhaupt) *nicht* beseitigt werden. Dazu ist die Aufhebung der Klassen notwendig, d. h. die Einführung des Sozialismus. Obwohl der Sozialismus auf der Oekonomik begründet ist, wird er durch sie dennoch keineswegs erschöpft. Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig — die sozialistische Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es *noch* einer demokratischen Organisation des Staates, einer demokratischen Armee usw. Indem das Proletariat den Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, schafft es die *Möglichkeit* für die volle Beseitigung der nationalen Unterdrückung; diese Möglichkeit wird „nur“ — „nur“! — dann zur *Wirklichkeit* werden, wenn auf allen Gebieten die Demokratie vollständig durchgeführt sein wird — bis zur Festlegung der Staatsgrenzen entsprechend den „Sympathien“

der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung. Auf dieser Basis wird sich ihrerseits die absolute Beseitigung auch der geringsten nationalen Reibungen, des geringsten nationalen Mißtrauens *praktisch* vollziehen und mit ihr eine beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nationen, die durch das *Absterben* des Staates vollendet werden wird. Das ist die Theorie des Marxismus, von der unsere polnischen Kollegen sich irrigerweise entfernt haben...

... Die Verfasser der Thesen¹ motivieren... damit, daß die Vaterlandsverteidigung „in der Aera des Imperialismus“ eine Verteidigung der Rechte der eigenen Bourgeoisie auf Unterdrückung fremder Völker sei. Aber das ist *nur* in bezug auf den imperialistischen Krieg richtig, d. h. auf den Krieg *zwischen* imperialistischen Staaten oder Staatengruppen, wenn *beide* kriegführenden Parteien nicht nur „fremde Nationen“ unterdrücken, sondern auch *darum* Krieg führen, wer *mehr* fremde Nationen unterdrücken soll!

Offenbar stellen die Verfasser die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ durchaus nicht so, wie unsere Partei sie stellt. Wir lehnen die „Vaterlandsverteidigung“ im *imperialistischen* Kriege ab. Das ist vollkommen klar im Manifest des Zentralkomitees unserer Partei und in den Berner Resolutionen gesagt worden, die in der in deutscher und französischer Sprache erschienenen Broschüre „Sozialismus und Krieg“ veröffentlicht wurden. Wir haben das auch in unseren Thesen (Anmerkung zu § 4 und 6) *zweimal* unterstrichen. Augenscheinlich lehnen die Verfasser der polnischen Thesen die Vaterlandsverteidigung *überhaupt* ab, d. h. auch in einem *nationalen* Kriege, da sie vielleicht nationale Kriege „in der Aera des Imperialismus“ für *unmöglich* halten...

... Eine solche Ansicht wurde in den Thesen der deutschen Gruppe „Internationale“ klar zum Ausdruck gebracht... Es wird wohl kaum jemand wagen, zu bestreiten, daß die annektierten Länder, Belgien, Serbien, Galizien, Armenien, ihren „Aufstand“ gegen die Staaten, von denen sie annektiert wurden, „Vaterlandsverteidigung“ nennen *und mit Recht so nennen würden*...

... Ohne den Sozialismus preiszugeben, *müssen wir jeden*

¹ Die polnischen Sozialdemokraten, *Die Red.*

Aufstand gegen unseren Hauptfeind, die Bourgeoisie der Großmächte, unterstützen, wenn es nicht ein Aufstand einer reaktionären Klasse ist. Wenn wir die Unterstützung des Aufstandes der annektierten Gebiete ablehnen, so werden wir — objektiv — zu Annexionisten. Gerade „in der Aera des Imperialismus“, die die Aera der beginnenden sozialen Revolution ist, wird das Proletariat mit besonderer Energie heute den Aufstand der annektierten Gebiete unterstützen, um bereits morgen oder gar zur gleichen Zeit die durch einen solchen Aufstand geschwächte Bourgeoisie der „Großmacht“ anzugreifen.

Die polnischen Genossen gehen aber in ihrem Annexionismus noch weiter. Sie sind nicht nur gegen den Aufstand der annektierten Gebiete, sie sind gegen *jede* Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit, selbst gegen eine friedliche! Man höre:

„Die Sozialdemokratie lehnt die Verantwortung für die Folgen der Unterdrückungspolitik des Imperialismus ab, bekämpft sie aufs schärfste und tritt keineswegs für die Aufrichtung neuer Grenzpfähle in Europa, für die Wiederaufrichtung der vom Imperialismus niedergerissenen ein.“ (Kursiv von den Verfassern.)

Augenblicklich hat „der Imperialismus die Grenzpfähle niedergerissen“ zwischen Deutschland und Belgien, zwischen Rußland und Galizien. Die internationale Sozialdemokratie soll, wie man sieht, gegen ihre Wiederaufrichtung überhaupt sein, in welcher Weise diese auch vor sich gehen mag. Im Jahre 1905, „in der Aera des Imperialismus“, als das autonome Parlament Norwegens die Lostrennung von Schweden proklamierte und es, sowohl infolge des Widerstandes der schwedischen Arbeiter als auch infolge der internationalen imperialistischen Situation, nicht zum Kriege Schwedens gegen Norwegen kam, den die schwedischen Reaktionäre propagierten — da hätte die Sozialdemokratie gegen die Lostrennung Norwegens sein müssen, da diese doch zweifellos die „Aufrichtung neuer Grenzpfähle in Europa“ bedeutet!

Das ist schon direkter, offener Annexionismus! Ihn zu widerlegen ist nicht notwendig, er widerlegt sich selbst. Keine einzige sozialistische Partei wird sich entschließen, eine solche Position einzunehmen: „Wir sind gegen Annexionen im allgemeinen, aber für Europa sanktionieren wir Annexionen oder finden uns mit ihnen ab, wenn sie schon einmal geschehen sind...“

(Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XIX. „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, S. 296 ff., 307 ff., 1916.)

5. Die Leninsche Kritik der Bucharinschen Losung der „Selbstbestimmung der Werktätigen“

... Zur *nationalen Frage*... Bucharin hält das Gewünschte für Wirklichkeit. Er sagt, man dürfe das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht anerkennen. Nation, das sei Bourgeoisie mit dem Proletariat zusammen. Wir Proletarier sollen das Selbstbestimmungsrecht der verhaßten Bourgeoisie anerkennen! Wie reimt sich denn das? Verzeihung, das reimt sich mit dem, was ist. Streicht ihr es, so kommt ein Phantasiegebilde heraus. Ihr beruft euch auf den Prozeß der Differenzierung, die sich im Schoße der Nation vollzieht, auf den Prozeß der Loslösung des Proletariats von der Bourgeoisie. Wir wollen erst mal sehen, wie diese Differenzierung verläuft.

Nehmt z. B. Deutschland, das Muster eines vorgeschrittenen kapitalistischen Landes, das in der Organisiertheit des Kapitalismus, des Finanzkapitalismus Amerika übertraf. In vieler Hinsicht, Technik und Produktion, wie in politischer Beziehung stand es hinter Amerika zurück, aber in der Organisiertheit des Finanzkapitalismus, in der Verwandlung des monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus war Deutschland Amerika voraus. Man könnte glauben, Deutschland sei ein Muster. Was geht dort aber vor? Hat sich das Proletariat von der Bourgeoisie differenziert? Nein. Wurde doch nur aus einigen Großstädten gemeldet, daß die Mehrheit der Arbeiter dort gegen die Scheidemänner ist. Wie kam das aber? Durch das Bündnis der Spartakusleute mit den deutschen, dreifach vermaledeiten Menschewiki von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die alles durcheinanderbringen und das Sowjetsystem mit der Nationalversammlung verheiraten wollen! Das geht in diesem Deutschland vor! Und Deutschland ist doch ein vorgeschrittenes Land.

Genosse Bucharin sagt: „Wozu brauchen wir das Selbstbestimmungsrecht der Nationen?“ Ich muß das wiederholen, was ich ihm entgegnete, als er im Sommer 1917 vorschlug, das Minimalprogramm wegzulassen und nur das Maximalprogramm beizubehalten. Ich antwortete damals: „Prahle nicht, wenn du in die Schlacht ziehst, sondern prahle, wenn du aus der Schlacht zurückkehrst!“ Wenn wir die Macht erobern und dann noch ein bißchen warten, dann werden wir es tun. Wir haben die Macht erobert, haben ein bißchen gewartet, und jetzt bin ich

einverstanden, es zu tun. Wir sind nunmehr ganz und gar in den sozialistischen Aufbau eingetreten und haben den ersten Ansturm, der uns bedrohte, zurückgeschlagen, jetzt wird das am Platze sein. Das gleiche gilt auch für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. „Ich will nur das Selbstbestimmungsrecht der werktätigen Klasse anerkennen“, sagt Genosse Bucharin. Ihr wollt also nur das anerkennen, was in Wirklichkeit nirgends erreicht ist, außer in Rußland. Das ist lächerlich.

Man betrachte Finnland: ein demokratisches, ein höher entwickeltes, kulturell höher stehendes Land als wir. Dort vollzieht sich ein Prozeß der Loslösung, der Differenzierung des Proletariats; er vollzieht sich auf einem eigenartigen, viel schmerzlicheren Wege als bei uns. Die Finnen haben die Diktatur Deutschlands durchgemacht, jetzt stehen sie unter der Diktatur der Entente, und dank der Tatsache, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkannt haben, wurde der Differenzierungsprozeß dort erleichtert. Ich erinnere mich sehr gut, wie ich im Smolny dem Vertreter der finnländischen Bourgeoisie Swinhuwud... der eine Henkerrolle gespielt hat, die Urkunde überreichte. Er drückte mir liebenswürdig die Hand, wir sagten uns gegenseitig Komplimente. Wie unangenehm das war! Aber das mußte man tun, weil diese Bourgeoisie damals das Volk, die werktätigen Massen dadurch betrog, daß sie ihnen erzählte, die Moskowiter, die Chauvinisten, die Großrussen, wollten die Finnen drosseln. Man mußte es also tun.

Und mußte nicht gestern dasselbe gegenüber der baschkirischen Republik getan werden? Als Bucharin sagte: „Für manche könnte man dieses Recht anerkennen“, da notierte ich mir sogar, daß er in seiner Liste die Hottentotten, die Buschmänner, die Hindus anführte. Als ich diese Aufzählung anhörte, fragte ich mich: wie hat Bucharin eine unbedeutende Kleinigkeit, die Baschkiren, vergessen? Buschmänner gibt es in Rußland nicht, von Hottentotten habe ich auch nicht gehört, daß sie auf eine autonome Republik Anspruch erheben, aber wir haben ja Baschkiren, Kirgisen, eine ganze Reihe anderer Völker, und ihnen können wir die Anerkennung nicht versagen. Keinem der Völker des ehemaligen Russischen Reiches dürfen wir sie versagen. Nehmen wir sogar an, die Baschkiren hätten die Ausbeuter gestürzt und wir hätten ihnen dabei geholfen. Aber das ist nur dort möglich, wo die Umwälzung vollkommen herangereift ist. Und das muß mit Vorsicht getan werden, damit wir durch un-

sere Einmischung diesen Prozeß der Differenzierung des Proletariats, den wir beschleunigen müssen, nicht aufhalten. Was können wir aber gegenüber solchen Völkern tun, die, wie die Kirgisen und Sarten, immer noch unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen? Bei uns in Rußland hat die Bevölkerung, nach langer Erfahrung mit den Popen, uns geholfen, sie zu stürzen. Aber ihr wißt, wie schlecht noch das Dekret über die Zivilehe ins Leben eindringt. Können wir vor diese Sarten treten und sagen: „Wir wollen eure Ausbeuter stürzen?“ Das können wir nicht tun, weil sie ganz und gar unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen. Man muß hier die Entwicklung der betreffenden Nation, die unvermeidliche Differenzierung des Proletariats von den bürgerlichen Elementen abwarten.

Aber Genosse Bucharin will nicht warten. Er ist voller Ungeduld: „Aber aus welchem Grunde? Wenn wir selbst die Bourgeoisie gestürzt, die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats ausgerufen haben, weshalb müssen wir so handeln?“ Das wirkt wie ein aufmunternder Ruf, enthält einen Hinweis auf unseren Weg, aber wenn wir in unserem Programm nur das verkünden werden, dann wird es kein Programm sondern eine Proklamation sein. Wir können Sowjetmacht, proletarische Diktatur und volle Verachtung der Bourgeoisie, die sie tausendfach verdient, proklamieren, aber in unserem Programm muß man mit strengster Genauigkeit das aussprechen, was ist. Dann wird unser Programm unanfechtbar sein.

Wir stehen auf strengem Klassenstandpunkt. Was wir im Programm schreiben, ist eine Anerkennung dessen, was nach der Zeit, wo wir über die Selbstbestimmung der Nationen im allgemeinen schreiben, in Wirklichkeit geschehen ist. Damals gab es noch keine proletarischen Republiken. Nachdem sie entstanden waren, und nur in dem Maße, in dem sie entstanden, konnten wir das schreiben, was wir hier geschrieben haben: „Föderative Vereinigung der *nach dem Sowjettypus* organisierten Staaten.“ Der Sowjettypus bedeutet noch nicht Sowjets, so wie sie in Rußland existieren, aber der Sowjettypus wird international. Nur dies dürfen wir sagen. Weitergehen, einen Schritt, ein Haar breit weitergehen, wäre schon falsch und taugt daher nicht für das Programm.

Wir sagen: man muß damit rechnen, auf welcher Stufe des Weges vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie und von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie die betreffende

Nation steht. Das ist durchaus richtig. Alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung... Die überwältigende Mehrheit, sicherlich neun Zehntel der ganzen Bevölkerung der Erde, vielleicht sogar 95 Prozent, fallen unter diese Charakteristik, denn alle Länder stehen auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen oder von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie. Dieser Weg ist ganz unvermeidlich. Mehr kann man nicht sagen, weil es sonst falsch wäre, weil es nicht das wäre, was ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen weglassen und das Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen einsetzen, ist vollkommen falsch, denn eine solche Fragestellung trägt nicht den Schwierigkeiten, den verschlungenen Wegen der Differenzierung innerhalb der einzelnen Nationen Rechnung...

... Unser Programm darf nicht von Selbstbestimmung der Werktätigen sprechen, weil das falsch wäre. Es muß ausgesprochen, was ist. Stehen die Nationen auf verschiedenen Stufen der Entwicklung vom Mittelalter zur bürgerlichen und von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie, so ist dieser Satz unseres Programms vollkommen richtig. Auf diesem Wege gab es bei uns sehr viele Zickzacke. Jede Nation muß das Selbstbestimmungsrecht erhalten, und das fördert die Selbstbestimmung der Werktätigen... Diese Selbstbestimmung geht einen sehr komplizierten und schwierigen Weg. Sie besteht nirgends als in Rußland, und man darf nichts aus Moskau dekretieren, sondern muß alle Entwicklungsstadien in anderen Ländern voraussehen. Aus diesem Grunde ist dieser Antrag prinzipiell unannehmbar.

(*Lenin*. Sämtliche Werke, Bd. XXIV. Referat über das Parteiprogramm auf dem VIII. Parteitag der KPR[B], S. 135—139 russ., 1919.)

III. DIE NATIONAL-KOLONIALE FRAGE UND DIE PROLETARISCHE WELTREVOLUTION

(DIE KOLONIALEN REVOLUTIONEN UND DIE NATIONALEN BEWEGUNGEN IN EUROPA IN DER PERIODE DER ALLGEMEINEN KRISE DES KAPITALISMUS)

1. Die kolonialen Revolutionen, ihre Triebkräfte, Entwicklungsperspektiven, die Strategie und Taktik der Komintern

A. *Das Wesen der imperialistischen Politik in den Kolonien und die charakteristischen Merkmale der kolonialen Oekonomie*

Entgegen der schändlichen Lüge der Imperialisten und ihrer reformistischen Lakaien (MacDonald, Otto Bauer u. Co.), die behaupten, daß der Imperialismus die „rückständigen Völker zu Wohlstand, Fortschritt und Kultur erzieht“, hat der Uebergang zur Epoche des Monopolkapitalismus nicht im geringsten das Joch erleichtert, das auf den Millionenmassen der Kolonialvölker lastet. Die verheerenden Folgen, zu denen die kapitalistische Entwicklung, insbesondere im ersten Stadium ihrer Existenz, überall führt, werden in den Kolonien durch das Eindringen des ausländischen Kapitals in einem ungeheuerlichen Maße und beschleunigtem Tempo reproduziert; die fortschrittlichen Folgen des Kapitalismus dagegen sind dort größtenteils gar nicht zu spüren.

Wo der herrschende Imperialismus eine soziale Stütze in den Kolonien braucht, verbündet er sich vor allem mit den herrschenden Schichten der früheren sozialen Ordnung — den Feudalen und der Handels- und Wucherbourgeoisie — gegen die Mehrheit des Volkes. Ueberall versucht der Imperialismus, die vorkapitalistischen Formen der Ausbeutung (insbesondere auf dem Lande), die die Grundlage für die Existenz seiner reaktionären

Bundesgenossen bilden, zu erhalten und zu verewigen. Die Volksmassen dieser Länder sind gezwungen, gewaltige Summen für die Unterhaltung des Militärs, der Gendarmerie und des administrativen Apparates des Kolonialregimes zu zahlen.

Die Zunahme des Hungers und der Epidemien, insbesondere unter der pauperisierten Bauernschaft; die Massenexpropriation des Bodens der einheimischen Bevölkerung; die unmenschlichen Arbeitsbedingungen (in den Plantagen, Bergwerken der weißen Kapitalisten usw.), die mitunter schlimmer sind als direkte Sklaverei, all dies hat überall eine verheerende Wirkung auf die Bevölkerung der Kolonien und führt nicht selten zum Aussterben ganzer Völkerschaften. Die „kulturelle erzieherische Rolle“ der imperialistischen Staaten in den Kolonien ist in Wirklichkeit die Rolle des Henkers...

... Das imperialistische Kolonialregime ist ein nicht nur auf wirtschaftlichem Druck, sondern auch auf außerökonomischem Zwang beruhendes Monopol der Bourgeoisie des imperialistischen Landes in dem betreffenden abhängigen Lande, und zwar ein Monopol, das zwei Hauptfunktionen erfüllt: einerseits dient es der rücksichtslosen *Ausbeutung* der Kolonien (verschiedene Formen der direkten und indirekten Tributpflicht, Extraprofit in Verbindung mit dem Absatz der eigenen Industriewaren, mit dem Bezug von billigen Rohstoffen für die eigene Industrie, mit der Ausnutzung der äußerst billigen Arbeitskraft usw.), andererseits dient das imperialistische Monopol der Erhaltung und Entwicklung der Bedingungen seiner eigenen Existenz, d. h. es erfüllt die Funktion der *Versklavung* der Massen in den Kolonien...

... Die spezifischen kolonialen Formen der kapitalistischen Ausbeutung, die von der ... Bourgeoisie verwirklicht werden, *hemmen* letzten Endes die Entwicklung der Produktivkräfte der betreffenden Kolonien. Es wird nur ein Minimum an Bauarbeit geleistet... soweit dies für die militärische Herrschaft im Lande, für die Sicherstellung des ununterbrochenen Funktionierens der Steuerpresse, ferner für die Bedürfnisse des Handels des imperialistischen Landes notwendig ist.

Die Landwirtschaft der Kolonien ist gezwungen, zu einem großen Teil für den Export zu arbeiten, aber dadurch wird die Bauernwirtschaft keineswegs von den Fesseln der vorkapitalistischen Wirtschaftsformen befreit. Sie verwandelt sich in der Regel in eine „freie“ Warenwirtschaft durch Unterordnung der vorkapitalistischen Produktionsformen unter die Bedürfnisse des

Finanzkapitals, durch Verschärfung der vorkapitalistischen Ausbeutungsmethoden, durch Unterjochung der bäuerlichen Wirtschaft seitens des in stürmischer Entwicklung begriffenen Handels- und Wucherkapitals, durch Steigerung der Steuerlasten usw. usw. Die Ausbeutung der Bauernschaft wird verschärft, aber ihre Produktionsmethoden werden nicht erneuert.

In der Regel geht die industrielle Verarbeitung der kolonialen Rohstoffe nicht in der Kolonie vor sich, sondern in den kapitalistischen Ländern, vor allem im Mutterlande. Der in der Kolonie erzielte Profit wird größtenteils nicht produktiv angewandt, sondern aus dem Lande ausgeführt und entweder im Mutterlande oder in neuen Expansionssphären des betreffenden Imperialismus investiert. Auf diese Weise wirkt die koloniale Ausbeutung ihrer Grundtendenz nach als Hemmschuh der Entwicklung der Produktivkräfte in den Kolonien, als Raub der Naturschätze und vor allem als Erschöpfung der Reserven an menschlichen Produktivkräften des Koloniallandes.

... Insofern jedoch die koloniale Ausbeutung eine gewisse Förderung der Entwicklung der Produktion in den Kolonien voraussetzt, nimmt diese Entwicklung durch das imperialistische Monopol einen ganz bestimmten Weg und wird nur soweit gefördert als es den Interessen des Mutterlandes, insbesondere den Interessen der Erhaltung seines kolonialen Monopols entspricht... Die kapitalistischen Unternehmungen, die von den Imperialisten in den Kolonien geschaffen werden (mit Ausnahme einiger Unternehmungen, die Kriegszwecken dienen), tragen vorwiegend oder ausschließlich einen agrarkapitalistischen Charakter und weisen eine niedrige organische Zusammensetzung des Kapitals auf. Eine wirkliche Industrialisierung des Koloniallandes, insbesondere die Schaffung einer lebensfähigen Maschinenbauindustrie, die imstande wäre, die selbständige Entwicklung der Produktivkräfte des Landes zu fördern, wird nicht begünstigt, sondern im Gegenteil durch das Mutterland gehemmt. *Die Funktion des Mutterlandes bei der kolonialen Versklavung besteht im wesentlichen* darin, daß das Kolonialland gezwungen wird, die Interessen seiner selbständigen Entwicklung zu opfern und die Rolle eines wirtschaftlichen (agrarischen und Rohstoffe liefernden) Anhängsels des ausländischen Kapitalismus zu spielen, damit auf Kosten der werktätigen Klassen des kolonialen Landes die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie in dem imperialistischen Lande gestärkt, das Monopol des imperialisti-

schen Landes in der betreffenden Kolonie verewigt und seine Expansion gegenüber der übrigen Welt gesteigert werde...

... Da die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung der Kolonien mit dem Boden verbunden ist und auf dem Lande lebt, erlangen die räuberischen Formen der Ausbeutung der Bauernschaft, die der Imperialismus und seine Verbündeten (die Klasse der Grundbesitzer sowie das Handels- und Wucherkapital) anwenden, eine besonders wichtige Bedeutung. Durch das Eingreifen des Imperialismus (Besteuerung, Einfuhr von Industriewaren aus den Mutterländern usw.) wird die Einbeziehung des Dorfes in die Geld- und Warenwirtschaft von der Pauperisierung der bäuerlichen Wirtschaft, von der Vernichtung der bäuerlichen Hausindustrie usw. begleitet und geht in viel rascherem Tempo vor sich, als das seinerzeit in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern der Fall war; dagegen setzt die verzögerte industrielle Entwicklung hier dem Prozeß der Proletarisierung enge Grenzen. Diese gewaltige Disproportion zwischen dem schnellen Tempo der Zerstörung der alten Wirtschaftsformen und der langsamen Entwicklung neuer erzeugte in China, Indien, Indonesien, Ägypten u. a. eine außerordentliche „Landnot“ und eine agrarische Ueberbevölkerung, ein Anschwellen der Bodenrente und eine außerordentliche Zersplitterung des von der Bauernschaft bearbeiteten Bodens. Daneben lastet die ganze Schwere der früheren feudalen oder halbfeudalen Ausbeutungs- und Knechtschaftsverhältnisse in etwas „modernisierten“, aber keineswegs leichteren Formen, nach wie vor auf den Schultern der Bauernschaft. Der Kapitalismus, der das Dorf in den Kolonien durch sein Steuersystem und seinen Handelsapparat erfaßt und eine Umwälzung in den vorkapitalistischen Verhältnissen hervorgerufen hat (z. B. die Vernichtung der Dorfgemeinde), hat damit keineswegs die Bauern vom Joch der vorkapitalistischen Versklavungs- und Ausbeutungsformen befreit, sondern hat ihnen nur die Geldform verliehen (Fron- und Naturalpacht sind teilweise durch Geldpacht, die Naturalsteuer durch eine Geldsteuer ersetzt worden usw.), was die Not der Bauernschaft noch verstärkt hat. Den Bauern kommt in ihrem Elend der Wucherer „zu Hilfe“, der sie ausplündert und unter gewissen Verhältnissen (so z. B. in einigen Gegenden Indiens und Chinas) sogar eine erbliche Schuldklaverei erzeugt...

... Diese elende Lage der Bauernschaft bedeutet gleichzeitig für die Industrie eine Krise auf dem inneren Markt und bildet

ihrerseits ein starkes Hindernis für die kapitalistische Entwicklung des Landes. Ebenso wie die nationale Bourgeoisie Indiens, Chinas, Ägyptens, empfindet auch der Imperialismus diese Not der Bauernschaft als Hindernis auf dem Wege zur Erweiterung der kapitalistischen Ausbeutung; aber sie alle sind durch wirtschaftliche und politische Interessen mit dem Großgrundbesitz und dem Handels- und Wucherkapital auf dem Lande so eng verknüpft, daß sie nicht imstande sind, eine Agrarreform von irgendwelcher größeren Bedeutung durchzuführen...

... Das exportierte Kapital ergießt sich hier vorwiegend in die Sphäre des Handels, funktioniert hauptsächlich als Wucherkapital (Leihkapital) und verfolgt das Ziel, den Unterdrückungsapparat des imperialistischen Staates im Koloniallande zu erhalten und zu stärken (mit Hilfe von Staatsanleihen usw.), oder die völlige Kontrolle über die angeblich unabhängigen Staatsorgane der einheimischen Bourgeoisie in den halbkolonialen Ländern zu erobern.

Die Ausfuhr von Kapital nach den Kolonien beschleunigt dort die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse. Der Teil des ausgeführten Kapitals, der in den Kolonien für Produktionszwecke investiert wird, führt teilweise zu einer Beschleunigung der industriellen Entwicklung, keineswegs aber, um die Unabhängigkeit zu fördern, sondern um die Abhängigkeit der kolonialen Wirtschaft vom Finanzkapital der imperialistischen Länder noch zu verstärken. Ueberhaupt werden die importierten Kapitalien in den Kolonien fast ausschließlich auf die Aneignung und die Gewinnung von Rohstoffen bzw. auf Rohfabrikation verwandt...

... Die gesamte Wirtschaftspolitik des Imperialismus gegenüber den Kolonien wird durch das Bestreben geleitet, ihre Abhängigkeit zu erhalten und zu verstärken, die Ausbeutung zu vergrößern und ihre selbständige Entwicklung nach Möglichkeit zu hemmen. Nur unter dem Druck besonderer Umstände kann sich die Bourgeoisie der imperialistischen Staaten gezwungen sehen, die Entwicklung der Großindustrie in den Kolonien zu fördern. So z. B. kann die Notwendigkeit der Führung oder Vorbereitung eines Krieges in beschränktem Maße zur Schaffung verschiedener Unternehmungen der Metall- und der chemischen Industrie in den strategisch wichtigsten Kolonien (z. B. in Indien) führen... Zwecks Bestechung bestimmter Schichten der Bourgeoisie der kolonialen und der halbkolonialen Länder,

insbesondere in Perioden des Aufschwungs der revolutionären Bewegung, können sie in einem gewissen Grade ihren wirtschaftlichen Druck verringern. Aber in dem Maße, wie diese außerordentlichen und größtenteils außerökonomischen Umstände ihren Einfluß einbüßen, richtet sich die Wirtschaftspolitik des imperialistischen Staates sofort auf die Unterdrückung und Hemmung der wirtschaftlichen Entwicklung der Kolonien. Deshalb kann die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Kolonien, und insbesondere ihre Industrialisierung, die allseitige selbständige Entwicklung ihrer Industrie nur im stärksten Gegensatz zur Politik des Imperialismus vor sich gehen. Deshalb äußert sich der spezifische Charakter der Entwicklung der kolonialen Länder besonders darin, daß das Wachstum der Produktivkräfte unter außerordentlichen Schwierigkeiten, krampfhaft, unter künstlicher Beschränkung auf einzelne Industriezweige vor sich geht.

All das führt unvermeidlich dazu, daß der Druck des Imperialismus auf die kolonialen und halbkolonialen Länder jedesmal auf einer höheren Stufe reproduziert wird und einen immer stärkeren Gegendruck der sozialökonomischen Faktoren hervorruft, die durch den Imperialismus selbst geschaffen worden sind. Die ständige Hemmung der selbständigen Entwicklung vertieft immer mehr den Antagonismus zwischen den Kolonialvölkern und dem Imperialismus und führt zu revolutionären Krisen, Boykottbewegungen, nationalrevolutionären Aufständen usw.

Einerseits verschärfen sich die objektiven immanenten Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung in den Kolonien, und damit vertiefen sich auch die Widersprüche zwischen der unabhängigen Entwicklung der Kolonien und den Interessen der Bourgeoisie der imperialistischen Staaten; andererseits aber führt die neue kapitalistische Form der Ausbeutung eine wirklich revolutionäre Kraft auf die Arena, das Proletariat, um das sich die Millionenmassen der Bauernschaft immer mehr und mehr zusammenschließen, um dem Joch des Finanzkapitals einen organisierten Widerstand entgegenzusetzen.

Das ganze Geschwätz der Imperialisten und ihrer Lakaien über die Politik der Dekolonisation, die die imperialistischen Staaten angeblich durchführen, über die Förderung der „freien Entwicklung der Kolonien“, ist nichts anderes als eine imperialistische Lüge. Es ist außerordentlich wichtig, daß die Kommu-

nisten sowohl in den imperialistischen Ländern als auch in den Kolonien diese Lüge restlos entlarven.

(Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, „Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien“, II. Abschnitt, S. 161 ff., 1928.)

B. Das Programm der Komintern über die revolutionären Bewegungen in den kolonialen Ländern¹

Die eigentümlichen Bedingungen des revolutionären Kampfes in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, die Unvermeidlichkeit einer lange währenden Periode des Kampfes um die demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft und des Hinüberwachsens dieser Diktatur in die Diktatur des Proletariats; schließlich die ausschlaggebende Bedeutung nationaler Momente in diesem Ringen stellen den kommunistischen Parteien dieser Länder eine Reihe von *besonderen* Aufgaben, deren Lösung eine Voraussetzung für die Bewältigung der allgemeinen Aufgaben der proletarischen Diktatur bildet. Als die wichtigsten dieser besonderen Aufgaben betrachtet die Kommunistische Internationale die folgenden:

1. Sturz des ausländischen Imperialismus, des Feudalismus und der Grundbesitzer-Bürokratie.
2. Errichtung der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf der Grundlage der Räte.
3. Völlige nationale Unabhängigkeit und staatliche Einheit.
4. Annullierung der Staatsschulden.
5. Nationalisierung der den Imperialisten gehörenden Großunternehmen (der Industrie, des Transportes, der Banken u. a.).
6. Enteignung des Großgrundbesitzes, der Kirchen- und Klosterländereien. Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens.
7. Einführung des Achtstundentages.
8. Schaffung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernarmee.

Mit der fortschreitenden Entwicklung und Verschärfung des weiteren Kampfes (Sabotage der Bourgeoisie, Konfiskation der

¹ Die Typen der Revolutionen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern (China, Indien usw.) sowie in den abhängigen Ländern (Argentinien, Brasilien usw.) werden in Heft 2 „Theorie der proletarischen Revolution“ behandelt. *Die Red.*

den sabotierenden Teilen der Bourgeoisie gehörenden Betriebe, die unvermeidlich zur Nationalisierung der Großindustrie wird) wird in jenen Kolonien und Halbkolonien, wo das Proletariat die Rolle des Führers und Hegemons spielt, die konsequente bürgerlich-demokratische Revolution in die proletarische hinüberwachsen. In Kolonien, in denen kein Proletariat vorhanden ist, muß der Sturz der imperialistischen Macht begleitet sein von der Organisierung der Macht der Volks-(Bauern-)Räte, von der Konfiskation der Betriebe und des Bodens der Ausländer und der Uebergabe dieser Besitztümer an den Staat.

Vom Standpunkt des Kampfes gegen den Imperialismus und der Er kämpfung der Macht durch die Arbeiterklasse spielen die kolonialen Revolutionen und nationalen Freiheitsbewegungen die allergrößte Rolle. In der Uebergangsperiode sind die Kolonien und Halbkolonien auch deshalb von Bedeutung, weil sie gegenüber den Industrieländern, die in der Weltwirtschaft die Rolle der *Weltstadt* spielen, das *Weltdorf* darstellen. Dabei wird die Frage der Organisierung der sozialistischen Weltwirtschaft, der richtigen Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, in hohem Maße zur Frage des Verhältnisses zu den ehemaligen Kolonien des Imperialismus. *Ein brüderliches Kampfbündnis mit den werktätigen Massen der Kolonien herzustellen, ist daher eine der Hauptaufgaben des industriellen Weltproletariats als des Hegemons und Führers im Kampfe gegen den Imperialismus.*

Der Gang der Weltrevolution treibt die Arbeiter der imperialistischen Staaten in den Kampf für die proletarische Diktatur und rüttelt zugleich Hunderte von Millionen kolonialer Arbeiter und Bauern zum Kampfe gegen den ausländischen Imperialismus auf. Sobald Zentren des Sozialismus in Gestalt der sozialistischen Räterepubliken mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Macht bestehen, vollzieht sich die wirtschaftliche Annäherung und schrittweise Vereinigung der vom Imperialismus abgefallenen Kolonien mit den industriellen Zentren des Weltsozialismus. Damit werden sie in den Aufbau des Sozialismus hineingezogen, überspringen die Stufe der Entwicklung des Kapitalismus als herrschendes System und erhalten die Möglichkeit raschen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts. Die Bauernräte der rückständigen und die Arbeiter- und Bauernräte der fortgeschritteneren ehemaligen Kolonien gruppieren sich politisch um die Zentren der proletarischen Diktatur und

werden so in das allgemeine System der stets wachsenden Föderation der Räterepubliken und damit in das System der Welt-diktatur des Proletariats einbezogen.

So erhält die Entwicklung des Sozialismus als neue Produktionsweise Weltausmaß.

(Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt IV, Kapitel 9. „Der Kampf für die Welt-diktatur des Proletariats und die kolonialen Revolutionen“, 1928.)

C. Die Triebkräfte der kolonialen Revolution, die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien in den revolutionären Bewegungen der Kolonialländer

... Die bürgerlich-demokratische Revolution in der Kolonie unterscheidet sich von der bürgerlich-demokratischen Revolution in einem unabhängigen Lande hauptsächlich dadurch, daß sie mit dem *nationalen Befreiungskampf* gegen die Versklavung durch die Imperialisten organisch verknüpft ist. Der nationale Faktor hat einen bedeutenden Einfluß auf den revolutionären Prozeß in allen Kolonien, ebenso wie in den Halbkolonien, in denen die Versklavung durch die Imperialisten bereits in unverhüllter, die Volksmassen empörender Form hervortritt. Einerseits beschleunigt die nationale Unterdrückung das Heranreifen der revolutionären Krise, verschärft sie die Unzufriedenheit der Arbeiter- und Bauernmassen, erleichtert ihre Mobilisierung und verleiht den revolutionären Explosionen die Kraft elementarer Massenbewegungen und den Charakter einer wirklichen Volksrevolution. Andererseits kann der nationale Faktor nicht nur auf die Bewegung der Arbeiterklasse und der Bauernschaft Einfluß gewinnen, sondern auch auf die Position aller übrigen Klassen und sie im Prozesse der Revolution verändern; vor allem gerät in der ersten Zeit die arme städtische Kleinbourgeoisie, zusammen mit der kleinbürgerlichen Intelligenz, in größerem Maße unter den Einfluß der aktiven revolutionären Kräfte; zweitens hat die Stellung der Bourgeoisie der Kolonien in der bürgerlich-demokratischen Revolution zum größten Teil einen zwiespältigen Charakter, und ihre Schwankungen sind entsprechend der Entwicklung der Revolution noch stärker als bei der Bourgeoisie eines unabhängigen Landes (z. B. als bei der russischen Bourgeoisie in den Jahren 1905—1917). Sehr wichtig ist es, je nach den konkreten Verhältnissen den besonderen

Einfluß des nationalen Moments gründlich zu erforschen, das zum großen Teil die Eigenart der kolonialen Revolution bestimmt, und dieses nationale Moment in der Taktik der betreffenden kommunistischen Partei zu berücksichtigen¹.

Neben dem nationalen Befreiungskampf bildet die *Agrarrevolution* die Achse der bürgerlich-demokratischen Revolution in den fortgeschrittenen kolonialen Ländern². Deshalb müssen die Kommunisten mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Agrarkrise und die Verschärfung der Klassegegensätze auf dem Lande verfolgen; sie müssen von Anfang an der Unzufriedenheit der Arbeitermassen und der beginnenden Bauernbewegung eine bewußte revolutionäre Richtung geben, sie gegen die imperialistische Ausbeutung und Versklavung ebenso wie gegen das Joch der verschiedenen bestehenden vorkapitalistischen — feudalen und halbfeudalen — Verhältnisse lenken, unter denen die Bauernwirtschaften leiden und zugrunde gehen. Die ungeheure Rückständigkeit der Landwirtschaft, die Herrschaft versklavender Pachtverhältnisse, das Joch des Handels- und Wucherkapitals sind das größte Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft der Kolo-

¹ *Anmerkung der Redaktion.* Die konterrevolutionäre trotzkistisch-sinowjeweische Opposition, die die Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern der Revolution in den imperialistischen Ländern gleichstellte (z. B. der Revolution 1905 in Rußland), gelangte zur Ablehnung zeitweiliger Blocks und Abkommen des Proletariats mit der nationalen Bourgeoisie in der ersten Etappe der chinesischen Revolution, als die nationale Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus unterstützte.

² *Anmerkung der Redaktion.* Das Nichtverstehen dieser Besonderheiten der kolonialen Revolution brachte Trotzki schließlich zur konterrevolutionären Position in den Fragen der chinesischen und indischen Revolution. Genosse Stalin verwies bereits 1927 darauf, daß Trotzki's Linie in den Fragen der chinesischen Revolution „in direktem Gegensatz zur Linie der Komintern“ steht. „Genosse Trotzki erkennt entweder das Vorhandensein von feudalen Ueberresten in China überhaupt nicht an, oder aber er legt ihnen keine entscheidende Bedeutung bei. Genosse Trotzki (und folglich auch die Opposition), der die Stärke und die Bedeutung der feudalbürokratischen Unterdrückung in China unterschätzt, glaubt, daß die Hauptursache der chinesischen nationalen Revolution darin besteht, daß China in seiner Zollpolitik von den imperialistischen Ländern abhängig ist...“

Der Hauptfehler des Genossen Trotzki (und folglich auch der Opposition) besteht in der Unterschätzung der Agrarrevolution in China, im Nichtverstehen des bürgerlich-demokratischen Charakters dieser Revolution, in der Leugnung der Voraussetzungen für eine Agrarbewegung der Bauernmassen in China, in der Unterschätzung der Rolle der Bauern in der chinesischen Revolution.“ (*Stalin.* „Die Revolution in China und die Aufgaben der Komintern“, Rede in der Sitzung des EKKI am 24. Mai 1927.)

nien und stehen in einem unglaublichen Widerspruch zu den hochentwickelten Formen des Austausches zwischen der landwirtschaftlichen Produktion der Kolonien und dem Weltmarkt, die von dem Imperialismus geschaffen und monopolisiert worden sind.

Die nationale *Bourgeoisie* in diesen kolonialen Ländern nimmt keine einheitliche Stellung gegenüber dem Imperialismus ein. Ein Teil dieser Bourgeoisie, in erster Linie die Handelsbourgeoisie, dient unmittelbar den Interessen des imperialistischen Kapitals (die sogenannte *Kompradorenbourgeoisie*). Sie verteidigt im großen und ganzen mehr oder weniger konsequent einen antinationalen, imperialistischen Standpunkt, der sich gegen die gesamte nationale Bewegung richtet, genau so wie die feudalen Verbündeten des Imperialismus und die besser bezahlten einheimischen Beamten. Der übrige Teil der einheimischen Bourgeoisie, insbesondere der Teil, der die Interessen der einheimischen Industrie vertritt, steht auf dem Boden der nationalen Bewegung und repräsentiert eine besonders schwankende, zu Kompromissen neigende Strömung, die man als *Nationalreformismus* bezeichnen kann...

... Die Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus, die im Interesse des gesamten Kolonialvolkes liegt, entspricht auch den Interessen der nationalen Bourgeoisie, steht aber im unveröhnlichen Widerspruch zu dem gesamten Wesen des imperialistischen Systems... Souveräne Herrschaft der Bourgeoisie, die Möglichkeit einer „freien“, selbständigen kapitalistischen Entwicklung, die Hegemonie über das „unabhängige“ Volk, alles das wird der Imperialismus der nationalen Bourgeoisie niemals freiwillig zugestehen. Hier haben wir einen objektiven grundlegenden Interessengegensatz zwischen der nationalen Bourgeoisie des kolonialen Landes und dem Imperialismus. In dieser Hinsicht fordert der Imperialismus die *Kapitulation* der nationalen Bourgeoisie...

... Die unerträgliche Ausbeutung der Bauernschaft in den Kolonien kann nur durch die Agrarrevolution beseitigt werden. Die Bourgeoisie Chinas, Indiens und Aegyptens ist aber in ihren unmittelbaren Interessen mit dem Grundbesitz, dem Wucherkapital und überhaupt mit der Ausbeutung der Bauernmassen so eng verbunden, daß sie nicht nur gegen die Agrarrevolution auftritt, sondern auch gegen jede entschiedene Agrarreform. Sie fürchtet nicht ohne Grund, daß allein schon die offene Stellung

der Agrarfrage dem revolutionären Gärungsprozeß innerhalb der Bauernmassen einen Anstoß geben und sein Tempo beschleunigen würde. Die reformistische Bourgeoisie bringt es also kaum fertig, an die praktische Lösung dieser wunden Kernfrage heranzutreten . . .

. . . Sie versucht durch hohle nationalistische Phrasen und Gesten die kleinbürgerlichen Massen unter ihrem Einfluß zu behalten und den Imperialismus zu gewissen Zugeständnissen zu zwingen. Aber die Imperialisten ziehen die Zügel immer straffer an, denn die nationale Bourgeoisie ist nicht imstande, einen irgendwie ernsthaften Widerstand zu leisten. Deshalb versucht die nationale Bourgeoisie bei jedem Konflikt mit dem Imperialismus, einerseits ihre nationalistische „Prinzipienfestigkeit“ hervorzukehren, andererseits Illusionen über die Möglichkeit eines friedlichen Kompromisses mit dem Imperialismus zu säen. Sowohl über das eine wie das andere werden die Massen unvermeidlich enttäuscht und überwinden auf diese Weise allmählich ihre reformistischen Illusionen.

Bei einer falschen Einschätzung der nationalreformistischen Haupttrichtung der nationalen Bourgeoisie in diesen kolonialen Ländern entsteht die Möglichkeit schwerer Fehler in der Strategie und Taktik der betreffenden kommunistischen Parteien. Insbesondere sind zweierlei Fehler möglich:

a) Das Nichtverstehen des Unterschieds zwischen der nationalreformistischen und der nationalrevolutionären Richtung kann zu einer Politik des Nachtrabens hinter der Bourgeoisie, zu einer nicht genügend klaren politischen und organisatorischen Abgrenzung des Proletariats von der Bourgeoisie, zu einer Vertuschung der wichtigsten revolutionären Losungen (insbesondere der Losung der Agrarrevolution) usw. führen.

Das war der Hauptfehler, den die Kommunistische Partei Chinas in den Jahren 1925—1927 machte.

b) Die Unterschätzung der besonderen Bedeutung, die der bürgerliche Nationalreformismus zum Unterschied von dem feudal-imperialistischen Lager durch seinen Einfluß auf die Massen der Kleinbourgeoisie, der Bauernschaft und sogar eines Teils der Arbeiter, zumindest in den ersten Etappen der Bewegung, besitzt, kann zu einer sektiererischen Politik, zur Isolierung der Kommunisten von den werktätigen Massen usw. führen.

Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Falle wird ge-

rade der Durchführung jener Aufgaben nicht genügend Aufmerksamkeit zugewandt, die bereits der II. Kongreß der Kommunistischen Internationale als die besonderen Aufgaben der kommunistischen Parteien der kolonialen Länder, d. h. als die Aufgabe des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratische Bewegung innerhalb der eigenen Nation charakterisiert hat. Ohne diesen Kampf, ohne die Befreiung der werktätigen Massen vom Einfluß der Bourgeoisie und des Nationalreformismus kann das strategische Hauptziel der kommunistischen Bewegung in der bürgerlich-demokratischen Revolution — *die Hegemonie des Proletariats* — nicht erreicht werden. Ohne die Hegemonie des Proletariats wiederum, deren organischer Bestandteil die *führende Stellung der kommunistischen Partei* ist, kann die bürgerlich-demokratische Revolution nicht zu Ende geführt werden, von der sozialistischen Revolution ganz zu schweigen . . .

. . . Man muß jede Bildung von Blocks¹ der kommunistischen Partei mit der nationalreformistischen Opposition ablehnen: das schließt vorübergehende Abmachungen und Koordinierungen einzelner Handlungen bei bestimmten Aktionen gegen den Imperialismus nicht aus, wenn die Aktionen der bürgerlichen Opposition ausgenützt werden können, um die Massenbewegung zu entfalten, und wenn solche Abmachungen die Freiheit der kommunistischen Partei bei der Agitation unter den Massen und ihren Organisationen in keiner Weise beeinträchtigen. Es versteht sich von selbst, daß die Kommunisten es gleichzeitig verstehen müssen, den schonungslosesten ideologischen und politischen Kampf gegen den bürgerlichen Nationalismus und gegen die geringsten Äußerungen seines Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung zu führen.

In solchen Fällen muß die kommunistische Partei besonders dafür sorgen, daß sie nicht nur ihre politische Selbständigkeit vollkommen erhalte und das eigene Antlitz wahre, sondern auch gleichzeitig auf Grund der Tatsachen den werktätigen Massen, die unter dem Einfluß der bürgerlichen Opposition stehen, die Augen öffne, damit sie die ganze Unzuverlässigkeit dieser Opposition und die Gefährlichkeit der von ihr verbreiteten bürgerlich-demokratischen Illusionen erkennen.

Wenn man die Haupttrichtung der Parteien der nationalen Großbourgeoisie nicht richtig einschätzt, entsteht die Gefahr

¹ In Aegypten, Indien. *Die Red.*

einer falschen Einschätzung des Charakters und der Rolle der *kleinbürgerlichen Parteien*. Die Entwicklung dieser Parteien macht in der Regel den Weg vom nationalrevolutionären zum nationalreformistischen Standpunkt durch. Sogar solche Bewegungen, wie der Sun-Yat-Senismus in China¹, der Gandhismus in Indien, der Sarekat-Islam in Indonesien, waren ursprünglich radikale kleinbürgerliche ideologische Strömungen, die sich jedoch später im Dienste der Großbourgeoisie in nationalreformistische Strömungen dieser Bourgeoisie verwandelten. Seit dieser Zeit entstand in Indien, Aegypten, Indonesien neuerlich ein Flügel radikaler, kleinbürgerlicher Gruppen..., die einen mehr oder weniger konsequenten nationalrevolutionären Standpunkt vertreten... Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß auch diese Parteien im Grunde genommen mit der nationalen Bourgeoisie verbunden sind. Die kleinbürgerliche Intelligenz, die an der Spitze dieser Parteien steht, stellt nationalrevolutionäre Forderungen auf, gleichzeitig ist sie aber — mehr

¹ Der *Sun-Yat-Senismus* war in China die Ideologie des kleinbürgerlichen nationalen „Sozialismus“. In der Lehre von den „drei Prinzipien“ (Nationalismus, Demokratie, Sozialismus) überdeckte der Begriff des Volkes den Begriff der Klasse. Der Sozialismus wurde nicht als besondere Produktionsweise dargestellt, die von einer besonderen Klasse, vom Proletariat, verwirklicht wird, sondern als verschwommene Vorstellung gesellschaftlichen Wohlergehens. Den Kampf gegen den Imperialismus verband er nicht mit den Perspektiven der Entwicklung des Klassenkampfes in China. Deswegen wurde der Sun-Yat-Senismus, der in dem ersten Stadium der chinesischen Revolution eine gewaltige positive Rolle gespielt hat, mit der fortschreitenden Klassendifferenzierung im weiteren Verlauf der chinesischen Revolution aus einer ideologischen Form ihrer Entwicklung zu ihrer Fessel. Die Epigonen des Sun-Yat-Senismus unterstrichen in übertriebener Weise gerade die Züge seiner Ideologie, die objektiv reaktionär geworden sind, und machten ihn dadurch zur offiziellen Ideologie der Kuomintang nach ihrer Verwandlung in eine offen konterrevolutionäre Macht. Die ideologische Entwicklung der Massen des chinesischen Proletariats und der werktätigen Bauernschaft muß daher begleitet sein von einem unterschiedenen Kampf gegen den Betrug der Kuomintang und der Ueberwindung dessen, was von der Ideologie des Sun-Yat-Senismus geblieben ist.

Solche Richtungen, wie der *Gandhismus* in Indien, die, durch und durch von religiösen Vorstellungen erfüllt, die rückständigsten und wirtschaftlichen reaktionären Lebensformen idealisieren, den Ausweg nicht im proletarischen Sozialismus, sondern in der Rückkehr zu diesen rückständigen Formen erblicken, passive Duldung predigen und den Klassenkampf verneinen, verwandeln sich im Prozeß der Entwicklung der Revolution offen in reaktionäre Mächte. Der Gandhismus wird immer mehr und mehr zu einer Ideologie, die sich gegen die Revolution der Volksmassen richtet. Er muß vom Kommunismus rücksichtslos bekämpft werden. (Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale.)

oder weniger bewußt — die Vertreterin der *kapitalistischen Entwicklung* ihres Landes. Einige dieser Elemente können zu Anhängern verschiedener reaktionärer Utopien werden, aber gegenüber dem Feudalismus und Imperialismus sind sie zum Unterschied von den Parteien der nationalen Großbourgeoisie in der ersten Zeit nicht reformistische, sondern mehr oder weniger revolutionäre Träger der antiimperialistischen Interessen der kolonialen Bourgeoisie, bis zum Zeitpunkt, da die Entwicklung des revolutionären Prozesses im Lande die inneren Grundfragen der bürgerlich-demokratischen Revolution, insbesondere die Frage der Verwirklichung der Agrarrevolution und der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, in klarer und scharfer Form auf die Tagesordnung stellt. Dann aber hört es gewöhnlich mit dem revolutionären Charakter der kleinbürgerlichen Parteien auf...

... Absolut notwendig ist es, daß die kommunistischen Parteien in diesen Ländern von Anfang an sowohl politisch als auch organisatorisch von allen kleinbürgerlichen Parteien und Gruppen *aufs deutlichste abrücken*. Insofern es die Zweckmäßigkeit des revolutionären Kampfes erfordert, ist eine vorübergehende Zusammenarbeit zulässig, unter gewissen Umständen sogar ein zeitweiliges Bündnis zwischen der Kommunistischen Partei und der nationalrevolutionären Bewegung, wenn diese Bewegung wirklich den Kampf gegen die herrschende Macht führt, wenn sie wirklich revolutionär ist und ihre Vertreter die Kommunisten nicht daran hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten im revolutionären Geiste zu erziehen und zu organisieren. Aber bei jeder Zusammenarbeit muß man sich vollkommen klar darüber sein, daß sie nicht in eine Verschmelzung der kommunistischen Bewegung mit der bürgerlich-revolutionären ausarten darf. Die kommunistische Bewegung muß unter allen Umständen die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung, ihre Selbständigkeit in der Agitation, Organisation und bei den Aktionen bewahren. Die Halbheit und Unentschiedenheit der kleinbürgerlichen Gruppen kritisieren, ihre Schwankungen voraussehen, sich darauf vorbereiten und gleichzeitig alle revolutionären Möglichkeiten dieser Schichten ausnutzen, einen konsequenten Kampf gegen den kleinbürgerlichen Einfluß unter dem Proletariat führen, mit allen Mitteln auf die Befreiung der breiten werktätigen Bauernmassen vom Einfluß der kleinbürgerlichen Parteien hinarbeiten, ihnen die

Hegemonie über die Bauernschaft entreißen, das gehört zu den Aufgaben der kommunistischen Parteien...

Die nächsten Aufgaben der kommunistischen Parteien der *imperialistischen Länder* in der kolonialen Frage sind dreifacher Art. Erstens: Herstellung eines aktiven Kontaktes zwischen den kommunistischen Parteien und den revolutionären Gewerkschaftsorganisationen der Mutterländer einerseits und den betreffenden revolutionären Organisationen der Kolonien andererseits... Nur insofern die kommunistischen Parteien der imperialistischen Länder die revolutionäre Bewegung in den Kolonien wirklich unterstützen, insofern ihre Unterstützung wirklich den Kampf der betreffenden kolonialen Länder gegen den Imperialismus erleichtert, kann ihre Position in der kolonialen Frage als wirklich bolschewistisch anerkannt werden. Das ist das Kriterium für ihre revolutionäre Tätigkeit überhaupt.

Die zweite Kategorie der Aufgaben besteht in der wirklichen Unterstützung des Kampfes der kolonialen Völker gegen den Imperialismus, und zwar durch Organisation von wirksamen Massenaktionen des Proletariats...

... Die Kommunisten müssen die breiten Arbeiter- und Bauernmassen der kapitalistischen Länder auf der Grundlage der unbedingten und vorbehaltlosen Forderung der vollen staatlichen Unabhängigkeit und Souveränität der Kolonialvölker mobilisieren. Die Bekämpfung der blutigen Unterdrückung der kolonialen Aufstände, der bewaffneten Intervention der Imperialisten gegen die nationalen Revolutionen, der kriegerischen Aggression des Imperialismus, der neuen militärischen Eroberungen erfordert vom internationalen Proletariat einen systematischen, organisierten, aufopferungsvollen Kampf. Es müssen alle Lehren aus der Tatsache gezogen werden, daß keine einzige Sektion der Komintern in den kapitalistischen Ländern es fertiggebracht hat, die Massen für eine wirkliche Verteidigung der chinesischen Revolution und gegen die unaufhörliche Offensive des Weltimperialismus in der notwendigen Weise zu mobilisieren. Die Vorbereitung eines Weltkrieges, der Feldzug der Imperialisten gegen die Völker „ihrer“ Kolonien, um sie zu „bändigen“, stellt die Aufgabe der aktiven Unterstützung der kolonialen Revolution in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des Kampfes des Proletariats der kapitalistischen Länder.

Die kommunistischen Parteien fordern die sofortige Abberufung der bewaffneten Kräfte des Imperialismus aus den un-

terjochten Ländern und müssen zwecks Verhinderung des Transports von Truppen und Munition nach den Kolonien unaufhörlich an der Organisation von Massenaktionen arbeiten. Die systematische agitatorische und organisatorische Arbeit unter den Truppen für die Verbrüderung mit den aufständischen Massen der Kolonien muß den Uebergang der Okkupationstruppen auf die Seite der Arbeiter- und Bauernrevolution und ihrer bewaffneten Kräfte vorbereiten.

Der *Kampf gegen die Kolonialpolitik der Sozialdemokratie* muß von der Kommunistischen Partei als organischer Bestandteil ihres Kampfes gegen den Imperialismus betrachtet werden. Die II. Internationale hat durch ihre Stellungnahme zur Kolonialfrage auf dem letzten Brüsseler Kongreß endgültig das sanktioniert, was bereits die praktische Tätigkeit der verschiedenen sozialistischen Parteien der imperialistischen Länder in den Nachkriegsjahren vollkommen klar gezeigt hat. Die Kolonialpolitik der Sozialdemokratie ist eine Politik der aktiven Unterstützung des Imperialismus bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonialvölker. Sie hat offiziell den Standpunkt eingenommen, der der Organisation des „Völkerbundes“ zugrunde liegt, wonach die herrschenden Klassen der entwickelten kapitalistischen Länder das „Recht“ haben, über die Mehrheit der Völker des Erdballs zu herrschen und diese Völker einem grausamen Regime der Ausbeutung und Versklavung zu unterwerfen. Um einen Teil der Arbeiterklasse zu betrügen und ihn zum Teilnehmer an der Aufrechterhaltung des räuberischen Kolonialregimes zu machen, verteidigt die Sozialdemokratie die schändlichsten und empörendsten Heldentaten des Imperialismus in den Kolonien. Sie verhüllt das wahre Wesen des kapitalistischen Kolonialsystems, sie verschweigt den Zusammenhang zwischen der Kolonialpolitik und der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, der das Proletariat und die werktätigen Massen der ganzen Welt bedroht.

Dort, wo die Empörung der Kolonialvölker zum Befreiungskampf gegen den Imperialismus wird, tritt die Sozialdemokratie in der Praxis trotz ihrer verlogenen Phrasen stets auf die Seite der imperialistischen Henker der Revolution. In den letzten Jahren stimmen die sozialdemokratischen Parteien aller kapitalistischen Länder für die Kredite, die die Regierungen ihrer Länder fordern, um gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Kolonialvölker (Marokko, Syrien, Indonesien) Krieg zu führen, und neh-

men sogar direkt an der kolonialen Ausbeutung teil (die französischen Sozialisten werden von ihren imperialistischen Regierungen zu Gouverneuren in den Kolonien ernannt, die sozialistischen Genossenschaften Belgiens nehmen an den kolonialen Unternehmungen zur Ausbeutung der Negerbevölkerung in Kongo teil), sie billigen die grausamsten Maßnahmen zur Unterdrückung der kolonialen Aufstände (Verteidigung der Intervention in China durch die Führer der Britischen Arbeiterpartei, Eintreten der holländischen sozialistischen Partei für die Unterdrückung des Aufstandes in Indonesien). Die sozialdemokratische Theorie, die behauptet, daß das kapitalistische Kolonialregime reformiert und in ein „gutes Kolonialregime“ verwandelt werden könne, ist eine Maske, unter der die Sozialdemokraten ihr wirkliches sozial-imperialistisches Antlitz zu verstecken versuchen. Die Kommunisten müssen ihnen diese Maske abreißen und zeigen, daß sie zu Agenten des räuberischen Imperialismus in den Mutterländern und Kolonien geworden sind.

Die Kommunisten müssen mit der größten Aufmerksamkeit alle Versuche der Sozialdemokratie verfolgen, die mit Hilfe der kapitalistischen Regierungen ihren Einfluß in den Kolonien zu erweitern und dort Sektionen und Organisationen zu gründen sucht. Diese Versuche entsprechen der Politik jenes Teils der imperialistischen Kolonisatoren, der sich zur Aufgabe gestellt hat, seine Position in den Kolonien durch Bestechung bestimmter einheimischer Schichten zu stärken. Die spezifischen Verhältnisse in einigen Kolonien können einen gewissen Erfolg dieser Politik begünstigen und zu einer vorübergehenden Entwicklung der reformistischen Bewegung in diesen Ländern unter dem Einfluß der Sozialdemokratie der kapitalistischen Länder führen. Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, einen entschiedenen Kampf gegen solche Versuche zu führen, die Kolonialpolitik der Sozialisten vor den Massen der einheimischen Bevölkerung zu entlarven und auf diese Weise den verdienten Haß, den die Kolonialvölker gegen die Imperialisten hegen, auch gegen die sozialdemokratischen Führer, diese Lakaien des Imperialismus, zu lenken.

(Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Thesen „Ueber die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien“, 1928.)

Worin besteht der Ausgangspunkt der Komintern und der kommunistischen Parteien überhaupt bei der Behandlung der

Fragen der revolutionären Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern?

Der Ausgangspunkt besteht in der strengen *Unterscheidung* zwischen der Revolution in den imperialistischen Ländern, d. h. in Ländern, die andere Völker unterdrücken, und der Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern, die unter der imperialistischen Unterdrückung durch andere Staaten leiden. Die Revolution in den imperialistischen Ländern, wo die Bourgeoisie der Unterdrücker anderer Völker ist, wo sie in allen Stadien der Revolution konterrevolutionär ist, wo das nationale Moment als Moment des Befreiungskampfes fehlt und die Revolution in den kolonialen und abhängigen Ländern, wo die Unterdrückung durch den Imperialismus anderer Staaten ein Faktor der Revolution ist, wo diese Unterdrückung auch die nationale Bourgeoisie berührt, wo die nationale Bourgeoisie in einem gewissen Stadium und eine gewisse Zeitlang die revolutionäre Bewegung des eigenen Landes gegen den Imperialismus unterstützt, wo das nationale Moment als Moment des Kampfes für die Befreiung ein Faktor der Revolution bildet, sind zwei grundverschiedene Sachen. Wird dieser Unterschied nicht gemacht, begreift man diesen Unterschied nicht, identifiziert man die Revolution in den imperialistischen Ländern mit der Revolution in den kolonialen Ländern, so bedeutet das, daß man den Weg des Marxismus, den Weg des Leninismus verläßt, und den Weg der Anhänger der II. Internationale betritt.

Lenin führte in seinem Referat über die nationale und koloniale Frage auf dem II. Kongreß der Komintern aus:

„Was ist der wichtigste, der grundlegende Gedanke unserer Thesen? Der Unterschied zwischen *unterdrückten* und *unterdrückenden* Völkern, Wir heben diesen Unterschied hervor im Gegensatz zur II. Internationale und zur bürgerlichen Demokratie.“ (Lenin. Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 433.)

Der Hauptfehler der Opposition besteht darin, daß sie diesen Unterschied zwischen der Revolution des einen Typus und der Revolution des anderen Typus nicht begreift und nicht anerkennt.

Der Hauptfehler der Opposition besteht darin, daß sie die Revolution von 1905 in Rußland, einem imperialistischen Lande, das andere Völker unterdrückte, mit der Revolution in China, einem unterdrückten, halbkolonialen Lande identifiziert, das gezwungen ist, gegen die imperialistische Unterdrückung durch andere Staaten zu kämpfen.

Bei uns in Rußland war die Revolution im Jahre 1905 gegen

die Bourgeoisie, gegen die liberale Bourgeoisie gerichtet, ungeachtet dessen, daß es eine bürgerlich-demokratische Revolution war. Warum? Weil die liberale Bourgeoisie eines *imperialistischen* Landes nicht anders als konterrevolutionär sein kann. Eben deshalb war und konnte damals bei den Bolschewiki keine Rede von zeitweiligen Blocks oder Abkommen mit der liberalen Bourgeoisie sein. Davon ausgehend behauptet die Opposition, daß in China dasselbe in allen Stadien der revolutionären Bewegung durchgeführt werden müsse, daß in China zeitweilige Abkommen und Blocks mit der nationalen Bourgeoisie nie und unter keinen Umständen zulässig seien. Die Opposition vergißt jedoch, daß so nur Leute sprechen können, die den Unterschied zwischen der Revolution in den unterdrückten Ländern und der Revolution in den unterdrückenden Ländern nicht begreifen und nicht anerkennen, daß so nur Leute sprechen können, die mit dem Leninismus gebrochen haben und zu Anhängern der II. Internationale werden.

Ueber die Zulässigkeit zeitweiliger Abkommen und Blocks mit der *bürgerlichen* Befreiungsbewegung in den kolonialen Ländern sagt Lenin:

„Die Kommunistische Internationale soll ein zeitweiliges Abkommen, ja selbst ein Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der rückständigen Länder schließen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt den selbständigen Charakter der proletarischen Bewegung — selbst in ihrer Keimform — aufrechterhalten.“ (Leitsätze über die Nationalitäten- und Kolonialfrage. Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, S. 231.) „... daß wir als Kommunisten die *bürgerlichen Freiheitsbewegungen* in den kolonialen Ländern nur dann *unterstützen* (kursiv von mir — *J. St.*) müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, wenn ihre Vertreter uns nicht hindern, die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geiste zu erziehen und zu organisieren.“ (Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 435.)

Wie konnte es „geschehen“, daß Lenin, der gegen Abkommen mit der Bourgeoisie in *Rußland* wettete, die Zulässigkeit solcher Abkommen und Blocks in *China* anerkennt? Vielleicht hat sich Lenin geirrt? Vielleicht ist er von der revolutionären Taktik zur opportunistischen Taktik übergegangen? Natürlich nicht! Dies „geschah“ deshalb, weil Lenin den Unterschied zwischen der Revolution in einem unterdrückten Lande und der Revolution in einem unterdrückenden Lande begriff. Dies „geschah“ deshalb, weil Lenin begriff, daß die nationale Bourgeoisie in den Kolonialländern in einem gewissen Entwicklungsstadium die revolu-

tionäre Bewegung des eigenen Landes gegen den auswärtigen Imperialismus unterstützen kann. Das will die Opposition nicht begreifen, und zwar aus dem Grunde, weil sie mit der revolutionären Taktik Lenins, mit der revolutionären Taktik des Leninismus bricht.

Habt ihr beachtet, wie die Führer der Opposition in ihren Reden diese Hinweise Lenins sorgfältig umgangen haben?... Warum umgehen sie denn diese allgemein bekannten taktischen Hinweise, die Lenin für die kolonialen und halbkolonialen Länder gegeben hat? Warum fürchten sie diese Hinweise? Weil sie die Wahrheit fürchten. Weil die taktischen Hinweise Lenins die ganze ideologische und politische Einstellung des Trotzismus in den Fragen der chinesischen Revolution über den Haufen werfen.

(*Stalin*. Ueber die Opposition. „Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR“, S. 645 ff., russ., 1927.)

D. Die kolonialen Revolutionen in der gegenwärtigen Etappe

25. Die sich siegreich entfaltende *Sowjetrevolution in China*, ihre Führerin, die KP Chinas, und ihre Schöpfung, die Rote Armee, sind das Kampfbanner aller sich gegen den Imperialismus erhebenden geknechteten Völker des Ostens.

Zur Zeit des Ueberfalls Japans auf China ist die KP Chinas bereits eine achtunggebietende Kraft, die an der Spitze der gewaltigen unbesiegbaren *Sowjetbewegung* auf einem gewaltigen Territorium die einzige Führerin des antiimperialistischen Kampfes des ganzen chinesischen Volkes ist. In den Straßen Tschapeis und Schanghais, auf den Schlachtfeldern der Mandchurei, Jehols und Tschachars kämpften die Kommunisten in den ersten Reihen gegen den japanischen Imperialismus.

Aus der antiimperialistischen und Agrarrevolution sind die *Sowjets* und ihre *Rote Arbeiter- und Bauernarmee* emporgewachsen. Durch Zerschlagung des Jochs des Imperialismus, durch Verwirklichung der Agrarrevolution, durch Festigung des Sowjetstaats, durch Organisierung der Gewerkschaften, durch Schaffung von Gruppen armer Bauern, durch Zusammenschluß der Mittelbauern um die Sowjets, durch Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern wurde die *Chinesische Sowjetrepublik*, die bereits sechs konterrevolutionäre Feldzüge der Kuomintang und der imperialistischen Intervention zurückgeschlagen

hat, zu einem gewaltigen *Faktor der proletarischen Weltrevolution*.

Die Erfolge der Sowjetrevolution in China beweisen an Hand der Erfahrungen eines unermeßlichen halbkolonialen Landes, daß „*die Sowjetmacht die Staatsform der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist, welche das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische sichert* (XIII. EKKI-Plenum).

In allen kolonialen und halbkolonialen Ländern spielt der *Nationalreformismus* die gleiche Rolle des Hauptbremschuhs der Revolution wie die II. Internationale in den imperialistischen Ländern. Die Kuomintang bereitete den Boden für die Aufteilung Chinas unter den Imperialisten vor. In die Fußtapfen der Kuomintang treten der Nationalkongreß in Indien, Wafd in Aegypten, Kut el Watani in Syrien, das Arabische Exekutivkomitee in Palästina, der Afrikanische Nationalkongreß. Durch Entlarvung ihres Verrats untergraben die Kommunisten den Masseeinfluß dieser Organisationen.

In *Indochina und Indien* ist das Proletariat unter der Führung der KP bereits in den Kampf um seine Hegemonie im nationalen Befreiungskampf getreten. Auf den *Philippinen, in Korea, in Aegypten, in Syrien, in Palästina, in Algier, in Indonesien* haben sich bereits kommunistische Parteien gebildet. *Dem zweiten Turnus von Revolutionen und Kriegen gehen die kolonialen und halbkolonialen Länder mit wachsenden und ihre Kräfte in Kämpfen stählenden kommunistischen Parteien entgegen.*

(Thesen der Agitpropabteilung des EKKI zum 15. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Internationale, März 1934.)

2. Der Kampf für die Leninsche Strategie und Taktik in der chinesischen Revolution

A. Der Kampf gegen den Trotzkismus in den Fragen der chinesischen Revolution

Ueber die Etappen der chinesischen Revolution. Die Opposition hat sich derart in Widersprüche verwickelt, daß sie jetzt das Vorhandensein irgendwelcher Etappen in der Entwicklung der chinesischen Revolution in Abrede stellt. Gibt es aber eine Revo-

lution, die nicht gewisse Etappen in ihrer Entwicklung durchläuft? ... Welches sind die Etappen der chinesischen Revolution? Meines Erachtens muß es drei Etappen geben: die erste Etappe ist die Revolution der allgemein-nationalen, *vereinigten* Front, die Kantonperiode, als die Revolution ihre Schläge vorwiegend gegen den ausländischen Imperialismus richtete und die nationale Bourgeoisie die revolutionäre Bewegung unterstützte; die zweite Etappe ist die bürgerlich-demokratische Revolution nach dem Vorrücken des nationalen Heeres an den Jangtsekiang, als die nationale Bourgeoisie von der Revolution abrückte und die Agrarbewegung zu einer gewaltigen Revolution von Dutzenden Millionen Bauern anwuchs (heute steht die chinesische Revolution auf der zweiten Etappe ihrer Entwicklung); die dritte Etappe ist die Sowjetrevolution, die noch nicht da ist, die aber kommen wird. Wer nicht begriffen hat, daß es Revolutionen ohne gewisse Entwicklungsstadien nicht gibt, wer nicht begriffen hat, daß die chinesische Revolution in ihrer Entwicklung drei Etappen aufweist, der hat weder vom Marxismus noch von der chinesischen Frage auch nur das geringste begriffen.

Worin besteht der Charakterzug der ersten Etappe der chinesischen Revolution?

Der Charakterzug der ersten Etappe der chinesischen Revolution besteht darin, daß sie erstens eine Revolution der allgemein-nationalen vereinigten Front war und zweitens, daß sie hauptsächlich gegen die äußere imperialistische Unterdrückung gerichtet war (der Honkonger Streik usw.). War Kanton damals der Mittelpunkt, der Aufmarschplatz der revolutionären Bewegung in China? Ja, zweifellos. Das können heute wohl nur Blinde bestreiten.

Ist es richtig, daß die erste Etappe der kolonialen Revolution gerade einen solchen Charakter haben muß? Ich glaube, daß es richtig ist. In den „Ergänzungen zu den Thesen über die nationale und koloniale Frage“ des II. Kongresses der Komintern, in denen von der Revolution in China und Indien die Rede ist, heißt es direkt, daß die „Fremdherrschaft die freie Entwicklung des sozialen Lebens in diesen Ländern beständig hemmt“, daß „daher der *erste* Schritt der Revolution der Sturz dieser Fremdherrschaft sein muß“. (Siehe Protokoll des II. Weltkongresses der KI, S. 148.)

Ein Charakterzug der chinesischen Revolution ist die Tatsache, daß sie diesen „ersten Schritt“, die erste Etappe ihrer Ent-

wicklung schon zurückgelegt hat, daß sie die Periode der Revolution der allgemein-nationalen vereinigten Front schon hinter sich hat und daß sie in die zweite Etappe ihrer Entwicklung, in die Periode der Agrarrevolution eingetreten ist.

Der Charakterzug z. B. der türkischen kemalistischen Revolution ist umgekehrt die Tatsache, daß sie beim „ersten Schritt“, auf der ersten Etappe ihrer Entwicklung, nämlich auf der Etappe der bürgerlichen Befreiungsbewegung stehengeblieben ist, ohne auch nur den Versuch zu machen, zur zweiten Etappe ihrer Entwicklung, zur Etappe der Agrarrevolution überzugehen.

Was stellte die Kuomintang und ihre Regierung in der ersten Etappe der Revolution, in der Kantonperiode vor? Sie stellte damals einen Block der Arbeiter und Bauern, der bürgerlichen Intellektuellen und der nationalen Bourgeoisie vor. War Kanton damals der Mittelpunkt der revolutionären Bewegung, der Aufmarschplatz der Revolution? War damals die Politik der Unterstützung der Kantoner Kuomintang als der Regierung des Befreiungskampfes gegen den Imperialismus richtig? Hatten wir recht, als wir Kanton in China und sagen wir Angora in der Türkei Hilfe erwiesen, als Kanton und Angora den Kampf gegen den Imperialismus führten? Gewiß hatten wir recht. Wir hatten recht und gingen damals in Lenins Fußtapfen, da der Kampf Kantons und Angoras die Kräfte des Imperialismus zersplitterte, den Imperialismus schwächte und bloßstellte, und dadurch die Entwicklung des Herdes der Weltrevolution, die Entwicklung der UdSSR erleichterte. Ist es richtig, daß die heutigen Führer der Opposition damals zusammen mit uns sowohl Kanton als auch Angora unterstützten und ihnen eine gewisse Hilfe erwiesen? Ja, es ist richtig. Möge jemand versuchen, daran zu zweifeln.

Wie soll man die Einheitsfront mit der nationalen Bourgeoisie in der ersten Etappe der kolonialen Revolution auffassen? Bedeutet das, daß die Kommunisten den Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Gutsbesitzer und gegen die nationale Bourgeoisie nicht verschärfen sollen, daß das Proletariat auch nur im geringsten Maße, auch nur eine Minute lang seine Selbständigkeit opfern soll? Nein, das bedeutet es keineswegs. Die Einheitsfront kann nur dann und nur unter der Bedingung eine revolutionäre Bedeutung haben, wenn sie die kommunistische Partei nicht hindert, ihre selbständige politische und organisatorische Arbeit zu leisten, das Proletariat zu einer selbständigen politischen Kraft zu organisieren, die Bauernschaft gegen die Guts-

besitzer in Bewegung zu bringen, die Revolution der Arbeiter und Bauern offen zu organisieren und auf diese Weise die Bedingungen für die Hegemonie des Proletariats vorzubereiten... Die Komintern hat auf die Kommunistische Partei Chinas gerade im Sinne einer solchen Auffassung der Einheitsfront eingewirkt...

...Gehen wir nun zur zweiten Etappe der chinesischen Revolution über.

Wenn die erste Etappe dadurch gekennzeichnet wurde, daß die Spitze der Revolution hauptsächlich gegen den ausländischen Imperialismus gerichtet war, so besteht der Charakterzug der zweiten Etappe in der Tatsache, daß die Revolution ihre Spitze hauptsächlich gegen die inneren Feinde und vor allem gegen die Feudalherren, gegen das feudale Regime richtet. Hat die erste Etappe ihre Aufgabe gelöst, die im Sturz des ausländischen Imperialismus bestand? Nein, sie hat diese Aufgabe nicht gelöst. Sie hat die Erfüllung dieser Aufgabe der zweiten Etappe der chinesischen Revolution als Erbe hinterlassen. Sie hat nur die erste Aufrüttelung der revolutionären Massen gegen den Imperialismus gebracht, um damit ihren Lauf zu vollenden und dieses Werk der Zukunft zu überlassen. Es ist anzunehmen, daß es auch der zweiten Etappe der Revolution nicht völlig gelingen wird, die Aufgabe der Verjagung der Imperialisten zu lösen. Sie wird die breiten Massen der chinesischen Arbeiter und Bauern gegen den Imperialismus weiter aufrütteln, sie wird es aber nur tun, um die Vollendung dieses Werks der nächsten Etappe der chinesischen Revolution, der Sowjetetappe, zu überlassen. Und darin liegt nichts Verwunderliches. Ist es etwa nicht bekannt, daß es in der Geschichte unserer Revolution ähnliche Tatsachen gab, obwohl sich diese unter anderen Umständen und in einer anderen Situation abgespielt haben? Ist es etwa nicht bekannt, daß die erste Etappe unserer Revolution ihre Aufgabe der Vollendung der Agrarrevolution nicht restlos löste, sondern der nächsten Etappe der Revolution, der Oktoberrevolution überließ, die diese Aufgabe der Ausrottung der feudalen Ueberreste voll und ganz gelöst hat. Deshalb wird nichts Verwunderliches daran sein, wenn es in der zweiten Etappe der chinesischen Revolution nicht gelingen sollte, die Agrarrevolution restlos zu Ende zu führen und wenn die zweite Etappe der Revolution, nachdem sie die Millionenmassen der Bauernschaft aufrüttelt und gegen die feudalen Ueberreste in Bewegung gesetzt hat, die Vollendung

dieses Werks der nächsten Etappe der Revolution, der Sowjet-
etappe überläßt. Das wird für die kommende Sowjetrevolution
in China nur ein Plus sein.

Worin bestand die Aufgabe der Kommunisten in der zweiten
Etappe der Revolution in China, als sich das Zentrum der revo-
lutionären Bewegung offensichtlich von Kanton nach Wutschang
verschoß und als neben dem revolutionären Zentrum in Wut-
schang das konterrevolutionäre Zentrum in Nanking entstand?
Sie bestand darin, die Möglichkeit der offenen Organisierung der
Partei, des Proletariats (der Gewerkschaften), der Bauernschaft
(den Bauernbünden), der Revolution überhaupt ausgiebig aus-
zunützen. Darin, die Wutschanger Kuomintanganhänger nach
links, in die Richtung der Agrarrevolution zu treiben. Darin, die
Wutschanger Kuomintang in ein Kampffzentrum gegen die Kon-
terrevolution und in einen Kern der künftigen revolutionär-demo-
kratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft zu
verwandeln.

War diese Politik richtig? Die Tatsachen zeigen, daß sie die
einzig richtige Politik war, die imstande war, die breiten Massen
der Arbeiter und Bauern im Geiste einer Weiterentwicklung der
Revolution zu erziehen.

Die Opposition forderte damals die sofortige Bildung von
Arbeiter- und Bauernräten. Das war jedoch eine Abenteuer-
politik, ein abenteuerliches Vorseilen, da die sofortige Bildung
von Räten damals bedeutet hätte, die Entwicklungsphase der
linken Kuomintang zu überspringen. Warum? Weil sich die
Kuomintang in Wutschang, die ein Bündnis mit den Kommuni-
sten unterhielt, noch nicht in den Augen der breiten Massen der
Arbeiter und Bauern diskreditiert und entlarvt, weil sie sich als
bürgerlich-revolutionäre Organisation noch nicht verbraucht hatte.
Deshalb, weil die Aufstellung der Losung der Räte und des Stur-
zes der Wutschang-Regierung zu einem Zeitpunkt, wo sich die
Massen noch nicht durch eigene Erfahrung von der Untauglich-
keit dieser Regierung, von der Notwendigkeit ihres Sturzes
überzeugt hatten, bedeutet hätte, den Ereignissen vorauszu-
eilen, sich von den Massen loszulösen, die Unterstützung der Massen
zu verlieren und somit das begonnene Werk zum Scheitern zu
bringen.

Die Opposition meint, wenn sie die Unzuverlässigkeit, die
Unbeständigkeit, die ungenügende revolutionäre Haltung der
Kuomintang in Wutschang begriffen hat (und das zu begreifen

ist für jeden politisch qualifizierten Menschen nicht schwer),
so genüge dies vollkommen, damit auch die Massen das alles be-
greifen, so genüge dies vollkommen, um die Kuomintang durch
Räte zu ersetzen und die Massen mit sich zu reißen. Dies ist
aber der gewöhnliche ultralinke Fehler der Opposition, die ihre
eigene Erkenntnis und ihr eigenes Verständnis für die Erkennt-
nis und für das Verständnis der Millionenmassen der Arbeiter
und Bauern hält. Die Opposition hat recht, wenn sie sagt, die
Partei müsse vorwärtsschreiten. Das ist ein gewöhnlicher mar-
xistischer Leitsatz, ohne dessen Einhaltung es keine wirkliche
kommunistische Partei gibt und geben kann. Das ist aber nur ein
Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit besteht darin, daß die
Partei nicht nur vorwärtsschreiten, sondern auch die Millionen-
massen *hinter sich haben* muß. Vorwärtsschreiten, ohne die
Millionenmassen mit sich zu führen, heißt in der Tat hinter der
Bewegung zurückbleiben, heißt in der Tat im Hintertreffen der
Bewegung bleiben. Vorwärtsschreiten und sich von der Nachhut
loslösen, nicht imstande sein, die Nachhut mitzureißen, würde
eine Ueberstürzung sein, die für eine gewisse Zeit die Vorwärts-
bewegung der Massen zum Scheitern bringen kann. Die Lenin-
sche Führung besteht gerade darin, daß die Vorhut es ver-
steht, die Nachhut *mitzureißen*, daß die Vorhut vorwärtsschreitet,
ohne sich von den Massen loszulösen. Damit sich jedoch die
Vorhut nicht von den Massen loslöst, damit die Vorhut wirklich
die Millionenmassen mit sich führen kann, ist eine entscheidende
Bedingung erforderlich, nämlich, *daß die Massen sich selbst
durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Hinweise,
Direktiven, Losungen der Vorhut überzeugen*. Das Malheur der
Opposition besteht gerade darin, daß sie diese einfache Lenin-
sche Regel für die Führung der Millionenmassen nicht aner-
kennt, daß sie es nicht versteht, daß die Partei allein, daß der
Vortrupp allein ohne Unterstützung der Millionenmassen nicht
imstande ist, die Revolution durchzuführen, daß die Revolution
letzten Endes von den Millionenmassen der Werktätigen „ge-
macht“ wird.

(Stalin. Ueber die Opposition. „Die internationale Lage und die Ver-
teidigung der UdSSR“, Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und ZKK
der KPdSU[B] am 11. August 1927, russ.)

G. *Der Kampf gegen die rechtsopportunistischen Fehler der Kommunistischen Partei Chinas in der chinesischen Revolution 1925—1927*

Die Kommunistische Partei Chinas hat eine Reihe schwerer Niederlagen erlitten, die auf schwere opportunistische Fehler in der Vergangenheit zurückzuführen sind: auf den Mangel an Selbständigkeit und Freiheit der Kritik der Kuomintang gegenüber, auf das Nichtverstehen des Ueberganges einer Etappe der Revolution in eine andere und der Notwendigkeit der rechtzeitigen Vorbereitung zum Widerstand, schließlich auf das Abbremsen der Agrarrevolution. Unter den Schlägen der Niederlagen hat diese heldenhafte Partei ihre Fehler korrigiert und dem Opportunismus den rücksichtslosen Kampf erklärt. Ihre Führung verfiel aber in einen anderen Fehler und setzte den offen putschistischen, abenteuerlichen Stimmungen keinen genügenden Widerstand entgegen, was zu mißglückten Aufständen in Honan, Hupeh usw. führte. Andererseits verfielen einige Genossen in den opportunistischen Fehler, die Losung der Nationalversammlung aufzustellen. Der Kongreß hält den Versuch, den Kantoner Aufstand als Putsch hinzustellen, für vollkommen falsch. Der Kantoner Aufstand, der ein heldenmütiges Rückzugsgefecht des chinesischen Proletariats in der verflochtenen Periode der chinesischen Revolution war, bleibt trotz der schweren Fehler der Führung das Banner der neuen, der Sowjet-Phase der Revolution. Die Hauptaufgabe der Partei ist gegenwärtig, in der Periode zwischen zwei Wellen des revolutionären Aufstieges: der Kampf um die Massen, d. h. die Massenarbeit unter den Arbeitern und Bauern, der Wiederaufbau ihrer Organisationen, die Ausnützung jeglicher Unzufriedenheit gegen die Gutsbesitzer, die Bourgeoisie, die Generale und die ausländischen Imperialisten zur Entfaltung des revolutionären Kampfes. Hierzu ist eine allseitige Festigung der Partei notwendig. Die Losung des Massenaufstandes verwandelt sich in eine propagandistische Losung und wird erst mit der wirklichen Massenvorbereitung und mit dem Heranreifen eines neuen revolutionären Aufschwungs neuerlich zur Losung der unmittelbaren Praxis auf einer höheren Stufenleiter, unter dem Banner der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf der Grundlage der Sowjets werden.

(Resolutionen des VI. Weltkongresses der Komintern über die internationale Lage, 1928.)

D. *Die Besonderheiten der revolutionär-demokratischen Diktatur in China*

Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in China wird sich wesentlich von der demokratischen Diktatur unterscheiden, die von den Bolschewiki unter den Bedingungen der Revolution von 1905 vorgezeichnet wurde. Dieser Unterschied hängt in erster Linie mit der internationalen Lage der chinesischen Revolution zusammen, mit dem Bestehen der UdSSR, des Landes der proletarischen Diktatur, das den sozialistischen Aufbau erfolgreich entfaltet. Andererseits kann man angesichts der in China entstehenden Lage damit rechnen, daß die Kommunisten in der Regierung die Mehrheit bilden werden. Dadurch wird es dem Proletariat gelingen, *nicht nur seine ideologische, sondern auch seine staatliche Hegemonie über die Bauernschaft zu verwirklichen*. Gleichzeitig muß auch der Umstand berücksichtigt werden, daß die chinesische Revolution einen erbitterten Kampf nicht nur gegen den Feudalismus und Militarismus, sondern auch gegen die ausländischen und chinesischen Kapitalisten voraussetzt. Die *demokratische Diktatur* in China wird vor der Notwendigkeit stehen, die dem ausländischen und chinesischen Kapital gehörenden Unternehmungen systematisch zu konfiszieren, und wird auf diese Weise *gezwungen sein, sehr wesentliche Schritte sozialistischen Charakters zu unternehmen*. Das Vorhandensein sozialistischer Elemente wird dann auch eine spezifische Besonderheit der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft in China bilden. Die chinesische Revolution wird beim Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mehr Zwischenstufen haben als die Oktoberrevolution, sie wird aber die Fristen des Hinüberwachsens in eine sozialistische Revolution bedeutend abkürzen, den Uebergang von der bürgerlich-demokratischen zur sozialistischen Etappe bedeutend schneller vollziehen, als dies in den Verhältnissen der Revolution von 1905 vorgesehen wurde.“

(Resolution des EKKI zur chinesischen Frage, Juni 1930.)

1. Die nationale Frage im Nachkriegseuropa

A. Die Verschärfung der nationalen Gegensätze nach dem imperialistischen Krieg¹

Der imperialistische Krieg, der die unversöhnlichen nationalen Gegensätze und die innere Unhaltbarkeit der bürgerlichen Nationalitätenstaaten restlos enthüllt hat, hat zur äußersten Verschärfung der nationalen Konflikte innerhalb der siegreichen Kolonialmächte (England, Frankreich, Italien) und zum völligen Zerfall der besiegten Nationalitätenstaaten (Oesterreich, Ungarn, Rußland 1917) und schließlich als „radikalste“ Lösung der nationalen Frage durch die Bourgeoisie zur Bildung neuer bürgerlicher Nationalstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Finnland, Georgien, Armenien u. a. m.) geführt. Aber die Bildung neuer selbständiger Nationalstaaten hat kein friedliches Zusammenleben der Nationalitäten bewirkt und konnte es auch nicht; sie hat weder die nationale Ungleichheit, noch die nationale Unterdrückung beseitigt und konnte sie auch nicht beseitigen, da die neuen Nationalstaaten, deren Grundlage das Privateigentum und die Ungleichheit der Klassen bilden, nicht existieren können: a) ohne Unterdrückung ihrer nationalen Minderheiten (Polen unterdrückt die Weißrussen, Juden, Litauer und Ukrainer; Georgien die Ossetiner, Abchasier und Armenier; Jugoslawien die Kroaten, Bosnier usw.); b) ohne Erweiterung ihrer Gebiete auf Kosten der Nachbarn, was Konflikte und Kriege hervorruft (Polen gegen Litauen, die Ukraine gegen Rußland; Jugoslawien gegen Bulgarien; Georgien gegen Armenien, die Türkei u. a. m.); c) ohne Unterordnung unter die imperialistischen „Großmächte“ in finanzieller, ökonomischer und militärischer Hinsicht.

... Somit bietet die Nachkriegsperiode ein trauriges Bild der nationalen Fehde, Ungleichheit, Unterdrückung, ein Bild von Konflikten, Kriegen, imperialistischen Greueln seitens der Nationen der zivilisierten Länder, sowohl gegeneinander als auch gegen die nicht vollberechtigten Völker: auf der einen Seite stehen einige „Großmächte“, die die ganze Masse der abhängigen und „unabhängigen“ (faktisch völlig abhängigen) nationalen Staaten unterdrücken und ausbeuten, sowie der Kampf dieser Mächte unter-

¹ Anmerkung der Redaktion. Das vorliegende Material muß durch das Studium des Berichtes des Genossen Stalin auf dem XVII. Parteitag ergänzt werden.

einander um das Monopol auf die Ausbeutung der nationalen Staaten; auf der anderen Seite der Kampf der nationalen Staaten, der abhängigen und unabhängigen, gegen die unerträgliche Unterdrückung durch die „Großmächte“; der Kampf der nationalen Staaten untereinander um die Erweiterung ihrer nationalen Gebiete; der Kampf der nationalen Staaten, u. zw. jedes einzelnen von ihnen, gegen die eigenen unterdrückten nationalen Minderheiten; schließlich das Erstarken der Befreiungsbewegung der Kolonien gegen die „Großmächte“ und die Zuspitzung der nationalen Konflikte sowohl im Innern dieser Staaten als auch im Innern der nationalen Staaten, die in der Regel eine Reihe von nationalen Minderheiten haben. So sieht das „Bild der Welt“ aus, das der imperialistische Krieg als Erbe hinterließ.

Die bürgerliche Gesellschaft hat sich bei der Lösung der nationalen Frage vollkommen bankrott erwiesen.

(Resolution des X. Parteitags der KPdSU[B]. „Ueber die nächsten Aufgaben der Partei in der internationalen Frage“ 1921.)

B. Der Kampf des Genossen Stalin um die Leninsche Lösung der nationalen Frage im Nachkriegseuropa

Genossen! Ich glaube, daß sich Genosse Semitsch über das Wesen der Problemstellung der Bolschewiki in der nationalen Frage nicht ganz klar geworden ist. Die Bolschewiki haben nie die nationale Frage von der allgemeinen Frage der Revolution getrennt, weder vor dem Oktober noch nach dem Oktober. Das Grundlegende in der bolschewistischen Behandlung der nationalen Frage besteht darin, daß die Bolschewiki die nationale Frage stets in untrennbarem Zusammenhang mit der revolutionären Perspektive betrachtet haben.

Genosse Semitsch zitierte Lenin und sagte, daß Lenin für die Verankerung einer gewissen Lösung der nationalen Frage in der Verfassung eintrat. Damit wollte Genosse Semitsch offenbar sagen, daß Lenin die nationale Frage als eine Verfassungsfrage ansah, d. h. nicht als eine Frage der Revolution, sondern als eine Frage der Reform. Das ist durchaus falsch. Lenin hat nie konstitutionelle Illusionen gehegt und konnte sie auch nicht hegen. Man braucht nur seine Schriften durchzusehen, um sich davon zu überzeugen. Wenn Lenin von der Verfassung sprach, so hatte er nicht einen verfassungsmäßigen Weg der Lösung der nationalen Frage vor Augen, sondern den revolutionären

Weg, d. h. er betrachtete die Verfassung als ein Ergebnis des Sieges der Revolution. Auch wir in der Sowjetunion haben eine Verfassung, und auch sie spiegelt eine gewisse Lösung der nationalen Frage wider. Diese Verfassung ist jedoch nicht als das Ergebnis eines Schachers mit der Bourgeoisie, sondern als das Ergebnis einer siegreichen Revolution zur Welt gekommen.

Genosse Semitsch beruft sich ferner auf die bekannte Broschüre Stalins über die nationale Frage, die im Jahre 1912 geschrieben wurde, und bemüht sich, dort wenigstens eine indirekte Bestätigung für die Richtigkeit seiner Auffassung zu finden. Aber dieser Hinweis blieb resultatlos, denn er fand dort nicht nur kein Zitat, sondern auch nicht einmal eine entfernte Anspielung, die auch nur irgendwie seine „verfassungsmäßige“ Behandlung der nationalen Frage rechtfertigen könnte, und er konnte auch dort nichts Ähnliches finden. Zur Bekräftigung könnte ich Genossen Semitsch an die bekannte Stelle aus der Broschüre Stalins erinnern, wo die österreichische Methode der Lösung der nationalen Frage (die verfassungsmäßige) der Methode der russischen Marxisten (der revolutionären) gegenübergestellt wird. Diese Stelle lautet:

„Die Oesterreicher gedenken, die ‚Freiheit der Nationalitäten‘ auf dem Wege kleiner Reformen Schritt für Schritt zu verwirklichen. Sie schlagen die nationale Autonomie als praktische Maßnahme vor, rechnen dabei in keiner Weise mit einer grundlegenden Veränderung, mit der demokratischen Befreiungsbewegung, die bei ihnen gar nicht in der Perspektive besteht. Die russischen Marxisten verknüpfen indessen die Frage der ‚Freiheit der Nationalitäten‘ mit einer wahrscheinlichen grundlegenden Veränderung, mit der demokratischen Befreiungsbewegung, ohne Grund zu haben, auf Reformen zu rechnen. Dies aber ändert die Sache wesentlich im Sinne des wahrscheinlichen Schicksals der Nationen in Rußland.“

Das scheint klar zu sein.

Und das ist nicht der persönliche Standpunkt Stalins, sondern der allgemeine Standpunkt der russischen Marxisten, die die nationale Frage in untrennbarem Zusammenhange mit der allgemeinen Frage der Revolution betrachten und betrachtet haben.

Man kann ohne viel Umstände sagen, daß die nationale Frage in der Geschichte des russischen Marxismus zwei Stadien durchgemacht hat: das erste bis zum Oktober, und das andere — der Oktober. Im ersten Stadium wurde die nationale Frage als Teil der allgemeinen Frage der bürgerlich-demokratischen Revolution, d. h. als Teil der Frage der Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft betrachtet. Im zweiten Stadium, als sich die natio-

nale Frage erweiterte und in eine Frage der Kolonien verwandelte, als sich die nationale Frage aus einer inneren staatlichen Frage in eine Weltfrage verwandelte, betrachtete man die nationale Frage schon als Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, als Teil der Frage der Diktatur des Proletariats. Sowohl hier wie dort war die Behandlung der Frage, wie man sieht, streng revolutionär.

Ich glaube, daß sich Genosse Semitsch über alles das noch nicht ganz im klaren ist. Daher sein Versuch, die nationale Frage auf den Boden der Verfassung herabzudrücken, d. h. sie als die Frage einer Reform zu betrachten.

Diesem Fehler entspringt bei ihm ein zweiter Fehler, der darin besteht, daß er die nationale Frage nicht dem Wesen der Sache nach als eine Bauernfrage betrachten will. Nicht eine Agrarfrage, sondern eben eine Bauernfrage, denn das sind zwei verschiedene Dinge. Es ist vollkommen richtig, daß die nationale Frage nicht mit der Bauernfrage identifiziert werden kann, denn außer Bauernfragen schließt die nationale Frage noch Fragen der nationalen Kultur, der nationalen Staatlichkeit und anderes ein. Aber ebenfalls unzweifelhaft ist es, daß die Grundlage der nationalen Frage, ihr inneres Wesen, dennoch die Bauernfrage bildet. Damit erklärt sich auch, daß die Bauernschaft die Hauptarmee der nationalen Bewegung darstellt, daß ohne Bauernarmee eine mächtige nationale Bewegung nicht besteht und auch nicht bestehen kann. Gerade das wird gemeint, wenn man sagt, daß die nationale Frage *dem Wesen der Sache nach* eine Bauernfrage ist. Ich glaube, daß sich in der Abneigung des Genossen Semitsch, diese Formel anzunehmen, eine Unterschätzung der inneren Kraft der nationalen Bewegung und ein Nichtverstehen des tief volkstümlichen, tief revolutionären Charakters der nationalen Bewegung birgt. Dieses Nichtverstehen und diese Unterschätzung stellen eine große Gefahr dar, denn sie bedeuten in der Praxis eine Unterschätzung der inneren potentiellen Kraft, die in der Bewegung, sagen wir der Kroaten, um die nationale Freiheit steckt, eine Unterschätzung, die zu den schwersten Komplikationen für die gesamte jugoslawische Kommunistische Partei führen kann.

Darin besteht der zweite Fehler des Genossen Semitsch.

Als unzweifelhaft verfehlt muß auch der Versuch des Genossen Semitsch angesehen werden, die nationale Frage in Jugoslawien außerhalb des Zusammenhanges mit der internationalen

Lage und mit den wahrscheinlichen Perspektiven in Europa zu behandeln. Genosse Semitsch geht davon aus, daß im gegebenen Augenblick keine ernsthafte Volksbewegung für die Unabhängigkeit unter den Kroaten und Slowenen besteht und gelangt zu dem Schlusse, daß die Frage des Rechtes der Nationen auf Lostrennung eine akademische, jedenfalls keine aktuelle Frage sei. Dies ist natürlich unrichtig. Selbst wenn man zugibt, daß diese Frage momentan nicht aktuell ist, so kann sie durchaus aktuell werden, wenn ein Krieg beginnt, bzw. sobald ein Krieg beginnt, wenn in Europa eine Revolution ausbricht, bzw. sobald sie ausbricht. Und daß ein Krieg unvermeidlich beginnen wird, und daß sie dort unbedingt einander in die Haare geraten werden, das unterliegt keinem Zweifel, wenn man die Natur und die Entwicklung des Imperialismus im Auge behält.

Im Jahre 1912, als wir russischen Marxisten den ersten Entwurf eines nationalen Programms skizzierten, hatten wir noch in keinem Grenzgebiete des russischen Kaiserreiches eine ernsthafte Unabhängigkeitsbewegung. Wir hielten es jedoch für notwendig, in unser Programm einen Punkt über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung aufzunehmen, d. h. über das Recht jeder Nationalität auf Lostrennung und selbständiges staatliches Dasein. Warum? Weil wir nicht nur davon ausgingen, was damals vorhanden war, sondern auch davon, was sich im allgemeinen System der internationalen Beziehungen entwickelte und was herannahte, d. h. wir rechneten damals nicht nur mit der Gegenwart, sondern auch mit der Zukunft. Und wir wußten, daß die russischen Marxisten, wenn irgendeine Nationalität die Lostrennung verlangen wird, dafür kämpfen werden, daß das Recht auf Lostrennung jeder solchen Nationalität gesichert werde. Genosse Semitsch hat sich in seiner Rede wiederholt auf die Broschüre Stalins über die nationale Frage berufen. In dieser Broschüre Stalins wird aber in bezug auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit folgendes gesagt:

„Das Anwachsen des Imperialismus in Europa ist kein Zufall. In Europa wird es dem Kapital eng, es strebt in fremde Länder, sucht neue Märkte billige Arbeitskraft, neue Anlagemöglichkeiten. Das führt aber zu äußeren Verwicklungen und zum Kriege. Es ist vollkommen möglich, daß eine solche Kombination der inneren und äußeren Konjunkturen eintritt, bei der es diese oder jene Nationalität in Rußland für nötig findet, die Frage ihrer Unabhängigkeit zu stellen und zu entscheiden. Es ist natürlich nicht Sache der Marxisten, in einem solchen Falle Hindernisse in den Weg zu legen.“

Dies wurde bereits 1912 geschrieben. Sie wissen, daß sich diese These in der Folgezeit völlig bestätigt hat, sowohl während des Krieges als auch nach dem Kriege, besonders nach dem Siege der Diktatur des Proletariats in Rußland.

Mit um so größerer Berechtigung müssen solche Möglichkeiten in Europa im allgemeinen und in Jugoslawien im besonderen berücksichtigt werden, besonders jetzt, nachdem die national-revolutionäre Bewegung in den unterjochten Ländern eine Vertiefung erfahren und die Revolution in Rußland gesiegt hat. Es muß auch der Umstand berücksichtigt werden, daß Jugoslawien kein völlig unabhängiges Land ist, daß es mit gewissen imperialistischen Gruppierungen verbunden ist und daß es folglich aus jenem großen Kräftespiel nicht ausscheiden kann, das außerhalb Jugoslawiens getrieben wird. Und wenn Sie ein nationales Programm für die jugoslawische Partei schaffen — und es handelt sich im gegebenen Falle gerade darum —, so muß man daran denken, daß das Programm nicht nur von dem ausgehen muß, was momentan ist, sondern auch von dem, was sich kraft der internationalen Beziehungen entwickelt und unvermeidlich kommen wird. Darum glaube ich, daß die Frage des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung als eine aktuelle, als eine Tagesfrage betrachtet werden muß.

Nun zum nationalen Programm. Der Ausgangspunkt des nationalen Programms muß die These der Sowjetrevolution in Jugoslawien sein, die These, daß es unmöglich ist, die nationale Frage ohne den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg der Revolution auch nur einigermaßen befriedigend zu lösen. Natürlich sind Ausnahmen möglich. So gab es zum Beispiel eine solche Ausnahme vor dem Kriege bei der Lostrennung Norwegens von Schweden, worüber Lenin in einem seiner Aufsätze eingehend spricht. Aber das war vor dem Kriege und bei einem ganz ausnahmsweisen Zusammentreffen günstiger Umstände. Nach dem Kriege, und besonders nach dem Siege der Sowjetrevolution in Rußland, dürften solche Fälle kaum noch möglich sein. Jedenfalls sind die Aussichten zugunsten solcher Möglichkeiten jetzt so gering, daß man sie gleich Null setzen kann. Wenn dem aber so ist, so ist es klar, daß wir ein Programm nicht auf Größen mit der Bedeutung von Null aufbauen können. Darum muß der Leitsatz von der Revolution der Ausgangspunkt des nationalen Programms sein.

Weiter. Es muß unbedingt in das nationale Programm ein

besonderer Punkt über das Recht der Nationalitäten auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung aufgenommen werden. Ich habe schon vorhin davon gesprochen, warum man unter den jetzigen inneren und internationalen Verhältnissen ohne einen solchen Punkt nicht auskommen kann.

Schließlich muß im Programm auch ein besonderer Punkt über die national-territoriale Autonomie für jene Nationalitäten Jugoslawiens enthalten sein, die es nicht nötig finden werden, sich von Jugoslawien loszutrennen. Wer meint, daß eine solche Kombination ausgeschlossen sei, ist im Unrecht. Das ist unrichtig. Unter gewissen Bedingungen, nach dem Siege der Sowjetrevolution in Jugoslawien, ist es durchaus möglich, daß einige Nationalitäten nicht wünschen werden, sich loszutrennen, genau so, wie es bei uns in Rußland der Fall war. Es ist klar, daß man für einen solchen Fall im Programm einen Punkt über die Autonomie haben muß, im Hinblick auf die Umwandlung des jugoslawischen Staates in eine Föderation autonomer Nationalstaaten auf der Grundlage des Sowjetsystems.

Also, Recht auf Lostrennung für jene Nationalitäten, die wünschen werden, sich loszutrennen, und Recht auf Autonomie für jene Nationalitäten, die es vorziehen werden, im Rahmen des jugoslawischen Staates zu verbleiben.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen möchte ich sagen, daß das *Recht* auf Lostrennung nicht als *Muß*, nicht als Pflicht, sich loszutrennen, aufgefaßt werden darf. Eine Nationalität kann von diesem Recht im Sinne der Lostrennung Gebrauch machen, es steht ihr aber auch frei, davon keinen Gebrauch zu machen, und wenn sie es nicht will, so ist das ihre Sache, und damit muß man rechnen. Einige Genossen verwandeln das Recht auf Lostrennung in eine Pflicht, indem sie zum Beispiel von den Kroaten die Lostrennung um *jeden Preis* fordern. Diese Stellungnahme ist unrichtig und muß verworfen werden. Man darf ein Recht nicht mit einer Pflicht verwechseln.

(*Stalin*. Probleme des Leninismus, Erste Folge. „Zur nationalen Frage in Jugoslawien“, S. 157 ff., 1925.)

Es kann nur begrüßt werden, daß Genosse Semitsch jetzt, nach der Diskussion in der jugoslawischen Kommission, sich in seinem Artikel restlos dem Standpunkte der Kominterndelegation der KPR anschließt. Es wäre aber unrichtig, deshalb zu glauben,

daß es zwischen der Delegation der KPR und dem Genossen Semitsch vor der Diskussion oder während der Diskussion in der jugoslawischen Kommission keine Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. Augenscheinlich ist Genosse Semitsch geneigt, die Meinungsverschiedenheiten in der nationalen Frage eben in diesem Sinne aufzufassen und will sie auf Mißverständnisse zurückführen. Leider ist er in einem großen Irrtum befangen. Er behauptet in seinem Artikel, die Polemik mit ihm beruhe auf einer „Reihe von Mißverständnissen“, die allein durch seine „nicht vollständig übersetzte“ Rede in der jugoslawischen Kommission hervorgerufen worden wären. Es stellt sich mit andern Worten heraus, daß an allem der Uebersetzer schuld ist, der aus irgendeinem Grunde die Rede des Genossen Semitsch nicht vollständig übersetzt habe. Im Interesse der Wahrheit bin ich gezwungen, zu erklären, daß diese Behauptung des Genossen Semitsch durchaus nicht der Wirklichkeit entspricht. Es wäre natürlich besser gewesen, wenn Genosse Semitsch diese Behauptung durch Zitate aus seiner Rede in der jugoslawischen Kommission, die im Archiv der Komintern aufbewahrt ist, belegt hätte. Er hat das aber aus irgendeinem Grunde nicht getan. Infolgedessen bin ich gezwungen, diese zwar nicht angenehme aber absolut notwendige Prozedur statt des Genossen Semitsch vorzunehmen.

Das ist um so notwendiger, als im Standpunkt des Genossen Semitsch sogar jetzt, wo er sich mit dem Standpunkt der KPR-Delegation völlig solidarisiert, nicht wenig Unklarheiten geblieben sind.

Ich sprach in meiner Rede in der jugoslawischen Kommission („Bolschewik“ Nr. 7) von Meinungsverschiedenheiten in drei Fragen: 1. über die Wege zur Lösung der nationalen Frage; 2. über den inneren sozialen Gehalt der nationalen Bewegung in der gegenwärtigen historischen Epoche und 3. über die Rolle des internationalen Moments in der nationalen Frage.

In bezug auf die erste Frage habe ich behauptet, daß Genosse Semitsch „sich über das Wesen der Problemstellung der Bolschewiki in der nationalen Frage nicht ganz klar geworden ist“, daß er die nationale Frage von der allgemeinen Frage der Revolution trennt, daß er also den Weg betritt, der die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduziert.

Ist das wahr?

Man lese folgende Stelle aus der Rede des Genossen Semitsch

in der jugoslawischen Kommission (30. März 1925) und urteile selbst:

„Kann man die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage zurückführen? Stellen wir die Frage zunächst rein theoretisch. Angenommen, in einem Staate X leben drei Nationen, A, B und C. Diese drei Nationen äußern den Wunsch, in einem Staate zusammen zu leben. Worum handelt es sich in diesem Falle? Natürlich handelt es sich um die Regelung der inneren Beziehungen innerhalb dieses Staates. Es handelt sich also um eine Verfassungsfrage. In diesem theoretischen Falle läuft die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage hinaus... Wenn wir in einem solchen theoretischen Falle die nationale Frage auf eine Verfassungsfrage reduzieren, dann müssen wir sagen — und ich habe das stets betont —, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Lostrennung die Vorbedingung zur Lösung der Verfassungsfrage bildet. Und nur in einem solchen Aspekt stelle ich die Verfassungsfrage.“

Ich glaube, daß diese Stellen aus der Rede des Genossen Semitsch keines weiteren Kommentars bedürfen. Es ist klar: wer die nationale Frage als einen Bestandteil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution betrachtet, kann sie nicht auf eine Verfassungsfrage reduzieren. Und umgekehrt: nur wer die nationale Frage von der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution trennt, kann sie auf eine Verfassungsfrage reduzieren.

In der Rede des Genossen Semitsch finden wir einen Hinweis darauf, daß das nationale Selbstbestimmungsrecht ohne revolutionären Kampf nicht errungen werden kann. Genosse Semitsch sagt: „Es ist begreiflich, daß man solche Rechte nur durch revolutionären Kampf erringen kann. Sie können nicht auf parlamentarischem Wege, sondern nur durch revolutionäre Massenaaktionen errungen werden.“ Was bedeutet aber „revolutionärer Kampf“ und „revolutionäre Aktionen“? Kann man „revolutionären Kampf“ und „revolutionäre Aktionen“ mit dem Sturz der herrschenden Klasse, mit der Eroberung der Macht, mit dem Sieg der Revolution als Vorbedingung zur Lösung der nationalen Frage identifizieren? Natürlich nicht. Es sind zwei verschiedene Dinge, ob man vom Siege der Revolution als von der Grundbedingung der Lösung der nationalen Frage spricht oder ob man als Vorbedingung zur Lösung der nationalen Frage „revolutionäre Aktionen“ und „revolutionären Kampf“ hinstellt. Es muß bemerkt werden, daß der Weg der Reformen, daß der konstitutionelle Weg „revolutionäre Aktionen“ und „revolutionären Kampf“ keineswegs ausschließt. Entscheidend bei der Bestimmung des revolutionären oder des reformistischen Charakters dieser oder jener

Partei sind nicht die „revolutionären Aktionen“ an sich, sondern die politischen Ziele und Aufgaben, deretwegen diese Aktionen von der Partei unternommen und ausgewertet werden. Die russischen Menschewiki haben bekanntlich im Jahre 1906, nach der Auseinanderjagung der ersten Duma, vorgeschlagen, den „Generalstreik“ und sogar den „bewaffneten Aufstand“ zu organisieren. Das hinderte sie aber durchaus nicht, Menschewiki zu bleiben. Denn zu welchem Zwecke haben sie damals dies alles vorgeschlagen? Natürlich nicht, um den Zarismus zu zerschmettern und den vollständigen Sieg der Revolution zu organisieren, sondern um auf die zaristische Regierung „einen Druck auszuüben“, um Reformen zu erzwingen, um die „Verfassung“ zu erweitern, um eine „verbesserte“ Duma einzuberufen. „Revolutionäre Aktionen“, damit die alte Ordnung reformiert wird, bei Aufrechterhaltung der Macht der herrschenden Klasse — das ist eines, das ist der Verfassungsweg. „Revolutionäre Aktionen“, um die alte Ordnung zu zerschlagen, um die herrschende Klasse zu stürzen — das ist etwas anderes, das ist der revolutionäre Weg, der Weg des vollständigen Sieges der Revolution. Es besteht hier ein grundlegender Unterschied.

Deshalb glaube ich, daß der Hinweis des Genossen Semitsch auf den „revolutionären Kampf bei Reduzierung der nationalen Frage auf eine Verfassungsfrage meine Erklärung, daß Genosse Semitsch „sich über das Wesen der Problemstellung der Bolschewiki in der nationalen Frage nicht klar geworden ist“, nicht widerlegt, sondern nur bestätigt, denn er hat nicht begriffen, daß man die nationale Frage nicht isoliert betrachten darf, sondern nur im unzertrennlichen Zusammenhang mit der Frage des Sieges der Revolution, als Teil der allgemeinen Frage der Revolution.

Wenn ich darauf beharre, so will ich damit natürlich keineswegs sagen, daß ich über den Fehler des Genossen Semitsch in dieser Frage etwas Neues gesagt hätte. Nicht im geringsten. Ueber diesen Fehler des Genossen Semitsch sprach Genosse Manuilski schon auf dem V. Weltkongreß der Komintern, als er erklärte:

„In seiner Broschüre ‚Die nationale Frage im Lichte des Marxismus‘, und in einer Reihe von Artikeln, die im Organ der KP Jugoslawiens, ‚Radnik‘, erschienen sind, schlägt Genosse Semitsch als praktische Losung für die Kommunistische Partei die Losung des Kampfes für eine Revision der Verfassung vor, d. h. er beschränkt faktisch die Frage des Selbstbestim-

mungsrechts der Völker ausschließlich auf den Boden der Verfassung.“ (Protokoll des V. Kongresses, S. 629.)

Ueber den gleichen Fehler sprach Genosse Sinowjew in der jugoslawischen Kommission, als er erklärte:

„In der Perspektive des Genossen Semitsch fehlt nur eine Kleinigkeit — die Revolution, die Tatsache, daß die nationale Frage eine revolutionäre und keine Verfassungsfrage darstellt.“ („Prawda“, Nr. 83.)

Es ist unmöglich, daß alle diese Bemerkungen der Vertreter der KPR in der Komintern über den Fehler des Genossen Semitsch zufällig und unbegründet gewesen wären. Kein Rauch ohne Feuer!

So ist es um den ersten, den Grundfehler des Genossen Semitsch bestellt.

Seine übrigen Fehler entspringen unmittelbar diesem Grundfehler.

In bezug auf die zweite Frage habe ich in meiner Rede („Bolschewik“, Nr. 7) behauptet, daß Genosse Semitsch „die nationale Frage nicht als eine dem Wesen der Sache nach Bauernfrage betrachten will“.

Ist das wahr?

Man lese folgende Stelle aus der Rede des Genossen Semitsch in der jugoslawischen Kommission nach und urteile selbst:

„Worin besteht“, fragte Genosse Semitsch, „der soziale Sinn der nationalen Bewegung in Jugoslawien?“

Und er antwortet darauf:

„Dieser soziale Gehalt besteht im Konkurrenzkampf zwischen dem serbischen Kapital einerseits und dem kroatischen und slowenischen Kapital andererseits.“ (S. Rede Semitsch' in der jugoslawischen Kommission.)

Darüber, daß der Konkurrenzkampf der slowenischen und kroatischen Bourgeoisie mit der serbischen Bourgeoisie hier eine gewisse Rolle spielen muß, kann natürlich kein Zweifel bestehen. Ebenso unbestreitbar ist aber auch, daß ein Mensch, der den sozialen Sinn der nationalen Bewegung im Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten sieht, die nationale Frage dem Wesen nach nicht als eine Bauernfrage betrachten kann. Worin besteht das Wesen der nationalen Frage jetzt, da die nationale Frage sich aus einer lokalen, innerstaatlichen Frage in eine Weltfrage, in eine Frage des Kampfes der Kolonien und der abhängigen Völker gegen den Imperialismus verwandelt hat? Das Wesen der nationalen Frage besteht jetzt im Kampfe der

Volksmassen der Kolonien und der abhängigen Nationalitäten gegen die finanzielle Ausbeutung, gegen die politische Versklavung und die Vernichtung der kulturellen Eigenart dieser Kolonien und dieser Nationalitäten durch die imperialistische Bourgeoisie der herrschenden Nationalität. Welche Bedeutung kann bei einer solchen Problemstellung in der nationalen Frage dem Konkurrenzkampf der Bourgeoisie der verschiedenen Nationalitäten untereinander zukommen? Gewiß keine entscheidende und in manchen Fällen sogar auch keine wesentliche Bedeutung. Es ist ganz klar, daß es sich hier hauptsächlich nicht darum handelt, daß die Bourgeoisie einer Nationalität die Bourgeoisie anderer Nationalitäten im Konkurrenzkampf schlägt oder schlagen kann, sondern darum, daß die imperialistische Gruppe der herrschenden Nationalität die großen Massen und vor allem die Bauernmassen der Kolonien und der abhängigen Völker ausbeutet und unterdrückt und durch diese Unterdrückung und Ausbeutung in den Kampf gegen den Imperialismus einbezieht, sie zu Bundesgenossen der proletarischen Revolution macht. Man kann die nationale Frage dem Wesen nach nicht als eine Bauernfrage betrachten, wenn man den sozialen Sinn der nationalen Bewegung auf den Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten beschränkt. Und umgekehrt: man kann den sozialen Sinn der nationalen Bewegung nicht im Konkurrenzkampf der Bourgeoisie verschiedener Nationalitäten sehen, wenn man die nationale Frage dem Wesen nach als eine Bauernfrage betrachtet. Zwischen diesen beiden Formeln ein Gleichheitszeichen zu setzen, ist völlig unmöglich.

Genosse Semitsch beruft sich auf eine Stelle in der Broschüre Stalins, „Marxismus und nationale Frage“, die Ende 1912 geschrieben wurde. Dort heißt es, daß „der nationale Kampf ein Kampf der bürgerlichen Klassen untereinander ist“. Augenscheinlich will Genosse Semitsch durch dieses Zitat die Richtigkeit seiner Formel über die Bestimmung des sozialen Sinns der nationalen Bewegung unter den gegebenen historischen Verhältnissen beweisen. Die Broschüre Stalins wurde aber vor dem imperialistischen Kriege geschrieben, als die nationale Frage in der Vorstellung der Maxisten noch nicht die Bedeutung einer Weltfrage hatte, als die Grundforderung der Marxisten nach dem Selbstbestimmungsrecht nicht als Teil der proletarischen Revolution, sondern als Teil der bürgerlich-demokratischen Revolution gewertet wurde. Es wäre lächerlich, nicht

zu sehen, daß sich seit dieser Zeit die internationale Lage von Grund aus geändert hat, daß der Krieg einerseits und die Oktoberrevolution in Rußland andererseits die nationale Frage aus einem Teil der bürgerlich-demokratischen Revolution in einen Teil der proletarisch-sozialistischen Revolution verwandelt haben. Schon im Oktober 1916 sagte Lenin in seinem Artikel „Die Ergebnisse der Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht“, daß der wesentliche Punkt der nationalen Frage, der Punkt über das Selbstbestimmungsrecht, aufgehört habe, einen Teil der allgemeinen demokratischen Bewegung zu bilden, und sich bereits in einen Bestandteil der allgemeinen proletarischen sozialistischen Revolution verwandelt habe. Ich spreche schon gar nicht von den weiteren Arbeiten sowohl Lenins als auch anderer Vertreter des russischen Kommunismus über die nationale Frage. Welche Bedeutung kann nun nach alledem die Berufung des Genossen Semitsch auf die bekannte Stelle in der Broschüre Stalins, die in der Periode der *bürgerlich*-demokratischen Revolution in Rußland geschrieben wurde, heute haben, da wir infolge der neuen historischen Situation in eine neue Epoche, in die Epoche der *proletarischen* Weltrevolution eingetreten sind? Sie kann nur die Bedeutung haben, daß Genosse Semitsch außerhalb von Raum und Zeit zitiert, unabhängig von der lebendigen historischen Lage, und so die elementaren Forderungen der Dialektik verletzt und außer acht läßt, daß etwas, das in einer historischen Situation richtig ist, sich in einer anderen historischen Situation als unrichtig erweisen kann. Ich habe bereits in meiner Rede in der jugoslawischen Kommission gesagt, daß man in der Problemstellung der nationalen Frage durch die russischen Bolschewiki zwei Stadien zu unterscheiden hat: das Stadium vor dem Oktober, wo es sich um die bürgerlich-demokratische Revolution handelte und die nationale Frage als Teil der allgemeinen demokratischen Bewegung betrachtet wurde, und das Stadium des Oktober, wo es sich bereits um die proletarische Revolution handelte und die nationale Frage sich in einen Bestandteil der proletarischen Revolution verwandelt hat. Es ist kaum notwendig zu beweisen, daß diese Unterscheidung von entscheidender Bedeutung ist. Ich fürchte, daß Genosse Semitsch sich noch immer über den Sinn und die Bedeutung dieses Unterschiedes zwischen den zwei Stadien in der Problemstellung der nationalen Frage nicht klar geworden ist.

Aus diesem Grunde glaube ich, daß sich hinter dem Versuch

des Genossen Semitsch, die nationale Bewegung nicht dem Wesen der Sache nach als eine Bauernfrage, sondern als eine Frage des Konkurrenzkampfes der Bourgeoisien der verschiedenen Nationalitäten zu betrachten, „eine Unterschätzung der inneren Kraft der nationalen Bewegung und ein Nichtverstehen des tief volkstümlichen, tief revolutionären Charakters der nationalen Bewegung birgt“. (S. „Bolschewiki“, Nr. 7.)

So ist es um den zweiten Fehler des Genossen Semitsch bestellt.

Es ist charakteristisch, daß Genosse Sinowjew in seiner Rede in der jugoslawischen Kommission von diesem Fehler des Genossen Semitsch genau dasselbe sagte, als er erklärte:

„Unrichtig ist die Behauptung des Genossen Semitsch, daß die Bauernbewegung in Jugoslawien unter der Führung der Bourgeoisie stehe und deshalb nicht revolutionär sei.“ (S. „Prawda“, Nr. 83.)

Ist diese Uebereinstimmung ein Zufall? Natürlich nicht!

Wiederum: kein Rauch ohne Feuer.

Schließlich behauptete ich bezüglich der dritten Frage, daß Genosse Semitsch versucht, „die nationale Frage in Jugoslawien außerhalb des Zusammenhanges mit der internationalen Lage und den wahrscheinlichen Perspektiven in Europa zu behandeln“.

Ist das richtig?

Ja, es ist richtig. Denn in seiner Rede hat Genosse Semitsch nicht einmal im entferntesten angedeutet, daß die internationale Lage unter den heutigen Verhältnissen, besonders in Hinsicht auf Jugoslawien, einen höchst wichtigen Faktor bei der Lösung der nationalen Frage bildet. Die Tatsache, daß der jugoslawische Staat selbst infolge des Zusammenstoßes der zwei grundlegenden imperialistischen Koalitionen entstanden ist, daß Jugoslawien sich dem großen Kräftespiel, das heute in den es umgebenden Staaten des Imperialismus vor sich geht, nicht entziehen kann — all dies blieb außerhalb des Gesichtsfeldes des Genossen Semitsch. Der Hinweis des Genossen Semitsch darauf, daß er sich eine gewisse Änderung in der internationalen Lage ganz gut vorstellen kann, durch die sich die Frage des Selbstbestimmungsrechtes in eine aktuelle praktische Frage verwandeln würde, dieser Hinweis muß heute, in der gegebenen internationalen Situation, schon als ungenügend betrachtet werden. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, bei gewissen Äen-

derungen in der internationalen Lage einer möglichen und fernen Zukunft die Aktualität der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker anzuerkennen, — das könnten jetzt nur zur Not als Perspektive selbst bürgerliche Demokraten anerkennen. Nicht darum handelt es sich jetzt, sondern darum daß die gegenwärtigen, als Folge von Kriegen und Gewaltakten entstandenen Grenzen des jugoslawischen Staates nicht zum Ausgangspunkt und zur legalen Grundlage für die Lösung der nationalen Frage gemacht werden dürfen. Eins von beiden: entweder ist die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechtes, d. h. die Frage der radikalen Aenderung der Grenzen Jugoslawiens, ein *Anhängsel* zu einem nationalen Programm, dessen Konturen aus einer fernen Zukunft nebelhaft hervortreten, oder sie ist die *Grundlage* des nationalen Programms. Es ist jedenfalls klar, daß der Punkt über das Selbstbestimmungsrecht nicht gleichzeitig *sowohl* Anhängsel *als auch* Grundlage des nationalen Programms der KP Jugoslawiens sein kann. Ich fürchte, daß Genosse Semitsch noch immer das Selbstbestimmungsrecht als perspektivisches Anhängsel zum nationalen Programm betrachtet.

Aus diesem Grunde glaube ich, daß Genosse Semitsch die nationale Frage von der Frage der allgemeinen internationalen Situation loslöst, wodurch für ihn die Frage der Selbstbestimmung, d. h. die Frage der Aenderung der Grenzen Jugoslawiens, im Grunde keine aktuelle Frage, sondern eine akademische Frage wird.

So ist es um den dritten Fehler des Genossen Semitsch bestellt.

Charakteristisch ist, daß Genosse Manuïlski in seinem Referat auf dem V. Weltkongreß der KI über diesen Fehler des Genossen Semitsch das gleiche sagt:

„Die grundlegende Voraussetzung der gesamten Problemstellung in der nationalen Frage durch Genossen Semitsch ist der Gedanke, daß das Proletariat den bürgerlichen Staat in *jenen Grenzen nehmen muß, die durch eine Reihe von Kriegen und Gewaltakten geschaffen wurden.*“ (Protokoll des IV. Kongresses der Komintern, S. 629.)

Kann man etwa diese Uebereinstimmung als Zufall betrachten? Natürlich nicht!

Ich wiederhole nochmals: kein Rauch ohne Feuer.

(*Stalin*. Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Noch einmal zur nationalen Frage“, S. 279 ff.)

C. Die Komintern über die nationale Frage in Mitteleuropa und auf dem Balkan

Der imperialistische Krieg, in den die Bourgeoisie die Werktätigen mit dem betrügerischen Losungen des Schutzes der kleinen Völker und ihres Selbstbestimmungsrechts hineinzureißen bestrebt war, hat in Wirklichkeit infolge des Sieges der einen Gruppe kapitalistischer Staaten zur Verschärfung der nationalen Gegensätze und der nationalen Unterdrückung in Mitteleuropa und auf dem Balkan geführt.

Die durch die Macht der siegreichen Entente diktierten Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain usw. haben für den Kampf gegen die proletarische Revolution neue imperialistische Kleinstaaten — Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland — geschaffen, die auf der Annexion bedeutender Gebiete mit andersstämmiger Bevölkerung begründet sind und Herde nationaler Unterdrückung und sozialer Reaktion darstellen.

Die Frage der nationalen Unterdrückung ist gegenwärtig für jene großstaatlichen Nationen aktuell geworden, die vor dem Kriege nicht Objekt, sondern Subjekt der Unterdrückungspolitik waren. Ein anschauliches Beispiel ist Deutschland. Ihm gegenüber begnügte sich der Ententeimperialismus nicht mit einer offenen, auf Grund der „Friedensverträge“ vollzogenen Annexion von Deutschen bewohnter Gebiete. Er war auch bestrebt, Deutschland zu zerstückeln mit Hilfe verhüllter, raffinierter Formen der Annexion, in Gestalt der Komödie der „nationalen Selbstbestimmung“ (Besetzung des Rheinlandes), oder in der Form unverhüllter, über den Rahmen der Friedensverträge hinausgehender Raubakte, wofür die Ruhr als Beispiel dienen kann.

Die nationale Frage hat somit in Europa nach dem Weltkrieg neue Bedeutung erlangt und ist gegenwärtig zu einer der wichtigsten politischen Fragen für Mitteleuropa und den Balkan geworden. Der Kampf der unterdrückten Völker gegen die nationale Unterdrückung wird somit gleichzeitig zu einem Kampf gegen die Macht der im Kriege siegreichen imperialistischen Bourgeoisie, genau so wie die Erstarkung der neuentstandenen imperialistischen Staaten das Erstarken der Kräfte des Weltimperialismus bedeutet.

Die Bedeutung des Kampfes gegen die nationale Unterdrück-

kung vergrößert sich noch dadurch, daß die durch Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Griechenland unterdrückten Nationalitäten ihrer sozialen Zusammensetzung nach vorwiegend Bauernvölker sind, und der Kampf für ihre nationale Befreiung gleichzeitig ein Kampf der Bauernmassen gegen die fremdstämmigen Großgrundbesitzer und Kapitalisten ist.

Infolgedessen stehen die kommunistischen Parteien Mitteleuropas und des Balkans vor der Aufgabe, die nationalrevolutionäre Bewegung der unterdrückten Völker mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die Losung „Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes, einschließlich des Rechtes auf Lostrennung“ muß in der gegenwärtigen vorrevolutionären Periode in den neuentstandenen imperialistischen Staaten seinen Ausdruck finden in der Losung „staatliche Lostrennung der unterdrückten Völker vom Staatsverbände Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens, Griechenlands“.

Der Kongreß stellt fest, daß bei einzelnen Parteien eine Abweichung vorhanden ist, die sich darin äußert, daß einzelne Genossen und Gruppen ihre Stellung zur nationalrevolutionären Bewegung in ihren Ländern auf Grund der in den Verträgen von Saint-Germain usw. geschaffenen Staatsformationen ausarbeiten.

Die Losungen dieser Genossen und Gruppen bezüglich der nationalrevolutionären Bewegung zielen nicht gegen diese, auf nationaler Unterdrückung begründeten und gegen die proletarische Revolution gerichteten Staaten ab, sondern auf eine teilweise Reform dieser Staaten und stellen Losungen über Autonomie der unterdrückten Völkerschaften im Rahmen dieser imperialistischen Staaten auf.

Der Kongreß verurteilt entschieden diese großstaatliche Abweichung in der Richtung der Sozialdemokratie und ebenso die Abweichung des Nationalbolschewismus, der dazu führt, daß die Unterstützung, die die Kommunistische Partei der nationalrevolutionären Bewegung angedeihen läßt, in eine Förderung der Führung dieser Bewegung durch die besitzenden Klassen und ihre Parteien übergeht, was die werktätigen Massen in Wirklichkeit unter den Einfluß und die Hegemonie der chauvinistischen Bourgeoisie stellt.

Der Kongreß macht es allen kommunistischen Parteien Mit-

teleuropas und des Balkans zur Aufgabe, unter voller Unterstützung der nationalrevolutionären Bewegung der unterdrückten Völker gegen die Macht der herrschenden Bourgeoisie, in den nationalrevolutionären Organisationen kommunistische Zellen zu schaffen und bestrebt zu sein, sich an die Spitze des nationalrevolutionären Kampfes der unterdrückten Völker zu stellen und sie auf den klaren und bestimmten Weg des revolutionären Kampfes gegen die Macht der Bourgeoisie auf der Grundlage einer engen Solidarität aller Werktätigen und ihres gemeinsamen Kampfes in jedem einzelnen Staate für die Errichtung der Arbeiter- und Bauernmacht zu führen. Nur eine solche Zusammenfassung der kommunistischen Elemente innerhalb der nationalrevolutionären Organisationen kann den werktätigen Massen die führende Stellung sichern im Gegensatz zu den bürgerlich-gutsherrlichen und Abenteurerelementen, die diese Organisationen oft für ihre Klassenzwecke ausnutzen oder sie in verschiedenen kapitalistischen Staaten oft zum Werkzeug ihrer imperialistischen Ziele machen.

Der Kongreß macht es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, einen energischen Kampf gegen die Entfaltung des nationalen Hasses und des Chauvinismus¹ durch die bürgerli-

¹ Anmerkung der Redaktion. Siehe auch die Beschlüsse des XIII. Plenums des EKKI und den Bericht des Genossen Stalin auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B). Der Ausbruch der nationalistischen Raserei in unseren Tagen in den kapitalistischen Ländern ist eine Aeußerung des krisenhaften Zustandes des Kapitalismus, besonders „des Zerfalls der kapitalistischen Weltwirtschaft auf einzelne staatliche Fetzen“ (Manuilski auf dem XVII. Parteitag). Der krasseste Ausdruck des bürgerlichen Nationalismus ist gegenwärtig die Rassentheorie des Faschismus. Diese Theorie behauptet, daß Rassen als ein bestimmter Typus von Menschen bestehen, mit unveränderlichen, von der Natur gegebenen körperlichen und geistigen Eigenschaften. Die einen Rassen, die „höheren“ sind berufen, die „niederen“ zu befruchten und über sie zu herrschen. Nach dieser Theorie ist die gesamte Geschichte eine Geschichte des Rassenkampfes (und nicht des Klassenkampfes). Nach dieser Theorie bilden die Blutgemeinschaft und das Bewußtsein dieser Gemeinschaft die Grundlage der Nation. „Diese Theorie ist von der Wissenschaft nicht weniger entfernt, als der Himmel von der Erde“ (Stalin). Der Klassensinn der Rassentheorie besteht in der Mobilisierung aller Kräfte der Reaktion gegen die wachsende proletarische Revolution, im Bestreben, die marxistisch-leninistische Idee von der Unversöhnlichkeit des Klassenkampfes durch die Idee der nationalen Gemeinschaft zu ersetzen, in der Bearbeitung der Massen zur Vorbereitung des Krieges, in erster Linie des Krieges gegen die Sowjetunion. Die Rassentheorie bildet die Grundlage der Theorie des Faschismus in Deutschland und Japan.

Der Antisemitismus, eine der widerlichsten Formen des bürgerlichen Nationalismus, hat sich in unseren Tagen besonders in Deutschland und

chen und sozialverräterischen Parteien zu führen und den werktätigen Massen, sowohl der unterdrückten als auch der unterdrückenden Völker, den sozialen Charakter der nationalen Unterdrückung und des nationalrevolutionären Kampfes und die Abhängigkeit dieses Kampfes vom Kampfe des Weltproletariats für die völlige soziale und nationale Befreiung der Werktätigen klarzumachen.

Der Kongreß verurteilt in gleicher Weise die partikularistische Abweichung in der Lösung der nationalen Frage und ist der Ansicht, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker einschließlich der Lostrennung mit dem Partikularismus nichts gemein hat und der Entwicklung der Produktivkräfte nicht zuwiderläuft.

Der Kongreß verweist auf die konterrevolutionäre Bedeutung der von den herrschenden Klassen der kleinen imperialistischen Staaten betriebenen Kolonisationspolitik, die zur äußersten Zuspitzung der nationalen Gegensätze führt. Der Kongreß macht es den kommunistischen Parteien Polens, Rumäniens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Griechenlands zur Pflicht, einen energischen Kampf gegen diese Kolonisationspolitik zu führen.

Der Kongreß billigt die von den kommunistischen Parteien der Balkanländer herausgegebene Losung der Balkanföderation gleichberechtigter und unabhängiger Arbeiter- und Bauernrepubliken.

Der Kongreß stellt ein außerordentliches Anwachsen des

Oesterreich verstärkt. Der Antisemitismus bildet eine der Grundlagen des Programms der herrschenden Partei der Nationalsozialisten in Deutschland, der christlichsozialen Partei in Oesterreich. Vom Standpunkt der Nationalsozialisten sind die Juden eine nichtvollwertige Nation. Zugleich ist der Jude ein Vertreter des „raffenden“ Kapitals (des Leih-, Bankkapitals), der die ganze deutsche Nation unterdrückt, sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer, die Vertreter des „schaffenden“ Kapitals. Der Klassensinn des Antisemitismus wurde vom Faschisten Ekkehard ausgeplaudert. Er schrieb, daß für den „einfachen Menschen“ „einfache Symbole der Liebe und des Hasses“ notwendig seien. Ein solches „Symbol des Hasses“ war für den Arbeiter jahrzehntelang der „Bourgeois“. Man konnte ihm dieses Symbol, an das er sich gewöhnt hatte, nicht einfach entreißen, ohne es durch ein anderes zu ersetzen. Dies tat denn auch der Nationalsozialismus, indem er ihm als Symbol des Hasses den „Juden“ gab. Der Antisemitismus ist ein Werkzeug der Konterrevolution in den Händen der Bourgeoisie. Dieses Werkzeug ist berufen, den Proletarier mit „seinem“ Kapitalisten zu versöhnen, indem es aus dem Bewußtsein der Masse das Abbild des wirklichen Klassenfeindes durch das Abbild des Juden verdrängt.

Antisemitismus auch in den neuentstandenen imperialistischen Staaten, namentlich in Polen, Rumänien, Ungarn, fest, sowie das Streben der herrschenden Klassen, die Aufmerksamkeit der werktätigen Massen durch den Antisemitismus von den wahren Schuldigen an ihrer elenden Lage abzulenken und vom revolutionären Kampf zurückzuhalten und macht es allen kommunistischen Parteien zur Pflicht, einen entschiedenen, energischen Kampf gegen den Antisemitismus zu führen und in ihren Lösungen die unbedingte Beseitigung jeglicher rechtlichen Beschränkungen für die jüdische Bevölkerung und die Sicherstellung ihrer freien kulturellen Entwicklung zu fordern.

(Resolution des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die nationale Frage in Mitteleuropa und auf dem Balkan. Einleitung.)

IV. DIE NATIONALE FRAGE UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS

1. Die Oktoberrevolution und die nationale Frage

...Der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung der Völker und den imperialistischen Methoden dieser Vereinigung hat die Unfähigkeit, Hilflosigkeit und Ohnmacht der Bourgeoisie auf der Suche nach einer richtigen Methode zur Lösung der nationalen Frage zur Folge.

Unsere Partei hat diesem Umstand Rechnung getragen, als sie ihre Politik in der nationalen Frage auf dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, auf dem Recht der Völker auf selbständige staatliche Existenz aufbaute. Bereits in den ersten Tagen ihrer Existenz, auf dem ersten Parteitag (im Jahre 1898), als die Widersprüche des Kapitalismus in der nationalen Frage noch nicht mit erschöpfender Klarheit hervortraten, hat die Partei dieses unveräußerliche Recht der Nationalitäten anerkannt. In der Folge hat sie auf ihren Parteitagen und Konferenzen ihr nationales Programm in speziellen Beschlüssen und Resolutionen bis unmittelbar vor dem Oktoberumsturz immer wieder bestätigt. Der imperialistische Krieg und die mit ihm verbundene gewaltige revolutionäre Bewegung in den Kolonien gaben nur eine neue Bestätigung der Parteibeschlüsse in der nationalen Frage. Der Sinn dieser Beschlüsse besteht: a) in der entschlossenen Ablehnung aller Formen von Zwang gegenüber den Nationalitäten; b) in der Anerkennung der Gleichheit und Souveränität der Völker in der Frage der Gestaltung ihres Schicksals; c) in der Anerkennung der These, daß eine dauernde Vereinigung der Völker nur auf dem Boden der Zusammenarbeit und Freiwilligkeit möglich ist; d) in der Verkündung der Wahr-

heit, daß die Verwirklichung einer solchen Vereinigung nur als Ergebnis des Sturzes der Macht des Kapitals möglich ist.

Unsere Partei hat in ihrer Arbeit dieses nationale Befreiungsprogramm sowohl der offenen Unterdrückungspolitik des Zarismus als auch der inkonsequenten halbimperialistischen Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre unermüdlich entgegengestellt. Wenn die Russifizierungspolitik des Zarismus eine Kluft zwischen dem Zarismus und den Nationalitäten des alten Rußland schuf, und wenn die halbimperialistische Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zur Abkehr der besten Elemente dieser Nationalitäten von Kerenski führte, so hat die Befreiungspolitik unserer Partei ihr die Sympathie und Unterstützung der breiten Massen dieser Nationalitäten in ihrem Kampfe gegen den Zarismus und gegen die imperialistische russische Bourgeoisie erobert. Es kann kaum bezweifelt werden, daß diese Sympathie und diese Unterstützung zu den entscheidendsten Momenten gehörten, die den Sieg unserer Partei in den Oktobertagen mitbestimmt haben.

Die Oktoberrevolution hat die praktischen Ergebnisse der Beschlüsse unserer Partei in der nationalen Frage zusammengefaßt. Die Oktoberrevolution, die die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, dieser Hauptträger der nationalen Unterdrückung, gestürzt und das Proletariat ans Ruder brachte, hat mit einem Schlage die Kette der nationalen Unterdrückung zerrissen, die alten Beziehungen zwischen den Völkern umgestoßen, die alte nationale Feindschaft untergraben, den Boden für die Arbeitsgemeinschaft der Völker geebnet und dem russischen Proletariat das Vertrauen seiner nationalen Brüder nicht nur in Rußland, sondern auch in Europa und Asien erworben. Es braucht wohl kaum nachgewiesen werden, daß das russische Proletariat ohne ein solches Vertrauen nicht imstande gewesen wäre, Kolttschak und Denikin, Judenitsch und Wrangel zu besiegen. Auf der anderen Seite kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die unterdrückten Nationalitäten ohne die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Zentrum Rußlands nicht imstande gewesen wären, ihre Befreiung durchzusetzen. Die nationale Feindschaft und die nationalen Konflikte sind unvermeidlich und unabwendbar, solange das Kapital an der Macht ist, solange das Kleinbürgertum und vor allem die Bauernschaft der früheren „Staatsnation“ voll nationalistischer Vorurteile ist und den Kapitalisten Gefolgschaft leistet; umgekehrt aber kann der nationale Friede

und die nationale Freiheit als gesichert gelten, wenn die Bauernschaft und die übrigen kleinbürgerlichen Schichten dem Proletariat Gefolgschaft leisten, d. h. wenn die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Deshalb bildet der Sieg der Sowjets und das Behaupten der Diktatur des Proletariats die Basis und das Fundament, auf dem die brüderliche Arbeitsgemeinschaft der Völker in einem einheitlichen Staatenbunde aufgebaut werden kann.

Die Resultate der Oktoberrevolution beschränken sich jedoch nicht auf die Aufhebung der nationalen Unterdrückung, auf die Schaffung der Voraussetzungen für die Vereinigung der Völker. Im Verlauf der Entwicklung hat die Oktoberrevolution noch andere Formen dieser Vereinigung der Völker ausgearbeitet und die Grundlinien vorgezeichnet, auf denen die Vereinigung der Völker in einem Bundesstaat zu erfolgen hat. In der ersten Periode der Revolution, als die werktätigen Massen der Nationalitäten sich zum erstenmal als selbständige nationale Größen fühlten, zu einer Zeit, wo die drohende ausländische Intervention noch keine reale Gefahr bildete, -- hatte die Arbeitsgemeinschaft der Völker noch keine völlig bestimmte, streng umrissene Form. In der Periode des Bürgerkriegs und der Intervention, als die Interessen der militärischen Selbstverteidigung der nationalen Republiken in den Vordergrund traten, während die Fragen der wirtschaftlichen Aufbauarbeit noch nicht auf der Tagesordnung standen, nahm die Arbeitsgemeinschaft die Form eines militärischen Bündnisses an. Schließlich wurde in der Nachkriegsperiode, als die Fragen der Wiederherstellung der vom Krieg zerstörten Produktivkräfte an die erste Stelle traten, das militärische Bündnis durch ein wirtschaftliches Bündnis ergänzt. Die Vereinigung der nationalen Republiken in eine Union der Sowjetrepubliken ist die Schlußetappe in der Entwicklung der Formen der Arbeitsgemeinschaft, die diesmal den Charakter einer militärisch-wirtschaftlichen und politischen Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen, viele Nationen umfassenden Sowjetstaat annahm.

Das Proletariat hat somit im Sowjetsystem den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage gefunden, es hat im Sowjetsystem den Weg zur Organisierung eines stabilen, viele Nationen umfassenden Staates auf dem Boden der nationalen Gleichberechtigung und der Freiwilligkeit entdeckt.

(Resolution des XII. Parteitags der RKP[B] über die nationale Frage Abschnitt 1, § 3—6.)

2. Die Grundlagen der nationalen Politik der Partei und der Sowjetmacht

A. Das Programm der KPdSU(B) in der nationalen Frage

In der nationalen Frage läßt sich die KPdSU(B) von folgenden Grundsätzen leiten:

1. Den Grundstein bildet die Politik der Annäherung zwischen den Proletariern und Halbproletariern der verschiedenen Nationalitäten zum gemeinsamen revolutionären Kampf um den Sturz der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie.

2. Um das Mißtrauen der werktätigen Massen der unterdrückten Länder gegen das Proletariat der Staaten, von denen diese Länder unterdrückt worden sind, zu überwinden, bedarf es der Aufhebung aller Vorrechte jedweder nationalen Gruppe, der völligen Gleichberechtigung der Nationen und der Anerkennung des Rechtes der Kolonien und nichtgleichberechtigten Nationen auf staatliche Losrennung.

3. Zu denselben Zwecken stellt die Partei die Losung der föderativen Vereinigung der nach dem Sowjettypus organisierten Staaten auf, als Uebergangsform auf dem Wege zur völligen Einheit.

4. In der Frage, wer als Träger des auf Losrennung gerichteten Volkswillens zu gelten hat, steht die KPdSU(B) auf dem historischen und Klassenstandpunkt und berücksichtigt dabei, auf welcher geschichtlichen Entwicklungsstufe die betreffende Nation steht: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Sowjet- oder proletarischen Demokratie usw.

Jedenfalls hat das Proletariat jener Nationen, die als unterdrückende Nationen auftraten, besondere Vorsicht und besondere Rücksicht gegenüber den Ueberresten nationaler Gefühle bei den werktätigen Massen der unterdrückten oder nichtvollberechtigten Nationen zu üben. Nur bei einer solchen Politik ist es möglich, die Voraussetzungen für eine wirklich dauerhafte, freiwillige Einheit der national verschiedenartigen Elemente des internationalen Proletariats zu schaffen, wie es die Erfahrung der Vereinigung einer Reihe nationaler Räterepubliken um Sowjetrußland gezeigt hat.

(Programm und Statuten der Kommunistischen Partei der Sowjetunion [Bolschewiki] Abschnitt „Auf dem Gebiete der nationalen Beziehungen“.)

B. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Staatsform der Arbeitsgemeinschaft der Völker unter der Diktatur des Proletariats

Seit der Bildung der Sowjetrepubliken haben sich die Staaten der Welt in zwei Lager gespalten: in das Lager des Kapitalismus und das Lager des Sozialismus.

Dort, im Lager des Kapitalismus, herrschen nationale Feindschaft und Ungleichheit, koloniale Sklaverei und Chauvinismus, nationale Unterdrückung und Pogrome, imperialistische Greuel und Kriege.

Hier, im Lager des Sozialismus, herrschen gegenseitiges Vertrauen und Friede, nationale Freiheit und Gleichheit, friedliches Zusammenleben und brüderliches Zusammenwirken der Völker.

Die jahrzehntelangen Versuche der kapitalistischen Welt, die Nationalitätenfrage durch Verbindung der freien Entwicklung der Völker mit dem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu lösen, haben sich als fruchtlos erwiesen. Im Gegenteil, der Knäuel der nationalen Widersprüche verwirrt sich immer mehr und bedroht die Existenz des Kapitalismus selbst. Die Bourgeoisie erwies sich als machtlos, das Zusammenwirken der Völker herbeizuführen.

Nur im Lager der Sowjets, nur unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, die die Mehrheit der Bevölkerung um sich zusammengeschlossen hat, erwies es sich als möglich, die nationale Unterdrückung mit ihrer Wurzel zu vernichten, ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens zu schaffen und das Fundament des brüderlichen Zusammenwirkens der Völker zu legen.

Nur dank diesen Umständen gelang es den Sowjetrepubliken, den Ueberfall der Imperialisten der ganzen Welt, der inneren wie der äußeren, abzuwehren; nur dank diesen Umständen gelang es ihnen, dem Bürgerkrieg erfolgreich ein Ende zu setzen, ihre Existenz zu sichern und zum friedlichen Wirtschaftsaufbau zu schreiten.

Aber die Jahre des Krieges sind nicht spurlos vorübergegangen. Verwüstete Felder, stillliegende Betriebe, zerstörte Produktivkräfte und erschöpfte wirtschaftliche Hilfsquellen, die der Krieg als Erbe hinterlassen hat, machen die gesonderten Anstrengungen der einzelnen Republiken auf dem Gebiet des Wirt-

schaftsaufbaus unzureichend. Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft hat sich bei getrennter Existenz der Republiken als unmöglich erwiesen.

Andererseits machen die Unsicherheit der internationalen Lage und die Gefahr neuer Ueberfälle die Schaffung einer Einheitsfront der Sowjetrepubliken gegenüber der kapitalistischen Umwelt unvermeidlich.

Schließlich drängt die Struktur der ihrem Klassenwesen nach internationalen Sowjetmacht selbst die werktätigen Massen der Sowjetrepubliken auf den Weg der Vereinigung zu einer sozialistischen Familie.

Alle diese Umstände verlangen gebieterisch die Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat, der sowohl die äußere Sicherheit als auch das innere wirtschaftliche Gedeihen und die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker zu gewährleisten vermag.

Der Wille der Völker der Sowjetrepubliken, die unlängst auf ihren Sowjetkongressen einmütig den Beschluß über die Bildung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ gefaßt haben, ist ein zuverlässiges Unterpfand dafür, daß diese Union eine freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker ist, daß jeder Republik das Recht auf freien Austritt aus der Union gesichert, daß der Beitritt zur Union allen sozialistischen Sowjetrepubliken, sowohl den bestehenden als auch solchen, die in der Zukunft entstehen werden, offensteht, daß der neue Bundesstaat eine würdige Krönung der bereits im Oktober 1917 gelegten Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens und brüderlichen Zusammenwirkens der Völker bilden, daß er ein sicheres Bollwerk gegen den Weltkapitalismus sein und einen neuen entscheidenden Schritt auf dem Wege zum Zusammenschluß der Werktätigen aller Länder zu einer sozialistischen Weltsowjetrepublik darstellen wird.

Indem wir all dies vor aller Welt erklären und die Uner-schütterlichkeit der Grundlagen der Sowjetmacht feierlich verkünden, die in den Verfassungen der sozialistischen Sowjetrepubliken, deren Bevollmächtigte wir sind, ihren Ausdruck fanden, beschließen wir, Delegierte dieser Republiken, auf Grund der uns erteilten Vollmachten, den Vertrag über die Bildung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zu unterzeichnen.

(Stalin, Sammelband „Der Marxismus und die national-koloniale Frage“, S. 97 f., russ., 1922.)

C. Die Aufgaben der Nationalitätenpolitik des Proletariats an der Macht

... Den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage finden — bedeutet noch nicht, sie restlos lösen und diese Lösung in ihrer konkreten, praktischen Verwirklichung endgültig erschöpfen. Zur richtigen Durchführung des nationalen Programms, das von der Oktoberrevolution aufgestellt worden ist, müssen noch jene Hindernisse überwunden werden, die uns als Erbe der verflossenen Periode der nationalen Unterdrückung überliefert wurden und die nicht in kurzer Frist, mit einem Schlage, überwunden werden können.

Dieses Erbe besteht erstens in den Ueberresten des großrussischen Chauvinismus, der eine Widerspiegelung der ehemaligen privilegierten Stellung der Großrussen darstellt. Diese Ueberreste leben noch in den Köpfen unserer zentralen und lokalen Sowjetfunktionäre, sie nisten in unseren zentralen und lokalen Staatsinstitutionen, sie werden in der Form der „neuen“ „smenowechowschen“¹ großrussisch-chauvinistischen Strömungen unterstützt, die sich im Zusammenhang mit der NEP immer mehr verstärken. Praktisch kommen sie in dem hochmütigen geringschätzigen, herzlosen und bürokratischen Verhalten der russischen Sowjetbeamten gegenüber den Bedürfnissen und Nöten der nationalen Republiken zum Ausdruck. Der von vielen Nationen bevölkerte Sowjetstaat kann nur dann wirklich stabil werden, die Arbeitsgemeinschaft der Völker kann nur dann wirklich brüderlich werden, wenn diese Ueberreste in der Praxis unserer staatlichen Institutionen entschieden ein für allemal ausgeremert werden. Die Lage in einer Reihe von nationalen Republiken (in der Ukraine, in Weißrußland, Aserbeidshan und Turkestan) wird noch dadurch erschwert, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeiterklasse, die die Hauptstütze der Sowjetmacht ist, der großrussischen Nationalität angehört. In diesen Bezirken stößt das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft auf größte Hindernisse durch die Ueberreste des großrussischen Chauvinismus, die sowohl in den Partei- als auch in den Sowjetorganen vorhanden sind. Unter solchen Verhältnissen ist das Gerede über die Vorzüge der russischen Kultur, so-

¹ „Smena wech“ (sinngemäß „Frontenwechsel“), eine Gruppe konterrevolutionärer Intellektueller im Auslande, mit Ustrjalow an der Spitze, die die Neue Oekonomische Politik als Rückkehr zum Kapitalismus auffaßten.

wie die Aufstellung der These über die Unausbleiblichkeit des Sieges der höheren russischen Kultur über die Kulturen der rückständigeren Völker (z. B. die ukrainische, aserbeidshanische, usbekische, kirgisische Kultur usw.) nichts anderes als ein Versuch, die Herrschaft der großrussischen Nationalität zu verankern. Deshalb ist der entschiedene Kampf gegen die Ueberreste des großrussischen Chauvinismus die erste und nächste Aufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht zweitens in der tatsächlichen, d. h. wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheit der Nationalitäten des Bundes der Republiken. Die rechtliche nationale Gleichheit, die von der Oktoberrevolution erkämpft wurde, ist eine große Errungenschaft der Völker, entscheidet jedoch an sich allein nicht die gesamte nationale Frage. Eine Reihe von Republiken und Völkern, die den Kapitalismus nicht oder fast nicht durchgemacht haben, die kein oder fast kein eigenes Proletariat haben, die daher in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zurückgeblieben sind, sind nicht in der Lage, die Rechte und Möglichkeiten voll auszunutzen, die ihnen durch die nationale Gleichberechtigung gewährt werden, sind ohne wirkliche und anhaltende Hilfe von außen nicht imstande, sich auf eine höhere Entwicklungsstufe zu erheben und auf diese Weise die Nationalitäten einzuholen, die ihnen voraus sind. Die Wurzeln dieser faktischen Ungleichheit liegen nicht nur in der Geschichte dieser Völker, sondern auch in der Politik des Zarismus und der russischen Bourgeoisie, die bestrebt waren, die Randgebiete ausschließlich in Rohstoffgebiete zu verwandeln, die von den industriell entwickelten zentralen Bezirken ausgebeutet werden. Es ist unmöglich, diese Ungleichheit in kurzer Frist zu überwinden, dieses Erbe in 1—2 Jahren zu liquidieren. Bereits unser X. Parteitag hat betont, daß „die Aufhebung der faktischen nationalen Ungleichheit ein langwieriger Prozeß ist, der einen hartnäckigen und beharrlichen Kampf gegen alle Ueberreste der nationalen Unterdrückung und der kolonialen Sklaverei erfordert“. Diese Ungleichheit muß aber unbedingt überwunden werden. Ueberwunden werden kann sie aber nur auf dem Wege einer wirklichen und anhaltenden Hilfe, die das russische Proletariat den rückständigen Völkern der Union in ihrem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschreiten erweist. Diese Hilfe muß in erster Linie darin zum Ausdruck kommen, daß eine Reihe praktischer Maßnahmen zur Schaffung von Industriezentren in den Republiken der ehemals unterdrückten Nationalitäten er-

griffen werden, wobei die örtliche Bevölkerung maximal herangezogen werden muß. Schließlich muß diese Hilfe entsprechend der Resolution des X. Parteitags Hand in Hand gehen mit dem Kampf, den die werktätigen Massen gegen die infolge der NEP erstarkenden lokalen und zugereisten Ausbeuteroverschichten um die Befestigung ihrer sozialen Stellungen führen. Da diese Republiken vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete bilden, müssen sich die inneren sozialen Maßnahmen vor allem auf dem Wege der Zuteilung von Land an die werktätigen Massen aus dem freien Staatsfonds vollziehen. Ohne diese Maßnahmen kann mit der Anbahnung einer richtigen und festen Arbeitsgemeinschaft der Völker im Rahmen eines einheitlichen Bundesstaates nicht gerechnet werden. Deshalb ist der Kampf um die Liquidierung der faktischen Ungleichheit der Nationalitäten, der Kampf um die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus der rückständigen Völker die zweitnächste Aufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht schließlich in den Ueberresten des Nationalismus bei einer ganzen Reihe von Völkern, die das schwere Joch der nationalen Unterdrückung durchgemacht haben und die sich noch nicht von den Gefühlen der alten nationalen Kränkungen befreien konnten. Der praktische Ausdruck dieser Ueberreste besteht in einer gewissen nationalen Entfremdung und in einem Mangel an vollem Vertrauen der früher unterdrückten Völker gegenüber den Maßnahmen, die von den Russen ausgehen. In gewissen Republiken jedoch, in deren Bestand sich mehrere Nationalitäten befinden, verwandelt sich dieser defensive Nationalismus häufig in einen offensiven Nationalismus, in einen fanatischen Chauvinismus der stärkeren Nationalität, der sich gegen die schwachen Nationalitäten dieser Republiken richtet. Der georgische Chauvinismus (in Georgien), der sich gegen die Armenier, Ossetiner, Adsharier und Abchasier richtet; der aserbeidshansische Chauvinismus (in Aserbeidshan), der sich gegen die Armenier richtet; der usbekische Chauvinismus (in Buchara und Chiva), der sich gegen die Turkmenen und Kirgisen richtet; der armenische Chauvinismus, u. a. m. — alle diese Arten des Chauvinismus, die außerdem durch die Verhältnisse der Neuen Oekonomischen Politik und der Konkurrenz gefördert werden, sind ein überaus schlimmes Uebel, das gewisse nationale Republiken in einen Schauplatz des Gezänks und Haders zu verwandeln droht. Ganz zu schweigen davon, daß alle diese Erscheinungen die Sache der tatsächlichen Vereinigung der Völker in einen ein-

heitlichen Staatenbund hemmen. Da die Ueberreste des Nationalismus eine eigenartige Form der Verteidigung gegen den großrussischen Chauvinismus darstellen, bildet der entschiedene Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus das sicherste Mittel zur Ueberwindung der nationalistischen Ueberreste. Da sich aber diese Ueberreste in einen lokalen Chauvinismus verwandeln, der sich gegen die schwachen nationalen Gruppen in den einzelnen Republiken richtet, ist dessen direkte Bekämpfung die Pflicht der Parteimitglieder. Deshalb ist der Kampf gegen die nationalistischen Ueberreste und vor allem gegen die chauvinistischen Formen dieser Ueberreste die drittnächste Aufgabe unserer Partei.

Als einer der krassesten Ausdrücke des Erbes der alten Zeit muß die Tatsache betrachtet werden, daß der Bund der Republiken von einem beträchtlichen Teil der Sowjetbeamten im Zentrum und in der Provinz nicht als Bund gleichgestellter Staatseinheiten eingeschätzt wird, der berufen ist, die freie Entwicklung der nationalen Republiken zu gewährleisten, sondern als Schritt zur Liquidierung dieser Republiken, als Anfang der Gründung des sogenannten „einheitlichen, unteilbaren“... (Russischen Reichs. Anm. der Red.)

... Der Parteitag, der eine solche Auffassung als antiproletarisch und reaktionär verurteilt und die absolute Notwendigkeit des Bestehens und der Weiterentwicklung der nationalen Republiken verkündet, fordert die Parteimitglieder auf, sorgsam darauf zu achten, daß die Vereinigung der Republiken und die Verschmelzung der Kommissariate nicht von den chauvinistisch gestimmten Sowjetbeamten als Deckmantel ihrer Versuche benutzt werden, die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der nationalen Republiken zu ignorieren¹.

(Resolution des XII. Parteitags der KPR[B] zur nationalen Frage, Abschnitt 1, § 7, 8.)

Genossen, ich gehe zur Analyse der Mittel und Wege über, mit deren Hilfe wir die drei Hauptfaktoren überwinden müssen,

¹ Anmerkung der Redaktion. Ferner wird in der Resolution des XII. Parteitags der KPR[B], wie auch in der Resolution des X. Parteitags zur nationalen Frage darauf hingewiesen, daß „der Parteitag, der beide Abweichungen als schädlich und für die Sache des Kommunismus gefährlich verurteilt, die Aufmerksamkeit auf die besondere Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus lenkt und die Partei zur schleunigsten Liquidierung dieser Ueberreste des Alten in unserem Parteaufbau auffordert.“

die die Vereinigung hemmen: den großrussischen Chauvinismus die faktische Ungleichheit und den lokalen Nationalismus, besonders in jenen Fällen, wo er in den Chauvinismus übergeht. Von den Mitteln, die uns helfen können, diese ganze alte Erbschaft, die die Annäherung zwischen den Völkern hemmt, schmerzlos zu überwinden, erwähne ich nur drei.

Das erste Mittel besteht darin, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Sowjetmacht in den Republiken verständlich und vertraut zu machen, damit die Sowjetmacht nicht nur eine russische, sondern auch eine internationale Macht werde. Dazu ist es nötig, daß nicht nur die Schulen, sondern auch alle Institutionen, alle Organe, sowohl die Partei- als auch die Sowjetorgane, Schritt für Schritt nationalisiert werden, daß sie in einer Sprache funktionieren, die den Massen verständlich ist, daß sie in einer Art funktionieren, die den Lebensgewohnheiten des betreffenden Volkes entspricht. Nur unter diesen Bedingungen erhalten wir die Möglichkeit, die Sowjetmacht aus einer russischen zu einer internationalen Macht zu machen, die den werktätigen Massen aller Republiken nahe, verständlich und vertraut ist, insbesondere jenen, die in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung zurückgeblieben sind.

Das zweite Mittel, das geeignet ist, uns das Werk der schmerzlosen Ueberwindung des vom Zarismus und von der Bourgeoisie übernommenen Erbes zu erleichtern, ist ein solcher Aufbau der Kommissariate im Bunde der Republiken, der es zumindest den wichtigsten Nationalitäten ermöglicht, ihre eigenen Leute in den Kollegien zu haben, ein Aufbau, der Verhältnisse schafft, in denen die Bedürfnisse und Nöte der einzelnen Republiken unbedingt befriedigt werden.

Das dritte Mittel: unter unseren höchsten Organen muß ein Organ sein, das die Bedürfnisse und Nöte ausnahmslos aller Republiken und Nationalitäten zum Ausdruck bringen würde. Auf dieses letztere Mittel möchte ich besonders eure Aufmerksamkeit lenken.

Wenn wir im Rahmen des Zentral-Exekutivkomitees der Union zwei Kammern gründen könnten, von denen die erste auf dem Sowjetkongreß der Union, unabhängig von den Nationalitäten, während die zweite Kammer von den Republiken und Gebieten gewählt (u. zw. zur Hälfte von den Republiken und zur Hälfte von den nationalen Gebieten) und vom Sowjetkongreß bestätigt werden würde, dann hätten wir meines Erachtens im Rahmen

unserer höchsten Institutionen nicht nur die Widerspiegelung der Klasseninteressen ausnahmslos aller proletarischen Gruppen, sondern auch der rein-nationalen Bedürfnisse. Wir hätten ein Organ, das die besonderen Interessen der Nationalitäten, Völker und Stämme widerspiegelt, die das Territorium der Sowjetunion bevölkern. Genossen, in unseren Verhältnissen, wo die Union insgesamt nicht weniger als 140 Millionen Menschen vereinigt, von denen 65 Millionen Nichtrussen sind, in einem solchen Staate kann man nicht regieren, ohne hier, in Moskau, im höchsten Organ Abgesandte dieser Nationalitäten vor sich zu haben, die nicht nur die für das ganze Proletariat gemeinsamen Interessen, sondern auch die besonderen, speziellen, spezifischen nationalen Interessen zum Ausdruck bringen. Genossen, ohne dies kann man nicht regieren. Ohne einen solchen Barometer in den Händen zu haben, und ohne Menschen, die fähig sind, diese speziellen Bedürfnisse der einzelnen Nationalitäten zu formulieren, kann man nicht regieren.

(Stalin. Bericht über die nationale Frage auf dem XII. Parteitag der KPR[B] 1923.)

D. Die Aufgabe des sozialistischen Aufbaus und der Entwicklung der Form nach nationalen, dem Inhalte nach proletarischen Kultur in den Sowjetrepubliken des Ostens

Worin bestehen die charakteristischen Besonderheiten der Existenz und Entwicklung dieser Länder, dieser Republiken zum Unterschied von den kolonialen und abhängigen Ländern?

Erstens darin, daß diese Republiken von der imperialistischen Knechtschaft frei sind.

Zweitens darin, daß ihre Entwicklung und Konsolidierung als Nationen nicht unter der Aegide eines bürgerlichen Regimes, sondern unter der Aegide der Sowjetmacht vor sich geht. Das ist eine in der Geschichte einzig dastehende Tatsache, aber dennoch eine Tatsache.

Drittens darin, daß sie sich als industriell schwach entwickelte Länder in ihrer Entwicklung restlos auf die Hilfe des Industrieproletariats der Sowjetunion stützen können.

Viertens darin, daß diese von der kolonialen Unterdrückung befreiten, von der Diktatur des Proletariats beschützten und zur Sowjetunion gehörenden Republiken sich in den sozialistischen Aufbau unseres Landes eingliedern können und sollen.

Die Hauptaufgabe besteht darin, die Einreihung der Arbeiter und Bauern dieser Republiken in den Aufbau des Sozialismus in unserem Lande zu erleichtern, die Voraussetzungen zu schaffen und zu entwickeln, um diese Einreihung entsprechend den besonderen Existenzbedingungen dieser Republiken vorwärtszubringen und zu beschleunigen.

Hieraus ergeben sich die nächsten Aufgaben für die Funktionäre des Sowjetostens.

1. Schaffung von Industriezentren in den Sowjetrepubliken des Ostens als Basis für die Sammlung der Bauernschaft um die Arbeiterklasse. Ihr wißt, daß dieses Werk bereits begonnen wurde, es wird weitergeführt nach Maßgabe des wirtschaftlichen Wachstums der Sowjetunion. Das Vorhandensein verschiedenartiger Rohstoffe in diesen Republiken bürgt dafür, daß dieses Werk mit der Zeit zu Ende geführt werden wird.

2. Hebung der Landwirtschaft und vor allem des Bewässerungswesens. Ihr wißt, daß diese Sache ebenfalls bereits in Angriff genommen ist, wenigstens in Transkaukasien und Turkestan.

3. Hebung und Förderung der Vergenossenschaftung breiter Massen der Bauernschaft und der Heimarbeiter (Kustari) als sicherster Weg zur Eingliederung der östlichen Sowjetrepubliken in das Gesamtsystem des sowjetischen Wirtschaftsaufbaus.

4. Annäherung der Sowjets an die Massen, Nationalisierung der Zusammensetzung der Sowjets und Kultivierung einer nationalen Sowjetstaatlichkeit, die den werktätigen Massen nahesteht und ihnen vertraut ist.

5. Entwicklung der nationalen Kultur, Schaffung eines weitverzweigten Netzes von Kursen und Schulen sowohl für die allgemeine als auch für die berufstechnische Bildung in der Muttersprache zur Vorbereitung von Sowjet-, Partei-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionären aus örtlichen Leuten.

Diese Aufgaben erfüllen heißt eben, den sozialistischen Aufbau in den Sowjetrepubliken erleichtern.

Man spricht von Musterrepubliken des Sowjetostens. Was bedeutet aber eine Musterrepublik? Eine Musterrepublik ist eine solche Republik, die alle diese Aufgaben ehrlich und gewissenhaft erfüllt und dadurch bei den Arbeitern und Bauern der benachbarten kolonialen und abhängigen Länder den Drang zur Befreiungsbewegung hervorruft.

Ich sprach von der Annäherung der Sowjets an die werktätigen

Massen der verschiedenen Nationalitäten, von der Nationalisierung der Sowjets. Was heißt das aber und wie drückt es sich in der Praxis aus? Ich glaube, daß man als Musterbeispiel einer solchen Annäherung an die Massen die unlängst abgeschlossene nationale Abmarkung in Turkestan betrachten kann. Die bürgerliche Presse sieht in dieser Abmarkung eine „bolschewistische Schlaueit“. Indessen ist es klar, daß sich hier keine „Schlaueit“ äußerte, sondern das tiefe Streben der Volksmassen in Turkmenistan und Usbekistan, ihre eigenen Regierungsorgane zu besitzen, die ihnen nahe und verständlich sind. In der vorrevolutionären Epoche waren diese beiden Länder auf verschiedene Khanate und Staaten zerstückelt; sie boten dadurch ein günstiges Betätigungsfeld für die ausbeuterischen Machinationen der „Machthaber“. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo es möglich geworden ist, diese auseinandergerissenen Teile zu unabhängigen Staaten *wieder zu vereinigen*, um die werktätigen Massen von Usbekistan und Turkmenistan den Regierungsorganen näherzubringen und mit ihnen zusammenzuschweißen. Die Abmarkung Turkestans ist vor allem eine *Vereinigung* der auseinandergerissenen Teile dieser Länder zu unabhängigen Staaten. Wenn diese Staaten nachher den Willen geäußert haben, als gleichberechtigte Mitglieder der Sowjetunion beizutreten, so zeugt das nur davon, daß die Bolschewiki den Schlüssel zu den tiefsten Bestrebungen der Volksmassen des Ostens gefunden haben und daß die Sowjetunion die einzige freiwillige Vereinigung der werktätigen Massen verschiedener Nationalitäten auf der Welt ist. Um die Polen wieder zu vereinigen, brauchte die Bourgeoisie eine ganze Reihe von Kriegen. Für die Wiedervereinigung Turkmenistans und Usbekistans brauchten die Kommunisten nur einige Monate Aufklärungsarbeit.

So müssen die Verwaltungsorgane, im gegebenen Falle die Sowjets, den breiten Massen der Werktätigen verschiedener Nationalitäten nähergebracht werden.

Das ist der Beweis dafür, daß die bolschewistische Nationalitätenpolitik die einzig richtige Politik ist.

Ich sprach ferner von der Hebung der nationalen Kultur in den Sowjetrepubliken des Ostens. Was heißt aber nationale Kultur? Wie läßt sie sich mit der proletarischen Kultur in Einklang bringen? Hat denn nicht Lenin bereits vor dem Kriege gesagt, daß wir zwei Kulturen haben, eine bürgerliche und eine sozialistische, daß die Losung der nationalen Kultur eine reaktionäre Losung der Bourgeoisie ist, die bestrebt ist, das

Bewußtsein der Werktätigen durch Nationalismus zu vergiften? Wie läßt sich der Aufbau der nationalen Kultur, die Entwicklung von Schulen und Kursen in der Muttersprache und die Ausbildung von Kadern aus örtlichen Leuten mit dem Aufbau des Sozialismus, dem Aufbau der proletarischen Kultur in Einklang bringen? Besteht da nicht ein unüberbrückbarer Widerspruch? Natürlich nicht! Wir bauen die proletarische Kultur. Das ist vollkommen richtig. Aber ebenso richtig ist es, daß die proletarische Kultur, ihrem Inhalt nach sozialistisch, bei den verschiedenen Völkern, die in den sozialistischen Aufbau einbezogen sind, verschiedene Formen und Ausdrucksarten annimmt, je nach den Unterschieden der Sprache, der Lebensweise usw. Proletarisch ihrem Inhalt nach, national ihrer Form nach — das ist die allgemein-menschliche Kultur, der der Sozialismus entgegengeht. Die proletarische Kultur hebt die nationale Kultur nicht auf, sie gibt ihr vielmehr den Inhalt. Und umgekehrt: die nationale Kultur hebt die proletarische Kultur nicht auf, sondern gibt ihr die Form. Die Losung der nationalen Kultur war eine bürgerliche Losung, solange die Bourgeoisie an der Macht war und die Konsolidierung der Nationen unter der Aegide des bürgerlichen Regimes verlief. Die Losung der nationalen Kultur wurde zu einer proletarischen Losung, als das Proletariat zur Macht kam und die Konsolidierung der Nationen sich unter der Aegide der Sowjetmacht vollzog. Wer diesen prinzipiellen Unterschied zwischen den zwei verschiedenen Konstellationen nicht begriffen hat, der wird weder den Leninismus noch das Wesen des leninistischen Standpunkts in der nationalen Frage je begreifen.

(*Stalin*. Probleme des Leninismus, Erste Folge. „Die Aufgaben der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens“, S. 209 ff., 1925.)

3. Der Kampf gegen die Abweichungen in der nationalen Frage in den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats

A. Genosse Stalin über den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen Nationalismus

Das Bild des Kampfes gegen die Abweichungen in der Partei wäre unvollständig, wenn wir nicht die in ihr vorhandenen Abweichungen auf dem Gebiete der *nationalen Frage* berührten. Ich

denke dabei erstens an die Abweichung zum großrussischen Chauvinismus und zweitens an die Abweichung zum Lokalnationalismus. Diese Abweichungen sind nicht so augenfällig und aufdringlich wie die „linke“ oder die rechte Abweichung. Man könnte sie schleichende Abweichungen nennen. Dies bedeutet aber noch nicht, daß sie nicht existieren. Nein, sie existieren und — was die Hauptsache ist — sie wachsen. Darüber können keine Zweifel bestehen. Es können keine Zweifel bestehen, weil die ganze Atmosphäre der Zuspitzung des Klassenkampfes zu einer bestimmten Verschärfung der nationalen Reibungen führen muß, die ihre Widerspiegelung in der Partei finden. Daher müßte man das Gesicht dieser Abweichungen enthüllen und in das volle Licht rücken.

Worin besteht das Wesen der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus unter unseren gegenwärtigen Verhältnissen?

Das Wesen der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus besteht im Bestreben, die nationalen Unterschiede der Sprachen, der Kultur, der Lebensgewohnheiten zu umgehen; im Bestreben, die Liquidierung der nationalen Republiken und Gebiete vorzubereiten; im Bestreben, das Prinzip der nationalen Gleichberechtigung zu untergraben und die auf Nationalisierung des Apparates, Nationalisierung der Presse, der Schulen und der anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen gerichtete Politik der Partei herabzusetzen.

Die Abweichler dieser Art gehen dabei von der Auffassung aus: da die Nationen beim Sieg des Sozialismus zu einer einheitlichen Nation verschmelzen müssen und ihre nationalen Sprachen sich in eine einheitliche, gemeinsame Sprache verwandeln müssen, sei die Zeit gekommen, die nationalen Unterschiede aufzuheben und auf die Politik zu verzichten, die die Entwicklung der nationalen Kultur der früher unterdrückten Völkerschaften unterstützt. Sie berufen sich dabei auf Lenin, indem sie ihn falsch zitieren und mitunter seine Worte direkt entstellen und ihn verleumden.

Lenin sagte, daß unter dem Sozialismus die Interessen der Nationalitäten zu einem Ganzen verschmelzen werden. Ist nicht daraus die Folgerung zu ziehen, daß es an der Zeit sei, mit den nationalen Republiken und Gebieten im Interesse des Internationalismus aufzuräumen? Lenin sagte 1913 in der Polemik mit den „Bundisten“, daß die Losung der nationalen Kultur eine bürgerliche Losung sei. Ist daraus nicht die Folgerung zu ziehen, daß

es an der Zeit sei, mit der nationalen Kultur der Völker der UdSSR im Interesse des Internationalismus aufzuräumen? Lenin sagte, daß die nationale Unterdrückung und die nationalen Schranken unter dem Sozialismus beseitigt werden. Ist daraus nicht die Folgerung zu ziehen, daß es an der Zeit sei, mit der Politik der Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten der Völker der Sowjetunion Schluß zu machen und zur Politik der Assimilierung im Interesse des Internationalismus überzugehen? Und so weiter und so fort.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Abweichung in der nationalen Frage, die sich dazu hinter der Maske des Internationalismus und dem Namen Lenins verbirgt, die raffinierteste und daher gefährlichste Abart des großrussischen Nationalismus ist.

Erstens sagte Lenin niemals, daß die nationalen Unterschiede verschwinden müssen und die nationalen Sprachen zu einer einheitlichen Sprache in den Grenzen eines Staates, vor dem Siege des Sozialismus im Weltmaßstabe, verschmelzen müssen. Umgekehrt, Lenin sagte das direkte Gegenteil, nämlich, daß „die nationalen und staatlichen Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern... sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt noch sehr, sehr lange bestehen werden“. („Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 280.) Wie kann man sich auf Lenin berufen und dabei diesen seinen grundlegenden Hinweis vergessen?

Freilich, einer der früheren Marxisten, heute Renegat und Reformist, Herr Kautsky, behauptet das direkte Gegenteil von dem, was Lenin lehrt. Er behauptet entgegen Lenin, daß der Sieg der proletarischen Revolution in einem vereinigten österreichisch-deutschen Staate in der Mitte des vorigen Jahrhunderts zur Entstehung einer gemeinsamen deutschen Sprache und zur Germanisierung der Tschechen geführt hätte, da ohne jede gewaltsame Germanisierung „einfach die Macht des entfesselten Verkehrs, die Macht der modernen Kultur, welche die Deutschen brachten die rückständigen tschechischen Kleinbürger, Bauern und Proletarier, denen ihre verkümmerte Nationalität gar nichts zu bieten hatte, zu Deutschen machen mußte“. (Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, Stuttgart 1896, S. XXII.)

Eine solche „Konzeption“ harmoniert allerdings vollständig mit dem Sozialchauvinismus Kautskys. Diese Auffassungen Kaut-

skys bekämpfte ich auch 1925 in meinem Vortrag an der Universität der Völker des Ostens. Kann aber für uns Marxisten, die wir bis zum Ende Internationalisten bleiben wollen, dieses antimarxistische Geschwätz des deutschen Sozialchauvinisten, der jedes Maß verloren hat, eine irgendwie positive Bedeutung haben? Wer hat recht, Kautsky oder Lenin? Wenn Kautsky recht hat, wie kann man dann die Tatsache erklären, daß solche relativ rückständigen Nationalitäten, wie die Weißrussen und Ukrainer, die den Großrussen näherstehen als die Tschechen den Deutschen, im Resultat des Sieges der proletarischen Revolution in der Sowjetunion nicht russifiziert wurden, sondern im Gegenteil zu neuem Leben erwachten und sich als selbständige Nationen entwickelten? Wie läßt sich erklären, daß solche Nationen, wie die Turkmenen, Kirgisen, Usbeken, Tadshiken (ganz abgesehen von den Georgiern, Armeniern, Aserbeidshanern usw.) trotz ihrer Rückständigkeit im Zusammenhang mit dem Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion nicht nur nicht russifiziert wurden, sondern umgekehrt zu neuem Leben erwachten und sich zu selbständigen Nationen entwickelten! Ist es nicht klar, daß unsere ehrenwerten Abweichler auf der Jagd nach einem Paradeinternationalismus dem Kautskyschen Sozialchauvinismus in die Arme gerieten? Ist es nicht klar, daß sie, indem sie für eine gemeinsame Sprache auf dem Territorium eines Staates, der Sowjetunion, kämpfen, im Grunde genommen die Wiederherstellung der Privilegien der früher herrschenden Sprache, nämlich der großrussischen, anstreben? Wo bleibt da der Internationalismus?

Zweitens sagte Lenin niemals, daß die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und die Verschmelzung der Interessen der Nationalitäten zu einem einheitlichen Ganzen einer Beseitigung der nationalen Unterschiede gleichkomme. Wir haben die nationale Unterdrückung beseitigt, wir haben die nationalen Privilegien beseitigt und die nationale Gleichberechtigung eingeführt. Wir haben die staatlichen Grenzen im alten Sinne des Wortes, die Grenzpfähle und Zollschranken zwischen den Nationalitäten der Sowjetunion vernichtet. Wir haben die Einheit der ökonomischen und politischen Interessen der Völker der Sowjetunion herbeigeführt. Bedeutet dies aber, daß wir damit die nationalen Unterschiede: die nationalen Sprachen, Kulturen, Lebensgewohnheiten usw. beseitigt haben? Es ist klar, daß es dies nicht bedeutet. Wenn aber die nationalen Unterschiede: Sprache, Kultur, Lebensgewohnheiten usw. bestehen bleiben, ist es dann nicht

klar, daß die Forderung, die nationalen Republiken und Gebiete in der gegenwärtigen historischen Periode zu beseitigen, eine reaktionäre, gegen die Interessen der Diktatur des Proletariats gerichtete Forderung ist? Begreifen unsere Abweichler, daß die Beseitigung der nationalen Republiken und Gebiete im gegenwärtigen Augenblick soviel bedeutet, wie die Millionenmassen der Völker der Sowjetunion der Möglichkeit zu berauben, Bildung in der *Muttersprache* zu erhalten, sie der Möglichkeit zu berauben, eigene Schulen, Gerichte, Verwaltung, öffentliche und andere Organisationen und Einrichtungen in der *Muttersprache* zu haben, sie der Möglichkeit der Eingliederung in den sozialistischen Aufbau zu berauben? Ist es nicht klar, daß unsere Abweichler auf der Jagd nach einem Paradeinternationalismus den reaktionären großrussischen Chauvinisten in die Arme geraten sind und in der Periode der Diktatur des Proletariats für *alle* Völkerschaften der Sowjetunion, sowohl für die Großrussen als auch für die Nichtgroßrussen, in gleicher Weise gültige Losung der Kulturrevolution vergessen, vollständig vergessen haben?

Drittens sagte Lenin niemals, daß die Losung der Entwicklung der nationalen Kultur *unter der Diktatur des Proletariats* eine reaktionäre Losung sei. Im Gegenteil, Lenin trat stets dafür ein, daß man den Völkern der Sowjetunion *helfen* soll, ihre nationale Kultur zu entwickeln. Unter der Leitung Lenins und keines anderen wurde auf dem X. Parteitag die Resolution zur nationalen Frage verfaßt und angenommen, in der es direkt heißt:

„Die Aufgabe der Partei besteht darin, daß sie den werktätigen Massen der nichtgroßrussischen Völker *hilft*, das vorgeschrittene Zentralrußland einzuholen, daß sie ihnen *hilft*: a) bei sich die sowjetische Staatlichkeit in Formen zu entwickeln und zu befestigen, die den nationalen Verhältnissen und den Lebensgewohnheiten dieser Völker entsprechen; b) bei sich in der Muttersprache wirkende Gerichte, administrative und Wirtschaftsorgane, Organe der Macht zu entwickeln und zu festigen, die aus Einheimischen zusammengesetzt sind, die mit den Lebensgewohnheiten und der Mentalität der einheimischen Bevölkerung vertraut sind; c) bei sich das Presse- und Schulwesen, das Theater- und Klubwesen und überhaupt in der Muttersprache wirkende Kultur- und Aufklärungseinrichtungen zu entwickeln; d) ein umfassendes Netz von Kursen und Schulen für allgemeine Bildung sowie beruflich-technischen Charakters in der Muttersprache zu organisieren und zu entwickeln.“

Ist es nicht klar, daß Lenin restlos für die Losung der Entwicklung der nationalen Kultur *unter der Diktatur des Proletariats* eintrat? Ist es nicht klar, daß die Verneinung der Losung der nationalen Kultur unter der Diktatur des Proletariats soviel be-

deutet, wie die Notwendigkeit des kulturellen Aufstiegs der nichtgroßrussischen Völker der Sowjetunion zu verneinen, die Notwendigkeit einer allgemeinen Schulpflicht für diese Völker zu verneinen, sie der geistigen Knechtschaft reaktionärer Nationalisten auszuliefern?

Lenin nannte tatsächlich die Losung der nationalen Kultur *unter der Herrschaft der Bourgeoisie* eine reaktionäre Losung. Konnte es aber anders sein? Was ist die nationale Kultur unter der Herrschaft der nationalen Bourgeoisie? *Bürgerlich* ihrem Inhalt und national ihrer Form nach hat diese Kultur das Ziel, die Massen durch den Nationalismus zu vergiften und die Herrschaft der Bourgeoisie zu festigen. Was ist die nationale Kultur unter der Diktatur des Proletariats? *Sozialistisch* ihrem Inhalt und national ihrer Form nach, hat diese Kultur das Ziel, die Massen im Geiste des Internationalismus zu erziehen und die Diktatur des Proletariats zu festigen. Wie kann man diese beiden prinzipiell unterschiedlichen Erscheinungen verwechseln, ohne mit dem Marxismus zu brechen? Ist es nicht klar, daß Lenin, indem er gegen die Losung der nationalen Kultur unter dem bürgerlichen Regime kämpfte, den Schlag gegen den bürgerlichen *Inhalt* der nationalen Kultur und nicht gegen ihre nationale Form führte? Es wäre dumm, anzunehmen, daß Lenin die sozialistische Kultur als eine Kultur *ohne nationales Moment*, ohne diese oder jene nationale Form betrachtete. Die Bundisten unterschoben tatsächlich Lenin eine Zeitlang einen solchen Unsinn. Aus den Werken Lenins ist aber bekannt, daß er gegen eine solche Verleumdung scharf protestierte, sich von diesem Unsinn entschieden abgrenzte. Wäre es möglich, daß unsere verehrten Abweichler in der Tat in die Fußtapfen des „Bund“ traten?

Was bleibt nach all dem Gesagten von den Argumenten unserer Abweichler übrig?

Nichts als ein Jonglieren mit der Flagge des Internationalismus und eine Verleumdung Lenins.

Diejenigen, die eine Abweichung zum großrussischen Chauvinismus haben, irren sich sehr, wenn sie glauben, daß die Periode des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion eine Periode des Zerfalls und der Liquidierung der nationalen Kulturen sei. Die Sache verhält sich gerade umgekehrt. Tatsächlich ist die Periode der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus in der Sowjetunion eine Periode der *Blüte* der nationalen Kulturen, die ihrem Inhalt nach sozialistisch und ihrer Form nach national

sind. Sie begreifen offenbar nicht, daß sich die nationalen Kulturen mit der Einführung und Verankerung der allgemeinen Schulpflicht in der Muttersprache *mit neuer Kraft* entfalten müssen. Sie begreifen nicht, daß man die rückständigen Nationalitäten nur dann dem sozialistischen Aufbau wirklich eingliedern können, wenn sich die nationalen Kulturen entwickeln. Sie begreifen nicht, daß gerade darin die Grundlage der Leninschen Politik der *Unterstützung* und *Förderung* der Völker der Sowjetunion bei der Entwicklung ihrer nationalen Kulturen besteht.

Es mag sonderbar erscheinen, daß wir, Anhänger der künftigen *Verschmelzung* der nationalen Kulturen zu einer (der Form wie dem Inhalt nach) gemeinsamen Kultur mit einer gemeinsamen Sprache, gleichzeitig Anhänger des *Aufblühens* der nationalen Kulturen im gegenwärtigen Augenblick, in der Periode der Diktatur des Proletariats, sind. Aber daran ist nichts Sonderbares. Man muß den nationalen Kulturen die Möglichkeit geben, sich zu entwickeln und zu entfalten, alle ihre potentiellen Kräfte zu offenbaren, um die Bedingungen für ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen Kultur mit einer gemeinsamen Sprache zu schaffen. Das Aufblühen der ihrer Form nach nationalen und ihrem Inhalt nach sozialistischen Kulturen unter der Diktatur des Proletariats in *einem* Lande *zum Zwecke* ihrer Verschmelzung zu einer gemeinsamen sozialistischen (der Form wie dem Inhalt nach) Kultur mit gemeinsamer Sprache, wenn das Proletariat in der ganzen Welt gesiegt und der Sozialismus sich im Leben eingebürgert haben wird — darin besteht gerade die Dialektik der Leninschen Problemstellung in der Frage der nationalen Kultur.

Man könnte sagen, daß eine solche Fragestellung „widerspruchsvoll“ sei. Haben wir aber bei uns nicht den gleichen „Widerspruch“ in der Frage des Staates? Wir sind für das Absterben des Staates. Wir sind jedoch gleichzeitig für die Verstärkung der Diktatur des Proletariats, die die stärkste und mächtigste Staatsgewalt ist, die je bestanden hat. Höchste Entwicklung der Staatsmacht zur Vorbereitung der Bedingungen *für* das Absterben der Staatsmacht, so lautet die marxistische Formel. Ist das „widerspruchsvoll“? Jawohl, es ist „widerspruchsvoll“. Dieser Widerspruch ist aber im Leben begründet und widerspiegelt vollständig die Marxsche Dialektik.

Oder nehmen wir die Leninsche Fragestellung über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Lostrennung. Lenin brachte manchmal die These der nationalen Selbstbestimmung auf

die einfache Formel: „Trennung zwecks Vereinigung“. Man überlege sich das nur: Trennung zwecks Vereinigung. Das klingt sogar wie ein Paradox. Indes widerspiegelt diese „widerspruchsvolle“ Formel jene lebendige Wahrheit der Marxschen Dialektik, die den Bolschewiki die Möglichkeit gibt, auf dem Gebiet der nationalen Frage die unzugänglichsten Festungen zu erstürmen.

Das gleiche muß man von der Formel über die nationale Kultur sagen: Aufblühen der nationalen Kulturen (und Sprachen) in der Periode der Diktatur des Proletariats in einem Lande zur Vorbereitung der Bedingungen für ihr Absterben und ihre Verschmelzung zu einer gemeinsamen sozialistischen Kultur (und zu einer gemeinsamen Sprache) in der Periode des Sieges des Sozialismus in der ganzen Welt.

Wer diese Eigenart und diesen „Widerspruch“ unserer Uebergangszeit nicht begriffen hat, wer diese Dialektik der historischen Prozesse nicht begriffen hat, der ist für den Marxismus verloren.

Das Unglück unserer Abweichler ist, daß sie die Marxsche Dialektik nicht verstehen und nicht verstehen wollen.

So verhält es sich mit der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus.

Es ist nicht schwer, zu begreifen, daß diese Abweichung das Bestreben der absterbenden Klassen der ehemals herrschenden großrussischen Nation widerspiegelt, die verlorenen Privilegien wiederzuerlangen.

Daher die Gefahr des großrussischen Chauvinismus als Hauptgefahr in der Partei auf dem Gebiet der nationalen Frage.

Worin besteht das Wesen der Abweichung zum Lokalnationalismus?

Das Wesen der Abweichung zum Lokalnationalismus besteht in dem Bestreben, sich abzusondern und sich in den Grenzen der eigenen nationalen Schale von der Außenwelt abzuschließen, in dem Bestreben, die Klassengegensätze innerhalb der eigenen Nation zu vertuschen, in dem Bestreben, sich vor dem großrussischen Chauvinismus durch die Abkehr vom allgemeinen Strom des sozialistischen Aufbaus zu schützen, in dem Bestreben, nicht zu sehen, was die werktätigen Massen der Nationalitäten der Sowjetunion einander näherbringt und vereinigt, und nur zu sehen, was sie voneinander entfernen kann.

Die Abweichung zum Lokalnationalismus widerspiegelt die Unzufriedenheit der untergehenden Klassen der früher unterdrückten Nationen mit dem Regime der Diktatur des Proletariats,

ihr Bestreben, sich in einem eigenen nationalen Staat abzusondern und dort die eigene Klassenherrschaft aufzurichten.

Die Gefahr dieser Abweichung besteht darin, daß sie den bürgerlichen Nationalismus züchtet, die Einheit der Werktätigen der Völker der Sowjetunion schwächt und den Anhängern der Intervention in die Hände arbeitet.

Das ist das Wesen der Abweichung zum Lokalnationalismus.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, diese Abweichung entschieden zu bekämpfen und die notwendigen Voraussetzungen für die internationale Erziehung der werktätigen Massen der Völker der Sowjetunion zu schaffen.

(*Stalin*, Politischer Bericht des Zentralkomitees an den XVI. Parteitag der KPdSU[B], 27. Juni 1930. „Probleme des Leninismus“, Zweite Folge, S. 391—399, Moskau 1934.)

B. Genosse Stalin über die Gefahr des ukrainischen Nationalismus

In den Erklärungen des Genossen Schumski sind einige richtige Gedanken enthalten. Es ist richtig, daß in der Ukraine eine breite Bewegung für eine ukrainische Kultur und für ein ukrainisches öffentliches Leben begonnen hat und wächst. Es ist richtig, daß diese Bewegung keinesfalls den Händen fremder Elemente überlassen werden darf. Es ist richtig, daß eine ganze Reihe von Kommunisten in der Ukraine den Sinn und die Bedeutung dieser Bewegung nicht versteht und daher keine Maßnahmen trifft, um sie in die Hand zu nehmen. Es ist richtig, daß bei den Kadern unserer Partei- und Sowjetarbeiter, die in der Frage der ukrainischen Kultur und des ukrainischen öffentlichen Lebens immer noch vom Geiste der Ironie und des Skeptizismus durchdrungen sind, ein Umschwung vollzogen werden muß. Es ist richtig, daß Kader von Leuten sorgfältig ausgewählt und geschaffen werden müssen, die fähig wären, die neue Bewegung in der Ukraine zu beherrschen. Das alles ist richtig. Aber Genosse Schumski begeht hierbei mindestens zwei ernste Fehler.

Erstens verwechselt er die Ukrainisierung unseres Partei- und Sowjetapparates mit der Ukrainisierung des Proletariats. Man kann und muß unseren Partei-, Staatsapparat usw., der die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, ukrainisieren, unter Beobachtung eines gewissen Tempos. Man kann aber nicht das Proletariat von oben ukrainisieren. Man kann die russischen Arbeitermassen nicht *zwingen*, auf die russische Sprache und die

russische Kultur zu verzichten und die ukrainische Kultur und Sprache als ihre Kultur und Sprache anzuerkennen. Das widerspricht dem Prinzip der freien Entwicklung der Nationalitäten. Das wäre keine nationale Freiheit, sondern eine eigenartige Form der nationalen Unterdrückung. Zweifellos wird sich die Zusammensetzung des ukrainischen Proletariats ändern, nach Maßgabe der industriellen Entwicklung der Ukraine, nach Maßgabe des Zuflusses ukrainischer Arbeiter aus den umliegenden Dörfern in die Industrie. Zweifellos wird sich die Zusammensetzung des Proletariats der Ukraine ukrainisieren, ebenso wie sich z. B. die Zusammensetzung des Proletariats, sagen wir in Lettland und in Ungarn, die eine Zeitlang deutschen Charakter hatte, später lettisiert, bzw. madjarisiert hat. Das ist aber ein langwieriger, spontaner, natürlicher Prozeß. Diesen spontanen Prozeß durch eine gewaltsame Ukrainisierung des Proletariats von oben zu ersetzen, würde bedeuten, eine utopische und schädliche Politik durchzuführen, die geeignet wäre, bei den nichtukrainischen Schichten des Proletariats der Ukraine einen antiukrainischen Chauvinismus auszulösen. Mir scheint, daß Genosse Schumski die Ukrainisierung unrichtig versteht und dieser letzten Gefahr nicht Rechnung trägt.

Zweitens. Genosse Schumski unterstreicht völlig richtig den positiven Charakter der neuen Bewegung in der Ukraine für eine ukrainische Kultur und für ein ukrainisches öffentliches Leben, sieht aber nicht die Schattenseiten dieser Bewegung. Genosse Schumski sieht nicht, daß diese Bewegung, die durchweg von der nichtkommunistischen Intelligenz geleitet wird, angesichts der Schwäche der nationalen kommunistischen Kader in der Ukraine, in manchen Orten den Charakter des Kampfes für die Entfremdung der ukrainischen Kultur und des ukrainischen öffentlichen Lebens von der allgemeinen sowjetischen Kultur und dem allgemeinen sowjetischen öffentlichen Leben annehmen kann, den Charakter des Kampfes gegen „Moskau“ überhaupt, gegen die Russen überhaupt, gegen die russische Kultur und ihre höchste Errungenschaft, den Leninismus. Ich werde nicht den Beweis führen, daß eine solche Gefahr in der Ukraine immer realer wird. Ich möchte nur sagen, daß sogar einige ukrainische Kommunisten nicht frei von solchen Defekten sind. Ich habe eine so allgemein bekannte Tatsache vor Augen, wie den Artikel des bekannten Kommunisten Chwylewoj in der ukrainischen Presse. Die Forderungen Chwylewojs über die „so-

fortige Derussifizierung des Proletariats“ in der Ukraine, seine Meinung, daß „sich die ukrainische Poesie so schnell wie möglich von der russischen Literatur, von ihrem Stil, entfernen muß“, seine Erklärung, daß „uns die Ideen des Proletariats auch ohne die Moskauer Kunst bekannt sind“, seine Begeisterung für eine gewisse Messiasrolle der ukrainischen „jungen“ Intelligenz, sein lächerlicher und unmarxistischer Versuch, die Kultur von der Politik zu trennen, dies alles klingt jetzt im Munde eines ukrainischen Kommunisten mehr als sonderbar (und kann auch nicht anders klingen). Während die westeuropäischen Proletarier und ihre kommunistischen Parteien für „Moskau“, diese Zitadelle der internationalen revolutionären Bewegung und des Leninismus die größten Sympathien hegen, während die westeuropäischen Proletarier mit Entzücken auf das Banner blicken, das in Moskau flattert, haben die ukrainischen Kommunisten nichts anderes zugunsten „Moskaus“ zu sagen, als die ukrainischen Vertreter der Öffentlichkeit aufzufordern, sich von „Moskau“ „so schnell wie möglich“ zu entfernen. Und das nennt sich Internationalismus! Was soll man von andern ukrainischen Intellektuellen des nichtkommunistischen Lagers sagen, wenn die Kommunisten damit beginnen, in der Sprache des Genossen Chwylewoj zu sprechen, und nicht nur zu sprechen, sondern auch in unserer Sowjetpresse zu schreiben? Genosse Schumski versteht nicht, daß man die neue Bewegung in der Ukraine für die ukrainische Kultur nur dann beherrschen kann, wenn man gegen die Extreme des Genossen Chwylewoj in den Reihen der Kommunisten kämpft. Genosse Schumski versteht nicht, daß man nur im Kampfe gegen solche Extreme die emporsteigende ukrainische Kultur und das ukrainische öffentliche Leben in eine *sowjetische* Kultur und ein *sowjetisches* öffentliches Leben verwandeln kann.

(Stalin. Sammelband „Marxismus und national-koloniale Frage.“ S. 172 ff., russ., 1926.)

B. Genosse Stalin über den Kampf gegen die Abweichung zum Nationalismus in der gegenwärtigen Etappe

Oder nehmen wir z. B. die nationale Frage. Auch hier, in der nationalen Frage, besteht ebenso wie in anderen Fragen bei einem Teil der Partei eine Verwirrung in den Ansichten, die eine gewisse Gefahr erzeugt. Ich habe von der Zähigkeit der

Ueberreste des Kapitalismus gesprochen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Ueberreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen auf dem Gebiet der nationalen Frage viel zäher sind als auf irgendeinem anderen Gebiet. Sie sind zäher, weil sie die Möglichkeit haben, sich im nationalen Gewand gut zu maskieren. Viele glauben, daß der Sündenfall Skrypniks ein Einzelfall, eine Ausnahme von der Regel ist. Das stimmt nicht. Der Sündenfall Skrypniks und seiner Gruppe in der Ukraine ist keine Ausnahme. Genau solche Gehirnverrenkungen kann man bei einzelnen Genossen auch in anderen nationalen Republiken beobachten.

Was bedeutet die Abweichung zum Nationalismus, ganz gleich, ob sie nun eine großrussische oder örtliche Abweichung ist? Die nationalistische Abweichung ist eine Anpassung der internationalistischen Politik der Arbeiterklasse an die nationalistische Politik der Bourgeoisie. Die nationalistische Abweichung spiegelt die Versuche der „eigenen“, „nationalen“ Bourgeoisie wider, das Sowjetsystem zu untergraben und den Kapitalismus wiederaufzurichten. Der Quell beider Abweichungen ist, wie man sieht, der gleiche. Das ist die Abkehr vom leninistischen Internationalismus. Wenn man beide Abweichungen unter Feuer halten will, so muß man vor allem diesen Quell treffen, diejenigen, die den Internationalismus verlassen, ganz gleich, ob es sich um die örtliche oder um die großrussische nationalistische Abweichung handelt.

Man streitet darüber, welche Abweichung eine größere Gefahr darstelle, die großrussische oder die örtliche nationalistische Abweichung. Unter den jetzigen Umständen ist das ein formaler und deshalb zweckloser Streit. Es wäre eine Dummheit, ein für alle Zeiten und Verhältnisse brauchbares fertiges Rezept dafür zu geben, welches die Hauptgefahr sei. Solche Rezepte gibt es überhaupt nicht in der Wirklichkeit. Die Hauptgefahr bildet jene Abweichung, gegen die man zu kämpfen aufgehört hat und also zu einer Gefahr für den Staat hat anwachsen lassen.

In der Ukraine¹ war die ukrainische nationalistische Abweichung noch vor ganz kurzem nicht die Hauptgefahr. Als man

¹Anmerkung der Redaktion. Die nationalistische Abweichung Skrypniks kann in kurzen Zügen mit folgenden Worten des Genossen Postyschew auf dem XVII. Parteitag gekennzeichnet werden: „a) Betrachtung der nationalen Frage als selbständige, für sich allein bestehende Frage, und nicht als Teil der allgemeinen Frage des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats; b) Bekämpfung verschiedener Maßnahmen, die auf die Festi-

aber aufhörte, sie zu bekämpfen, und sie so weit anwachsen ließ, daß sie mit den Interventionisten gemeinsames Spiel machte, da wurde diese Gefahr zur Hauptgefahr. Die Frage der Hauptgefahr in der nationalen Frage wird nicht durch leere formale Streitigkeiten entschieden, sondern durch eine marxistische Analyse der Lage der Dinge im gegebenen Augenblick und durch das Studium der Fehler, die auf diesem Gebiet begangen worden sind.

(Stalin, Bericht auf dem XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU[B], S. 83 ff., Moskau 1934.)

4. Der zweite Fünfjahrplan und die Ueberwindung der wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheit der Völker der Sowjetunion

16. Das festgesetzte Programm der umfassenden Entwicklung der Neubautätigkeit wird große Verschiebungen in der territorialen Verteilung der Produktivkräfte zur Folge haben, und zwar:

a) Auf der Grundlage der Entwicklung der alten Industriezentren entstehen in den östlichen Gebieten der Sowjetunion (Ural, West- und Ostsibirien, Baschkirien, Fernöstlicher Gau, Kasakstan und Mittelasien) neue Stützpunkte der Industrialisierung, werden der Maschinenbau, die Hüttenindustrie, der Kohlenbergbau, die Erdölindustrie, die Erzeugung elektrischer Kraft sowie andere Industriezweige intensiv entwickelt. Für die östlichen Gebiete wird etwa die Hälfte aller Kapitalien ausgegeben, die in die Neubauten der Schwerindustrie investiert werden. 1937 werden die östlichen Gebiete liefern: ein Drittel des gesamten Roheisens gegen ein Viertel im Jahre 1932, über ein Drittel der gesamten Steinkohle gegen ein Viertel im Jahre 1932,

ung des brüderlichen Bundes der der Sowjetunion angehörenden werktätigen Völker gerichtet waren, z. B. der Schaffung eines Volkskommissariats für Landwirtschaft im Unionsmaßstab, einer Unionsakademie für Landwirtschaft; c) Ersetzung der Aufgabe des Kampfes für die Pflege des proletarischen Klassenbewußtseins durch die Aufgabe der Förderung des nationalen Bewußtseins; d) Ersetzung der Aufgabe des Zweifrontenkampfes in der nationalen Frage durch den alleinigen Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus; e) Beschönigung der konterrevolutionären Rolle der Zentralrada und der ukrainischen nationalistischen Parteien; f) Verleumdung der Partei, die angeblich in ihrer Gesamtheit die ukrainische Frage in der Oktoberrevolution unterschätzt hätte; g) zwangsweise Ukrainisierung (in den Schulen); h) Deckung der Tätigkeit nationalistischer Elemente, die in verschiedene Gebiete der theoretischen Front und des Aufbaus der sowjetischen ukrainischen Kultur eingedrungen waren.“

ungefähr ein Fünftel der elektrischen Kraft der Bezirkskraftwerke gegen 6,5 Prozent im Jahre 1932, ein Zehntel der Produktion der Maschinenbauindustrie gegenüber 5 Prozent im Jahre 1932.

b) Vollendung der zweiten Kohlen- und Eisenhüttenbasis der Sowjetunion, des Kombinats Ural-Kusnezsk, auf dessen Bau im zweiten Jahrfünft etwa ein Viertel aller Kapitalinvestitionen in die Volkswirtschaft und mehr als ein Drittel aller Kapitalinvestitionen in die Schwerindustrie entfallen werden. Das Kombinat Ural-Kusnezsk soll 1937 ein Drittel der ganzen Produktion der Eisenhüttenindustrie, mehr als ein Viertel der gesamten Kohlenförderung des Landes, ein Sechstel der durch Bezirkskraftwerke erzeugten Elektroenergie und etwa 10 Prozent der ganzen Maschinenbauproduktion des Landes liefern.

c) Näherbringung der Industrie an die Rohstoffquellen durch Entwicklung neuer Gebiete. In bezug auf die territoriale Verteilung der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie gehen große Veränderungen vor sich: von den 15 Baumwollkombinaten, die im zweiten Jahrfünft gebaut werden, sollen 10 in Mittelasien, Sibirien und Transkaukasien liegen, wodurch die Produktion von Baumwollstoffen, die sich in der Sowjetunion im Durchschnitt verdoppelt, in Mittelasien fast auf das 16fache steigern wird und in diesen Bezirken eine feste Basis der Textilindustrie entsteht. In der Leinenindustrie werden im westlichen Gebiet, im Gorki-Gau und in der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, große Zentren der Leinenverarbeitung geschaffen. Es werden neue Rohstoffbasen für Zuckerfabrikation geschaffen und dort neue Zuckerfabriken gebaut (Westsibirien, Kirgisien, Fernöstlicher Gau, Transkaukasien usw.). In den für die Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe ausschlaggebenden Gebieten werden Lederfabriken, Wollstofffabriken, Oelmühlen und andere Betriebe der Leicht- und der Nahrungsmittelindustrie errichtet. Die Gewinnung von örtlichen Brennstoffen, die die Abhängigkeit einer Reihe von Bezirken von den Brennstoffen verringert, die von weither transportiert werden müssen, soll stark zunehmen.

d) Auf dem Gebiet der Landwirtschaft wird die Lösung der Aufgabe, die wichtigsten Zweige der Landwirtschaft richtig zu verteilen und die Bezirke auf bestimmte Kulturen und landwirtschaftliche Produktionszweige zu spezialisieren, dadurch gesichert, daß die Getreideproduktion in den wichtigsten Getreidegebieten stark gesteigert, Arbeiten zu einer großzügigen Bewässe-

rung des linksseitigen Wolgagebiets in Angriff genommen, stabile Weizenbaugebiete in den zentralen und nördlichen Bezirken geschaffen werden, die Produktion von gewerblichen Nutzpflanzen in den wichtigsten dafür in Frage kommenden Gebieten gewaltig vergrößert wird, während zugleich im Osten ein neues Gebiet des Zuckerrübenbaus geschaffen und der Anbau von neuen hochwertigen Kulturen, besonders in den subtropischen Gebieten, in großem Maßstab entwickelt wird.

e) Auf dem Gebiet des *Verkehrswesens* werden die wichtigsten Verkehrsstraßen in östlicher und südlicher Richtung rekonstruiert und ausgebaut, gleichzeitig wird eine große Gruppe von neuen Eisenbahnen und Wasserstraßen gebaut, die die neuen Industriezentren mit dem allgemeinen Verkehrsnetz der Sowjetunion verbinden und die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Gebiete bilden (Karaganda—Balchasch, Ufa—Sterlitamak, Rubzowka—Ridder, Tomsk—Tschulym, Weißes Meer—Ostseekanal u. a.).

f) In solchen früher industriell *zurückgebliebenen* Gebieten wie Mittelwolga, Tatarien, Nordkaukasien, Zentrales Schwarzerdegebiet, Transkaukasien, Karelien, Murmangau, Ferner Osten, Ostsibirien u. a. geht auf der Grundlage der Entwicklung einer Großindustrie ein großzügiger industrieller Aufbau vor sich.

g) In den *nationalen Republiken und Gebieten* wird eine intensive Aufbauarbeit auf dem Gebiet des Bildungswesens, des Gesundheitsschutzes, der Kunst und der Presse entfaltet werden.

h) Die *alten Industriegebiete* der Sowjetunion werden durch Vertiefung der im ersten Fünfjahrplan eingeleiteten Spezialisierung und gleichmäßigere Verteilung der Industrie innerhalb der Gebiete einen weiteren Aufschwung erfahren.

Der Parteitag stellt fest, daß das festgelegte Programm der territorialen Verteilung der Produktivkräfte im zweiten Jahrfünft die Gewähr dafür schafft, daß die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der nationalen Republiken und Gebiete überwunden, die Produktivkräfte gleichmäßiger verteilt werden, die Industrie den Rohstoffquellen nähergebracht wird, die wichtigsten Gebiete auf bestimmte Kulturen und landwirtschaftliche Produktionszweige spezialisiert werden und die wirtschaftliche Rayonierung im ganzen Lande abgeschlossen wird. ,

(Resolution des XVII. Parteitag der KPdSU[B]. „Ueber den zweiten Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion [1933—1937]“, 1934.)

5. Die internationale Bedeutung der Lösung der nationalen Frage in der UdSSR

Die Oktoberrevolution hat den Imperialismus nicht nur in den Zentren seiner Herrschaft, nicht nur in den „Mutterländern“ erschüttert. Sie hat auch einen Schlag gegen das Hinterland des Imperialismus, gegen seine Peripherie geführt und die Herrschaft des Imperialismus in den kolonialen und abhängigen Ländern untergraben.

Nachdem die Oktoberrevolution die Gutsbesitzer und die Kapitalisten gestürzt hatte, zerschlug sie die Ketten der nationalen und kolonialen Unterdrückung und befreite von ihr ausnahmslos alle unterdrückten Völker des gewaltigen Reiches. Das Proletariat kann sich nicht befreien, ohne die unterdrückten Völker zu befreien. Ein charakteristischer Zug der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie diese nationalen und kolonialen Revolutionen in der UdSSR nicht unter der Fahne der nationalen Feindschaft und der Zusammenstöße zwischen den Nationen durchgeführt hat, sondern unter der Fahne des gegenseitigen Vertrauens und der brüderlichen Annäherung zwischen den Arbeitern und Bauern der Nationalitäten der UdSSR, nicht im Namen des *Nationalismus*, sondern im Namen des *Internationalismus*.

Gerade weil die nationalen und kolonialen Revolutionen bei uns unter der Führung des Proletariats und unter dem Banner des Internationalismus vor sich gegangen sind, eben darum haben sich die Pariavölker, die Sklavenvölker, zum *ersten Male* in der Geschichte der Menschheit auf das Niveau von Völkern aufgeschwungen, die *wirklich* frei und *wirklich* gleich sind, und stecken durch ihr Beispiel die unterjochten Völker der ganzen Welt an.

Das bedeutet, daß die Oktoberrevolution eine neue Epoche *eingeleitet* hat, die Epoche der *kolonialen* Revolutionen, die in den unterdrückten Ländern der Welt im *Bunde* mit dem Proletariat und *unter* seiner Führung durchgeführt werden.

Früher „war es üblich“ zu glauben, die Welt sei von jeher in höhere und niedere Rassen, in Schwarze und Weiße eingeteilt, von denen die ersten zur Zivilisation unfähig und vom Schicksal verurteilt seien, Ausbeutungsobjekte zu sein, die letzteren aber die einzigen Träger der Zivilisation und berufen seien, die ersteren auszubeuten. Jetzt muß diese Legende als zerschlagen und hinweggefegt betrachtet werden. Eines der wich-

tigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser Legende den Todesstoß versetzt und in der Tat bewiesen hat, daß die befreiten nichteuropäischen Völker, die den Weg der Sowjetentwicklung betreten haben, nicht minder befähigt sind, eine *wirklich* fortschrittliche Kultur und eine wirklich fortschrittliche Zivilisation zu entfalten, als die europäischen Völker.

Früher „war es üblich“ zu glauben, die einzige Methode der Befreiung der unterdrückten Völker sei die Methode des *bürgerlichen Nationalismus*, die Methode des Abfalls der Nationen voneinander, die Methode ihrer Lostrennung voneinander, die Methode der Verstärkung der nationalen Feindschaft zwischen den werktätigen Massen verschiedener Nationen. Jetzt ist diese Legende als widerlegt anzusehen. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der *proletarischen internationalen* Methode der Befreiung der unterdrückten Völker als der einzig richtigen Methode erwiesen hat, indem sie in der Tat die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des *brüderlichen Bündnisses* der Arbeiter und Bauern der verschiedensten Völker auf der Grundlage der *Freiwilligkeit* und des *Internationalismus* bewiesen hat. Das Bestehen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die ein Vorbild des künftigen Zusammenschlusses der Werktätigen aller Länder zu einer einheitlichen Weltwirtschaft sind, muß als direkter Beweis dafür gelten.

Es braucht nicht besonders ausgeführt zu werden, daß diese und ähnliche Ergebnisse der Oktoberrevolution nicht ohne ersten Einfluß auf die revolutionäre Bewegung in den kolonialen und abhängigen Ländern bleiben konnten und können. Solche Tatsachen, wie das Anwachsen der revolutionären Bewegung der unterdrückten Völker in China, Indonesien, Indien usw. und die steigenden Sympathien dieser Völker gegenüber der UdSSR sprechen unzweifelhaft dafür.

Die Ära der ungehinderten Ausbeutung und Unterdrückung der Kolonien und der abhängigen Länder ist *vorbei*.

Die Ära der Befreiungsbewegung in den Kolonien und abhängigen Ländern, die Ära des Erwachens *des Proletariats* dieser Länder, die Ära seiner *Hegemonie* in der Revolution hat begonnen.

(Stalin. Die Oktoberrevolution. „Der internationale Charakter der Oktoberrevolution“, S. 176 ff., 1927.)

... Genossen, es ist euch bekannt, was wir repräsentieren. Wir, als Sowjetföderation, repräsentieren heute durch den Willen der historischen Geschehnisse den Vortrupp der Weltrevolution. Es ist euch bekannt, daß wir zum erstenmal die kapitalistische Gesamtfrente durchbrochen haben, und daß uns das Los zuteil wurde, allen anderen voraus zu sein. Es ist euch bekannt, daß wir in unserem Vormarsch bis nach Warschau vordrangen und dann den Rückzug antraten und uns in jenen Stellungen festsetzten, die wir für die sichersten hielten... Vormarschieren nach unserem Mißerfolg bei Warschau (wir wollen die Wahrheit nicht verheimlichen), vormarschieren konnten wir nicht, weil wir sonst Gefahr liefen, uns von unserem Hinterland zu trennen, das ja bäuerlich ist, und schließlich weil wir Gefahr liefen, uns von jenen Reservaten der Revolution, die uns durch den Willen der Geschehnisse gegeben wurden, von den westlichen und östlichen Reservaten zu weit zu entfernen. Eben deshalb vollzogen wir im Innern des Landes eine Schwenkung zur Neuen Oekonomischen Politik und nach außen eine Schwenkung in der Richtung einer Verlangsamung des Vormarsches, da wir uns dafür entschieden, daß man Atem holen, die Wunden heilen müsse, die Wunden des Vortrupps des Proletariats, daß man den Kontakt mit dem bäuerlichen Hinterland herstellen müsse, unter den Reservaten, die hinter uns zurückgeblieben waren, unter den westlichen und östlichen Reservaten, den schweren Reservaten, welche das Haupthinterland des Weltkapitalismus bilden, weitere Arbeit leisten müsse. Um diese Reservaten, um die schweren östlichen Reservaten, die gleichzeitig das Hinterland des Weltimperialismus bilden, handelt es sich bei der Erörterung der nationalen Frage.

Eins von beiden: entweder bringen wir das weite Hinterland des Imperialismus — d. h. die östlichen Kolonial- und Halbkolonialländer in Bewegung, revolutionieren sie und beschleunigen damit den Sturz des Imperialismus, oder wir versagen hier und festigen damit den Imperialismus und schwächen unsere Bewegung. So steht die Frage.

Es handelt sich darum, daß der ganze Osten unsere Sowjetunion als Versuchsfeld betrachtet. Entweder lösen wir im Rahmen dieser Union die nationale Frage richtig in ihrer praktischen Anwendung, entweder stellen wir hier, im Rahmen dieser Union, wirklich brüderliche Beziehungen zwischen den Völkern, eine wirkliche Arbeitsgemeinschaft her, — und dann wird der ganze Osten sehen, daß er in unserer Föderation das Banner der Befrei-

ung und den Vortrupp besitzt, in dessen Fußtapfen er treten muß, was den Anfang des Zusammenbruchs des Weltimperialismus bedeutet. Oder wir begehen hier, im Rahmen der ganzen Föderation, Fehler, untergraben das Vertrauen der ehemals unterdrückten Völker zum Proletariat Rußlands und nehmen der Sowjetunion die Anziehungskraft, die sie für den Osten hat, — und dann wird der Imperialismus gewinnen und wir verlieren.

Darin besteht die internationale Bedeutung der nationalen Frage.

(*Stalin*. Bericht über die nationale Frage auf dem XII. Parteitag der KPR[B] 1923.)

LITERATUR

- Lenin:** Thesen über die nationale Frage (Sämtliche Werke, Bd. XVI, russ.).
 „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ (Bd. XVII).
 „Ueber das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Bd. XVII).
 „Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Bd. XVIII).
 „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ (Bd. XIX).
 „Ueber die Junibeschlüsse“ (Bd. XIX).
 „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Bd. XIX).
 Referat auf dem II. Allrussischen Kongreß der Kommunistischen Organisation der Ostvölker (Bd. XXIV, russ.).
 Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage (Bd. XXV).
 Rede auf dem II. Kongreß der Komintern über die nationale und koloniale Frage (Bd. XXV).
- Stalin:** „Marxismus und nationale Frage“ (Im Sammelband „Marxismus und national-koloniale Frage“, russ., deutsche Ausgabe in Vorbereitung).
 Referat und Schlußwort auf der Aprilkonferenz 1917 (russ.).
 Referat und Schlußwort über die nationale Frage auf dem X. Parteitag der KPdSU(B), (russ.).
 Referat und Schlußwort über die nationale Frage auf dem XII. Parteitag der KPdSU(B), (russ.).
 Bericht auf dem XVII. Parteitag der KPdSU(B), III. Abschnitt, Teil „Die Führung in innerparteilichen Angelegenheiten“ (Probleme des Leninismus“, Zweite Folge).
 Bericht auf dem XVII. Parteitag der KPdUS(B), III. Abschnitt, 1. Teil „Die Fragen der ideologisch-politischen Leitung“ (im Sammelband „Der Sozialismus siegt“).
 „Der Oktoberumsturz und die nationale Frage“ (im Sammelband „Die Oktoberrevolution“).
 „Die Oktoberrevolution und die nationale Politik der russischen Kommunisten“ (im Sammelband „Die Oktoberrevolution“).

„Ueber die politischen Aufgaben der Universität der Ostvölker“
 („Probleme des Leninismus“, Erste Folge).
 Resolution des X. Parteitags der KPR(B) über die nationale
 Frage (russ.).
 Resolution des XII. Parteitags der KPR(B) über die nationale
 Frage (russ.).
 Thesen des VI. Kongresses der Komintern „Ueber die revolutionäre
 Bewegung in den kolonialen und halbkolonialen Ländern.“

INHALTSVERZEICHNIS

<i>I. Die Problemstellung des Leninismus in der nationalen und kolonialen Frage</i>	3
1. Genosse Stalin über die Problemstellung des Leninismus in der nationalen und kolonialen Frage	3
2. „Was ist Nation und nationale Bewegung?“	8
3. Drei Perioden der historischen Entwicklung der nationalen Frage	29
4. Die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen durch das Proletariat als Vorbedingung seiner eigenen Befreiung	33
5. Die historisch-konkrete Fragestellung über das Verhältnis zu den nationalen Bewegungen im Marxismus-Leninismus	39
6. Die Annäherung der proletarischen und werktätigen Massen aller Nationen zum gemeinsamen Kampf als Grundprinzip der proletarischen Politik in der nationalen Frage	42
<i>II. Die nationale und koloniale Frage und die sozialistische Weltrevolution (Das Programm des Bolschewismus in der nationalen und kolonialen Frage)</i>	46
1. Genosse Stalin über die Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die proletarische Revolution	46
2. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bis zur staatlichen Lostrennung als Hauptlosung des nationalen Programms des Bolschewismus	50
A. Die Leninsche Losung vom Rechte der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung	51
B. Die Hauptforderungen des bolschewistischen Programms in der nationalen Frage	57
Der Kampf der Partei für das Leninsche Programm in der nationalen Frage gegen den Sozialchauvinismus und Zentrismus	61
A. Der Kampf gegen die Ablehnung der Losung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch den Sozialchauvinismus	61
B. Die Entlarvung des bürgerlich-nationalistischen Wesens der Losung der „national-kulturellen Autonomie“	63
4. Der Kampf der Partei für das Leninsche Programm in der nationalen Frage gegen das Luxemburgianertum	75

A. Die Unmöglichkeit des revolutionären Kampfes für den Sozialismus ohne revolutionären Kampf für die Lösung der nationalen Frage	75	C. Die Aufgaben der Nationalitätenpolitik des Proletariats an der Macht	148
B. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen als einziger Weg zu ihrer internationalen Einheit	77	D. Die Aufgabe des sozialistischen Aufbaus und der Entwicklung der, der Form nach nationalen, dem Inhalt nach proletarischen Kultur in den Sowjetrepubliken des Ostens	153
C. Das Luxemburgianertum in der nationalen Frage als Hinabgleiten zur Position des „direkten, offenen Annexionismus“	84	3. Der Kampf gegen die Abweichungen in der nationalen Frage in den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats	156
5. Die Leninsche Kritik der Bucharinschen Lösung der „Selbstbestimmung der Werktätigen“	89	A. Genosse Stalin über den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen Nationalismus	156
III. Die nationale und koloniale Frage und die proletarische Weltrevolution (Die kolonialen Revolutionen und die nationalen Bewegungen in Europa in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus)	93	B. Genosse Stalin über die Gefahr des ukrainischen Nationalismus	164
1. Die kolonialen Revolutionen, ihre Triebkräfte, Entwicklungsperspektiven, die Strategie und Taktik der Komintern	93	C. Genosse Stalin über den Kampf gegen die Abweichung zum Nationalismus in der gegenwärtigen Etappe	166
A. Das Wesen der imperialistischen Politik in den Kolonien und die charakteristischen Merkmale der kolonialen Oekonomie	93	4. Der zweite Fünfjahrplan und die Ueberwindung der wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheit der Völker der Sowjetunion	168
B. Das Programm der Komintern über die revolutionären Bewegungen in den kolonialen Ländern	99	5. Die internationale Bedeutung der Lösung der nationalen Frage in der UdSSR	171
C. Die Triebkräfte der kolonialen Revolution, die Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien in den revolutionären Bewegungen der Kolonialländer.	101		
D. Die kolonialen Revolutionen in der gegenwärtigen Etappe	113		
2. Der Kampf für die Leninsche Strategie und Taktik in der chinesischen Revolution	114		
A. Der Kampf gegen den Trotzismus in den Fragen der chinesischen Revolution	114		
B. Der Kampf gegen die rechtsopportunistischen Fehler der KP Chinas in der chinesischen Revolution 1925—1927	120		
C. Die Besonderheiten der revolutionär-demokratischen Diktatur in China	121		
3. Die nationale Frage im Nachkriegseuropa	122		
A. Die Verschärfung der nationalen Gegensätze nach dem imperialistischen Krieg	122		
B. Der Kampf des Genossen Stalin um die Leninsche Lösung der nationalen Frage im Nachkriegseuropa	123		
C. Die Komintern über die nationale Frage in Mitteleuropa und auf dem Balkan	137		
IV. Die nationale Frage unter der Diktatur des Proletariats	142		
1. Die Oktoberrevolution und die nationale Frage	142		
2. Die Grundlagen der nationalen Politik der Partei und der Sowjetmacht	145		
A. Das Programm der KPdSU(B) in der nationalen Frage	145		
B. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als Staatsform der Arbeitsgemeinschaft der Völker unter der Diktatur des Proletariats	146		

LENINISMUS

LESEHEFTE FÜR SCHULEN UND SELBSTUNTERRICHT

Zusammengestellt aus den Werken der großen Lehrer des Proletariats

HEFT VII

STRATEGIE UND TAKTIK



VERLAGSGENOSSENSCHAFT AUSLÄNDISCHER
ARBEITER IN DER UdSSR | MOSKAU 1936

I. WIE STELLT DER LENINISMUS DIE FRAGE DER STRATEGIE UND TAKTIK?

1. Genosse Stalin über die Strategie und Taktik des Bolschewismus als Wissenschaft von der Leitung des Klassenkampfes des Proletariats

Die Periode der Herrschaft der II. Internationale war vorwiegend die Periode der Formierung und der Schulung der proletarischen Armeen unter den Verhältnissen einer mehr oder weniger friedlichen Entwicklung. Es war die Periode des Parlamentarismus als der vorwiegenden Form des Klassenkampfes. Die Fragen der großen Zusammenstöße der Klassen, der Vorbereitung des Proletariats zu revolutionären Kämpfen, der Wege zur Eroberung der Diktatur des Proletariats standen damals, wie es schien, nicht auf der Tagesordnung. Die Aufgabe bestand darin, alle Wege der legalen Entwicklung zur Formierung und Schulung der proletarischen Armee auszunutzen, den Parlamentarismus den Bedingungen entsprechend auszunutzen, bei denen das Proletariat in der Lage der Opposition blieb und, wie es schien, auch bleiben sollte. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß in einer solchen Periode und bei einer solchen Auffassung der Aufgaben des Proletariats es weder eine ausgebaute Strategie noch eine festumrissene Taktik geben konnte. Wohl gab es Bruchstücke, einzelne Gedanken über Taktik und Strategie, aber eine Taktik und Strategie hat es nicht gegeben.

Die Todsünde der II. Internationale besteht nicht darin, daß sie seinerzeit die Taktik der Ausnützung der parlamentarischen Kampfformen befolgte, sondern darin, daß sie die Bedeutung dieser Formen überschätzte, in ihnen fast die einzig möglichen Kampfformen sah, und daß, als die Periode der offenen revolutionären Kämpfe heranbrach und die Frage der außerparlamente-

tarischen Kampfformen in den Vordergrund trat, die Parteien der II. Internationale sich von den neuen Aufgaben abgewandt, sie zurückgewiesen haben.

Erst in der folgenden Periode, in der Periode der offenen Aktionen des Proletariats, in der Periode der proletarischen Revolution, als die Frage des Sturzes der Bourgeoisie zu einer Frage der unmittelbaren Praxis, als die Frage nach den Reserven des Proletariats (Strategie) zu einer der brennendsten Fragen wurde, als alle Formen des Kampfes und der Organisation — sowohl die parlamentarischen wie die außerparlamentarischen (Taktik) — mit voller Bestimmtheit hervortraten, — erst in dieser Periode konnten eine ausgebaute Strategie und eine festumrissene Taktik des Kampfes des Proletariats ausgearbeitet werden. Die genialen Gedanken von Marx und Engels über Taktik und Strategie, die die Opportunisten der II. Internationale eingesargt hatten, wurden gerade in dieser Periode von Lenin wieder ans Licht gezogen. Aber Lenin beschränkte sich nicht auf die Wiederherstellung der einzelnen taktischen Richtlinien von Marx und Engels. Er entwickelte sie weiter und ergänzte sie durch neue Gedanken und Richtlinien, indem er all dies zu einem System von Regeln und leitenden Grundsätzen über die Leitung des Klassenkampfes des Proletariats vereinigte. Solche Schriften Lenins wie „Was tun?“, „Zwei Taktiken“, „Der Imperialismus“, „Staat und Revolution“, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, „Die Kinderkrankheit . . .“ werden zweifellos als wertvollster Beitrag in die allgemeine Schatzkammer des Marxismus, in sein revolutionäres Arsenal eingehen. Die Strategie und Taktik des Leninismus ist die Wissenschaft von der Leitung des revolutionären Kampfes des Proletariats.

(Stalin, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, Verlagsgenossenschaft Ausländischer Arbeiter in der UdSSR, Moskau 1932, S. 78-79.)

2. Die Grundprinzipien der Strategie und Taktik des Proletariats und deren Vorbilder bei Marx und Engels

Nachdem Marx schon 1844/45 einen der Grundmängel des alten Materialismus klargelegt hatte, den nämlich, daß er die

Bedingungen der revolutionären praktischen Tätigkeit nicht zu begreifen und ihre Bedeutung nicht einzuschätzen gewußt hatte, widmete er sein ganzes Leben hindurch neben den theoretischen Arbeiten den Fragen der Taktik des proletarischen Klassenkampfes unablässige Aufmerksamkeit. *Sämtliche* Werke von Marx, insbesondere sein 1913 herausgegebener vierbändiger Briefwechsel mit Engels, liefern in dieser Hinsicht ein ungeheures Material. Dieses Material ist noch lange nicht vollständig gesammelt, zusammengefaßt, studiert und durchgearbeitet. Deshalb müssen wir uns hier auf ganz allgemeine und kurze Bemerkungen beschränken, wobei wir betonen, daß Marx den Materialismus ohne *diese* Seite zu Recht für halb, einseitig und totenhaft hielt. Die Hauptaufgabe der Taktik des Proletariats bestimmte Marx in strenger Uebereinstimmung mit allen Prämissen seiner materialistisch-dialektischen Weltanschauung. Nur die objektive Berücksichtigung der Gesamtheit der Wechselbeziehungen samt und sonders aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft, und daher auch die Berücksichtigung der objektiven Entwicklungsstufe dieser Gesellschaft wie die der Wechselbeziehungen zwischen ihr und andern Gesellschaften, kann als Grundlage für eine richtige Taktik der voranmarschierenden Klasse dienen. Dabei werden alle Klassen und alle Länder nicht in ihrer Statik, sondern in ihrer Dynamik betrachtet, d. h. nicht im starren Zustande, sondern in der Bewegung (deren Gesetze aus den ökonomischen Existenzbedingungen jeder Klasse entspringen). Die Bewegung wiederum wird nicht nur vom Standpunkt der Vergangenheit betrachtet, sondern auch von dem der Zukunft, und zwar nicht nach der platten Auffassung der „Evolutionisten“, die nur langsame Veränderungen sehen, sondern dialektisch: es seien in dergleichen großen Entwicklungen 20 Jahre nicht mehr als ein Tag, schrieb Marx an Engels, „obgleich nachher wieder Tage kommen können, worin sich 20 Jahre zusammenfassen“. . . Auf jeder Entwicklungsstufe, in jedem Moment muß die Taktik des Proletariats diese objektiv unvermeidliche Dialektik der menschlichen Geschichte berücksichtigen, einerseits indem sie die Epochen der politischen Stagnation oder der schneckengleich langsamen, sogenannten „friedlichen“ Entwicklung zur Entwicklung des Bewußtseins, der Kraft und Kampffähigkeit der voranmarschierenden Klasse ausnutzt, und andererseits indem sie die ganze Arbeit dieser Ausnutzung in der Richtung auf das „Endziel“ der Bewegung der betreffenden Klasse leistet, um sie fähig zu machen zur praktischen Lösung

der großen Aufgaben in den großen Tagen, „worin sich zwanzig Jahre zusammenfassen“. Zu diesem Punkte sind zwei Aeußerungen von Marx von besonderer Wichtigkeit: die eine im „Elend der Philosophie“ über den ökonomischen Kampf und die ökonomischen Organisationen des Proletariats, die andere im „Kommunistischen Manifest“ über seine politischen Aufgaben. Die erste lautet: „Die große Industrie drängt an einem einzigen Ort eine Menge einander unbekannter Leute zusammen. Die Konkurrenz trennt sie nach ihren Interessen. Aber die Behauptung des Lohnes, dieses Interesse, das ihnen gemeinsam ist ihrem Unternehmer (maitre) gegenüber, vereinigt sie in ein und demselben Gedanken des Widerstands — Koalition . . . Die zuerst vereinzelt Koalitionen bilden Gruppen, und angesichts des immer vereinigten Kapitals wird die Erhaltung der Assoziation für sie viel wichtiger als die Behauptung des Lohnes . . . In diesem Kampfe — einem wirklichen Bürgerkrieg — vereinigen und entwickeln sich alle notwendigen Elemente für eine zukünftige Schlacht. Ist einmal dieser Punkt erreicht, dann nimmt die Assoziation einen politischen Charakter an.“ Hier haben wir Programm und Taktik des ökonomischen Kampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung auf einige Jahrzehnte hinaus, für die ganze lange Epoche der Vorbereitung der Kräfte des Proletariats „für eine zukünftige Schlacht“. Dem muß man die zahlreichen Hinweise von Marx und Engels hinzufügen, die am Beispiel der englischen Arbeiterbewegung zeigen, wie die industrielle „Prosperität“ Versuche hervorruft, „das Proletariat zu kaufen“ . . . es vom Kampfe abzulenken; wie diese Prosperität überhaupt die Arbeiter „demoralisiert“ . . . ; wie das englische Proletariat „verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen (die englische) es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat neben der Bourgeoisie zu besitzen“ . . . ; wie aus ihm die „revolutionäre Energie“ „verduftet“ . . . ; wie man mehr oder minder lange abwarten muß, bis „die englischen Arbeiter von ihrer scheinbaren Bourgeoisansteckung sich befreien“ . . . ; wie der englischen Arbeiterbewegung „das mettle (der feurige Geist) der alten Chartisten fehlt“ . . . ; wie die englischen Arbeiterführer eine Art Mittelding werden „zwischen den radikalen Bourgeois und den Arbeitern“ . . . ; wie infolge der Monopolstellung Englands und solange diese Monopolstellung nicht zerstört ist „der British working man (der britische Arbeiter) eben nicht weiter will“ Die Taktik des ökonomischen Kampfes im

Zusammenhang mit dem allgemeinen Gang (*und Ausgang*) der Arbeiterbewegung wird hier von einem bewunderswert umfassenden, allseitigen, dialektischen, wahrhaft revolutionären Standpunkt betrachtet.

Das „Kommunistische Manifest“ stellte für die Taktik des politischen Kampfes den folgenden Grundsatz des Marxismus auf: „Sie (die Kommunisten) kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung.“ Demgemäß unterstützte Marx im Jahre 1848 in Polen die Partei der „agrarischen Revolution“, „dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief“. In Deutschland unterstützte Marx in den Jahren 1848 und 1849 die extreme revolutionäre Demokratie, und er nahm in der Folge niemals etwas von dem zurück, was er damals über die Taktik gesagt hatte. Die deutsche Bourgeoisie betrachtete er als ein Element, das „von vornherein zum Verrat gegen das Volk“ (nur ein Bündnis mit der Bauernschaft hätte der Bourgeoisie die volle Verwirklichung ihrer Ziele verschaffen können) „und zum Kompromiß mit dem gekrönten Vertreter der alten Gesellschaft geneigt“. Das ist die von Marx gegebene abschließende Analyse der Klassenlage der deutschen Bourgeoisie in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolution — übrigens ein Musterbeispiel des Materialismus, der die Gesellschaft in ihrer Bewegung betrachtet, und zwar nicht nur von der Seite der Bewegung, die *nach rückwärts* gerichtet ist . . . „ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, knurrend gegen oben, zitternd gegen unten . . . eingeschüchtert vom Weltsturm . . . Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen . . . ohne Initiative . . . — ein vermaledeiter Greis, der sich dazu verdammt sah, die ersten Jugendströmungen eines robusten Volks in seinem eigenen altersschwachen Interesse zu leiten . . .“ Ungefähr zwanzig Jahre später bezeichnete Marx in einem Brief an Engels . . . als die Ursache für das Mißlingen der Revolution von 1848, daß die Bourgeoisie „die Ruhe mit der Knechtschaft der bloßen *Aussicht* des Kampfes mit der Freiheit vorgezogen“ habe. Als die Epoche der Revolution von 1848/49 zu Ende war, trat Marx gegen jede Revolutionsspielerei auf (Schapper-Willich und der Kampf mit ihnen) und verlangte, daß man in der neuen Epoche zu arbeiten verstehe, die quasi „friedlich“ die neuen Revolutionen vorbereite. In welchem Geiste Marx die Durchführung dieser Arbeit forderte

wird ersichtlich aus folgender Einschätzung der Lage in Deutschland zur Zeit der schwärzesten Reaktion, im Jahre 1856: „The whole thing in Germany (die ganze Sache in Deutschland) wird abhängen von der Möglichkeit to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasant's war (die proletarische Revolution durch eine Art zweiter Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen)“. . . Solange die demokratische (die bürgerliche) Revolution in Deutschland nicht vollendet war, richtete Marx in der Taktik des sozialistischen Proletariats seine ganze Aufmerksamkeit auf die Entfaltung der demokratischen Energie der Bauernschaft. Er war der Ansicht, daß die Haltung Lassalles „objektiv . . . ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen“ war . . ., unter anderem gerade weil er „den Junkern und dem preußischen Nationalismus Vorschub leistete“. „In einem vorwiegenden Ackerbauland . . .“ — schrieb Engels 1865 in einem Gedankenaustausch mit Marx anlässlich einer geplanten gemeinsamen Erklärung in der Presse — ist „es eine Gemeinheit . . ., im Namen des industriellen Proletariats über die Bourgeoisie ausschließlich herzufallen, daneben aber der patriarchalischen Prügexploitation des Landproletariats durch den großen Feudaladel mit keinem Wort zu gedenken.“ In der Periode von 1864 bis 1870, als die Epoche der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution in Deutschland, die Epoche des Kampfes der Ausbeuterklassen in Preußen und Oesterreich für diese oder jene Methode der Vollendung dieser Revolution *von oben*, zu Ende ging, verurteilte Marx nicht nur Lassalle, der mit Bismarck geliebäugelt hatte, sondern wies auch Liebknecht zurecht, der in „Austrophilie“ verfiel und den Partikularismus verteidigte; Marx forderte eine revolutionäre Taktik, die mit gleicher Schonungslosigkeit den Kampf gegen Bismarck wie gegen die Austrophilen führe, — eine Taktik, die sich dem „Sieger“, dem preußischen Junker, nicht anpasse, sondern unverzüglich den revolutionären Kampf mit ihm von neuem aufnehme, *und zwar auf der Grundlage*, die durch die militärischen Siege der Preußen hergestellt war . . . In der berühmten Adresse der Internationale vom 9. September 1870 warnte Marx das französische Proletariat vor einem vorzeitigen Aufstand; als der Aufstand aber dennoch ausbrach (1871), da begrüßte Marx mit Begeisterung die „himmelstürmende“ revolutionäre Initiative der Massen (Brief Marx' an Kugelmann). Eine Niederlage der revolutionären Aktion in dieser Situation, wie in vielen anderen, war vom Marxschen Standpunkt

des dialektischen Materialismus im allgemeinen Gang *und Ausgang* des proletarischen Kampfes ein kleineres Uebel als ein Verzicht auf die besetzte Position, als kampflose Uebergabe; eine solche Kapitulation hätte das Proletariat demoralisiert und seine Kampffähigkeit untergraben. Marx, der die Ausnutzung der legalen Kampfmittel in Perioden der politischen Stagnation und der Herrschaft der bürgerlichen Legalität voll einschätzte, verurteilte in den Jahren 1877—1878, nach Erlaß des Sozialistengesetzes, scharf die „revolutionäre Phrase“ eines Most, aber nicht minder heftig, wenn nicht noch heftiger, wandte er sich gegen den Opportunismus, der sich damals vorübergehend der offiziellen sozialdemokratischen Partei bemächtigte, die nicht sofort genügend Festigkeit, Standhaftigkeit, revolutionäre Haltung und Bereitschaft an den Tag legte, um in Erwiderung auf das Ausnahmegesetz zum illegalen Kampf überzugehen . . .

(*Lenin, Sämtliche Werke, Band XVIII, „Karl Marx“, S. 40-45.*)

3. Konkrete Leitung, Berücksichtigung der Eigenart der Situation — das ist die wichtigste Besonderheit der Leninschen Strategie und Taktik

. . . Indem die Arbeiterbewegung überall eine im Grunde genommen gleichartige Vorbereitungsschule zum Sieg über die Bourgeoisie durchmacht, vollzieht sie diese Entwicklung in jedem Lande *auf eigene Weise*. Dabei schreiten die großen vorgeschrittenen kapitalistischen Länder auf diesem Wege *viel schneller* vorwärts als der Bolschewismus, der von der Geschichte eine fünfzehnjährige Frist erhalten hat, um sich als organisierte politische Strömung auf den Sieg vorzubereiten. Die III. Internationale hat in der kurzen Zeit eines Jahres bereits einen entscheidenden Sieg davongetragen, hat die gelbe, sozialchauvinistische II. Internationale geschlagen, die noch vor wenigen Monaten unvergleichlich stärker war als die III., fest und stark zu sein schien und die allseitige — direkte und indirekte, materielle (Ministersessel, Pässe, Presse) und ideelle — Unterstützung der Weltbourgeoisie genoß.

Alles kommt jetzt darauf an, daß die Kommunisten eines jeden Landes sowohl die grundsätzlichen Hauptaufgaben des Kampfes gegen den Opportunismus und den „linken“ Doktrinarismus als

auch die *konkreten Besonderheiten*, die dieser Kampf in jedem einzelnen Lande entsprechend der Eigenart seiner Wirtschaft, Politik und Kultur, seiner nationalen Zusammensetzung (Irland usw.), seiner Kolonien, seiner religiösen Gliederung usw. usf. annimmt und unvermeidlich annehmen muß, ganz bewußt in Rechnung stellen. Ueberall wächst und verbreitert sich fühlbar die Unzufriedenheit mit der II. Internationale, sowohl wegen ihres Opportunismus als auch wegen ihres Unvermögens oder ihrer Unfähigkeit, ein wirklich zentralisiertes, wirklich leitendes Zentrum zu schaffen, das fähig wäre, die internationale Taktik des revolutionären Proletariats in seinem Kampfe für die Welt-Räte-republik zu leiten. Man muß sich klar darüber sein, daß ein solches leitendes Zentrum auf keinen Fall die taktischen Kampfregeln schablonenhaft festsetzen, mechanisch ausgleichen und identifizieren darf. Solange nationale und staatliche Unterschiede zwischen den Völkern und Ländern bestehen — und diese Unterschiede werden sich noch sehr, sehr lange sogar nach der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats in der ganzen Welt erhalten —, erfordert die Einheitlichkeit der internationalen Taktik der kommunistischen Arbeiterbewegung aller Länder nicht die Beseitigung der Verschiedenartigkeit, nicht die Abschaffung der nationalen Unterschiede (das wäre im gegebenen Augenblick eine sinnlose Phantasterei), sondern eine solche Anwendung der *grundlegenden* Prinzipien des Kommunismus (Sowjetmacht und Diktatur des Proletariats), bei der diese Prinzipien *in den Einzelheiten richtig modifiziert* und den nationalen und national-staatlichen Verschiedenheiten richtig angepaßt, auf sie angewandt werden. Das besondere Nationale, das spezifisch Nationale in den *konkreten Methoden* eines jeden Landes bei der Lösung der *einheitlichen* internationalen Aufgabe, beim Sieg über den Opportunismus und den radikalen Doktrinarismus innerhalb der Arbeiterbewegung, beim Sturz der Bourgeoisie, bei der Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erfassen — das ist die Hauptaufgabe aller vorgeschrittenen (und nicht nur der vorgeschrittenen) Länder im gegenwärtigen historischen Augenblick. Das Wichtigste — natürlich bei weitem noch nicht alles, aber doch das Wichtigste — ist mit der Heranziehung der Vorhut der Arbeiterklasse, mit ihrem Uebergang auf die Seite der Sowjetmacht gegen den Parlamentarismus, auf die Seite der Diktatur des Proletariats gegen die bürgerliche Demokratie bereits getan. Jetzt muß man

alle Kräfte, die ganze Aufmerksamkeit auf den *nächsten* Schritt konzentrieren, der weniger wichtig zu sein scheint — und es von einem gewissen Standpunkt auch wirklich ist —, der aber dafür der praktischen Lösung der Aufgabe praktisch näher steht: und zwar auf die Ausfindigmachung der Form des *Uebergangs* oder des *Herankommens* an die proletarische Revolution . . .

. . . Die Geschichte im allgemeinen, die Geschichte der Revolutionen im besonderen, war stets inhaltsreicher, mannigfaltiger, vielseitiger, lebendiger, „schlauer“, als die besten Parteien, die klassenbewußtesten Vortrupps der vorgeschrittensten Klassen es sich vorstellen. Das ist auch verständlich, denn die besten Vortrupps bringen das Bewußtsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Zehntausenden zum Ausdruck, die Revolution aber wird in Augenblicken eines besonderen Aufschwungs und einer besonderen Anspannung aller menschlichen Fähigkeiten durch das Bewußtsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Dutzenden Millionen verwirklicht, die vom schärfsten Klassenkampf angepeitscht werden. Hieraus ergeben sich zwei sehr wichtige praktische Schlußfolgerungen: erstens, daß die revolutionäre Klasse zur Verwirklichung ihrer Aufgabe es verstehen muß, *alle* Formen oder Seiten der gesellschaftlichen Tätigkeit ohne die geringste Ausnahme zu beherrschen (wobei sie nach der Eroberung der politischen Macht, mitunter mit großem Risiko, unter ungeheurer Gefahr, das zu Ende führt, was sie bis dahin nicht beendet hat); zweitens, daß die revolutionäre Klasse für die schnellste und plötzlichste Ablösung der einen Form durch die andere gerüstet sein muß.

(*Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, S. 279-281, 284-285 [1920].*)

4. Die internationale Bedeutung der Strategie und Taktik des Bolschewismus

Die Taktik der Bolschewiki war richtig, sie war die *einzig* internationalistische Taktik, denn sie basierte nicht auf der feigen Furcht vor der Weltrevolution, nicht auf dem spießbürgerlichen „Unglauben“ an sie, nicht auf dem beschränkten nationalistischen Wunsch, das „eigene“ Vaterland (das Vaterland der eigenen Bourgeoisie) zu verteidigen und auf alles andere zu „pfeifen“ —

sie basierte auf der richtigen (vor dem Kriege, vor dem Renegatentum der Sozialchauvinisten und Sozialpazifisten allgemein anerkannten) *Einschätzung* der europäischen revolutionären Situation. Diese Taktik allein war internationalistisch, denn sie leistete das Höchstmaß dessen, was in *einem* Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist. Diese Taktik ist durch einen gewaltigen Erfolg gerechtfertigt worden, denn der Bolschewismus ist (durchaus nicht wegen der Verdienste der russischen Bolschewiki, sondern kraft der allgemeinen großen Sympathie der *Massen* für eine wirklich revolutionäre Taktik) zum *Weltbolschewismus* geworden, er hat eine Idee, eine Theorie, ein Programm, eine Taktik gegeben, die sich konkret, praktisch vom Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus unterscheidet. Der Bolschewismus hat der alten, verfaulten Internationale der Scheidemann und Kautsky, Renaudel und Longuet, Henderson und Macdonald den Garaus gemacht, die jetzt bei ihren Träumen von „Einigkeit“ und bei der Wiedererweckung dieses Leichnams einander im Wege stehen werden. Der Bolschewismus hat die ideologischen und taktischen Grundlagen für die III. Internationale, eine wirklich proletarische und kommunistische Internationale, *geschaffen*, die sowohl die Errungenschaften der Friedensperiode als auch die Erfahrungen der *angebrochenen Epoche der Revolutionen* berücksichtigt.

Der Bolschewismus hat die Idee der „Diktatur des Proletariats“ in der ganzen Welt popularisiert, hat diese Worte aus dem Lateinischen zunächst ins Russische, dann in *alle* Sprachen der Welt übertragen und an dem Beispiel der *Rätengewalt* gezeigt, daß die Arbeiter und ärmsten Bauern *sogar* eines rückständigen Landes, sogar die am wenigsten erfahrenen, geschulten und an Organisation gewöhnten Arbeiter und ärmsten Bauern ein ganzes Jahr lang *imstande* waren, unter gewaltigen Schwierigkeiten, im Kampfe gegen die (von der Bourgeoisie der *ganzen* Welt unterstützten) Ausbeuter die Macht der Werktätigen aufrechtzuerhalten, eine ungleich höhere und weitergehende Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen und mit der schöpferischen Arbeit von Dutzenden Millionen Arbeitern und Bauern die praktische Verwirklichung des Sozialismus zu *beginnen*.

Der Bolschewismus hat in der Tat die Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa und Amerika so stark gefördert, wie es bisher keine einzige Partei in irgendeinem Lande vermochte. Während es den Arbeitern der ganzen Welt von Tag zu

Tag klarer wird, daß die Taktik der Scheidemann und Kautsky sie nicht vor dem imperialistischen Krieg und vor der Lohnsklaverei im Dienste der imperialistischen Bourgeoisie bewahrt hat, daß diese Taktik nicht als Vorbild für alle Länder geeignet ist — wird es gleichzeitig den Massen der Proletarier aller Länder mit jedem Tage klarer, daß der Bolschewismus den richtigen Weg zur Rettung vor den Schrecknissen des Krieges und des Imperialismus gewiesen hat, daß der Bolschewismus als *taktisches Vorbild für alle geeignet ist*.

Nicht nur die proletarische Revolution in ganz Europa, sondern die proletarische Weltrevolution reift vor aller Augen heran, und der Sieg des Proletariats in Rußland hat sie gefördert, beschleunigt, unterstützt. Ist das alles wenig für den völligen Sieg des Sozialismus? Gewiß ist es wenig! Ein einziges Land kann nicht mehr tun. Aber dieses eine Land hat, dank der Rätengewalt, doch so viel getan, daß sogar dann, wenn morgen der Weltimperialismus die russische Rätengewalt, etwa auf dem Wege einer Verständigung zwischen dem deutschen und dem englisch-französischen Imperialismus, erdrosseln sollte — daß sogar in diesem schlimmsten aller schlimmen Fälle die bolschewistische Taktik dem Sozialismus einen ungeheuren Nutzen gebracht und das Anwachsen der unbesiegbaren Weltrevolution gefördert haben würde.

(*Lenin*, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Moskau-Leningrad 1935, S. 73-75 [1918].)

5. Die Abhängigkeit der Strategie vom Programm der Partei

I. Zwei Seiten der Arbeiterbewegung

Die politische Strategie befaßt sich, ebenso wie auch die Taktik, mit der Arbeiterbewegung. Aber die Arbeiterbewegung selbst besteht aus zwei Elementen: dem objektiven oder spontanen Element und dem subjektiven oder bewußten Element. Das objektive, spontane Element ist jene Gruppe von Prozessen, die unabhängig von dem bewußten und regulierenden Willen des Proletariats vor sich gehen. Die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung des Kapitalismus, der Zerfall der alten Macht, die spontanen Bewegungen des Proletariats und der Klassen, die

es umgeben, die Zusammenstöße der Klassen u. a. — das alles sind Erscheinungen, deren Entwicklung vom Willen des Proletariats nicht abhängt, das ist die objektive Seite der Bewegung. Die Strategie hat mit diesen Prozessen nichts zu tun, denn sie kann sie weder aufhalten noch ändern, sie kann nur mit ihnen rechnen und von ihnen ausgehen. Dies ist das Gebiet, das durch die Theorie des Marxismus und das Programm des Marxismus zu erforschen ist.

Aber die Bewegung hat auch eine subjektive, bewußte Seite. Die subjektive Seite der Bewegung, das ist die Widerspiegelung der spontanen Prozesse der Bewegung in den Köpfen der Arbeiter, das ist die bewußte und planmäßige Bewegung des Proletariats zu einem bestimmten Ziel hin. Diese Seite der Bewegung ist eigentlich dadurch von Interesse für uns, daß sie, zum Unterschied von der objektiven Seite der Bewegung, vollständig der bestimmenden Einwirkung der Strategie und Taktik unterliegt. Sind die Strategen nicht instande, irgend etwas am Verlauf der objektiven Prozesse der Bewegung zu ändern, so hat umgekehrt hier, auf dem Gebiet der subjektiven, bewußten Seite der Bewegung, die Strategie ein breites und mannigfaltiges Tätigkeitsfeld, denn sie, die Strategie, kann die Bewegung beschleunigen oder verzögern, sie auf den kürzesten Weg leiten oder auf einen schwierigeren und schmerzhafteren Weg ablenken, je nach der Vollkommenheit oder den Mängeln der Strategie selbst.

Die Beschleunigung oder Verzögerung der Bewegung, ihre Erleichterung oder Hemmung — das ist das Gebiet und der Anwendungsbereich der politischen Strategie und Taktik.

II. Die Theorie und das Programm des Marxismus

Die Strategie selbst befaßt sich nicht mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung. Nichtsdestoweniger ist sie verpflichtet, diese Prozesse zu kennen und sie in richtiger Weise zu berücksichtigen, wenn sie nicht grösste und verhängnisvolle Fehler bei der Leitung der Bewegung begehen will. Mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung befaßt sich vor allem die Theorie des Marxismus und dann auch das Programm des Marxismus. Deshalb muß sich die Strategie vollständig auf die Ergebnisse der Theorie und des Programms des Marxismus stützen.

Die Theorie des Marxismus, die die objektiven Prozesse des

Kapitalismus in ihrer Entwicklung und ihrem Absterben untersucht, gelangt zu der Schlußfolgerung von der Unausbleiblichkeit des Sturzes der Bourgeoisie und der Ergreifung der Macht durch das Proletariat, von der Unausbleiblichkeit der Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus. Die proletarische Strategie kann nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden, wenn ihrer Arbeit diese Hauptschlußfolgerung der Theorie des Marxismus zugrundegelegt wird.

Das Programm des Marxismus, das von den Ergebnissen der Theorie ausgeht, bestimmt die Ziele der proletarischen Bewegung, die in den Programmpunkten wissenschaftlich formuliert sind. Das Programm kann entweder auf die ganze Periode der kapitalistischen Entwicklung berechnet sein, wobei es den Sturz des Kapitalismus und die Organisierung der sozialistischen Produktion im Auge hat, oder auf eine bestimmte Phase in der Entwicklung des Kapitalismus, z. B. auf den Sturz der Ueberreste der feudal-absolutistischen Ordnung und die Schaffung der Bedingungen für die freie Entwicklung des Kapitalismus. Dementsprechend kann das Programm aus zwei Teilen bestehen: einem maximalen und einem minimalen. Es versteht sich von selbst, daß eine Strategie, die auf den Minimalteil des Programms berechnet ist, sich unbedingt von jener Strategie unterscheiden muß, die auf seinen Maximalteil berechnet ist, wobei die Strategie nur dann als eine wirklich marxistische bezeichnet werden kann, wenn sie sich in ihrer Tätigkeit von den im Programm des Marxismus formulierten Zielen der Bewegung leiten läßt.¹

(Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, „Prawda“ 1923, Nr. 56.)

¹ Anmerkung des Herausgebers. Ueber den Zweifrontenkampf der Bolschewiki für die revolutionär-proletarische Strategie und Taktik siehe im 8. Heft „Die Lehre von der Partei“ den Abschnitt „Der Zweifrontenkampf der Partei“.

II. DIE STRATEGIE UND TAKTIK DES BOLSCHEWISMUS

1. Die Strategie des Bolschewismus

A. Genosse Stalin über die Strategie in den verschiedenen Etappen der Revolution

Die Strategie ist die Festlegung der Richtung des Hauptangriffs des Proletariats auf der Grundlage der gegebenen Etappe der Revolution, die Ausarbeitung eines entsprechenden Plans der Anordnung der revolutionären Kräfte (der Haupt- und Nebenreserven) der Kampf für die Durchführung dieses Planes während des ganzen Verlaufes der gegebenen Etappe der Revolution.

Unsere Revolution hat bereits zwei Etappen hinter sich und ist nach dem Oktoberumsturz in die dritte Etappe eingetreten. Dementsprechend änderte sich die Strategie.

Die erste Etappe. 1903 — Februar 1917. Ziel — Niederwerfung des Zarismus, vollständige Liquidierung der mittelalterlichen Ueberreste. Grundkraft der Revolution — das Proletariat. Nächste Reserve — die Bauernschaft. Richtung des Hauptangriffes: Isolierung der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die sich bemüht, die Bauernschaft für sich einzufangen und die Revolution durch eine *Verständigung* mit dem Zarismus zu liquidieren. Plan der Kräfteanordnung: Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft. „Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft zu sich heranzieht, um den Widerstand des Absolutismus mit Gewalt zu zertreten und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralisieren.“ (*Lenin, Sämtliche Werke, Bd. VIII, S. 129.*)

Die zweite Etappe. März 1917 — Oktober 1917. Ziel — Niederwerfung des Imperialismus in Rußland und Ausscheiden aus dem imperialistischen Krieg. Grundkraft der Revolution — das Prole-

tariat. Nächste Reserve — die arme Bauernschaft. Das Proletariat der Nachbarländer als wahrscheinliche Reserve. Der sich ziehende Krieg und die Krise des Imperialismus als günstige Momente. Richtung des Hauptangriffes: Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie (Menschewiki und Sozialrevolutionäre), die bemüht ist, die werktätigen Bauernmassen für sich einzufangen und die Revolution durch eine *Verständigung* mit dem Imperialismus zu beenden. Plan der Kräfteanordnung: Bündnis des Proletariats mit der armen Bauernschaft. „Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollziehen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung zu sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralisieren.“ (Ebenda.)

Die dritte Etappe. Sie begann nach dem Oktoberumsturz. Ziel — Festigung der Diktatur des Proletariats in einem Lande, wobei sie als Stützpunkt benutzt wird zum Sturz des Imperialismus in allen Ländern. Die Revolution geht über den Rahmen eines einzelnen Landes hinaus, die Epoche der Weltrevolution hat begonnen. Grundkräfte der Revolution: die Diktatur des Proletariats in einem Lande, die revolutionäre Bewegung des Proletariats in allen Ländern. Hauptreserven: die halbproletarischen und kleinbäuerlichen Massen in den entwickelten Ländern, die Befreiungsbewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern. Richtung des Hauptangriffes: Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie, Isolierung der Parteien der II. Internationale, die die Hauptstütze der Politik der *Verständigung* mit dem Imperialismus bilden. Plan der Kräfteanordnung: Bündnis der proletarischen Revolution mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder.

Die Strategie befaßt sich mit den Grundkräften der Revolution und ihren Reserven. Sie ändert sich mit dem Uebergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch in der Hauptsache während der ganzen Periode der gegebenen Etappe unverändert.

(*Stalin, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 79-81.*)

B. Die Grundzüge der politischen Strategie

Die wichtigste Aufgabe der Strategie ist die Bestimmung der Haupttrichtung, in der sich die Bewegung der Arbeiterklasse vollziehen soll und in der den Hauptstoß gegen den Gegner zur Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele zu führen für das Proletariat am vorteilhaftesten ist. Der Plan der Strategie ist der Plan der Organisierung des entscheidenden Stoßes in jener Richtung, in der dieser Stoß am schnellsten ein Höchstmaß von Resultaten ergeben kann.

Die Grundzüge der politischen Strategie könnte man ohne besondere Schwierigkeit umreißen, indem man zu einer Analogie mit der Militärstrategie, z. B. in der Periode des Bürgerkriegs, zur Zeit des Kampfes mit Denikin, greift. Alle erinnern sich an das Ende des Jahres 1919, als Denikin vor Tula stand. Zu jener Zeit entstand unter den Militärleuten ein interessanter Streit über die Frage, von wo aus der entscheidende Stoß gegen die Armeen Denikins geführt werden sollte. Ein Teil der Militärleute schlug vor, als Haupttrichtung des Stoßes die Linie Zaryzin-Noworossijsk zu wählen. Die anderen schlugen umgekehrt vor, den entscheidenden Stoß auf der Linie Woronesh-Rostow zu führen, um nach dem Vormarsch auf dieser Linie und der auf diese Weise erzielten Zerreißung der Armee Denikins in zwei Teile jeden dieser Teile einzeln aufzureiben. Der erste Plan hatte zweifellos seine positive Seite in dem Sinne, daß er auf die Einnahme von Noworossijsk berechnet war und dadurch den Armeen Denikins den Weg zum Rückzug abgeschnitten hätte. Er war jedoch einerseits unvorteilhaft, weil er unsern Vormarsch durch Bezirke (Dongebiet) vorsah, die der Sowjetmacht feindlich gesinnt waren, und daher große Opfer erfordert hätte; andererseits war er gefährlich, weil er den Armeen Denikins den Weg nach Moskau über Tula-Serpuchow geöffnet hätte. Der zweite Plan des Hauptstoßes war der einzig richtige, denn er sah einerseits den Vormarsch unserer Hauptgruppe durch Gebiete (Gouvernement Woronesh-Donzbecken) vor, die mit der Sowjetmacht sympathisierten, und erforderte infolgedessen keine besonderen Opfer, andererseits untergrub er die Aktionen der Hauptgruppe der Denikin-Truppen, die auf Moskau marschierten. Die Mehrheit der Militärleute sprach sich für den zweiten Plan aus, und dadurch wurde das Schicksal des ganzen Krieges gegen Denikin entschieden.

Mit anderen Worten: die Bestimmung der Richtung des

Hauptstoßes bedeutet die im voraus gefällte Entscheidung über den Charakter der Operation für die ganze Periode des Krieges, somit also zu neun Zehntel die Entscheidung über das Schicksal des ganzen Krieges. Darin besteht die Aufgabe der Strategie.

Das gleiche muß über die politische Strategie gesagt werden. Der erste ernsthafte Zusammenstoß zwischen den politischen Führern des russischen Proletariats in der Frage der Haupttrichtung der proletarischen Bewegung fand zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, zur Zeit des russisch-japanischen Krieges statt. Bekanntlich verfocht ein Teil unserer Partei (die Menschewiki) damals die Ansicht, daß die Haupttrichtung der Bewegung des Proletariats in seinem Kampf gegen den Zarismus auf der Linie des Blocks zwischen dem Proletariat und der liberalen Bourgeoisie verlaufen müsse, wobei die Bauernschaft als einer der wichtigsten revolutionären Faktoren aus dem Plan ganz oder fast ganz ausgeschlossen wurde, während der liberalen Bourgeoisie die führende Rolle in der revolutionären Gesamtbewegung eingeräumt wurde. Der andere Teil der Partei (die Bolschewiki) behauptete umgekehrt, daß der Hauptstoß auf der Linie des Blocks des Proletariats mit der Bauernschaft erfolgen müsse, wobei die Rolle des Führers der revolutionären Gesamtbewegung dem Proletariat überlassen, die liberale Bourgeoisie aber neutralisiert werden müsse.

Wenn man in Analogie zu dem Krieg gegen Denikin unsere gesamte revolutionäre Bewegung von den neunziger Jahren bis zur Februarrevolution 1917 als einen Krieg der Arbeiter und Bauern gegen den Zarismus und die Gutsbesitzer betrachtet, so ist es klar, daß das Schicksal des Zarismus und der Gutsbesitzer in vieler Hinsicht von der Annahme des einen oder des anderen strategischen Plans (des menschewistischen oder des bolschewistischen), von der Annahme der einen oder der anderen Haupttrichtung der revolutionären Bewegung abhing.

Wie während des Krieges gegen Denikin die Militärstrategie durch die Festlegung der Haupttrichtung des Stoßes zu neun Zehntel den Charakter aller weiteren Operationen, bis zur Liquidierung Denikins, bestimmte, so hat auch hier, auf dem Gebiete des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus, unsere politische Strategie durch die Festlegung der Haupttrichtung der revolutionären Bewegung im Geiste des bolschewistischen Plans damit auch den Charakter der Arbeit unserer Partei für die ganze Periode des offenen Kampfes gegen den Zarismus von der Zeit

des russisch-japanischen Krieges bis zur Februarrevolution von 1917 bestimmt.

Die Aufgabe der politischen Strategie besteht vor allem darin, ausgehend von den Ergebnissen der Theorie und des Programms des Marxismus und unter Berücksichtigung der Erfahrung des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder die Haupt- richtung der proletarischen Bewegung des gegebenen Landes für die gegebene historische Periode richtig zu bestimmen.

(*Stalin*, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, „Prawda“ 1923, Nr. 56.)

2. Die Taktik als Lehre von den Kampf- formen der Arbeiterklasse

A. Genosse Stalin über die Taktik im Zusammenhang mit Flut und Ebbe der Revolution

Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Verhaltens des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode von Flut oder Ebbe der Bewegung, des Aufstiegs oder Abstiegs der Revolution; sie ist der Kampf für die Durchführung dieser Linie mittels Er- setzung der alten Formen des Kampfes und der Organisation, der alten Losungen durch neue, mittels Kombinierung dieser For- men usw. Während die Strategie das Ziel verfolgt, den Krieg z. B. gegen den Zarismus oder gegen die Bourgeoisie zu gewinnen, den Kampf gegen den Zarismus oder gegen die Bourgeoisie bis zum Ende durchzukämpfen, setzt sich die Taktik weniger um- fassende Ziele; sie verfolgt nicht die Aufgabe, den Krieg als Ganzes zu gewinnen, sondern nur diese oder jene Schlachten, diese oder jene Kämpfe, sie will diese oder jene Kampagnen, diese oder jene Aktionen erfolgreich durchführen, die der konkreten Lage zur Zeit des gegebenen Aufstiegs oder Abstiegs der Re- volution entsprechen. Die Taktik ist ein Teil der Strategie, dieser untergeordnet und ihr dienend.

Die Taktik ändert sich, je nachdem ob wir Flut oder Ebbe haben. Während in der Periode der ersten Etappe der Revolution (1903 — Februar 1917) der strategische Plan keine Aenderung erfuhr, änderte sich die Taktik in dieser Zeit mehrere Male. In der Periode 1903—1905 war die Taktik der Partei offensiv, denn es war revolutionäre Flut, die Bewegung stieg an und die Taktik mußte von dieser Tatsache ausgehen. Dementsprechend

waren auch die Kampf- formen revolutionär und entsprachen den Anforderungen der revolutionären Flut. Oertliche politische Streiks, politische Demonstrationen, politischer Generalstreik, Boykott der Duma, Aufstand, revolutionäre Kampflosungen — das waren die einander ablösenden Kampf- formen in dieser Periode. Im Zusammenhang mit den Formen des Kampfes änder- ten sich damals auch die Formen der Organisation. Fabrikkomitees, revolutionäre Bauernkomitees, Streikkomitees, Sowjets der Arbeiterdeputierten, eine mehr oder weniger offen tätige Arbeiter- partei — das waren die Organisationsformen in dieser Periode.

In der Periode 1907—1912 war die Partei gezwungen, zu einer Rückzugstaktik überzugehen, denn wir hatten damals einen Nie- dergang der revolutionären Bewegung, ein Abebben der Revolu- tion, und die Taktik mußte mit dieser Tatsache rechnen. Dem- entsprechend änderten sich sowohl die Kampf- formen als auch die Organisationsformen. Statt des Boykotts der Duma — Teil- nahme an der Duma, statt der offenen außerparlamentarischen revolutionären Aktion — das Auftreten und das Arbeiten in der Duma, statt politischer Generalstreiks — einzelne ökonomische Streiks oder einfach Windstille. Es versteht sich, daß die Partei in dieser Periode in die Illegalität gehen mußte, die revolutionä- ren Massenorganisationen aber durch Kultur- und Bildungsorga- nisationen, Genossenschaften, Versicherungskassen und sonstige legale Organisationen ersetzt wurden.

Dasselbe muß man sagen von der zweiten und dritten Etappe der Revolution, in deren Verlauf sich die Taktik dutzendmal änderte, während die strategischen Pläne unverändert blieben.

Die Taktik befaßt sich mit den Formen des Kampfes und den Formen der Organisation des Proletariats, mit ihrem Wechsel, ihrer Kombinierung. Auf der Grundlage der gegebenen Etappe der Revolution kann die Taktik mehrere Male wechseln, je nach Flut oder Ebbe, Aufstieg oder Abstieg der Revolution.

(*Stalin*, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 81-83.)

B. Die Taktik als untergeordneter Teil der Strategie

Die Taktik ist ein Teil der Strategie, sie ist ihr untergeordnet, sie steht in ihrem Dienst. Die Taktik befaßt sich nicht mit dem Krieg als Ganzem, sondern mit seinen einzelnen Episoden, mit

gemeinsamen Kampf zum Sturz des Zarismus, die Hegemonie, die zur Februarrevolution des Jahres 1917 führte.

Die bürgerlichen Revolutionen des Westens (England, Frankreich, Deutschland, Oesterreich) gingen, wie bekannt, einen anderen Weg. Dort hatte nicht das Proletariat, das infolge seiner Schwäche keine selbständige politische Kraft darstellte, und es auch nicht konnte, sondern die liberale Bourgeoisie die Hegemonie in der Revolution. Dort erhielt die Bauernschaft ihre Befreiung von der Hörigkeit nicht aus den Händen des Proletariats, das nicht zahlreich und das unorganisiert war, sondern von der Bourgeoisie. Dort ging die Bauernschaft gemeinsam mit der liberalen Bourgeoisie gegen die alte Ordnung. Dort bildete die Bauernschaft die Reserve der Bourgeoisie. Dort führte deshalb die Revolution zur gewaltigen Verstärkung des politischen Gewichts der Bourgeoisie.

In Rußland dagegen zeitigte die bürgerliche Revolution ganz entgegengesetzte Resultate. Die Revolution in Rußland führte nicht zur Stärkung, sondern zur Schwächung der Bourgeoisie als politischer Kraft, nicht zur Vermehrung ihrer politischen Reserven, sondern zum Verlust ihrer ausschlaggebenden Reserve, zum Verlust der Bauernschaft. Die bürgerliche Revolution in Rußland rückte nicht die liberale Bourgeoisie, sondern das revolutionäre Proletariat in den Vordergrund und scharte um dasselbe die viele Millionen zählenden Bauernmassen.

Das ist unter anderem auch die Erklärung dafür, daß die bürgerliche Revolution in Rußland in verhältnismäßig kurzer Zeit in die proletarische Revolution hinüberwuchs. Die Hegemonie des Proletariats war der Keim und die Uebergangsstufe zur Diktatur des Proletariats.

Womit ist diese eigenartige Erscheinung in der russischen Revolution, die keine Präzedenzen in der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen im Westen aufzuweisen hat, zu erklären? Woher kam diese Eigenart?

Die Erklärung liegt darin, daß die bürgerliche Revolution in Rußland sich entfaltete unter fortgeschritteneren Bedingungen des Klassenkampfes als im Westen, daß das russische Proletariat in dieser Zeit bereits zu einer selbständigen politischen Kraft geworden war, während die liberale Bourgeoisie in blassem Schrecken vor dem revolutionären Geist des Proletariats jede Fähigkeit zur Revolution verloren (besonders nach den Lehren des Jahres 1905) und sich mit dem Zaren und den Großgrund-

Shitom zunichtemachte und das Prestige der Sowjetmacht im Westen erschütterte.

Schließlich gibt es noch Augenblicke, wo man auf den taktischen Erfolg verzichten, taktische Nachteile und Verluste bewußt auf sich nehmen muß, um sich strategische Vorteile für die Zukunft zu sichern. Dies ist nicht selten im Kriege der Fall, wenn die eine Seite, die die Kader ihrer Truppen retten und sie dem Stoß der überlegenen Kräfte des Feindes entziehen will, einen planmäßigen Rückzug beginnt und kampfflos ganze Städte und Gebiete aufgibt, um Zeit zu gewinnen und Kräfte für neue entscheidende Kämpfe in der Zukunft zu sammeln. So lagen die Dinge in Rußland 1918 während der deutschen Offensive, als unsere Partei gezwungen war, auf den Brester Frieden, der vom Standpunkt der unmittelbaren politischen Wirkung in jenem Moment ein gewaltiger Nachteil war, einzugehen, um das Bündnis mit der nach Frieden lechzenden Bauernschaft zu bewahren, eine Atempause zu erhalten, eine neue Armee zu schaffen und sich dadurch strategische Vorteile für die Zukunft zu sichern.

Mit anderen Worten: die Taktik kann sich nicht den vergänglichen Interessen der Minute unterwerfen, sie darf sich nicht von Erwägungen des unmittelbaren politischen Effekts leiten lassen, sie darf sich noch viel weniger von der festen Erde losreißen und Luftschlösser bauen — die Taktik muß entsprechend den Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut werden.

Die Aufgabe der Taktik besteht vor allem darin, geleitet von den Weisungen der Strategie, unter Berücksichtigung der Erfahrung des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder, diejenigen Formen und Methoden des Kampfes zu bestimmen, die am meisten der konkreten Kampfsituation in jedem gegebenen Augenblick entsprechen.

(Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, „Prawda“, 1923, Nr. 56.)

C. Die Taktik und die Wahl der Kampfformen

Welches sind die Grundforderungen, die jeder Marxist bei der Untersuchung der Frage der Kampfformen stellen muß? Erstens unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung nicht an irgendeine bestimmte Kampfform bindet. Er erkennt die allerverschiedensten Kampfformen an, und zwar „heckt“ er sie nicht aus, son-

dem verallgemeinert sie nur, organisiert sie und trägt das Element der Bewußtheit in jene Kampfformen der revolutionären Klassen, die im Verlauf der Bewegung von selbst entstehen. Der Marxismus steht allen abstrakten Formeln, allen doktrinären Rezepten unbedingt feindlich gegenüber und verlangt ein aufmerksames Studium des vor sich gehenden *Massenkampfes*, der mit der Entwicklung der Bewegung, mit dem Wachsen des Bewußtseins der Massen, mit der Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Krisen immer neue und immer verschiedenartigere Methoden der Verteidigung und des Angriffes hervorbringt. Deshalb schwört der Marxismus keineswegs irgendwelche Kampfformen ab. Der Marxismus beschränkt sich in keinem Falle auf die Kampfformen, die nur im gegebenen Augenblick möglich und vorhanden sind, sondern hält es für *unvermeidlich*, daß neue Kampfformen, die in der gegebenen Periode noch niemand kennt, bei Aenderung der gegebenen sozialen Konjunktur auftauchen. Der Marxismus *lernt* in dieser Beziehung, wenn man sich so ausdrücken darf, aus der Massenpraxis und ist weit davon entfernt, darauf Anspruch zu erheben, die Massen Kampfformen zu *lehren*, die von Kabinetts-„Systematikern“ ausgeklügelt werden. Wir wissen — sagte z. B. Kautsky, als er die Formen der sozialen Revolution untersuchte —, daß die kommende Krise uns neue Kampfformen bringen wird, die wir jetzt nicht voraussehen können.

Zweitens verlangt der Marxismus unbedingt eine *historische* Untersuchung der Frage der Kampfformen. Diese Frage außerhalb der historisch-konkreten Situation behandeln, heißt das ABC des dialektischen Materialismus nicht verstehen. In verschiedenen Augenblicken der ökonomischen Evolution, in Abhängigkeit von verschiedenen politischen, national-kulturellen, sozialen und sonstigen Bedingungen treten verschiedene Kampfformen in den Vordergrund, werden zu Hauptformen des Kampfes, und im Zusammenhang hiermit erfahren ihrerseits auch die Kampfformen zweiten Grades, die Kampfformen von untergeordneter Bedeutung, eine Wesensänderung. Versuchen, die Frage der Anwendbarkeit eines bestimmten Kampfmittels zu bejahen oder zu verneinen, ohne eingehend die konkrete Situation der gegebenen Bewegung auf der gegebenen Stufe ihrer Entwicklung zu untersuchen, heißt den Boden des Marxismus völlig verlassen.

Das sind die beiden grundlegenden theoretischen Sätze, die wir zur Richtschnur nehmen müssen. Die Geschichte des Marx-

mus in Westeuropa gibt uns eine Unmenge von Beispielen, die das Gesagte bestätigen. Die europäische Sozialdemokratie hält gegenwärtig den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung für die Hauptformen des Kampfes; sie hat früher den Aufstand anerkannt und ist durchaus bereit, ihn bei Aenderung der Konjunktur auch in der Zukunft anzuerkennen, — entgegen der Meinung der liberalen Bourgeois vom Schlage der russischen Kadetten und der Bessaglawzy. Die Sozialdemokratie hat den Generalstreik in den siebziger Jahren als ein soziales Allheilmittel, als Mittel zum sofortigen Sturz der Bourgeoisie auf unpolitischem Wege, abgelehnt — aber die Sozialdemokratie anerkennt vollkommen den politischen Massenstreik (besonders nach der russischen Erfahrung von 1905) als *ein* Kampfmittel, das unter *gewissen* Bedingungen notwendig ist. Die Sozialdemokratie hat in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts den Barrikadenkampf anerkannt, sie hat ihn auf Grund bestimmter Voraussetzungen am Ende des 19. Jahrhunderts abgelehnt, und sie hat ihre völlige Bereitschaft erklärt, diese letzte Ansicht zu revidieren und nach der Erfahrung Moskaus, das nach den Worten K. Kautskys eine neue Barrikadentaktik hervorgebracht, den Barrikadenkampf als zweckmäßig anzuerkennen.

(*Lenin*, Sämtliche Werke, Bd. X, „Der Partisanenkampf“, S. 113-115 [1905].)

Die Kampfformen

Die Methoden der Kriegführung, die Formen des Krieges sind nicht immer gleichartig. Sie ändern sich je nach den Bedingungen der Entwicklung, vor allem je nach der Entwicklung der Produktion. Unter Dschingis-Khan wurde der Krieg anders geführt als unter Napoleon III., im 20. Jahrhundert wird er anders geführt als im 19. Jahrhundert.

Die Kunst der Kriegführung besteht unter den heutigen Bedingungen darin, alle Formen des Krieges und alle Errungenschaften der Wissenschaft auf diesem Gebiet zu beherrschen, sie verständig auszunützen, sie sachkundig zu kombinieren oder rechtzeitig die eine oder andere dieser Formen je nach der Situation anzuwenden.

Das gleiche muß über die Kampfformen auf politischem Gebiet gesagt werden. Die Kampfformen sind auf dem politischen Gebiet noch mannigfaltiger als die Formen der Kriegführung. Sie wechseln je nach der Entwicklung der Wirtschaft, der gesell-

schaftlichen Zustände, der Kultur, je nach dem Zustand der Klassen, dem Verhältnis der kämpfenden Kräfte, dem Charakter der Staatsmacht und schließlich je nach den internationalen Beziehungen usw. Die illegale Kampfform unter dem Absolutismus, die mit Teilstreiks und Arbeiterdemonstrationen verbunden war, die offene Kampfform unter „legalen Möglichkeiten“ und die politischen Massenstreiks der Arbeiter; die parlamentarische Kampfform etwa in der Duma und die außerparlamentarischen Massenaktionen, die sich zuweilen bis zu bewaffneten Aufständen steigerten; schließlich die staatlichen Kampfformen nach der Machtergreifung des Proletariats, als dieses die Möglichkeit gewinnt, sich sämtliche staatlichen Mittel und Kräfte einschließlich der Armee zu sichern — das sind im großen und ganzen die Kampfformen, die durch die Praxis des revolutionären Kampfes des Proletariats hervorgebracht wurden. Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle Kampfformen zu beherrschen, sie auf dem Schlachtfeld sachkundig zu kombinieren und den Kampf geschickt auf diejenigen Formen zuzuspitzen, die in der gegebenen Situation besonders zweckmäßig sind.

Die Organisationsformen

Die Organisationsformen der Armee, die Waffenarten und -gattungen werden gewöhnlich den Formen und Methoden der Kriegführung angepaßt. Mit der Aenderung dieser wechseln jene. Im Bewegungskrieg wird der Erfolg häufig durch die Massenkavallerie entschieden. Im Stellungskrieg spielt die Kavallerie entweder überhaupt keine Rolle oder nur eine untergeordnete: die schwere Artillerie und die Aviatik, die Gase und die Tanks entscheiden alles.

Die Aufgabe der Kriegskunst besteht darin, sich alle Waffenarten zu sichern, sie bis zur Vollkommenheit zu entwickeln und ihre Tätigkeit sachkundig zu kombinieren.

Das gleiche kann über die Organisationsformen auf politischem Gebiet gesagt werden. Hier werden, ebenso wie auf dem militärischen Gebiet, die Organisationsformen den Kampfformen angepaßt. Konspirative Organisationen von Berufsrevolutionären in der Epoche des Absolutismus; Bildungs-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Parlamentsorganisationen (Dumafraktion u. a.) in der Epoche der Duma; Betriebsräte, Bauernkomitees, Streikkomitees, Arbeiter- und Soldatenräte, revolutionäre Kriegs-

komitees und eine breite proletarische Partei, die alle diese Organisationsformen in der Periode der Massenaktionen und -aufstände miteinander verknüpft; schließlich die staatliche Form der Organisation des Proletariats in der Periode der Konzentrierung der Macht in den Händen der Arbeiterklasse — das sind im allgemeinen die Organisationsformen, auf die sich das Proletariat in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen stützen kann und muß.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle diese Organisationsformen zu beherrschen, sie bis zur Vollkommenheit zu entwickeln und ihre Arbeit in jedem gegebenen Moment sachkundig zu kombinieren.

(Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, „Prawda“, 1923, Nr. 56.)

III. DIE STRATEGISCHE UND TAKTISCHE LEITUNG DES BOLSCHEWISMUS

1. Die strategische Leitung und ihre Grundprinzipien

A. Genosse Stalin über die strategische Leitung

... Reserven der Revolution gibt es:

direkte: a) die Bauernschaft und überhaupt die Uebergangsschichten des eigenen Landes; b) das Proletariat der benachbarten Ländern; c) die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern; d) die erkämpften Erfolge und die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats — wobei das Proletariat, nachdem es sich das Kräfteübergewicht gesichert hat, auf einen Teil derselben vorübergehend verzichten kann, um dem starken Gegner den Rachen zu stopfen und eine Atempause zu bekommen, und

indirekte: a) die Gegensätze und Konflikte zwischen den nicht-proletarischen Klassen des eigenen Landes, die vom Proletariat ausgenutzt werden können zur Schwächung des Gegners und zur Verstärkung der eigenen Reserven, b) die Gegensätze, Konflikte und Kriege (z. B. der imperialistische Krieg) zwischen den dem proletarischen Staate feindlichen bürgerlichen Staaten, die vom Proletariat ausgenutzt werden können bei seiner Offensive oder beim Manövrieren im Falle eines erzwungenen Rückzuges.

Ueber die Reserven der ersten Art brauchen wir nichts weiter zu sagen, da ihre Bedeutung jedermann klar ist. Was die Reserven der zweiten Art betrifft, deren Bedeutung nicht immer klar ist, so muß gesagt werden, daß sie zuweilen von erstrangiger Bedeutung für den Gang der Revolution sind. Man kann wohl kaum die gewaltige Bedeutung z. B. des Konfliktes leugnen, der zwischen der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre) und der liberal-monarchistischen Bourgeoisie (Kadetten) während der ersten Revolution und nach ihr bestand und der zweifel-

los dazu beitrug, daß die Bauernschaft dem Einfluß der Bourgeoisie entzogen wurde. Noch weniger kann die kolossale Bedeutung des auf Leben und Tod geführten Krieges zwischen den ausschlaggebenden imperialistischen Gruppen während der Periode des Oktoberumsturzes geleugnet werden, als die durch den gegeneinander geführten Krieg in Anspruch genommenen Imperialisten nicht die Möglichkeit hatten, ihre Kräfte gegen die junge Sowjetmacht zu konzentrieren, und das Proletariat gerade dadurch die Möglichkeit gewann, unmittelbar an die Organisierung der eigenen Kräfte zu gehen, seine Macht zu festigen und die Zerschmetterung Koltschaks und Denikins vorzubereiten. Es ist anzunehmen, daß jetzt, wo sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen immer mehr verschärfen und ein neuer Krieg zwischen ihnen unvermeidlich wird, die Reserven dieser Art immer ernstere Bedeutung für das Proletariat haben werden.

Die Aufgabe der strategischen Leitung besteht darin, alle diese Reserven zur Erreichung des Hauptzieles der Revolution in der gegebenen Etappe ihrer Entwicklung richtig auszunutzen.

Worin besteht die richtige Ausnutzung der Reserven?

In der Erfüllung einiger notwendiger Bedingungen, von denen die folgenden als die Hauptbedingungen zu betrachten sind:

Erstens. Konzentrierung der Hauptkräfte der Revolution im entscheidenden Augenblick an dem verwundbarsten Punkt des Gegners, wenn die Revolution bereits herangereift ist, wenn die Offensive mit Volldampf eingesetzt hat, wenn der Aufstand an die Tore pocht und die Heranziehung der Reserven an die Avantgarde die entscheidende Vorbedingung des Erfolges ist. Als Beispiel, das eine derartige Ausnutzung der Reserven veranschaulicht, kann die Strategie der Partei in der Periode April—Oktober 1917 gelten. Unzweifelhaft war der verwundbarste Punkt des Gegners in dieser Periode der Krieg. Unzweifelhaft hat die Partei gerade mittels dieser Frage, als der Grundfrage, die breitesten Massen der Bevölkerung um die proletarische Avantgarde gesammelt. Die Strategie der Partei in dieser Periode ging darauf aus, die Avantgarde durch Manifestationen und Demonstrationen an Straßenaktionen zu gewöhnen und gleichzeitig die Reserven durch die Sowjets im Hinterland und durch die Soldatenkomitees an der Front an die Avantgarde heranzuziehen. Der Ausgang der Revolution hat bewiesen, daß die Ausnutzung der Reserven eine richtige war.

Ueber diese Bedingung der strategischen Ausnützung der Kräfte der Revolution sagt Lenin, die bekannten Sätze von Marx und Engels über den Aufstand paraphrasierend:

„Nie mit dem Aufstand *spielen*, aber wenn man ihn einleitet, fest wissen, daß man bis zu *Ende gehen* muß. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Moment muß ein *großes Übergewicht an Kräften* konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der eine bessere Ausbildung und eine bessere Organisation besitzt, die Aufständischen vernichten. Ist der Aufstand einmal begonnen, gilt es mit der äußersten *Entschlossenheit* zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt die *Offensive* zu ergreifen. ‚Die Defensive ist der Tod jeder bewaffneten Erhebung.‘ Man muß bestrebt sein, den Feind zu überumpeln und den Augenblick abzapfen, solange seine Truppen noch zerstreut sind. Es gilt, *täglich* (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen ‚stündlich‘) neue, wenn auch kleine Erfolge zu erreichen und um jeden Preis das ‚*moralische Übergewicht*‘ festzuhalten.“ (Sämtliche Werke, Bd. XXI, S. 408).

Zweitens. Die Wahl des Zeitpunktes für den entscheidenden Schlag, des Zeitpunktes für die Einleitung des Aufstandes muß so berechnet sein, daß die Krise bereits ihren Höhepunkt erreicht hat, daß die Bereitschaft der Avantgarde, sich bis zu Ende zu schlagen, die Bereitschaft der Reserve, die Avantgarde zu unterstützen, und die maximale Verwirrung in den Reihen des Gegners schon gegeben sind.

„Die entscheidende Schlacht — sagt Lenin — kann als völlig herangereift betrachtet werden“, *wenn* „alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, genügend miteinander in Fehde liegen, sich durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt haben“, *wenn* „alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischengruppen, d. h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, sich vor dem Volke genügend entlarvt haben, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend bloßgestellt sind“, *wenn* „im Proletariat die Stimmung der Massen zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen revolutionären Aktionen gegen die Bourgeoisie begonnen hat und immer mächtiger ansteigt. Ist das der Fall, dann ist die Zeit reif für die Revolution, dann ist unser Sieg — wenn wir alle obenerwähnten... Bedingungen richtig eingeschätzt und den Augenblick richtig gewählt haben — dann ist unser Sieg sicher.“ (Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 283.)

Als Muster einer solchen Strategie kann die Durchführung des Oktoberaufstandes gelten.

Die Nichtbeachtung dieser Bedingung führt zu einem gefährlichen Fehler, den man „Tempoverlust“ nennt, wobei die Partei entweder hinter dem Gang der Bewegung zurückbleibt oder ihr weit vorseilt und dadurch die Gefahr der Niederlage entstehen läßt. Als Beispiel eines solchen „Tempoverlustes“, als Beispiel

dafür, wie der Zeitpunkt für einen Aufstand nicht gewählt werden darf, muß man den Versuch eines Teils der Genossen betrachten, den Aufstand mit der Verhaftung der Demokratischen Beratung im August 1917 zu beginnen, als in den Sowjets noch ein Schwanken zu fühlen war, die Armee an der Front sich noch nicht schlüssig war und die Reserven noch nicht an die Avantgarde herangezogen waren.

Drittens. Unbeirrte Durchführung des einmal eingeschlagenen Kurses über alle und jegliche sich uns auf dem Wege zum Ziel entgegenstellenden Hindernisse und Komplikationen hinweg ist notwendig, damit die Avantgarde das Hauptziel des Kampfes nicht aus dem Auge läßt und die Massen, wenn sie auf dieses Ziel hinmarschieren und bemüht sind, sich um die Avantgarde zusammenzuschließen, nicht vom Wege abirren. Die Nichtbeachtung dieser Bedingung führt zu einem gewaltigen Fehler, der den Seeleuten unter der Bezeichnung „den Kurs verlieren“ wohlbekannt ist. Als Beispiel eines solchen „Kursverlierens“ muß man die verfehlte Haltung unserer Partei unmittelbar nach der Demokratischen Beratung betrachten, als die Partei den Beschluß faßte, sich am Vorparlament zu beteiligen. Die Partei vergaß in diesem Augenblick sozusagen, daß das Vorparlament ein Versuch der Bourgeoisie ist, das Land vom Wege der Sowjets auf den Weg des bürgerlichen Parlamentarismus hinüberzuführen, daß die Teilnahme der Partei an einer solchen Institution geeignet ist, alle Karten durcheinanderzumischen und die Arbeiter und Bauern, die den revolutionären Kampf unter der Losung „Alle Macht den Räten“ führen, vom Wege abirren zu lassen. Dieser Fehler wurde durch das Ausscheiden der Bolschewiki aus dem Vorparlament wiedergutmacht.

Viertens. Mit den Reserven so manövrieren, daß man einen geordneten Rückzug durchführen kann, wenn der Feind stark ist, wenn der Rückzug unvermeidlich ist, wenn es offenkundig unvorteilhaft ist, den Kampf, den der Feind aufzwingen will, anzunehmen, wenn der Rückzug bei dem gegebenen Kräfteverhältnis das einzige Mittel ist, die Avantgarde den Schlägen des Gegners zu entziehen und ihr die Reserven zu erhalten.

„Revolutionäre Parteien — sagt Lenin — müssen zu Ende lernen. Sie haben es gelernt, anzugreifen. Jetzt muß man begreifen, daß diese Wissenschaft ergänzt werden muß durch die Wissenschaft davon, wie ein Rückzug richtig durchzuführen ist. Man muß begreifen — und die revolutionäre Klasse lernt das aus eigener bitterer Erfahrung begreifen —, daß man nicht siegen kann,

wenn man nicht gelernt hat, einen Angriff und einen Rückzug richtig durchzuführen.“ (Ebenda, S. 210 f.)

Das Ziel einer solchen Strategie ist: Zeit zu gewinnen, den Gegner zu zersetzen und Kräfte zu sammeln, um dann zum Angriff überzugehen.

Als Muster einer solchen Strategie kann der Brester Friedensschluß betrachtet werden, der der Partei die Möglichkeit gab, Zeit zu gewinnen, die Zusammenstöße im Lager des Imperialismus auszunutzen, die Kräfte des Gegners zu zersetzen, sich die Bauernschaft zu erhalten und Kräfte zu sammeln, um die Offensive gegen Kolttschak und Denikin vorzubereiten.

„Indem wir einen Separatfrieden schließen — sagte damals Lenin —, befreien wir uns in dem für den gegebenen Augenblick höchstmöglichen Maße von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nützen ihre Feindschaft und ihren Krieg — der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen — aus und bekommen für eine gewisse Zeit freie Hand zur Fortführung und Festigung der sozialistischen Revolution.“ (Sämtliche Werke, Bd. XXII, S. 198.)

„Jetzt sieht sogar der Dummste“ — sagte Lenin drei Jahre nach dem Brest-Litowsker Frieden —, daß der ‚Brester Friede‘ ein Zugeständnis war, das uns stärkte und die Kräfte des internationalen Imperialismus zersplitterte.“ (Ausgew. Werke, Bd. IX, S. 263.)

Das sind die Hauptbedingungen, die die Richtigkeit der strategischen Leitung sichern.

(*Stalin*, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 83-87.)

B. Das Manövrieren mit Reserven; Rückzug und Angriff im Klassenkampf des Proletariats

Wenn eine Armee, die sich davon überzeugt hat, daß sie nicht imstande ist, die Festung im Sturm zu nehmen, erklärte, sie sei nicht bereit, die alten Stellungen zu räumen, sie werde keine neuen Stellungen beziehen, werde nicht zu neuen Methoden, die Aufgabe zu lösen, übergehen, so würde man von einer solchen Armee sagen: wer anzugreifen gelernt hat und nicht gelernt hat, unter gewissen schwierigen Bedingungen, sich diesen anpassend, den Rückzug anzutreten, der wird den Krieg nicht siegreich beenden. Kriege, die mit einem ununterbrochenen siegreichen Angriff begonnen und geendet hätten, hat es in der Weltgeschichte nie gegeben, oder doch nur als Ausnahmefälle. Das gilt schon von gewöhnlichen Kriegen. In einem Kriege aber, in dem das Schicksal einer ganzen Klasse, in dem die Frage: Sozialismus oder Kapitalismus zur Entscheidung steht, gibt es da vernünftige Gründe

für die Annahme, daß ein Volk, das zum erstenmal diese Aufgabe zu lösen hat, mit einem Schlage die einzig richtige, fehlerlose Methode finden könnte? Welche Gründe für eine solche Annahme gibt es? Gar keine! Die Erfahrung lehrt das Gegenteil. Unter den Aufgaben, die wir zu lösen hatten, gab es keine einzige, die nicht von uns einen nochmaligen Beschluß, sie wieder in Angriff zu nehmen, erfordert hätte. Nach einer Niederlage die Sache ein zweites Mal anpacken, alles umarbeiten, sich überzeugen, in welcher Weise man an die Lösung der Aufgabe herangehen kann, nicht gerade an die endgültig richtige, aber an eine Lösung, die wenigstens befriedigend ist — so haben wir gearbeitet, so muß man auch in Zukunft arbeiten. Wenn bei der Perspektive, die sich uns eröffnet, in unseren Reihen keine Einmütigkeit sein sollte, so wäre dies das traurigste Anzeichen dafür, daß sich ein außerordentlich gefährlicher Geist des Kleinmuts in der Partei eingenistet hat. Und umgekehrt, wenn wir keine Scheu tragen werden, selbst die bittere und harte Wahrheit unverblümt auszusprechen, so werden wir lernen, werden wir ganz bestimmt und unbedingt lernen, alle und jegliche Schwierigkeiten zu besiegen.

Wir müssen uns auf den Boden der vorhandenen kapitalistischen Verhältnisse stellen. Werden wir vor dieser Aufgabe zurückschrecken? Oder werden wir sagen, daß dies keine kommunistische Aufgabe sei? Das hieße, den revolutionären Kampf nicht begreifen, den Charakter dieses Kampfes nicht begreifen, dieses äußerst angespannten, mit den schroffsten Wendungen verbundenen Kampfes, über die wir uns auf keinen Fall hinwegsetzen können.

(*Lenin*, Ausgew. Werke, Band IX, Bericht auf der VII. Moskauer Gouvernementspartei-Konferenz, S. 310 f. [1921].)

Als es nötig war — nach der ganzen objektiven Lage der Dinge sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt —, vorwärtszustürmen, den Feind mit grenzenloser Kühnheit, Schnelligkeit und Entschlossenheit anzugreifen, da griffen wir auch an. Und wenn es nötig sein sollte, werden wir dasselbe noch einmal und mehr als einmal wieder tun.

Wir haben damit unsere Revolution auf eine in der Welt noch nie gesehene Höhe gehoben. Keine Macht der Welt, so viel Unheil, Elend und Pein immer sie über Millionen und hunderte Millionen von Menschen bringen mag, wird die Haupterrungen-

schaften unserer Revolution rückgängig machen können, denn das sind jetzt nicht mehr „unsere“, sondern weltgeschichtliche Errungenschaften.

Und als sich gegen Frühjahr 1921 herausstellte, daß unserem Vortrupp der Revolution die Gefahr droht, von der Masse des Volkes, von der Masse der Bauernschaft, die er mit Geschick vorwärtsführen soll, isoliert zu werden, da faßten wir einmütig und fest den Entschluß, uns zurückzuziehen. Und im abgelaufenen Jahr zogen wir uns, im großen und ganzen in revolutionärer Ordnung, zurück.

Die Revolutionen des Proletariats, die in allen fortgeschrittenen Ländern der Welt heranreifen, werden ihre Aufgabe nicht lösen können, ohne die Fähigkeit, hingebungsvoll zu kämpfen und anzugreifen, mit der Fähigkeit zu vereinen, sich in revolutionärer Ordnung zurückzuziehen. Die Erfahrung der zweiten Periode unseres Kampfes, d. h. die Erfahrung des Rückzuges, wird vermutlich in Zukunft den Arbeitern zumindest in einigen Ländern ebenfalls zugute kommen, ebenso wie unsere Erfahrung der ersten Periode der Revolution, die Erfahrung des grenzenlos kühnen Angriffs, unzweifelhaft den Arbeitern aller Länder zugute kommen wird.

Jetzt haben wir beschlossen, den Rückzug für beendet zu erklären.

Das bedeutet, daß die ganze Aufgabe unserer Politik auf neue Art gestellt wird.

Der Angelpunkt liegt jetzt darin, daß die Avantgarde nicht vor der Aufgabe zurückscheue, an sich selbst zu arbeiten, sich selbst umzumodeln, offen ihre unzulängliche Vorbereitung, ihr unzulängliches Können einzugestehen. Der Angelpunkt ist, daß man sich jetzt in ungleich größerer und gewaltigerer Masse vorwärtsbewege, nicht anders als gemeinsam mit der Bauernschaft, indem man ihr durch die Tat, durch die Praxis, durch die Erfahrung beweist, daß wir lernen, wie man ihr helfen, wie man sie vorwärtsführen soll, und daß wir es auch erlernen werden.

(*Lenin*, Ausgew. Werke, Bd. IX, Ansprache bei der Schließung des XI. Parteitags, S. 399 f. [1922].)

... Ein Angriff *ohne Verankerung* der eroberten Positionen ist ein Angriff, der zum Mißlingen verdammt ist. Wann kann z. B. ein Angriff im Kriegswesen erfolgreich sein? Wenn sich die Leute nicht auf eine allgemeine Vorwärtsbewegung beschränken,

sondern sich gleichzeitig bemühen, die eroberten Positionen zu *verankern*, ihre Kräfte den veränderten Verhältnissen entsprechend *umzugruppieren*, die Etappe *näherzubringen*, die Reserven *heranzuziehen*. Wozu ist das alles nötig? Dazu, um sich gegen Ueberraschungen zu sichern, um einzelne Breschen zu liquidieren, vor denen kein einziger Angriff gesichert ist, und somit eine vollständige Liquidierung des Feindes vorzubereiten. Der Fehler der polnischen Truppen im Jahre 1920 bestand, vom rein militärischen Standpunkt aus betrachtet, darin, daß sie diese Regel mißachtet haben. Dadurch erklärt sich denn auch unter anderem, daß sie nach ihrem schnellen Vormarsch auf Kiew ebenso schnell bis nach Warschau zurück mußten. Der Fehler der Sowjettruppen im Jahre 1920 bestand, wenn man ebenfalls nur die militärische Seite der Sache berücksichtigt, darin, daß sie bei ihrer Offensive gegen Warschau den Fehler der Polen wiederholten.

Dasselbe ist auch von den Gesetzen des Angriffs an der Front des Klassenkampfes zu sagen. Man kann keinen erfolgreichen Angriff zur Liquidierung der Klassenfeinde führen, ohne die eroberten Positionen zu *verankern*, ohne die Kräfte *umzugruppieren*, ohne die Front mit *Reserven* zu sichern, ohne die *Etappe* näher heranzubringen usw.

Die ganze Sache ist die, daß Hohlköpfe die Gesetze des Angriffs nicht verstehen. Die ganze Sache ist die, daß die Partei sie versteht und in die Wirklichkeit umsetzt.

... Sie verstehen nicht die Klassennatur des Angriffs. Sie schreien vom Angriff. Ein Angriff gegen *welche* Klasse, im Bündnis mit *welcher* Klasse? Wir führen den Angriff gegen die kapitalistischen Elemente des Dorfes im Bündnis mit dem Mittelbauer, denn nur ein solcher Angriff kann uns den Sieg bringen. Was ist aber zu machen, wenn durch den Uebereifer einzelner Abteilungen der Partei der Angriff vom richtigen Wege abzugleiten beginnt und sich mit seiner Spitze gegen unseren Verbündeten, den Mittelbauer richtet? Haben wir denn *jeglichen* Angriff nötig und nicht einen Angriff gegen eine bestimmte Klasse im Bündnis mit einer bestimmten Klasse? Don Quijote bildete sich ja ebenfalls ein, daß er den Feind angreife, als er die Windmühle stürmte. Es ist jedoch bekannt, daß er sich bei diesem, mit Verlaub zu sagen, Angriff den Kopf eingerannt hat.

(*Stalin*, Probleme des Leninismus. Zweite Folge, „Antwort an die Genossen Kollektivbauern“, S. 262-264.)

... Manche Genossen glauben, daß die Repressalien bei der Offensive des Sozialismus die Hauptsache sind, und wenn die Repressalien nicht zunehmen, so gäbe es auch keine Offensive.

Ist das richtig? Das ist selbstverständlich falsch.

Die Repressalien sind ein notwendiges Element der Offensive, aber ein Hilfs- und nicht das Hauptelement. Die Hauptsache bei der Offensive des Sozialismus ist unter unseren jetzigen Verhältnissen die Steigerung des Entwicklungstempos unserer Industrie, die Steigerung des Entwicklungstempos der Sowjetgüter und Kollektivwirtschaften, die Steigerung des Tempos der wirtschaftlichen Verdrängung der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land, die Mobilisierung der Massen für den sozialistischen Aufbau, die Mobilisierung der Massen gegen den Kapitalismus. Man könnte zehntausende und hunderttausende Kulaken verhaften und verbannen, wenn man aber nicht gleichzeitig alles Notwendige unternimmt, um den Aufbau der neuen Formen der Wirtschaft zu beschleunigen, die alten, kapitalistischen Formen durch neue Wirtschaftsformen zu ersetzen, die Produktionswurzeln der ökonomischen Existenz und Entwicklung der kapitalistischen Elemente auf dem Lande zu untergraben und zu liquidieren — so wird das Kulakentum sowieso wiedererstehen und wird wachsen.

Andere glauben, die Offensive des Sozialismus sei ein allgemeines blindes Vorwärtstürmen, ohne entsprechende Vorbereitung, ohne Umgruppierung der Kräfte während der Offensive, ohne Befestigung der eroberten Positionen, ohne Ausnutzung der Reserven zur Entwicklung der Erfolge, und wenn, sagen wir, Anzeichen des Abflutens eines Teiles der Bauern aus den Kollektivwirtschaften sich bemerkbar machen, so bedeute dies, daß wir schon eine „Ebbe der Revolution“, einen Niedergang der Bewegung, eine Stockung der Offensive haben.

Ist das richtig? Das ist selbstverständlich falsch.

Erstens verläuft keine Offensive, selbst die erfolgreichste, ohne irgendwelche Breschen und Einbrüche an einzelnen Frontabschnitten. Mit dieser Begründung von einer Stockung oder einem Scheitern der Offensive sprechen, heißt das Wesen der Offensive nicht begreifen.

Zweitens gab es nie und kann es keine *erfolgreiche* Offensive geben ohne Umgruppierung der Kräfte während der Offensive selbst, ohne Befestigung der eroberten Positionen, ohne Ausnutzung der Reserven zur Entwicklung des Erfolges und Zuende-

führung der Offensive. Bei einem allgemeinen blinden Vorwärtstürmen, d. h. bei Nichtbeachtung dieser Bedingungen, muß die Offensive sich unvermeidlich erschöpfen und muß scheitern. Das allgemeine blinde Vorwärtstürmen ist der Tod der Offensive. Davon zeugen die reichen Erfahrungen unseres Bürgerkrieges.

(*Stalin*, Probleme des Leninismus, Zweite Folge. Bericht des ZK an den XVI. Parteitag der KPdSU(B), S. 344-345.)

2. Die taktische Leitung

A. Genosse Stalin über die taktische Leitung

Die taktische Leitung ist eine Teil der strategischen Leitung und den Aufgaben und Forderungen dieser untergeordnet. Die Aufgabe der taktischen Leitung besteht darin, alle Formen des Kampfes und der Organisation des Proletariats zu meistern und ihre richtige Ausnutzung sicherzustellen, um bei dem gegebenen Kräfteverhältnis das höchstmögliche Ergebnis zu erzielen, das zur Vorbereitung des strategischen Erfolges nötig ist.

Worin besteht die richtige Ausnutzung der Formen des Kampfes und der Organisation des Proletariats?

In der Erfüllung einiger notwendiger Bedingungen, unter welchen die folgenden als die Hauptbedingungen zu betrachten sind:

Erstens. Voranstellen jener Kampf- und Organisationsformen, die, da sie den Bedingungen des gegebenen Anstiegs oder Abstiegs der Bewegung am meisten entsprechen, imstande sind, die Heranziehung der Massen an die revolutionären Positionen, die Heranziehung der Millionenmassen an die Front der Revolution und ihre Verteilung an der Front der Revolution zu erleichtern und sicherzustellen.

Es handelt sich nicht allein darum, daß die Avantgarde die Unmöglichkeit, die alte Ordnung aufrechtzuerhalten, und die Unvermeidlichkeit ihrer Niederwerfung einsieht. Es handelt sich darum, daß die Massen, die Millionenmassen, diese Unvermeidlichkeit verstehen und bereit sind, die Avantgarde zu unterstützen. Doch die Massen können dies nur auf Grund der eigenen Erfahrung begreifen. Die Aufgabe besteht darin, den Millionenmassen Gelegenheit zu geben, auf Grund ihrer eigenen Erfahrung die Unvermeidlichkeit des Sturzes der alten Macht zu erkennen, und

solche Kampfmethoden und Organisationsformen in den Vordergrund zu rücken, die es den Massen erleichtern, an Hand der Erfahrung die Richtigkeit der revolutionären Losungen zu erkennen.

Die Avantgarde würde sich von der Arbeiterklasse losgetrennt und die Arbeiterklasse würde ihre Verbindung mit den Massen verloren haben, wenn die Partei seinerzeit nicht beschlossen hätte, sich an der Duma zu beteiligen, wenn sie nicht beschlossen hätte, ihre Kräfte auf die Arbeit in der Duma zu konzentrieren und den Kampf auf dem Boden dieser Arbeit zur Entfaltung zu bringen, um es den Massen zu erleichtern, durch eigene Erfahrung die Zwecklosigkeit der Duma, die Verlogenheit der Versprechungen der Kadetten, die Unmöglichkeit einer Verständigung mit dem Zarismus und die Unvermeidlichkeit des Bündnisses zwischen Bauernschaft und Arbeiterklasse zu erkennen. Ohne diese Erfahrung der Massen in der Duma-Periode wäre die Entlarvung der Kadetten und die Hegemonie des Proletariats unmöglich gewesen.

Die Gefahr der Taktik des Otsowismus* bestand darin, daß sie die Avantgarde von ihren Millionenreserven zu trennen drohte.

Die Partei würde sich von der Arbeiterklasse losgetrennt und die Arbeiterklasse würde ihren Einfluß auf die breiten Massen der Bauern und Soldaten verloren haben, wenn das Proletariat den linken Kommunisten Gefolgschaft geleistet hätte, die im April 1917 zum Aufstand riefen, als die Menschewiki und Sozialrevolutionäre sich noch nicht als Anhänger des Krieges und des Imperialismus entlarvt hatten, als die Massen noch nicht durch die eigene Erfahrung die Verlogenheit der menschewistisch-sozialrevolutionären Reden über Frieden, Land und Freiheit erkannt hatten. Ohne die Erfahrung der Massen während der Kerenski-Periode wären die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht isoliert worden und die Diktatur der Proletariats wäre unmöglich gewesen. Deshalb ist die Taktik der „geduldigen Aufklärung“ über die Fehler der kleinbürgerlichen Parteien und des offenen Kampfes innerhalb der Sowjets die einzig richtige Taktik gewesen.

Die Gefahr der Taktik der linken Kommunisten bestand darin, daß sie die Partei aus einer Führerin der proletarischen Re-

* Otsowisten — „Abberufer“, eine ultralinke Gruppe, die die Abberufung der sozialdemokratischen Fraktion aus der Duma verlangte. *Die Red.*

volution in ein Häuflein hohler Verschwörer ohne Boden unter den Füßen zu verwandeln drohte.

„Mit der Avantgarde allein — sagt Lenin — kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen die Avantgarde nicht direkt unterstützen oder wenigstens eine wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben —, . . . wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, damit wirklich die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu einem solchen Standpunkt gelangen, dazu ist Propaganda allein, Agitation allein zu wenig. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das sich jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland bestätigt hat. Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe stehenden, oft des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die durchwegs des Lesens und Schreibens kundigen Massen Deutschlands mit ihrer hohen Kultur mußten am eigenen Leib die ganze Ohnmacht, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, das ganze Lakaientum gegenüber der Bourgeoisie, die ganze Gemeinheit der Regierung der Ritter der II. Internationale, die ganze Unvermeidlichkeit der Diktatur der äußersten Reaktionäre (Kornilow in Rußland, Kapp u. Co. in Deutschland) als einzige Alternative gegenüber der Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden.“ (*Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 281 f.*)

Zweitens. Das Auffinden — in jedem gegebenen Augenblick — jenes besonderen Gliedes in der Kette der Prozesse, dessen Anpacken das Festhalten der ganzen Kette und die Vorbereitung der Bedingungen für die Erreichung des strategischen Erfolges ermöglichen wird.

Es handelt sich darum, daß aus einer Reihe von Aufgaben, vor denen die Partei steht, gerade jene aktuelle Aufgabe herausgegriffen wird, deren Lösung den Zentralpunkt bildet und deren Durchführung eine erfolgreiche Lösung der übrigen aktuellen Aufgaben ermöglicht.

Die Bedeutung dieser These kann man an zwei Beispielen veranschaulichen, von denen das eine der fernen Vergangenheit (der Periode der Bildung der Partei) und das andere der uns nächstliegenden Gegenwart (der Periode der NÖP) entnommen ist.

In der Periode der Bildung der Partei, als die unzähligen Zirkel und Organisationen noch nicht untereinander verbunden waren, als die Handwerkskerei und das Zirkelwesen die Partei von oben bis unten zerfraßen, als das ideologische Durcheinander das charakteristische Merkmal des inneren Lebens der Partei bildete

— in dieser Periode war das Hauptglied und die Hauptaufgabe in der Kette der Glieder und der Kette der Aufgaben, vor denen die Partei damals stand, die Schaffung einer für ganz Rußland bestimmten illegalen Zeitung. Warum? Weil man nur mit Hilfe einer für ganz Rußland bestimmten illegalen Zeitung unter den damaligen Verhältnissen einen einheitlich tätigen Kern der Partei schaffen konnte, der imstande war, die unzähligen Zirkel und Organisationen zu einem einzigen Ganzen zu verbinden, die Bedingungen für eine ideologische und taktische Einheit vorzubereiten und so das Fundament für die Bildung einer wirklichen Partei zu legen.

In der Periode des Ueberganges vom Krieg zum wirtschaftlichen Aufbau, als die Industrie infolge der Zerrüttung dahinvegetierte und die Landwirtschaft unter dem Mangel an städtischen Erzeugnissen zu leiden hatte, als der Zusammenschluß der Staatsindustrie mit der Bauernwirtschaft zur Grundbedingung eines erfolgreichen sozialistischen Aufbaus wurde, in dieser Periode bildete die Entwicklung des Handels das Hauptglied in der Kette der Prozesse, die Hauptaufgabe in der Reihe der Aufgaben. Warum? Weil unter den Verhältnissen der NÖP der Zusammenschluß zwischen Industrie und Bauernwirtschaft nicht anders möglich ist als durch den Handel, weil Produktion ohne Absatz unter den Verhältnissen der NÖP für die Industrie den Tod bedeutet, weil man die Industrie nur entwickeln kann durch Erweiterung des Absatzes im Wege der Entwicklung des Handels, weil man nur dann, wenn man auf dem Gebiet des Handels festen Fuß gefaßt hat, nur dann, wenn man den Handel gemeistert hat, nur wenn man dieses Glied gemeistert hat, darauf wird hoffen können, die Industrie mit dem bäuerlichen Markt zusammenzuschließen und mit Erfolg andere aktuelle Aufgaben zu lösen, um die Bedingungen für die Errichtung des Fundaments der sozialistischen Oekonomie zu schaffen.

„Es genügt nicht — sagt Lenin —, Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunist im allgemeinen zu sein... Man muß in jedem Augenblick jenes besondere Kettenglied zu finden wissen, das man mit allen Kräften anpacken muß, um die ganze Kette festzuhalten und den Übergang zum nächsten Glied gründlich vorzubereiten... Im gegebenen Augenblick... ist ein solches Kettenglied die Belebung des inneren Handels und seine richtige Regulierung (Leitung) durch den Staat. Der Handel ist jenes ‚Glied‘ in der historischen Kette der Ereignisse, in den Übergangsformen unseres sozialistischen Aufbaus von 1921—1922, *das man mit aller Kraft anpacken muß*.“ (Ausgew. Werke, Bd. IX, S. 319.)

Das sind die Hauptbedingungen, die die Richtigkeit der taktischen Leitung sichern.

(Stalin, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 87-91.)

B. Die Verbindung legaler und illegaler Kampfformen in der Taktik des Proletariats

Jeder wird zugeben, daß es unvernünftig, ja sogar ein Verbrechen ist, wenn eine Armee sich nicht darauf vorbereitet, alle Waffenarten, alle Kampfmittel und Kampfmethoden zu beherrschen, über die der Feind verfügt bzw. verfügen kann. Das gilt aber für die Politik noch mehr als für das Kriegswesen. In der Politik ist es noch weniger möglich, im voraus zu wissen, welches Kampfmittel unter diesen oder jenen künftigen Umständen anwendbar und vorteilhaft für uns sein wird. Beherrschen wir nicht alle Kampfmittel, so können wir eine gewaltige — mitunter sogar eine entscheidende — Niederlage erleiden, wenn von unserem Willen unabhängige Veränderungen in der Lage der anderen Klassen eine Form des Handelns auf die Tagesordnung setzen, in der wir besonders schwach sind. Beherrschen wir alle Kampfmittel, so siegen wir bestimmt, denn wir vertreten die Interessen der wirklich fortschrittlichen, wirklich revolutionären Klasse; so siegen wir sogar dann, wenn die Umstände es uns nicht erlauben, die Waffe anzuwenden, die dem Feinde am gefährlichsten ist und ihm am schnellsten den Todesstoß versetzt. Unerfahrene Revolutionäre denken oft, daß legale Kampfmittel opportunistisch seien, weil die Bourgeoisie auf diesem Gebiete die Arbeiter besonders oft (am häufigsten in „friedlichen“, nichtrevolutionären Zeiten) betrogen und übertölpelt hat; illegale Kampfmittel aber seien revolutionär. Das ist jedoch nicht richtig. Richtig ist, daß diejenigen Parteien und Führer opportunistisch und Verräter an der Arbeiterklasse sind, die nicht verstehen oder nicht wünschen (sage nicht: ich kann nicht, sage lieber: ich will nicht!), illegale Kampfmittel z. B. unter Verhältnissen anzuwenden, wie wir sie während des imperialistischen Krieges 1914—1918 hatten, als die Bourgeoisie der freiesten, demokratischsten Länder mit unerhörter Frechheit und Brutalität die Arbeiter betrog und es verbot, die Wahrheit über den räuberischen Charakter des Krieges zu sagen. Aber Revolutionäre, die nicht verstehen, die illegalen Kampfmethoden mit allen legalen zu verknüpfen, sind sehr

schlechte Revolutionäre. Es ist nicht schwer, ein Revolutionär dann zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen und entbrannt ist, wenn sich alle und jede der Revolution anschließen, aus einfacher Schwärmerei, aus Mode, mitunter sogar aus Gründen persönlicher Karriere. Sich von diesen Pseudorevolutionären zu „befreien“, kostet das Proletariat dann, nach seinem Siege, schwerste Mühe, ja man kann sagen qualvolle Pein. Viel schwerer — und viel wertvoller — ist es, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich revolutionären, wirklichen *Massenkampf noch nicht* vorhanden sind, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) in nichtrevolutionären, oft sogar in direkt reaktionären Institutionen, in einer nichtrevolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, unverzüglich die Notwendigkeit der revolutionären Kampfmethoden zu begreifen. Den konkreten Weg oder den besonderen Umschwung der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf *heranführt*, herauszufinden, herauszuführen, richtig zu bestimmen — darin besteht die Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika.

(*Lenin, Sämtliche Werke, Band XXV, „Der ‚Radikalismus‘, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, S. 285-286.*)

C. Die Massen an die revolutionären Positionen auf Grund ihrer eigenen politischen Erfahrung heranzuführen, ist einer der wichtigsten taktischen Grundsätze des Leninismus

Dieser taktische Grundsatz betrifft die Frage des Wechsels der Losungen, der Reihenfolge und der Methoden dieses Wechsels. Er betrifft die Frage, wie die Losungen für die Partei in Losungen für die Massen zu verwandeln sind, die Frage, wie und auf welche Weise die Massen an die revolutionären Positionen heranzuführen sind, damit die Massen selbst sich auf Grund ihrer eigenen politischen Erfahrung von der Richtigkeit der Parteilosungen überzeugen. Die Massen überzeugen kann man jedoch nicht durch Propaganda und Agitation allein. Dafür ist die eigene politische Erfahrung der Massen selbst erforderlich. Dafür ist es erforderlich, daß die breiten Massen selbst, an ihrem eigenen Leibe, die Unvermeidlichkeit, sagen wir, des Sturzes einer bestimmten Gesellschaftsordnung, die Unvermeidlichkeit der Aufrichtung einer neuen politischen und sozialen Ordnung erfahren

haben. Es ist gut, wenn sich die vorgeschrittene Gruppe, die Partei, von der Unvermeidlichkeit des Sturzes, sagen wir der Provisorischen Regierung Miljukow-Kerenski im April 1917, bereits überzeugt hat. Aber das reicht noch nicht aus, um eine Aktion für den Sturz dieser Regierung zu unternehmen, um die Losung des Sturzes der Provisorischen Regierung und der Aufrichtung der Sowjetmacht als *Tageslosung* aufzustellen. Um die Formel „Alle Macht den Sowjets“ aus einer *Perspektive* für die nächste Periode in eine *Tageslosung*, in eine Losung für die unmittelbare Aktion zu verwandeln, dazu bedurfte es noch eines entscheidenden Umstandes, nämlich daß die Massen selbst sich von der Richtigkeit dieser Losung überzeugten und der Partei eine bestimmte Unterstützung bei ihrer Verwirklichung leisteten. Man muß streng unterscheiden zwischen einer Formel als *Perspektive* für die nächste Zukunft und einer Formel als *Tageslosung*. Gerade daran scheiterte die Gruppe der Bolschewiki in Petersburg mit dem Genossen Bogdatjew an der Spitze im April 1917, als sie *vorzeitig* die Losung „Nieder mit der Provisorischen Regierung, alle Macht den Sowjets“ aufstellte. Lenin bezeichnete damals diesen Versuch der Gruppe des Genossen Bogdatjew als gefährliches Abenteuerium und brandmarkte ihn öffentlich. Warum? Weil die breiten Massen der Werktätigen im Hinterlande und an der Front noch nicht bereit waren, sich diese Losung zu eigen zu machen. Weil diese Gruppe die Formel „Alle Macht den Sowjets“ als *Perspektive* mit der Losung „Alle Macht den Sowjets“ als *Tageslosung* durcheinanderbrachte. Weil sie, indem sie *vorauseilte*, die Partei in die Gefahr ihrer völligen Isolierung von den breiten Massen, von den Sowjets brachte, die damals noch an den revolutionären Charakter der Provisorischen Regierung glaubten.

Durften die chinesischen Kommunisten vor, sagen wir, einem halben Jahr die Losung „Nieder mit der Kuomintang-Führung in Wuhan“ aufstellen? Nein, sie durften es nicht. Sie durften es nicht, weil dies ein gefährliches *Vorausseilen* gewesen wäre, weil dies den Kommunisten den Zugang zu den breiten Massen der Werktätigen erschwert hätte, die noch an die Kuomintang-Führung glaubten, weil es die Kommunistische Partei von den breiten Bauernmassen isoliert hätte. Sie durften es nicht, weil die Wuhaner Kuomintang-Führung, das Wuhaner Zentralkomitee der Kuomintang sich noch nicht als bürgerlich-revolutionäre Regierung erschöpft hatte, sich in den Augen der breiten Massen der Werktätigen noch nicht durch ihren Kampf gegen die Agrarrevo-

lution, durch ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse, durch ihre Wendung auf die Seite der Konterrevolution kompromittiert und diskreditiert hatte. Wir haben immer gesagt, daß man nicht Kurs auf die Diskreditierung und Ablösung der Wuhaner Kuomintang-Führung nehmen darf, solange sie sich noch nicht als bürgerlich-revolutionäre Regierung erschöpft hat; daß man ihr zuerst die Gelegenheit geben muß, sich zu erschöpfen, um dann die Frage ihrer Ablösung praktisch zu stellen. Müssen die chinesischen Kommunisten jetzt die Losung „Nieder mit der Kuomintang-Führung in Wuhan“ aufstellen? Jawohl, sie müssen es, sie müssen es unbedingt. Jetzt, wo die Kuomintang-Führung durch ihren Kampf gegen die Revolution sich bereits kompromittiert und sich den breiten Arbeiter- und Bauernmassen feindlich entgegengestellt hat, wird diese Losung einen machtvollen Widerhall bei den Volkmassen finden. Jetzt wird jeder Arbeiter und jeder Bauer begreifen, daß die Kommunisten richtig gehandelt haben, als sie aus der Wuhaner Regierung und dem Wuhaner Zentralkomitee der Kuomintang austraten und die Losung „Nieder mit der Kuomintang-Führung in Wuhan“ aufstellten. Denn jetzt stehen die Bauern- und Arbeitermassen vor der Wahl: *entweder* die jetzige Kuomintang-Führung, und dann Verzicht auf die Befriedigung der brennenden Bedürfnisse dieser Massen, Verzicht auf die Agrarrevolution; *oder* Agrarrevolution und radikale Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, und dann wird die Ablösung der Kuomintang-Führung in Wuhan zur Tageslosung für die Massen.

Das sind die Erfordernisse des dritten taktischen Grundsatzes des Leninismus in der Frage des Wechsels der Losungen, in der Frage der Methoden und Wege der Heranführung der breiten Massen an neue revolutionäre Positionen, in der Frage, wie man durch die eigene Politik, durch die eigenen Aktionen, durch die *rechtzeitige* Ersetzung der einen Losungen durch andere Losungen den breiten Massen der Werktätigen helfen muß, auf Grund ihrer eigenen Erfahrung die Richtigkeit der Parteilinie zu erkennen.

(*Staln*, „Bemerkungen über aktuelle Themen“, „Prawda“, 1927, Nr. 169.)

D. Das Hauptglied der Kette zu erfassen, ist das Prinzip der taktischen Leitung

Die politischen Ereignisse sind stets sehr verworren und kompliziert. Man kann sie mit einer Kette vergleichen. Will man sich

an die ganze Kette festklammern, so darf man sich nicht lediglich an ein einziges Kettenglied anklammern. Man kann sich nicht künstlich das Kettenglied auswählen, an das man sich klammern will. Was war im Jahre 1917 der Kernpunkt? Das Ausscheiden aus dem Krieg, das das ganze Volk verlangte; und das überschattete alles. Das revolutionäre Rußland erreichte es, aus dem Krieg auszuscheiden. Das kostete große Anstrengungen, doch dafür wurde dem Hauptbedürfnis des Volkes Rechnung getragen, und das brachte uns den Sieg für viele Jahre... Und das Volk fühlte, der Bauer sah, jeder von der Front heimkehrende Soldat begriff ausgezeichnet, daß er in der Sowjetmacht eine demokratischere, eine den Werktätigen näherstehende Staatsmacht erhält. So viele Dummheiten und Ungereimtheiten wir auch immer auf anderen Gebieten anrichten mochten, da wir diese Hauptaufgabe berücksichtigt hatten, war alles in Ordnung.

Was war in den Jahren 1919 und 1920 der Kernpunkt? Die militärische Abwehr. Da marschierte gegen uns, da würgte uns die weltumspannende mächtige Entente, und es bedurfte keiner Propaganda — jeder parteilose Bauer begriff, was los ist. Der Gutsherr kommt. Die Kommunisten verstehen gegen ihn zu kämpfen. Das war der Grund, warum die Bauern in ihrer Masse für die Kommunisten waren, der Grund, warum wir siegten.

Im Jahre 1921 war der Kernpunkt der geordnete Rückzug. Deshalb war Disziplin doppelt notwendig. Die „Arbeiteropposition“ sagte: „Ihr unterschätzt die Arbeiter, die Arbeiter müssen mehr Initiative an den Tag legen.“ Die Initiative mußte darin bestehen, den Rückzug geordnet zu vollziehen und strengste Disziplin zu halten. Wer irgendwie Stimmungen der Panik oder des Disziplinbruchs hineinträgt, würde die Revolution zugrunde richten, weil es nichts Schwierigeres gibt als einen Rückzug mit Menschen, die gewohnt sind, Eroberungen zu machen, die von revolutionären Anschauungen und Idealen durchdrungen sind und im Grunde ihrer Seele jeden Rückzug als eine Art Gemeinheit ansehen. Die größte Gefahr besteht darin, daß die Ordnung gestört werden könnte, und die größte Aufgabe darin, die Ordnung zu wahren.

Und was ist heute der Kernpunkt? Dieser Kernpunkt liegt — und dahin wollte ich eben meinen Bericht zuspitzen und zusammenfassen — nicht in der Politik im Sinne eines Richtungswechsels; darüber wird im Zusammenhang mit der NÖP unglaublich viel gesprochen. Das alles wird ins Blaue hinein geredet. Das ist

ein überaus schädliches Geschwätz. Im Zusammenhang mit der NÖP beginnt man bei uns geschäftig zu tun, Institutionen umzuändern, neue Institutionen zu schaffen. Das ist ein überaus schädliches Geschwätz. Wir sind an einem Punkt angelangt, wo es im wesentlichen auf die Menschen, auf die Auswahl der Menschen ankommt. Das ist für einen Revolutionär, der gewohnt ist, gegen den Kleinkram, gegen die Kulturträgerei, die statt der Umgestaltung der Einrichtungen die Rolle der Persönlichkeit in den Vordergrund rückte, anzukämpfen, schwer begreiflich. Aber wir befinden uns in einer Lage, die man im politischen Sinne nüchtern beurteilen muß — wir sind so weit vorgerückt, daß wir nicht alle Stellungen halten können und zu halten suchen dürfen.

(Lenin, Ausgew. Werke, Band IX, Politischer Bericht des ZK an den XI. Parteitag, S. 390 f. [1922].)

3. Die Losungen und ihre Bedeutung in der Strategie und Taktik

Treffend formulierte Beschlüsse, die die Ziele des Krieges oder einer einzelnen Schlacht widerspiegeln und bei den Truppen populär sind, haben manchmal an der Front eine entscheidende Bedeutung, als Mittel, die Armee zu Taten zu begeistern, ihren Geist zu heben usw. Entsprechende Befehle, Losungen oder Aufrufe an die Truppen haben für den ganzen Verlauf des Krieges ebenso große Bedeutung wie eine erstklassige schwere Artillerie oder erstklassige Schnelltanks.

Eine noch größere Bedeutung haben die Losungen auf politischem Gebiet, wo man es mit den Dutzenden und hunderten Millionen der Bevölkerung, mit ihren vielfältigen Forderungen und Bedürfnissen zu tun hat.

Die Losung ist die knappe und klare Formulierung der nächsten oder entfernten Ziele des Kampfes, die von der führenden Gruppe, sagen wir des Proletariats, seiner Partei, ausgegeben wird. Es gibt verschiedene Losungen, je nach den verschiedenartigen Zielen des Kampfes, die entweder eine ganze historische Periode oder einzelne Stadien und Episoden der betreffenden historischen Periode umfassen. Die Losung „Nieder mit dem Absolutismus“, die zuerst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der „Gruppe der Befreiung der Arbeit“ aufgestellt wurde, war eine *Propagandalosung*, denn sie zielte darauf

ab, die standhaftesten und ausdauerndsten Kämpfer einzeln und in Gruppen für die Partei zu gewinnen. In der Periode des russisch-japanischen Krieges, als die Labilität des Absolutismus für die breiten Schichten der Arbeiterklasse mehr oder weniger offensichtlich wurde, ist diese Losung zu einer *Agitationslosung* geworden, denn sie zielte bereits auf die Gewinnung der Millionen der werktätigen Massen ab. In der Periode vor der Februarrevolution von 1917, als der Zarismus in den Augen der Massen bereits endgültig Bankrott gemacht hatte, verwandelte sich die Losung „Nieder mit dem Absolutismus“ bereits aus einer *Agitationslosung* in eine *Aktionslosung*, denn sie zielte darauf ab, die Millionenmassen zum Sturm gegen den Zarismus in Bewegung zu setzen. In den Tagen der Februarrevolution verwandelte sich diese Losung bereits in eine *Direktive* der Partei, d. h. in einen direkten Aufruf zur Besetzung bestimmter Einrichtungen und bestimmter Punkte im System des Zarismus, denn jetzt handelte es sich bereits darum, den Zarismus zu stürzen, ihn zu vernichten. Eine Direktive ist ein direkter Aufruf der Partei zur Aktion in einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort, der für alle Parteimitglieder bindend ist und gewöhnlich von breiten Massen der Werktätigen aufgegriffen wird, wenn der Aufruf die Forderungen der Massen richtig und treffend formuliert, wenn die Situation wirklich gereift ist.

Losungen mit Direktiven oder eine *Agitationslosung* mit einer *Aktionslosung* zu verwechseln ist ebenso gefährlich, wie vorzeitige oder verspätete Aktionen gefährlich und manchmal auch verhängnisvoll sind. Im April 1917 war die Losung „Alle Macht den Sowjets“ eine *Agitationslosung*. Die bekannte im April 1917 in Petersburg unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ veranstaltete Demonstration, die damals den Winterpalast umzingelte, war ein Versuch, ein vorzeitiger und deshalb verderblicher Versuch, diese Losung in eine *Aktionslosung* zu verwandeln. Das war ein höchst gefährliches Beispiel für die Verwechslung einer *Agitationslosung* mit einer *Aktionslosung*. Die Partei hatte recht, als sie die Initiatoren dieser Demonstration verurteilte, denn sie wußte, daß die zur Umwandlung dieser Losung in eine *Aktionslosung* erforderlichen Bedingungen noch nicht eingetreten waren, daß eine vorzeitige Aktion des Proletariats zur Zerschlagung seiner Kräfte führen kann.

Andererseits gibt es Fälle, wo die Partei vor die Notwendigkeit gestellt wird, innerhalb 24 Stunden eine bereits beschlossene und

reif gewordene Losung (oder Direktive) „aufzuheben“ oder abzuändern, um ihre Reihen vor einer vom Feind gestellten Falle zu schützen, oder die Durchführung der Direktive vorübergehend auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Ein solcher Fall ereignete sich in Petrograd im Juni 1917, als eine sorgfältig vorbereitete und auf den 9. Juni angesetzte Demonstration der Arbeiter und Soldaten durch das Zentralkomitee unserer Partei angesichts der veränderten Situation „plötzlich“ abgesagt wurde. Die Aufgabe der Partei besteht darin, geschickt und rechtzeitig die Agitationslosungen in Aktionslosungen oder die Aktionslosungen in bestimmte konkrete Direktiven überzuleiten, oder, wenn dies die Situation erfordert, die nötige Elastizität und Entschlossenheit an den Tag zu legen, um rechtzeitig von der Durchführung dieser oder jener Losungen Abstand zu nehmen, auch wenn sie populär, auch wenn sie reif geworden sind.

(Stalin, „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, „Prawda“, 1923, Nr. 56.)

IV. REVOLUTIONÄRE UND REFORMISTISCHE LEITUNG

1. Genosse Stalin über revolutionäre und reformistische Leitung

Wodurch unterscheidet sich die revolutionäre Taktik von der reformistischen?

Manche meinen, daß der Leninismus überhaupt gegen Reformen, gegen Kompromisse und Abkommen sei. Das ist vollkommen falsch. Die Bolschewiki wissen nicht weniger als jeder andere, daß in einem gewissen Sinne „jede Gabe genehm ist“, daß unter gewissen Umständen Reformen im allgemeinen, Kompromisse und Abkommen im besonderen notwendig und nützlich sind.

„Krieg führen zum Sturze der internationalen Bourgeoisie — sagt Lenin —, einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege unter den Staaten, und dabei im voraus das Lavieren, die Ausnutzung der (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätze zwischen den Feinden, Abkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten ablehnen — ist das nicht über alle Maßen lächerlich? Ist das nicht dasselbe, wie wenn man bei einem schwierigen Aufstieg auf einen noch unerforschten und bis dahin unzugänglichen Berg es von vornherein ablehnen wollte, manchmal im Zickzack zu gehen, manchmal umzukehren, die einmal gewählte Richtung aufzugeben und verschiedene Richtungen zu versuchen?“ (Lenin, Sämtliche Werke, Bd. XXV, S. 256 f.)

Es kommt offenbar nicht auf die Reformen oder Kompromisse und Abkommen an, sondern auf den Gebrauch, den man von den Reformen und Abkommen macht.

Dem Reformisten ist die Reform alles, die revolutionäre Arbeit dagegen nebensächlich, ein Gesprächsthema, ein Mittel, den Massen Sand in die Augen zu streuen. Deshalb verwandelt sich die Reform bei einer reformistischen Taktik unter den Verhältnissen des Bestehens der bürgerlichen Macht unausbleiblich in ein Werkzeug zur Festigung dieser Macht, in ein Werkzeug zur Zersetzung der Revolution.

Für den Revolutionär ist umgekehrt die revolutionäre Arbeit die Hauptsache und nicht die Reform, für ihn ist die Reform ein Nebenprodukt der Revolution. Deshalb verwandelt sich die Reform bei einer revolutionären Taktik unter den Verhältnissen des Bestehens der bürgerlichen Macht naturgemäß in ein Werkzeug zur Zersetzung dieser Macht, in ein Werkzeug zur Festigung der Revolution, in einen Stützpunkt für die weitere Entwicklung der revolutionären Bewegung.

Der Revolutionär ist für die Reform, um sie als Anknüpfungspunkt zur Verbindung der legalen Arbeit mit der illegalen auszunutzen, um sie als Deckung für die Verstärkung der illegalen Arbeit zum Zwecke der revolutionären Vorbereitung der Massen für den Sturz der Bourgeoisie auszunutzen.

Darin liegt das Wesen der revolutionären Ausnutzung der Reformen und Abkommen unter den Verhältnissen des Imperialismus.

Der Reformist ist umgekehrt für Reformen, um jede illegale Arbeit abzulehnen, um die Vorbereitung der Massen zur Revolution zu untergraben und um im Schatten der „bescherten“ Reform auszuruhen.

Darin liegt das Wesen der reformistischen Taktik.

So verhält sich die Sache mit Reformen und Abkommen unter den Verhältnissen des Imperialismus.

Die Sache ändert sich jedoch etwas nach dem Sturz des Imperialismus, unter der Diktatur des Proletariats. Unter bestimmten Verhältnissen, in einer bestimmten Situation kann die proletarische Macht sich gezwungen sehen, vorübergehend den Weg des revolutionären Umbaus der bestehenden Ordnung zu verlassen und den Weg ihrer allmählichen Umbildung einzuschlagen, „den reformistischen Weg“, wie Lenin in seinem bekannten Artikel „Ueber die Bedeutung des Goldes“ sagt, den Weg von Umgehungsbewegungen, von Reformen und Zugeständnissen an die nichtproletarischen Klassen, um diese Klassen zu zersetzen, der Revolution eine Atempause zu geben, Kräfte zu sammeln und die Bedingungen für eine neue Offensive vorzubereiten. Es läßt sich nicht leugnen, daß dieser Weg in gewissem Sinne ein reformistischer Weg ist. Nur darf man nicht vergessen, daß wir es hier mit einer fundamentalen Besonderheit zu tun haben, die darin besteht, daß die Reform in diesem Falle von der proletarischen Macht ausgeht, daß sie die proletarische Macht stärkt, ihr die notwendige Atempause gibt, und daß sie dazu dient, nicht die Revolution, sondern die nichtproletarischen Klassen zu zersetzen.

Die Reform verwandelt sich unter solchen Bedingungen somit in ihr Gegenteil.

Die Befolgung einer solchen Politik durch die proletarische Macht wird deshalb und nur deshalb möglich, weil der Schwung der Revolution in der vorangegangenen Periode groß genug war und somit genügend breiten Raum geschaffen hat für den notwendig gewordenen Rückzug, um an Stelle der Taktik des Angriffs die Taktik des vorübergehenden Rückzugs, die Taktik der Umgehungsbewegungen setzen zu können.

Wenn also früher, unter der Macht der Bourgeoisie, die Reformen Nebenprodukte der Revolution waren, so sind jetzt, unter der Diktatur des Proletariats, die Quelle der Reformen die revolutionären Errungenschaften des Proletariats, die in den Händen des Proletariats angehäufte Reserve, die aus diesen Errungenschaften besteht.

(*Stalin*, Probleme des Leninismus, Erste Folge, „Die Grundlagen des Leninismus“, S. 91-94.)

2. Lenin über Kompromisse

In Zusammenhang damit steht auch die in der Literatur so oft aufgetauchte und bei der Erörterung des vorliegenden Themas immer wieder auftauchende Frage der Einfachheit, Klarheit und „Geradlinigkeit“ der Boykottlösung, sowie die Frage des geraden und des im Zickzack verlaufenden Entwicklungsweges. Der unmittelbare Sturz oder zumindest die Schwächung und Entkräftung der alten Macht, die unmittelbare Schaffung neuer Machtorgane durch das Volk — all dies ist zweifellos der *direkteste*, der für das Volk vorteilhafteste Weg, der aber auch den größten Kraftaufwand verlangt. Hat man die erdrückende Uebermacht, dann kann man auch im direkten Frontalangriff siegen. Fehlt es an Kraft, so werden möglicherweise auch Umwege, Abwarten, Zickzackbewegungen, Rückzüge usw. usf. erforderlich sein. Der Weg einer monarchistischen Konstitution schließt die Revolution natürlich noch keineswegs aus, denn *auch* dieser Weg bereitet Elemente derselben vor und entwickelt sie indirekt, doch ist dies ein längerer, ein im Zickzack verlaufender Weg.

Durch die ganze menschwistische Literatur, insbesondere die von 1905 (bis Oktober), zieht sich wie ein roter Faden die gegen die Bolschewiki erhobene Beschuldigung der „Geradlinigkeit“,

ziehen sich an sie gerichtete erbauliche Belehrungen darüber, daß man dem Zickzackweg Rechnung tragen müsse, den die Geschichte geht. Diese Eigentümlichkeit der menschewistischen Literatur ist ebenfalls ein Musterbeispiel der Erörterung solcher Tatsachen wie: Pferde fressen Hafer und die Wolga mündet ins Kaspische Meer; solches Wiederkäuen unbestreitbarer Wahrheiten verdunkelt nur den eigentlichen Kern der Streitfrage. Daß die Geschichte sich gewöhnlich im Zickzack bewegt und daß der Marxist es verstehen muß, mit den verwickeltsten und phantastischsten Zickzacksprüngen der Geschichte zu rechnen — das ist unbestreitbar. Doch dieser unbestreitbare Kaustoff hat nichts mit der Frage zu schaffen, was der Marxist anfangen soll, wenn die Geschichte selbst die kämpfenden Kräfte vor die Wahl des direkten oder des Zickzackweges stellt. Wer in solchen Augenblicken oder Perioden, wo dies eintritt, nichts anderes tut, als daß er des langen und breiten darüber redet, daß die Geschichte sich meist im Zickzack bewegt, der wird eben zum „Mann im Futteral“* und vertieft sich in die Betrachtung der Wahrheit, daß Pferde Hafer fressen. Revolutionäre Perioden sind daher meistens gerade solche Geschichtsperioden, wo in verhältnismäßig kurzer Zeit im Zusammenstoß der kämpfenden gesellschaftlichen Kräfte die Entscheidung darüber fällt, welchen Entwicklungsweg das Land auf eine verhältnismäßig sehr lange Zeit hinaus wählt — den geraden oder den zickzackartigen. Die Notwendigkeit, mit einem Zickzackweg zu rechnen, schafft jedoch keineswegs die Tatsache aus der Welt, daß die Marxisten es verstehen müssen, die Massen in entscheidenden Momenten ihrer Geschichte über die Vorzüge des geraden Weges aufzuklären, ihnen im Kampf um die Wahl dieses direkten Weges zu helfen, Losungen für diesen Kampf aufzustellen usw. Und nur hoffnungslose Philister und ganz beschränkte Pedanten könnten *nach Abschluß* der entscheidenden historischen Schlachten, in denen die Entscheidung für den Zickzackweg, gegen den geraden gefallen ist, über diejenigen hämisch kichern, die bis zuletzt für den geraden Weg gekämpft haben. Das wäre ähnlich dem Kichern der deutschen ärarischen, polizeitreuen Geschichtsschreiber vom Schlage Treitschkes über die revolutionären Losungen und die revolutionäre Geradlinigkeit von Marx im Jahre 1848.

Die Stellung des Marxismus zum Zickzackweg der Geschichte

* Bei Tschchow ein Mittelschullehrer, Typus des beschränkten Menschen.
Die Red.

stimmt dem Wesen nach überein mit seiner Stellung zu Kompromissen. Jede Zickzackwendung der Geschichte ist ein Kompromiß — ein Kompromiß zwischen dem Alten, das nicht mehr stark genug ist, um das Neue ganz ablehnen zu können, und dem Neuen, das noch nicht stark genug ist, um das Alte ganz zu stürzen. Der Marxismus ist nicht ein für allemal gegen Kompromisse, er hält ihre Ausnützung für notwendig, aber das schließt keineswegs aus, daß der Marxismus als lebendige und wirkende geschichtliche Kraft mit aller Energie gegen Kompromisse kämpft. Wer diesen scheinbaren Widerspruch nicht zu begreifen vermag, der kennt nicht das ABC des Marxismus.

Engels hat einmal die Stellung des Marxismus gegenüber Kompromissen äußerst anschaulich, klar und knapp formuliert, und zwar in seinem Artikel über das Manifest der blanquistischen Kommune-Flüchtlinge (1874). Die blanquistischen Flüchtlinge der Kommune schrieben in ihrem Manifest, daß sie keinerlei Kompromisse für zulässig halten. Engels machte sich über dieses Manifest lustig. Nicht darum handelte es sich — sagt er —, sich ein für allemal gegen die Ausnützung von Kompromissen zu erklären, *zu denen uns die Umstände verdammen* (oder zu denen uns die Umstände zwingen — ich muß mich vor dem Leser entschuldigen, aber ich habe nicht die Möglichkeit, nach dem Text zu zitieren, und muß mich daher auf mein Gedächtnis verlassen). Es handelt sich darum, die wahren revolutionären Ziele des Proletariats klar im Auge zu behalten und sie unter allen und jeden Umständen, durch alle Zickzackbewegungen und Kompromisse hindurch verfolgen zu können. — Nur von diesem Standpunkt aus darf man die Einfachheit, Geradlinigkeit und Klarheit des Boykotts als einer an die Massen appellierenden Losung werten. Alle diese Eigenschaften der Boykottlosung sind nicht an und für sich gut, sondern nur insofern, als die objektive Situation, in der diese Losung angewandt wird, Voraussetzungen des Kampfes um die Wahl des direkten oder des Zickzackweges aufweist. In der Zeit der Bulygin-Duma war diese Losung richtig, sie war die einzige revolutionäre Losung der Arbeiterpartei, nicht weil sie die einfachste, direkteste und klarste war, sondern weil die geschichtlichen Bedingungen damals die Arbeiterpartei vor die Aufgabe der Beteiligung am Kampfe für den einfachen und direkten revolutionären Weg, gegen den zickzackartigen monarchistisch-konstitutionellen Weg gestellt haben.

(*Lenin, Sämtliche Werke, Band XII, „Gegen den Boykott“, S. 17-20 [1907].*)

3. Reformen vor und nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats

Das Verhältnis von Reformen und Revolution ist nur vom Marxismus genau und richtig bestimmt worden, wobei Marx dieses Verhältnis nur von der einen Seite sehen konnte, nämlich in der Situation, die dem ersten einigermaßen festen, einigermaßen dauerhaften Sieg des Proletariats, wenn auch nur in einem Lande, vorausging. In dieser Situation war die Grundlage eines richtigen Verhältnisses folgende: Reformen sind das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Für die ganze kapitalistische Welt bildet dieses Verhältnis das Fundament der revolutionären Taktik des Proletariats, das ABC, das die käuflichen Führer der II. Internationale und die halbpedantischen, halb zimperlichen Ritter der Internationale Zweieinhalb verdrehen und verdunkeln. Nach dem Sieg des Proletariats auch nur in einem Lande tritt in dem Verhältnis zwischen Reformen und Revolution etwas Neues ein. Prinzipiell hat sich nichts geändert, aber in der Form tritt eine Veränderung ein, die Marx persönlich nicht voraussehen konnte, die man jedoch nur auf dem Boden der Philosophie und der Politik des Marxismus begreifen kann. Warum konnten wir den Brester Rückzug richtig anwenden? Weil wir so weit vorgerückt waren, daß wir Raum zum Rückzug hatten. Wir hatten mit so schwindelerregender Schnelligkeit, *in wenigen Wochen*, vom 7. November (25. Oktober) 1917 bis zum Brester Frieden, den Sowjetstaat errichtet, waren auf revolutionärem Wege aus dem imperialistischen Krieg ausgeschieden, hatten die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende geführt, so daß uns *sogar* die gewaltige Rückzugsbewegung (der Brester Friede) immer noch durchaus genügend Positionen beließ, um die „Atempause“ auszunutzen und gegen Koltschak, Denikin, Judenitsch, Pilsudski, Wrangel siegreich vorzustoßen.

Vor dem Sieg des Proletariats sind Reformen das Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes. Nach dem Sieg werden sie (während sie im internationalen Maßstab nach wie vor ein „Nebenprodukt“ bleiben) für das Land, in welchem der Sieg erfochten ist, außerdem zu einer notwendigen und berechtigten Atempause in den Fällen, wo nach der höchsten Anstrengung die Kräfte zur revolutionären Ausführung dieses oder jenes Uebergangs offensichtlich nicht ausreichen. Der Sieg liefert einen solchen „Kräftevorrat“, daß man sogar bei einem erzwungenen

Rückzug durchhalten kann — durchhalten sowohl im materiellen wie im moralischen Sinne. Durchhalten in materiellem Sinne heißt: ein genügendes Uebergewicht an Kräften behalten, damit uns der Gegner nicht vollständig schlagen kann. Durchhalten in moralischem Sinne heißt: sich nicht demoralisieren, nicht desorganisieren lassen, die nüchterne Einschätzung der Lage bewahren, den Mut und die Geistesfestigkeit behalten, sich wenn auch weit, so doch mit Maß zurückziehen, sich so zurückziehen, daß man den Rückzug zur rechten Zeit einstellen und erneut zum Angriff übergehen kann.

Wir haben uns zum Staatskapitalismus zurückgezogen. Aber wir haben uns mit Maß zurückgezogen. Wir ziehen uns jetzt zur staatlichen Regulierung des Handels zurück. Aber wir werden uns mit Maß zurückziehen. Es sind bereits Anzeichen vorhanden, daß das Ende dieses Rückzuges abzusehen ist, daß in nicht allzuferner Zukunft die Möglichkeit abzusehen ist, diesen Rückzug einzustellen. Je bewußter, je einmütiger, je vorurteilsfreier wir diesen notwendigen Rückzug vornehmen, desto rascher wird man ihn einstellen können, desto sicherer, rascher und breiter wird dann unser siegreicher Vormarsch sein.

(*Lenin*, Ausgew. Werke, Band IX, „Über die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus“, S. 322 f. [1921].)

V. DIE HAUPTAUFGABEN DER STRATEGIE UND TAKTIK DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

1. Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Hegemonie über die werktätigen Massen ist die Hauptaufgabe der Strategie der Komintern

Der siegreiche Kampf der Kommunistischen Internationale um die proletarische Diktatur setzt in jedem Lande das Bestehen einer geschlossenen, kampfgestählten, disziplinierten und zentralisierten kommunistischen Partei voraus, die aufs engste mit den Massen verbunden ist.

Die *Partei* ist die Vorhut der Arbeiterklasse, die aus den besten, bewußtesten, aktivsten und tapfersten Mitgliedern der Klasse besteht. Sie verkörpert die Zusammenfassung der Erfahrungen des gesamten Kampfes des Proletariats. Gestützt auf die revolutionäre Theorie des Marxismus, verkörpert die Partei durch die tägliche Vertretung der dauernden, allgemeinen Interessen der ganzen Klasse die Einheit der proletarischen Grundsätze, des proletarischen Willens und des proletarischen revolutionären Handelns. Sie ist die revolutionäre Organisation, die durch eiserne Disziplin und die strengste revolutionäre Ordnung des demokratischen Zentralismus zusammengehalten wird; sie wird zu dieser Organisation durch das Klassenbewußtsein der proletarischen Avantgarde, durch ihre Hingabe an die Revolution, durch ihre Fähigkeit, ununterbrochen mit den proletarischen Massen verbunden zu sein, und durch die Richtigkeit der politischen Führung, die durch die Erfahrungen der Massen selbst immer wieder überprüft und klargestellt wird.

Um ihre historische Aufgabe — die proletarische Diktatur zu erringen — erfüllen zu können, muß sich die kommunistische Partei folgende *strategische* Hauptziele stellen und sie erreichen.

Die Eroberung der *Mehrheit* der *eigenen Klasse*, die Proleta-

rierinnen und die Arbeiterjugend inbegriffen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, den entscheidenden Einfluß der kommunistischen Partei auf die großen Massenorganisationen des Proletariats zu sichern (Räte, Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften, Sport- und Kulturorganisationen usw.). Besonders große Bedeutung für die Gewinnung der Mehrheit des Proletariats hat die systematische Arbeit zur Eroberung der *Gewerkschaften*, dieser umfassenden Massenorganisationen des Proletariats, die mit seinen Tageskämpfen eng verbunden sind. Das Wirken in reaktionären Gewerkschaften — ihre geschickte Eroberung, die Gewinnung des Vertrauens der breiten gewerkschaftlich organisierten Massen, die Absetzung und Verdrängung der reformistischen Führer aus ihren Positionen — darin besteht eine der wichtigsten Aufgaben der Vorbereitungsperiode der Revolution.

Die Erkämpfung der proletarischen Diktatur hat auch die Verwirklichung der Hegemonie des Proletariats über die *breiten Schichten der werktätigen Massen* zur Voraussetzung. Um das zu erreichen, muß die kommunistische Partei die Massen der armen Schichten in Stadt und Land, der unteren Schichten der Intellektuellen und der sogenannten „kleinen Leute“, d. h. der kleinbürgerlichen Schichten überhaupt unter ihren Einfluß bringen. Besondere Bedeutung hat die Arbeit zur Wahrung des Einflusses der Partei unter der *Bauernschaft*. Die kommunistische Partei muß sich der vollen Unterstützung der dem Proletariat am nächsten stehenden Schichten der Landbevölkerung versichern, d. h. vor allem der Landarbeiter und der Dorfarmut. Dazu sind besondere Organisationen der Landarbeiter erforderlich, die allseitige Unterstützung ihres Kampfes gegen die Dorfbourgeoisie und energische Arbeit unter den Klein- und Zwergbauern. Was die mittleren Schichten der Bauernschaft betrifft, so soll die kommunistische Partei (in Ländern mit entwickeltem Kapitalismus) die Politik ihrer Neutralisierung verfolgen. Die Lösung all dieser Aufgaben durch das Proletariat, das zum Träger der Interessen des ganzen Volkes und zum Führer der breitesten Volksmassen im Kampfe gegen das finanzkapitalistische Joch wird, ist die unbedingte Voraussetzung der siegreichen kommunistischen Revolution.

Vom Standpunkt des Weltkampfes des Proletariats aus sind die wichtigsten strategischen Aufgaben der Kommunistischen Internationale die Aufgaben des revolutionären Kampfes in den *Kolonien, Halbkolonien* und *abhängigen Ländern*. Dieser Kampf hat die Sammlung der breitesten Massen der Arbeiterklasse

und der Bauernschaft der Kolonien unter der Fahne der Revolution zur Voraussetzung, die nur durch die engste brüderliche Zusammenarbeit des Proletariats der unterdrückenden Nationen mit den werktätigen Massen der unterdrückten Völker erreicht werden kann.

Indem die Kommunistische Internationale unter der Fahne der proletarischen Diktatur in den Ländern der sogenannten „zivilisierten Mächte“ die Revolution gegen den Imperialismus organisiert, unterstützt sie zugleich jede Bewegung gegen die imperialistische Vergewaltigung in den Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern (z. B. in Lateinamerika); sie entfaltet eine rege Propaganda gegen jede Art von Chauvinismus und imperialistischer Mißhandlung der großen und kleinen geknechteten Völker und Rassen (Stellung zu den Negern, den Arbeitern der „gelben Rasse“, Antisemitismus usw.) und unterstützt deren Kampf gegen die Bourgeoisie der unterdrückenden Nation...

In den *imperialistischen* Ländern müssen die kommunistischen Parteien den revolutionären Freiheitsbewegungen der Kolonien und den Bewegungen der unterdrückten Völker überhaupt systematisch Hilfe leisten. In erster Linie ist die aktivste Hilfe Pflicht der Arbeiter jenes Landes, von dem die unterdrückte Nation in finanzieller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht abhängig ist. Die kommunistischen Parteien müssen offen das Recht auf Lostrennung der Kolonien anerkennen und dafür Propaganda treiben, d. h. Propaganda für die Unabhängigkeit der Kolonien vom imperialistischen Staat. Sie müssen das Recht der Kolonien auf bewaffnete Abwehr des Imperialismus (d. h. auf Aufstand und revolutionären Krieg) anerkennen, diese Abwehr propagieren und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aktiv unterstützen. Die gleiche Politik müssen die kommunistischen Parteien allen unterdrückten Völkern gegenüber verfolgen.

In den *kolonialen* und *halbkolonialen* Ländern selbst müssen die kommunistischen Parteien einen kühnen und konsequenten Kampf gegen den ausländischen Imperialismus führen und dabei unablässig für die Idee der Annäherung an das Proletariat der imperialistischen Länder und des Bündnisses mit ihm werben; sie müssen die Losung der Agrarrevolution offen aufstellen, propagieren und in die Tat umsetzen, um so die breiten Massen der Bauern aufzurufen, das feudale Joch von sich zu werfen; sie müssen dem reaktionären mittelalterlichen Einfluß der Geistlichkeit, der Missionen usw. den Krieg erklären.

Die Hauptaufgabe ist hier die *selbständige* Organisation der Arbeiter und Bauern (in der kommunistischen Klassenpartei des Proletariats, den Gewerkschaften, Bauernbünden, Bauernkomitees und im Fall revolutionärer Situationen in den Räten) und ihre Befreiung von dem Einfluß der nationalen Bourgeoisie. Zeitweilige Abkommen mit der nationalen Bourgeoisie sind nur insoweit zulässig, als diese den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern nicht behindert und wirklich den Imperialismus bekämpft.

(Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt VI, Kap. 2.)

2. Die Hauptaufgaben der Taktik der Komintern

Bei der Festlegung ihrer *taktischen* Linie muß jede kommunistische Partei die gegebene innere und äußere Lage, das Verhältnis der Klassenkräfte, den Grad der Festigkeit und der Stärke der Bourgeoisie, den Grad der Kampfbereitschaft des Proletariats, die Haltung der Mittelschichten usw. in Rechnung stellen. Diesen Verhältnissen entsprechend bestimmt die Partei ihre Losungen und Kampfmethoden, wobei sie von der Notwendigkeit der Mobilisierung und Organisation möglichst breiter Massen auf einer möglichst hohen Stufe dieses Kampfes ausgeht. Beim Heranreifen einer revolutionären Situation stellt die Partei eine Reihe von Uebergangslosungen auf und erhebt entsprechend den gegebenen Verhältnissen Teilforderungen, die sie ihrem revolutionären Hauptziel, der Eroberung der Macht und dem Sturz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, unterordnen muß. Die Tagesforderungen und Tageskämpfe der Arbeiterklasse zu vernachlässigen, ist ebenso unzulässig wie die Beschränkung der Tätigkeit der Partei auf diese allein. Aufgabe der Partei ist es, *ausgehend* von den Tagesnöten die Arbeiterklasse in den *revolutionären Kampf um die Macht* zu führen.

Im Falle eines *revolutionären Aufschwungs*, wenn die herrschenden Klassen desorganisiert, die Massen im Zustande revolutionärer Gärung sind, wenn die Mittelschichten dem Proletariat zuneigen und die Massen sich kampfbereit erweisen, hat die proletarische Partei die Aufgabe, die Massen zum Frontalangriff gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Erreicht wird dies durch die Propagierung stufenweise gesteigerter Uebergangs-

losungen (Arbeiterräte, Arbeiterkontrolle der Produktion, Bauernkomitees zur gewaltsamen Aneignung des grundherrlichen Bodens, Entwaffnung der Bourgeoisie und Bewaffnung des Proletariats usw.) und durch die Organisierung von *Massenaktionen*, denen alle Zweige der Agitation und Propaganda der Partei unterordnet werden müssen, die Parlamentstätigkeit mit eingeschlossen. Solche Massenaktionen sind: Streiks, Streiks in Verbindung mit Demonstrationen, Streiks in Verbindung mit bewaffneten Demonstrationen und schließlich der Generalstreik, vereint mit dem bewaffneten Aufstand gegen die Staatsgewalt der Bourgeoisie. Diese höchste Form des Kampfes folgt den Regeln der Kriegskunst, setzt einen Feldzugsplan, Offensivcharakter der Kampfhandlungen, unbegrenzte Hingabe und Heldenmut des Proletariats voraus. Aktionen dieser Art haben als absolute Vorbedingung die Organisierung der breiten Massen in Kampfformationen, die schon durch ihre Form die größten Massen der Werktätigen erfassen und in Bewegung setzen müssen (Arbeiter- und Bauernräte, Soldatenräte usw.), sowie die Steigerung der revolutionären Arbeit in Heer und Flotte.

Beim Uebergang zu neuen, schärferen Losungen muß die folgende Grundregel der politischen Taktik des Leninismus die Richtschnur sein: die Partei muß es verstehen, die Massen an die revolutionären Positionen so heranzuführen, daß sie sich durch ihre eigene Erfahrung von der Richtigkeit der Parteilinie überzeugen. Wird diese Regel nicht befolgt, so führt das unausbleiblich zur Trennung von den Massen, zum Putschismus und zur ideologischen Entartung des Kommunismus in „linken“ Doktrinarismus, in kleinbürgerliches „revolutionäres“ Abenteuerertum. Nicht weniger verderblich ist es, wenn die Partei des Proletariats den Höhepunkt der revolutionären Entwicklung, der kühnen und entschlossenen Angriff auf den Feind erheischt, ungenützt läßt. Eine solche Gelegenheit verstreichen lassen, ohne zum Aufstand überzugehen, heißt die Initiative dem Gegner zu überlassen und die Revolution der Niederlage entgegenzuführen.

Wenn *kein revolutionärer Aufschwung* vorhanden ist, müssen die kommunistischen Parteien, ausgehend von den Tagesnöten der Werktätigen, *Teilloösungen und Teilforderungen* aufstellen und sie mit den Hauptzielen der Kommunistischen Internationale verknüpfen. Hierbei dürfen aber die Parteien nicht solche *Uebergangslösungen* aufstellen, die das Vorhandensein einer revolutionären Situation zur Voraussetzung haben und in einer anderen

Situation zur Lösung des Verwachsens mit dem System kapitalistischer Organisationen werden (z. B. die Lösung der Produktionskontrolle u. ä.). Teilforderungen und Teilloösungen sind die absolute Bedingung einer richtigen Taktik, während eine Reihe von Uebergangslösungen untrennbar an das Vorhandensein einer revolutionären Situation gebunden sind. „Prinzipiell“ die Aufstellung von Teilforderungen und Uebergangslösungen abzulehnen, ist jedoch ebenfalls mit den Grundsätzen des Kommunismus unvereinbar, da eine Taktik dieser Art die Partei praktisch zur Passivität verurteilt und von den Massen isoliert. Die Taktik der *Einheitsfront* als Mittel des erfolgreichen Kampfes gegen das Kapital, der Klassenmobilisierung der Massen und der Entlarvung und Isolierung der reformistischen Führer ist so ein wesentlicher Bestandteil der Taktik der Kommunistischen Internationale *während der ganzen vorrevolutionären Periode*.

Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik und die Gewinnung der Massen im allgemeinen hat die systematische, beharrliche Arbeit in den *Gewerkschaften* und in den anderen Massenorganisationen des Proletariats zur Voraussetzung. Die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, selbst der reaktionärsten — wenn sie nur Massencharakter hat —, ist die unmittelbare Pflicht jedes Kommunisten. Nur durch stete, konsequente Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb zur standhaften und energischen Verteidigung der Arbeiterinteressen und durch rücksichtslosen Kampf gegen die reformistische Bürokratie kann die Führung des Kampfes der Arbeiter erobert, können die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen für die Partei gewonnen werden.

Im Gegensatz zu der Spaltungspolitik der Reformisten vertreten die Kommunisten die *Einheit der Gewerkschaften* in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt auf der Grundlage des Klassenkampfes und unterstützen allseits die Arbeit der *Roten Gewerkschaftsinternationale*.

Indem die kommunistischen Parteien überall die täglichen Bedürfnisse der Arbeitermassen und der gesamten Werktätigen verteidigen, die Tribüne der bürgerlichen Parlamente für die Zwecke der revolutionären Propaganda und Agitation ausnützen und alle Teilaufgaben dem Ziel, dem Kampf um die Diktatur des Proletariats, unterordnen, stellen die Parteien der Kommunistischen Internationale auf folgenden Hauptgebieten Teilforderungen und Teilloösungen auf:

Zur Verteidigung der *Interessen der Arbeiter* im engeren Sinne — Fragen des *wirtschaftlichen Kampfes* (Abwehr der Angriffe des Trustkapitals, Lohn- und Arbeitszeitfragen, Zwangsschlichtungswesen, Arbeitslosigkeit), die in Fragen des politischen Kampfes *übergehen* (große Industriekonflikte, Gewerkschafts- und Streikrecht usw.); Fragen unmittelbar politischen Charakters (Steuer, Teuerung, Faschismus, Verfolgung revolutionärer Parteien, weißer Terror, Politik der Regierung überhaupt); schließlich die Fragen der *Weltpolitik*: Verhalten zur Sowjetunion und den kolonialen Revolutionen, Kampf für die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr und systematische Vorbereitung des Kampfes gegen den imperialistischen *Krieg*.

Für die *Bauernschaft* betreffen die Teilforderungen: die Steuerpolitik, die hypothekarische Verschuldung der Bauernschaft, Bekämpfung des Wucherkapitals, Bodenmangel der Dorfarmut, Pachtzins und Nutzungsrechte usw. Von diesen Teilforderungen ausgehend, muß die kommunistische Partei ihre Losungen entsprechend steigern bis zur Zusammenfassung in der Losung: Konfiskation des Großgrundbesitzes, und der Losung: Arbeiter- und Bauernregierung (in den entwickelten kapitalistischen Ländern als Synonym der proletarischen Diktatur, in den rückständigen Ländern und einer Anzahl von Kolonien als Synonym der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft).

In gleicher Weise ist eine systematische Arbeit unter der *Arbeiter- und Bauernjugend* (vor allem durch die Kommunistische Jugendinternationale und ihre Sektionen) und unter den *Frauen*, den Proletarierinnen und Bäuerinnen, zu entfalten. Diese Arbeit muß, ausgehend von den besonderen Bedingungen des Lebens und des Kampfes dieser Schichten, ihre Forderungen mit den allgemeinen Forderungen und Kampflosungen des Proletariats verbinden.

Im Kampfe gegen die Unterdrückung der *Kolonialvölker* müssen die kommunistischen Parteien in den Kolonien *selbst* Teilforderungen aufstellen, die den besonderen Verhältnissen entsprechen, wie: volle Gleichberechtigung aller Nationen und Rassen, Abschaffung aller Privilegien der Ausländer, Freiheit der Arbeiter- und Bauernorganisationen, Verkürzung des Arbeitstages, Verbot der Kinderarbeit, Annullierung der wucherischen Schuldverträge, Senkung und Abschaffung des Pachtzinses, Erleichterungen der

Steuerlast, Steuerstreik usw. Alle diese Teilforderungen müssen folgenden Grundforderungen der kommunistischen Partei untergeordnet werden: völlige politische Unabhängigkeit des Landes und Vertreibung der Imperialisten, Arbeiter- und Bauernregierung, den Boden dem ganzen Volke, Achtstundentag usw. In den Ländern des *Imperialismus* müssen die kommunistischen Parteien Kampagnen für die Zurückziehung der imperialistischen Truppen aus den Kolonien führen, in Heer und Flotte rege Propaganda zur Verteidigung der unterdrückten Völker in ihrem Freiheitskampfe entfalten, die Massen zur Verhinderung der Waffen- und Truppentransporte mobilisieren, Streiks und andere Formen des Massenprotestes organisieren usw.

(Programm der Kommunistischen Internationale, Abschnitt VI, Kap. 2.)

3. Der Kampf für die Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus in der gegenwärtigen Etappe

Angesichts der ungeheuren Gefahr des Faschismus für die Arbeiterklasse und alle ihre Errungenschaften, für alle Werktätigen und ihre elementarsten Rechte, für den Frieden und die Freiheit der Völker erklärt der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, daß die *Herstellung der Einheitskampffront der Arbeiterklasse in der gegenwärtigen historischen Etappe die wichtigste, nächstliegende Aufgabe der internationalen Arbeiterbewegung ist*. Der erfolgreiche Kampf gegen die Offensive des Kapitals, gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, gegen den Faschismus, diesen schlimmsten Feind aller Werktätigen, der sie ohne Unterschied ihrer politischen Gesinnung aller Rechte und Freiheiten beraubt, erheischt gebieterisch die Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener Organisation, noch bevor die Mehrheit der Arbeiterklasse sich auf einer gemeinsamen Plattform des Kampfes für den Sturz des Kapitalismus und für den Sieg der proletarischen Revolution vereinigt. Aber gerade deshalb sind die kommunistischen Parteien verpflichtet, der veränderten Situation Rechnung zu tragen und die Einheitsfronttaktik *auf neue Art* anzuwenden, indem sie mit den Organisationen der Werktätigen verschiedener politischer Richtungen im Betriebs-, Orts-,

Gebiets- und Landesmaßstab sowie im internationalen Maßstab Abkommen über gemeinsame Aktion anstreben.

Hiervon ausgehend schlägt der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale den kommunistischen Parteien vor, sich bei der Durchführung der Einheitsfronttaktik von folgenden Richtlinien leiten zu lassen:

1. *Die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, ihre Verteidigung gegen den Faschismus* muß der Ausgangspunkt sein und den Hauptinhalt der Einheitsfront der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern bilden. Um breite Massen in Bewegung zu bringen, müssen solche Losungen aufgestellt und solche Kampfformen angewendet werden, die sich aus den Lebensbedürfnissen der Massen und aus dem Grade ihrer Kampffähigkeit in der gegebenen Etappe der Entwicklung ergeben. Die Kommunisten dürfen sich nicht auf bloße Aufrufe zum Kampf für die proletarische Diktatur beschränken, sondern sie müssen den Massen sagen, *was sie heute tun sollen*, um sich vor der kapitalistischen Ausplünderung und der faschistischen Barbarei zu schützen. Sie müssen durch gemeinsame Aktionen der Arbeiterorganisationen danach streben, die Massen auf dem Boden eines *Programms von solchen Forderungen zu mobilisieren, die auf eine tatsächliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die herrschenden Klassen abzielen*, von solchen Forderungen, bei denen *der Kampf, der um ihre Verwirklichung geführt wird, den Faschismus desorganisiert, die Vorbereitung des imperialistischen Krieges erschwert, die Bourgeoisie schwächt und die Positionen des Proletariats stärkt*.

Indem man die Arbeiterklasse auf den raschen Wechsel der Kampfformen und -methoden unter geänderten Verhältnissen vorbereitet, ist es notwendig, in dem Maße, wie die Bewegung wächst, den Uebergang von der *Defensive zur Offensive* gegen das Kapital zu organisieren und Kurs zu nehmen auf die Organisation des *politischen Massenstreiks*, wobei unbedingt die Teilnahme der ausschlaggebenden Gewerkschaften des Landes an demselben sichergestellt werden muß.

2. Ohne auch nur für einen Augenblick auf ihre selbständige Arbeit zur kommunistischen Aufklärung, Organisation und Mobilisierung der Massen zu verzichten, müssen die Kommunisten, um den Arbeitern den Weg zur Aktionseinheit zu erleichtern, *gemeinsame Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien, den reformistischen Gewerkschaften und anderen Organisationen der*

Werk tätigen gegen die Klassenfeinde des Proletariats auf Grund kurzfristiger oder dauernder Abkommen anstreben. Dabei ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entfaltung von Massenaktionen an den einzelnen Orten zu lenken, die von den *unteren Organisationen* auf Grund örtlicher Abkommen durchgeführt werden.

Indem die Kommunisten die Bedingungen des Abkommens loyal einhalten, müssen sie jegliche Sabotage der gemeinsamen Aktionen durch Einzelpersonen und Organisationen, die an der Einheitsfront teilnehmen, rechtzeitig entlarven und im Falle einer Sprengung des Abkommens sofort an die Massen appellieren und den Kampf für die Wiederherstellung der gestörten Aktionseinheit unermüdlich fortsetzen.

3. Die Formen der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront müssen, je nach dem Zustand und Charakter der Arbeiterorganisationen und der konkreten Situation, verschiedenartig sein. Solche Formen können z. B. *von Fall zu Fall vereinbarte gemeinsame Aktionen der Arbeiter aus konkreten Anlässen, für einzelne Forderungen oder auf Grund einer allgemeinen Plattform sein; vereinbarte Aktionen in einzelnen Betrieben oder Industriezweigen; vereinbarte Aktionen im Orts-, Gebiets-, Landesmaßstab und im internationalen Maßstab; vereinbarte Aktionen zur Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter, zur Verteidigung der Interessen der Erwerbslosen, zur Durchführung von politischen Massenaktionen, zur Organisation eines gemeinsamen Selbstschutzes gegen faschistische Ueberfälle; vereinbarte Aktionen zur Unterstützung der Gefangenen und ihrer Familien und auf dem Gebiete des Kampfes gegen die soziale Reaktion; gemeinsame Aktionen zur Verteidigung der Interessen der Jugend und der Frauen, auf dem Gebiete der Genossenschaften, der Kultur, des Sports, gemeinsame Aktionen zur Unterstützung der Forderungen der werktätigen Bauern usw.; Schaffung von Arbeiterallianzen sowie Arbeiter- und Bauernallianzen (Spanien), Schaffung von dauernden Koalitionen in Gestalt von „Arbeiterparteien“ oder „Arbeiter- und Bauernparteien“ (USA) usw.*

Um die Einheitsfrontbewegung als Sache der Massen selbst zu entfalten, müssen die Kommunisten die Schaffung gewählter (in den Ländern der faschistischen Diktatur aus den angesehensten Teilnehmern der Bewegung ausgewählter) *überparteilicher Klassenorgane der Einheitsfront* in den Betrieben, unter den Arbeitslosen, in den Arbeitervierteln, unter den kleinen Leuten in Stadt und Land anstreben. Nur solche Organe, die selbstverständlich

die an der Einheitsfront teilnehmenden Organisationen nicht ersetzen dürfen, können auch die große *unorganisierte* Masse der Werktätigen in die Einheitsfrontbewegung einbeziehen, können die Entwicklung der Initiative der Massen im Kampfe gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus fördern und auf dieser Grundlage — zur Schaffung eines breiten Arbeiteraktivs der Einheitsfront beitragen.

4. Ueberall dort, wo die Führer der Sozialdemokratie in dem Bestreben, die Arbeiter vom Kampf für die Verteidigung ihrer Tagesinteressen abzulenken und die Herstellung der Einheitsfront zu hintertreiben, *großspurige „sozialistische“ Projekte* (Plan de Mans u. a.) aufzischen, muß der demagogische Charakter solcher Projekte aufgedeckt und den Werktätigen klargemacht werden, daß die Verwirklichung des Sozialismus unmöglich ist, solange die Macht in den Händen der Bourgeoisie bleibt. Gleichzeitig muß man jedoch einzelne, in diesen Projekten enthaltene Maßnahmen, *die mit den dringenden Forderungen der Werktätigen verbunden werden können, als Ausgangspunkt benützen zur Entfaltung des Massenkampfes in einheitlicher Front, zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern.*

In Ländern, wo *sozialdemokratische Regierungen* (oder Koalitionsregierungen mit Beteiligung von Sozialisten) am Ruder sind ist es notwendig, sich nicht bloß auf die propagandistische Entlarvung der Politik einer solchen Regierung zu beschränken, sondern die breiten Massen zum Kampf für die Durchsetzung ihrer brennendsten praktischen Klassenforderungen zu mobilisieren, deren Verwirklichung die Sozialdemokraten in ihren Plattformen versprochen, besonders zu einer Zeit, wo sie noch nicht an der Macht waren oder noch nicht der Regierung angehörten.

5. Die gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Parteien und Organisationen schließen eine ernste, begründete Kritik des Reformismus, des Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis der Klassenarbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und eine geduldige Aufklärung der sozialdemokratischen Arbeiter über die Grundsätze und das Programm des Kommunismus keineswegs aus, sondern im Gegenteil, *machen diese noch notwendiger.*

Indem die Kommunisten vor den Massen den Sinn der demagogischen Argumente der rechten sozialdemokratischen Führer gegen die Einheitsfront aufdecken und den *Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie verstärken*, müssen sie *die engste Zusammenarbeit mit denjenigen linken sozialdemokrati-*

schen Arbeitern, Funktionären und Organisationen herstellen, die gegen die reformistische Politik kämpfen und für die Einheitsfront mit der kommunistischen Partei eintreten. Je stärker unser Kampf gegen den reaktionären Teil der Sozialdemokratie, der sich in einem Block mit der Bourgeoisie befindet, sein wird, um so wirksamer wird unsere Hilfe für denjenigen Teil der Sozialdemokratie sein, der sich revolutioniert. Auch innerhalb des linken Lagers wird der Klärungsprozeß seiner einzelnen Elemente um so rascher vor sich gehen, je entschiedener die Kommunisten für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Parteien kämpfen werden.

Die Frage der Stellungnahme zur praktischen Verwirklichung der Einheitsfront wird das Hauptkennzeichen der wirklichen Positionen der verschiedenen Gruppen der Sozialdemokratie sein. Im Kampfe für die praktische Verwirklichung der Einheitsfront werden jene sozialdemokratischen Führer, die in Worten als Linke auftreten, in eine Lage versetzt, wo sie gezwungen sein werden, durch Taten zu zeigen, wer von ihnen wirklich zum Kampf gegen die Bourgeoisie und die rechten Sozialdemokraten bereit ist und wer zusammen mit der Bourgeoisie gegen die Sache der Arbeiterklasse geht.

6. Die *Wahlkampagnen* müssen zur weiteren Entwicklung und Stärkung der einheitlichen Kampffront des Proletariats ausgenutzt werden. Indem die Kommunisten bei den Wahlen selbständig auftreten und vor den Massen das Programm der kommunistischen Partei entwickeln, müssen sie sich für die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Parteien und den Gewerkschaften (und auch mit den Organisationen der werktätigen Bauern, Handwerker usw.) einsetzen und dabei alle Anstrengungen darauf richten, die Wahl reaktionärer und faschistischer Kandidaten zu verhindern. Angesichts der faschistischen Gefahr können die Kommunisten, entsprechend dem Wachstum und den Erfolgen der Einheitsfrontbewegung und auch entsprechend dem bestehenden Wahlsystem in der Wahlkampagne *mit einer gemeinsamen Plattform und gemeinsamen Listen der antifaschistischen Front auftreten, wobei sie sich die Freiheit ihrer politischen Agitation und Kritik bewahren.*

7. Indem die Kommunisten sich bestreben, den Kampf der werktätigen Bauernschaft, des städtischen Kleinbürgertums und der werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten unter der Führung des Proletariats zusammenzufassen, müssen sie auf die Schaffung einer breiten *antifaschistischen Volksfront* auf der

Grundlage der proletarischen Einheitsfront hinarbeiten, indem sie für alle jene besonderen Forderungen dieser werktätigen Schichten eintreten, die mit den grundlegenden Interessen des Proletariats in einer Linie liegen. Besonders wichtig ist es, die *werktätigen Bauern gegen* die faschistische Politik der Ausplünderung der Hauptmassen der Bauernschaft zu mobilisieren: gegen die ausbeuterische Preispolitik des Monopolkapitals und der bürgerlichen Regierungen, gegen die unerträglichen Steuerlasten, Pachtzinsen, Schuldenlasten, gegen die Zwangsversteigerung des bäuerlichen Eigentums und für eine staatliche Unterstützung der zugrunde gerichteten Bauernmassen. Die Kommunisten, die überall unter dem *städtischen Kleinbürgertum, den Intellektuellen* und auch unter den *Angestellten* arbeiten, müssen diese Schichten gegen die wachsenden Steuerlasten und gegen die Teuerung, gegen ihre Ausplünderung durch das Monopolkapital, durch die Truste, gegen die Zinsknechtschaft, gegen Entlassungen und Gehaltsabbau der Staats- und Gemeindebeamten in den Kampf führen. Bei Verteidigung der Interessen und Rechte der fortschrittlichen Intelligenz muß man ihre Bewegung gegen die Kulturreaktion in jeder Weise unterstützen und ihren Uebergang auf die Seite der Arbeiterklasse im Kampfe gegen den Faschismus erleichtern.

8. Unter den Bedingungen der politischen Krise, wenn die herrschenden Klassen bereits nicht mehr imstande sind, mit der mächtig anwachsenden Massenbewegung fertig zu werden, müssen die Kommunisten *grundlegende* revolutionäre Losungen (z. B. Kontrolle der Produktion, der Banken, Auflösung der Polizei und ihre Ersetzung durch eine bewaffnete Arbeitermiliz usw.) aufstellen, die darauf gerichtet sind, die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie noch mehr zu erschüttern, die Kräfte der Arbeiterklasse zu steigern, die kompromißlerischen Parteien zu isolieren und die Arbeitermassen unmittelbar an die revolutionäre Machtergreifung heranzuführen. Wenn sich bei einem derartigen Aufschwung der Massenbewegung die Schaffung einer *Regierung der proletarischen Einheitsfront* oder der *antifaschistischen Volksfront*, die noch keine Regierung der proletarischen Diktatur ist, die aber die Durchführung entschlossener Maßnahmen gegen Faschismus und Reaktion auf sich nimmt, als möglich und im Interesse des Proletariats als notwendig erweist, so muß die kommunistische Partei auf die Schaffung einer solchen Regierung hinarbeiten. Eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung einer Regierung der Einheitsfront ist eine solche Lage: a) in der der bürger-

liche Staatsapparat stark paralyisiert ist, so daß die Bourgeoisie die Schaffung einer solchen Regierung nicht zu verhindern vermag; b) in der die breitesten Massen der Werktätigen sich stürmisch gegen den Faschismus und die Reaktion auflehnen, aber noch nicht bereit sind, den Kampf um die Sowjetmacht aufzunehmen; c) in der bereits ein bedeutender Teil der Organisationen der Sozialdemokratie sowie der anderen, an der Einheitsfront teilnehmenden Parteien schonungslose Maßnahmen gegen die Faschisten und andere Reaktionäre fordern und bereit sind, gemeinsam mit den Kommunisten für die Durchführung dieser Maßnahmen zu kämpfen.

Wenn eine Regierung der Einheitsfront wirklich entschlossene Maßnahmen gegen die konterrevolutionären Finanzmagnaten und ihre faschistischen Agenten ergreifen und die Tätigkeit der kommunistischen Partei und den Kampf der Arbeiterklasse in keiner Weise einschränken wird, dann wird die kommunistische Partei eine solche Regierung in jeder Weise unterstützen, wobei über die Teilnahme der Kommunisten an einer Regierung der Einheitsfront in jedem einzelnen Falle auf Grund der konkreten Lage entschieden wird.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung

Der Kongreß betont die besondere Wichtigkeit der Herstellung der Einheitsfront auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter und der Schaffung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung als überaus wichtige Etappe bei der Festigung der Einheitsfront des Proletariats und macht es den Kommunisten zur Pflicht, alle praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Einheit der Gewerkschaften im Betriebs- und Landesmaßstabe zu ergreifen.

Die Kommunisten sind entschieden für die Wiederherstellung der Einheit der Gewerkschaften in jedem Lande und im internationalen Maßstabe; für einheitliche Klassengewerkschaften als einen der wichtigsten Stützpunkte der Arbeiterklasse gegen die Kapitaloffensive und den Faschismus; für eine einheitliche Gewerkschaft in jedem Produktionszweig; für einen einheitlichen Gewerkschaftsbund in jedem Lande; für einheitliche internationale Industrieverbände der Gewerkschaften; für eine einheitliche, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Gewerkschaftsinternationale.

In den Ländern, wo kleine Rote Gewerkschaften bestehen, ist

es notwendig, ihren Eintritt in die großen reformistischen Gewerkschaften anzustreben, wobei die freie Verfechtung der eigenen Anschauungen und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gefordert werden muß; in den Ländern, wo parallele große Rote und reformistische Gewerkschaften bestehen, ist ihre Vereinigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung, auf der Plattform des Kampfes gegen die Kapitaloffensive und der Gewährleistung der Gewerkschaftsdemokratie anzustreben.

Die Kommunisten müssen aktiv in den reformistischen und in den vereinigten Gewerkschaften arbeiten, sie festigen und unter den unorganisierten Arbeitern für sie werben; sie müssen dabei alles daransetzen, daß diese Organisationen tatsächlich die Interessen der Arbeiter verteidigen und zu wirklichen Klassenorganisationen werden. Dazu müssen die Kommunisten die Unterstützung aller Mitglieder, Funktionäre und der Gesamtorganisation zu gewinnen trachten.

Die Kommunisten sind verpflichtet, die Gewerkschaften gegen alle Versuche der Bourgeoisie und des Faschismus, ihre Rechte einzuschränken oder sie zu zerschlagen, zu verteidigen.

Wenn die reformistischen Führer die Politik der Ausschlüsse revolutionärer Arbeiter oder ganzer Organisationen bzw. andere Arten von Repressalien anwenden, müssen die Kommunisten die gesamte Mitgliedermasse der Gewerkschaften gegen die Spaltungsarbeit der Führung mobilisieren und gleichzeitig die Verbindung der Ausgeschlossenen mit der Mitgliedermasse der Gewerkschaften, den gemeinsamen Kampf für ihre Wiederaufnahme und für die Wiederherstellung der verletzten Einheit der Gewerkschaft organisieren.

Die Roten Gewerkschaften und die Rote Gewerkschaftsinternationale müssen in ihrem Bestreben, den gemeinsamen Kampf der Gewerkschaften aller Richtungen herbeizuführen und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung im Landesmaßstab und im internationalen Maßstab *auf dem Boden des Klassenkampfes und der Gewerkschaftsdemokratie* herzustellen, von den kommunistischen Parteien in jeglicher Weise unterstützt werden.

Die Aufgaben der Kommunisten an den einzelnen Frontabschnitten der antifaschistischen Bewegung

1. Der Kongreß lenkt die ernsteste Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit eines systematischen *ideologischen Kampfes gegen den Faschismus*. In Anbetracht dessen, daß die wichtigste, ge-

fährlichste Form der faschistischen Ideologie der *Chauvinismus* ist, muß man den Massen aufzeigen, daß die faschistische Bourgeoisie unter dem Vorwand der Verteidigung gesamtnationaler Interessen ihre eigennützige Klassenpolitik der Unterdrückung und Ausbeutung des eigenen Volkes sowie der Ausplünderung und Versklavung anderer Völker betreibt. Es muß gezeigt werden, daß die Arbeiterklasse, die jede Art der Knechtung und der nationalen Unterdrückung bekämpft, *der einzige wahre Kämpfer für die nationale Freiheit und die Unabhängigkeit des Volkes ist*. Die Kommunisten müssen mit allen Mitteln die faschistische Verfälschung der Geschichte der Nation bekämpfen und alles tun, um vor den werktätigen Massen die Vergangenheit ihres eigenen Volkes historisch richtig, im wahren Geiste Lenins-Stalins zu beleuchten und ihren gegenwärtigen Kampf mit den revolutionären Traditionen der Vergangenheit zu verknüpfen. Der Kongreß warnt vor jeder Geringschätzung der Frage der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Gefühle der breiten Volksmassen, die dem Faschismus die Entfaltung seiner chauvinistischen Kampagne erleichtert (Saargebiet, deutsche Gebiete in der Tschechoslowakei usw.), und besteht auf einer richtigen, konkreten Anwendung der Lenin-Stalinschen nationalen Politik.

Die Kommunisten sind unversöhnliche prinzipielle Gegner des bürgerlichen Nationalismus in allen seinen Spielarten, aber die Kommunisten sind keineswegs Anhänger des nationalen Nihilismus, des geringschätzigen Verhaltens zum Schicksal des eigenen Volkes.

2. Die Kommunisten müssen allen *faschistischen Massenorganisationen* angehören, die das Monopol der Legalität in dem betreffenden Lande besitzen. Sie müssen selbst die geringsten legalen und halblegalen Arbeitsmöglichkeiten in diesen Organisationen ausnützen, um der Politik des Faschismus die Interessen der diesen Organisationen angehörenden Massen entgegenzustellen und die Massenbasis des Faschismus zu zersetzen. Beginnend mit den elementarsten Protestbewegungen für die dringendsten Nöte der Werktätigen, müssen die Kommunisten durch eine elastische Taktik darauf hinarbeiten, immer breitere Massen, vor allem der Arbeiter, die infolge mangelnden Klassenbewußtseins noch den Faschisten Gefolgschaft leisten, in die Bewegung einzubeziehen. In dem Maße, wie die Bewegung in die Breite und in die Tiefe wächst, müssen die Kampflosungen geändert und die Sprengung der faschistischen Diktatur der Bourgeoisie mit Hilfe der Massen

selbst vorbereitet werden, die sich in den faschistischen Organisationen befinden.

3. Die Kommunisten, die die Interessen und Forderungen der Erwerbslosen energisch und konsequent verteidigen, sie organisieren und in den Kampf für Arbeit, für genügende Unterstützung, für Versicherung usw. führen, müssen die Erwerbslosen in die Einheitsfrontbewegung einbeziehen und in jeder Weise den Einfluß des Faschismus aus ihren Reihen verdrängen. Hierbei müssen die Besonderheiten der verschiedenen Erwerbslosenkategorien (gelernte und ungelernete, organisierte und unorganisierte Arbeiter, Männer und Frauen, Jugendliche usw.) genau berücksichtigt werden.

4. Der Kongreß unterstreicht vor allen kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder die außerordentliche Rolle der Jugend im Kampfe gegen den Faschismus. Es ist die Jugend, aus deren Reihen der Faschismus hauptsächlich seine Stoßtruppe wirbt. Indem die kommunistischen Parteien die Unterschätzung der Bedeutung der *Massenarbeit unter der werktätigen Jugend* bekämpfen und wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Abkapselung der KJV-Organisationen zu überwinden, müssen sie den Zusammenschluß der Kräfte aller nichtfaschistischen Massenorganisationen der Jugend, darunter auch der Jugendorganisationen der Gewerkschaften, der Genossenschaften usw., auf dem Boden der breitesten Einheitsfront, einschließlich der Schaffung verschiedener gemeinsamer Organisationen zum Kampfe gegen den Faschismus, gegen die unerhörte Rechtlosigkeit und Militarisierung der Jugend, für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der jungen Generation in jeder Weise fördern. Es ist notwendig, die Aufgabe der Schaffung einer antifaschistischen Assoziation (Vereinigung) der kommunistischen und sozialistischen Jugendverbände auf der Grundlage des Klassenkampfes zu stellen. Die kommunistischen Parteien müssen bei der Entwicklung und Festigung des KJV auf jegliche Weise mithelfen.

5. Die dringende Notwendigkeit, die Millionenmassen der werktätigen *Frauen*, vor allem der Arbeiterinnen und werktätigen Bäuerinnen, unabhängig von ihren Parteiansichten und ihrer religiösen Ueberzeugung, in die einheitliche Volksfront einzubeziehen, erheischt von den Kommunisten verstärkte Aktivität zur Entfaltung der Massenbewegung der werktätigen Frauen im Kampf für ihre dringenden Forderungen und Interessen, insbesondere im Kampf gegen Teuerung, die Entrechtung der Frau,

gegen ihre faschistische Versklavung, gegen Massenentlassungen, für höhere Löhne nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, gegen die Kriegsgefahr. Es ist notwendig, in jedem einzelnen Lande wie auch im internationalen Maßstabe, in elastischer Weise die verschiedenartigsten organisatorischen Formen anzuwenden, um einen Kontakt und eine Zusammenarbeit der revolutionären, der sozialdemokratischen und der fortschrittlichen Frauenorganisationen herbeizuführen, bei Gewährleistung der freien Meinungsäußerung und Kritik, ohne dort, wo dies erforderlich ist, auch vor der Schaffung von besonderen Frauenorganisationen haltzumachen.

6. Die Kommunisten müssen den Kampf für die Einbeziehung der Genossenschaftsorganisationen in die Reihen der proletarischen Einheitsfront und der antifaschistischen Volksfront führen.

Die Kommunisten müssen den Genossenschaften die aktivste Hilfe im Kampfe für die dringenden Interessen ihrer Mitglieder erweisen, besonders im Kampfe gegen Teuerung, für Kredite, gegen die Einführung von Wucherzöllen und neuen Steuern, gegen die Beschränkung der Tätigkeit der Genossenschaften und ihre Zerschlagung durch die Faschisten usw.

7. Die Kommunisten müssen die Initiative zur Schaffung eines *antifaschistischen Massensebstschutzes* aus standhaften, erprobten Elementen der Einheitsfrontbewegung gegen die Ueberfälle faschistischer Banden ergreifen.

Für die Sowjetmacht!

Für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und der Errungenschaften der Werktätigen gegen den Faschismus sowie für den Sturz der faschistischen Diktatur kämpfend, entwickelt das revolutionäre Proletariat seine Kräfte, festigt es die Kampfverbindungen mit seinen Bundesgenossen und richtet den Kampf auf das Ziel der Eroberung der wirklichen Demokratie der Werktätigen, der Sowjetmacht.

Das weitere Erstarren des Landes der Sowjets, der Zusammenschluß des Weltproletariats um das Land der Sowjets und das mächtige Anwachsen der internationalen Autorität der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, die begonnene Schwenkung der sozialdemokratischen und der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter zum revolutionären Klassenkampf, der wachsende Widerstand der Massen gegen den Faschismus und das Anwachsen der revolutionären Bewegung in den Ko-

lonien, der Niedergang der II. Internationale und der Aufstieg der Kommunistischen Internationale — *alles dies beschleunigt die Entwicklung der sozialistischen Weltrevolution und wird sie auch weiterhin beschleunigen.*

Die kapitalistische Welt geht infolge der Verschärfung der inneren und äußeren Gegensätze des Kapitalismus zu einer Periode heftiger Zusammenstöße über.

Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale, der auf diese Perspektive der revolutionären Entwicklung Kurs hält, ruft die kommunistischen Parteien zu größter politischer Aktivität und Kühnheit, zum unermüdlichen Kampf für die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf. *Die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiterklasse ist das entscheidende Kettenglied in der Vorbereitung der Werktätigen auf die bevorstehenden gewaltigen Kämpfe des zweiten Turnus der proletarischen Revolutionen.* Nur der Zusammenschluß des Proletariats zu einer einheitlichen politischen Massenarmee wird seinen Sieg im Kampfe gegen den Faschismus und gegen die Herrschaft des Kapitals, für die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht sichern. „*Der Sieg der Revolution kommt nie von selbst. Er muß vorbereitet und erkämpft werden. Vorbereiten und erkämpfen kann ihn jedoch nur eine starke proletarische revolutionäre Partei*“ (Stalin).

(Aus der Resolution des VII. Weltkongresses der Komintern zum Bericht des Gen. Dimitroff.)

4. Über die antifaschistische Volksfront

Bei der Mobilisierung der werktätigen Massen zum Kampf gegen den Faschismus ist die Schaffung einer *breiten antifaschistischen Volksfront auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront* eine besonders wichtige Aufgabe. Der Erfolg des gesamten Kampfes des Proletariats ist eng verbunden mit der Herstellung des Kampfbündnisses des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft und mit der Hauptmasse des städtischen Kleinbürgertums, die die Mehrheit der Bevölkerung sogar in den industriell entwickelten Ländern bilden.

Der Faschismus, der diese Massen gewinnen will, versucht in seiner Agitation, die werktätigen Massen in Stadt und Land dem revolutionären Proletariat entgegenzustellen und den Kleinbürger mit dem Gespenst der „roten Gefahr“ zu schrecken. Wir müssen

den Spieß umdrehen und den werktätigen Bauern, den Handwerker sowie der werktätigen Intelligenz zeigen, woher ihnen die wirkliche Gefahr droht: wir müssen ihnen *konkret zeigen*, wer dem Bauer die Last der Steuern und Abgaben aufbürdet, aus ihm Wucherzinsen herauspreßt; wer selbst den besten Boden und alle Reichtümer besitzt, aber den Bauer und seine Familie von seiner Scholle vertreibt und ihn der Arbeitslosigkeit und dem Elend preisgibt. Wir müssen konkret aufzeigen, geduldig und beharrlich erklären, wer die Handwerker und Gewerbetreibenden durch Steuern, Gebühren, hohen Pachtzins und für sie unerträgliche Konkurrenz ruiniert; wer die breiten Massen der werktätigen Intellektuellen auf die Straße wirft und arbeitslos macht.

Aber das genügt nicht.

Das Grundlegende, das Entscheidende für die Herstellung der antifaschistischen Volksfront ist die *entschiedene Aktion des revolutionären Proletariats* zur Verteidigung der Forderungen dieser Schichten, und insbesondere der werktätigen Bauernschaft, Forderungen, die auf der Linie der Grundinteressen des Proletariats liegen und die man im Prozeß des Kampfes mit den Forderungen der Arbeiterklasse verknüpfen muß.

Von großer Bedeutung für die Schaffung der antifaschistischen Volksfront ist das richtige Herangehen an jene Organisationen und Parteien, denen die werktätige Bauernschaft und die Hauptmassen des städtischen Kleinbürgertums in großer Zahl angehören.

In den kapitalistischen Ländern befinden sich die meisten dieser Parteien und Organisationen, sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen, noch unter dem Einfluß der Bourgeoisie und leisten ihr Gefolgschaft. Die soziale Zusammensetzung dieser Parteien und Organisationen ist nicht einheitlich. In ihnen befinden sich reiche Großbauern neben landlosen Bauern, große Geschäftsleute neben kleinen Krämern, aber die Führung in ihnen gehört den ersten, den Agenten des Großkapitals. Das verpflichtet uns, an diese Organisationen in *verschiedener Weise* heranzutreten, zu berücksichtigen, daß die Mitgliedermasse oft das wahre politische Gesicht ihrer eigenen Leitung nicht kennt. Unter bestimmten Umständen können und müssen wir unsere Anstrengungen darauf richten, diese Parteien und Organisationen oder einzelne Teile von ihnen trotz ihrer bürgerlichen Leitung für die antifaschistische Volksfront zu gewinnen. So steht es z. B. gegenwärtig in Frankreich mit der Radikalen Partei, in den Vereinigten Staaten mit den verschiedenen Farmerorganisationen, in Polen mit

„Stronictwo Ludowe“, in Jugoslawien mit der kroatischen Bauernpartei, in Bulgarien mit dem Bauernbund, in Griechenland mit den Agraristen usw. Aber unabhängig davon, ob Aussichten auf die Gewinnung solcher Parteien und Organisationen für die Volksfront bestehen, muß unsere Taktik *unter allen Umständen* darauf gerichtet sein, die ihnen angehörigen Kleinbauern, Handwerker, Gewerbetreibenden usw. in die antifaschistische Volksfront hineinzuziehen.

Ihr seht also, daß wir hier auf der ganzen Linie aufräumen müssen mit der in unserer Praxis nicht selten vorkommenden Ignorierung, Geringschätzung der verschiedenen Organisationen und Parteien der Bauernschaft, der Handwerker und der Massen des städtischen Kleinbürgertums.

(Aus dem Bericht des Gen. Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern.)

5. Zentrale Fragen der Einheitsfront in den einzelnen Ländern

In jedem Lande gibt es *zentrale Fragen*, die in der gegebenen Etappe die breitesten Massen bewegen, für die der Kampf zur Herstellung der Einheitsfront entfaltet werden muß. Diese zentralen Punkte, diese zentralen Fragen richtig erfassen, heißt die Herstellung der Einheitsfront sichern und beschleunigen.

a) Vereinigte Staaten von Amerika

Nehmen wir beispielsweise ein so wichtiges Land der kapitalistischen Welt wie die *Vereinigten Staaten von Amerika*. Die Krise hat hier Millionenmassen in Bewegung gebracht. Das Programm der Sanierung des Kapitalismus hat Schiffbruch erlitten. Ungeheure Massen fangen an, den bürgerlichen Parteien den Rücken zu kehren, und stehen gegenwärtig am Scheideweg.

Der in Entstehung begriffene amerikanische Faschismus versucht, die Enttäuschung und Unzufriedenheit dieser Massen in eine reaktionäre faschistische Bahn zu lenken. Dabei besteht die Eigenart der Entwicklung des amerikanischen Faschismus darin, daß er im jetzigen Stadium vorwiegend in der Form der Opposition gegen den Faschismus als eine „nichtamerikanische“, aus dem Ausland importierte Strömung auftritt. Zum Unterschied vom deutschen Faschismus, der mit verfassungsfeindlichen Lösungen auftrat, versucht der amerikanische Faschismus sich als

Kämpfer für die Verfassung und die „amerikanische Demokratie“ hinzustellen. Er ist noch keine Kraft, die eine unmittelbare Gefahr bildet. Aber wenn es ihm gelingt, in die breiten, von den alten bürgerlichen Parteien enttäuschten Massen einzudringen, so kann er in der allernächsten Zeit zu einer ernstesten Gefahr werden.

Was würde aber der Sieg des Faschismus in den Vereinigten Staaten bedeuten? Für die werktätigen Massen würde er natürlich eine ungehemmte Verstärkung des Regimes der Ausbeutung und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung bedeuten. Und welche internationale Bedeutung hätte dieser Sieg des Faschismus? Die Vereinigten Staaten sind natürlich weder Ungarn noch Finnland, weder Bulgarien noch Litauen. Der Sieg des Faschismus in den Vereinigten Staaten würde die ganze internationale Lage sehr wesentlich ändern.

Kann sich das amerikanische Proletariat unter diesen Umständen allein mit der Organisation seiner klassenbewußten Avantgarde zufrieden geben, die bereit ist, den revolutionären Weg zu gehen? Nein.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Interessen des amerikanischen Proletariats es erfordern, daß alle seine Kräfte sich unverzüglich von den kapitalistischen Parteien abgrenzen. Es muß Wege und geeignete Formen finden, um rechtzeitig zu verhindern, daß der Faschismus die unzufriedenen breiten Massen der Werktätigen an sich zieht. Und hier müssen wir sagen: die Schaffung einer Massenpartei der Werktätigen, einer „*Arbeiter- und Farmerpartei*“ könnte eine solche geeignete Form unter den amerikanischen Verhältnissen sein. *Eine solche Partei wäre eine spezifische Form der Volksfront der Massen in Amerika*, eine Front, die man den Parteien der Truste und der Banken sowie dem anwachsenden Faschismus entgegenstellen muß. Eine solche Partei wäre natürlich *weder* eine sozialistische *noch* eine kommunistische Partei. Aber sie *muß* eine antifaschistische und *darf keine* antikomunistische Partei sein. Das Programm dieser Partei muß gegen die Banken, die Truste und Monopole, gegen die Hauptfeinde des Volkes, die mit seinen Nöten spekulieren, gerichtet sein. Eine solche Partei kann ihrer Bestimmung nur dann entsprechen, wenn sie sich für die dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse einsetzen, wenn sie für eine wirkliche Sozialgesetzgebung, für die Arbeitslosenversicherung kämpfen wird; wenn sie dafür kämpfen wird, daß die weißen und schwarzen Halbpächter Land bekommen und von der Schuldenlast befreit werden; wenn sie sich

für die Annullierung der Verschuldung der Farmer einsetzen wird; wenn sie für die Gleichberechtigung der Neger, für die Verteidigung der Forderungen der Kriegsteilnehmer, für die Verteidigung der Interessen der Vertreter der freien Berufe, der kleinen Geschäftsleute und Handwerker kämpfen wird. Und so weiter.

Es versteht sich von selbst, daß eine solche Partei für die Entsendung ihrer Vertreter in die lokalen Selbstverwaltungskörperschaften, in die Vertretungsorgane der einzelnen Bundesstaaten sowie in den Kongreß und in den Senat kämpfen wird.

Unsere Genossen in den Vereinigten Staaten haben richtig gehandelt, als sie die Initiative zur Schaffung einer solchen Partei ergriffen. Aber sie werden noch wirksame Maßnahmen ergreifen müssen, damit die Schaffung einer solchen Partei zur Sache der Massen selbst werde. Die Frage der Schaffung einer „Arbeiter- und Farmerpartei“ und ihr Programm müssen in Massenversammlungen erörtert werden. Es ist notwendig, eine ganz breite Bewegung zur Schaffung dieser Partei zu entfalten und sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Man darf auf keinen Fall zulassen, daß die Initiative der Organisierung der Partei in die Hände derjenigen Elemente übergeht, die die Unzufriedenheit der von beiden bürgerlichen Parteien — der demokratischen und der republikanischen — enttäuschten Millionenmassen ausnutzen wollen, um eine „dritte“ Partei in den Vereinigten Staaten zu schaffen, als antikommunistische Partei, die gegen die revolutionäre Bewegung gerichtet ist.

b) England

In *England* ist die faschistische Organisation Mosleys infolge der Massenaktionen der englischen Arbeiter vorübergehend in den Hintergrund getreten. Aber wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß die sogenannte „Nationale Regierung“ eine Reihe von reaktionären Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse durchführt, durch die auch in England Verhältnisse geschaffen werden, die nötigenfalls der Bourgeoisie den Uebergang zum faschistischen Regime erleichtern. Gegen die faschistische Gefahr in England in der gegenwärtigen Etappe kämpfen, heißt vor allem gegen die „Nationale Regierung“, gegen ihre reaktionären Maßnahmen, gegen die Offensive des Kapitals, für die Verteidigung der Arbeitslosenforderungen, gegen den Lohnabbau, für die Aufhebung aller Gesetze kämpfen, mit deren Hilfe die englische Bourgeoisie das Lebensniveau der Massen herabdrückt.

Aber der wachsende Haß der Arbeiterklasse gegen die „Nationale Regierung“ vereinigt immer breitere Massen unter der Losung der Schaffung einer *neuen Labour-Regierung* in England. Können die Kommunisten diese Stimmung der breiten Massen, die noch an die Labour-Regierung glauben, außer acht lassen? Nein, Genossen! Wir müssen den Weg zu diesen Massen finden. Wir sagen ihnen offen, wie das der XIII. Parteitag der englischen Kommunistischen Partei sagte: Wir Kommunisten sind Anhänger der Sowjetmacht als der einzigen Macht, die die Arbeiter vom Joch des Kapitals befreien kann. Aber ihr wollt eine Labour-Regierung? Gut. Wir kämpften und kämpfen Schulter an Schulter mit euch für die Niederlage der „Nationalen Regierung“. Wir sind bereit, euren Kampf für die Schaffung einer neuen Labour-Regierung zu unterstützen, obwohl beide früheren Labour-Regierungen die von der Labour Party der Arbeiterschaft gegebenen Versprechen nicht erfüllt haben. Wir erwarten von dieser Regierung nicht, daß sie sozialistische Maßnahmen durchführen wird. Aber im Namen von Millionen Arbeitern *richten wir an sie die Forderung*, die dringendsten wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen zu verteidigen. Wir wollen zusammen ein gemeinsames Programm solcher Forderungen erörtern und jene Aktionseinheit verwirklichen, die das Proletariat braucht, um der reaktionären Offensive der „Nationalen Regierung“, der Offensive des Kapitals und des Faschismus, der Vorbereitung eines neuen Krieges Widerstand entgegenzusetzen. Die englischen Genossen sind bereit, zusammen mit den Organisationen der Labour Party auf dieser Grundlage bei den bevorstehenden Parlamentswahlen gegen die „Nationale Regierung“ und auch gegen Lloyd George aufzutreten, der auf seine Manier versucht, die Massen im Interesse der englischen Bourgeoisie, gegen die Sache der Arbeiterklasse mit sich zu reißen.

Diese Haltung der englischen Kommunisten ist richtig. Sie wird ihnen die Herstellung der Einheitsfront des Kampfes mit den Millionenmassen der englischen Gewerkschaften und der Labour Party erleichtern. Indem die Kommunisten stets in den vordersten Reihen des kämpfenden Proletariats bleiben, den Massen den einzig richtigen Weg — den Weg des Kampfes für den revolutionären Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie und für die Errichtung der Sowjetmacht — zeigen, dürfen sie bei der Feststellung ihrer aktuellen politischen Aufgaben nicht jene notwendigen Etappen der Massenbewegung zu überspringen suchen, in deren Verlauf die

Arbeitermassen ihre Illusionen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen überwinden und auf die Seite des Kommunismus übergehen.

c) Frankreich

Frankreich ist das Land, in dem bekanntlich die Arbeiterklasse dem gesamten internationalen Proletariat ein Beispiel gibt, wie man den Kampf gegen den Faschismus führen muß. Die französische Kommunistische Partei gibt allen Sektionen der Kommunistischen Internationale ein Beispiel dafür, wie man die Einheitsfronttaktik durchführen muß, die sozialistischen Arbeiter geben ein Beispiel dafür, was jetzt die sozialdemokratischen Arbeiter der anderen kapitalistischen Länder im Kampf gegen den Faschismus machen müssen. (*Beifall.*)

Die Bedeutung der am 14. Juli dieses Jahres durchgeführten antifaschistischen Demonstration in Paris, an der sich eine halbe Million Menschen beteiligte, sowie der zahlreichen Demonstrationen in anderen Städten Frankreichs ist gewaltig. Das ist schon nicht bloß eine Einheitsfrontbewegung der Arbeiter, das ist der Beginn einer breiten allgemeinen Volksfront gegen den Faschismus in Frankreich. Diese Bewegung der Einheitsfront hebt den Glauben der Arbeiterklasse an ihre Kräfte, stärkt in ihr das Bewußtsein ihrer führenden Rolle in bezug auf die Bauernschaft, das städtische Kleinbürgertum, die Intellektuellen. Sie erweitert den Einfluß der Kommunistischen Partei in den Arbeitermassen und stärkt somit das Proletariat im Kampf gegen den Faschismus. Diese Bewegung mobilisiert rechtzeitig die Wachsamkeit der Massen gegenüber der faschistischen Gefahr. Sie wird ein zündendes Beispiel für die Entfaltung des antifaschistischen Kampfes in den anderen kapitalistischen Ländern sein und wird ermutigend auf die von der faschistischen Diktatur niedergehaltenen Proletarier Deutschlands wirken.

Das ist zweifellos ein großer Sieg, aber er entscheidet noch nicht den Ausgang des antifaschistischen Kampfes. Die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes ist zweifelsohne gegen den Faschismus. Aber die Bourgeoisie versteht es, mit Hilfe der bewaffneten Macht den Willen der Völker zu vergewaltigen. Die faschistische Bewegung entwickelt sich weiter vollkommen frei, unter aktiver Unterstützung durch das Monopolkapital, den Staatsapparat der Bourgeoisie, den Generalstab der französischen Armee und die reaktionären Führer der katholischen Kirche, dieses Bollwerks einer jeden Reaktion. Die stärkste faschistische

Organisation, die der „Feuerkreuzler“, verfügt gegenwärtig über 300 000 bewaffnete Leute, deren Kern 60 000 Reserveoffiziere bilden. Sie hat starke Positionen in der Polizei, in der Gendarmerie, in der Armee, in der Luftflotte, im gesamten Staatsapparat. Die letzten Gemeindewahlen zeigen, daß in Frankreich nicht nur die revolutionären Kräfte, sondern auch die Kräfte des Faschismus zunehmen. Wenn es dem Faschismus gelingt, in die breiten Bauernmassen einzudringen und sich die Unterstützung eines Teils der Armee bei Neutralität des andern zu sichern, dann werden die französischen werktätigen Massen den Machtantritt der Faschisten nicht verhindern können. Vergeßt nicht, Genossen, die organisatorische Schwäche der französischen Arbeiterbewegung, die den Erfolg der faschistischen Offensive erleichtert. Es besteht keinerlei Grund für die Arbeiterklasse und alle Antifaschisten in Frankreich, sich mit den erreichten Resultaten zufrieden zu geben.

Vor welchen Aufgaben steht die Arbeiterklasse Frankreichs?

Erstens, die Einheitsfront nicht nur auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet herzustellen zur Organisierung des Kampfes gegen die Kapitaloffensive; durch ihren Druck den Widerstand der Spitzen des reformistischen Gewerkschaftsbundes (CGT) gegen die Einheitsfront zu brechen.

Zweitens, die gewerkschaftliche Einheit in Frankreich herzustellen: einheitliche Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes.

Drittens, die breiten Bauernmassen, die Massen des Kleinbürgertums in die antifaschistische Bewegung hineinzuziehen, wobei ihren Tagesforderungen ein besonderer Platz im Programm der antifaschistischen Volksfront einzuräumen ist.

Viertens, die sich entfaltende antifaschistische Bewegung organisatorisch zu verankern und weiter auszubreiten durch Schaffung von überparteilichen wählbaren Organen der antifaschistischen Volksfront im Massenmaßstab, von Organen, deren Einfluß breitere Massen erfaßt als die jetzt in Frankreich bestehenden Parteien und Organisationen der Werktätigen.

Fünftens, durch ihren Druck die Auflösung und Entwaffnung der faschistischen Organisationen als Organisationen von Verschwörern gegen die Republik und von Agenten Hitlers in Frankreich durchzusetzen.

Sechstens, die Säuberung des Staatsapparates, der Armee, der

Polizei von den Verschwörern durchzusetzen, die einen faschistischen Umsturz vorbereiten.

Siebentens, den Kampf gegen die Führer der reaktionären Cliques der katholischen Kirche als eines der wichtigsten Bollwerke des französischen Faschismus zu entfalten.

Achtens, die Armee mit der antifaschistischen Bewegung zu verbinden durch Schaffung von Komitees in der Armee zum Schutz der Republik und der Verfassung gegen diejenigen, die die Armee zu einem gegen die Verfassung gerichteten Staatsstreich ausnutzen wollen (*Beifall*); nicht zuzulassen, daß die reaktionären Kräfte in Frankreich das französisch-sowjetische Abkommen sprengen, das die Sache des Friedens gegen die Aggression des deutschen Faschismus verteidigt. (*Beifall*.)

Und wenn die antifaschistische Bewegung in Frankreich zur Schaffung einer Regierung führen sollte, die einen wirklichen Kampf — nicht nur mit Worten, sondern mit Taten — gegen den französischen Faschismus führen wird, die das Programm der Forderungen der antifaschistischen Volksfront durchführen wird, so werden die Kommunisten, die unversöhnliche Feinde einer jeden bürgerlichen Regierung und Anhänger der Sowjetmacht *bleiben*, angesichts der wachsenden faschistischen Gefahr nichtsdestoweniger *bereit sein, eine solche Regierung zu unterstützen*. (*Beifall*.)

(Aus dem Bericht des Gen. Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern.)

6. Die Einheitsfront und die faschistischen Massenorganisationen

Der Kampf für die Schaffung der Einheitsfront in den Ländern, wo die Faschisten an der Macht sind, ist wohl das wichtigste Problem, vor dem wir stehen. Dort verläuft dieser Kampf natürlich unter bedeutend schwierigeren Verhältnissen als in den Ländern mit legaler Arbeiterbewegung. Es bestehen indes in den faschistischen Ländern alle Voraussetzungen für die Entfaltung einer wirklichen antifaschistischen Volksfront im Kampfe gegen die faschistische Diktatur, denn die sozialdemokratischen, die katholischen und die anderen Arbeiter können z. B. in Deutschland die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes zusammen mit den Kommunisten gegen die faschistische Diktatur unmittelbarer

erkennen. Die breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft, die bereits die bitteren Früchte der faschistischen Herrschaft gekostet haben, empfinden eine immer größere Unzufriedenheit und Enttäuschung, was ihre Einbeziehung in die antifaschistische Volksfront erleichtert.

In den faschistischen Ländern, insbesondere in Deutschland und Italien, wo der Faschismus es verstanden hat, sich eine Massenbasis zu schaffen, und die Arbeiter und anderen Werktätigen gewaltsam in seine Organisationen hineingetrieben hat, besteht die Hauptaufgabe in der geschickten Verknüpfung des Kampfes gegen die faschistische Diktatur von außen mit ihrer Untergrabung von innen, in den faschistischen Massenorganisationen und -organen. Man muß entsprechend den konkreten Verhältnissen dieser Länder besondere Methoden und Formen prüfen, sich zu eigen machen und anwenden, die die rascheste Zersetzung der Massenbasis des Faschismus begünstigen und den Sturz der faschistischen Diktatur vorbereiten. Das muß man prüfen, sich zu eigen machen und anwenden, und nicht nur schreien „Nieder mit Hitler!“ und „Nieder mit Mussolini!“ Ja, prüfen, sich zu eigen machen und anwenden!

Das ist eine schwierige und komplizierte Aufgabe. Sie ist um so schwieriger, als unsere Erfahrungen der erfolgreichen Bekämpfung der faschistischen Diktatur äußerst begrenzt sind. Unsere italienischen Genossen kämpften z. B. schon ungefähr 13 Jahre unter den Verhältnissen der faschistischen Diktatur. Aber es ist ihnen noch immer nicht gelungen, einen wirklichen Massenkampf gegen den Faschismus zu entfalten, und darum konnten sie leider in dieser Beziehung den anderen kommunistischen Parteien der faschistischen Länder wenig mit positiven Erfahrungen helfen.

Die deutschen und italienischen Kommunisten und die Kommunisten anderer faschistischer Länder sowie die Mitglieder der kommunistischen Jugendverbände haben Wunder an Heldentum an den Tag gelegt. Sie brachten und bringen täglich ungeheure Opfer. Vor diesem Heldentum und diesen Opfern neigen wir alle unser Haupt. Aber Heldentum allein genügt nicht. (*Beifall*.) Dieses Heldentum muß verknüpft werden mit der tagtäglichen Arbeit unter den Massen, mit einem solchen konkreten Kampfe gegen den Faschismus, daß hier die fühlbarsten Resultate erzielt werden. In unserem Kampfe gegen die faschistische Diktatur ist es besonders gefährlich, das Erwünschte für Wirklichkeit zu halten. Man muß

von den Tatsachen ausgehen, von der wirklichen konkreten Situation.

Wie ist aber die heutige Wirklichkeit, z. B. in Deutschland?

In den Massen wächst die Unzufriedenheit und die Enttäuschung über die Politik der faschistischen Diktatur, was sogar die Form von Teilstreiks und anderen Aktionen annimmt. Trotz aller Bemühungen ist es dem Faschismus nicht gelungen, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu erobern. Er verliert sogar seine früheren Anhänger und wird sie in immer größerem Maße verlieren. Aber wir müssen uns doch darüber Rechenschaft ablegen, daß diejenigen Arbeiter, die von der *Möglichkeit* der Niederwerfung der faschistischen Diktatur überzeugt und heute schon bereit sind, aktiv dafür zu kämpfen, einstweilen noch in der Minderheit sind; das sind wir Kommunisten und der revolutionäre Teil der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Mehrheit der Werktätigen dagegen hat einstweilen noch nicht die realen und konkreten Möglichkeiten und Wege der Niederwerfung dieser Diktatur erkannt und wartet zunächst noch ab. Das muß man berücksichtigen, wenn wir unsere Aufgaben im Kampf gegen den Faschismus in Deutschland festlegen und wenn wir die besonderen Methoden zum Sturz und zur Erschütterung der faschistischen Diktatur in Deutschland suchen, studieren und anwenden werden.

Um der faschistischen Diktatur einen empfindlichen Schlag zu versetzen, müssen wir ihre verwundbarste Stelle kennen. Wo befindet sich die Achillesferse der faschistischen Diktatur? In ihrer sozialen Basis. Und die ist außerordentlich verschiedenartig. Sie umfaßt verschiedene Klassen und verschiedene Schichten der Gesellschaft. Der Faschismus proklamierte sich zum einzigen Repräsentanten aller Klassen und Schichten der Bevölkerung: des Fabrikanten und des Arbeiters, des Millionärs und des Arbeitslosen, des Junkers und des Kleinbauern, des Großkapitalisten und des Handwerkers. Er tut so, als ob er die Interessen *aller* Schichten, die Interessen der Nation verteidige. Da aber der Faschismus die Diktatur der Großbourgeoisie ist, muß er unvermeidlich mit seiner sozialen Massenbasis in Konflikt geraten, um so mehr, als gerade unter der faschistischen Diktatur die Klassengegensätze zwischen der Meute der Finanzmagnaten und der erdrückenden Mehrheit des Volkes am krassesten hervortreten.

Wir können die Massen an den entscheidenden Kampf um den Sturz der faschistischen Diktatur nur dann heranzuführen, wenn

wir die Arbeiter, die gewaltsam in die faschistischen Organisationen hineingejagt wurden oder aus mangelndem Klassenbewußtsein in sie eingetreten sind, in die *elementarsten Bewegungen* zum Schutze ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen hineinziehen. Eben darum müssen die Kommunisten als die besten Verteidiger der tagtäglichen Interessen der Mitgliedermasse in diesen Organisationen arbeiten, eingedenk dessen, daß die in diesen Organisationen befindlichen Arbeiter in dem Maße, wie sie immer häufiger Rechte für sich fordern und ihre Interessen verteidigen, unweigerlich mit der faschistischen Diktatur in Konflikt geraten werden.

Auf dem Boden der Verteidigung der dringenden, in der ersten Zeit der allerelementarsten Interessen der werktätigen Massen in Stadt und Land ist es verhältnismäßig leichter, eine gemeinsame Sprache nicht nur mit den aufgeklärten Antifaschisten, sondern auch mit denjenigen Werktätigen zu finden, die noch Anhänger des Faschismus, aber über seine Politik enttäuscht und unzufrieden sind, die murren und nach einer Gelegenheit suchen, um ihrer Unzufriedenheit Luft zu machen. Wir müssen uns überhaupt Rechenschaft darüber ablegen, daß unsere ganze Taktik in den Ländern der faschistischen Diktatur einen solchen Charakter tragen muß, daß wir die einfachen Anhänger des Faschismus nicht von uns abstoßen, daß wir sie nicht von neuem in die Arme des Faschismus stoßen, sondern daß wir die Kluft zwischen den faschistischen Spitzen und der Masse der enttäuschten einfachen Anhänger des Faschismus aus den werktätigen Schichten vertiefen.

Man braucht sich nicht daran zu stoßen, Genossen, wenn Leute, die auf Grund dieser Tagesinteressen mobilisiert wurden, sich entweder für indifferent in der Politik oder sogar für Anhänger des Faschismus halten. Wichtig für uns ist, daß wir sie in die Bewegung hineinziehen, die anfänglich vielleicht noch nicht offen unter den Losungen des Kampfes gegen den Faschismus marschiert, jedoch objektiv bereits eine antifaschistische Bewegung ist, weil sie diese Massen der faschistischen Diktatur entgegenstellt.

Die Erfahrung lehrt uns, daß die Ansicht, es sei in den Ländern der faschistischen Diktatur *überhaupt unmöglich*, legal oder halblegal aufzutreten, eine schädliche und falsche Ansicht ist. Auf einem derartigen Standpunkt beharren, bedeutet in Passivität verfallen, auf die wirkliche Massenarbeit überhaupt verzichten. Allerdings ist es eine schwierige, komplizierte Aufgabe, unter den

Verhältnissen der faschistischen Diktatur Formen und Methoden für ein legales oder halblegales Auftreten zu finden. Aber wie in vielen anderen Fragen, wird auch hier der Weg durch das Leben selbst gewiesen und durch die Initiative der Massen selbst, welche schon eine Reihe von Beispielen geliefert haben, die wir verallgemeinern, in organisierter und zweckmäßiger Weise anwenden müssen.

Man muß mit aller Entschiedenheit mit der Unterschätzung der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen Schluß machen. Sowohl in Italien als auch in Deutschland und in einer Reihe anderer faschistischer Länder haben unsere Genossen ihre Passivität und häufig in der Praxis sogar ihre direkte Ablehnung der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen damit bemäntelt, daß sie die Arbeit in den Betrieben der Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen entgegenstellten. In Wirklichkeit aber hat gerade diese schematische Gegenüberstellung dazu geführt, daß die Arbeit sowohl in den faschistischen Massenorganisationen als auch in den Betrieben außerordentlich schwach oder manchmal sogar überhaupt nicht geleistet wurde.

Indessen ist es für die Kommunisten in den faschistischen Ländern besonders wichtig, überall dort zu sein, wo die Massen sind. Der Faschismus hat den Arbeitern ihre eigenen legalen Organisationen genommen. Er hat ihnen die faschistischen Organisationen aufgezwungen, und dort *befinden* sich die Massen — gezwungenermaßen oder zum Teil freiwillig. Diese Massenorganisationen des Faschismus können und müssen unser legales oder halblegales Wirkungsfeld sein, wo wir mit den Massen in Verbindung kommen werden. Sie können und müssen für uns ein legaler oder halblegaler Ausgangspunkt für die Verteidigung der tagtäglichen Interessen der Massen werden. Zur Ausnutzung dieser Möglichkeiten müssen die Kommunisten wählbare Posten in den faschistischen Massenorganisationen erobern, um mit den Massen Fühlung zu haben, und sie müssen sich ein für allemal freimachen von dem Vorurteil, daß eine solche Arbeit sich für einen revolutionären Arbeiter nicht gezieme und seiner unwürdig sei.

In Deutschland z. B. besteht das System der sogenannten „Betriebsvertrauensräte“. Wo aber steht es geschrieben, daß wir in diesen Organisationen den Faschisten das Monopol einräumen müssen? Können wir denn nicht versuchen, die kommunistischen, sozialdemokratischen, katholischen und anderen antifaschistischen Arbeiter in den Betrieben zusammenzufassen, damit sie bei

der Abstimmung über die Liste der „Betriebsvertrauensräte“ die offenen Agenten des Unternehmers streichen und in die Listen andere Kandidaten eintragen, die das Vertrauen der Arbeiter besitzen? Die Praxis hat bereits gezeigt, daß das möglich ist.

Lehrt uns denn die Praxis nicht auch, daß man gemeinsam mit den sozialdemokratischen und anderen unzufriedenen Arbeitern von den „Betriebsvertrauensräten“ eine wirkliche Verteidigung der Arbeiterinteressen fordern kann?

Nehmt die „*Arbeitsfront*“ in Deutschland oder die faschistischen Gewerkschaften in Italien. Kann man denn nicht fordern, daß die Funktionäre der „*Arbeitsfront*“ gewählt und nicht ernannt werden? Kann man denn nicht darauf bestehen, daß die leitenden Instanzen der Ortsgruppen vor den Mitgliederversammlungen der Organisationen Rechenschaft ablegen? Kann man sich denn nicht auf Beschluß der Gruppe mit diesen Forderungen an den Unternehmer, den „Treuhand der Arbeit“, an die höheren Instanzen der „*Arbeitsfront*“ wenden? Das ist möglich unter der Bedingung, daß die revolutionären Arbeiter tatsächlich in der „*Arbeitsfront*“ arbeiten und Posten in ihr erlangen.

Solche Arbeitsmethoden sind möglich und notwendig auch in anderen faschistischen Massenorganisationen: in der Hitlerjugend, in den Sportorganisationen, in der Organisation „Kraft durch Freude“, im „Dopo Lavoro“ in Italien, in den Genossenschaften usw.

Genossen, ihr erinnert euch der alten Sage von der Einnahme Trojas. Troja hatte sich vor dem angreifenden Heer durch unbezwingbare Mauern geschützt. Und das angreifende Heer, das nicht wenig Verluste erlitten hatte, konnte den Sieg nicht erringen, bis es schließlich mit Hilfe des berühmten trojanischen Pferdes in das Innere, in das Herz des Feindes eindrang.

Mir scheint, wir revolutionären Arbeiter dürfen uns nicht scheuen, die gleiche Taktik gegenüber unserem faschistischen Feinde anzuwenden, der sich vor dem Volke durch die lebendige Mauer seiner Mordbuben schützt. (*Beifall.*)

Wer die Notwendigkeit der Anwendung einer solchen Taktik gegenüber dem Faschismus nicht begreift, wer ein solches Vorgehen für „erniedrigend“ hält, der mag ein vortrefflicher Genosse sein, aber er ist, mit Verlaub gesagt, ein Schwätzer und kein Revolutionär; der wird es nicht verstehen, die Massen zum Sturz der faschistischen Diktatur zu führen. (*Beifall.*)

Die Massenbewegung der Einheitsfront, die *außerhalb und*

innerhalb der faschistischen Organisationen Deutschlands, Italiens und anderer Länder, wo der Faschismus eine Massenbasis hat, entsteht, die von der Verteidigung der elementarsten Bedürfnisse ausgeht, ihre Formen und Kampflosungen mit der Erweiterung und Steigerung dieses Kampfes wechselt, wird der *Sturmbock* sein, der die Festung der faschistischen Diktatur, die heute vielen unbezwingbar zu sein scheint, zerstören wird.

(Aus dem Bericht des Gen. Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß der Komintern.)

7. Die Taktik der Komintern im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Imperialisten zu einem neuen Weltkrieg

Der VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat auf Grund der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin über den Krieg die Aufgaben der kommunistischen Parteien und des revolutionären Proletariats im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg konkret ausgearbeitet. Von diesen Grundsätzen geleitet, führten und führen die vom Kriege unmittelbar betroffenen kommunistischen Parteien Japans und Chinas in bolschewistischer Weise den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, zur Verteidigung des chinesischen Volkes. *Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt die Beschlüsse des VI. Kongresses über den Kampf gegen den imperialistischen Krieg* und stellt den kommunistischen Parteien, den revolutionären Arbeitern, den Werktätigen, den Bauern und unterdrückten Völkern der ganzen Welt folgende Hauptaufgaben:

1. *Kampf für den Frieden und zur Verteidigung der Sowjetunion.* Angesichts der Kriegsprovokationen der deutschen Faschisten und der japanischen Militaristen und der von den Kriegsparteien in den kapitalistischen Ländern forcierten Rüstungen, angesichts der unmittelbaren Gefahr des Ausbruchs eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion muß die *zentrale Losung* der kommunistischen Parteien sein: Kampf für den Frieden.

2. *Einheitliche Volksfront im Kampfe für den Frieden, gegen die Kriegstreiber.* Der Kampf für den Frieden eröffnet den kommunistischen Parteien die größten Möglichkeiten zur Herstellung der breitesten Einheitsfront. In die Reihen der Einheitsfront müssen alle einbezogen werden, die an der Erhaltung des Friedens in-

teressiert sind. Die Konzentration der Kräfte im jeweiligen Augenblick gegen die Hauptkriegstreiber (zur Zeit gegen das faschistische Deutschland und das mit ihm verbundene Polen und Japan) ist die wichtigste taktische Aufgabe der kommunistischen Parteien. Für die Kommunistische Partei Deutschlands ist von besonders großer Bedeutung die Entlarvung der nationalistischen Demagogie des Hitlerfaschismus, der sich mit Phrasen über die Vereinigung des deutschen Volkes maskiert, in Wirklichkeit aber zu seiner Isolierung und zu einer neuen Kriegskatastrophe treibt. Die unerläßliche Bedingung und Voraussetzung der Vereinigung des deutschen Volkes ist der Sturz des Hitlerfaschismus. Von entscheidender Bedeutung im Kampfe gegen den Krieg und die faschistischen Kriegstreiber ist in allen Ländern die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und reformistischen Organisationen (Partei-, Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Sport-, Kultur- und Bildungsorganisationen) und ihren Mitglieder Massen sowie auch mit den Massenorganisationen der nationalen Befreiungsbewegung, den religiös-demokratischen, den pazifistischen Massenorganisationen und ihren Anhängern.

Die Bildung der Einheitsfront mit den *sozialdemokratischen und reformistischen* Organisationen zum Kampf für den Frieden erfordert einen entschiedenen ideologischen Kampf gegen die reaktionären Elemente in den Reihen der Sozialdemokratie, die angesichts der unmittelbaren Kriegsgefahr eine noch engere Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie zur Verteidigung des bürgerlichen Vaterlandes eingehen und durch ihre Hetze gegen die Sowjetunion direkt zur Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion beitragen. Sie erfordert die enge Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften innerhalb der sozialdemokratischen Parteien, der reformistischen Gewerkschaften und anderer proletarischen Massenorganisationen, die sich den Positionen des revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg nähern.

Die Einbeziehung der pazifistischen Organisationen und ihrer Anhänger in die Reihen der Einheitsfront des Kampfes für den Frieden erlangt große Bedeutung für die Mobilisierung der kleinbürgerlichen Massen, der fortschrittlichen Intelligenz, der Frauen und der Jugend gegen den Krieg. Indem die Kommunisten die irigen Anschauungen der aufrichtigen Pazifisten einer ständigen aufklärenden Kritik unterziehen, diejenigen Pazifisten energisch bekämpfen, die mit ihrer Politik die Vorbereitung des imperialistischen Krieges durch die deutschen Faschisten maskieren (Füh-

rung der Labour Party in England usw.), müssen sie alle pazifistischen Organisationen, die bereit sind, mit ihnen auch nur ein Stück Wegs im wirklichen Kampfe gegen die imperialistischen Kriege zu gehen, zur Zusammenarbeit heranziehen.

Die Kommunisten müssen die Amsterdam-Pleyel-Bewegung gegen Krieg und Faschismus durch aktive Mitarbeit unterstützen und ihre Ausbreitung fördern.

3. *Verknüpfung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg mit dem Kampf gegen den Faschismus.* Der Kampf der friedensgewillten Massen gegen den Krieg muß aufs engste verknüpft werden mit der Bekämpfung des Faschismus und der faschistischen Bewegung. Es ist notwendig, nicht nur allgemeine Propaganda für den Frieden, sondern in erster Linie Propaganda gegen die Hauptkriegstreiber, gegen die faschistischen und anderen imperialistischen Kriegsparteien und gegen die konkreten Maßnahmen zur Vorbereitung des imperialistischen Krieges zu treiben.

4. *Kampf gegen Militarismus und Rüstungen.* Die kommunistischen Parteien müssen in allen kapitalistischen Ländern den Kampf führen: gegen die Rüstungsausgaben (Militäretat), für die Abberufung der Truppen aus den Kolonial- und Mandatländern, gegen die von den kapitalistischen Regierungen durchgeführten Militarisierungsmaßnahmen, besonders gegen die Militarisierung der Jugend, der Frauen und der Erwerbslosen; gegen die Ausnahme Gesetze, die die bürgerlich-demokratischen Freiheiten zwecks Vorbereitung des Krieges beschränken; gegen die Beschränkung der Rechte der Arbeiter in den Rüstungsbetrieben; gegen die Subventionierung der Rüstungsindustrie und gegen den Waffenhandel sowie gegen Waffentransporte. Der Kampf gegen die Maßnahmen zur Vorbereitung des Krieges kann nur in engster Verbindung mit der Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen und der politischen Rechte der Arbeiter, der Angestellten, der werktätigen Bauern und des städtischen Kleinbürgertums geführt werden.

5. *Kampf gegen den Chauvinismus.* Im Kampfe gegen den Chauvinismus besteht die Aufgabe der Kommunisten in der Erziehung der Arbeiter sowie des ganzen arbeitenden Volkes im Geiste des proletarischen Internationalismus. Dies kann nur im Kampfe gegen die Ausbeuter und Unterdrücker für die dringenden Klasseninteressen des Proletariats sowie im Kampfe gegen den bestialischen Chauvinismus nationalsozialistischer und aller anderen faschistischen Parteien verwirklicht werden. Gleichzeitig müs-

sen die Kommunisten zeigen, daß die Arbeiterklasse einen konsequenten Kampf zur Verteidigung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit des ganzen Volkes gegen jegliche Unterdrückung und Ausbeutung führt, denn nur die kommunistische Politik verteidigt bis zum letzten die nationale Freiheit und Unabhängigkeit des eigenen Volkes.

6. *Kampf für die nationale Befreiung und die Unterstützung der nationalen Befreiungskriege.* Wird irgendein schwacher Staat von einer oder mehreren imperialistischen Großmächten überfallen, die seine nationale Unabhängigkeit und nationale Einheit vernichten oder seine Aufteilung durchführen wollen, wie das in der Geschichte zum Beispiel bei der Aufteilung Polens der Fall war, so kann der Krieg der nationalen Bourgeoisie eines solchen Landes zur Abwehr dieses Ueberfalles den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen, in den die Arbeiterklasse und die Kommunisten dieses Landes eingreifen müssen. Die Aufgabe der Kommunisten eines solchen Landes besteht darin, den unversöhnlichen Kampf für die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Positionen der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der nationalen Minderheiten führend, gleichzeitig in die vordersten Reihen der Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit einzutreten, den Befreiungskrieg bis zu Ende zu führen und nicht zuzulassen, daß die „eigene“ Bourgeoisie zum Schaden der Interessen des eigenen Landes mit den angreifenden Mächten einen Handel eingeht.

Die Kommunisten sind verpflichtet, den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völker, insbesondere den Kampf der Roten Armee der chinesischen Sowjets gegen die japanischen und anderen Imperialisten und gegen die Kuomintang, aktiv zu unterstützen. Die Kommunistische Partei Chinas muß alles aufbieten, um die Front des nationalen Befreiungskampfes zu erweitern und alle nationalen Kräfte, die bereit sind, sich gegen den Raubfeldzug der japanischen sowie der anderen Imperialisten zur Wehr zu setzen, in den nationalen Befreiungskampf einzubeziehen.

Vom Kampf für den Frieden zum Kampf für die
Revolution

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale weist mit aller Entschiedenheit die verleumderische Behauptung zurück, daß die Kommunisten den Krieg wollen, weil sie von ihm die Revolution erwarten. Schon die führende Teilnahme der kom-

munistischen Parteien aller Länder am Kampf für die Erhaltung des Friedens, für den Triumph der Friedenspolitik der Sowjetunion beweist, daß die Kommunisten mit allen Kräften bestrebt sind, die Vorbereitung und Entfesselung eines neuen Krieges zu erschweren.

Die Kommunisten bekämpfen energisch auch die Illusion, als ob die Kriege abgeschafft werden könnten, solange noch die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht, und setzen zugleich alles daran, und werden alles daran setzen, um den Krieg abzuwenden. Für den Fall jedoch, daß — trotz aller Bemühungen der Arbeiterklasse, ihn abzuwenden — ein neuer imperialistischer Weltkrieg ausbricht, werden die Kommunisten bestrebt sein, die im Kampfe für den Frieden organisierten Kriegsgegner zum Kampf für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die faschistischen Kriegstreiber, gegen die Bourgeoisie, für den Sturz des Kapitalismus zu führen.

Gleichzeitig warnt der Kongreß die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter vor den anarchosyndikalistischen Methoden des Kampfes gegen den Krieg in der Form der Kriegsdienstverweigerung, in der Form des sogenannten Mobilmachungsboykotts, der Sabotage in den Rüstungsbetrieben usw. Der Kongreß ist der Meinung, daß solche Kampfmethoden dem Proletariat nur Schaden bringen. Die russischen Bolschewiki kämpften während des Weltkrieges energisch gegen den Krieg und waren für die Niederlage der russischen Regierung, haben jedoch solche Methoden verworfen: diese Methoden erleichtern nur die Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie gegen die Kommunisten und die revolutionären Arbeiter und hindern sie, die werktätigen Massen, insbesondere die Soldatenmassen, für den Massenkampf gegen den imperialistischen Krieg und für seine Umwandlung in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie zu gewinnen.

Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale beruft sich bei der Festlegung der Aufgaben der kommunistischen Parteien und der ganzen Arbeiterklasse für den Fall eines Krieges auf die von Lenin und Rosa Luxemburg aufgestellte und vom Stuttgarter Kongreß der II. Internationale der Vorkriegszeit zum Beschluß erhobene These:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“

In der gegenwärtigen geschichtlichen Etappe, wo auf einem Sechstel des Erdballs die Sowjetunion den Sozialismus und den Frieden für die ganze Menschheit verteidigt, erfordern es die dringendsten Interessen der Arbeiter und Werktätigen aller Länder, daß die Politik der Arbeiterklasse, der Kampf für den Frieden, der Kampf gegen den imperialistischen Krieg vor und nach dem Ausbruch des Krieges unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Sowjetunion geführt wird.

Wenn der begonnene konterrevolutionäre Krieg die Sowjetunion zwingen wird, die Rote Arbeiter- und Bauernarmee zur Verteidigung des Sozialismus ins Feld zu führen, dann werden die Kommunisten alle Werktätigen aufrufen, *mit allen Mitteln und um jeden Preis den Sieg der Roten Armee über die imperialistischen Armeen zu fördern.*

(Aus der Resolution des VII. Weltkongresses der Komintern zum Bericht des Gen. Ercoli.)

LITERATUR

- Marx-Engels:** Ausgewählte Briefe
Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky u. a.
- Lenin:** Was tun? (Sämtl. Werke, Bd. IV/2 und Einzelausg.)
Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (Bd. VI)
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (Bd. VIII und Einzelausg.)
Der Boykott der Bulyginschen Duma und der Aufstand (Bd. VIII)
Ueber den Boykott (Bd. X)
Gegen den Boykott (Bd. XII)
Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale (Bd. XVIII)
Ueber die zwei Linien der Revolution (Bd. XVIII)
Briefe über Taktik (Bd. XX/1)
Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution (Bd. XX/1)
Die Bolschewiki müssen die Macht ergreifen (Bd. XXI)
Ratschläge eines Außenstehenden (Bd. XXI)
Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Gebietsrätekongreß des Nordgebietes teilnehmen (Bd. XXI)
Brief an die Genossen (Bd. XXI)
Brief an die ZK-Mitglieder (Bd. XXI)
Rede über Krieg und Frieden auf dem VII. Parteitag der KPR(B) (Bd. XXII)
Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus (Bd. XXV)
Referat über die Taktik der KPR(B) (Bd. XXVI)
Brief an die deutschen Kommunisten (Bd. XXVI)
Rede zur Verteidigung der Taktik der Kommunistischen Internationale (Bd. XXVI)
Neue Zeiten, alte Fehler in neuer Gestalt (Ausgew. Werke Bd. IX)
- Stalin:** Die Grundlagen des Leninismus
Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten
Ueber drei Hauptlosungen der Partei in der Bauernfrage
Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung
Lenin und die Frage des Bündnisses mit den Mittelbauern
Ueber die rechte Abweichung in der KPdSU(B)
(Sämtlich in „Probleme des Leninismus“, 1. und 2. Bd.)
Programm der Kommunistischen Internationale
Resolutionen des VII. Weltkongresses der Komintern
G. Dimitroff: Referat und Schlußwort auf dem VII. Weltkongreß der Komintern

INHALTSVERZEICHNIS

- I. *Wie stellt der Leninismus die Frage der Strategie und Taktik?*
1. Genosse Stalin über die Strategie und Taktik des Bolschewismus als Wissenschaft von der Leitung des Klassenkampfes des Proletariats 3
 2. Die Grundprinzipien der Strategie und Taktik des Proletariats und deren Vorbilder bei Marx und Engels 4
 3. Konkrete Leitung, Berücksichtigung der Eigenart der Situation — das ist die wichtigste Besonderheit der Leninschen Strategie und Taktik 9
 4. Die internationale Bedeutung der Strategie und Taktik des Bolschewismus 11
 5. Die Abhängigkeit der Strategie vom Programm der Partei 13
- II. *Die Strategie und Taktik des Bolschewismus*
1. Die Strategie des Bolschewismus 16
 - A. Genosse Stalin über die Strategie in den verschiedenen Etappen der Revolution 16
 - B. Die Grundzüge der politischen Strategie 18
 2. Die Taktik als Lehre von den Kampfformen der Arbeiterklasse . . . 20
 - A. Genosse Stalin über die Taktik im Zusammenhang mit Flut und Ebbe der Revolution 20
 - B. Die Taktik als untergeordneter Teil der Strategie 21
 - C. Die Taktik und die Wahl der Kampfformen 23
- III. *Die strategische und taktische Leitung des Bolschewismus*
1. Die strategische Leitung und ihre Grundprinzipien 28
 - A. Genosse Stalin über die strategische Leitung 28
 - B. Das Manövrieren mit Reserven; Rückzug und Angriff im Klassenkampf des Proletariats 32
 2. Die taktische Leitung 37
 - A. Genosse Stalin über die taktische Leitung 37
 - B. Die Verbindung legaler und illegaler Kampfformen in der Taktik des Proletariats 41
 - C. Die Massen an die revolutionären Positionen auf Grund ihrer eigenen politischen Erfahrung heranzuführen, ist einer der wichtigsten taktischen Grundsätze des Leninismus 42
 - D. Das Hauptglied der Kette zu erfassen, ist das Prinzip der taktischen Leitung 44
 3. Die Lösungen und ihre Bedeutung in der Strategie und Taktik . . . 46
- IV. *Revolutionäre und reformistische Leitung*
1. Genosse Stalin über revolutionäre und reformistische Leitung . . . 49
 2. Lenin über Kompromisse 51
 3. Reformen vor und nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats 54

V. *Die Hauptaufgaben der Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale*

1. Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse und ihre Hegemonie über die werktätigen Massen ist die Hauptaufgabe der Strategie der Komintern	56
2. Die Hauptaufgaben der Taktik der Komintern	59
3. Der Kampf für die Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus in der gegenwärtigen Etappe	63
4. Ueber die antifaschistische Volksfront	74
5. Zentrale Fragen der Einheitsfront in den einzelnen Ländern . . .	76
6. Die Einheitsfront und die faschistischen Massenorganisationen . .	82
7. Die Taktik der Komintern im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Imperialisten zu einem neuen Weltkrieg	88

Quellennachweise der Zitate anhand der Marx/Engels-Werke (MEW), Lenin-Werke (LW), Stalin-Werke (SW) und anderen

Die aufmerksame Leserschaft wird bemerken, daß öfters Abweichungen in der Übersetzung der hier faksimilierten Leninismus-Hefte zu späteren deutschen Übersetzungen der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin existieren.

Zitate aus Leninismus-Heft 1: Was ist Leninismus?

S. 7 – 9	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 62 – 64
S. 9 – 10	Stalin: Über die Aufgaben des kommunistischen Jugendverbandes	SW 7	S. 214 – 21 5
S. 10 – 13	Lenin: Die historischen Schicksale der Lehre von Marx	LW 18	S. 576 – 579
S. 13 – 15	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8	S. 12 – 14
S. 16 – 17	Stalin: Trotzismus oder Leninismus?	SW 6	S. 315 – 316
S. 17 – 18	Lenin: Staat und Revolution	LW 24	S. 424
S. 18 – 20	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8	S. 14 – 16
S. 20 – 26	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 64 – 71
S. 26 – 27	<i>entspricht weitgehend:</i> Lenin: Erste Skizze eines Programmwerfs der KPR	LW 29	S. 86 – 87
S. 27 – 29	Lenin: Zündstoff in der Weltpolitik	LW 15	S. 180 – 183
S. 29 – 30	Lenin: Sozialismus und Krieg	LW 21	S. 306 – 307
S. 30 – 33	Lenin: Der fünfzigste Jahrestag der Aufhebung der Leibeigenschaft	LW 17	S. 73 – 75
S. 33 – 34	Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus	LW 31	S. 9 – 10
S. 34 – 40	Stalin: Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation	SW 10	S. 81 – 88
S. 40 – 41	Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei	SW 8	S. 223 – 224
S. 42 – 44	Begrüßungsschreiben des ZK und der ZKK der KPdSU(B) zum 50. Geburtstag des Genossen Stalin im Jahre 1929	aus dem Russischen	
S. 45 – 46	Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B): Karl Marx. Zum 50. Todestag	aus dem Russischen	
S. 46 – 47	Begrüßungsschreiben des EKKI zum 50. Geburtstag des Genossen Stalin im Jahre 1929	aus dem Russischen	
S. 51 – 53	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 71 – 73
S. 53 – 58	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 73 – 78
S. 58 – 60	Lenin: Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?	LW 1	S. 300 – 302
S. 60 – 65	Lenin: Vorwort zu Briefen von Marx an Kugelmann	LW 12	S. 98 – 104

S. 65 – 66	Lenin: Die Aufgaben der Jugendverbände	LW 31	S. 273 – 274
S. 67 – 69	Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus	SW 13	S. 85 – 88
S. 69 – 71	Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale	LW 21	S. 242 – 244
S. 71 – 75	Lenin: Notizen eines Publizisten	LW 30	S. 345 – 348
S. 75 – 78	Lenin: Über die Aufgaben der III. Internationale	LW 29	S. 495 – 498
S. 78 – 86	Lenin: Über die Reorganisierung der Partei	LW 10	S. 13 – 21
S. 86 – 38	Lenin: Zwei Briefe an A. M. Kollontai	LW 35	S. 272 – 276
S. 89 – 93	Stalin: Gegen die Vulgarisierung der Losung der Selbstkritik	SW 11	S. 113 – 118
S. 94	Marx: Die Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte	MEW 8	S. 118
S. 94	Marx: Brief an Bebel	MEW 34	S. 421
S. 95 – 96	Lenin: Aus dem Tagebuch eines Publizisten	LW 26	S. 35 S. 39 – 41
S. 96	Lenin: Notizen eines Publizisten	LW 33	S. 191
S. 96 – 98	Referat auf dem II. Gesamtrussischen Gewerkschaftskongreß	LW 28	S. 438 – 440
S. 98 – 99	Lenin: Ursprünglicher Resolutionsentwurf des X. Parteitags der KPR(B) über die Parteieinheit	LW 32	S. 247 – 248
S. 99 – 101	Stalin: Politischer Bericht auf XV. Parteitag	SW 10	S. 285 – 288
S. 101 – 103	Stalin: Brief über Selbstkritik	aus dem Russischen	
S. 104 – 105	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 78 – 80
S. 105 – 107	Lenin: Was tun?	LW 5	S. 379 – 381
S. 107 – 109	Lenin: Was tun?	LW 5	S. 381 – 383
S. 109 – 114	Lenin: Was tun?	LW 5	S. 383 – 389
S. 114 – 117	Lenin: Was tun?	LW 5	S. 395 – 398
S. 117 – 119	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 80 – 83
S. 120 – 122	Lenin: Unser Programm	LW 4	S. 204 – 206
S. 122	Lenin: Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus	LW 17	S. 23 – 24
S. 123 – 124	Lenin: Der ökonomische Inhalt des Narodniktums	LW 1	S. 413 – 414
S. 124 – 125	Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR	SW 12	S. 125 – 127

Zitate aus Leninismus-Heft 2: Die Theorie der proletarischen Revolution

S. 3 – 5	Marx: Vorwort zur „Kritik der politischen Ökonomie“	MEW 13	S. 8 – 9
S. 5 – 6	Marx: Das Kapital Band I	MEW 23	S. 790 – 791
S. 6 – 13	Marx / Engels: Manifest der kommunistischen Partei	MEW 4	S. 467 – 474
S. 13 – 15	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 83 – 84

S. 15 – 17	Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus	LW 23	S. 102 – 104		der russischen Kommunisten		
S. 17	Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus	LW 22	S. 209	S. 67 – 75	Stalin: Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung	SW 9	S. 89 – 98
S. 17 – 18	Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?	LW 26	S. 114 – 115	S. 75 – 78	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 85 – 88
S. 18	Lenin: Die drohende Katastrophe und wie soll man sie bekämpfen?	LW 25	S. 370	S. 78 – 80	Stalin: Eine unerläßliche Richtigstellung	SW 12	S. 122 – 123
S. 18 – 23	Lenin: Vorwort zu N. Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“	LW 22	S. 102 – 106	S. 80 – 83	Stalin: Noch einmal über die sozialdemokratische Abweichung	SW 9	S. 75 – 79
S. 23 – 24	Programm der Kommunistischen Internationale	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 132 – 133		S. 83 – 87	Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik der russischen Kommunisten	SW 6	S. 353 – 353
S. 24 – 26	Programm der Kommunistischen Internationale	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 134 – 136		S. 88 – 90	Programm der Kommunistischen Internationale	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 168 – 171	
S. 26 – 27	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 216 – 217	S. 91 – 96	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 88 – 94
S. 27 – 29	Thesen des VI. Weltkongreß der KI: Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 213 – 214		S. 96 – 104	Marx: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund	MEW 7	S. 246 – 254
S. 29 – 31	Lenin: Eine Karikatur auf den Marxismus	LW 23	S. 51 – 53	S. 104 – 108	Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution	LW 9	S. 39 – 40 S. 43 – 45
S. 31 – 32	Lenin: Was sind die Volksfreunde und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?	LW 1	S. 303 – 304	S. 108	Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky	LW 8	S. 295
S. 32 – 36	Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage	LW 31	S. 140 – 144	S. 109 – 110	Lenin: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung	LW 9	S. 231 – 233
S. 36 – 38	Lenin: Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der kommunistischen Organisationen der Ostvölker	LW 30	S. 144 – 146	S. 111 – 113	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8	S. 17 – 19
S. 38 – 39	Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 7 – 8		S. 113 – 117	Lenin: Briefe über Taktik	LW 24	S. 32 – 37
S. 40 – 48	Thesen über die Hauptaufgaben des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale	LW 31	S. 176 – 185	S. 117 – 118	Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei	SW 8	S. 302 – 304
S. 48 – 50	Thesen des 11. Plenums des EKKI: Über die Aufgaben der Sektionen der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vertiefung der Wirtschaftskrise und der Steigerung der Voraussetzungen der revolutionären Krise in einer Reihe von Ländern	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 371 – 372		S. 119	Stalin: Rede auf dem VI. Parteitag der SDAPR(B)	SW 3	S. 172 – 173
S. 50 – 54	Aufruf des EKKI: „An die Arbeiter aller Länder!“, März 1933	aus dem Russischen		S. 119 – 121	Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus	SW 13	S. 89 – 91
S. 54 – 58	Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus	LW 22	S. 298 S. 300 – 303	S. 122 – 123	Lenin: Der Zusammenbruch der II. Internationale	LW 21	S. 206 – 207
S. 58 – 61	Lenin: Über unsere Revolution	LW 33	S. 462 – 465	S. 123 – 126	Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus	LW 31	S. 71 f, 84 f, 86 f, 81 f
S. 61 – 65	Lenin: Notizen eines Publizisten	LW 30	S. 350 – 353	S. 126	Stalin: Antwort an die Genossen Swerdlower	SW 12	S. 166
S. 66 – 67	Stalin: Die Oktoberrevolution und die Taktik	SW 6	S. 329 – 331	S. 126 – 132	Lenin: Marxismus und Aufstand	LW 26	S. 4 – 10
				S. 132 – 138	Lenin: Brief an die Genossen Bolschewiki, die am Kongreß der Sowjets des Nordgebiets teilnahmen	LW 26	S. 169 – 175
				S. 138 – 144	Lenin: Die Wahlen in die Konstituante und die Diktatur des Proletariats	LW 30	S. 245 – 252
				S. 144 – 157	Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK der KPdSU(B)	SW 13	S. 252 – 267
				S. 157 – 160	Thesen des 13. Plenums des EKKI: Der Faschismus, die Kriegsgefahr und die Aufgaben der Kommunistischen Parteien	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 393 – 394	

Zitate aus Leninismus-Heft 3: Die Diktatur des Proletariats

S. 3 – 6	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 397 – 400	S. 69 – 74	Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 9 – 13
S. 6 – 9	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 400 – 403	S. 74 – 75	Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?	LW 26 S. 86 – 87
S. 9 – 13	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 403 – 407	S. 75 – 77	Lenin: Zehn Thesen über die Sowjetmacht	LW 27 S. 140 – 142
S. 13 – 15	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 426 – 428	S. 77 – 83	Stalin: Zur Frage der Arbeiter- und Bauernregierung	SW 9 S. 157 – 164
S. 15 – 17	Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 12	S. 62 – 65	S. 83 – 84	Lenin: Bericht auf dem X. Parteitag	LW 32 S. 190 – 191
S. 18 – 20	Lenin: Über den Staat	LW 29	S. 476 – 479	S. 84 – 85	Lenin: Über die Naturalsteuer	LW 32 S. 364 – 365
S. 20 – 22	Programm der Kommunistischen Internationale	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 138 – 139		S. 85 – 86	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12 S. 287 – 288
S. 22 – 26	Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 5 – 8		S. 86 – 90	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8 S. 28 – 33
S. 26 – 30	Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 17 – 21		S. 90 – 92	Resolution des II. Kongreß der Kommunistischen Internationale: Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. I, Offenbach 1998, S. 43 – 44
S. 30 – 33	Dimitroff: Schlußwort zum Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 85 – 87		S. 92 – 97	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8 S. 49 – 54
S. 34 – 37	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 96 – 100	S. 98 – 100	Lenin: Staat und Revolution	LW 25 S. 407 – 409
S. 37 – 38	Marx: Erklärung an den Redakteur der „Neuen Deutschen Zeitung“	MEW 7	S. 323	S. 100 – 102	Lenin: Staat und Revolution	LW 25 S. 470 – 473
S. 38 – 40	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 423 – 425	S. 102 – 103	Lenin: Staat und Revolution	LW 25 S. 481 – 482
S. 40 – 47	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8	S. 19 – 28	S. 103	Lenin: Staat und Revolution	LW 25 S. 489 / 477
S. 47 – 48	Stalin: Fragen und Antworten	SW 7	S. 161	S. 103	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12 S. 323
S. 48 – 51	Lenin: Über die Diktatur des Proletariats	LW 30	S. 79 – 82	S. 103 – 104	Stalin: Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und ZKK der KPdSU(B)	SW 13 S. 188 – 189
S. 51 – 52	Lenin: Vorwort zur Rede „Über den Volksbetrug mit den Losungen der Freiheit“	LW 29	S. 369 – 370	S. 104 – 105	Stalin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht	SW 27 S. 256 – 257
S. 52 – 54	Lenin: Gruß an die ungarischen Arbeiter	LW 29	S. 377 – 379	S. 105 – 106	Lenin: 6 Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht	LW 27 S. 308 – 309
S. 54 – 57	Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution	LW 9	S. 73 – 76	S. 106 – 107	Stalin: Rede auf dem Vereinigten Plenum des ZK und ZKK der KPdSU(B)	SW 13 S. 187 – 188
S. 58 – 65	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 100 – 108	S. 107 – 108	Stalin: Bericht auf dem XVII. Parteitag	SW 13 S. 310 – 312
S. 66 – 67	Lenin: Der Marxismus über den Staat	aus dem Russischen		S. 108 – 111	Resolution des XVII. Parteitags der KPdSU(B): Der Partei- und Sowjetaufbau	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 5, Offenbach 2004, S. 61 – 62
S. 67 – 69	Marx: Einleitung zu „Der Bürgerkrieg	MEW 20	S. 197 – 199			

Zitate aus Leninismus-Heft 4: Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus

S. 3 – 6	Stalin: Über die sozialdemokratische Abweichung in unserer Partei	SW 8	S. 225 – 229
S. 6 – 15	Stalin: Zu den Ergebnissen der Arbeiten der XIV. Konferenz der KPR(B)	SW 7	S. 94 – 104
S. 15 – 17	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 280 – 282
S. 17 – 19	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 296 – 299
S. 20 – 32	Stalin: Zu den Fragen des Leninismus	SW 8	S. 67 – 81
S. 32 – 35	Programm der Kommunistischen Internationale	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 158 - 161	
S. 35 – 36	Lenin: Die NÖP und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung	LW 33	S. 45 – 47
S. 36 – 40	Stalin: Bericht an den XIV. Parteitag	SW 7	S. 316 – 322
S. 40 – 44	Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 12	S. 38 – 43
S. 44 – 45	Stalin: Bericht an den XV. Parteitag	SW 10	S. 283 – 284
S. 45 – 48	Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rates für Volkskommissare	LW 31	S. 510 – 513
S. 48 – 49	Stalin: Brief Stalins an Lenin	SW 5	S. 43 – 44
S. 49 – 51	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 303 – 304
S. 51	Lenin: Lenin an Krshishanowski	LW 35	S. 510
S. 52 – 53	Lenin: Referat über die Naturalsteuer	LW 32	S. 427 – 429
S. 54	Stalin: Die Industrialisierung des Landes und die rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 11	S. 220 – 221
S. 55 – 60	Lenin: Über das Genossenschaftswesen	LW 33	S. 453 – 461
S. 60 – 65	Stalin: Zur Frage der Politik der Liquidierung des Kulakentums als Klasse	SW 12	S. 157 – 161
S. 65 – 67	Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 12	S. 28 – 30
S. 68 – 69	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 13	S. 4 – 5
S. 69	Resolution des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPdSU(B): Über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 4, Offenbach 2004, S. 260	
S. 69 – 73	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 13	S. 268 – 270 S. 273 – 274
S. 73 – 76	Stalin: Über die Aufgaben der Wirtschaftler	SW 13	S. 35 – 38
S. 76 – 79	Stalin: Neue Lage – neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus	SW 13	S. 68 – 71
S. 79 – 81	Lenin: Von der Zerstörung einer Jahrhunderte alten	LW 30	S. 510 – 511

	Ordnung zum Aufbau einer neuen		
S. 81 – 82	Lenin: Wie soll man den Wettbewerb organisieren?	LW 26	S. 409 – 410
S. 82 – 83	Stalin: Bericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 275 – 276
S. 84 – 88	Stalin: Bericht auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)	SW 13	S. 185 – 190
S. 88 – 98	Stalin: Bericht auf dem vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPdSU(B)	SW 13	S. 145 – 147 S. 153 – 160 S. 190 – 192
S. 98 – 101	Stalin: Bericht an den XVII. Parteitag	SW 13	S. 273 – 276
S. 101 – 107	Resolution des XVII. Parteitags der KPdSU(B): Über den zweiten Fünfjahresplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR (1933 – 1937)	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 5, Offenbach 2004, S. 45 – 46, 59 – 60	
S. 107 – 110	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 478 – 482
S. 110 – 111	Stalin: Gespräch mit dem deutschen Schriftsteller Emil Ludwig	SW 13	S. 104 – 105
S. 111 – 112	Stalin: Unterredung mit der ersten amerikanischen Arbeiterdelegation	SW 10	S. 116 – 118
S. 112 – 116	Lenin: Staat und Revolution	LW 25	S. 482 – 485
S. 117 – 125	Resolution des VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale : Der Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion und seine weltgeschichtliche Bedeutung	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 427 - 432	

Zitate aus Leninismus-Heft 5: Die Agrar- und Bauernfrage

S. 3 – 5	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 108 – 111
S. 5 – 6	Lenin: Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft	LW 22	S. 98 – 100
S. 8 – 10	Lenin: Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland	LW 3	S. 171 – 173 S. 175 – 176
S. 10 – 11	Lenin: Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft	LW 22	S. 65 S. 81 – 82
S. 12 – 13	Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des ZK an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)	SW 12	S. 209 – 210
S. 15 – 16	Lenin: Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows	LW 6	S. 35 – 36
S. 16 – 17	Lenin: I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung	LW 29	S. 356

S. 17	Lenin: Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats	LW 30	S. 97 – 98	S. 88 – 92	Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR	SW 12	S. 146 – 150
S. 17 – 20	Stalin: Der XIV. Parteitag der KPdSU(B)	SW 7	S. 281 – 284	S. 93 – 98	Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK des KPdSU(B)	SW 13	S. 283 – 289
S. 21 – 24	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 111 – 114	S. 98 – 113	Stalin: Über die Arbeit auf dem Lande	SW 13	S. 193 – 209
S. 24 – 27	Lenin: Arbeiterpartei und Bauernschaft	LW 4	S. 423 – 426	S. 123 – 127	Stalin: Rede auf dem ersten Unionskongreß der Stoßarbeiter der Kollektivwirtschaften	SW 13	S. 220 – 224
S. 27 – 29	Lenin: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution	LW 13	S. 235 – 238	S. 127 – 129	Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag	SW 13	S. 317 – 319
S. 30 – 33	Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution	LW 9	S. 87 – 90	S. 130 – 134	Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag	SW 13	S. 312 – 317
S. 33 – 37	Lenin: Die Revision des Agrarprogramms der Arbeiterpartei	LW 10	S. 183 – 187	Zitate aus Leninismus-Heft 6: Die nationale und koloniale Frage			
S. 37 – 40	Lenin: Revolutionäres Abenteuerertum	LW 6	S. 196 – 199	S. 3 – 8	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 122 – 127
S. 41 – 43	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 114 – 115	S. 8 – 29	Stalin: Marxismus und nationale Frage	SW 2	S. 268 – 291
S. 43 – 49	Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage	LW 31	S. 141 – 147	S. 29 – 33	Stalin: Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage. Bericht an dem X. Parteitag	SW 5	S. 29 – 33
S. 49 – 51	Stalin: Über die drei Grundlosungen der Partei in der Bauernfrage	SW 9	S. 186 – 188	S. 33	Marx: Die Revolution in China und in Europa	MEW 9	S. 100
S. 53 – 58	Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 116 – 121	S. 33	Marx / Engels: Revue	MEW 7	S. 222
S. 61 – 65	Stalin: Lenin und die Frage des Bündnisses mit den Mittelbauern	SW 11	S. 90 – 94	S. 33 – 38	Lenin: Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 20	S. 440 – 447
S. 65 – 66	Stalin: An der Getreidefront	SW 11	S. 84 – 86	S. 38 – 39	Marx: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien	MEW 9	S. 224
S. 67 – 69	Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR	SW 12	S. 131 – 132	S. 39 – 42	Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 22	S. 347 S. 350
S. 69 – 71	Stalin: Über die Rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 12	S. 28 – 30	S. 42 – 45	Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage	LW 31	S. 133 – 137
S. 71 – 74	Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR	SW 12	S. 132 – 135	S. 46 – 50	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 127 – 132
S. 74 – 77	Lenin: Thesen zum Bericht auf dem III. Kongreß der KI über die Taktik der KPR (ursprünglicher Entwurf)	LW 32	S. 477 – 480	S. 50 – 51	Lenin: Zur Revision des Parteiprogramms	LW 26	S. 103 – 104
S. 77 – 80	Stalin: Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B)	SW 12	S. 50 – 53	S. 51 – 53	Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 22	S. 147 – 148 S. 155 – 156
S. 81 – 83	Stalin: An der Getreidefront	SW 11	S. 78 – 81	S. 53 – 54	Lenin: Brief an S. G. Schaumjan	LW 19	S. 495 – 496
S. 87	Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik in der UdSSR	SW 12	S. 145 – 146	S. 54 – 57	Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung	LW 22	S. 334 – 337
S. 87 – 88	Stalin: Rede auf der Vereinigten Sitzung des Politbüros und des Präsidiums der ZKK am 27.11.1932	aus dem Russischen		S. 57 – 61	Stalin: Marxismus und nationale Frage	SW 2	S. 327 – 333

S. 61 – 63	Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 21	S. 418 – 420	S. 121	Resolution des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zur chinesischen Frage	aus dem Russischen
S. 63 – 65	Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage	LW 20	S. 7 – 10 S. 11 S. 18 – 19	S. 122 – 123	Resolution des X. Parteitags der KPR(B): Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 2, Offenbach 2004, S. 121
S. 65 – 74	Stalin: Marxismus und nationale Frage	SW 2	S. 292 – 302	S. 123 – 128	Stalin: Die nationale Frage in Jugoslawien	SW 7 S. 59 – 65
S. 75 – 77	Lenin: Das revolutionäre Proletariat und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 21	S. 412 – 416	S. 128 – 136	Stalin: Noch einmal zur nationalen Frage	SW 7 S. 186 – 195
S. 77 – 80	Lenin: Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	LW 20	S. 414 – 417	S. 137 – 141	Resolution des V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zu den nationalen Fragen in Mitteleuropa und auf dem Balkan	Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. I, Offenbach 1998, S. 370 – 371
S. 81 – 84	Lenin: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den "imperialistischen Ökonomismus"	LW 23	S. 31 – 32 S. 34 – 35 S. 36 S. 40 S. 44 – 45	S. 142 – 144	Resolution des XII. Parteitags der KPR(B): Zur nationale Frage	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 2, Offenbach 2004, S. 237 – 239
S. 84 – 88	Lenin: Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung	LW 22	S. 327 – 331 S. 338 – 340	S. 145	Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)	Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 13 – 14
S. 89 – 92	Lenin: Bericht über das Parteiprogramm auf dem VIII. Parteitag der KPR(B)	LW 29	S. 155 – 158 S. 159 S. 160 – 161	S. 146 – 147	Stalin, aus dem Sammelband „Der Marxismus und die national-koloniale Frage“	aus dem Russischen
S. 93 – 99	Dokument des VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale: Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien		Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 256 – 260	S. 148 – 151	Resolution des XII. Parteitags der KPR(B): Zur nationale Frage	Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK, Teil 2, Offenbach 2004, S. 239 - 241
S. 99 – 101	Programm der Kommunistischen Internationale		Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 171 - 173	S. 151 – 153	Stalin: Referat über die nationalen Momente in Partei- und Staatsaufbau auf dem XII. Parteitag	SW 5 S. 225 – 226
S. 101 – 110	Dokument des VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale: Thesen über die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und Halbkolonien		Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 261 – 276	S. 153 – 156	Stalin: Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens	SW 7 S. 116 – 120
S. 110 – 113	Stalin: Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR	SW 10	S. 9 – 12	S. 156 – 164	Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht des ZK an den XVI. Parteitag der KPdSU(B)	SW 12 S. 316 – 324
S. 113 – 114	Thesen der Agitpropabteilung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum 15. Jahrestag der Gründung der KI		aus dem Russischen	Zitate aus Leninismus-Heft 7: Strategie und Taktik		
S. 114 – 119	Stalin: Die internationale Lage und die Verteidigung der UdSSR	SW 10	S. 12 – 15 S. 22 – 25	S. 3 – 4	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6 S. 132 – 133
S. 120	Resolution des VI. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale: Die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale		Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 227	S. 4 – 9	Lenin: Karl Marx	LW 21 S. 63 – 68
				S. 9 – 11	Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrank-	LW 21 S. 78 – 79

	heit im Kommunismus		S. 82		
S. 11 – 13	Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky	LW 28	S. 292 – 294	S. 56 – 59	Programm der Kommunistischen Internationale Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 190 – 193
S. 13 – 15	Stalin: Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten	SW 5	S. 141 – 143	S. 59 – 63	Programm der Kommunistischen Internationale Programm der KPR(B) / Programm der KI, Offenbach 2002, S. 193 – 197
S. 16 – 17	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 134 – 135	S. 63 – 74	Resolution des VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zum Bericht des Genossen Dimitroff Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 411 – 418, 420
S. 18 – 20	Stalin: Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten	SW 5	S. 144 – 146	S. 74 – 76	Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 28 – 29
S. 20 – 21	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 135 – 137	S. 76 – 82	Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 29 – 34
S. 21 – 23	Stalin: Zur Präge der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten	SW 5	S. 146 – 148	S. 82 – 88	Dimitroff: Bericht auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale Dimitroff: Gegen den Nazifaschismus, Offenbach 2002, S. 34 – 39
S. 23 – 25	Lenin: Der Partisanenkrieg	LW 11	S. 202 – 204	S. 88 – 93	Resolution des VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale zum Bericht des Ercoli Die KI in Resolutionen und Beschlüssen, Bd. II, Offenbach 1998, S. 423 – 427
S. 25 – 27	Stalin: Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten	SW 5	S. 148 – 150		
S. 28 – 32	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 137 – 142		
S. 32 – 33	Lenin: Bericht auf der VII. Moskauer Gouvernements-Parteikonferenz (Über die neue ökonomische Politik)	LW 33	S. 78 – 79		
S. 33 – 34	Lenin: Rede bei der Schließung des XII. Parteitags	LW 33	S. 310 – 311		
S. 34 – 35	Stalin: Antwort an die Genossen Kollektivbauern	SW 12	S. 189 – 190		
S. 36 – 37	Stalin: Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag	SW 12	S. 271 – 272		
S. 37 – 41	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 142 – 146		
S. 41 – 42	Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus	LW 31	S. 83 – 84		
S. 42 – 44	Stalin: Notizen über Gegenwartsthemen	SW 9	S. 301 – 303		
S. 44 – 46	Lenin: Politischer Bericht des ZK an den XI. Parteitag	LW 33	S. 289 – 290		
S. 46 – 48	Stalin: Zur Frage der Strategie und Taktik	SW 5	S. 150 – 152		
S. 49 – 51	Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus	SW 6	S. 146 – 148		
S. 51 – 53	Lenin: Gegen den Boykott	LW 13	S. 8 – 10		
S. 54 – 55	Lenin: Über die Bedeutung des Geldes	LW 33	S. 96 – 98		

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlages Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

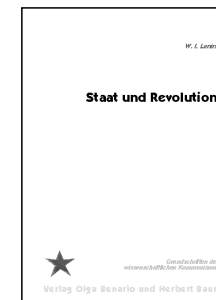
Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 1:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)
Anhang:
Statuten des Bundes der Kommunisten
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-00-4

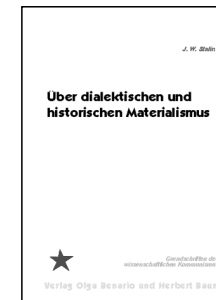
Band 2:
Karl Marx
Kritik des Gothaer Programms (1875)
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €
ISBN 978-3-932636-01-1

Band 3:
W. I. Lenin
Staat und Revolution (1917)
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-02-8



Band 4:
J. W. Stalin
Über die Grundlagen des Leninismus (1924)
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-03-5

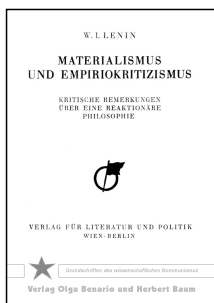
Band 5:
W. I. Lenin
Was tun? (1902)
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-04-2



Band 6:
J. W. Stalin
Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €
ISBN 978-3-932636-05-9

Band 7:
W. I. Lenin
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)
W. I. Lenin
Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €
ISBN 978-3-932636-36-3

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Band 8:
W. I. Lenin
**Ein Schritt vorwärts,
zwei Schritte zurück** (1904)
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €
ISBN 978-3-86589-042-9

Band 9:
W. I. Lenin
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie
in der demokratischen Revolution**
(1905)
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €
ISBN 978-3-86589-043-6

Band 10:
W. I. Lenin
**Materialismus und
Empirio-kritizismus** (1908)
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1950
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848–1874
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-001-6

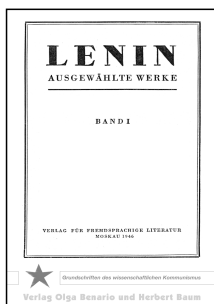
Band II: 1875–1894
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer
Zusammenstellung der 1946/47
erschiedenen Ausgabe des Moskauer
Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884–1917
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-93-6

Band II: 1917–1923
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €
ISBN 978-3-932636-94-3



Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifesto del Partido Comunista
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

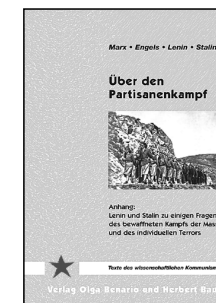
Farsi:
کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

Russisch:
**К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии**
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

Russisch / Deutsch:
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

Serbokroatisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifest Komunističke Partije
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



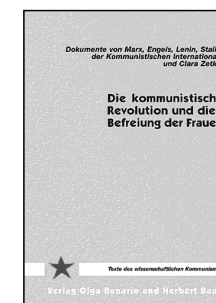
Marx, Engels, Lenin, Stalin
Über den Partisanenkampf
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen
Fragen des bewaffneten Kampfs der
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-
union zusammengestellt worden und
behandeln die Grundlagen und Grund-
fragen des Partisanenkampfs, sie sind
Ausgangspunkt für eine umfassende
Analyse der Partisanenkämpfe gegen
den Nazifaschismus sowie eine Waffe
im Kampf gegen den revisionistischen
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6

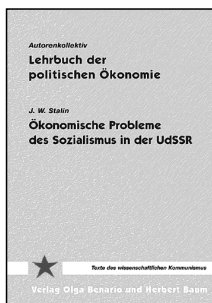


Dokumente von
Marx, Engels, Lenin, Stalin,
der Kommunistischen Internationale
und Clara Zetkin
**Die kommunistische Revolution und
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung
steht die Frauenfrage als Frage der pro-
letarischen Revolution, als Frage des
Kampfes für den Sozialismus und Kom-
munismus. Es finden sich u.a. Texte über
die Ursprünge der Unterdrückung der
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-
wie über Probleme und Fragen der kom-
munistischen Arbeit unter den werktätig-
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €
ISBN 978-3-932636-18-9

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv
Lehrbuch der politischen Ökonomie (1954)
 J. W. Stalin
Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

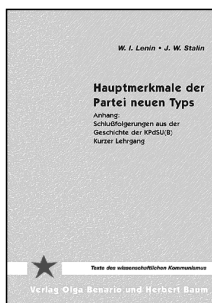
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv
W. I. Lenin

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

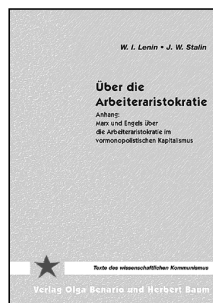


W. I. Lenin/J. W. Stalin
Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €
 ISBN 978-3-932636-22-6

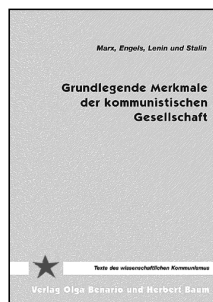
Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin
Über die Arbeiteraristokratie
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €
 ISBN 978-3-932636-23-3



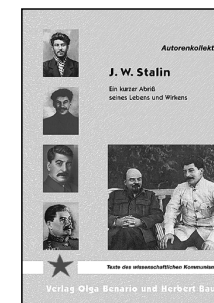
Marx, Engels, Lenin, Stalins
Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
 ISBN 978-3-932636-67-7

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



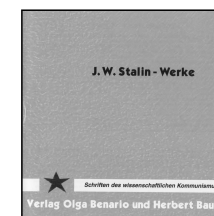
Autorenkollektiv
J. W. Stalin
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassten, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €
 ISBN 978-3-932636-65-3

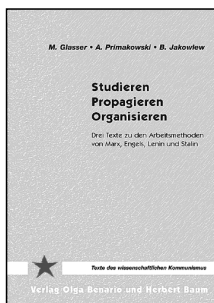


Stalin Werke Band 1 bis 13
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €
 ISBN 978-3-932636-72-1

Buch inklusive CD: 22 €
 ISBN 978-3-932636-73-8

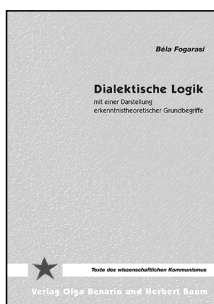
Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew
Studieren – Propagieren – Organisieren
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €
ISBN 978-3-932636-20-2

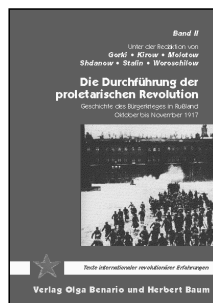


Béla Fogarasi
Dialektische Logik
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-12-7

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow
Geschichte des Bürgerkriegs in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution (1937)
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution (1949)
Oktober 1917 bis November 1917
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv
Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

Band 1: 1926 – 1949
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1

Band 2: 1950 – 1976
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv
Zur „Polemik“
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)



in russischer Sprache:

20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9

in französischer Sprache:

Le XX^e congrès du PCUS en 1956

Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 € ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2

in italienischer Sprache:

Il XX^e Congresso del PCUS del 1956

Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 € ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen



Zur Geschichte Afghanistans Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5 Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



Die Rote Fahne
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

1/1929, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4
2/1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1
3/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7
4/1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

1/1930, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1
2/1930, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8
3/1930, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5
4/1930, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

1/1931, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9
2/1931, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6
3/1931, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3
4/1931, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

1/1932, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6
2/1932, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3
3/1932, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0
4/1932, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

1/1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

Gesamtausgabe (17 Bände), zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

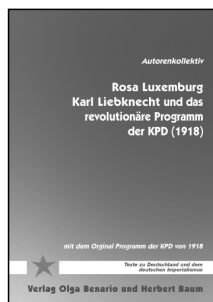
Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Freies Deutschland
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeitung bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

Band 1: 1941 / 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7
Band 2: 1942 / 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4
Band 3: 1943 / 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1
Band 4: 1944 – 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Internationale Hefte der Widerstandsbewegung
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

Heft 1 und 2 eröffnen die Hefereihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

Heft 3 und 4 haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

Heft 5 analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

Heft 6 und 7 beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

Heft 8 – 10 gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

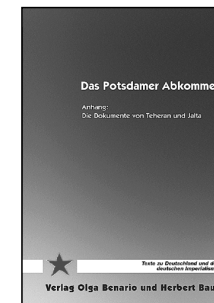
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



Das Potsdamer Abkommen (1945)
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlung nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



Autorenkollektiv
Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:
**Nazi-Terror
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

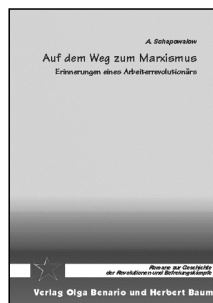
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow
Auf dem Weg zum Marxismus
Erinnerungen eines
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski
Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow
Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €
ISBN 978-3-932636-30-1

Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

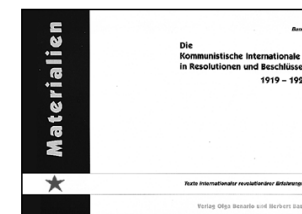
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1
Hardcover: Offenbach 1998
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8
Hardcover: Offenbach 1998
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €
ISBN 978-3-932636-59-2

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:

Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

Teil II:

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



Rote Hefte – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

